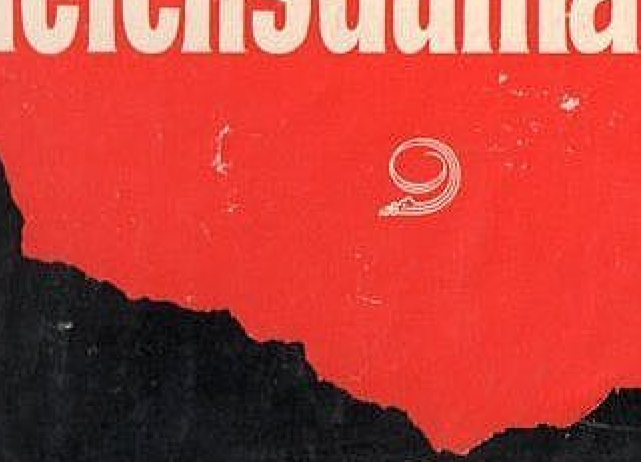
A. BADAJEW

Die Bolschewiki in der Reichsduma



Auch die Arbeiter Rußlands konnten ihre Vertreter in die Reichsduma, das zaristische Parlament der Bourgeoisie und Gutsbesitzer, wählen. Die wenigen Deputierten der illegalen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hatten jedoch einen schweren Stand.

Wie es möglich war, daß unter dem Terrorregime der zaristischen Ochrana eine sozialdemokratische Fraktion in die IV. Reichsduma einziehen und von der Dumatribüne ihr revolutionäres Programm verkünden konnte, wie diese Fraktion den Klassenkampf organisierte und wie die Arbeiter sie mit ihren Aktionen unterstützten, welchen Schaden der Agent Malinowski anrichtete, wieviel Mut, Ausdauer, Disziplin, List und Erfindungsgabe dazu gehörten, der Ochrana nicht ins Garn zu gehen und wieviel Kleinarbeit dazu notwendig war, dem unabwendbaren Lauf der Geschichte den Weg zu ebnen – all das verfolgen wir mit Spannung in den Erinnerungen des Petersburger Deputierten der IV. Reichsduma, des Arbeiters Badajew, der mit diesem Buch so recht das Verständnis für die heranreifende revolutionäre Krise vom Juli 1914 bis Februar 1917 weckt.

ALEXEJ BADAJEW

DIE BOLSCHEWIKI IN DER REICHSDUMA

Erinnerungen



DIETZ VERLAG BERLIN

1957

Russischer Originaltitel:

А. Бадаев

Большевики в государственной думе

Übersetzt nach der achten Ausgabe von Leon Nebenzahl

1.–5. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1957 · Printed in Germany

 · Typographie: Dietz Entwurf

Einband und Schutzumschlag: Marianne Gossow

Papierformat: 61×86 cm · Verlagsbogen: 30,25 · Druckbogen: 31

Lizenznummer 1 · Druck: Leipziger Volkszeitung III 18 138

VORWORT DES VERFASSERS ZUR ERSTEN AUSGABE

Mein Buch beschreibt revolutionäre Ereignisse der letzten Jahre des Bestehens der Zarenmacht. Der stärkste Aufschwung der revolutionären Bewegung zwischen 1905 und der Februarrevolution fällt in die Jahre 1912 bis 1914.

Die Tätigkeit der bolschewistischen Fraktion der IV. Reichsduma als legales Zentrum unserer Partei in Rußland während dieser Periode ist das Thema des Buches. Ich bemühte mich zu zeigen, wie sich die Tätigkeit der Fraktion auf den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse auswirkte und wie sich anderseits diese oder jene Momente der Arbeiter-Massenbewegung in der Arbeit der Fraktion widerspiegelten.

Ich hatte dabei Gelegenheit, kurz auf die Charakteristik einiger politischer Parteien und einzelner Vertreter der Regierung sowie Politiker des zaristischen Rußlands einzugehen, mit denen unsere Fraktion in verschiedenen Fragen zu tun hatte.

Von den einzelnen Zentren der Arbeiterbewegung hat Petersburg die stärkste Beachtung gefunden. Das Petersburger Proletariat war stets der Stoßtrupp im Kampf der Arbeiterklasse, und seine Aktionen hatten die größte Bedeutung sowohl während der Revolution selbst als auch während ihrer Vorbereitung.

Bei der Beschreibung der Tätigkeit des Zentralkomitees, des Petersburger Komitees und anderer illegaler Organisationen unserer Partei versuchte ich gleichzeitig zu zeigen, wie die Zarenregierung gegen sie kämpfte und welcher Kampfmethoden sich die Ochrana[1] bediente.

Meinem Buch liegen persönliche Erinnerungen zugrunde. Da sich aber in den langen Jahren vieles in der Erinnerung verwischt hatte, sichtete ich zuvor eine ganze Reihe von Unterlagen aus jener Zeit und

---

[1] Zaristische Geheimpolizei; 1881 zur Unterdrückung revolutionärer Bewegungen in Rußland gebildet. *Die Red.*

vermochte infolgedessen meine Erinnerungen durch einige wichtige und notwendige Dokumente zu ergänzen.

Als Material für dieses Buch dienten also persönliche Erinnerungen, das erhalten gebliebene persönliche Archiv, Materialien aus dem Polizeidepartement, die im „Archiv der Revolution“ aufbewahrt werden, illegale Veröffentlichungen der Partei, die „Prawda“ aus der Zeit vor der Revolution, Zeitungen der Liquidatoren und bürgerliche Zeitungen, stenografische Berichte der Reichsduma, Berichte über den Prozeß gegen die Fraktion und außerdem Gespräche mit verschiedenen Genossen, Teilnehmern der illegalen Arbeit der damaligen Zeit.

A. Badajew

Juli 1929

DIE WAHLKAMPAGNE
UND DER ARBEITSBEGINN DER IV. DUMA

Kapitel I

Die Wahlen zur IV. Reichsduma

1. Warum nahmen die Sozialdemokraten an den Wahlen teil?

Im Sommer 1912 stellte die III. Reichsduma ihre Arbeit ein, die erste Duma, die die ganze für sie vorgesehene fünfjährige Legislaturperiode hindurch existiert hatte. Die III. Duma, die sich aus Schwarzhundertern und Kadetten zusammensetzte, war ein willfähriges Werkzeug in den Händen der Regierung gewesen. Die zahlenmäßig unbedeutende Fraktion der Sozialdemokraten und die Gruppe der kleinbürgerlichen Demokraten, der sogenannten Trudowiki, konnten die Duma natürlich nicht daran hindern, unter alle Gesetzesentwürfe der Regierung ihren Stempel zu setzen. Die liberale Bourgeoisie in Gestalt der Kadettenpartei, die angeblich in Opposition zur Regierung stand, fürchtete entschlossene Worte und Handlungen mehr als das Feuer. Um „die Duma weiterbestehen zu lassen", waren die Kadetten und die ihnen nahestehende Fraktion der Progressisten bemüht, sich mäuschenstill zu verhalten, und gestatteten der rechten Mehrheit alles, was ihr beliebte. In der III. Duma hatte die Regierung das, was sie wollte — eine „loyale und arbeitsfähige" Volksvertretung.

Bei der Einschätzung der fünfjährigen Arbeit der III. Reichsduma schrieb die „Prawda" am Tage nach der Schließung der Duma, am 13. Juni 1912: „Die ganze Tätigkeit der III. Duma ging in erster Linie darauf aus, die Klasseninteressen der darin herrschenden Mehrheit zu schützen. Deshalb haben die fünf Jahre der arbeitsfähigen Duma die Lösung vieler herangereifter Fragen, die für das Land von gewaltiger Bedeutung sind, keinen Schritt vorangebracht ... Und jedweden Ver-

such der linken Parteien, durch Interpellationen Licht in die finsteren Seiten des russischen gesellschaftlichen Lebens zu tragen und die Aufmerksamkeit des Landes darauf zu lenken, unterdrückte die herrschende Dumamehrheit mit ihren Stimmen." „Ab mit ihr!" rief die „Prawda" der III. Duma nach und brachte damit die allgemeine Einstellung der Arbeiterklasse wie auch der Bauernschaft zum Ausdruck.

An die Stelle der geschlossenen III. Duma sollte die IV. Duma treten. Das Wahlgesetz blieb das gleiche wie bei den vorangegangenen Wahlen, und deshalb mußte auch die Mehrheit in der neuen Duma die gleiche Schwarzhundertermehrheit werden. Es bestand kein Zweifel darüber, daß sich die Tätigkeit der IV. Duma ebenfalls gegen die Werktätigen richten und ihre „Gesetzgebung" weder der Arbeiterklasse noch der Bauernschaft in irgendeiner Weise nutzen werde.

Nichtsdestoweniger beschloß unsere Partei, genauso wie vor der II. und der III. Duma, sich aktiv an den Wahlen zu beteiligen. Die Erfahrungen der vorangegangenen Jahre hatten gezeigt, welche gewaltige agitatorische Bedeutung der Wahlkampagne zukommt. An Hand dieser Erfahrungen hatten sich die Partei und die Arbeiterklasse davon überzeugt, welch riesige Rolle die sozialdemokratische Dumafraktion spielte. Unsere Fraktion, die eine Teilnahme an der sogenannten „positiven" gesetzgeberischen Arbeit ablehnte, benutzte die Dumatribüne für die revolutionäre Agitation im Lande. Eine noch größere Bedeutung hatte die außerhalb der Duma geleistete Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion, die zum organisierenden Zentrum der Parteiarbeit in Rußland wurde. Das alles zeigte unserer Partei, daß es notwendig war, sich so aktiv wie nur möglich an der neuen Wahlkampagne zu beteiligen.

An den Wahlen zur IV. Duma nahmen sowohl die Bolschewiki als auch die Menschewiki teil. Aber in der Frage der Wahltaktik sowie der künftigen Rolle der Dumafraktion gingen die Linie der Bolschewiki und die der Menschewiki wie in allen Hauptfragen des revolutionären Kampfes stark auseinander.

Die Frage der IV. Reichsduma war lediglich eine der Fragen der laufenden Parteiarbeit. Aber in ihr spiegelten sich, wie in einem Wassertropfen, die Grundlinien der politischen Plattform wider: einerseits die

der konsequent-revolutionären Marxisten, der Bolschewiki, und anderseits die der Renegaten des Marxismus, der Menschewiki, die das Proletariat auf den Weg einer liberalen Arbeiterpolitik, das heißt auf den Weg des Verzichts auf den revolutionären Kampf zerrten.

Bereits im Januar 1912, ein halbes Jahr vor der Auflösung der III. Duma, hatte die Prager Konferenz unserer Partei das Programm für die Teilnahme an der bevorstehenden Wahlkampagne ausgearbeitet. Die Konferenz stellte fest, daß die Hauptaufgabe der Partei bei den Wahlen, „eine Aufgabe, der alle übrigen untergeordnet sein müssen, die sozialistische Klassenpropaganda und die Organisierung der Arbeiterklasse ist". Die allgemeine taktische Linie der Partei bei den Wahlen sollte folgende sein:

„Die Partei muß die Zarenmonarchie und die sie unterstützenden Parteien der Gutsbesitzer und der Kapitalisten schonungslos bekriegen und dabei unentwegt die konterrevolutionären Ansichten der bürgerlichen Liberalen (mit der Partei der Kadetten an der Spitze) und ihren Pseudodemokratismus entlarven.

Im Wahlkampf ist besonders darauf zu achten, daß die Partei des Proletariats in ihrer Position von *allen* nichtproletarischen Parteien abrückt und daß das kleinbürgerliche Wesen des angeblichen Sozialismus demokratischer Gruppen (vor allem der Trudowiki, der Volkstümler und der Sozialrevolutionäre) wie auch der Schaden, der sich für die Sache der Demokratie aus ihren Schwankungen in Fragen des konsequenten revolutionären Massenkampfes ergibt, erläutert werden."[1]

Die Bolschewiki sahen in der Wahlkampagne für die Reichsduma die Möglichkeit für eine mehr oder minder breite revolutionäre Agitation und Propaganda, einen Weg zur Organisierung der Arbeitermassen. Wenn auch die Bolschewiki ihre Kandidaten gewählt sehen wollten, ließen sie den Wahlkampf dennoch nicht in einen Kampf ausschließlich um die Deputiertensitze in der Duma ausarten. Die Tätigkeit der bolschewistischen Fraktion sowohl innerhalb als auch außerhalb der Duma war von großer revolutionärer Bedeutung. Aber eine nicht

[1] „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK", 7. Ausgabe, Teil I, S. 274, russ.

geringere Bedeutung hatte auch die Wahlkampagne; deshalb sollte in dieser Kampagne die revolutionäre Position der Sozialdemokratie ungeschmälert behauptet und durch keinerlei vorübergehende Erwägungen vertuscht werden.

Was sagten aber die Menschewiki, die Liquidatoren? Bei der Einschätzung der bevorstehenden Wahlkampagne für die IV. Duma nahmen sie an, daß sich nur zwei Lager bei den Wahlen bekämpfen würden: die Reaktionäre und Schwarzhunderter einerseits und die Liberalen (der sich damals abzeichnende Block der Kadetten, der Progressisten und der linken Oktobristen) anderseits. Hieraus zogen sie denn auch die entsprechenden Schlußfolgerungen und erhoben als Losung des Wahlkampfes die Forderung, „die Reaktion aus ihren Dumastellungen zu werfen", „die Duma den Klauen der Reaktion zu entreißen" usw. Im Grunde genommen bedeutete die Position der Menschewiki die Durchführung der Wahlkampagne Hand in Hand mit den Liberalen, das Bündnis mit der ihrem Wesen nach konterrevolutionären Bourgeoisie. Mit anderen Worten, die Arbeiterklasse gibt ihre revolutionären Positionen auf.

2. Die Prager Konferenz über die Wahlen zur IV. Reichsduma

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki treten noch klarer zutage, wenn man die politischen Plattformen vergleicht, mit denen sie in den Wahlkampf zogen.

In der Entschließung der Prager Konferenz hatten die Bolschewiki ihre politische Plattform für die Wahlen zur IV. Reichsduma exakt definiert.

„Die Hauptwahllosungen unserer Partei bei den bevorstehenden Wahlen müssen lauten:

1. Demokratische Republik

2. Achtstundentag

3. Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes

In unserer ganzen Wahlagitation ist eine möglichst anschauliche Erläuterung dieser Forderungen auf Grund der Erfahrungen der III. Duma und der gesamten Regierungstätigkeit auf dem Gebiete der zentralen wie auch der örtlichen Verwaltung notwendig.

In untrennbarer Verbindung mit den drei vorstehend erwähnten Forderungen müssen alle übrigen Forderungen des sozialdemokratischen Minimalprogramms propagiert werden wie: allgemeines Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Wählbarkeit der Richter und Beamten durch das Volk, Versicherung der Arbeiter durch den Staat, Ersetzung des stehenden Heeres durch Bewaffnung des Volkes usw."[1]

Die drei Hauptlosungen der bolschewistischen Partei, die später als die „drei Walfische"[2] bezeichnet wurden, formulierten die Grundforderungen des Proletariats und der Bauernschaft Rußlands.

Durch die Losung „Demokratische Republik" wurde entschlossen die Frage des Sturzes des Zarismus gestellt, auch wenn dieser sich mit dem zurechtgestutzten Dumaparlamentarismus schmückte. Allein schon diese Losung machte Schluß mit den „konstitutionellen Illusionen" und zeigte der Arbeiterklasse, daß weder von irgendwelchen Hoffnungen auf die reformatorische Tätigkeit der Reichsduma noch von der Möglichkeit einer Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse die Rede sein könne, solange die bestehende Regierungsform erhalten bleibe.

Die beiden nächsten „Wale" formulierten die wirtschaftlichen Grundforderungen der Werktätigen. Der Achtstundentag war die Grundforderung im ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse. Fast alle Streiks und Arbeitsniederlegungen, an denen sich damals immer mehr Menschen beteiligten, waren von der Forderung begleitet, den achtstündigen Arbeitstag einzuführen. Die Losung der Konfiskation des Gutsbesitzerlandes war der Appell zur revolutionären Lösung der Agrarfrage; sie formulierte die Forderungen und Stimmungen der 100 Millionen Bauern Rußlands.

Alle übrigen Forderungen des Minimalprogramms stellten die Bolschewiki gerade im Zusammenhang mit diesen Hauptlosungen, das heißt die Bolschewiki betonten, daß die übrigen Forderungen nur unter

---

[1] „Die KPdSU in Resolutionen . . .", Teil I, S. 273, russ.

[2] Auf drei Walfischen ruhte nach einer altrussischen Sage die Welt. *Die Red.*

der Bedingung und nach der Verwirklichung der Grundforderungen der revolutionären Bewegung befriedigt werden können.

Auf Grund der Beschlüsse der Prager Konferenz gab das ZK der SDAPR(B) im April 1912 die Wahlplattform für die Wahlen zur IV. Reichsduma heraus; darin waren die in der Konferenzentschließung umrissenen Forderungen formuliert.

Wie sah dagegen das Programm der Menschewiki in der Wahlkampagne aus? Gerade die zusätzlichen Forderungen, die von den Bolschewiki nur im Zusammenhang mit den Grundforderungen der revolutionären Bewegung gestellt wurden, erhoben die Menschewiki als selbständige Forderungen.

Den drei Hauptlosungen der Bolschewiki stellten die Menschewiki gestutzte Losungen, Losungen der liberalen Arbeiterpolitik entgegen. Statt „Demokratische Republik" sagten sie „Machtvollkommenheit der Volksvertretung", statt „Konfiskation des Gutsbesitzerlandes" erhoben sie die verschwommene Forderung nach einer „Revision der Agrargesetzgebung" usw. Somit wurden in der Plattform der Menschewiki die Hauptlosungen, unter denen der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse vor sich ging, durch Losungen und Forderungen ersetzt, die der legalen Bewegung angepaßt waren.

3. Das Zarengesetz vom 3. Juni 1907 über die Wahlen zur Reichsduma

Das von der Regierung bereits für die Wahlen zur I. Duma erlassene Wahlgesetz war so aufgebaut, daß die überwiegende Mehrheit in der Duma der Bourgeoisie, den Gutsbesitzern, Fabrikanten und dem Adel vorbehalten wurde. Die Wahlen waren mehrstufig. Von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Gutsbesitzern, Großeigentümern in den Städten, Bauern, Arbeitern usw.) wurden zunächst Wahlmänner gewählt, die später aus ihren Reihen die Deputierten wählten.

Für die Arbeiter und Bauern war dieses System noch komplizierter: die Arbeiter wählten zunächst Bevollmächtigte, die die Wahlmänner wählten, und erst dann nahmen die Wahlmänner an der Gouver-

nementswahlversammlung teil. Das Gesetz sah verschiedene einschränkende Klauseln vor und ließ beispielsweise zu den Wahlen in der Stadt nur Personen mit eigener Wohnung zu.

Der von der Regierung bei den Wahlen zur I. und II. Reichsduma angewandte Wahlmechanismus ergab jedoch nicht die von der Regierung erwünschte Mehrheit. In den ersten beiden Dumas war die Mehrheit oppositionell, und die Zarenregierung sah sich gezwungen, sie vorfristig aufzulösen.

Durch das Gesetz vom 3. Juni 1907 wurde ein neues Wahlsystem eingeführt, das die Rechte der Wähler weiter schmälerte und neue bedeutende Bevölkerungsgruppen des Rechts beraubte, die Duma zu wählen. Das Gesetz vom 3. Juni 1907, das von dem Zarenminister Stolypin diktatorisch durchgeführt wurde, kennzeichnete das Einschwenken der Regierungspolitik auf den Weg der finstersten Reaktion. Die Regierung Nikolais II. war bestrebt, die Errungenschaften der Revolution von 1905 so rasch wie möglich und bis auf die letzte Spur auszutilgen.

Der politische Regierungskurs, der die historische Bezeichnung „das 3.-Juni-Regime" erhielt, richtete sich in erster Linie gegen den Führer und Hauptkämpfer der Revolution von 1905, die Arbeiterklasse. Natürlich schenkte auch das neue Gesetz über die Wahlen zur Reichsduma den Arbeitern besondere Beachtung.

„Die Arbeiterklasse Rußlands", so schrieb die „Prawda" am 15. Juli 1912, „ist schon seit langem in Ungnade gefallen. Bereits zu den Zeiten des alten Wahlgesetzes, zu den Zeiten der I. und der II. Reichsduma, ließen die Herren der Lage von ihren Gaben nur 3 Prozent der Gesamtzahl der Wahlmänner der Arbeiterklasse zukommen. Den Millionenmassen der Arbeiter Rußlands, denen, die alle Werte schaffen und im wesentlichen unser Leben gestalten, wurden insgesamt 208 Wahlmänner zugestanden (3,36 Prozent). Und das für ganz Rußland! Und das, obwohl man dem Häuflein Gutsbesitzer 1952 Wahlmänner (31,48 Prozent), das heißt fast ein Drittel aller Wahlmänner, gab.

Als aber das Wahlgesetz am 3. Juni 1907 nach Auflösung der II. Duma abgeändert wurde, beraubte man die Arbeiter nochmals um

die Hälfte ihrer Stimmen. Und die Zahl der Wahlmänner von den Arbeitern im gesamten Europäischen Rußland wurde auf 112 (2,13 Prozent) herabgesetzt. Dafür hat man allein den Gutsbesitzern rund 50 Prozent (49,39 Prozent) aller Wahlmänner gesichert!"

Das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 war ein äußerst komplizierter, verworrener und raffinierter Wahlmechanismus. Die Wahlen für die Zarenduma waren keine direkten, sondern mehrstufige Wahlen — nach Ständen und verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die sogenannte Kurien bildeten. Auf diese Weise ließ die Zarenregierung „gefährliche" Deputierte nicht in die Duma. Die Großgrundbesitzer wählten gesondert in ihrer Kurie, es wählten gesondert die ländliche Bourgeoisie, die städtische Bourgeoisie (Fabrikanten und Großkaufleute) — in der ersten städtischen Kurie die kleinbürgerlichen städtischen Wähler — in der zweiten städtischen Kurie die Arbeiter gesondert von den Bauern. In den Kurien wurden die Wahlmänner gewählt, die in den Gouvernementswahlversammlungen alsdann die Dumadeputierten wählten.

Für die Arbeiter und Bauern wurde die Mehrstufigkeit der Wahlen weiter kompliziert. Sie wählten zunächst Bevollmächtigte — und diese die Wahlmänner. Die Bauern wählten in Amtsbezirksversammlungen Vertreter, und die in diesen Versammlungen gewählten Bevollmächtigten wählten die Wahlmänner. Die Wahlmänner der Arbeiter und Bauern beteiligten sich in den Gouvernementsversammlungen an den allgemeinen Wahlen der Deputierten. Auf diese Weise gab es für die Arbeiter ein dreistufiges und für die Bauern sogar ein vierstufiges Wahlsystem.

Naturgemäß half ein derart komplizierter Wahlmechanismus nicht nur die Ungleichheit der Wahlen vertuschen, sondern gewährte darüber hinaus weitgehende Möglichkeiten für die administrative Einmischung und für alle möglichen Entstellungen des Wahlsystems seitens der Polizei.

Durch das zaristische Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 wurden ganze Gebiete völlig der Wahlrechte beraubt: das Gebiet Akmolinsk, das Transkaspische Gebiet, Samarkand, die Gebiete Semipalatinsk, Semiretschje, Syr-Darja, Turgai und andere. Besonderen Einschränkungen

waren die Werktätigen der nationalen Randgebiete unterworfen: während im Europäischen Rußland auf 279 000 Einwohner ein Deputierter kam, vertrat ein Deputierter in Sibirien 1 Million Einwohner.

Die Frau war im zaristischen Rußland rechtlos. Sowohl die Religion als auch das Zarengesetz betrachteten die Frau als einen Gegenstand, als Privatbesitz. Diese rechtlose Stellung der Frau fand auch im Wahlgesetz ihren Niederschlag. Das Zarengesetz enthielt der Frau das Recht vor, zu wählen und in Vertretungskörperschaften gewählt zu werden. Damit war die Hälfte der Bevölkerung Rußlands, und zwar die Frauen, des Wahlrechts beraubt.

Des Wahlrechts beraubt waren auch die sogenannten „nomadisierenden Fremdvölker": Kalmücken, Kirgisen, Jakuten und andere Nationalitäten. Menschen, die der russischen Sprache nicht mächtig waren, konnten ebenfalls nicht in die Duma gewählt werden. So setzte die Zarenregierung ihre Politik der grausamen nationalen Unterdrückung und der Rechtlosigkeit der Völker Rußlands in die Tat um.

Die Regierung traute der Jugend nicht. Sie war der Meinung, daß die Jugend am revolutionärsten sei, und ergriff alle Maßnahmen, um sie von der Teilnahme an der Abstimmung auszuschalten. Das Gesetz vom 3. Juni setzte einen Alterszensus von 25 Jahren für die Teilnahme an den Wahlen fest. Die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung im Alter von 18 bis 25 Jahren wurde des Wahlrechts beraubt. Sie machte, die Frauen nicht eingerechnet, etwa 14 Millionen aus.

Die Studenten und Schüler wurden, unabhängig vom Alter, gänzlich von den Wahlen ausgeschlossen.

Von den Bauern hatten nur die *Hofbesitzer* das Wahlrecht. Auf diese Weise wurden der gesamten Dorfarmut, den Landarbeitern sowie den Familienangehörigen auf dem Bauernhof, die sich nicht selbständig gemacht hatten, das Wahlrecht vorenthalten. Von den *92 Millionen* Bauern in den 51 Gouvernements des Europäischen Rußlands konnten *nur 14 Millionen* an den Wahlen teilnehmen.

In der Arbeiterkurie wählten die Arbeiter Bevollmächtigte nur von den Unternehmen (Fabriken, Gruben, Eisenbahnen), in denen mehr als fünfzig Arbeiter beschäftigt waren.

Die Wahlen in der Arbeiterkurie wurden so durchgeführt, daß Betriebe mit fünfzig bis tausend Beschäftigten je einen Bevollmächtigten wählten. Darüber hinaus gab nur das *volle* weitere Tausend Arbeiter das Recht, einen weiteren Bevollmächtigten zu wählen. Somit wurde in einem Betrieb mit fünfzig Arbeitern wie auch in einem mit 1999 Arbeitern, das heißt wo ein Mann am vollen zweiten Tausend fehlte, je ein Bevollmächtigter gewählt. Die Zarenregierung war sich darüber im klaren, daß das Proletariat in den Großbetrieben am meisten bewußt war — daraus erklären sich diese Einschränkungen für die Arbeiter der Großbetriebe.

Ein Arbeiter mußte, um als Bevollmächtigter gewählt werden zu können, *mindestens sechs Monate* vor Beginn der Wahlen im gleichen Betrieb gearbeitet haben. Das bot den Betriebsbesitzern die Möglichkeit, politisch unzuverlässige Arbeiter von den Wahlen fernzuhalten: man brauchte sie nur kurz vor den Wahlen zu entlassen.

Als Ergänzung zu dieser offenen Einschränkung erließ das Innenministerium eine Bestimmung, wonach den Arbeitern der Handwerkerbetriebe, Bäckereien, Feinbäckereien, städtischen Eisenbahnen, Fernsprechämter, Schlachthöfe, Dampfergesellschaften, Teegroßhandlungen und anderer Betriebe das Recht genommen wurde, in der Arbeiterkurie zu wählen, selbst wenn jene mehr als fünfzig Arbeiter beschäftigten. Die Arbeiter dieser Betriebe mußten ebenso wie die Arbeiter in den Betrieben mit weniger als fünfzig Beschäftigten einem Vermögenszensus für die Teilnahme an den Wahlen genügen: Sie mußten Mieter einer gesonderten Wohnung (keines Zimmers, sondern einer Wohnung) sein. Naturgemäß konnten durch diesen Zensus bedingt nur sehr *wenige* Arbeiter wählen.

Alle Personen, die verurteilt waren oder gegen die ein Gerichtsverfahren schwebte, wurden von den Wahlen ausgeschlossen. Das machte sich die Zarenregierung weitgehend zunutze. Wenn ein Arbeiter von den Wahlen ausgeschlossen werden sollte, wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet.

Von der Bevölkerung der 51 Gouvernements des Europäischen Rußlands, die sich auf *112 327 000* Menschen belief, nahmen nur *17 Millionen*, das heißt etwas mehr als 15 Prozent an den Wahlen teil.

Das ganze Wahlsystem war auf der empörenden Ungleichheit der verschiedenen Bevölkerungsschichten, auf der offensichtlichen Bevorzugung der Gutsbesitzer und Fabrikanten aufgebaut.

Die Kurie der Großgrundbesitzer zählte zusammen mit den Bevollmächtigten der kleinen Gutsbesitzer insgesamt 36 000 Wähler, das heißt *ein Fünfhundertstel* aller Wähler, wählte aber 2644 Wahlmänner oder 51,3 Prozent aller Wahlmänner.

Die Kurie der städtischen Wähler der ersten Kategorie — Hausbesitzer und Besitzer großer Fabrik- und Handelsunternehmen — bestand aus 149 257 Menschen und wählte 688 Wahlmänner oder 13,2 Prozent.

Die Kurie der städtischen Wähler der zweiten Kategorie — Besitzer kleiner Betriebe und Wohnungsinhaber — umfaßte 832 361 Menschen, wählte jedoch nur 10,7 Prozent der Wahlmänner, das heißt 570 Wahlmänner. Wären indessen den Wählern der zweiten, der demokratischeren städtischen Kurie die gleichen Rechte wie der ersten Kurie eingeräumt worden, hätten sie nicht *570,* sondern *3888* Wahlmänner wählen müssen.

Die Bauern, von denen in ganz Rußland nur 15 Millionen an den Wahlen teilnehmen durften, machten indessen fast 90 Prozent der Wähler aus, wählten aber insgesamt nur 1168 Wahlmänner oder 22,4 Prozent.

Lenin schrieb Ende 1911 in der „Swesda":

„Das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 hat bekanntlich am stärksten das Wahlrecht gerade der Bauern ‚zertrümmert'. Es genügt, daran zu erinnern, daß die Zahl der Wahlmänner der Grundbesitzer durch dieses Gesetz von 1952 auf 2594, das heißt um 32,9 Prozent, erhöht wurde, während die Zahl der Wahlmänner der Bauern und Kosaken auf weniger als die Hälfte: von 2659 auf 1168, das heißt um 56,1 Prozent vermindert wurde."[1]

Die Arbeiterkurie, in der 750 000 Menschen wahlberechtigt waren, wählte nur 114 Wahlmänner oder 2,4 Prozent.

Somit wählte das Häuflein der Gutsbesitzer und Fabrikanten 64,5 Prozent aller Wahlmänner; die Millionen der Bauern und Arbeiter

[1] W. I. Lenin, Werke, Bd. 17, S. 340, russ.

wählten nur 24,8 Prozent. Die restlichen 10,7 Prozent der Wahlmänner wurden von der städtischen Kleinbourgeoisie gewählt. Es ist klar, welche eklatante Ungleichheit in den Wahlmännerversammlungen, wo die Dumadeputierten gewählt wurden, zustande kam.

Das unverhohlene Streben der Regierung, den Gutsbesitzern und Großkapitalisten die erdrückende Mehrheit bei den Wahlen zu sichern, führte in der Praxis sogar zu offenkundigen Kuriositäten. So war bei den Wahlen zur III. Reichsduma in einigen Kreisen die Zahl der für die Grundbesitzerversammlung zu wählenden Wahlmänner höher als die der Wähler. Es gab beispielsweise im Jarensker Kreis, Gouvernement Wologda, nur *einen* Großgrundbesitzer, und er sollte *zwei* Wahlmänner wählen. Im Kreis Kargopol hatten *zwei* Wähler — Großgrundbesitzer — *drei* Wahlmänner zu wählen. Das gleiche war auch in den Kreisen Olonez, Pudosh, Petschora und anderen der Fall.

Die Geistlichkeit beteiligte sich an den Wahlen in der Grundbesitzerkurie. Vielfach bildeten die Pfaffen in den Versammlungen der Kleingrundbesitzer die erdrückende Mehrheit und brachten mit Unterstützung der örtlichen Behörden ihre Kandidaten durch.

Nach Meldungen der „Prawda"-Korrespondenten wurden während der Wahlen zur IV. Reichsduma im Gouvernement Tschernigow in gemeinsamen Versammlungen der Kleingrundbesitzer und der Kirchenvorsteher als Bevollmächtigte gewählt: 49 Kleingrundbesitzer und 177 Pfaffen. In Wjatka wurden in derartigen Versammlungen ausschließlich Pfaffen zu Bevollmächtigten gewählt. Im Gouvernement Kursk waren von insgesamt 343 gewählten Bevollmächtigten 301 Pfaffen. Und so war es in den meisten Gouvernements.

Die Geistlichkeit entfaltete bei den Wahlvorbereitungen eine fieberhafte Tätigkeit: an die Sprengel und Kirchen wurden Rundschreiben versandt, Listen erwünschter Kandidaten veröffentlicht, die Pfaffen ermahnten die Bevölkerung von der Kanzel aus, keine „Aufrührer" zu wählen. Einigermaßen liberale Geistliche wurden von den Wahlen ferngehalten, in arme Gemeinden geschickt oder zuweilen auch ihres Amtes enthoben.

Die Pfaffen halfen der Zarenregierung „treu und ergeben", eine „willfährige Duma" zu wählen.

Bei der Ausarbeitung des neuen Wahlgesetzes wagte es die Regierung dennoch nicht, den Arbeitern den Zutritt zur Reichsduma ganz und gar zu versperren. Für ganz Rußland wurden sechs Gouvernements — Gouvernement Petersburg, Moskau, Kostroma, Wladimir, Charkow und Jekaterinoslaw — bestimmt, in denen man den Arbeiterkurien die Wahl je eines Deputierten gewährte. Auf diese sechs Gouvernements kamen insgesamt 34 Wahlmänner der Arbeiter, wobei sie ungleichmäßig verteilt waren. So kamen im Petersburger Gouvernement auf 70 Bevollmächtigte sechs Wahlmänner, in Charkow dagegen auf 134 Bevollmächtigte vier Wahlmänner. *Damit wurden der gesamten dreimillionenstarken Arbeiterklasse des zaristischen Rußlands nur sechs Plätze zugestanden.*

Die Arbeiterdeputierten wurden in diesen sechs Gouvernements aus den Reihen der Arbeiter-Wahlmänner durch alle Wahlmänner auf den Gouvernementswahlversammlungen der Wahlmänner gewählt. Man erkennt klar, wie einmütig die Arbeiter wahrhaft proletarische Bevollmächtigte wählen mußten und welche angespannte Arbeit die bolschewistische Partei zu leisten hatte.

Ungeachtet all dieser Hindernisse und Einschränkungen mußten die Wahlen in der Arbeiterkurie in diesen sechs Gouvernements zweifellos Vertretern der linken Parteien den Sieg bringen. Es war nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeiter ihre Stimmen nicht den Liberalen und erst recht nicht den Reaktionären geben würden. Anders war es bei den allgemeinen städtischen Wahlen, an denen sich neben der Bourgeoisie zahlreiche demokratische Wähler beteiligten: Handelsgehilfen, Angestellte, Handwerker sowie Arbeiter, die Wohnungsinhaber waren.

In den Großstädten — Petersburg, Moskau, Odessa, Riga und Kiew — beteiligten sich an den Wahlen in der zweiten Kurie viele Tausende demokratische Wähler.[1] Um sie wurde faktisch zwischen den Sozialdemokraten und den Kadetten gekämpft. Auch hier bediente sich die Regierung allerlei Machenschaften, um den Kreis der Wähler einzuengen.

---

[1] Die städtischen Wähler wurden in zwei Kurien eingeteilt: die erste, zu der die Großbourgeoisie zählte, und die zweite, zu der Wohnungsinhaber, Beamte, Angestellte, Handelsgehilfen usw. gehörten.

4. Die Wahlmachenschaften der Zarenregierung

Eine der Methoden zur Dezimierung der Wählerzahl war die Aufstellung der Wahllisten. Obwohl alle Wohnungsinhaber, die ein bestimmtes Alter (25 Jahre) erreicht hatten, wahlberechtigt waren, wurden die Wahllisten nur für die Mietsteuerzahler, das heißt für die Mieter der teuersten Wohnungen aufgestellt. Die gesamte übrige Masse der Hauptmieter sowie andere Bevölkerungsgruppen wie Rentenempfänger mußten von sich aus einen Antrag stellen, um unter die Wähler eingereiht zu werden. Die Antragsteller mußten jedoch so viele Polizeischikanen über sich ergehen lassen, daß ihnen die Lust verging, an den Wahlen teilzunehmen. Da war zunächst eine Bescheinigung von der Polizei zu besorgen, deren Ausstellung auf jede Weise verzögert wurde. Man mußte fünf- bis sechsmal beim „Herrn Polizeioffizier" vorsprechen und erhielt schließlich eine Bescheinigung, die später bei den Wahlen häufig als falsch und ungültig bezeichnet wurde. Der Wähler wurde getäuscht durch die Auskunft, die Frist sei bereits abgelaufen, und bis er die Wahrheit festgestellt hatte, war die Frist tatsächlich abgelaufen. Kurzum, die verschiedensten Tricks wurden angewandt, um den Wähler seines Wahlrechts zu berauben.

Eine andere Methode zur Dezimierung der Wählerzahl waren die berüchtigten „Erläuterungen"[1]. Ganz abgesehen von den „Erläuterungen", die einzelnen, der Regierung nicht genehmen Kandidaten unter irgendeinem Vorwand das Wahlrecht entzogen, wurden ganze Bevölkerungsgruppen „erläutert". Mit einem Federstrich wurden fast 95 Prozent der Juden, die außerhalb der Ansiedlungsgebiete lebten und dort das sogenannte „bedingte" Wohnrecht hatten[2], des Rechts auf Beteiligung an den Wahlen zur IV. Duma beraubt.

---

[1] Der Ausdruck „Erläuterung" kam in Umlauf im Zusammenhang mit der vom „dirigierenden" Senat praktizierten Erläuterung der Wahlgesetze in dem für die Regierung wünschenswerten Sinn. Bei der „Erläuterung" der Gesetze erklärten die Behörden willkürlich die vorgenommenen Wahlen für ungültig. *Die Red.*

[2] Nach dem zaristischen Gesetz hatten die Juden außerhalb der Ansiedlungsgebiete, die einige südwestliche Gouvernements Rußlands umfaßten, kein Wohnrecht. Das Wohnrecht außerhalb der Ansiedlungsgebiete wurde lediglich Juden mit Hochschulbildung, Kaufleuten der ersten Gilde und einigen anderen kleinen Gruppen gewährt.

In der „Prawda" vom 15. Juni 1912 schrieb Genosse Molotow in dem Aufsatz „Eine neue Erläuterung":

„Am 12. Juni bestimmte der Senat auf eine Interpellation des Innenministers hin, daß ‚Juden mit bedingtem Wohnrecht kein Recht auf Beteiligung an den Wahlen zur Reichsduma haben'.

Durch diese neue Erläuterung wurden in Kiew fast sämtliche jüdischen Wähler ausgeschaltet, in Petersburg wurden ebenfalls rund 6000 Juden in der zweiten städtischen Kurie ‚erläutert'."

Es wurden natürlich nicht nur Juden „erläutert". Jeder Gouverneur handelte nach eigenem Ermessen, jeder Polizeioffizier „legte" das Wahlgesetz auf seine Art und Weise „aus".

Die Zarenregierung wiederholte während der Wahlen zur IV. Duma den ihr bereits einmal „geglückten" Versuch des Wahlkampfes vor den Wahlen zur III. Duma.

Gleich nach der Auflösung der III. Duma wurde beim Innenministerium ein besonderer Wahlapparat geschaffen; dieser ersann Korrekturen und Ergänzungen zum Wahlgesetz, die der Regierung die Mehrheit sicherten. In einigen Gouvernements wurden besondere Kurien für die Geistlichkeit geschaffen, in anderen, wo das vorteilhaft war, wurde die Geistlichkeit den Gutsbesitzern angeschlossen.

Ganz allgemein spielten die Pfaffen bei den Wahlen zur Reichsduma eine große Rolle — in allen Dumas gab es eine beträchtliche Anzahl Deputierte in Priesterröcken. Die Pfaffenarmee wurde vom Synod befehligt. Der Synod erteilte den Pfaffen Instruktionen — nicht nur, wie man die Seelen der Gläubigen einfängt, sondern auch, wie man ihre Stimmen bei den Wahlen sammelt.

In den Randgebieten mit überwiegend „nichtrussischer" Bevölkerung, unter der die oppositionellen Stimmungen gegen die Regierung recht stark waren, wurden selbständige *russische* Kurien geschaffen, das heißt das Beamtentum wurde in besonderen Gruppen zusammengefaßt, die zuweilen mehr Wahlmänner wählen durften als die gesamte einheimische Bevölkerung des Gebiets.

Der Regierungsapparat arbeitete auf vollen Touren. Durch besonders offenen Rechtsbruch bei der Schmälerung der Wahlrechte zeichneten

sich die Gouverneure von Tschernigow, Nishni Nowgorod, Jekaterinoslaw und anderen Gouvernements aus. Der Gouverneur von Jekaterinoslaw ließ den Ortsrabbiner kommen und sagte: „Eure Juden sind wieder recht munter und beabsichtigen, sich aktiv an den Wahlen zur Reichsduma zu beteiligen. Sie bilden einen Block mit den Progressisten. Sie haben offenbar die jüngste Vergangenheit vergessen. Blockbildung mit den Progressisten und die Aktivität vor den Wahlen *können den Juden teuer zu stehen kommen.* Das können Sie den Juden mitteilen." Mit diesen Worten drohte der Gouverneur offen mit einem Pogrom.

In Smolensk ließ die Polizei 500 Wahlscheine zurückgehen, weil die Empfänger angeblich nicht zu ermitteln waren. Diese „nichtzuermittelnden" Empfänger waren fast ausschließlich Juden.

In vielen Städten des Südwestens mit vorwiegend jüdischer Bevölkerung wurden die Wahlen der Wahlmänner auf einen Sonnabend festgesetzt, damit sich die gläubigen jüdischen Wähler nicht daran beteiligen konnten.

Bei dem System der Wahlen in städtischen Kurien, an denen eine bedeutende Anzahl spießbürgerlich gesinnter Menschen teilnahmen, konnten in einzelnen Fällen auch die Schwarzhunderter-Kandidaten als Sieger aus den Wahlen hervorgehen. Deshalb unterschied sich die Wahltaktik unserer Partei bei den gesamtstädtischen Wahlen von der Taktik bei den Wahlen in den Arbeiterkurien.

Die Bolschewiki erachteten es für notwendig, in der Arbeiterkurie überall eigene Kandidaten aufzustellen und kein Paktieren mit anderen Parteien oder Gruppen, auch nicht mit den menschewistischen Liquidatoren zu dulden. Was aber die sogenannte zweite Kurie der städtischen Wähler (die erste Kurie der Wähler bestand aus Großeigentümern, und dort konnten sich demokratische Kandidaten überhaupt nicht durchsetzen) und die Wahlen in den Amtsbezirksgemeinschaften betrifft, so wurde es auch hier für notwendig gehalten, selbständige sozialdemokratische Kandidaturen aufzustellen, da allein schon diese Tatsache große agitatorische Bedeutung hatte. Um aber den Sieg reaktionärer Kandidaten zu verhindern, erachteten es die Bolschewiki für möglich, bei den Wahlen der Wahlmänner in der zweiten Kurie der städtischen Wähler

im zweiten Wahlgang[1] mit den kleinbürgerlichen Demokraten (Trudowiki usw.) gegen die Liberalen und alsdann mit den Liberalen gegen alle Regierungsparteien zu paktieren.

In den fünf Großstädten dagegen, in denen direkte Wahlen gegebenenfalls mit mehreren Wahlgängen durchgeführt wurden, wurde die Aufstellung selbständiger sozialdemokratischer Kandidaten als unbedingt notwendig erachtet, wobei wir uns angesichts des offenkundigen Fehlens der Schwarzhundertergefahr auf keinerlei Abkommen mit der liberalen Bourgeoisie einzulassen brauchten.

Die Resolution der Prager Konferenz, die unsere ganze Wahltaktik vorsah, unterstrich, daß „keinerlei Wahlabkommen die Aufstellung einer gemeinsamen Plattform betreffen und weder die sozialdemokratischen Kandidaten durch irgendwelche politischen Verpflichtungen binden noch die Sozialdemokraten hindern dürfen, die konterrevolutionäre Haltung der Liberalen sowie die Unentschlossenheit und Inkonsequenz der bürgerlichen Demokraten entschieden zu kritisieren . . .“[2]. Abkommen, die von den Bolschewiki im zweiten Wahlgang zugelassen wurden, trugen somit keineswegs den Charakter eines Blocks politischer Parteien.

Aber neben dieser entschlossenen Linie des direkten Kampfes gegen die Schwarzhunderter und die liberalen Parteien sowie gegen die Inkonsequenz der bürgerlichen Demokraten mußten die Bolschewiki auch die Tarnung, die Täuschungstaktik der Liberalen berücksichtigen. Zur Verteilung der Parteikräfte bei den bevorstehenden Wahlen hieß es in dem Aufsatz „Wie sie sich für die Wahlen rüsten“ in der Zeitung „Swesda“ vom 19. April 1912:

„Es nahen die Wahlen zur IV. Duma, und die Feinde der Befreiungsbewegung mobilisieren ihre Kräfte.

Da haben wir vor allem die konterrevolutionären Parteien: die äußersten Rechten, die Nationalisten, die Oktobristen. Sie alle unterstützen auf diese oder jene Weise die Regierung. Worauf können sie in der bevorstehenden Wahlkampagne rechnen? Natürlich nicht auf die Sym-

---

[1] Ein zweiter Wahlgang wurde angesetzt, wenn sich die Stimmen beim ersten Wahlgang zersplitterten und keiner der Kandidaten mehr als 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

[2] „Die KPdSU in Resolutionen . . .“, Teil I, S. 274, russ.

pathie der breiten Schichten der Bevölkerung: die Parteien, die ihr Schicksal mit dem Schicksal der Regierung des Lena-Blutbades verbunden haben, können nicht auf die Sympathie der Massen rechnen! Ihre einzige Hoffnung sind die ‚Verfügungen' der Regierung. An ‚Verfügungen' aber wird, wie üblich, kein Mangel sein. Das Innenministerium hat bereits an die Gouverneure ein Rundschreiben versandt, worin es empfiehlt, ‚Maßnahmen zu treffen, damit von den Amtsbezirken durchaus zuverlässige und nicht zu den Linken gehörende Leute als Bevollmächtigte gewählt werden'. Worauf aber in Wirklichkeit alle diese ‚Maßnahmen' hinauslaufen werden, das wissen wir aus der Praxis: Streichung linker Kandidaten aus den Listen, künstlich gegen sie angestrengte Prozesse, Verhaftung, Verbannung — das sind diese ‚Maßnahmen'! Anderseits rät der Heilige Synod den Eparchialbischöfen, an den bevorstehenden Wahlen aufs lebhafteste mitzuwirken, standhafte Verteidiger der Kircheninteressen in die Duma zu bringen und zu diesem Zweck Wahlkongresse der Eparchialgeistlichkeit einzuberufen, zur Herausgabe besonderer Wahlzeitungen zu schreiten usw.

Schlecht, sehr schlecht steht es um die Angelegenheiten der Regierungsparteien, wenn selbst die Kirchenväter gezwungen sind, ihretwegen die ‚kirchlichen Angelegenheiten' den ‚weltlichen Angelegenheiten' zuliebe zu vernachlässigen!

Wahlen unter dem Druck der geistlichen und der weltlichen Gouverneure — auf diese Mittel also können sie rechnen.

Freilich gibt es noch ein Mittel — die Marke der Parteilosigkeit aufzukleben und sich durch Betrug der Wähler irgendwie in die Duma einzuschleichen, um dann die Maske abzuwerfen. Eben dorthin wird die ‚Sache' von den Kownoer Nationalisten gewendet, die in den letzten Tagen in der Maske der Parteilosigkeit aufgetreten sind. Aber das ist ein raffiniertes Mittel und dürfte wohl für unsere plumpen Büffel von Reaktionären nicht geeignet sein . . .

Anders die russischen Liberalen: Kadetten, friedliche Erneuerer, Progressisten. Das ist ein flinkes Publikum, und ihm würde es wohl gelingen, die Maske der Parteilosigkeit voll und ganz auszunutzen . . . Eine solche Parteilosigkeit brauchen aber die Kadetten, die ihre Schminke immer mehr verlieren, sie brauchen sie dringend.

Die Sache ist die, daß der Mann auf der Straße während der III. Duma gelernt hat, die Oktobristen und Kadetten kritisch zu betrachten. Anderseits sind die Leute der ‚ersten Kurie', die städtischen Großbourgeois, von den Oktobristen ‚enttäuscht', die ihre Hoffnungen nicht ‚gerechtfertigt' haben. Es gibt also eine Möglichkeit, die Oktobristen, die Konkurrenten der Kadetten in den Ministerialvorzimmern, ‚aus dem Sattel zu werfen'. Wie aber kann eine Brücke zur ‚ersten Kurie' geschlagen werden, wenn nicht über die progressiven friedlichen Erneuerer? Deshalb — es lebe das Bündnis mit den friedlichen Erneuerern! Freilich muß man zu diesem Zweck ‚ein klein bißchen' nach rechts rücken, aber was ist das schon für ein Malheur: Darf man denn nicht nach rechts rücken, wenn das so vorteilhaft ist?

Also nach rechts ausrichten!

Anderseits sind die ‚kleinen und mittleren Städter' der ‚zweiten Kurie', die Intelligenz, die Handlungsgehilfen und andere, inzwischen erheblich nach links gerückt, besonders in Verbindung mit den um sich greifenden Ereignissen an der Lena. Die Kadetten spüren die Last ihrer politischen Sünden, sie haben allzuoft versucht, die Sache der ‚Volksfreiheit' zu verraten, sie würden, weiß Gott, auch jetzt mit Freuden in die Ministerialvorzimmer rennen, wenn sie überzeugt wären, daß man sie hineinläßt! Aber gerade deshalb beginnen die städtischen demokratischen Schichten die Kadetten scheel anzusehen. Muß man noch sagen, daß es ziemlich gefährlich ist, vor solchen Wählern ohne Maske, mit der eigenen Physiognomie liberaler Verräter aufzutreten? Was aber soll man in solchem Fall für die nach links gerückte Stadtbevölkerung ausdenken, die bereits von den Kadetten abrückt, aber noch nicht bei den Sozialdemokraten angelangt ist? Natürlich progressiven Nebel . . . Verzeihung — progressive Parteilosigkeit. Oh, man glaube nicht, daß die Progressisten Kadetten seien! Nein, sie sind durchaus keine Kadetten, sie werden nur für die kadettischen Kandidaten stimmen, sie sind bloß ‚parteilose' Kommis der Kadetten . . . Und die Kadetten machen Reklame für die ‚parteilosen' Progressisten: Man kann nicht anders, man muß wenigstens in Worten nach links rücken, zur . . . Parteilosigkeit hin!

Also nach links ausrichten!

Einerseits ... anderseits ... weiter nach rechts ... weiter nach links ... Das ist die Politik der Partei des liberalen Volksbetrugs, der Partei der Kadetten.

Den Wähler beschwindeln — auf dieses Mittel werden die russischen Liberalen rechnen.

Und — das muß betont werden — die parteilose Scharlatanerie kann bei den Wahlen eine große Rolle spielen. Sie kann eine große Rolle spielen, wenn die Sozialdemokraten den liberalen Herren nicht die Maske herunterreißen, wenn sie anläßlich der beginnenden Wahlen keine energische Kampagne führen, wenn sie nicht alle ihnen zur Verfügung stehenden Kräfte aufbieten, damit sich die städtischen demokratischen Schichten um den Führer der Befreiungsbewegung, um das russische Proletariat zusammenschließen."

Bei den Wahlen der Bauern sorgte die Regierung dafür, daß Deputierte aus den Reihen der Kulaken gewählt wurden. Wie erreichte sie das? Vor allem wurden die Bevollmächtigten nicht von den wahlberechtigten Bauern selbst, sondern von den Amtsbezirksversammlungen gewählt. Bekanntlich setzten sich diese Amtsbezirkstreffen im wesentlichen aus „soliden" Hofbesitzern zusammen. Zu den Wahlen der Bevollmächtigten kamen die Semstwo-Vorsteher und wiesen ungeniert auf die Bevollmächtigten hin, die ihnen genehm waren. Das endgültige „Durchsieben" der Kandidaten ging in den Gouvernementswahlversammlungen vor sich. Die Bauerndeputierten, einer je Gouvernement, wurden nicht von den Wahlmännern der Bauern selbst, sondern von der gesamten Wahlversammlung gewählt, in der die Gutsbesitzer und die Pfaffen die erdrückende Mehrheit bildeten. Es ist klar, daß aus den Reihen der bäuerlichen Wahlmänner Kulaken gewählt wurden.

5. Schwierigkeiten der Arbeit unter illegalen Bedingungen

Die Hauptschwierigkeit des Wahlkampfes bestand darin, daß unsere Partei in der Illegalität und den Verfolgungen der zaristischen Polizei und Ochrana ständig ausgesetzt war. Die Wahlkampagne mußte aus

der Illegalität organisiert werden, unter tagtäglicher Gefahr der Aufdeckung, der Verhaftung und Verbannung.

Das Innenministerium verschickte ein Rundschreiben mit genauen Anweisungen, wie man bei den Wahlen der Arbeiterdeputierten vorzugehen habe. In dem Rundschreiben hieß es:

„1. In den Versammlungen der Arbeiter dürfen keinerlei Reden geduldet werden, die sich nicht unmittelbar auf die Wahlprozedur beziehen.

2. Bei Versammlungen darf die Verteilung von irgendwelchen Zetteln oder Wahllisten weder vor dem Gebäude, noch auf der Straße oder in den Gängen geduldet werden.

3. Den wohlgesinnten Arbeitern ist beizubringen, daß die Arbeiter der Regierung für das Recht auf Deputiertenwahl dankbar sein müssen und Feinde der bestehenden Ordnung nicht in die Duma lassen dürfen."

Die Menschewiki waren in einer besseren Lage, weil sie mit geringeren, den legalen Möglichkeiten angepaßten Forderungen auftraten und weil sie über mehr literarische Kräfte verfügten. Die Führer der Menschewiki — Dan, Potressow und andere — lebten in Petersburg legal und arbeiteten offen in der Presse mit, während alle führenden Kader der bolschewistischen Partei entweder verbannt und eingekerkert waren oder in der Emigration leben mußten.

Dennoch verfügten die Bolschewiki während der Wahlen zur IV. Reichsduma über eine starke Waffe, die sie in den vorangegangenen Wahlkampagnen nicht besessen hatten. Diese Waffe war die „Prawda", die täglich erscheinende Zeitung der Arbeitermassen.

Die „Prawda", die einige Monate vor den Wahlen zur IV. Reichsduma auf Weisung Lenins geschaffen wurde, spielte eine gewaltige Rolle im Wahlkampf.

In den Spalten der „Prawda", die das Sprachrohr der fortgeschrittenen revolutionären Arbeiter darstellte, kämpfte die bolschewistische Partei zugleich gegen das offene und getarnte Liquidatorentum, gegen den Einfluß der liberalen Bourgeoisie.

Im Juni 1912 begann die „Prawda" in ihren Spalten Artikel, Notizen, Berichte und Meldungen über die bevorstehenden Wahlen zu veröffentlichen.

Eine große Kampagne führte die „Prawda" gegen die Wahlenthaltung der städtischen demokratischen Wähler, sie forderte diese auf, sich rechtzeitig um ihre Rechte zu kümmern und alle notwendigen Formalitäten im voraus zu erledigen. Von Nummer zu Nummer ermahnte die „Prawda" die Wähler, darauf zu achten, daß ihre Namen in den Wahllisten nicht ausgelassen werden, und entsprechende Anträge an die Wahlkommission zu stellen. Die „Prawda" wandte sich an ihre Leser mit dem Aufruf, jeder von ihnen möge mindestens drei Wähler aus den Reihen seiner Kollegen im Betrieb oder seiner Nachbarn gewinnen.

Eine noch größere Rolle spielte die „Prawda" bei der Vorbereitung der Wahlen in der Arbeiterkurie. Während für die gesamtstädtischen Wahlen die Wahlversammlungen, die natürlich unter starkem Polizeidruck standen, gewisse Bedeutung hatten, waren die Wahlversammlungen der Arbeiter in der Arbeiterkurie durch das Gesetz verboten. Bei einer solchen Sachlage erlangte die Agitation der „Prawda" besonders große Bedeutung.

Kapitel II

Die Wahlen in Petersburg

1. Die Wahlkampagne in Petersburg

Die Wahlen der Bevollmächtigten in den Fabriken und Werken sollten im Frühherbst 1912 erfolgen, aber bereits in den Sommermonaten waren die organisatorische Vorbereitung und die Agitation unter den Petersburger Arbeitern im Gange.

Das Zentralkomitee der Partei, das dem Ausgang der Wahlen in Petersburg außerordentliche Bedeutung beimaß, gab der Petersburger Organisation die Direktive, die Arbeit so breit wie möglich in Angriff zu nehmen und alle Kräfte der Partei für die Wahlkampagne zu mobilisieren. Das Petersburger Komitee wurde durch Genossen aus den Rayonorganisationen ergänzt.

In der „Newskaja Swesda“ vom 1. Juli 1912 schrieb Lenin über die Bedeutung der Wahlen in Petersburg:

„Der Kampf bei den Wahlen in Petersburg ist der Kampf zwischen den Liberalen und der Arbeiterdemokratie um die Hegemonie in der gesamten Befreiungsbewegung Rußlands.

Diese außerordentlich wichtige Rolle der Petersburger Wahlen veranlaßt uns unter anderem zu zwei praktischen Schlußfolgerungen. Wem viel gegeben ist, von dem wird viel verlangt. Die Petersburger Arbeiter müssen die Wahlkampagne in Petersburg in der zweiten städtischen Kurie im Namen der *gesamten* Arbeiterdemokratie ganz Rußlands führen. Auf ihren Schultern lastet eine große und schwierige Aufgabe. Sie dienen als Vorbild. Sie müssen ein Höchstmaß an Initiative, Energie und Beharrlichkeit entfalten. Sie haben das bei der Arbeiter-Tageszeitung getan. Sie müssen das großartig begonnene Werk auch bei den Wahlen fortsetzen.

Die Aufmerksamkeit ganz Rußlands ist auf den Wahlkampf in Petersburg gerichtet. Und auch die *Hilfe* ganz Rußlands muß sich darauf richten. Ohne die verschiedenartigste Hilfe aus allen Teilen Rußlands werden die Petersburger Arbeiter allein den ‚Feind‘ nicht bezwingen können.“[1]

2. „Wählerauftrag der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten“

Hier ist der Wortlaut des „Wählerauftrags der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten“, der im Wahlkampf von großer Bedeutung war.

„Die von der Bewegung des Jahres 1905 aufgestellten Forderungen des russischen Volkes sind ungelöst geblieben.

Die Entwicklung der Reaktion und der ‚erneuerten Ordnung‘ hat diese Forderungen nicht nur nicht befriedigt, sondern sie im Gegenteil noch mehr verschärft.

Die Arbeiter sind häufig nicht nur der Möglichkeit zu streiken beraubt — denn sie haben keine Garantie, daß man nicht dafür auf sie

[1] W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, S. 124/25, russ.

schießen wird; nicht nur der Möglichkeit, Verbände zu gründen und Versammlungen zu veranstalten — denn sie haben keine Garantie, daß man sie nicht dafür verhaften wird —, sondern auch der Möglichkeit, zur Duma zu wählen, da sie sowieso ‚erläutert' oder verbannt werden: Hat man doch in diesen Tagen Putilow-Arbeiter und Arbeiter von der Newa-Werft ‚erläutert'!

Wir sprechen schon gar nicht von den zu Dutzenden von Millionen hungernden Bauern, die der Willkür der Gutsbesitzer und der Semstwovorsteher ausgesetzt sind ...

Alles das spricht von der Notwendigkeit, die Forderungen des Jahres 1905 zu befriedigen.

Der Zustand des Wirtschaftslebens Rußlands aber, die bereits auftretenden Anzeichen der kommenden Industriekrise und die immer stärker werdende Verelendung breiter Schichten der Bauernschaft geben der Notwendigkeit einen besonderen Nachdruck, die Aufgaben des Jahres 1905 zu lösen.

Wir sind deshalb der Meinung, daß Rußland am Vorabend kommender Massenbewegungen steht, die vielleicht tiefer sein werden als im Jahre 1905. Dafür zeugen die Lena-Aktionen, die Proteststreiks gegen die ‚Erläuterungen' usw.

Vorkämpfer dieser Bewegungen wird wie im Jahre 1905 die fortgeschrittenste Klasse der russischen Gesellschaft sein, das russische Proletariat.

Sein Bundesgenosse aber kann nur die vielgeprüfte Bauernschaft sein, die an der Befreiung Rußlands von feudalen Fesseln ein Lebensinteresse hat.

Einen Zweifrontenkampf — gegen die feudal-bürokratischen Zustände und gegen die liberale Bourgeoisie, die ein Bündnis mit der alten Staatsmacht sucht —, diese Form müssen die künftigen Aktionen des Volkes annehmen.

Und dieser Kampf wird nur insoweit siegreich sein, als die Arbeiterklasse an der Spitze der Volksbewegung marschieren wird.

Damit jedoch die Arbeiterklasse die Mission des Führers der Volksbewegung in Ehren erfüllen kann, muß sie mit dem Bewußtsein ihrer Interessen und mit großer Organisiertheit gerüstet sein.

Die Dumatribüne ist unter den gegebenen Verhältnissen eines der besten Mittel, die breiten Massen des Proletariats aufzuklären und zu organisieren.

Eben zu diesem Zweck entsenden wir unseren Deputierten in die Duma und beauftragen ihn sowie die gesamte sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma, unsere Forderungen von der Dumatribüne aus weithin zu verbreiten, nicht aber ein leeres gesetzgeberisches Spiel in der Herrenduma zu treiben.

Wir möchten, daß die sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma und im besonderen unser Deputierter das Banner der Arbeiterklasse in dem ihnen feindlichen Lager der schwarzen Duma hochhalten.

Wir möchten, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion von der Dumatribüne aus laut ihre Stimmen erheben und über das Endziel des Proletariats, über die vollen und unverkürzten Forderungen des Jahres 1905, über die russische Arbeiterklasse als den Führer der Volksbewegung, über die Bauernschaft als den zuverlässigsten Bundesgenossen der Arbeiterklasse, über die liberale Bourgeoisie als die Verräterin der ‚Volksfreiheit' sprechen.

Wir möchten, daß die sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma auf dem Boden der obenerwähnten Losungen einig und geschlossen in ihrer Tätigkeit sein möge.

Daß sie ihre Kraft aus dem ständigen Umgang mit den breiten Massen schöpfen möge.

Daß sie mit der politischen Organisation der Arbeiterklasse Rußlands gleichen Schritt halten möge."

Der „Wählerauftrag" wurde während der Duma-Wahlkampagne in den Versammlungen der Betriebsarbeiter angenommen und war eine scharf geschliffene Waffe gegen die Menschewiki, die mit schüchternen Forderungen nach demokratischen Teilfreiheiten auftraten.

Zur unmittelbaren Leitung der Wahlen ernannte das Zentralkomitee aus seiner Mitte eine zentrale Wahlkommission, deren Mitglieder die ganze Stadt bezirksweise unter sich aufteilten. Die Organisatoren der Wahlen in den Bezirken waren Jurjew, Konkordia Samoilowa, Michailow (Politicus), Inessa Armand und Saweljew (Max).

Die Wahlkampagne im Newa-Bezirk, wo ich zu dieser Zeit tätig war,

wurde von Inessa Armand und Saweljew geleitet. Ich hatte Gelegenheit, zusammen mit M. W. Saweljew, W. F. Malachowski und einigen anderen Genossen an den organisatorischen Versammlungen vor den Wahlen teilzunehmen und die Wahlen in der Arbeiterkurie unseres Bezirkes und anderer Bezirke vorzubereiten.

3. In Werken und Fabriken

Das faktische Zentrum und der Stab der Wahlkampagne der Bolschewiki war die Redaktion der „Prawda". Hier wurde Tag für Tag unermüdlich gearbeitet. Die Redaktionsräume dienten als Treffpunkt und Stätte der Versammlungen mit Vertretern der Bezirke sowie einzelner Fabriken und Werke.

Gleichzeitig begannen die illegalen Wahlversammlungen in den Bezirken. Da jeder „verdächtige" Arbeiter ununterbrochen von der Polizei beobachtet wurde, mußten wir die verschiedensten Tricks anwenden, um uns wenigstens in kleinen Gruppen zu versammeln. Gewöhnlich wurden, um der Aufmerksamkeit der Polizei zu entgehen, kleine Versammlungen mit höchstens 10 bis 20 Personen einberufen.

Der Sommer kam uns zustatten. Arbeitergruppen begaben sich wie zu einem Ausflug in die Vororte, meistens ging es über den Ochtafluß und tief in den Wald hinein. Der Wald bot die beste Zuflucht vor den Polizeispitzeln. Diese wagten es nicht, in den Wald vorzudringen: erstens konnte man ihnen dort leicht entgehen und zweitens fürchteten sie eine Abrechnung an einer entlegenen einsamen Stelle.

In den Versammlungen wurde hitzig mit den Liquidatoren diskutiert. Unsere Partei forderte die Arbeiter auf, mit den ungeschmälerten Hauptlosungen zu den Wahlen zu gehen und nur die Bolschewiki als Bevollmächtigte zu wählen. Die Liquidatoren schwätzten unaufhörlich von der „Einheit" und von der Notwendigkeit, die Einheitsfront zu bilden, die Fraktionsstreitigkeiten zu vergessen und natürlich ihre Kandidaten zu wählen.

Hier und da tauchten Sozialrevolutionäre auf, die auf dem Boykott der Wahlen bestanden. Aber ihre Boykottvorschläge hatten in den Ar-

beitermassen keinen Erfolg. Die hauptsächlichen Auseinandersetzungen bewegten sich in allen Arbeiterversammlungen auf der Linie des Kampfes zwischen den Liquidatoren und den Bolschewiki.

Im Spätsommer begann in den „Waldversammlungen" die Diskussion über die künftigen Bevollmächtigtenkandidaten. Für den Erfolg des Wahlkampfes war es notwendig, unter der gesamten Belegschaft eines gegebenen Betriebes unverzüglich die Agitation für den künftigen Kandidaten aufzunehmen. Aber diese Möglichkeit war uns genommen: wäre der Name des künftigen Bevollmächtigtenkandidaten allgemein bekanntgeworden, hätte man ihn sicherlich sofort verhaftet. Selbst nach den Wahlen war der Bevollmächtigte noch nicht in Sicherheit. Ein Bevollmächtigtenkandidat mußte unweigerlich in die Polizeifalle geraten. Deshalb wurden die Namen der vorgesehenen Kandidaten geheimgehalten und den Arbeitern erst kurz vor den Wahlen mitgeteilt.

Welche politischen Parteien kämpften bei den Wahlen dieser Bevollmächtigten?

Die Schwarzhunderter, vertreten durch den „Bund des russischen Volkes", den „Bund des Erzengels Michael" und ähnliche erzreaktionäre Organisationen, wagten es noch nicht einmal, ihre Nase in die Fabriken und Werke zu stecken. Auch die Parteien der liberalen Bourgeoisie hatten unter den Arbeitern keine Chancen.

Die Kadetten[1] behaupteten zwar in Worten, sie nähmen die Interessen der Arbeiter wahr, waren sich jedoch darüber im klaren, daß die Arbeiter nicht für sie stimmen würden. In den Fabriken und Werken hatten die Kadetten nichts zu suchen. Die Arbeitermassen wußten sehr wohl, welchen Schutz sie von den bürgerlichen Parteien, geführt von den ärgsten Feinden des Proletariats, den Industriellen und Kaufleuten, erwarten konnten. Die Kadetten wagten es zwar nicht, für ihre Kandidaten zu agitieren, konnten sich aber nicht des Versuchs enthalten, die Wahlkampagne der Sozialdemokraten zu behindern. In den letzten Tagen vor den Wahlen setzten sie das Gerücht in Umlauf, die

---

[1] Mitglieder der Konstitutionell-Demokratischen Partei, die nach Inkrafttreten des Zarenmanifestes vom 17. Oktober 1905 gegründet wurde. So nannte die liberale Bourgeoisie ihre Partei.

Sozialdemokraten würden die Duma boykottieren. Das war eine alte Lüge, deren sich die Kadetten auch während der vorangegangenen Wahlkampagnen bedient hatten.

Da die Rechten und die Liberalen einerseits nicht die geringsten Chancen hatten und die Sozialrevolutionäre anderseits die Duma boykottierten, spielte sich der Kampf vor und während der Wahlen in der Arbeiterkurie faktisch ausschließlich zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki ab.

Aber zugleich war die Möglichkeit zu befürchten, daß irgendwelche zufälligen Kandidaten gewählt wurden, die unter der Flagge der Parteilosigkeit segelten und später eine gewisse Rolle bei der Wahl der Wahlmänner spielen konnten. Das übliche Argument solcher „Parteilosen" gegen die Kandidaten der Partei lautete, man „solle sich nicht von irgendeiner Partei am Gängelband führen lassen, sondern einfach ehrliche und den Arbeitern bekannte Menschen wählen".

Die Bolschewiki führten eine beharrliche Agitation gegen diesen Standpunkt, erläuterten seine Schädlichkeit für die Arbeiterklasse und betonten, daß die Arbeiterklasse nur durch Mitglieder einer Partei, die sich vor der Arbeiterklasse verantwortet, eine eigene Plattform, ein eigenes Programm hat und ihre Vertreter anleitet, wirksam vertreten werden kann.

Der Wahlkampf ging unter der allgemeinen Führung Lenins vor sich. Aus Krakau (Galizien), wo sich das Zentralkomitee unserer Partei damals befand, schickte Lenin auf allen der konspirativen Technik zugängigen Wegen Artikel, Notizen und Korrespondenzen über die Wahlen an die „Prawda" sowie Direktiven an die Parteifunktionäre. Die Petersburger Organisation setzte diese Weisungen in die Tat um und entfaltete in der Wahlkampagne einen heftigen Kampf für die bolschewistische Plattform.

Je näher der Wahltag heranrückte, desto hitziger entbrannte der Kampf. Der genaue Wahltag war im voraus nicht bekannt. Das war ebenfalls eines der „Wahlkunststücke" der Regierung, die den Arbeitern durch eine überraschende Ansetzung der Wahl die notwendigen Vorbereitungen unmöglich machen und die Zahl der faktischen Wähler verringern wollte.

In Petersburg wurden die Bevollmächtigtenwahlen in der Arbeiterkurie auf Sonntag, den 16. September, angesetzt. Den Wahltermin erfuhren die Arbeiter erst am Freitag, dem 14. September, und in einigen Betrieben sogar erst am Sonnabend. Im Semjannikow-Werk wurde die Bekanntmachung über die Wahlen angeschlagen, als das Werk gerade drei Tage feierte, also niemand von den Arbeitern im Werk war.

Zum Wahltag hatten die Bolschewiki und die Menschewiki alle ihre Kräfte mobilisiert. Die „Prawda", die dazu aufrief, für die Bolschewiki zu stimmen, schrieb am Wahltag, dem 16. September:

„Die Wahlen in der Arbeiterkurie im Gouvernement Petersburg und im Gouvernement Moskau werden von gewaltiger Bedeutung sein für das Proletariat ganz Rußlands, weil es hier die meisten bewußten, fortschrittlichen Arbeiter gibt. Wenn sich das Proletariat bei den Bevollmächtigtenwahlen zusammenschließt, wird es auch künftighin genauso einträchtig an der Verwirklichung der großen Aufgaben arbeiten können, die gegenwärtig vor der Arbeiterklasse stehen. Es ist gewiß lächerlich, an die Kandidatur irgendwelcher Schwarzhunderter oder Kadetten unter den Arbeitern auch nur zu denken. Aber ebensowenig dürfen ‚Parteilose', das heißt Menschen ohne Steuer und Segel gewählt werden. Die Arbeiter werden auch den schwankenden, unbeständigen Arbeiterdemokraten ihre Stimme versagen, die an die Kräfte der Arbeiterklasse selbst wenig glauben und bereit sind, der liberalen Bourgeoisie Zugeständnisse zu machen und mit ihr zu paktieren. Die Arbeiter haben einen zuverlässigen Leitstern — das sind die Ideale der konsequenten Arbeiterdemokratie. Ihm ist die Arbeiterklasse stets gefolgt, ihm wird sie auch jetzt folgen. Genossen Arbeiter! Wählt würdige Vertreter, überzeugte und konsequente Arbeiterdemokraten!"[1]

Die Menschewiki trafen verstärkte Vorbereitungen. Sie ließen die erste Nummer ihrer Zeitung „Lutsch" (Der Strahl) am 16. September erscheinen; diese Nummer strotzte von Ausfällen gegen die Bolschewiki und rief dazu auf, für die menschewistischen Kandidaten zu stimmen. Der „Lutsch" tarnte sich mit verlogenen Aufrufen zur Einheit und säte gleichzeitig Zwietracht in der Arbeiterbewegung, indem er die

---

[1] In der legalen Presse wurden mit konsequenten Arbeiterdemokraten die Bolschewiki gemeint.

„Prawda" und die Bolschewiki der „Spaltertätigkeit" und sonstiger Todsünden bezichtigte.

Die Wahlen wurden am Sonntag in allen Werken und Fabriken zugleich durchgeführt. Nach dem Gesetz hatte die Werkverwaltung die Räume für die Wahl zu stellen. Aber auch dieses Gesetz wurde verletzt. In einem der größten Petersburger Werke, im Obuchow-Werk, konnten die Wahlen nicht stattfinden, weil sämtliche Räumlichkeiten des Werkes zur festgesetzten Zeit verschlossen waren. Im Ishorski-Werk waren die Räume für die Wahlen zwar zur Verfügung gestellt, aber der Einlaß auf ganze 15 Minuten beschränkt; danach wurde das Tor geschlossen und den später erscheinenden Arbeitern auf diese Weise das Wahlrecht genommen. Noch einfacher gingen die Verwaltungen des Werkes Siemens & Halske, der Internationalen Schlafwagengesellschaft und einiger anderer Betriebe vor, insbesondere solcher, die außerhalb der Stadt gelegen waren: die Arbeiter dieser Werke waren von der Verwaltung nicht auf die Wählerliste in der Arbeiterkurie gesetzt worden. Als die Arbeiter davon erfuhren und bei der Wahlkommission Protest erhoben, wurde ihnen dort erklärt, daß es zu spät sei und daß die Kommission ihre Rechte nicht wiederherstellen könne.

Viele andere Maßnahmen wurden getroffen, damit die Wahlversammlungen in „entsprechender Weise" verliefen. Hier und da verhaftete die Polizei die Bevollmächtigtenkandidaten sowie die aktivsten, revolutionärsten Arbeiter. Nach dem Gesetz waren fremde Personen, so auch die Werkverwaltung und die Polizei, nicht berechtigt, den Versammlungen beizuwohnen. Dafür zogen vor den Werkgebäuden starke Polizeiabteilungen auf, die überzeugend den von der Polizei ausgeübten Druck veranschaulichten. Um einen Vorwand für die Ungültigkeitserklärung der Wahlen zu schaffen, gab die Verwaltung einiger Werke die Liste der Arbeiter mit der zur Teilnahme an den Wahlen berechtigenden Beschäftigungsdauer nicht heraus. In den Putilow-Werken ging die Verwaltung, als die Wahlen schon beginnen sollten, daran, die Werkabteilungen in einzelne Gruppen zu teilen, und erklärte, daß die Reparaturarbeiter, die Zimmerleute, die Maler usw. getrennt zu wählen hätten.

Diese Beispiele, und man könnte ihrer noch viele anführen, zeigen, in welcher Atmosphäre die Bevollmächtigtenwahlen in Petersburg vor sich gingen. Die Werkverwaltungen halfen der Regierung überall aktiv, wenn es galt, die Wahlrechte der Arbeiter zu schmälern. Falsch zusammengestellte Listen, Verweigerung der Räume für die Versammlungen, auf 15 Minuten beschränkter Einlaß in das Werk — all das sollte die Teilnehmerzahl an den Wahlversammlungen verringern und die Umwandlung der Wahlen in eine politische Demonstration unmöglich machen.

Diese Mittel verfehlten jedoch ihren Zweck. Ganz abgesehen davon, daß die Wahlen in der Arbeiterkurie keinen einzigen liberalen oder Schwarzhunderterkandidaten ergaben, wurden fast in allen Wahlversammlungen, nachdem die Arbeiter gesprochen hatten, Entschließungen zu Grundfragen angenommen, die die Arbeitermassen damals bewegten. Fast überall nahmen die Arbeiter Entschließungen an, in denen sie dagegen protestierten, daß Vertreter der Gewerkschaften nicht zum Kongreß der Fabrikinspektoren zugelassen wurden, sowie Entschließungen, in denen die sofortige Einberufung eines Kongresses für die Wahlen zum Versicherungsrat gefordert wurde. Daneben wurden auch Entschließungen allgemein politischen Charakters angenommen. Auf diese Weise zeigten die Wahlen der Arbeiterbevollmächtigten, daß das Petersburger Proletariat auf revolutionären Positionen stand.

Die Wahlen in den Hauptwaggonwerkstätten der Nikolai-Eisenbahn, wo ich damals tätig war, verliefen etwa unter den gleichen Bedingungen wie in den anderen Petersburger Fabriken und Werken. Unser Betrieb, in dem damals rund dreitausend Menschen beschäftigt waren, zeichnete sich von jeher durch revolutionäre Stimmungen aus. Die Wahlversammlung bei uns fand in der Jama statt — so hieß eine der Werkhallen unseres Betriebs, die etwa zehntausend Menschen faßte. In dieser Halle, die eine historische Rolle gespielt hat, wurden die größten Kundgebungen des ganzen Bezirks sowohl in der ersten Revolution, im Jahre 1905, als auch später veranstaltet.

Die Wahlversammlung wurde durch ein allgemeines Referat über die Wahlen eröffnet. Nach dem Referat begann die Diskussion über die Aufgaben der Wahlkampagne, über die Reichsduma, über die Teilnahme der Arbeiter an den Wahlen usw.

Bereits einige Monate vor den Wahlen, Mitte des Sommers, erfuhr ich, daß die Parteiorganisation meine Kandidatur vorgesehen hatte. Mit dem Heranrücken der Wahlen begann in den Werkhallen und Werkstätten des Betriebes eine rege Diskussion über die eventuellen Kandidaten. Die gesamte Werkbelegschaft kannte mich auf Grund der von mir bislang geleisteten Arbeit sehr gut, deshalb fand meine Kandidatur allgemeine Unterstützung, und es war klar, daß sie bei den Wahlen die übergroße Mehrheit finden werde. Der zweite Kandidat der Bolschewiki war Genosse Melnikow. Neben uns beiden wurden von den Menschewiki ebenfalls Kandidaten benannt; auch parteilose Kandidaten wurden aufgestellt.

Man diskutierte hitzig über die Kandidaten; die Versammlung erörterte gesondert die Kandidatur eines jeden. Man sprach nicht nur über die politische Plattform, sondern auch über die persönlichen Eigenschaften, über die Aktivität des Kandidaten, über seine Autorität im Werk, seine Standhaftigkeit usw. Die Wahlen wurden in geheimer Abstimmung durchgeführt. Als man die abgegebenen Wahlscheine nachzählte, stellte es sich heraus, daß meine Kandidatur einstimmig angenommen worden war. Auch unser zweiter Kandidat, Genosse Melnikow, wurde zum Bevollmächtigten gewählt. Die übrigen Kandidaten erhielten jeweils nur zwei bis drei Stimmen.

Die in der Petersburger Arbeiterkurie gewählten Bevollmächtigten — etwa 82 — wurden in ihrer überwiegenden Mehrheit als Sozialdemokraten gewählt. Viele von ihnen hatten eine revolutionäre Vergangenheit, waren Verfolgungen der Polizei ausgesetzt gewesen, hatten vor Gericht gestanden, waren verbannt worden usw. Einige von ihnen hatten sich jedoch noch nicht eindeutig festgelegt und schwankten zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki. Es war also nicht klar, welche Ergebnisse das zweite Stadium der Wahlen in der Arbeiterkurie zeitigen werde — die Wahl der Wahlmänner, deren Zusammensetzung den künftigen Deputierten vorausbestimmte.

Sowohl die Menschewiki als auch die Bolschewiki begannen eine verstärkte Agitation unter den Bevollmächtigten und versuchten, die Schwankenden für sich zu gewinnen. Der Wahlkampf um die Wahlmännerkandidaten war noch heftiger als bei den Bevollmächtigtenwahlen.

Das Gesetz über die Wahlen zur Reichsduma bereitete auch hier eine Reihe von Schwierigkeiten. Versammlungen der Bevollmächtigten vor den Wahlen wurden nicht zugelassen. Alle Versuche, solche Versammlungen unter irgendeinem Vorwand einzuberufen, durchkreuzte die Polizei, die scharf darüber wachte, daß die von den Arbeitern gewählten Bevollmächtigten nicht miteinander verkehrten. Deshalb spielte die Agitation in der Presse auch im zweiten Stadium der Wahlkampagne eine gewaltige Rolle.

Die „Prawda" und der menschewistische „Lutsch" agitierten eifrig und forderten die Bevollmächtigten auf, für ihre Kandidaten zu stimmen. Die Polemik zwischen der „Prawda" und dem „Lutsch" war vor der Wahl der Wahlmänner noch erbitterter als während der Bevollmächtigtenwahlen. Die Bolschewiki und die Menschewiki mobilisierten das ganze Arsenal ihrer Argumente.

Die menschewistischen Liquidatoren beschuldigten die Bolschewiki, sie würden die Einheit der Arbeiterklasse zerstören. Mit dieser „Einheit" tarnten die Menschewki die eigenen Versuche, die Erörterung der politischen Plattformen beider Fraktionen unter den Bevollmächtigten zu verhindern. Am meisten fürchteten die Liquidatoren die Frage nach dem revolutionären Programm, da sie im voraus wußten, daß sie auf dieser Linie geschlagen würden. Um die Spuren zu verwischen, wichen sie jeder Erörterung der politischen Plattform aus und schwätzten statt dessen in allen Tonarten von der „Verständigung", von der „Einheit" und der „persönlichen Kandidatur".

„Allein die Verständigung zwischen den sozialdemokratischen Organisationen", so schrieb der „Lutsch", „und falls eine solche nicht zustande kommt, zwischen den sozialdemokratischen Bevollmächtigten mit dem Ziel, auf dem Kongreß der Bevollmächtigten einheitlich aufzutreten und die standhaftesten, würdigsten und bestgeeigneten Wahlmänner und Deputierten aus den Reihen der sozialdemokratischen Bevollmächtigten — ohne Unterschied der Schattierungen — zu wählen, ist der einzige Ausweg aus der schwierigen Lage."

Dieser Ausweg war der einzige für die Menschewiki, da man unter der Flagge der „standhaftesten, würdigsten und bestgeeigneten" Vertreter jeden beliebigen mit jeder beliebigen politischen Plattform und

folglich auch einen Menschewik durchbringen konnte, auch dann, wenn die Menschewiki unter den Bevollmächtigten nicht in der Mehrheit sein sollten.

Die „Prawda" entlarvte die Menschewiki und schrieb, daß man den Kampf innerhalb der Arbeiterklasse nicht fürchten solle, daß dieser Kampf die Einheit nicht zerstöre, sondern sie umgekehrt in der Zukunft festige.

„Dieser Kampf ist unvermeidlich", schrieb die „Prawda" am 23. September 1912, „weil die Arbeiter entscheiden müssen, welche Richtung, welche Taktik die sozialdemokratische Fraktion in der Reichsduma einschlagen wird. Dieser Kampf — wir betonen es nachdrücklich — wird die *Einheit* der Arbeiterklasse auch nicht um ein Deut schwächen, weil es sich *nur* um die Wahl des einen oder des anderen Bevollmächtigten zum Wahlmann handelt. Die Arbeiter müssen und werden *einheitlich* handeln, aber gerade *um dieser Einheit* des Proletariats *willen* ist es notwendig, daß der Arbeiterdeputierte die Ansichten der Mehrheit und nicht der Minderheit der Arbeiter vertritt."

Um zu erfahren, auf wessen Seite die Mehrheit ist, schlugen die Bolschewiki vor, die Zahl der Anhänger der beiden politischen Plattformen nach vorheriger Erörterung in der Bevollmächtigtenversammlung durch Abstimmung zu ermitteln. Die Frage der Plattform war mit der Unterordnung unter die Mehrheit eng verbunden, und das war es gerade, was die menschewistischen Liquidatoren nicht wollten, weil sie befürchteten, daß sich die Diskussion nicht zu ihren Gunsten gestalten werde.

Am 16. Oktober 1912 schrieb Lenin in der „Prawda":

„Die Sache wird von denen verworren, die jetzt in der Frage der Wahl eines *einzigen* Deputierten von ‚Einheit' schreien, wird verworren, weil sie die Frage durch eine andere ersetzen und durch Geschrei den Wesenskern der Sache *verdunkeln.*

Was soll da die ‚Einheit', wenn *einer* zu wählen ist und alle dem zustimmen, daß er den Willen der Mehrheit der bewußten marxistischen Arbeiter ausdrücken soll?

Die Liquidatoren scheuen es offen auszusprechen, daß sie die Wahl eines Liquidators oder eines ‚an keine Fraktion Gebundenen' (das heißt Schwankenden) wünschen, — und da sie sich fürchten, ihre Ansichten

offen zu verteidigen, schmuggeln sie diese auf dem Wege des *Betrugs* ein, indem sie von der ‚Einheit‘ schwätzen.“[1]

Die bolschewistische Fragestellung bei der Wahl der Wahlmänner lief also auf den Kampf zwischen den politischen Plattformen hinaus, die die Taktik der künftigen sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma bestimmten, während die Menschewiki in diesem Kampf zu siegen versuchten, indem sie das persönliche Prinzip, das heißt die persönlichen Eigenschaften einzelner Kandidaten in den Vordergrund rückten.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki wurden immer erbitterter. Diese Auseinandersetzungen wurden sowohl an der Spitze der Parteiorganisationen als auch unten, in den Fabriken und Werken, sowie unter den Bevollmächtigten selbst ausgetragen.

Eine Woche vor der Wahl der Wahlmänner fand eine illegale Versammlung der Bevollmächtigten im Walde, zwei bis drei Werst von den Pulverfabriken an der Ochta entfernt, statt. An dieser Versammlung nahmen etwa 30 Bevollmächtigte und einige Vertreter des Petersburger Komitees der Bolschewiki sowie des Organisationskomitees der Menschewiki teil. Die qualifizierte Zusammensetzung der Versammlung machte es möglich, die Fragen mit aller Schärfe zu behandeln. Es entbrannte ein offener Kampf. Die Bolschewiki wiesen nach, daß die Wahlmänner jene Genossen wählen müssen, die das Parteiprogramm erfüllen und sich den Direktiven der Partei fügen werden; die Liquidatoren beharrten auf ihrem Standpunkt: man müsse, um eine Spaltung der Partei zu vermeiden, bestimmte Personen wählen, unabhängig davon, welche Plattform sie vertreten.

Die bolschewistischen Redner erklärten hitzig: „Wir werden euch die Masken herunterreißen, mit denen ihr euch tarnt; wir werden den Arbeitern zeigen, was sich hinter euren verlogenen Phrasen von der ‚Einheit‘ verbirgt.“

Die Versammlung, die länger als fünf Stunden dauerte, verlief sehr stürmisch. Obwohl unsere Entschließung die absolute Stimmenmehrheit erhielt, indem sie zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Bevollmächtigten auf sich vereinigte, lehnten es die Liquidatoren ab, sich ihr

[1] W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, S. 318/19, russ.

zu fügen. Alle Versuche, irgendeine Verständigung zu erreichen, blieben ergebnislos. Die eine wie die andere Seite machte verschiedene Vorschläge, aber diese Vorschläge wurden vom Gegner kategorisch abgelehnt. Mit den Besprechungen über die Festlegung einer einheitlichen Linie ging die individuelle Bearbeitung einzelner Bevollmächtigter einher.

Am letzten Tag vor dem Wahlkongreß stießen die menschewistischen Bevollmächtigten in der Arbeiterkurie die Drohung aus, sie würden es auf eine Spaltung ankommen lassen, falls ihre Vorschläge nicht angenommen werden sollten. Der „Lutsch" schrieb, die Menschewiki würden selbständig Parallelkandidaten auch in der zweiten Kurie von Petersburg aufstellen, wenn bei der Wahl der Wahlmänner keine Verständigung erzielt werde. Natürlich vermochte diese Drohung unseren Entschluß in keiner Weise zu beeinflussen.

4. Der Kongreß der Bevollmächtigten in der Arbeiterkurie

Der Kongreß der Bevollmächtigten in der Arbeiterkurie fand am 5. Oktober statt. Genauso wie im ersten Stadium der Wahlen wandte die Regierung eine bewährte Methode an, indem sie die Mitteilung über die Wahlen einen Tag zuvor, das heißt wenige Stunden vor dem Kongreß der Bevollmächtigten, veröffentlichte. Allein schon diese Hast sollte den Wahlkongreß scheitern lassen, aber diesmal wurde noch eine weitere Überraschung vorbereitet. Mit der Ansetzung des Wahlkongresses zugleich wurden die Bevollmächtigten einiger Fabriken und Werke „erläutert". Am 4. Oktober, also am Vorabend des Wahlkongresses, erhielten die Arbeiter von 21 Fabriken und Werken die Mitteilung, die Wahlen der Bevollmächtigten seien als ungültig erklärt worden. Schließlich wurden auf dem Wahlkongreß selbst, auf Grund einer Eilbenachrichtigung des Gouverneurs, die Bevollmächtigten von acht weiteren Betrieben des Schlüsselburger Kreises „erläutert". Zu den „erläuterten" gehörten die größten Werke, wie die Putilow-Werke, die neun Bevollmächtigte gewählt hatten, die Newa-Werft, die drei Bevollmächtigte entsandte, usw.

Der Wahlkongreß sollte sechs Wahlmänner wählen. Die Bolschewiki und die Menschewiki hatten ihre Kandidaten aufgestellt. In der „Prawda“ wurde auf der ersten Seite in großen Lettern folgender Aufruf an die Bevollmächtigten veröffentlicht:

„Heute Wahlen der Wahlmänner in der Arbeiterkurie des St. Petersburger Gouvernements. Genossen Bevollmächtigte! Wählt konsequente und standhafte Arbeiterdemokraten!

Gebt Eure Stimme ab für die Sozialdemokraten: Leonid Fjodorowitsch Jegorow — Sestrorezk-Werk, Jakow Iwanowitsch Iwanow — Ochta-Werk für Sprengstoffe, Michail Iwanowitsch Saizew — Fabrik Pahl, Pjotr Ignatjewitsch Ignatjew — Ochta-Pulverfabrik, Wassili Iljitsch Jegorow — Ishora-Werk, Alexej Jegorowitsch Badajew — Hauptwaggonwerkstätten der Nikolai-Eisenbahn.“

Diese im voraus vorbereitete Liste wurde erst am Wahltag selbst, am 5. Oktober veröffentlicht, um die Kandidaten nicht einer eventuellen Verhaftung auszusetzen.

Die Wahlen fanden im Gebäude der Petersburger Stadtduma statt. Der Beginn des Wahlkongresses war auf zwölf Uhr mittags angesetzt, aber die meisten Bevollmächtigten hatten sich bereits eine Stunde vor Beginn versammelt. Wir lernten einander kennen und versuchten festzustellen, wer unseren Standpunkt bezieht und wer für die Menschewiki stimmen wird.

Als offizieller Vorsitzender des Kongresses fungierte auf Anordnung der Regierung der stellvertretende Bürgermeister von Petersburg, Djomkin, ein ausgesprochener Schwarzhunderter, der in gewissenhafter Erfüllung seiner Polizeipflichten bemüht war, die ohnehin eingeschränkten Wahlen noch weiter einzuschränken. Für die Vorberatung zur Klärung der Kandidatenliste stellte Djomkin nur eine Stunde zur Verfügung.

Unter den fünfzig Bevollmächtigten gab es nur fünf bis sechs Parteilose. Die übrigen waren Sozialdemokraten: Bolschewiki und Menschewiki. Die auf den engen Kreis der Bevollmächtigten beschränkte Beratung war die letzte Etappe des Kampfes, der in den vorangegangenen Wochen geführt worden war. Jetzt galt es endgültig festzulegen, wer gewählt werden sollte. Deshalb nahmen die Diskussionen in der

Beratung ungemein leidenschaftlichen und stürmischen Charakter an. Jede Gruppe erschien mit einer eigenen Liste, mit einem eigenen Beschluß; es kam gar nicht in Frage, daß irgend jemand nachgab. Die Diskussionsreden hatten lediglich den Zweck, jene Bevollmächtigten für sich zu gewinnen, die sich aus irgendeinem Grunde noch nicht endgültig festgelegt, die sich noch nicht entschieden hatten, wem sie ihre Stimme geben sollten. Es sprachen vorwiegend die von der Partei vorgesehenen Kandidaten: von uns — Saizew, Ignatjew, L. F. Jegorow und ich; von den Menschewiki — Petrow und noch zwei bis drei andere.

Trotz der Einwände der Liquidatoren setzten wir es dennoch durch, daß mit der Erörterung der Wahlplattformen begonnen wurde. Als erster sprach der Vertreter der Menschewiki. Als aber einer der bolschewistischen Kandidaten danach begann, die Wahlplattform darzulegen, trat Djomkin in den Saal, unterbrach die Beratung und schlug vor, an die eigentlichen Wahlen zu gehen.

Im Saal waren Wahlurnen entsprechend der Zahl der Bevollmächtigten aufgestellt: an jeder war eine Karte mit dem Familiennamen des Bevollmächtigten angeheftet. Die Abstimmung erfolgte geheim, durch Kugeln. Es verging mehr als eine Stunde, bis alle Kugeln abgegeben waren und die Wahlhandlung beendet war. Es begann die Auszählung der abgegebenen Stimmen. Die Wahlergebnisse waren folgende: P. I. Sudakow (Creighton-Werk) 41 Stimmen, N. P. Petrow (Ishora-Werk) 27 Stimmen, P. I. Ignatjew (Ochta-Pulverfabrik) 33 Stimmen, M. I. Saizew, (Fabrik Pahl) 32 Stimmen, A. J. Badajew (Hauptwaggonwerkstätten der Nikolai-Eisenbahn) 31 Stimmen, L. F. Jegorow (Sestrorezk-Werk) 26 Stimmen. Alle Gewählten waren Sozialdemokraten, wobei von der in der „Prawda" vorgeschlagenen Liste vier Bolschewiki gewählt wurden.

5. Proteststreiks gegen die Aufhebung der Wahlen

Die Atmosphäre, in der der Wahlkongreß vor sich ging, die übereilten „Erläuterungen" der Bevollmächtigten aus fast der Hälfte der Fabriken und Werke mußten zwangsläufig eine Explosion der Empö-

rung unter den Petersburger Arbeitern auslösen. Die Regierung war in der Verhöhnung der Arbeiter zu weit gegangen. Diese antworteten darauf mit einem machtvollen Protest. Am 4. Oktober fand eine Sitzung der Exekutivkommission des Petersburger Komitees unserer Partei statt. Es wurde beschlossen, einen gemeinsamen Proteststreik gegen die „Erläuterung" der Wahlen in der Arbeiterkurie zu organisieren.

Als erste handelten die Putilow-Werke. Schon am Wahltag, am 5. Oktober, versammelten sich die Arbeiter nach dem Mittagessen, ohne die Arbeit aufzunehmen, in den Werkstätten und riefen den Streik aus. Es streikte der ganze Betrieb — rund 14 000 Menschen. Um drei Uhr nachmittags verließen einige tausend Arbeiter die Werke und begaben sich unter Gesang revolutionärer Lieder an das Narwa-Tor, wo sie von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Den Putilow-Werken folgte die Newa-Werft, deren 6500 Arbeiter eine Kundgebung und eine politische Demonstration veranstalteten. Ihnen schlossen sich die Arbeiter der Fabrik Pahl, der Fabrik Maxwell, der Großtischlerei Alexejew an der Ochta usw. an. Danach folgten die Werke Eriksson, Lössner, Geißler, „Vulkan", Duflon, Langensiepen, „Phönix", die Fabriken von Tschescher, Beck, Lebedew und andere.

Der Streik griff auf alle Petersburger Bezirke über. Es beteiligten sich daran nicht nur die Werke, in denen die Bevollmächtigtenwahlen für ungültig erklärt worden waren, sondern auch solche, deren Bevollmächtigte nicht „erläutert" wurden. Der Streik war von Kundgebungen und Demonstrationen begleitet. In einigen Werken verknüpften die Arbeiter den Protest gegen die Kassierung der Wahlen mit dem Protest gegen die Verfolgung der Gewerkschaften. Der Streik war ausschließlich politischer Natur, es wurden keinerlei ökonomische Forderungen gestellt.

Innerhalb von zehn Tagen erfaßte die Proteststreikbewegung gegen die Kassierung der Bevollmächtigtenwahlen rund 100 000 Menschen. Diese Bewegung zeigte, daß die Arbeiter ihre Wahlrechte nicht preisgeben wollten und sehr wohl verstanden, welche außerordentliche Bedeutung die Wahlen und die künftige Tätigkeit der Arbeiterdeputierten in der Reichsduma für sie hatten.

Die Streikwelle stieg an bis zu dem Augenblick, da die Regierung einsah, daß man die Arbeiterwähler nicht so leicht ausschalten kann,

und neue Bevollmächtigtenwahlen in den „erläuterten“ Betrieben ansetzte. Auf die Liste der Betriebe wurden viele Werke und Fabriken gesetzt, die an den Bevollmächtigtenwahlen bislang nicht teilgenommen hatten. Im Zusammenhang damit wurden auch die Wahlen der Wahlmänner für ungültig erklärt; sie sollten nach der Zuwahl der Bevollmächtigten neu vorgenommen werden. Das war ein großer Sieg der Arbeiterklasse, die die Passivität der vorangegangenen Jahre der Reaktion abgeschüttelt hatte und bereits mit großer Kraft den Kampf für ihre Rechte aufnahm.

Die Zusatzwahlen der Bevollmächtigten in mehr als zwanzig Betrieben wurden auf Sonntag, den 14. Oktober, angesetzt. Genauso wie vor den ersten Wahlen begannen die „Prawda“ und unsere Parteiorganisation eine verstärkte Agitationskampagne und forderten die Arbeiter auf, für die bolschewistischen Kandidaten zu stimmen.

Die Wahlen fanden in der Atmosphäre des immer noch andauernden Proteststreiks gegen den Raub der Arbeiterwahlrechte statt. Die Versammlungen in den Fabriken und Werken zeichneten sich durch starken revolutionären Aufschwung und durch noch erhöhtes Interesse für die Wahlkampagne aus. In den Versammlungen sprachen Dutzende von Rednern — Bolschewiki wie auch Menschewiki.

In den „erläuterten“ Betrieben wurden in den meisten Fällen die gleichen Bevollmächtigten gewählt, aber diesmal wurde ihnen ein Wählerauftrag erteilt. Fast überall wurde der „Auftrag“ der Bolschewiki angenommen. Bezeichnenderweise wurde unser Auftrag sogar in einigen Betrieben angenommen, wo Menschewiki gewählt worden waren. Im Semjannikow-Werk zum Beispiel, das einen Bolschewik und zwei Menschewiki wählte, versuchten die Menschewiki, an unserem „Wählerauftrag“ eine „Korrektur“ vorzunehmen, die eine der menschewistischen Losungen — die der Koalitionsfreiheit — enthielt. Diese Korrektur wurde von der übergroßen Mehrheit abgelehnt, die den Entwurf des „Wählerauftrages“ ohne jegliche Änderungen annahm. Der bolschewistische „Wählerauftrag“ wurde auch von Fabriken und Werken angenommen, in denen die ersten Bevollmächtigtenwahlen bestätigt wurden. Für den „Wählerauftrag“ wurden zahlreiche Unterschriften der Arbeiter gesammelt.

Gleich nach Beendigung der Bevollmächtigtenwahlen wurde der Wahlkongreß angesetzt, auf dem erneut die sechs Wahlmänner in der Arbeiterkurie gewählt werden sollten.

Auch diesmal gelang es vor dem Wahlkongreß nicht, sich über eine Einheitsliste der Wahlmännerkandidaten zu verständigen. Die zwischen den beiden Parteiorganisationen geführten Besprechungen waren von der gleichen Art wie die vorangegangenen. Die Bolschewiki wie auch die Menschewiki beharrten fest auf ihren alten Positionen und weigerten sich, irgendeine Abmachung miteinander zu treffen. Die Liste der von der bolschewistischen Partei aufgestellten Kandidaten war im wesentlichen fast die gleiche wie bei den ersten Wahlen.

Am 17. Oktober wurde auf der ersten Seite der „Prawda" in großen Lettern ein neuer Aufruf unserer bolschewistischen Organisation abgedruckt:

„Heute Wahlen der Wahlmänner in der Arbeiterkurie des St. Petersburger Gouvernements!

Genossen Bevollmächtigte! Wählt konsequente und standhafte Sozialdemokraten!

Stimmt nur für folgende Genossen: Leonid Fjodorowitsch Jegorow — Sestrorezk-Werk, Nikolai Iwanowitsch Iwanow — Newa-Werft, Michail Iwanowitsch Saizew — Fabrik Pahl, Pjotr Ignatjewitsch Ignatjew — Ochta-Pulverfabrik, Alexej Jegorowitsch Badajew — Hauptwaggonwerkstätten der Nikolai-Eisenbahn, Anissim Fjodorowitsch Kostjukow — Putilow-Werke."

Zu dem zweiten Wahlkongreß, der am 17. Oktober stattfand, kamen fast doppelt soviel Bevollmächtigte wie zu dem ersten. Im Saal der Stadtduma versammelten sich mehr als 80 Bevollmächtigte.

Die Proteststreiks und -kundgebungen der Petersburger Arbeiter hatten auch Djomkin offensichtlich beeindruckt. Er beschränkte nicht mehr die Zeit für die Vorberatung, die über vier Stunden dauerte. Die hitzigen Diskussionen zwischen den Bolschewiki und den Liquidatoren entbrannten mit neuer Kraft. Im Zusammenhang mit der Erörterung der Wahlplattformen entfaltete sich der Kampf auf der ganzen Linie der revolutionären Aufgaben, die vor der Arbeiterklasse standen.

Da die Bevollmächtigten es für notwendig hielten, die Wahlen für eine politische Demonstration auszunutzen, faßten sie am Ende der Beratung eine Reihe von Resolutionen zu den politischen Hauptfragen: eine Protestresolution gegen den damals entbrannten Balkankrieg; eine Resolution, die den künftigen Deputierten verpflichtete, die Frage der Revision in Sachen der sozialdemokratischen Mitglieder der II. Reichsduma erneut aufzuwerfen, und eine Protestresolution gegen die Aburteilung von Matrosen der Schwarzmeerflotte.

In einem Aufruf an die Wähler der zweiten städtischen Kurie forderte die Bevollmächtigtenversammlung diese auf, ihre Stimme abzugeben für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei als „der einzigen standhaften, revolutionären und furchtlosen Verteidigerin der Volksinteressen, als der einzigen unversöhnlichen Kämpferin gegen die politische Rechtlosigkeit, für volle Freiheit und ungeschmälerte Rechte des Volkes".

Gegen Ende der Beratung wurde der von den Bolschewiki vorgeschlagene „Wählerauftrag der Petersburger Arbeiter an ihren Arbeiterdeputierten" einstimmig angenommen.

Ungeachtet der einstimmigen Annahme des bolschewistischen „Wählerauftrags" wurden die Stimmen bei den anschließenden Wahlen für zwei selbständige Listen — die der Bolschewiki und die der Menschewiki — abgegeben. Die in gleicher Weise wie auf dem ersten Kongreß mit Kugeln durchgeführte geheime Abstimmung zeigte, daß nur fünf Personen die absolute Mehrheit erhalten hatten. Nach unserer Liste wurden zwei gewählt: Für mich wurden 49 Stimmen abgegeben und gegen mich 33, für Kostjukow 45 und gegen ihn 37. Die restlichen drei waren Menschewiki: Gudkow, Petrow und Sudakow. Der zweite Wahlgang am nächsten Tag ergab Stimmengleichheit für zwei Bolschewiki: für Ignatjew und für Saizew. Der erstere wurde durch Auslosung Wahlmann.

Das zweite Stadium der Wahlen endete somit mit gleichen Ergebnissen für die Bolschewiki und die Menschewiki: sowohl wir als auch die Liquidatoren hatten je drei Wahlmänner.

Die Partei forderte, alle Wahlmänner — mit Ausnahme des durch die Parteiorganisation bestätigten Kandidaten — sollten sich nicht

mehr zur Abstimmung stellen und sich der Entscheidung der Mehrheit fügen. Bei Stimmengleichheit aber konnte man nicht erwarten, daß irgendeine der Fraktionen freiwillig auf die Aufstellung ihres Kandidaten verzichten würde.

Bei der Einschätzung der Wahlergebnisse unterstrich der Aufsatz „Der Wille der Bevollmächtigten" in der „Prawda" vom 19. Oktober 1912, daß die Annahme des bolschewistischen „Wählerauftrags" klar darauf hinweist, wer in die Duma zu wählen ist:

„Der Wählerauftrag ist eine Direktive an den Deputierten. Der Wählerauftrag macht den Deputierten. Wie der Wählerauftrag, so auch der Deputierte. Wovon aber spricht der Wählerauftrag, den die Petersburger Großbetriebe vorgeschlagen haben und den die Versammlung der Bevollmächtigten angenommen hat?

Der Wählerauftrag spricht vor allem von den Aufgaben des Jahres 1905, davon, daß diese Aufgaben ungelöst geblieben sind, daß die ökonomische und politische Lage des Landes ihre Lösung unvermeidlich macht. Die Befreiung des Landes kann, dem Wählerauftrag zufolge, nur durch Kampf erreicht werden, einen Kampf an zwei Fronten: gegen die feudal-bürokratischen Überbleibsel einerseits und gegen die verräterische liberale Bourgeoisie anderseits. Wobei ein zuverlässiger Verbündeter der Arbeiter nur die Bauernschaft sein kann. Aber der Kampf kann nur unter der Bedingung der Hegemonie (Führerrolle) des Proletariats siegreich sein. Je mehr Bewußtsein und Organisiertheit die Arbeiterschaft hat, desto besser wird sie die Rolle des Volksführers erfüllen. Da nun die Dumatribüne unter den gegebenen Bedingungen eines der besten Mittel der Organisierung und Aufklärung der Massen ist, schicken die Arbeiter ihren Deputierten in die Duma, damit er sich, ebenso wie die gesamte sozialdemokratische Fraktion der IV. Duma, für die grundlegenden Aufgaben des Proletariats, für die vollen und unverkürzten Forderungen des Landes einsetze . . .

Das ist der Inhalt des Wählerauftrags.

Man begreift unschwer, daß sich dieser Wählerauftrag grundlegend von der ‚Plattform' der Liquidatoren unterscheidet — er ist ganz und gar antiliquidatorisch.

Die Frage ist nun: Wenn sich die Liquidatoren dennoch erdreisten und ihren eigenen Deputiertenkandidaten aufstellen, was soll dann mit dem Wählerauftrag werden, den doch der Deputierte durchführen soll, da ja der Kongreß der Bevollmächtigten einen bestimmten Beschluß hierüber gefaßt hat?“

6. Die Wahlen des Deputierten

Obwohl der „Wählerauftrag“ in Anpassung an die legalen Möglichkeiten, zur Verlesung in Versammlungen und zur Veröffentlichung in der Presse geschrieben war, kamen in ihm die ungeschmälerten revolutionären Hauptforderungen der Arbeiterklasse dennoch prägnant und verständlich zum Ausdruck.

Für die Liquidatoren hatte jedoch der im „Wählerauftrag“ klar zum Ausdruck gebrachte Wille der Bevollmächtigten keine Bedeutung. Sie wollten ihren Kandidaten unter allen Umständen durchbringen und um dieses Ziel zu erreichen, waren sie zu beliebigen Maßnahmen bereit.

Die wenigen Tage, die zwischen der Wahl der Wahlmänner und der Wahl der Deputierten lagen, wurden für ununterbrochene Besprechungen zwischen den Parteikomitees und zwischen den Wahlmännern selbst ausgenutzt. Wir setzten auseinander, von den Petersburger Arbeitern könne nur ein Bolschewik in die Duma gewählt werden, da alle Umstände auf das Vorherrschen bolschewistischer Stimmungen in der Arbeitermasse hinweisen. Der Verlauf der Wahlen sprach auch in den ersten Stadien für uns. Auf dem ersten Wahlkongreß wurden nach unserer Liste vier Personen gewählt, von den restlichen zwei kam nur einer als ausgesprochener Liquidator durch, der andere aber schloß sich erst nach der Wahl den Menschewiki an. Auf dem zweiten Kongreß herrschten ebenfalls bolschewistische Stimmungen vor, was vor allem aus der Annahme des „Wählerauftrags“ hervorgeht. Die zufällige Verteilung der Stimmen durfte nicht der Anlaß sein, den Willen der gewaltigen Mehrheit der Petersburger Arbeiter zu entstellen.

Alle Argumente prallten an den Liquidatoren ab. Sie beharrten auf ihrem Standpunkt. Mehr noch — sie lehnten sogar den Vorschlag einiger

Bolschewiki, die wenigstens die Aktionseinheit bei den Wahlen sichern wollten, ab, die Frage durch das Los zu entscheiden. Bei der Ablehnung dieses Vorschlages rechneten die Menschewiki offenbar damit, daß die Wahlmänner der Kadetten und Oktobristen bei der Abstimmung in der Arbeiterkurie zweifellos den Menschewiki den Vorzug geben würden. Das schwätzte ganz unzweideutig die bürgerliche Zeitung „Birshewyje Wedomosti“ (Börsennachrichten) aus, die am Wahltag selbst mitteilte, daß „die Kandidatur eines Menschewiken als erwünscht gilt“.

Die Bolschewiki wie auch die Menschewiki erschienen zu der Gouvernementsversammlung der Wahlmänner mit der festen Absicht, ihren Kandidaten für die Duma durchzubringen.

In dem Aufsatz „Zu den Ergebnissen der Wahlen in der Arbeiterkurie Petersburgs“ in der „Prawda“ vom 24. Oktober 1912 heißt es über das Verhalten der Menschewiki bei den Wahlen der Wahlmänner:

„Die Versammlung der Bevollmächtigten sprach sich mit übergroßer Mehrheit für den von den Anhängern der ‚Prawda‘ vorgeschlagenen Wählerauftrag aus. Damit bestimmte sie ihre Physiognomie. Es triumphierte die politische Linie der Antiliquidatoren. Der Versuch der Liquidatoren, das zu verhindern, scheiterte.

Wären die Liquidatoren politisch ehrlich, hätten sie Achtung vor ihren Ansichten, so hätten sie ihre Kandidaten zurückgezogen und alle Plätze den Anhängern der ‚Prawda‘ überlassen. Denn es ist ganz klar, daß nur Anhänger des Wählerauftrags Kandidaten sein konnten. *Gegner* des Wählerauftrags als *Verteidiger* des Wählerauftrags — darauf konnten sich nur politische Bankrotteure einlassen. Die Liquidatoren ließen sich auch darauf ein! Indem sie vor den Bevollmächtigten ihre Ansichten verhehlten, sich zeitweilig als ‚Unsrige‘ verstellten, die angeblich gegen den beschlossenen Wählerauftrag ‚nichts einzuwenden haben‘, sich als Anhänger der Einheit aufspielten und sich über die Antiliquidatoren als über Spalter beklagten, waren sie bemüht, sich die nichtfraktionellen Bevollmächtigten geneigt zu machen, um irgendwie ihre eigenen Leute ‚durchzuschmuggeln‘. Und wirklich, sie schmuggelten sie durch, indem sie die Bevollmächtigten betrogen.

Es war klar, daß das Abenteurertum der Liquidatoren kein Ende haben würde.

Nicht weniger klar war auch, daß die politische Linie der ‚Prawda', und nur sie, die Sympathie des Petersburger Proletariats findet, daß entsprechend dem Willen der Bevollmächtigten nur ein Anhänger der ‚Prawda' Arbeiterdeputierter sein kann.

Einen größeren Sieg haben wir gar nicht gewünscht..."

Der Wahlmännerkongreß fand am 20. Oktober im Gebäude der Semstwo-Verwaltung des Gouvernements in der Kabinetskaja Straße statt. Insgesamt sollten vom Petersburger Gouvernement vier Deputierte gewählt werden: einer von den Bauern, zwei von den Guts- und Hausbesitzern sowie einer von der Arbeiterkurie. Von allen diesen Gruppen nahmen an dem Kongreß 66 Wahlmänner teil. Die Mehrheit bildeten die Progressisten und die Oktobristen, die miteinander ein Abkommen gegen die Rechten und die Nationalisten geschlossen hatten.

Der von der Regierung eingesetzte Vorsitzende, der „durchlauchtigste" Fürst Saltykow verlas die entsprechenden Punkte des Gesetzes und der Instruktion, überprüfte die Listen der Wahlmänner und forderte die Anwesenden auf, zur Wahl der Deputierten zu schreiten. Die Wahlen erfolgten in geheimer Abstimmung mit Kugeln.

Zunächst wurde über den Kandidaten der Bauern abgestimmt, deren Wahlmänner ein Progressist und vier Rechte waren. Da die Progressisten uns darum baten, erklärten wir uns bereit, für ihren Kandidaten zu stimmen, jedoch unter der Bedingung, daß er in Fragen der Arbeitsgesetzgebung in der Duma mit der sozialdemokratischen Fraktion stimmen werde. Der betreffende Kandidat wurde gewählt. Von den Hausbesitzern erhielt ebenfalls ein Progressist, von den Gutsbesitzern ein Vertreter der Oktobristen die meisten Stimmen.

Dann ging der Kongreß an die Wahl des Deputierten der Arbeiterkurie. Es stellten sich alle Wahlmänner — die Bolschewiki und die Menschewiki — zur Wahl. Als die abgegebenen Stimmen ausgezählt wurden, stellte sich heraus, daß die meisten Stimmen für meine Kandidatur abgegeben worden waren. Ich war mit 34 Stimmen gegen 29 gewählt worden. Die Liquidatoren waren durchgefallen.

Kapitel III

Die sozialdemokratische Fraktion der IV. Reichsduma

1. Nach den Wahlen

Zwischen den Wahlen in Petersburg und der Eröffnung der Reichsduma lag mehr als ein Monat. Diese Zeit wurde dazu genutzt, sich auf die Eröffnung der Duma vorzubereiten, die sozialdemokratische Dumafraktion zu bilden und sonstige Vorbereitungsarbeiten, die mit der Tätigkeit unserer Fraktion im Zusammenhang standen, zu erledigen.

Die Tätigkeit innerhalb der Duma war nur ein Teil der Aufgaben, die vor den Arbeiterdeputierten standen; an erster Stelle stand die Arbeit außerhalb der Duma. Gleich nach den Wahlen stürzte ich mich ganz und gar in diese Arbeit. Für mich ergab sich eine Reihe neuer Verpflichtungen in der Partei- und Gewerkschaftsarbeit, in der „Prawda" usw. Mit der „Prawda" knüpfte ich die engsten Beziehungen an.

Es war klar, daß es für uns Arbeiterdeputierte notwendig war, von den ersten Tagen an in enge Verbindung mit dem Zentralkomitee der Partei zu treten und von ihm unmittelbar Hinweise entgegenzunehmen. Doch es gelang nicht, eine gemeinsame Beratung vor der Eröffnung der Duma einzuberufen; man beschloß, sie bis zu den ersten Dumaferien zu vertagen, weil die Beratung dann gründlich vorbereitet und besser organisiert werden konnte.

Bei den täglichen Besuchen in der „Prawda"-Redaktion kam ich mit Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammen und lernte auf diese Weise die Stimmungen unter den breiten Arbeitermassen kennen. Die Arbeiter kamen in die „Prawda" aus allen Stadtbezirken und erzählten, was sich in den Fabriken und Werken tat, wie die legalen und illegalen Organisationen arbeiteten. Die Gespräche und Begegnungen mit Vertretern der am revolutionärsten gestimmten Arbeitergruppen gaben mir, dem Deputierten von Petersburg, umfangreiches Material für die künftige Dumatätigkeit.

Die Arbeiter hielten die bolschewistischen Deputierten für die wahren Vertreter ihrer Interessen. Kaum waren die Ergebnisse der Wahlen für

Petersburg in den Zeitungen veröffentlicht, als auch schon Arbeiter verschiedener Fabriken und Werke sich mit allen möglichen Gesuchen und Fragen an mich zu wenden begannen. Um mit Vertretern dieser Werke zusammenkommen zu können und gleichzeitig der „Prawda"-Redaktion näher zu sein, mußte ich ins Stadtzentrum ziehen. Ich gab meine Arbeit im Werk auf, mietete eine Wohnung in der Schpalernaja Straße und zog so aus meiner Wohnung hinter der Newskaja Sastawa in die Nähe der Reichsduma.

Schon früher, im Werk, hatten mich die Polizeispitzel nicht „unbeachtet" gelassen. Als ich zum Bevollmächtigten gewählt worden war, verstärkte sich diese „Beachtung". Nach der Wahl zum Wahlmann wurde der Schweif der Polizeispitzel noch größer. Jetzt aber belagerten die Polizeispitzel im wahrsten Sinne dieses Wortes meine Wohnung und verfolgten jeden meiner Schritte und jeden meiner Besucher.

Eine umfangreiche Post ging täglich bei mir ein. Man schrieb nicht nur aus Petersburg, sondern auch aus anderen Städten. Neben den Zuschriften gab es auch unzählige persönliche Besuche. Um möglichst enge Beziehungen zu den breiten Arbeitermassen herzustellen, gab ich durch die „Prawda" die „Sprechstunden" in meiner Wohnung bekannt. Ich empfing täglich viele Besucher, die in persönlichen Fragen oder auch als Vertreter verschiedener Organisationen kamen.

Die Fragen, die man mir vorbrachte, waren sehr verschiedenartig. In Gesprächen und in den bei mir eingehenden Briefen wurden ausnahmslos alle Seiten des Arbeiterlebens behandelt. Ich erhielt Informationen über die Arbeit der Gewerkschaften, über die Polizeirepressalien gegen diese, über Streiks und Aussperrungen, über die Arbeitslosigkeit, über neue Fälle der Polizeiwillkür, ich wurde gebeten, mich für Verhaftete einzusetzen. Viele Briefe erhielt ich von Verbannten, die mich baten, ihnen irgendeine materielle Hilfe zu beschaffen. Man wandte sich an mich auch in persönlichen Fragen, sogar mit der Bitte um Arbeit. Viele kamen, um mit mir über die künftige Dumatätigkeit der Arbeiterdeputierten zu sprechen, man fragte mich über die Reichsduma aus, äußerte Wünsche, stellte Forderungen, erteilte Ratschläge usw.

Auf alle diese Briefe und Gesuche mußte unverzüglich geantwortet werden. In dringenden Fällen antwortete ich telegrafisch. In anderen Fällen wurden unverzüglich verschiedenartige Maßnahmen eingeleitet, Besprechungen mit Regierungsstellen geführt. Das alles nahm sehr viel Zeit in Anspruch und füllte schon lange vor der Eröffnung der Duma fast den ganzen Tag aus.

Die Telegramme und Meldungen von auswärts ließen nach und nach das Bild von den Wahlen in Rußland erstehen. Sehr bald wurde die ungefähre Zusammensetzung der künftigen sozialdemokratischen Dumafraktion bekannt, aber nicht alle Informationen waren exakt und zuverlässig genug. So war es nicht klar, was der Irkutsker Deputierte Mankow darstellte. Falsch war die Meldung von der Wahl eines sozialdemokratischen Deputierten im Küstengebiet in Sibirien. Später stellte es sich heraus, daß dort kein Sozialdemokrat, sondern ein Trudowik gewählt worden war. Im allgemeinen konnte man sich auf die Meldungen der offiziellen Telegrafenagentur nicht verlassen. Häufig wurde in den Telegrammen mitgeteilt, daß ein „Linker" gewählt worden sei, es war aber nicht bekannt, welcher Partei dieser „Linke" angehörte.

Wie sich die gewählten Deputierten zusammensetzten, wurde erst völlig klar, als sie nach Petersburg kamen. Als Deputierter von Petersburg veröffentlichte ich in der „Prawda" eine Anzeige und bat alle ankommenden sozialdemokratischen Deputierten um einen Besuch, um die Organisierung der Fraktion zu besprechen. Meine Adresse sollte in der „Prawda"-Redaktion erfragt werden. Diese Anzeige hatte den Zweck, sofort eine Verbindung zwischen den Deputierten und der „Prawda" herzustellen und sie unter den Einfluß der Parteiorgane der Bolschewiki zu bringen. Die sozialdemokratischen Deputierten suchten also als erstes die Redaktion der „Prawda" auf und begaben sich erst danach in die Reichsduma. Außer den Arbeiterdeputierten waren es die Menschewiki Tschcheïdse und Skobelew, die der „Prawda" eine „Visite abstatteten", da sie sich bemühten, „gute" Beziehungen zu den Bolschewiki herzustellen.

Als die meisten sozialdemokratischen Deputierten in Petersburg eingetroffen waren, begannen die Beratungen und das gegenseitige Informieren über die Wähleraufträge und die Stimmungen der Gebiete,

in denen die Deputierten gewählt worden waren. Ursprünglich kamen wir im Taurischen Palast und später in den eigenen Räumen der Fraktion zusammen. Die für die Fraktion gemietete Wohnung befand sich in der 9. Roshdestwenskaja Straße Nr. 39. Es war eine kleine Wohnung mit 4—5 Zimmern. Das Haus, in dem die Fraktion ihre Räume hatte, wurde unverzüglich von einer Abteilung Polizeispitzel umgeben, die Tag und Nacht kein Auge von dem Eingang und von den Fenstern der Fraktionsräume ließen.

2. Die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Fraktion

Wie auch in der II. und der III. Duma war die sozialdemokratische Fraktion der IV. Reichsduma in der ersten Zeit ihres Bestehens eine vereinigte Fraktion, die sich aus Bolschewiki und Menschewiki zusammensetzte. Aber im Gegensatz zu den vorangegangenen Dumas begann in der Fraktion gleich von den ersten Tagen an ein scharfer Kampf zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki. Die III. Duma war in der Periode der finstersten Reaktion und der Ebbe des revolutionären Kampfes eröffnet worden. Die Wahlen zur IV. Duma dagegen gingen unter den Bedingungen eines Aufschwungs in der Arbeiterbewegung vor sich. Die Arbeiterklasse, die erneut in die Arena des revolutionären Kampfes getreten war, ging rasch auf die Seite der Bolschewiki über.

Bei den Wahlen in den Arbeiterkurien entbrannte der Kampf zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki mit besonderer Leidenschaftlichkeit, und dieser Kampf mußte natürlich auch in die sozialdemokratische Dumafraktion hinübergreifen. Deshalb begann gleich in der ersten organisatorischen Versammlung innerhalb der vereinigten Fraktion ein erbitterter Kampf zwischen ihrem bolschewistischen und ihrem menschewistischen Flügel.

Kurz vor der Eröffnung der IV. Duma fand die erste organisatorische Versammlung der Fraktion statt. Unter Ausnutzung ihrer Mehrheit in der Fraktion versuchten die Menschewiki, die meisten Plätze im Präsidium einzunehmen. Aber auf unsere Forderungen hin mußten die

Menschewiki dennoch dem bolschewistischen Teil der Fraktion fast die Hälfte der Plätze im Präsidium überlassen. Zum Vorsitzenden der Fraktion wurde der Menschewik Tschcheïdse und zum Stellvertreter des Vorsitzenden Malinowski gewählt, der sich für einen Bolschewik ausgab (später wurde bekannt, daß Malinowski ein Provokateur war).

Insgesamt gehörten der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma vierzehn Deputierte an, darunter sechs Bolschewiki und sieben Menschewiki, deren Anhänger auch das nicht vollberechtigte Mitglied der Fraktion, der Deputierte der polnischen Arbeiter (der Deputierte Warschaus) Jagiello war. Dieses, wenn auch unbedeutende Übergewicht der Menschewiki schien nach außen hin die Behauptung zu rechtfertigen, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse auf seiten der Menschewiki stehe. Eine solche Behauptung wäre jedoch grundfalsch gewesen. Bei sorgfältiger Prüfung der Wahlergebnisse konnte man sich leicht davon überzeugen, daß es die Bolschewiki waren, hinter denen der überwiegende Teil der russischen Arbeiter stand, und daß nur die bolschewistischen Deputierten die wahren Vertreter der Arbeiterklasse in der Duma waren.

Die Wahlen in allen sechs Arbeiterkurien der bedeutendsten Industriegebiete hatten mit dem Sieg der Bolschewiki geendet. Die menschewistischen Deputierten dagegen wurden nicht in den Arbeiterzentren, sondern zumeist in den Randgebieten mit überwiegend kleinbürgerlicher Bevölkerung gewählt. Man brauchte nur die Arbeiter in den Gebieten, die für die Bolschewiki gestimmt hatten, und in den Gebieten, in denen die Menschewiki gewählt wurden, zusammenzuzählen, um zu erkennen, wem die Arbeitermassen folgten, und wer die Menschewiki wählte. In den sechs Gouvernements mit Arbeiterkurien zählte man 1 008 000 Arbeiter (in Fabriken und Bergwerken), während es in den acht Gouvernements, die die Menschewiki entsandten, 214 000 Arbeiter und einschließlich des Gouvernements Baku, wo die Arbeiter nach dem Gesetz nicht gesondert wählen durften, 246 000 Arbeiter gab. Allein aus diesen Zahlen geht hervor, daß die bolschewistischen Deputierten fast fünfmal soviel Arbeiter repräsentierten wie die menschewistischen Deputierten. Nur das verworrene Wahlsystem, das eigens darauf gerichtet war, die Vertretung der Arbeiterklasse zu dezimieren, konnte zu

einem solchen Kräfteverhältnis innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion führen.

Der vorherrschende Einfluß der Bolschewiki unter den Arbeitermassen wurde ersichtlich, wenn man einen Vergleich mit den Deputierten anstellte, die in den Arbeiterkurien zu den vorangegangenen Reichsdumas gewählt worden waren. In der II. Duma gab es von der Arbeiterkurie 12 Menschewiki und 11 Bolschewiki; in der III. Duma ebensoviel Bolschewiki wie Menschewiki, in der IV. Duma dagegen waren alle sechs in den Arbeiterkurien gewählten Deputierten Bolschewiki. Während die Bolschewiki zur Zeit der Wahlen für die II. Duma, die mit dem Londoner Parteitag zusammenfielen, bereits innerhalb der Sozialdemokratie vorherrschten, konnte es nunmehr keinen Zweifel darüber geben, daß die Bolschewiki mindestens drei Viertel aller revolutionären Arbeiter hinter sich hatten.

Wenn aber die Zusammensetzung der gesamten sozialdemokratischen Fraktion bei dieser Sachlage dennoch nicht den Stimmungen des Proletariats entsprach, war das keine zufällige Erscheinung. Die opportunistische Zusammensetzung der parlamentarischen Vertretungen der Arbeiterparteien ist für alle bürgerlichen Staaten charakteristisch. Das wird durch das Wahlsystem begünstigt, das in jeder bürgerlichen Ordnung bezweckt, die Rechte der revolutionären Arbeiter zu schmälern. Gleichzeitig zeigen die nichtproletarischen Elemente der sozialistischen Parteien — die sich diesen Parteien anschließende Kleinbourgeoisie, die Angestellten und Vertreter der Intelligenz — in der bürgerlichen Gesellschaft die größte Eignung und Neigung zur parlamentarischen Tätigkeit.

Während dem bolschewistischen Flügel der Fraktion ausschließlich Arbeiter angehörten, die unmittelbar aus den Fabriken und Werken in die Duma kamen, setzte sich die menschewistische Siebenergruppe zur Hälfte aus Vertretern der Intelligenz zusammen: Tschcheïdse war von Beruf Journalist, Skobelew Ingenieur und Tschchenkeli Rechtsanwalt. Dieses Dreigespann vertrat den Kaukasus, der auch in die vorangegangenen Dumas Menschewiki entsandt hatte. Entscheidend für den beständigen Wahlerfolg der Menschewiki im Kaukasus war die Opposition der Bevölkerung gegen die Russifizierungspolitik der Zarenregie-

rung. Gerade am Beispiel der Wahl der kaukasischen Deputierten konnte man sich sehr leicht davon überzeugen, daß die Menschewiki vor allem mit den Stimmen der Kleinbourgeoisie in die Duma gewählt worden waren.

Die Arbeiter unter den Deputierten, die der menschewistischen Gruppe angehörten, waren ebenfalls von der Bevölkerung der Randgebiete gewählt worden: Burjanow vom Taurischen Gouvernement, Tuljakow vom Dongebiet und Chaustow vom Gouvernement Ufa. Bei der Wahl dieser Deputierten hatten die Stimmen der kleinbürgerlichen Bevölkerungskreise, die durch die nationalistische Politik der Selbstherrschaft unterdrückt wurden, den Ausschlag gegeben.

Die Wahl Mankows war sogar gegen den Willen der Arbeiterwähler erfolgt. An der Gouvernementswahlversammlung in Irkutsk nahmen von den 20 Wahlmännern nur 12 teil. Die übrigen Wahlmänner waren „erläutert" worden; eine neue Wahl statt der kassierten hatte nicht stattgefunden. Diese Wahlmachenschaft machte es den Irkutsker Arbeitern unmöglich, ihren Kandidaten durchzubringen, und so wurde überraschenderweise Mankow gewählt, dessen ultraliquidatorische Ansichten nicht den Stimmungen der Arbeiterwähler entsprachen. Zugleich mit der Ankunft Mankows in Petersburg erhielt die Fraktion einen Protest der Irkutsker Arbeiter gegen seine Wahl. Eine Zeitlang wurde sogar erwogen, Mankow die Vollmachten zu entziehen. Ferner wurde gefordert, die Wahlen in Irkutsk zu kassieren. Selbst bei den Menschewiki gab es anfänglich Schwankungen in der Frage, ob man Mankow mit einem solchen „Attestat" in die sozialdemokratische Fraktion aufnehmen solle.

3. Die ersten Auseinandersetzungen mit den Menschewiki

Noch unzulässiger war der Verlauf bei der Wahl des Warschauer Deputierten Jagiello, der sich den Menschewiki anschloß. Jagiello gehörte der PPS (Polnische Sozialistische Partei) an, in der kleinbürgerliche, nationalistische Tendenzen vorherrschten. Mit dieser Partei bildete der „Bund" bei den Wahlen einen *Block gegen* die Sozialdemokraten. Schon damit trat der „Bund" als eine Spalterorganisation auf und ver-

letzte sämtliche Beschlüsse und Richtlinien der Partei, die sich kategorisch geweigert hatte, die PPS in ihre Reihen aufzunehmen. Die Sozialdemokraten erhielten bei den Wahlen die Mehrheit: von den drei Wahlmännern der Arbeiter gehörten zwei (Bronowski und Salewski) den Sozialdemokraten an, dritter wurde der Kandidat des Blocks Jagiello. Somit konnte Jagiello in jedem Falle nur als Kandidat einer Minderheit der Arbeiter gelten. Dieser Vertreter der Minderheit erhielt im nächsten Stadium der Wahlen die Stimmen der Vertreter der jüdischen Bourgeoisie, die es nicht gewagt hatten, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und zugleich verhindern wollten, daß ein polnischer Nationalist und Antisemit in die Duma komme. Jagiello wurde also von einem Block der PPS, des „Bundes" und der nationalistischen jüdischen Bourgeoisie zum Deputierten gewählt, gegen die Mehrheit der Warschauer Arbeiter, die ihre Stimmen der polnischen sozialdemokratischen Partei gegeben hatten.

Trotz der Erklärung Jagiellos, er werde sich allen Beschlüssen der sozialdemokratischen Fraktion fügen, waren die Bolschewiki entschieden gegen seine Aufnahme in die Fraktion. Wir wünschten es nicht, durch die Aufnahme Jagiellos den spalterischen Schritt des „Bundes" zu sanktionieren. Jagiello konnte höchstens als ein sich der sozialdemokratischen Fraktion anschließender Deputierter aufgenommen werden, wie man in der II. Duma mit den litauischen Sozialdemokraten verfuhr, die damals nicht der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands angehörten.

Die Menschewiki aber begrüßten Jagiello als Verbündeten, der ihnen im Kampf gegen die bolschewistischen sechs Deputierten eine Stimme mehr geben konnte. Sie wollten Jagiello vorbehaltlos, mit den gleichen Rechten wie die anderen Deputierten als Mitglied der Fraktion aufnehmen. Wir protestierten entschieden gegen eine solche völlige Ignorierung der von den Parteiorganen gefaßten Beschlüsse. Das war eine der ersten Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion.

Nach langem und zähem Kampf zwangen wir den menschewistischen Teil der Fraktion dennoch, seine Positionen zum Teil aufzugeben. Unter dem Druck der bolschewistischen Arbeiterdeputierten mußten die Menschewiki einen „eingeschränkten Beschluß" annehmen: Jagiello

wurde in die sozialdemokratische Fraktion als nicht voll berechtigtes Mitglied aufgenommen — er erhielt beschließende Stimme in Fragen der Dumaaktionen und beratende Stimme in Fragen des inneren Lebens der sozialdemokratischen Fraktion.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, so schrieb aus diesem Anlaß die „Prawda", sei der Versuch, den Boden zu sondieren, irgend etwas Versöhnendes zu finden; die Zukunft werde zeigen, ob die Fraktion den Weg zum Frieden gefunden habe.

Die Zukunft hat gezeigt, daß die skeptische Einstellung der Bolschewiki zu der Möglichkeit einer Versöhnung mit den Menschewiki innerhalb der Fraktion völlig berechtigt war. Die bolschewistischen Arbeiterdeputierten führten als Vollstrecker des Willens der gesamten Arbeiterklasse, die sie als Vertreter in die Duma entsandt hatte, einen keine Minute lang nachlassenden Kampf gegen die Liquidatoren.

Die bolschewistischen Deputierten waren durch feste Bande mit der gesamten Masse des russischen Proletariats verbunden, das in ihnen allein seine wahren und wirklichen Vertreter erblickte. Unsere ganze bolschewistische Sechsergruppe setzte sich ausschließlich aus Arbeitern zusammen, die mitten aus dem Arbeitermilieu in die Reichsduma gekommen waren. Jeder von uns hatte von klein auf alle „Reize" der kapitalistischen Wirtschaft am eigenen Leibe erfahren. Für uns alle war die Willkür der Zarenregierung ebensowenig abstrakte Theorie wie die härteste Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie und deren Lakaien: wir hatten das alles selber erfahren.

Der Arbeiterklasse war nach großen Mühen, nach zahlreichen Verlusten und bitteren Niederlagen im Wechsel mit Siegen das Recht zugefallen, ihre Vertreter in die Reichsduma zu entsenden. Durch unseren Kampf gegen die bestehende Ordnung mitten im Fegefeuer, mitten im Herzen des feindlichen Lagers sollten wir die gewaltigen Opfer rechtfertigen, die von der Arbeiterklasse Rußlands gebracht worden waren. Das Bewußtsein einer großen und verantwortungsvollen Aufgabe verstärkte nur noch mehr die revolutionäre Energie und den Willen der Arbeiterdeputierten im Kampf gegen die offenen Feinde des Proletariats wie auch gegen seine verborgenen Feinde, die die Vorwärtsentwicklung der revolutionären Bewegung zu hemmen versuchten.

Vier Metall- und zwei Textilarbeiter bildeten die bolschewistische Sechsergruppe in der IV. Reichsduma. Die bolschewistischen Deputierten waren von den größten Industriezentren Rußlands gewählt worden. Ich war von der Arbeiterkurie des Petersburger Gouvernements, R. W. Malinowski von der des Moskauer Gouvernements, M. K. Muranow von der des Gouvernements Charkow, G. I. Petrowski von der des Gouvernements Jekaterinoslaw, F. N. Samoilow von der Arbeiterkurie des Gouvernements Wladimir und N. R. Schagow von der des Gouvernements Kostroma gewählt worden.

4. Die Unterstützung durch die Arbeiterklasse

Im Grunde repräsentierten die Arbeiterdeputierten nicht nur die Gebiete, von denen sie gewählt worden waren. Sobald unsere Wahl bekanntgeworden war, trafen bei uns Briefe, Erklärungen und Resolutionen von Arbeitern verschiedener Gebiete ein, die uns mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragten.

Ich möchte als Beispiel einen solchen Brief anführen, den ich in den ersten Novembertagen 1912 erhielt:

„Verehrter Genosse! Ihnen ist aus den Zeitungen der traurige Ausgang der Wahlen im Gouvernement Kursk bekannt. Als Auswirkung des Wahlgesetzes vom 3. Juni sind Markow-Leute, ärgste Feinde der Arbeiter, als Mitglieder der Duma gewählt worden. Auf diese Weise sind die ureigensten Interessen des Proletariats ohne Schutz geblieben. Deshalb beauftragen wir, eine Gruppe Kursker Bevollmächtigter, Sie, den Erwählten der Petersburger Arbeiter, und andere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der IV. Duma mit der Wahrnehmung der Interessen unserer Wähler und schließen uns dem Wählerauftrag an, der Ihnen vom Petersburger Proletariat erteilt worden ist. Mit kameradschaftlichem Gruß, Bevollmächtigte des Kursker Gouvernements."

„Das Gouvernement Witebsk", so schrieben in ihrem Wählerauftrag Arbeiter von der Dwina, „hat in die Reichsduma nur Schwarzhunderter entsandt. Kein einziger Vertreter der werktätigen Bevölkerung ver-

mochte über die Schranken des Gesetzes vom 3. Juni hinweg in den Taurischen Palast vorzudringen. Wir fortschrittlichen Dwinaarbeiter entbieten der sozialdemokratischen Fraktion in ihrer Gesamtheit einen glühenden kameradschaftlichen Gruß und bitten sie, die Wahrnehmung der Interessen der Demokratie im Gouvernement Witebsk zu übernehmen."

Trotz der Repressalien, die jedem drohten, der in Briefwechsel mit bolschewistischen Deputierten trat, schickten uns Arbeiter aus allen Teilen Rußlands über die Polizeiabsperrungen hinweg ihre Aufträge und Grüße und versicherten uns ihrer Unterstützung. In vielen Wähleraufträgen forderten die Arbeiter ihre Deputierten auf, enge Verbindungen aufzunehmen zum Petersburger Proletariat, das die ganze Zeit in der Vorhut der revolutionären Bewegung marschierte.

In den Wählerauftrag, den der Deputierte Muranow von den Arbeitern des Lokomotivwerks in Charkow sowie von den sozialdemokratischen Gruppen der Stadt, des Betriebs und der Eisenbahn erhalten hatte, war folgender Punkt aufgenommen worden: „In einem politisch kritischen Moment ist der Deputierte verpflichtet, sich mit dem Proletariat, das ihn zum Mitglied der Reichsduma gewählt hat, in Verbindung zu setzen und unbedingt engere Beziehungen zum Petersburger Proletariat aufzunehmen." Die gleichen Wünsche waren auch an andere Arbeiterdeputierte gerichtet worden.

Für die bolschewistischen Deputierten war die Unterstützung der Petersburger Arbeiter von erstrangiger Bedeutung. Wenn die Bolschewiki von der Dumatribüne aus die Regierung anklagten oder entlarvten, waren sie stets davon überzeugt, daß sie gleich in der Nähe, jenseits der Mauern des Taurischen Palastes, die Unterstützung der Petersburger Proletarier finden, die den Eindruck der Dumaaktionen durch ihre Streiks und machtvollen Demonstrationen um ein Vielfaches verstärkten. Das Petersburger Proletariat wurde durch die Arbeiter auch anderer Gebiete Rußlands unterstützt. Aber der erste, unmittelbare Ansturm in starken und dichten Reihen erfolgte stets durch die Petersburger Arbeiter. Gerade deswegen stützte sich die Tätigkeit der bolschewistischen Dumadeputierten wohl zu drei Vierteln auf die revolutionäre Bewegung der proletarischen Vorhut — der Arbeiter von Petersburg.

Die „Prawda“ brachte die Stimmungen der revolutionären Petersburger Arbeiter zum Ausdruck, als sie am 15. November 1912 den Beginn unserer Dumaarbeit begrüßte und schrieb:

„Die Redaktion der ‚Prawda‘ begrüßt die sozialdemokratische Fraktion der IV. Reichsduma und wünscht ihr Erfolg auf ihrem schweren und verantwortungsvollen Posten bei der standhaften und konsequenten Wahrnehmung der Interessen des Proletariats und der gesamten Demokratie.“

„In der IV. Duma“, so schrieb eine Gruppe Petersburger Arbeiter am 18. November 1912 in einer über die „Prawda“ zugeschickten Grußbotschaft, „gibt es wenige Bänke, einen schmalen Sektor im Halbkreis der Duma, wo wirkliche Erwählte des Volkes sitzen, wo Menschen sitzen, deren Herzen im gleichen Takt schlagen wie die Herzen der Arbeiter und Bauern Rußlands. Das sind die Arbeiterdeputierten, das ist die sozialdemokratische Fraktion.“

Wir zogen also in die Reichsduma, stark durch die Unterstützung nicht nur Hunderttausender von Proletariern, die sich unmittelbar an den Wahlen in den Arbeiterkurien beteiligt hatten, sondern auch der gesamten übrigen Masse des russischen Proletariats, das seine Einstellung zu den Arbeiterdeputierten in zahlreichen Resolutionen, Wünschen, Grußbotschaften, Aufträgen usw. zum Ausdruck brachte. Diese feste und später noch erstarkende Verbindung zu den breiten Arbeitermassen bedeutete für uns eine gewaltige Hilfe in unserer Dumatätigkeit, die für die Arbeiterdeputierten ungemein schwierig und kompliziert war.

Für die Menschewiki wurden die Schwierigkeiten der Dumaarbeit dadurch gemindert, daß es unter ihnen Menschen gab, die für diese Tätigkeit besser vorbereitet waren. Der Führer der Menschewiki, Tschcheïdse, hatte zuvor fünf Jahre lang an der Spitze der sozialdemokratischen Fraktion der III. Duma gestanden. Während dieser Zeit hatte er große Erfahrungen gesammelt. Er verstand es, unter den komplizierten Bedingungen in der Duma geschickt zu lavieren. Große Bedeutung hatte auch die Gewöhnung daran, von der Dumatribüne aus zu sprechen, sowie die Kenntnis besonderer Tricks, die es möglich machten, dem Druck des Vorsitzenden zu entgehen und die Ausfälle der Schwarzhundertermehrheit abzuwehren.

Alle Dumafraktionen ließen sich in ihrer Arbeit von sogenannten „sachkundigen Personen" helfen. Das waren Anhänger und Gesinnungsgenossen der in der Duma vertretenen Parteien. Unter ihrer Mitwirkung und mit ihrer Hilfe wurden die notwendigen Unterlagen für die Reden gesammelt, Gesetzentwürfe ausgearbeitet, Interpellationen verfaßt, die Texte der Reden erörtert und bestätigt usw.

Für die sozialdemokratische Fraktion waren „sachkundige Personen" dieser Art von besonderer Bedeutung, da unsere Partei illegal war. Die sozialdemokratischen Deputierten wurden in ihrer Arbeit vor allem durch die Parteischriftsteller und -journalisten unterstützt sowie durch solche Parteimitglieder, die in den jeweiligen Fragen über die notwendige Fachbildung verfügten (Juristen, Wirtschaftswissenschaftler usw.). Darunter gab es Menschewiki wie auch Bolschewiki. Doch von den Menschewiki gab es bedeutend mehr, da die Ochrana vor allem hinter den Bolschewiki, den gefährlicheren Feinden der Zarenregierung, her war.

Eine große Hilfe sowohl bei der Organisierung der Fraktion als auch in den verschiedenen Perioden ihrer Tätigkeit leisteten uns J. M. Swerdlow, W. M. Molotow, M. S. Olminski und andere leitende Funktionäre der bolschewistischen Partei.

Kapitel IV

Eröffnung der IV. Duma

1. Der Streik am Tage der Dumaeröffnung

Der Beginn der Arbeit der neuen, der IV. Duma war von einer Streikwelle begleitet. Die Arbeiterklasse hatte sehr wohl erkannt, welche starke Waffe in ihrer Hand der Streik ist, und bediente sich ihrer weitgehend im Kampf gegen die Zarenregierung und die Bourgeoisie.

Unmittelbar vor der Eröffnung der IV. Duma, die auf den 15. November 1912 angesetzt worden war, kam es in Petersburg zu einem Proteststreik gegen die Verurteilung von Matrosen der Schwarzmeerflotte. Das Marinegericht in Sewastopol hatte für Vorbereitung zum

Aufstand 17 Matrosen zum Tode und 106 zu Zuchthausstrafen verurteilt. Die Reaktion auf das Todesurteil gegen die revolutionären Matrosen waren Massenproteststreiks, die in Petersburg begannen und später auch auf andere Gebiete Rußlands übergriffen. Innerhalb einer Woche hatten über 60 000 Arbeiter, das heißt rund ein Viertel aller Arbeiter Petersburgs, an eintägigen Streiks teilgenommen. Insgesamt beteiligten sich etwa eine viertel Million Menschen an den Streiks in Rußland.

In einigen Petersburger Werken waren die Streiks von Demonstrationen begleitet. Mit roten Fahnen zogen die Arbeiter, revolutionäre Lieder singend, auf die Straßen.

Die durch das Urteil des Marinegerichts ausgelöste Streikbewegung ebbte bis zur Eröffnung der Reichsduma nicht ab und gestaltete sich zu einem neuen politischen Streik, der auf den Tag der ersten Dumasitzung angesetzt wurde. Die Hauptlosungen des Streiks vom 15. November waren: Protest gegen das 3.-Juni-Regime und die reaktionäre Reichsduma, Unterstützung der in die Duma gewählten Sozialdemokraten. Zugleich protestierten die streikenden Arbeiter erneut gegen die Verurteilung der Matrosen zum Tode und gegen die Repressalien, denen politische Häftlinge in den Zuchthäusern von Algatschi und Kutomar ausgesetzt waren.

Die Streiks und Demonstrationen waren von drei Gruppen Petersburger Sozialdemokraten organisiert worden. Die drei Tage vor der Eröffnung der Duma herausgegebene Proklamation trug folgende Unterschriften: „St. Petersburger zentrale sozialdemokratische Gruppe der Gewerkschaftsfunktionäre“, „Gruppe von Sozialdemokraten“ und „Gruppe von revolutionären Sozialdemokraten“. Weder das Petersburger Komitee der Bolschewiki noch das Organisationsbüro der Menschewiki standen mit der Herausgabe der Proklamation und der Organisierung des Streiks in irgendeinem Zusammenhang. Mehr noch: die Initiatoren des Streiks hatten von der Herausgabe ihres Aufrufs weder die Parteikomitees noch die Redaktionen der beiden Zeitungen („Prawda“ und „Lutsch“), ja nicht einmal unsere Dumafraktion in Kenntnis gesetzt, die sich bereits zwei Wochen vor dem Streik konstituiert hatte.

Derartige partisanenhafte Aktionen einzelner Gruppen resultierten

daraus, daß die revolutionäre Bewegung noch unzulänglich organisiert und nicht zentralisiert genug war. Andererseits konnte man derartige Aktionen zum Teil auch dadurch erklären, daß es schwierig war, Verbindung mit den leitenden Parteikomitees aufzunehmen, denen die Ochrana in erster Linie nachstellte und die sich daher besonders tarnen mußten. Das prägte auch dem Charakter der Aktionen solcher „Initiativgruppen" seinen Stempel auf: ihnen fehlte die exakte und feste Parteilinie. Ihre üblichen Losungen waren: „Keine Fraktionen", „Vereinigung" und jene Unklarheit und Unbestimmtheit, die für die künftigen „Meshrayonzy"[1] charakteristisch waren.

In der von der Initiativgruppe erlassenen Proklamation waren bolschewistische und menschewistische Losungen miteinander vermengt worden: die „Beschlagnahme des Gutsbesitzerlandes" fand darin Platz neben der „Koalitionsfreiheit", „wirkliche Volksvertretung" neben dem „Kampf für die Demokratische Republik" usw.

Die Proklamation war drei Tage vor dem 15. November herausgegeben und in den Fabriken und Werken verteilt worden. Gleichzeitig betrieben die Initiatoren des Streiks mündliche Agitation unter den Arbeitern. Auf diese Weise waren unsere Fraktion wie auch die Petersburger Parteizentren vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

Wir beriefen dringend eine Beratung ein, an der alle bereits in Petersburg eingetroffenen Deputierten — Bolschewiki und Menschewiki — teilnahmen. Unter dem Druck der menschewistischen Mehrheit wurde beschlossen, sich gegen den Streik am 15. November auszusprechen. Im Namen der Fraktion wurde im „Lutsch" eine Mitteilung veröffentlicht, wonach die in den Fabriken und Werken verbreitete

---

[1] „Zwischengruppe" („Zwischenbezirkliche Organisation vereinigter Sozialdemokraten") — entstand in Petersburg im Jahre 1913. Ihr gehörten trotzkistische Menschewiki und ein Teil ehemaliger Bolschewiki an, die sich von der Partei abgespalten hatten. Während des ersten Weltkrieges bezog die „Zwischengruppe" einen zentristischen Standpunkt und kämpfte gegen die Bolschewiki. Im Jahre 1917 erklärte sich die „Zwischengruppe" mit der Linie der bolschewistischen Partei einverstanden. Deshalb bildeten die Bolschewiki bei den Wahlen zu den Petrograder Bezirksdumas im Mai 1917 einen Block mit ihr. Auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B) wurde die „Zwischengruppe" in die Partei aufgenommen. Einige Mitglieder der „Zwischengruppe" um Trotzki wurden später wieder ausgeschlossen. *Die Red.*

Proklamation — soweit die Fraktion informiert war — „von keiner der autoritativen Petersburger sozialdemokratischen Gruppen ausgeht".

Zweifellos war die Teilnahme der bolschewistischen Deputierten an der Absetzung des Streiks ein Fehler. Obwohl der Streik unorganisiert, nicht so, wie es sich gehört hätte, vorbereitet wurde, war es falsch, diese Aktion zu stoppen, da der Aufruf zum Streik unter den Arbeitern Zustimmung gefunden hatte.

Die Aufgabe der Partei war es, die Bewegung in organisierte Bahnen zu lenken, durch ihre Führung jede revolutionäre Aktion der Arbeiter zu unterstützen und sie für eine noch stärkere Erweiterung der Front des revolutionären Kampfes auszunutzen.

Die Erklärung der Fraktion stieß auf den Protest der Gruppen, die den Streik organisiert hatten. Bereits nach dem 15. November, als der Streik und die Demonstration dennoch stattgefunden hatten, wurde im Petersburger Parteikomitee die Frage nach der Einstellung der Dumafraktion zu diesen Aktionen aufgeworfen. Es wurde beschlossen, gemeinsam mit Vertretern der Initiativgruppen eine Untersuchungskommission zu bilden. Dieser Kommission gehörten von den Menschewiki Skobelew und von den Bolschewiki ich an.

In den Räumen der „Prawda"-Druckerei fand spät in der Nacht mit Vertretern der Gruppen, die den Streik organisiert hatten, eine Beratung statt, an der auch das Petersburger Komitee teilnahm. Wir klärten alle Umstände, unter denen der Streik ausgerufen und die Proklamation erlassen worden war (insbesondere stellte sich dabei heraus, daß die meisten der Organisatoren des Streiks Bolschewiki waren), und kamen zu dem Schluß, daß das Verhalten und die Einstellung der Dumafraktion falsch waren. Die Arbeiter wurden darüber in einer Reihe von Parteiversammlungen informiert.

2. Der 15. November auf den Straßen der Hauptstadt

Insgesamt nahmen an dem Tagesstreik vom 15. November nach Schätzungen der zaristischen Geheimpolizei rund 30 000 Arbeiter aus Petersburger Fabriken und Werken teil. Im Bericht an den Direktor

des Polizeidepartements beleuchtet die Ochrana die Ereignisse vom 15. November wie folgt:

„Seit elf Uhr früh wurden im Viertel des Taurischen Palastes auf den Bürgersteigen Bewegungen kleiner Arbeitergruppen beobachtet, und gegen ein Uhr erschien dort eine geringe Anzahl von Studenten und Vertretern der Intelligenz. Dieses Publikum zirkulierte lange um den Taurischen Garten, die Maßnahmen der Polizei hinderten sie jedoch daran, sich zu gruppieren; nach und nach zerstreuten sie sich.

Offensichtlich aus den Reihen dieser Arbeiter und Studenten bildete sich gegen drei Uhr dreißig in der Kirotschnaja Straße eine Menge, die, eine taschentuchgroße rote Fahne mit der Inschrift ‚Fort mit der Selbstherrschaft!' mitführend und revolutionäre Lieder singend, den Litejny Prospekt erreichte und zum Newski Prospekt zog. An der Ecke des Litejny Prospekts sowie der Bassejnaja und Simeonowskaja Straße wurden die Demonstranten durch Maßnahmen der Außenpolizei zerstreut, wobei von der Polizei vom Bürgersteig, auf dem sich die Menge befunden hatte, die erwähnte Fahne aufgehoben und gleichzeitig der Fahnenträger festgenommen wurde.

Eine gleiche Menge, etwa 100 Mann, aus den Reihen der vom Taurischen Palast zurückweichenden Personen bildete sich gegen drei Uhr auch am anderen Ende der Kirotschnaja Straße; sie zog von da aus (jedoch ohne demonstrative Aktionen) über den Suworow Prospekt in Richtung Newski Prospekt, wurde indessen an der Ecke der 6. Roshdestwenskaja Straße von der Polizei aufgelöst.

Später, ebenfalls gegen drei Uhr, bildete sich in der Ligowskaja Straße, kurz vor dem Snamenskaja Platz, aus den Reihen der Arbeiter verschiedener Fabriken eine kleine Menge, die sich auf der rechten Seite der Ligowskaja Straße zum Obwodny Kanal begab, aber bald darauf durch die Polizei zerstreut wurde. Offenbar ein Rest dieser Menge, etwa fünfzehn bis zwanzig Personen, zog vor die Konfektfabrik ‚Bligken und Robinson', Ligowskaja Straße Nr. 52, und stieß durch das von einem Posten bewachte Tor in den Hof der Fabrik vor mit der Absicht, in die Räumlichkeiten derselben einzudringen, um die Arbeiter dieser Fabrik zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Eine herbeigeeilte Polizeiabteilung verhinderte jedoch die Ausführung

dieser Absicht, wobei es einigen Teilnehmern dieser Ausschreitung gelang, über die Mauer zu klettern und sich zwischen den Gleisen der Nikolai-Eisenbahn zu verstecken. Sieben Personen wurden festgehalten und werden gemäß den Bestimmungen zur Verantwortung gezogen."[1]

Die gut informierte Ochrana hatte jedoch in ihrem Bericht an die Obrigkeit die Ereignisse etwas entstellt. Sie teilte beispielsweise nicht mit, daß die Polizisten eine der Demonstrationen mit blankem Säbel auseinanderjagten, daß die Arbeiter nicht von selbst in den Hof der Fabrik „Bligken und Robinson" eingedrungen, sondern von der Polizei hineingetrieben worden waren, die sie grausam mißhandelte; es fehlen Meldungen auch über andere Zusammenstöße mit den Demonstranten.

Während der Demonstration wurden einige Personen festgenommen. Schon am Vorabend der Eröffnung der Duma waren von der Polizei ebenfalls Verhaftungen und Haussuchungen vorgenommen worden. Unter den Festgenommenen befanden sich einige Funktionäre der Gewerkschaften. Die Polizei fahndete eifrig nach den Bolschewiki; die Menschewiki blieben diesmal unbeachtet. Nach einer Haussuchung wurde N. N. Baturin (Samjatin) verhaftet. Genossen Molotow, dem die Polizei besonders eifrig nachstellte, gelang es, zu entkommen.

Die Eröffnung der IV. Duma ging also in einer für die Zarenregierung ungewöhnlichen Atmosphäre vor sich: Die Arbeiter zogen auf die Straße, um ihre Deputierten zu begrüßen. Die Polizei aber begrüßte die Arbeiter, wie üblich, mit Haussuchungen, Verhaftungen und Mißhandlungen.

3. Der Arbeitsbeginn der IV. Duma

Während die Polizei den Arbeitern in den Straßen Petersburgs die russische Verfassung „in Aktion" vorführte, fand im Taurischen Palast die feierliche Komödie der Dumaeröffnung statt. Nach einer ordentlichen Portion von Gebeten verlas der greise zaristische Würdenträger, Staatssekretär Golubew, unter dröhnenden „Hurra"rufen der „Volks-

---

[1] Archiv des Polizeidepartements, 4. Schriftführung, Nr. 61, 1912, Teil 2, Bd. II, Kap. 208, russ.

vertreter" den „allerhöchsten Erlaß". Offenbar, um die Opposition zu erinnern, daß sie, wenn sie auch zur Duma zugelassen war, zu schweigen und niemanden zu stören habe, erteilte Golubew weder den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion das Wort noch den Vertretern der Trudowiki-Gruppe, die ihren Verzicht auf die Teilnahme an den Wahlen des Vorsitzenden begründen wollten. Mit der Rede des von der Duma gewählten Vorsitzenden M. W. Rodsjanko, der „die unerschütterliche und unverbrüchliche Treue der Duma zu ihrem gekrönten Führer" schwor, wurde die erste Sitzung beendet. Die IV. Reichsduma hatte ihre „Arbeit" aufgenommen.

In die Duma waren insgesamt 442 Deputierte gewählt worden. Sie verteilten sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Rechte — 65 Personen, Nationalisten und gemäßigte Rechte — 120, Oktobristen — 98, Progressisten — 48, Kadetten — 59, nationale Gruppen (Polen, Belorussen und Moslems) — 21, Trudowiki — 10, Sozialdemokraten — 14 und Parteilose — 7 Personen. Das 3.-Juni-Regime konnte natürlich keine andere Mehrheit ergeben als die der Gutsbesitzer und des Adels, die einen hundertprozentigen Klassenhaß gegen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft hegten. Die Schwarzhunderterduma teilte sich zwar in verschiedene Fraktionen und Gruppierungen, war aber im Grunde ein zuverlässiges Bollwerk des Zarismus. Wenn die Treue zu der bestehenden Ordnung bei den Schwarzhundertern Purischkewitsch, Markow und eingefleischten Konservativen ihres Schlages in lauten „Hurra"rufen zum Ausdruck kam, so war sie beim Führer der Kadettenpartei, Miljukow — von den Oktobristen gar nicht erst zu reden —, nur durch die liberale Phrase getarnt.

Die Kadetten enthüllten gleich von Anfang an ihr wahres Gesicht, indem sie bei der Wahl des Dumavorsitzenden ihre Stimmen dem Oktobristen Rodsjanko gaben, einem Kammerherrn des allerhöchsten Hofes und Großgrundbesitzer aus dem Gouvernement Jekaterinoslaw. Rodsjanko hatte eine kräftige Stimme, einen riesigen Wuchs und eine repräsentable Figur. Aber darauf beschränkten sich die „Vorzüge" des neuen Vorsitzenden nicht. Rodsjanko stand im Ruf, ein erprobter Diener des Zaren zu sein, der sich in der vorangegangenen, der III. Duma entsprechend bewährt hatte. Als Vorsitzender der III. Duma war

Rodsjanko rigoros gegen die linken Deputierten vorgegangen, hatte sie nicht zu Wort kommen lassen und in jeder Weise drangsaliert.

Die Kadetten, die die Kandidatur Rodsjankos unterstützten, versuchten, sowohl die Trudowiki als auch unsere sozialdemokratische Fraktion in die Wahl des Präsidiums einzubeziehen. Die Trudowiki schwankten zunächst, und ihr Führer, W. I. Dsjubinski, nahm sogar anfänglich irgendwelche Besprechungen in dieser Frage auf. Bei den für die Trudowiki, die Vertreter kleinbürgerlicher Bevölkerungsschichten, charakteristischen Schwankungen setzten sich diesmal dennoch die linken Tendenzen durch, und die Trudowiki nahmen an der Wahl des Dumapräsidiums nicht teil.

Für unsere Fraktion war die Frage hinsichtlich der Teilnahme an der Wahl des Vorsitzenden völlig klar. Die Kadetten erhielten von uns eine entschiedene Abfuhr. Für die sozialdemokratischen Deputierten war es ganz gleich, wie sich das Präsidium der Duma zusammensetzte. An der Wahl des Präsidiums teilnehmen hätte bedeutet, in gewissem Sinne die Verantwortung für die Arbeit der Dumamehrheit zu übernehmen, die den Interessen der Arbeiterklasse bewußt feindlich gegenüberstand.

Diese prinzipielle Stellungnahme zur Dumaarbeit wurde von unserer Fraktion in einer zur Eröffnung der Duma eingereichten Erklärung unterstrichen. Staatssekretär Golubew gab uns nicht die Gelegenheit, sie zu verlesen. Hier ist der Wortlaut dieser Erklärung:

„Das Präsidium ist dazu berufen, den Willen und die Wünsche der Reichsduma am striktesten und konsequentesten zu verwirklichen. Es ist klar, daß jeder, der an der Wahl des Präsidiums teilnimmt, damit auch die Verantwortung für die Tätigkeit der Reichsduma übernimmt. Deshalb hat sich die sozialdemokratische Fraktion der vorangegangenen Reichsduma nicht an der Wahl des Präsidiums beteiligt, da sie nicht im geringsten gewillt war, irgendeine Verantwortung für die Tätigkeit der III. Reichsduma, der Staatsstreichduma, der Herrenduma, der Duma zu übernehmen, die berufen war, den Kampf gegen alle dringlichen Volksinteressen zu führen. Wir haben gewußt, daß das Präsidium einer solchen Duma einen systematischen Kampf gegen die sozialdemokratische Fraktion führen muß, wenn sich diese von der Tribüne aus für

die Interessen der Volksmassen einsetzt. Man kann ohne weiteres sagen, daß die sozialdemokratische Fraktion aus diesem Kampf als Siegerin hervorgegangen ist. Trotz aller Bemühungen, die Stimme der Sozialdemokraten zu ersticken, haben die Volksmassen auf die Sozialdemokraten gehört. Wir sind überzeugt, daß uns das gleiche auch in der IV. Reichsduma gelingt, unabhängig davon, wie sich das Präsidium zusammensetzen wird — aus gemäßigten Chwostow-Anhängern oder außer Rand und Band geratenen Markow-Leuten, aus ehemaligen ‚Upokoiniki' oder gegenwärtigen halbgemäßigten Rechten, aus Gololobow-Anhängern oder ehemaligen Gutschkow-Leuten.[1] Bei jeder Kombination werden wir unser Wort zu sagen verstehen, weil wir keine Minute lang vergessen, daß dieser Platz für uns um den Preis des vom Volk vergossenen Blutes erkämpft wurde. Wir werden es verstehen, hier die Redefreiheit zu verteidigen, ungeachtet der kürzlichen Erläuterung des Senats, der die Verordnung über den verstärkten Schutz auf die Dumatribüne auszudehnen droht.[2]

Wir werden uns unsere Rechte auf freie Meinungsäußerung nicht schmälern lassen, wenn auch die Mehrheit der Duma aus Auserwählten der Herren Sabler, Makarow und Konsorten besteht.[3] Mögen Sie also ein der Mehrheit genehmes Präsidium wählen. Wir werden die Tribüne im Interesse des Volkes benutzen."

Da sich die sozialdemokratischen Deputierten weigerten, an der Wahl des Präsidiums teilzunehmen, zeigten sie bereits am ersten Tage des Bestehens der IV. Duma, daß von irgendeiner „parlamentarischen" Arbeit unsererseits nicht die Rede sein konnte, daß die Arbeiterklasse sich vielmehr das Ziel setzte, die Duma für einen noch engeren Zusammenschluß und für die Verstärkung des revolutionären Kampfes im Lande auszunutzen. Der gleiche Standpunkt bestimmte auch die Haltung unserer Fraktion zur Dumamehrheit. Keine Zusammenarbeit, son-

---

[1] A. N. Chwostow, N. J. Markow, Gololobow — Rechte und Nationalisten; A. I. Gutschkow — Führer der Oktobristen; als „Upokoiniki" wurden die gemäßigten Rechten bezeichnet.

[2] Der Senat erklärte, daß die Deputierten für ihre Reden in der Duma verantwortlich seien.

[3] W. K. Sabler — Oberbevollmächtigter des Synod, der Leiter des Geistlichen Amtes; A. A. Makarow — der Innenminister.

dern entschlossene Bekämpfung und Entlarvung sowohl der Rechten als auch der Oktobristen und der Kadetten vor der gesamten Arbeiterklasse — das war die Aufgabe der Arbeiterdeputierten in der Reichsduma der Gutsbesitzer und des Adels.

Trotz des Mißerfolgs, den die Kadetten mit dem Vorschlag zur Wahl des Präsidiums hatten, unternahmen sie in den nächsten Tagen erneut einen Versuch, die sozialdemokratische Fraktion in eine Abmachung hineinzuziehen. Sie schickten unserer Fraktion eine Einladung zur Teilnahme an einer allgemeinen Versammlung der „vereinigten Opposition"; es sollten dort einige Gesetzentwürfe erörtert werden, die von der Fraktion der Kadetten vorbereitet wurden. Als Antwort auf diesen Vorschlag faßte die sozialdemokratische Fraktion einen prinzipiellen Beschluß: keine Zusammenarbeit mit den Kadetten zu pflegen. Die Kadetten waren im Grunde Konterrevolutionäre; zwischen ihnen und der Partei der Arbeiterklasse waren nur Beziehungen des Kampfes möglich. Während der Wahlkampagne kämpften die Sozialdemokraten überall gegen die Partei der liberalen Bourgeoisie, und die gleiche Linie, so erklärte die Fraktion, müssen die Sozialdemokraten auch innerhalb der Duma verfolgen.

„Wir begrüßen", so schrieb die „Prawda" am 25. November 1912 zu diesem Beschluß, „diesen Schritt der sozialdemokratischen Fraktion als einzig richtigen Schritt, der den Willen der Mehrheit der Sozialdemokratie außerhalb der Duma genau widerspiegelt."

Die Gruppe der Trudowiki, die ihrem Programm nach mit den Sozialrevolutionären verwandt war, nahm für sich in Anspruch, die gesamte russische Bauernschaft zu vertreten; im Grunde aber brachte sie die Interessen der Kulaken zum Ausdruck. Es war daher ganz natürlich, daß die Trudowiki den Parteien der liberalen Bourgeoisie — den Kadetten und den Progressisten — nahestanden. Ihr Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Fraktion in einzelnen Momenten des parlamentarischen Lebens aber erklärt sich daraus, daß die Trudowikigruppe die Stimmungen des Protestes der gesamten Bauernschaft gegen das feudale Fronherrenregime des Zarismus widerspiegelte.

In den Tagen nach der Eröffnung der Duma erhielten alle Dumafraktionen die Möglichkeit, politische Deklarationen als Antwort auf

die in der Duma verlesene Regierungsdeklaration abzugeben. In allen Parlamenten ist die Debatte über die Regierungsdeklaration eines der wichtigsten Momente. Das sind die sogenannten „großen Tage“ im parlamentarischen Leben, wenn die politischen Parteien nicht zu irgendwelchen einzelnen Gesetzentwürfen sprechen, sondern die Regierungspolitik in ihrer Gesamtheit kritisieren oder billigen. Auf Grund der Gegendeklarationen schätzen die Wähler die gesamte künftige Tätigkeit der Parlamentsparteien ein, und deshalb bereiten sich alle Parteien im voraus und mit besonderer Sorgfalt auf die Debatte über die Regierungsdeklaration vor.

Die Regierungsdeklaration wurde in der IV. Duma am 5. Dezember 1912 von dem Vorsitzenden des Ministerrates, W. N. Kokowzew, verlesen. In seiner Begleitung befanden sich alle Minister des Zaren und die höchsten Regierungsbeamten, die die Ministerloge füllten. Die Parade wurde ergänzt durch die volle Besetzung des Präsidiums auf der Dumatribüne, durch die überfüllten Logen und Ränge für das Publikum, durch die Anwesenheit ausländischer Botschafter mit ihrem Gefolge usw.

Kokowzew begann mit einem Lobgesang auf die III. Duma, die in fünf Jahren zweieinhalbtausend Gesetze verschiedenster Art verabschiedet hatte. Diese Betätigung der III. Duma wurde auch der IV. Duma als lobenswertes Vorbild hingestellt, von der die Regierung offenbar die gleiche Neigung zur gesetzgeberischen „Geschäftigkeit“ erwartete. Sodann ging der Vorsitzende des Ministerrates zur Aufzählung von Reformen über, mit denen die Regierung das Land zu „beglücken“ beabsichtigte. Auf allen Gebieten der Verwaltung versprach die Regierung „große“ Reformen: auf dem Gebiete der örtlichen Semstwo-Selbstverwaltung — Festigung und Verbesserung der „Polizei“ordnung; zur Sicherung der Unantastbarkeit der Person — Vereinfachung der Paßformalitäten, Einführung eines strengeren Pressegesetzes; in der Volksbildung — Unterstützung und Versorgung der kirchlichen Gemeindeschulen, Verstärkung der Schulinspektion usw. Kokowzew schloß seine Rede mit dem Aufruf an die Reichsduma, in die Debatte über die ihr vorgeschlagenen Gesetzentwürfe „ohne Parteivorurteile zu treten, im einträchtigen Bestreben aller, zum Nutzen

des uns allen gleich teuren Vaterlandes zu arbeiten". In allgemeinverständliche Sprache übertragen, war das die Aufforderung an die Duma, zu allen Vorschlägen der Regierung ja und amen zu sagen und sie bei der Durchführung ihrer Politik nicht zu behindern.

4. Die Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion

Die Antwortreden auf die Regierungsdeklaration begannen am 7. Dezember und dauerten mehrere Dumasitzungen lang. Unsere Antwortdeklaration wurde gleich am ersten Tag der Debatte verlesen.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine beträchtliche Zeit für die Ausarbeitung ihrer Deklaration gebraucht. Die Vorbereitungen dazu begannen schon vor Eröffnung der Duma, gleich in den ersten Sitzungen nach der Organisierung der Fraktion.

Das Abfassen der Deklaration war eine höchst verantwortungsvolle Aufgabe. Die Deklaration sollte die Hauptforderungen der Arbeiterklasse enthalten. Lenin, der die Verlesung der Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion als überaus wichtig für die Revolutionierung der Arbeitermassen ansah, betonte in den Direktiven aus Krakau, man müsse in der Deklaration die Hauptpositionen und das Programm der revolutionären Sozialdemokratie darlegen und zugleich eine allgemeine Charakteristik der Lage im Lande geben. Wladimir Iljitsch unterstrich insbesondere, daß man in die Deklarationen Momente aufnehmen müsse, die auf den internationalen Charakter des von der Arbeiterklasse geführten Kampfes für den Sozialismus und auf die Rolle des Proletariats als des Hegemons im revolutionären Befreiungskampf hinweisen.

Es ist ganz natürlich, daß die Meinungen des bolschewistischen und des menschewistischen Teils der Fraktion bei der Erörterung des Deklarationsentwurfes heftig aufeinanderprallten. Die Fraktion sprach im Namen der gesamten Sozialdemokratie, die programmatischen Widersprüche waren indessen zu dieser Zeit bereits äußerst verschärft. Bei einer solchen Sachlage ging die Ausarbeitung einer einheitlichen Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion unter gewaltigen Schwierigkeiten vor sich und gestaltete sich zu einem harten Kampf

zwischen unserer bolschewistischen Gruppe und den menschewistischen Deputierten.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Deklaration wurden alle Hauptfragen, in denen damals ein Kampf zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki im Gange war, aufgeworfen. Die Bolschewiki gingen von den Beschlüssen der Prager Konferenz aus, die fest und kategorisch die drei ungeschmälerten Hauptforderungen der Arbeiterklasse stellten (Achtstundentag, Konfiskation des Gutsbesitzerlandes, Demokratische Republik); die Menschewiki dagegen standen auf der Plattform des Augustblockes mit seinem Programm der Arbeiterkoalition unter der Selbstherrschaft, der „kulturell-nationalen Autonomie" usw. Wir traten den menschewistischen Losungen entschlossen entgegen und beharrten darauf, daß in die Deklaration die Forderungen und Formulierungen der Bolschewiki aufgenommen wurden. Der Streit ging nicht nur um die Hauptfragen, sondern um jeden Satz, um jede Formulierung.

Einige Sitzungen verwandte unsere Fraktion auf die Erörterung der Deklaration, mit der bereits vor Eröffnung der Duma begonnen worden war. Man diskutierte mit außerordentlicher Leidenschaftlichkeit und zuweilen bis tief in die Nacht. Von beiden Seiten nahmen neben den Deputierten auch die damals in Petersburg befindlichen Parteifunktionäre an der Ausarbeitung der Deklaration teil.

Nach langem und zähem Kampf, nach einer Reihe hitziger Auseinandersetzungen mit den Menschewiki setzten wir es schließlich durch, daß alle Hauptforderungen der Bolschewiki in die Deklaration aufgenommen wurden.

Im wesentlichen ließen sich die Bolschewiki bei der Ausarbeitung der Deklaration von einem besonders instruktiven Aufsatz Lenins „Zur Frage einiger Reden der Arbeiterdeputierten" leiten.[1] In diesem Aufsatz legte Wladimir Iljitsch die prinzipiellen Grundfragen des revolutionären Kampfes der Bolschewiki konkret dar, die gleich in den ersten Reden der Arbeiterdeputierten eine Widerspiegelung finden mußten.

Malinowski, der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, wurde auf Vorschlag der Menschewiki beauftragt, die Deklaration zu verlesen,

[1] Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, S. 384—390, russ.

was er nach einer kurzen Einleitung auch tat. Wir wollen sie nach dem stenografischen Bericht anführen:

„Indem die sozialdemokratische Fraktion die Tribüne der IV. Reichsduma betritt, erklärt sie, daß ihre Tätigkeit untrennbar mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion der früheren Legislaturperioden verbunden sein wird. Die russische Sozialdemokratie ist ein Trupp der internationalen Armee des sozialistischen Proletariats. Die Verschärfung der Klassengegensätze in der modernen Gesellschaft verstärkt den Klassenkampf in ihr; immer häufiger werden die kämpferischen Auseinandersetzungen der Totengräber der modernen Gesellschaft, der Klasse der Lohnarbeiter, mit den Herren der Lage, mit der Klasse der Kapitalisten. Immer breiter, intensiver und grandioser wird dieser Kampf, von Sieg zu Sieg schreitet das internationale Proletariat, und der Zeitpunkt seines letzten Sieges, der Verwirklichung des Sozialismus, rückt immer näher.

Unsere Vorgänger in allen drei Dumas sind energisch dem Militarismus entgegengetreten, und wir protestieren in voller Übereinstimmung mit ihnen und mit dem sozialistischen Internationalismus angesichts des auf dem Balkan entfachten Brandes im Namen des russischen Proletariats mit aller Energie gegen die Versuche der herrschenden reaktionären und liberalen Klassen, Rußland unter irgendeinem Vorwand in den Krieg hineinzuziehen. Wir schließen uns dem Sozialistenkongreß in Basel an und erklären gemeinsam mit dem Proletariat der ganzen Welt Krieg dem Kriege . . .

(Lärm und Stimmen von rechts: Genug!)

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Malinowski, halten Sie sich gefälligst an die Deklaration und gehen Sie nicht auf Deklarationen ein, die nicht hierher gehören. Halten Sie sich innerhalb der Grenzen der Frage.

Malinowski: Das ist die Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion. Die sozialdemokratische Fraktion hat volles Verständnis und Sympathie für das Bestreben der Balkanvölker, sich von der Bevormundung durch die Großmächte zu befreien, deren herrschende Klassen um ihrer eigensüchtigen Ziele willen bemüht sind, die kulturelle, wirtschaftliche und politische Rückständigkeit und Zersplitterung der Balkanvölker zu verewigen.

Wir aber lehnen gemeinsam mit allen Sozialisten des Balkans die Politik der dynastischen und räuberischen Interessen der Balkanreaktionäre mit Empörung ab, die das historisch notwendige Werk der Wiedergeburt des Balkans mit einem blutigen Gemetzel verbinden. Ein solcher Weg ist lediglich geeignet, die Widerstandskraft der ausgebeuteten Volksmassen auf dem Balkan zu schwächen und zu einer weiteren Festigung des Militarismus zu führen, der *(Lärm rechts. Glocke des Vorsitzenden)* in den Händen der herrschenden Klassen aller Länder als Werkzeug dient, um die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen zu verstärken.

Wir begrüßen die Bemühungen der Proletarier aller Balkanstaaten, die dem Blutvergießen ein Ende bereiten und die Balkanfrage durch Gründung einer föderativen demokratischen Balkanrepublik lösen wollen, und erklären, daß es nirgends *(Lärm rechts. Glocke des Vorsitzenden)*, weder auf dem Balkan noch in Persien noch im Fernen Osten Interessen der werktätigen Klassen Rußlands gibt, die einen bewaffneten Konflikt rechtfertigen würden.

Deshalb protestieren wir gegen die Eroberungspolitik der russischen Regierung und erklären, daß jegliches Auslandsabenteuer und die damit verbundene Verstärkung der Schrecken des Militarismus lediglich geeignet sind, die Verelendung und Versklavung der Völker Rußlands zu verstärken und die nach 1905 ungelösten dringlichsten Aufgaben der politischen Befreiung des Landes zu erschweren. Diese fällige Aufgabe ist noch dringlicher und akuter geworden nach dem fünfjährigen Bestehen der III. Duma, in der die herrschende Bürokratie, als Regierung der parasitären Elemente sowie der kapitalistischen Gutsbesitzergruppen, dank dem Staatsstreich vom 3. Juni gehorsame Mitarbeiter in der Mehrheit der III. Duma gefunden hat; diese Zusammenarbeit führte zu weiterer Verelendung und Rechtlosigkeit des Volkes.

Die Agrarpolitik der Bürokratie sowie der Mehrheit in der III. Duma verschärfte den Landhunger der Bauernmassen ebenso wie ihre ständische Versklavung und trug Ruin und Anarchie in das Leben des russischen Dorfes. Die Finanzpolitik beruht auch weiterhin auf den die Bevölkerung schröpfenden indirekten Steuern — auf dem ‚Saufbudget' — und läuft mehr denn je darauf hinaus, die Taschen der

herrschenden Gruppen zu füllen und das über 3 Milliarden betragende Budget für unproduktive Zwecke zu verausgaben. Die ganze Wirtschaftspolitik ist zu einem gewaltigen Hemmschuh für die Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Landes geworden.

Die anhaltende Teuerung lastet als eine schwere Bürde auf der Masse der städtischen Bevölkerung. Die von der Mehrheit der III. Duma unterstützte Regierung legte einerseits die Kräfte der Bevölkerung im Kampf gegen dieses Übel lahm, indem sie jeden Versuch der Aktivität unterdrückte, und anderseits vergrößerte sie die Bürde der Teuerung noch, indem sie die Organisationen des Kapitals, die die Ausbeutung der Verbraucher verstärkten, in Schutz nahm. Die Arbeiterklasse erfährt Repressalien gegen ihre politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sonstigen Organisationen in endloser Zahl, während die Kampforganisationen der Großkapitalisten volle Handlungsfreiheit genießen.

Die unter dem Ansturm der Arbeiterbewegung erzwungene Anerkennung einer Arbeiterversicherung wurde von der III. Duma in Form von Gesetzen verwirklicht, die die gegenwärtige Lage der Arbeitermassen nicht verbessern, ja, in vieler Hinsicht einen Schritt zurück bedeuten im Vergleich zu der faktisch bestehenden Unfallversicherung und ärztlichen Betreuung der Arbeiter.

Auf dem Gebiete des Staatsaufbaus schreitet die triumphierende Reaktion weiter auf dem Wege des 3. Juni 1907 voran, nachdem die Mehrheit der durch den Akt vom 3. Juni geschaffenen Duma diesen Akt begrüßt hat. Dem großen Staatsstreich folgte eine Reihe kleiner: die vorsätzliche Auflösung der Duma für drei Tage, die Massen‚erläuterungen' der Wähler, vor allem der jüdischen Wähler, eine endlose Kette von Winkelzügen bei der ‚Organisierung' der Wahlen zur IV. Duma, die ‚Erläuterung' des Senats, der die Freiheit der Rede auch von der Dumatribüne aus zu beseitigen trachtet; das System der politischen Provokation bleibt einer der Grundpfeiler der Regierungspolitik.

Einer der verbrecherischsten Provokationsakte war die gegen die sozialdemokratische Fraktion der II. Reichsduma gerichtete Verschwörung (*Stimme von rechts:* Genug!), die dem Staatsstreich vom 3. Juni 1907 dienen sollte. Die durch diesen Staatsstreich geschaffene

III. Reichsduma hat diesen Akt der Regierungsprovokation natürlich gebilligt.

Die Willkür der zentralen und der örtlichen Verwaltung übersteigt heute alles, was Rußland vor 1905 erlebt hat. In den überfüllten Gefängnissen werden die politischen Gefangenen der Reaktion Verhöhnungen, Folterungen und barbarischen Vergeltungsakten ausgesetzt, wie sie in der Zeit vor der Verfassung undenkbar waren. Wir waren Zeugen solcher Verbrechen der Regierung wie der Massenerschießung der Lena-Arbeiter, die Opfer ihrer Ausbeuter wurden. Und diese ganze uneingeschränkte Willkür hat stets die Billigung der Mehrheit der III. Duma gefunden.

Die gleiche Mehrheit hat den Haß der einen Nationalität gegen die andere zur prächtigen Blüte gebracht, um mit allen Nationalitäten leichter fertig zu werden. Eine besonders barbarische Form nahm die Hetze gegen die jüdische Nationalität an, und dazu schreckte man nicht vor dem Versuch zurück, eine Legende des finsteren Mittelalters wieder aufzugreifen und die Verleumdung von den Ritualmorden in Umlauf zu setzen. Diesem Zweck sollten alle Machtorgane einschließlich des Schtscheglowitow-Gerichts dienstbar gemacht werden ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Malinowski, ich möchte Sie bitten, mit eigenen Worten zu reden und nicht vorzulesen.

Malinowski: Das ist eine Deklaration ... *(Heiterkeit rechts und Beifall. Stimme von links:* Bitte weiter. *Glocke des Vorsitzenden)* Aktive Hilfe hat die III. Duma der Regierung in ihrem Streben nach Vernichtung der finnischen Verfassung und in ihrer Gewaltpolitik zur Russifizierung der Randgebiete geleistet, die ihre markanteste Äußerung Polen gegenüber in der Abtrennung des Cholmgebietes gefunden hat.

Voll entfaltet hat sich mit Unterstützung der III. Duma das barbarische System des Ministeriums Kasso, das die Höhere Schule auflöste und in der Mittel- und Grundschule eine Kasernenatmosphäre schuf. Schließlich begann die Polizei die Presse, vor allem aber die Arbeiterpresse, wie nie zuvor zu drosseln. Diese ganze zerstörende, volksfeindliche Politik würgt unser Land wie eine Schlinge. Rußland würde der Zersetzung und dem Untergang entgegenschreiten, gäbe es nicht die Bewegung der lebendigen Kräfte des Volkes ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Malinowski, ich mache Sie erneut auf Paragraph 140 der Instruktion aufmerksam, der das Vorlesen von Reden untersagt und lediglich kurze Notizen und Auszüge zu benutzen gestattet.

Malinowski: In meiner Rede hielt ich mich an sehr kurze Notizen, das aber ist eine Erklärung.

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Malinowski, ich bitte Sie ergebenst, sich nicht mit dem Vorsitzenden zu streiten.

Malinowski (liest): Diese sind der gesellschaftlichen Reaktion in den Arm gefallen und haben die Bevölkerungsschichten, die nicht zum Lager der Konterrevolution gehören, in den Kampf gegen das 3.-Juni-Regime einbezogen; sie haben durch Massenstreiks gegen die Lena-Erschießungen und Todesurteile, durch ihren Protest gegen die Drangsalierung der Fremdvölker und gegen die Politik der Kriegsabenteuer, durch den 1.-Mai-Streik und den Kampf für die Freiheit ihrer Organisationen bewiesen, daß die Welle der Arbeiterbewegung wächst und die Zeit heranrückt, da sich die Arbeiterklasse an der Spitze der neuen Befreiungsbewegung der Volksmassen für die volle Demokratisierung der Staatsordnung einsetzen wird.

In Anbetracht der folgenschweren Lage, wie sie im Lande durch die Herrschaft der aristokratisch-plutokratischen Clique geschaffen wurde, einerseits und der wachsenden Welle der Arbeiterbewegung anderseits wird die sozialdemokratische Fraktion der IV. Reichsduma, vom sozialdemokratischen Programm ausgehend, ihre Handlungen auf die von der Bewegung der Arbeitermassen gestellten dringenden Aufgaben abstimmen ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Malinowski, Paragraph 143 der Instruktion fordert, daß der Redner sich den Anweisungen des Vorsitzenden fügt. Ich bitte Sie, sich nicht der ausschließlichen Vorlesung Ihrer Rede zu bedienen. (*Stimmen von links:* Wir bitten! *Stepanow, vom Platz aus:* Er liest ein Dokument vor und keine Rede. *Heiterkeit rechts.*)

Malinowski: Im Interesse der von uns vertretenen Arbeiterklasse werden wir uns für die Einführung des Achtstundentags, für umfassende Arbeitergesetzgebung einsetzen; wir fordern staatliche Versicherung der

Arbeiter gegen Krankheiten, Unfälle, Invalidität, Alter, Arbeitslosigkeit und die Versicherung werdender Mütter für alle Kategorien der werktätigen Frauen auf Kosten des Staates und der Unternehmer und mit Garantie für volle Selbstverwaltung der Versicherten.

Im Kampf für alle diese Forderungen handelt die sozialdemokratische Fraktion im festen Bewußtsein ihres Rechts, vor allem im Namen der Millionenmassen der Arbeiter, die über alle Polizeischranken hinweg in alle Dumas immer wieder nur sozialdemokratische Deputierte entsandt haben.

Aber darüber hinaus gibt uns der gesamte Verlauf der Wahlen zur IV. Reichsduma allen Grund zu der Erklärung: Die in der Reichsduma durch eine kleine Fraktion vertretene Sozialdemokratie ist im Lande die größte unter den der gegenwärtigen Ordnung feindlichen Kräfte, da für die Sozialdemokraten außer den Arbeitern, trotz der für uns ungünstigsten äußeren Bedingungen, immer mehr städtische Wähler stimmen; in die Sozialdemokratie setzen die unterdrückten Völkerschaften ihre Hoffnungen; schließlich sympathisiert mit der Sozialdemokratie zweifellos die gewaltige Mehrheit derer, die durch das verworrene Wahlgesetz überhaupt nicht an die Wahlurnen gelassen werden. Außerdem sieht sich die Partei der Arbeiterklasse auch noch durch die Unzuverlässigkeit und den antidemokratischen Geist der liberalen Bourgeoisie in Rußland verpflichtet, alle demokratischen Bevölkerungsschichten zu verteidigen.

Da die sozialdemokratische Fraktion ihre organische Verbindung mit der Arbeiterklasse, die an der Spitze der Bewegung aller demokratischen Bevölkerungsschichten steht, spürt und aufrechterhält, wird sie sich bemühen, die Äußerungen der organisierten Aktivität der Arbeiterklasse durch ihre Dumaarbeit zu unterstützen und zu erweitern. Wir schrecken weder vor der Kompliziertheit noch vor der Schwierigkeit der vor uns stehenden Aufgaben zurück. Für uns sind sie die unbestreitbaren Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung. *(Lärm.)*

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Malinowski, lesen Sie bitte nicht vor, ich bin sonst gezwungen, Ihnen das Wort zu entziehen.

Malinowski: Tun Sie das! ... Davon ausgehend, haben wir die revolutionäre Bewegung von 1905 vorausgesehen und in der Periode

der Konterrevolution die jetzt bereits begonnenen neuen Aktionen der Arbeiterklasse für die nächsten Forderungen und für das Endziel der russischen Sozialdemokratie vorausgesagt. Diese feste Zuversicht gibt uns den Mut, auch in der IV. Duma für das Heranrücken der Stunde zu arbeiten, da eine konstituierende Versammlung des ganzen Volkes die volle Demokratisierung der Staatsordnung Rußlands einleiten und damit dem Proletariat den Weg zum Kampf für die Befreiung von den Ketten der Lohnsklaverei, zum Kampf für den Sozialismus bahnen wird."

5. Die Auslassungen Malinowskis

Die von Malinowski verlesene Deklaration stimmte nicht ganz mit dem von der Fraktion ausgearbeiteten Text überein. Als Malinowski auf der Tribüne stand und den niedergeschriebenen Text verlas, ließ er einen großen Absatz aus, in dem eine Charakteristik der Reichsduma und die Forderung nach einer vollberechtigten Volksvertretung enthalten waren. Nach den Worten: „. . . die sozialdemokratische Fraktion der IV. Reichsduma wird, vom sozialdemokratischen Programm ausgehend, ihre Handlungen auf die von der Bewegung der Arbeitermassen gestellten dringenden Aufgaben abstimmen", enthielt der ausgearbeitete Text der Deklaration folgenden Punkt:

„Als Gegengewicht zu der schimärenhaften Macht der 3.-Juni-Duma, die sich in eine Kanzlei zur Durchsetzung von Ansichten und Absichten der Bürokratie verwandelt hat, erheben wir die Forderung nach einer vollberechtigten Volksvertretung. Eines der ernstesten Hindernisse auf dem Wege zu einer demokratischen Organisierung der Volksvertretung ist das Wahlgesetz vom 3. Juni. Der volksfeindliche Charakter dieses Gesetzes, seine Rolle als Instrument in den Händen der Bürokratie, mit dem der Volkswille auf die Probe gestellt wird und gewählte Deputierte durch von oben ernannte ersetzt werden, trat sehr anschaulich bei den Wahlen zur IV. Reichsduma zutage, als die Bürokratie auf ihre Art und Weise die Mehrheit der Deputierten stellen konnte, gewählt von 7000 an die Urnen kommandierten Beamten des Sabler-Amtes.

Im Gegensatz zu diesem Wahlgesetz wird sich die sozialdemokratische Fraktion für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität und der Religion einsetzen."

Außer diesen Sätzen ließ Malinowski auch noch einige nachfolgende Zeilen im Text der Deklaration aus.

Auf unsere Fragen antwortete Malinowski, er wisse selbst nicht, wie ihm das passieren konnte, er könne es selber nicht fassen, wie er einen der wichtigsten Punkte der Deklaration auslassen konnte. Wir erklärten diese Auslassung mit der Erregung Malinowskis, der zum erstenmal von der Dumatribüne aus sprach. Wir nahmen an, er sei irritiert worden durch die Atmosphäre des Dumasaales, durch die Zurechtweisungen des Vorsitzenden und die feindseligen Zurufe der Rechten. Diese Erklärung kam uns damals durchaus glaubwürdig vor, um so mehr, als wir aus eigener Erfahrung wußten, welche Schwierigkeiten man bei der ersten Rede von der Dumatribüne aus zu überwinden hat.

Die Wahrheit kam erst später an den Tag, als Malinowski als Provokateur entlarvt war und einige aufgefundene Dokumente und eingehende Untersuchungen das ganze Bild seines Verrates enthüllten. Es stellte sich heraus, daß Malinowski den Wortlaut der Deklaration vorher Belezki, dem Direktor des Polizeidepartements, gezeigt hatte, der seinerseits den Innenminister Makarow mit der Deklaration vertraut machte. Die Deklaration löste große Verwirrung unter den Leitern des Polizeiamtes aus, die Malinowski aufforderten, eine Reihe „abschwächender" Korrekturen vorzunehmen. Malinowski, der in den ersten Tagen der Dumaarbeit keinen Verdacht aufkommen lassen wollte, weigerte sich kategorisch und erklärte sich schließlich nur dazu bereit, einen einzigen, die Polizei besonders beunruhigenden Punkt über die „Volksmacht" auszulassen. Das war es auch, was Malinowski tat, wobei er sich den Umstand zunutze machte, daß Rodsjanko ihn gerade vor der fraglichen Stelle wieder einmal zurechtgewiesen hatte. Wie in der Eile ließ Malinowski nach der Zurechtweisung des Vorsitzenden beim Umblättern einen ganzen Absatz des vor ihm liegenden Wortlauts der Deklaration aus.

Von der Polizei erhielt Malinowski außerdem die Anweisung, sich auf der Tribüne dem Vorsitzenden gegenüber so herausfordernd wie nur möglich zu benehmen, damit ihm Rodsjanko letzten Endes das Wort entziehen konnte. Aber Malinowski brachte das offenbar nicht fertig, und auch Rodsjanko hatte den Wink Malinowskis nicht verstanden, der ihm als Antwort auf die Warnung des Vorsitzenden, er werde ihm das Wort entziehen, zurief: „Tun Sie das!"

Trotz der Provokation Malinowskis wurde die Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion, mit der erwähnten geringen Auslassung, vollständig von der Dumatribüne verlesen. Aus dem Stenogramm wurde sie in der „Prawda" abgedruckt, der nach dem Gesetz das Recht zustand, stenografische Berichte der Dumasitzungen zu veröffentlichen. Dadurch erhielt die Deklaration starke Verbreitung unter den Arbeitermassen, an die sie ja auch gerichtet war. Die in der Deklaration gestellten Forderungen, die darin enthaltene Kritik am Schwarzhunderterregime und an der Zarenregierung spielten ihre Rolle bei der Hebung der revolutionären Stimmung und bei der Verstärkung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Zarismus.

Kapitel V

Die erste Interpellation

1. Die Bedeutung der Dumainterpellationen

Die an die Regierung gerichteten Interpellationen waren für die Arbeiterdeputierten eine der besten Formen für die Ausnutzung der Dumatribüne. Durch das Einbringen dieser oder jener Interpellation gelang es uns, die Aufmerksamkeit breiter Arbeitermassen auf bestimmte konkrete Verbrechen der Zarenregierung, auf diese oder jene besonders eklatanten Fälle der Willkür zu lenken. Die dem Alltag entnommenen Materialien für die Interpellationen machten es möglich, die Aufgaben tatsächlich zu erfüllen, die sich die Bolschewiki für die Dumatribüne gestellt hatten: über die Köpfe der Schwarzhunderter-

mehrheit hinweg in der Arbeiterklasse für den Zusammenschluß ihrer Reihen, für die Verstärkung des revolutionären Drucks gegen die bestehende Ordnung zu agitieren. Die bolschewistischen Deputierten, die zu den Interpellationen sprachen, enthüllten in aller Schärfe und Offenheit die Geschwüre und die Fäulnis des Zarismus und der Bourgeoisie. An Hand des gegebenen konkreten Falles, der zur Begründung der Interpellation diente, zeigten wir den Arbeitern, daß sie mit irgendwelchen Verbesserungen unter den bestehenden Verhältnissen nicht zu rechnen hatten und daß der einzig richtige Weg des Proletariats der Weg der Revolution ist.

„Ist dem Minister der und der Fall bekannt, und was gedenkt er aus diesem Anlaß zu tun?" — dieser Schlußsatz einer jeden Interpellation war für uns, die Arbeiterdeputierten, völlig belanglos. Wir wußten nur zu gut, daß jeder Fall der Willkür und der Polizeiausschreitungen den Zarenministern, mit deren Billigung und auf deren Befehl diese Willkür geübt wurde, sehr wohl bekannt war, und wir wußten im voraus, daß die Minister nichts unternehmen würden, um diese oder jene Verstöße gegen das Gesetz zu beseitigen. Uns war nicht einmal die Antwort der Minister selber wichtig, die in besonders eklatanten Fällen versuchten, sich hinter dem Schirm „formaler" Verstöße zu verstecken. Die Bedeutung und der Sinn einer jeden Interpellation bestanden für uns darin, daß wir auf diesem Wege der gesamten Arbeiterklasse den wahren Charakter der Selbstherrschaft zeigten und es breiten Massen möglich machten, entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Interpellationen waren also in den Händen der sozialdemokratischen Fraktion eine scharfe Waffe, und es ist daher verständlich, wenn die Regierung samt ihrer getreuen Schwarzhunderterduma alles daransetzte, dieser Waffe ihre Schärfe zu nehmen.

Das Interpellationsverfahren war in der Reichsduma höchst kompliziert und ermöglichte es der von Gutsbesitzern und Adligen gebildeten Mehrheit, die ihr unerwünschten und gefährlichen Interpellationen hinauszuschieben und abzuwürgen.

Die Hauptschwierigkeit für unsere Fraktion bestand darin, daß eine Interpellation nur eingebracht werden durfte, wenn sie mindestens 33 Unterschriften trug. Die 14 Unterschriften der Mitglieder der sozial-

demokratischen Fraktion ergaben selbst mit den Unterschriften der uns nahestehenden 10 Trudowiki nicht die nach der Duma-„Instruktion" erforderliche Zahl. Man mußte bei Kadetten oder Progressisten Stimmen „leihen". Gemäß den Bedingungen der parlamentarischen „Gemeinschaft" setzten einzelne Mitglieder der Kadettenfraktion sowie der Fraktion der Progressisten zuweilen ihre Unterschrift unter unsere Interpellationen. Aber sie waren naturgemäß bei der Unterstützung der Arbeiterforderungen recht zurückhaltend, und sehr oft stießen wir auf ihre direkte Weigerung, der Interpellation durch ihre Unterschriften die nach dem Gesetz erforderliche Unterschriftenzahl zu sichern.

Mit dem Sammeln der Unterschriften war die Sache jedoch noch lange nicht erledigt. Man mußte durchsetzen, daß die Interpellation in der Sitzung der Duma behandelt wurde. Es lag aber nicht im Interesse des Dumapräsidiums, mit dem „Kammerherrn Seiner Majestät" Rodsjanko an der Spitze, die Interpellationen der Sozialdemokraten zu behandeln.

Eine der Methoden, eine Interpellation abzuwürgen, war, ihre Dringlichkeit abzulehnen. Ohne vorauszuentscheiden, ob überhaupt eine Interpellation an die Regierung gerichtet werden soll, erörterte die Duma zunächst, ob die eingebrachte Interpellation als dringlich zu gelten habe. Fast alle Interpellationen der sozialdemokratischen Fraktion wurden von der Dumamehrheit nicht als dringlich anerkannt und an die „Interpellationskommission" weitergeleitet, wo sie einige Monate ruhten. Das war eine bewährte Methode, die Interpellation „kaltzustellen", damit die Tatsachen, während sie in der Kommission ruhte, an Aktualität verloren und die Interpellation im Lande nicht mehr den Eindruck machte, den man von ihr erwarten konnte.

Für den Zweck, zu dem die sozialdemokratische Fraktion die Interpellation einbrachte, konnten wir jedoch auch die Debatte über die Dringlichkeit ausnutzen. Die für die Dringlichkeit vorgebrachten Reden enthielten faktisch den Wesenskern der Interpellation. Unter dem Vorwand, die Dringlichkeit zu begründen, gaben sozialdemokratische Deputierte Erklärungen ab und entlarvten die bestehende Ordnung. Dabei hatten wir einen regelrechten Kampf mit dem Vorsitzenden der Duma zu bestehen, der von der Regierung besondere Anweisungen hatte, die Reden der Linken mit allen Mitteln zu behindern. Der Vor-

sitzende verfolgte aufmerksam unsere Reden und war bemüht, jede Abweichung vom formalen Thema der Dringlichkeit „rechtzeitig" zu unterbinden; wir aber redeten drauflos, ignorierten seine Zurechtweisungen und Aufforderungen, uns „näher an die Sache" zu halten, und sagten, was wir für nötig hielten. Diese Zusammenstöße endeten meistens damit, daß Rodsjanko oder sein Stellvertreter sich nicht anders zu helfen wußte, als die Reden der Arbeiterdeputierten zu unterbrechen, indem er uns das Wort entzog.

Ungenierte Versuche, die Sozialdemokraten faktisch des Interpellationsrechts zu berauben, wurden von den Schwarzhundertern bereits in der III. Duma unternommen. Genau das gleiche System hatten wir auch in der IV. Duma zu erwarten. Aber wir beschlossen, um so entschiedener, um so beharrlicher zu kämpfen, damit die Stimme der Arbeiterdeputierten so weit und so laut wie möglich im ganzen Lande gehört wurde.

„Man kann mit voller Sicherheit im voraus sagen", schrieb die „Prawda" am 23. November 1912, „daß die Purischkewitsch, Chwostow und ihresgleichen auch in der IV. Duma versuchen werden, die Interpellationen der Arbeiterdeputierten zu verhindern. Diese Herren würden allen wirklichen Volksvertretern gerne den Mund stopfen. Aber man kann mit der gleichen Sicherheit voraussagen, daß diese Versuche den Herren Reaktionären jetzt — da die Arbeiterklasse erwacht ist, da die Demokratie die Reihen zusammenschließt — weniger denn je gelingen werden."

Bereits in den Wähleraufträgen, die während der Wahlen erteilt wurden, hatten die Arbeiter gefordert, in der Duma Interpellationen einzubringen. Gleich in den ersten Tagen der Dumaarbeit gingen unserer Fraktion zahlreiche Erklärungen und Resolutionen der Arbeiter zu mit der Bitte, diese oder jene Anfrage an die Regierung zu richten. In erster Linie wurden Interpellationen über die Fälschung der Dumawahlen gefordert, über die Verfolgung der Gewerkschaften, über die Mißhandlung der politischen Häftlinge in den Gefängnissen von Kutomar, Algatschi und anderen, über die Ergebnisse der Revision an der Lena, über den Kampf der Regierung gegen die Streikbewegung, über die Durchführung des Versicherungsgesetzes, über die Sache der sozialdemokratischen Deputierten der II. Duma usw.

Das Zusammentragen von Material, die Vorbereitung und Ausarbeitung von Interpellationen begannen gleich nach der Organisierung der sozialdemokratischen Fraktion. Wenn man eine Interpellation einbringen wollte, mußte man ihr die entsprechende juristische Form geben, Berufungen auf Gesetzesparagraphen und verschiedene Regierungsverordnungen aussuchen, die gleichsam die offizielle Motivierung der Interpellation waren. Beim Abfassen der erforderlichen Formulierungen wurden wir von sozialdemokratischen Juristen unterstützt.

2. Repressalien gegen die Metallarbeitergewerkschaft

Gleich nachdem in der Duma die mit ihrer Eröffnung verbundenen Fragen — Prüfung der Mandate, Wahl des Präsidiums, Regierungsdeklaration und die Debatte darüber — erledigt waren, brachte unsere Fraktion ihre erste Interpellation an die Regierung ein. Diese Interpellation betraf die Repressalien gegen die Arbeitergewerkschaften. Als formale Begründung der Interpellation diente die Ablehnung, die Metallarbeitergewerkschaft in Petersburg zuzulassen, faktisch aber betraf die Interpellation die allgemeine Lage der Gewerkschaften.

Die Organisierung der Gewerkschaften wie auch der anderen Verbände und Vereine wurde durch ein Gesetz, durch die sogenannten „Provisorischen Vorschriften" vom 4. März 1906 geregelt. Dieses Gesetz war im Grunde kein Gesetz über die Organisierung von Verbänden und Vereinen, sondern ein Gesetz über deren Auflösung. Die Gewerkschaften waren jedem Verwaltungsbeamten, angefangen vom Gouverneur und Stadthauptmann bis zum Polizeioffizier ausgeliefert. Aber so sehr die Gewerkschaften auch in ihren Rechten beschnitten wurden, die Regierung gab sich damit nicht zufrieden. Die „Provisorischen Vorschriften" wurden in brutalster und ungeniertester Weise verletzt. Die Polizei sah sie nicht als verbindlich an und verletzte zu beliebiger Zeit jeden beliebigen Artikel des Gesetzes.

Die Schließung der Gewerkschaften und Vereine erfolgte schlagartig und aus unwahrscheinlichsten Anlässen. Sobald eine Arbeitergewerkschaft ihre Tätigkeit nur ein wenig zu entfalten begann, fiel sie unver-

züglich unter ein „Verbot". Diese Repressalien schwächten nicht, sondern verstärkten lediglich das Bestreben der Arbeiter, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Als Antwort auf die Auflösung von Gewerkschaften organisierten die Arbeiter neue Gewerkschaften unter anderem Namen, aber in der gleichen Zusammensetzung und mit den gleichen Aufgaben.

Die Organisierung neuer Gewerkschaften wurde durch einen ganzen Haufen von Polizeischikanen behindert. Die sogenannten „Sonderämter", denen die Registrierung der Verbände oblag, wiesen die zur Registrierung eingereichten Statuten massenweise zurück, stellten die unsinnigsten unerfüllbaren Forderungen. Es gab keine Gewerkschaft, die gleich beim ersten Mal registriert worden wäre. Zunächst kam eine Serie von Ablehnungen; nur wenn die Geduld und die Beharrlichkeit der Gründer einer Gewerkschaft wahrhaft übermenschlich waren, erhielt die Gewerkschaft das Recht auf Leben oder, genauer gesagt, das Recht auf einen raschen Tod nach Belieben der Polizei. Statistischen Angaben aus der damaligen Zeit zufolge wurden innerhalb von fünf Jahren (1906—1911) nach Inkrafttreten der „Provisorischen Vorschriften" vom 4. März 1906 497 Arbeitergewerkschaften aufgelöst, während 604 Gewerkschaften die Registrierung ihrer Satzungen verweigert wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte bereits in der III. Reichsduma im April 1908 eine Interpellation gegen die Verfolgung von Gewerkschaften eingebracht, in der 144 Fälle ungesetzlicher Repressalien gegen die Arbeiterverbände in ganz Rußland angeführt wurden. Die Anfrage wurde nicht als dringlich anerkannt und an eine Kommission weitergeleitet, von wo sie erst anderthalb Jahre später mit einer nichtssagenden Resolution der Duma wieder zum Vorschein kam, die besagte, „der Innenminister möge entsprechende Maßnahmen treffen zur Einhaltung der ‚Provisorischen Vorschriften' vom 4. März 1906 durch die zuständigen Behörden".

Seit 1911 verstärkte sich mit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung auch der Drang zur Gründung von Gewerkschaftsvereinigungen. Die Zahl der Gewerkschaften begann sich zu erhöhen und dementsprechend nahmen auch die Polizeirepressalien gegen diese zu.

Einer besonders rigorosen Verfolgung war in diesen Jahren die Petersburger Metallarbeitergewerkschaft ausgesetzt. Die Metallarbeitergewerkschaft hat in der Entwicklung der Arbeiterbewegung eine außerordentliche Rolle gespielt. Sie war nicht nur als Gewerkschaft von Bedeutung, sondern vor allem und in erster Linie als eine Organisation, die Parteikräfte sammelte. Zu ihr kamen alle fortgeschrittenen, revolutionären Arbeiter. Das verlieh dem Verband eine außerordentliche innere Zählebigkeit und löste selbstverständlich besonders beharrliche Repressalien der Regierung aus.

Die in der Revolution 1905 spontan entstandene Gewerkschaft hatte seit dem Jahre 1906, nach der offiziellen Registrierung, einige Auflösungen und einige Wiedergeburten unter neuem Namen erlebt. Erst hieß sie Metallarbeiterverband, dann wurde sie in Berufsgesellschaft der Arbeiter zur Bearbeitung von Metall umbenannt, dann in Berufsgesellschaft der Metallarbeiter, die wiederum durch die Berufsgesellschaft der in metallbearbeitenden Betrieben beschäftigten Arbeiter abgelöst wurde usw. Jede dieser Gesellschaften entstand offiziell von neuem, war aber faktisch die Nachfolgerin der vorangegangenen, von der sie sowohl die Verbandskasse als auch die Mitgliedschaft und das Vermögen übernahm. Diese Maskerade mit der Umbenennung war der Polizei wohl bekannt, die sie der Form wegen nicht verbieten konnte, sondern den Augenblick abwarten mußte, um die angeblich „neu" entstandenen Gesellschaften aufzulösen.

Im März 1912 erlebte die Gewerkschaft wieder einmal einen Überfall der Polizei und wurde durch das Sonderamt aus verschiedenen Gründen aufgelöst, von denen die Aufbewahrung illegaler Literatur und die Anleitung der Streiks die wichtigsten waren. Diesmal ging die Polizei darauf aus, die Registrierung einer neuen Gewerkschaft solange wie nur möglich hinauszuzögern, damit sich die Organisation in dieser Zeit endgültig lockere.

Das erwies sich jedoch als eine Fehlspekulation. Die Leitung der Gewerkschaft hatte noch ein im Jahre 1908 bestätigtes Statut in Reserve, das auch weiterhin in Kraft verblieb. In Eile wurde der Rechenschaftsbericht, wurden die Bücher einer Gewerkschaft, die es nie gegeben hatte, fabriziert, und die Liquidierungsversammlung der alten Gewerk-

schaft beschloß, ihr gesamtes Vermögen und die Kasse der neuen zu übergeben und alle Mitglieder zum Übergang in diese Gewerkschaft aufzufordern. Unter dem neuen Namen bestand die Metallarbeitergewerkschaft fünf Monate bis Herbst 1912, wo sie nach einer Reihe von Polizeiüberfällen erneut aufgelöst wurde.

Die Auflösung der Gewerkschaft wurde offiziell mit folgenden Gründen motiviert: Verweigerung einer polizeilichen Revision der Geschäftsführung, Leitung von Streiks und Auszahlung von Beihilfen an die Arbeitslosen. Das Sonderamt behauptete, Beihilfen dürften nur an die Mitglieder der Gewerkschaft gezahlt werden; Mitglieder der Gewerkschaft aber könnten nur Arbeiter sein, die in einem bestimmten Produktionsbetrieb beschäftigt sind. Auf diese Weise hörte der Arbeitslose auf, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Das war ein eklatanter Bruch der auf gesetzlicher Grundlage ausgearbeiteten Satzung, ein Bruch, der den Fabrikanten und Werkbesitzern ein ungemein einfaches Mittel in die Hand gab, gegen jede Gewerkschaftsorganisation vorzugehen. Man brauchte nur die Aussperrung zu verkünden, alle Mitglieder der Gewerkschaft wurden arbeitslos, und die Gewerkschaft mußte aufgelöst werden, da sie keine Mitglieder mehr hatte.

Die Auflösung der Gewerkschaft löste starke Empörung unter den Petersburger Arbeitern aus, minderte aber nicht im geringsten ihr Streben nach gewerkschaftlicher Vereinigung. Die in der allgemeinen Versammlung gewählte Liquidierungskommission setzte die Arbeit der früheren Leitung fort und zögerte die Liquidierung bis zur Bestätigung der neuen Satzungen hinaus.

Die Polizei behinderte ihrerseits in jeder Weise die Arbeit der Liquidierungskommission. Zunächst erschien die Polizei wider alle Regeln und Gesetze in den Sitzungen der Kommission und verbot ihr später auch die Zusammenkünfte überhaupt. Die Gewerkschaftsmitglieder erhoben Protest, aber die Prüfung ihrer Eingabe in der Stadtverwaltung wurde endlos hinausgezögert. Die Beschwerde über das falsche Vorgehen der Polizei wurde am 2. November eingereicht. Ein Monat verging, und keine Antwort kam. Nun begaben sich die Mitglieder der Liquidierungskommission zur Stadtverwaltung, um zu erfahren, ob ihnen eine Versammlung genehmigt wird. „Wird durch die Polizei mit-

geteilt", lautete die Antwort. Nach zwei weiteren Wochen kam die gleiche Antwort. Die Polizei, die die Arbeit der Liquidierungskommission in jeder Weise behinderte, ergriff zugleich alle Maßnahmen, um die Entstehung eines neuen Verbandes zu verhindern.

Die beim Sonderamt eingereichte neue Satzung war unter Beachtung aller gesetzlichen Formalitäten aufgestellt. Aber das beeindruckte das Sonderamt nicht, und es weigerte sich, die Satzung zu registrieren. Im Beschluß des Sonderamtes, der am 6. Oktober gefaßt und den Antragstellern erst am 28. November bekanntgegeben wurde, wurden völlig gesetzwidrige Motivierungen angeführt, und der wahre Grund der Ablehnung trat ganz klar zutage: die Furcht, die Gewerkschaft könne erneut zum Führer des revolutionären Kampfes der Petersburger Metallarbeiter werden.

3. Die erste Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion

Alle diese gesetzwidrigen Handlungen, die die allgemeine Politik der Repressalien gegen die Gewerkschaftsorganisationen völlig klar aufdeckten, beschloß die sozialdemokratische Fraktion als Material für eine Interpellation an die Regierung zu verwenden. Nachdem das erforderliche Material zusammengetragen worden war, verfaßten wir den Text der Interpellation. Darin wurden folgende ungesetzliche Forderungen aufgeführt: Die geistige und moralische Entwicklung der Gewerkschaftsmitglieder durfte nicht gefördert werden, Arbeitslosen wurde das Recht aberkannt, Mitglieder der Gewerkschaft zu sein, statt monatlicher Mitgliedsbeiträge sollten Jahresbeiträge eingeführt werden, Personen, die „vom Schiedsgericht ehrenrühriger Handlungen für schuldig befunden wurden", durften nicht ausgeschlossen werden, in den Satzungen war die karitative Einrichtung zu benennen, der die Mittel nach der Auflösung der Gesellschaft übergeben werden usw. Diese Punkte richteten sich gegen die Arbeit und die Selbständigkeit der Gewerkschaften und legten ihre Tätigkeit völlig lahm.

„Alle angeführten Forderungen", schrieb unsere Fraktion in der Interpellation, „hat das Sonderamt nicht allein an die Gesellschaft der in Betrieben der metallbearbeitenden Industrie beschäftigten Arbeiter

gestellt, sondern stellt sie auch an alle Arbeitergewerkschaften, die ihre Satzungen in der letzten Zeit zur Registrierung eingereicht haben. Man kann nicht umhin, in dieser Handlungsweise des Sonderamtes einen brutalen und gesetzwidrigen Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Gewerkschaften und einen eklatanten Bruch des Gesetzes vom 4. März 1906 zu erblicken.

Auf Grund unserer Ausführungen wenden wir uns an den Innenminister und an den Justizminister mit der Anfrage:

1. Ist dem Herrn Innenminister bekannt, daß das städtische St. Petersburger Sonderamt für Vereinigungen den Arbeitergewerkschaften die Registrierung verweigert, und zwar aus Gründen, die im Gesetz vom 4. März 1906 nicht vorgesehen sind, womit gegen dieses Gesetz verstoßen wird?

2. Ist dem Herrn Justizminister bekannt, daß der Vertreter der Staatsanwaltschaft, der um wiederholte Verstöße des städtischen St. Petersburger Sonderamtes für Vereinigungen gegen das Gesetz vom 4. März 1906 gewußt hat, keinen Protest gegen die erwähnten Verstöße erhob?

3. Wenn das dem Herrn Innenminister und dem Herrn Justizminister bekannt ist, welche Maßnahmen haben sie ergriffen, um die Gesetzlichkeit wiederherzustellen?“

Die Anfrage wurde am 14. Dezember zur Debatte gestellt, kurz bevor die IV. Duma in die Weihnachtsferien ging. Die Fraktion beauftragte mich, die Interpellation von der Dumatribüne aus zu begründen. Unter dem Vorwand, die Dringlichkeit begründen zu wollen, mußte ich zur Frage selbst sprechen, die gesetzwidrigen Verfolgungen der Gewerkschaften schildern und den breiten Arbeitermassen zeigen, daß das Proletariat nur durch revolutionären Kampf eine Verbesserung seiner Lage erreichen kann. Das war der übliche Inhalt und der übliche Aufbau der Reden der Arbeiterdeputierten.

4. Meine erste Rede

Die Einbringung der ersten Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion war gleichzeitig meine erste Rede von der Dumatribüne aus. Die Reden der Arbeiterdeputierten waren für die reaktionäre Mehrheit

der Reichsduma ganz unerträglich. Durch ihre Schärfe, Offenheit und Gradlinigkeit versetzten sie die Schwarzhunderter in unbändige Wut.

Besondere Nervosität legte die Dumamehrheit an den Tag, wenn unsere Reden der Lage der Petersburger Arbeiter gewidmet waren. Die Welle der ständig wachsenden revolutionären Bewegung unter den Petersburger Arbeitern brandete wuchtig unmittelbar an die Mauern des Taurischen Palastes, und unser an die Arbeiter gerichtete Aufruf, ihren Ansturm zu verstärken, klang für die in der Duma sitzenden getreuen Verteidiger des Zarismus wie eine abermalige Erinnerung daran, daß diese Welle früher oder später auch über den festen Mauern dieser Hochburg des Zarismus zusammenschlagen werde. Das Auftreten eines Petersburger Arbeiterdeputierten der IV. Reichsduma ist sehr treffend in dem Spielfilm „Maxims Rückkehr“ gezeigt worden.

Verwirren, einschüchtern, die Rede verhindern — das war die Taktik der Dumamehrheit, insbesondere beim ersten Auftreten eines jeden Arbeiterdeputierten. Die Duma als ganzes war ebenso wie das Präsidium, das den Willen der ersteren zum Ausdruck brachte, bestrebt, die erste Rede eines Arbeiterdeputierten, selbst wenn sie noch so bescheiden war, zu seiner letzten zu machen, ihn zu diffamieren, in ein stummes Wesen zu verwandeln, von denen es auf den Bänken der Dumamehrheit viele gab. Die Hauptmasse dieser Deputierten der Mehrheit saß während der ganzen Zeit des Bestehens der Duma im Taurischen Palast, ohne den Mund auch nur ein einziges Mal aufgemacht zu haben. Sie waren nicht einmal mit Gewalt auf die Tribüne zu zerren, so sehr waren sie durch die ganze Atmosphäre in der Duma eingeschüchtert.

Eine solche Aufregung, wie sie sich eines jeden Arbeiterdeputierten beim ersten Auftreten in der Duma bemächtigte, hatte keiner von uns jemals zuvor erfahren, ja vielleicht auch danach niemals mehr erlebt. Als ich die Tribüne betrat, fühlte ich mit aller Kraft die gewaltige Verantwortung, die auf einem Arbeiterdeputierten ruhte. Eine Rede in der Reichsduma war mit den Reden in den verschiedenen illegalen und legalen Arbeiterversammlungen überhaupt nicht zu vergleichen. In der Reichsduma standen wir, die Vertreter der Arbeiter, von Angesicht zu Angesicht dem Feind, dem jahrhundertelangen Unterdrücker der Arbeiterklasse gegenüber. Direkt und offen, ohne jegliche Tricks und par-

lamentarische Winkelzüge mußten wir alles, was die Arbeitermassen denken, zum Ausdruck bringen, mußten wir alle ihre Nöte schildern und der bestehenden Ordnung die Anklage entgegenschleudern.

Jedes Wort der Arbeiterdeputierten drang durch die schmalen Türen des Dumasaales zu den Millionen russischer Proletarier, die uns als die Vertreter und Verteidiger ihrer Interessen ansahen. Unsere Reden, unsere Aufrufe wurden in den Händen des Proletariats zu einer neuen Waffe gegen seine alten Feinde. In Millionen Herzen der Werktätigen fanden die offenen und revolutionären Worte, die wir Arbeiterdeputierte im Namen der gesamten Arbeiterklasse von der Tribüne der Duma aus sprachen, einen Widerhall. Wenn wir auf der Dumatribüne standen, mußten wir die Willensanspannung der Arbeiterklasse, mußten wir die Kraft demonstrieren, die das russische Proletariat seit Jahrzehnten sammelte.

Große Schwierigkeiten hatte jeder von uns zu überwinden, wenn er, vor allem in der ersten Zeit, in dieser Hochburg der zaristischen Selbstherrschaft sprach. Eine gewaltige Anspannung war notwendig, um das Geheul der Schwarzhunderter zu übertönen, um den Stacheldrahtverhau der Schikanen des Vorsitzenden zu durchbrechen, die grausame Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse zu beleuchten und in ihrem Namen die Herausforderung an die Feinde zu richten.

Die „Immunität" des Deputierten, die „Freiheit" der Rede von der Dumatribüne aus war für uns eine Lüge der zaristischen Selbstherrschaft. Jedem von uns war es völlig klar, daß die Regierung nur auf einen Anlaß wartete, um mit den Arbeiterdeputierten abzurechnen. Wir hatten das Beispiel der sozialdemokratischen Fraktion der II. Duma vor Augen, die geschlossen in die Verbannung geschickt wurde.

„Die parlamentarische Tätigkeit der einen führt sie auf die Ministersessel, die parlamentarische Tätigkeit der anderen führt sie ins Gefängnis, in die Verbannung, ins Zuchthaus." Diese Worte Lenins charakterisieren völlig klar und bestimmt die Lage und das Schicksal der Arbeiterdeputierten.

Aber je drohender diese Gefahr war, je größer die Schwierigkeiten waren, die wir zu überwinden hatten, desto stärker wurden auch unsere Dumareden. Die Verfolgungen, denen die Arbeiterdeputierten aus-

gesetzt waren, hatten ihre revolutionierenden Folgen, sie schweißten die Reihen der Arbeiterklasse noch fester zusammen.

Ich begann meine Rede bei gespannter Aufmerksamkeit des ganzen Saales. Es war eine Abendsitzung. Der große Saal des Taurischen Palastes war von dem Licht zahlreicher Lüster überflutet. In der Loge des Ministerrates saßen Regierungsvertreter, in einer anderen Loge neben der Tribüne die Mitarbeiter der hauptstädtischen und der Provinzzeitungen. Die für das Publikum bestimmten Ränge waren überfüllt. Von rechts richteten Gattinnen von Würdenträgern ihre Lorgnetten auf mich: sie waren neugierig, wie sich ein Schlosser in der Duma benehmen und was er sprechen wird. Links hörte eine Gruppe von Arbeitern, denen es gelungen war, Karten für die Sitzung zu erhalten, die Rede ihres Deputierten. Sie verhielten den Atem, damit ihnen auch nicht ein Wort entging.

Auf dem Platz des Vorsitzenden ragte die massive Gestalt Rodsjankos empor. Er hatte die Glocke bereitgestellt und war ganz Ohr, um den geeigneten Augenblick nicht zu verpassen und meine Rede zu unterbrechen.

„Meine Herren Mitglieder der Reichsduma", begann ich mit dem für eine Dumarede üblichen Satz. „Am 6. Oktober 1912 hat das Sonderamt in Petersburg der Gewerkschaft der metallbearbeitenden Industrie die Registrierung verweigert. Die Gesellschaft der Arbeiter zur Bearbeitung von Metall existierte bis zum 21. August dieses Jahres. Sie ist die größte, die einflußreichste aller Gesellschaften in Rußland. In den wenigen Jahren ihres Bestehens hat sie eine recht kulturvolle und fruchtbare Arbeit unter den Arbeitern geleistet. Sie kämpfte gegen das Chaos und die Anarchie in den Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Fabrikherren. Sie stand achtsam auf der Wacht der Arbeiterinteressen. Sie war das Vorbild für alle ähnlichen Gesellschaften in Rußland, und deshalb bestehen wir auf der Dringlichkeit dieser Interpellation. Irgendwo in England oder Deutschland könnten sich solche Gewerkschaften frei entwickeln, aber bei uns ist es anders als in Europa. Der Metallarbeiterverband ist der Regierung schon lange ein Dorn im Auge, und nun hat der Diener der Regierung — das Sonderamt — beschlossen, mit dem Metallarbeiterverband ein für allemal Schluß zu

machen, und nach einer ganzen Serie von Polizeiüberfällen, nach einer ganzen Serie von Verhaftungen der Vorstandsmitglieder und der Sekretäre wurde der Verband geschlossen.

Sehen wir, welcher Art die Motive des Sonderamtes sind. Aus welchem Grunde löst es einen so großen Verband in Rußland auf? Aus folgendem Grunde: Der Metallarbeiterverband erklärt, er habe das Recht, die geistige und moralische Entwicklung seiner Mitglieder zu fördern. Das Sonderamt ist damit nicht einverstanden, es erklärt, daß es nicht Sache des Verbandes sei, sich mit der geistigen und moralischen Entwicklung seiner Mitglieder zu befassen. Ferner ist der Metallarbeiterverband der Meinung, daß er das Recht habe, Beihilfen auszuzahlen und seinen Mitgliedern Arbeit zu vermitteln; das Amt dagegen bestreitet dieses Recht und ist der Meinung, daß Mitglieder, die arbeitslos geworden sind, nicht länger im Verband verbleiben dürfen. Folglich habe die Gesellschaft nicht das Recht, Arbeit zu vermitteln und Beihilfen auszuzahlen. Der Metallarbeiterverband ist der Meinung, daß die Mitgliedsbeiträge Monatsbeiträge sein müssen, während das Sonderamt bestimmt, daß die Beiträge nur Jahresbeiträge sein dürfen. Der Metallarbeiterverband ist der Meinung, daß er Personen, die von einem Schiedsgericht ehrenrühriger Vergehen für schuldig befunden werden, ausschließen darf; das Amt dagegen erklärt, der Verband dürfe das nicht tun. Schließlich legt der Metallarbeiterverband in seiner Satzung nicht fest, welcher karitativen Gesellschaft das Vermögen des Verbandes zu übergeben ist, das Sonderamt indessen fordert eine solche Klausel. Das sind die Motive des Sonderamtes.

Meine Herren, ich muß erklären, daß die dargelegten Motive des Amtes keine rechtliche Grundlage haben, ja, daß diese Motive auf das ungenierteste gegen das Gesetz vom 4. März verstoßen. Im Gesetz vom 4. März ist ein direkter Hinweis enthalten, wonach die Gewerkschaften das Recht haben, die geistige und moralische Entwicklung ihrer Mitglieder zu fördern; das Sonderamt dagegen spricht dem Verband gesetzwidrig ein solches Recht ab. Im Gesetz vom 4. März ist auch ein direkter Hinweis enthalten, daß der Verband Beihilfen auszahlen und den Mitgliedern Arbeit vermitteln darf; das Amt dagegen spricht dem Verband gesetzwidrig ein solches Recht ab. Nach dem Gesetz vom

4. März werden Beiträge, Ausschluß von Mitgliedern und die Verfügung über das Verbandseigentum durch den Verband selbst bestimmt, während das Sonderamt dem Verband gesetzwidrig ein solches Recht abspricht. Sie sehen, meine Herren, daß die Verweigerung der Registrierung einen direkten Verstoß des Amtes gegen das Gesetz darstellt; Sie sehen, daß nicht irgendein Häuflein von Arbeitern, sondern viertausend Arbeiter ohne eine Organisation geblieben sind. Sie haben das Recht, auf gesetzlicher Grundlage einen Verband, eine Gewerkschaft zu bilden.

Wir unterstreichen, daß die Arbeiter die Gewerkschaften brauchen wie der Fisch das Wasser. Aber das Sonderamt verstößt nicht nur gegen diesen oder jenen Paragraphen des Gesetzes, sondern gegen den ganzen Sinn, den ganzen Inhalt des Gesetzes. Das Amt merzt aus ihm alles Lichte und Lebendige aus, verwandelt es in einen Popanz, in ein Schreckgespenst für die Arbeiter und läßt es absterben. Zusammen mit dem Verband muß auch das Gesetz vom 4. März sterben, weil es kein Anwendungsobjekt mehr haben wird.

Wozu sollen denn die Arbeiter einem Verband beitreten, wenn sie das Recht auf geistige und moralische Befriedigung nicht erhalten? Wozu sollen sie dem Verband Beitrag zahlen, wenn sie keine Beihilfen erhalten? Wozu sollen sie dem Verband beitreten? Wie soll der Verband seine moralische Autorität behaupten, wenn er nicht das Recht hat, moralisch verkommene Personen auszuschließen? Und schließlich, wie soll man das Sonderamt verstehen: welcher karitativen Gesellschaft wird das Verbandsvermögen im Falle der Auflösung übergeben? Dieser Tage wurde in Riga eine Gesellschaft für kulturelle Aufklärung aufgelöst, wobei die Behörden das Vermögen dieser Gesellschaft beschlagnahmten, weil diese beschlossen hatte, ihr Geld nicht irgendeiner bürgerlichen reichen Wohltätigkeitsgesellschaft, sondern der örtlichen Arbeiterzeitung zu spenden. Gedenken etwa die Sonderämter die Beschlagnahme gewerkschaftlichen Eigentums zur Praxis zu machen und damit die Bedeutung der Gewerkschaften in den Augen der Arbeiterklasse endgültig zu untergraben?

Sie sehen, meine Herren, daß die Sonderämter nicht nur gegen den Buchstaben, sondern auch gegen den Geist des Gesetzes verstoßen, weil sie das Bestehen der Gewerkschaft sinnlos, weil sie die Durchführung

des Gesetzes unmöglich machen. Ich meine alle Gewerkschaften und nicht nur den Metallarbeiterverband, da das Sonderamt überhaupt keine Gewerkschaften duldet; es trachtet danach, sie vom Erdboden verschwinden zu lassen, es hat die Gewerkschaften der Uhrmacher, der Wurstmacher und Kartonagenarbeiter aufgelöst, und ihnen ist die Registrierung ebenfalls verweigert worden. Die Ämter in der Provinz aber betreiben die gleiche dreiste Politik. So wurde beispielsweise den Gewerkschaften in Kiew, in Charkow, in Baku, im Ural und im Donezbecken ebenfalls die Registrierung verweigert. In Moskau wurden die Metallarbeiter seit 1906 achtmal abgelehnt, ebenso wurde in Moskau den Druckern dreimal die Registrierung verweigert, und beide Kategorien sind bis auf den heutigen Tag ohne Gewerkschaften geblieben. Die Motive für die Ablehnung, meine Herren, sind immer wieder die gleichen.

Solche Fälle, in denen die Handlungen des Sonderamtes gegen die Gesetze verstoßen, gibt es, meine Herren. Und dennoch sitzt das Sonderamt nicht auf der Anklagebank. Weshalb? Weil das Sonderamt ein Teil des Ganzen darstellt, das Regierung genannt wird. Die Regierung selbst verstößt gegen die von ihr ausgearbeiteten Gesetze, und das ist kein Einzelfall. Die ganze gegenwärtige Politik der Regierung muß als eine Politik der Verstöße gegen das Gesetz bezeichnet werden. Gegen die 1905/06 erlassenen Gesetze, gegen das Manifest von 1905 wird verstoßen, gegen Rede- und Pressefreiheit. In Worten heißt es ‚Unantastbarkeit der Person‘, in Wirklichkeit ist es bestialische Verhöhnung und Mißhandlung. Und das Gesetz über die Freiheit der Gewerkschaften wurde zur Zerstörung der Gewerkschaften geschaffen: innerhalb von sechs Jahren wurden nicht weniger als 600 Gewerkschaften aufgelöst und wurde die Registrierung von nicht weniger als 700 Gewerkschaften verweigert. (*Zurufe:* Zur Sache der Dringlichkeit.) So sieht sie aus, die Freiheit der Gewerkschaften! Nach dem Gesetz — Streikfreiheit, in Wirklichkeit aber — Verhaftungen wegen ökonomischer Streiks; ich rede schon gar nicht von den 500 erschossenen Lenaarbeitern, über die Minister Makarow prahlerisch sagte: ‚So war es und so wird's bleiben!‘

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich bitte Sie, sich näher an die Frage der Dringlichkeit zu halten.

Badajew: Ich rede nur zur Interpellation ...

Vorsitzender: Ich bitte gefälligst, sich mit dem Vorsitzenden der Reichsduma nicht zu streiten, sondern seine Weisungen zu befolgen und sich an die Frage der Dringlichkeit zu halten.

Badajew: Nach dem Gesetz — Freiheit der Wahlen zur Duma; in Wirklichkeit aber — Festnahme der Bevollmächtigten und Verbannung ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich erinnere an Paragraph 143 der Instruktion. Ich bitte Sie, sich an die Frage der Dringlichkeit zu halten.

Badajew: ... Festnahme der Bevollmächtigten, Verbannung der Arbeiter. (*Heiterkeit, Lärm, Zurufe:* Bravo! *Zurufe:* Beispielsweise Iwanow und andere. *Heiterkeit rechts und im Zentrum.*) Das Gesetz schützt die Arbeiter vor der Gewinnsucht der Unternehmer, in Wirklichkeit aber besagt es ... (*Lärm, Heiterkeit. Glocke des Vorsitzenden.*) Das Gesetz soll doch von der Gesetzlichkeit, von solchen Formen ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich bitte Sie noch einmal gefälligst, sich an die Frage der Dringlichkeit zu halten.

Badajew: Ich halte mich auch nur an die Frage der Dringlichkeit. Betrachten wir jetzt einmal, wie die Regierung vorgeht, wie die Gewerkschaften aufgelöst werden.

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, wenn es Ihnen nicht beliebt, sich meinen Weisungen zu fügen, werde ich gezwungen sein, Ihnen das Wort zu entziehen. Ich bitte Sie noch einmal, sich an die Frage der Dringlichkeit zu halten.

Badajew: Wer kennt nicht die Gesellschaft der Fabrikanten in Moskau und im Zentralen Industriebezirk, die sogenannte Gesellschaft der Erdölindustriellen, Metallurgen und Bergbauunternehmer ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, es beliebt Ihnen also nicht, sich meinen Weisungen zu fügen, und Sie können zur Dringlichkeit nicht sprechen?

Badajew: Ich spreche doch zur Dringlichkeit.

Vorsitzender: Ich bitte Sie gefälligst, sich nicht mit mir zu streiten. Wollen Sie sich bitte an die Frage der Dringlichkeit halten.

Badajew: Zu einer Zeit, da streikende Arbeiter erschossen werden, unternehmen Syndikate und Truste ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich entziehe Ihnen das Wort, verlassen Sie bitte das Rednerpult."

Ich verließ die Tribüne unter zweierlei Beifall: der linke Teil des Saales begrüßte meine Rede, auf den rechten Bänken und im Zentrum klatschte man Rodsjanko Beifall, der einen Arbeiterdeputierten abgefertigt hatte. Unsere Interpellation über Repressalien gegen die Gewerkschaften wurde natürlich durch einmütige Stimmabgabe der Schwarzhunderter in der Duma zum Scheitern gebracht.

Das gleiche Schicksal ereilte auch die zweite Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zu der Frage, weshalb die Versammlungen und die Wahlen für die Versicherungsorgane nicht genehmigt wurden. Die Interpellation wurde in der gleichen Sitzung der Duma am 14. Dezember erörtert. Bei beiden Interpellationen wurde die Dringlichkeit von der Duma verneint, und sie wurden an die Interpellationskommission weitergeleitet, die ihnen ein Begräbnis erster Klasse bereitete. Eine andere Lösung hatte die Arbeiterklasse von der Duma der Gutsbesitzer und des Adels gar nicht erwartet.

5. Streiks der Arbeiter zur Unterstützung der ersten Interpellationen

Das Einbringen der Interpellationen bezweckte eine Demonstration, um das Wesen und den wahren Sinn der zaristischen Ordnung aufzudecken. Diese Demonstration — von der sozialdemokratischen Fraktion innerhalb der Schwarzhunderterduma begonnen — wurde durch eine Aktion der Petersburger Arbeiter unterstützt und bekräftigt, die am Tage der Debatte über die Interpellationen in einen eintägigen Streik traten. Zu der Zeit, da wir von der Dumatribüne aus über die neue Willkür des Zarismus sprachen, legten die Arbeiter in den Petersburger Fabriken und Betrieben die Arbeit nieder und nahmen auf fliegenden Kundgebungen Protestresolutionen an.

Der eintägige Streik vom 14. Dezember war vorbereitet und trug organisierten Charakter. Die „Prawda" schrieb tagaus, tagein über die Verfolgungen, denen die Gewerkschaften und insbesondere die von

ihnen einberufenen Versammlungen über Versicherungsfragen ausgesetzt waren, über die „Ernennung" der Arbeiterbevollmächtigten für die Versicherungsorgane und über den Sinn des ganzen verkrüppelten Regierungsgesetzes über die Versicherung.

Das geübte Auge fortgeschrittener Arbeiter las zwischen den vom Standpunkt der Zensur aus gesitteten Zeilen den Aufruf, am Tage der Debatte über unsere ersten Interpellationen in der Reichsduma eine Demonstration zu veranstalten. Über die Notwendigkeit einer solchen Aktion wurde in den legalen und illegalen Arbeiterversammlungen, die von den Gewerkschaften einberufen wurden, offen gesprochen. Schließlich gaben die Bolschewiki am 14. Dezember folgende vom Petersburger Parteikomitee unterzeichnete Proklamation heraus mit der Aufforderung, die sozialdemokratische Fraktion durch einen eintägigen Streik zu unterstützen:

„Heute bringt die sozialdemokratische Fraktion die Interpellation über die Versicherung der Arbeiter ein.

Heute werden unsere Deputierten in der Duma von der Willkür und Verhöhnung sprechen, die sich die Regierung bei der Durchführung der Versicherungsgesetze leistet.

Heute werden unsere Deputierten davon sprechen, daß man die Arbeiter daran hindert, sich zur Erörterung von Versicherungsfragen zu versammeln; daß man die Arbeiter daran hindert, ihre Vertreter in die Versicherungsorgane und in den Versicherungsrat zu wählen; daß man die Arbeiter daran hindert, sich um die Krankenkassen zu organisieren, die den Volksfeinden durch den Ansturm der Arbeiterbewegung entrissen wurden.

Durch ganz Rußland schallt heute die Stimme unserer Deputierten zum Schutze der Arbeit.

Ganz Rußland erfährt heute, daß die mit dem Blut der Lenaarbeiter befleckte Regierung die Rechte der Arbeiter abermals mit Füßen tritt.

Genossen! Erheben auch wir unsere Stimme und strecken unseren Deputierten die Hand entgegen. Unterstützen wir unsere Deputierten durch einen *eintägigen* Streik in ihrem Kampf für unsere Interessen. Alle Fabriken, Werke und Druckereien Petersburgs sollen heute die Arbeit einstellen. Heute soll die mächtige Stimme des Petersburger

Proletariats zum Schutze seiner mit Füßen getretenen Rechte erschallen. Möge unsere Stimme im Verein mit den Stimmen unserer Deputierten der ganzen Welt zeigen, daß die Arbeiter für ihre Rechte zu kämpfen verstehen.

Wir fordern, daß man den Arbeitern gestattet, sich zur Erörterung der Versicherungsfragen zu versammeln. Wir fordern, daß man den Arbeitern gestattet, ihre Vertreter in alle Versicherungseinrichtungen zu wählen. Wir fordern, daß man die Arbeiter nicht daran hindert, sich breit um die Krankenkassen zu organisieren. Wir fordern, daß man den Arbeitern ganz Rußlands die Möglichkeit bietet, sich über alle Versicherungsfragen zu verständigen. Wir fordern, daß die Unterdrücker des Volkes die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse achten.

Genossen! Wir rufen Euch zu einem eintägigen politischen Streik auf.

Es lebe der Streik!

Es lebe die sozialdemokratische Fraktion!"[1]

Der Streik begann in den Putilow-Werken. In den Morgenstunden des 14. Dezember legten rund sechstausend Arbeiter in zehn Werkstätten des Betriebes die Arbeit nieder. Den Putilow-Werken folgten die Newa-Werft, Parviainen, Nowy Lössner, Pintsch, die Fabrik Alexejew, die Fabrik Pahl und andere. In den Mittagsstunden schlossen sich dem Streik sechstausend Arbeiter der übrigen Werkstätten der Putilow-Werke und beide Fabriken Maxwell (Petrowskaja und Spasskaja) an. Insgesamt legten am ersten Streiktag die Arbeiter von dreizehn Fabriken und Werken die Arbeit nieder. Der Streik verlief einmütig, an den Werkzeugmaschinen blieben in den streikenden Betrieben nur unbedeutende Gruppen oder genauer gesagt vereinzelte Arbeiter, vor allem Frauen.

Schon am Vorabend des Streiks fanden, als die Proklamationen erschienen, in einigen Werken Versammlungen statt, die die Einbringung der Interpellationen in der Reichsduma begrüßten und unserer Fraktion Unterstützung versprachen. „Durch unsere Streiks", hieß es zum Bei-

---

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Moskau 1939, Bd. II, S. 71/72, russ.

spiel in einer Resolution, die in der Fabrik Pahl angenommen wurde, „unterstützen wir die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion in der IV. Reichsduma." Alle Resolutionen enthielten einen kategorischen Protest gegen die Verfolgung der Gewerkschaften und gegen die polizeiliche Einführung der Versicherungsorgane.

Am 14. Dezember war der Streik nicht beendet. In den Morgenstunden des darauffolgenden Tages schlossen sich dem Streik weiterhin Fabriken und Betriebe an, die am Vortage nicht gekommen waren. In einigen Betrieben begnügten sich die Arbeiter nicht mit dem eintägigen Streik, sondern setzten ihn einige weitere Tage fort. Im Parviainen-Werk dauerte der Streik drei Tage. Ein Betrieb nach dem anderen schloß sich den bislang Streikenden an.

Die durch die ersten Interpellationen unserer Fraktion in der Reichsduma ausgelöste Streikwelle dauerte über eine Woche. Es ist schwer, genau zu berechnen, wieviel Menschen sich an diesem Streik beteiligten. Auf jeden Fall waren es mindestens 60 000 Menschen, das heißt die Arbeiter aller großen Petersburger Betriebe. Auch kleine Betriebe streikten: Druckereien, Werkstätten usw.

Der eindrucksvolle Proteststreik des Petersburger Proletariats demonstrierte die volle Solidarität breiter Arbeitermassen mit ihren Deputierten, die in der Duma sprachen und die eine große Unterstützung hinter sich spürten.

Anläßlich der von der Duma zum Scheitern gebrachten Interpellation über die Verfolgungen der Gewerkschaften veröffentlichte ich in der „Prawda" am 2. April 1913 einen Artikel, „Die Duma und die Interpellationen der Arbeiterdeputierten".

„Im Dezember vorigen Jahres", so schrieb ich, „lehnte die Reichsduma mit Stimmenmehrheit die Dringlichkeit der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Interpellation ab, die darauf Bezug nahm, daß das Sonderamt für Angelegenheiten der Vereine und Verbände die Registrierung der Gewerkschaft der Arbeiter der metallbearbeitenden Industrie verweigert und gegen das Gesetz vom 4. März 1906 verstoßen hat.

Die Duma überwies diese Interpellation an die Interpellationskommission, die die Prüfung dieser Interpellation auf ihre Tagesordnung

für den 30. März setzte. Da ich meine Unterschrift für die Dringlichkeit der Interpellation als erster gegeben hatte, wurde ich ebenfalls zur Sitzung der Kommission eingeladen. Den Vorsitz führte der Oktobrist Schubinski, Referent war der Oktobrist Paptschinski aus dem Gouvernement Jekaterinoslaw, ein Adliger und Hofrat.

Die Reichsduma habe seiner Meinung nach nicht das Recht, sich in Angelegenheiten des Senats einzumischen. In seinem Referat erklärte er, eine Beschwerde über Handlungen des Sonderamtes sei im Senat eingebracht und dort noch nicht behandelt worden. Deshalb könne sich die Kommission nicht mit der Frage befassen, und die Interpellation selbst sei vom Standpunkt der Oktobristen aus unbegründet. Auch die Schwarzhundertermehrheit der Kommission stimmte diesen Ausführungen zu, und die Interpellation wurde durch Stimmenmehrheit gegen zwei Stimmen abgelehnt. Jetzt kam es also darauf an, die Entscheidung des Senats über die Verstöße des Sonderamtes gegen das Gesetz abzuwarten, die aber konnte vielleicht in fünf Jahren gefällt werden.

So handelte eine Kommission, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit den bürgerlichen Schwarzhunderterparteien angehörten. Diese Herren schlugen der Reichsduma den freiwilligen Verzicht auf ihr gesetzliches Recht vor, an die Regierung Interpellationen über Verletzungen der Gesetze durch Amtspersonen zu richten.

Vielleicht beruht die Handlungsweise der Kommission auf einem Mißverständnis? Nein: die Schwarzhundertermehrheit der Reichsduma lehnt alle Interpellationen über die Gesetzesverstöße der Regierung in bezug auf die Arbeiter stets *mit Vorbedacht* ab. Eben aus diesen Erwägungen heraus wurde auch diese Interpellation abgelehnt.

Was nun? Soll man deshalb die Hände in den Schoß legen, die Hoffnung auf eine Genehmigung der Gewerkschaft fahren lassen? Gewiß nicht.

Man muß nur daran denken, daß die Herren in der Wirtschaft die gleichen sind wie in der Politik; wie in der Fabrik, so sind sie auch in der Duma. Daran muß man denken und im wirtschaftlichen wie auch im politischen Leben den eigenen proletarischen Weg gehen.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien in der Duma hat die Petersburger Metallarbeiter nicht daran gehindert, die Genehmigung der Gewerkschaft dennoch durchzusetzen. Die Beharrlichkeit der Petersburger Metallarbeiter kann den Arbeitern aller Berufe in ganz Rußland als Vorbild dienen.“

Die mit den Dumainterpellationen der sozialdemokratischen Fraktion verbundene Streikbewegung war nicht nur von den in solchen Fällen üblichen Polizeirepressalien begleitet, sondern auch von einem Gegenangriff der Fabrik- und Werkbesitzer. Dreitausend Arbeiter der Petrowskaja- und der Spasskaja-Manufaktur Maxwell erblickten in den Morgenstunden des 15. Dezember an den geschlossenen Toren beider Fabriken folgenden Anschlag: „In Anbetracht der häufigen Streiks und der vorangegangenen Warnung sieht sich die Verwaltung der Fabriken gezwungen, die Arbeiter zu entlassen. Der Tag der Lohnabrechnung wird noch bekanntgegeben.“ Rings um die Fabriken waren verstärkte Abteilungen von Polizeirevieraufsehern und Schutzleuten stationiert.

Die Arbeiter beschlossen, den Lohn nicht zu holen, da sie wußten, daß jeder Stillstandstag der Fabrik den Besitzern, die große Auftragsbestände hatten, hohe Verluste brachte. Am Vormittag erschienen nur einige Streikbrecher, einige Meister, um ihren Lohn zu holen, da sie fest überzeugt waren, daß sie später wieder eingestellt würden. Nachmittags ließ die Stimmung etwas nach, und man stellte sich im Kontor an, um den Lohn entgegenzunehmen. Die Werkverwaltung wurde von der Polizei unterstützt, die die Arbeiter eifrig in das Kontor „trieb“. Im Kontor saß der Verwalter der Manufaktur mit der Liste aller „Aufrührer“ in der Hand. Nachdem der Lohn vom Kassierer ausgezahlt worden war — es waren meistens 50 Kopeken bis 1 Rubel, da der ganze Verdienst für Einkäufe im Fabrikladen zurückbehalten wurde —, stempelte der Verwalter das Buch jener Arbeiter ab, die wieder eingestellt wurden. Sehr viele wurden nicht wieder eingestellt. Um den Arbeitern nur ja einen möglichst heftigen Schlag zu versetzen, entließ die Verwaltung ganze Arbeiterfamilien: Frau und Mann, Vater und Tochter, Bruder und Schwester usw.

Das von der Verwaltung vorgenommene Aussieben der Arbeiter nutzte aber nichts. Die Wiedereingestellten arbeiteten am nächsten Tag nur wenige Stunden und traten mittags einmütig in den Streik mit der Forderung, alle Entlassenen wieder einzustellen. Die Polizei versuchte zwar, die Arbeiter, die die Werkstätten verließen, in die Fabrik zurückzutreiben, konnte aber nichts ausrichten. Die Arbeiter gingen pfeifend und mit Drohungen gegen die Polizisten auseinander. Trotz Festnahmen und einiger Repressalien, wie Exmittierung der Entlassenen aus den Werkwohnungen, gaben die Arbeiter nicht nach und forderten, daß alle Folgen der Aussperrung beseitigt würden.

Um die Aussperrung entbrannte ein zäher Kampf, in dem die Maxwell-Arbeiter die kameradschaftliche Unterstützung des gesamten Petersburger Proletariats fanden. In allen Fabriken und Werken begannen Sammlungen für die Ausgesperrten und zur Unterstützung des Streiks.

Das Zentrum und der Organisator aller Sammlungen war unsere Dumafraktion. Uns ging täglich Geld zu, das nicht nur in den Petersburger Fabriken, sondern auch unter den Arbeitern anderer Industriezentren — Moskau, Warschau, Lodz und Riga — gesammelt worden war. Täglich veröffentlichte die Fraktion in der „Prawda" eine lange Liste von Fabriken und Betrieben, in denen Sammlungen veranstaltet worden waren. Diese Liste war ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse den Kampf der Maxwell-Arbeiter nicht als eine zufällige Erscheinung ansah, sondern als einen Abschnitt im allgemeinen Kampf gegen das Kapital.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion — die Arbeiterdeputierten — standen im Brennpunkt dieses ganzen sich entfaltenden Kampfes. Wir hatten ständige Verbindung zu den Streikenden, beteiligten uns an der Erörterung ihrer Forderungen, leiteten ihnen das gesammelte Geld zu, führten Besprechungen mit verschiedenen Regierungsinstitutionen usw.

In den beiden Maxwell-Manufakturen wurde über zwei Wochen gestreikt. Das war für die damalige Zeit ein sehr langer Streik, den die Arbeiter nur dank der moralischen und materiellen Unterstützung der Arbeiter aller Petersburger Fabriken und Betriebe durchhalten konnten.

Kapitel VI

Die Krakauer Beratung

1. Die Sechsergruppe und das Zentralkomitee der Bolschewiki

Die sozialdemokratische Fraktion der Reichsduma hat in der Arbeit der russischen Sozialdemokratie eine sehr große Rolle gespielt, war aber nur eine der Parteiorganisationen. Alle Beschlüsse und Resolutionen der Parteitage und Parteikonferenzen, die die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion in der II. wie auch in der III. Duma behandelten, bezeichneten die Fraktion als ein dienendes Organ, das der Partei und ihrem Zentralkomitee untergeordnet war. In dieser Unterordnung, in diesem streng zentralisierten System kam das Gesetz der erfolgreichen revolutionären Arbeit zum Ausdruck. Außerhalb dieses Prinzips konnte unter den Bedingungen der Illegalität unmöglich gearbeitet werden. Nur bei einer solchen Struktur der Organisation konnte unsere Partei die Schwierigkeiten der Übergangsperiode zwischen den beiden russischen Revolutionen überwinden.

Im Lager der Menschewiki gab es eine solche strenge Befolgung der Direktiven des Zentrums nicht. Die menschewistischen Dumadeputierten ignorierten auch in den vorangegangenen Dumas die Parteidisziplin, verstießen gegen sie, lösten sich von den leitenden Zentren der Partei und stellten ihnen häufig die Fraktion entgegen, die sie als ein über der Partei stehendes, selbständiges Organ betrachteten. Die gleiche Linie behielten auch die menschewistischen Deputierten der IV. Duma bei.

Die bolschewistischen Deputierten dagegen standen in enger und untrennbarer Verbindung mit den leitenden Parteiorganen. Die ganze Wahlkampagne zur IV. Duma verlief unter der Führung und gemäß den Weisungen unseres Zentralkomitees und Wladimir Iljitsch Lenins. Aus Krakau, wo sich das Auslandszentrum der Partei befand, zogen sich Tausende von Fäden, die die gesamte Wahlarbeit unserer Organisationen fest zu einem einheitlichen Ganzen verbanden. Neben den

allgemeinen Weisungen in Fragen des Wahlkampfes nahm das Zentralkomitee aktiven Anteil daran, die Kandidaturen der Arbeiterkurien zu erörtern. Auf diese Weise zogen die bolschewistischen Deputierten in die Reichsduma als Vertreter nicht nur örtlicher Organisationen, sondern auch der gesamten Partei.

Die Wahlen zur Duma, die Aufnahme der Arbeit und später die gesamte nachfolgende Tätigkeit unserer Sechsergruppe gingen unter der unmittelbaren Anleitung Lenins vor sich. Mit größter Aufmerksamkeit achtete Lenin auf die Stimmungen der Arbeiter während der Wahlen, verfolgte er die illegalen Wahlversammlungen, schickte seine Direktiven und Anweisungen, lenkte die Wahlkampagne der „Prawda" usw. An die Redaktion der „Prawda" schickte Lenin einen Artikel nach dem anderen, rief darin die Arbeiter auf, ihre Stimme den Bolschewiki zu geben und entlarvte den hinter den Kulissen geführten Kampf der Liquidatoren.

Gleich nach den Wahlen, sobald die Arbeiterdeputierten in Petersburg eingetroffen waren, sorgte Lenin für die Organisierung der Fraktion, interessierte er sich für jeden einzelnen Deputierten, zog die Bilanz der Wahlkampagne und stellte fest, in welcher Situation die Wahlen vor sich gegangen waren und mit welchen Wähleraufträgen die Deputierten ankamen. Aus Krakau traf ein besonderer Fragebogen für die in den Arbeiterkurien gewählten Deputierten ein. Die neunzehn Punkte dieses Fragebogens enthielten ausführliche Fragen über den Verlauf der Wahlkampagne und über die zur Duma gewählten Arbeiterdeputierten selber. Der Fragebogen forderte sehr ausführliche Antworten über die Beteiligung der Arbeiter an den Wahlen, die Ursachen für den ungenügenden Besuch der Wahlversammlungen, über die Boykottstimmungen, die Verbreitung der Wahlliteratur, die Methoden für die Aufstellung der Wahllisten, die Diskussionen in den Versammlungen, die Zusammensetzung der Bevollmächtigten, die Aktionen der anderen politischen Parteien, die Repressalien während der Wahlen usw. Die Fragen bezogen sich auf alle Stadien der Wahlen, angefangen von der Bevollmächtigtenwahl bis zur Deputiertenwahl, wobei die Beziehungen zu den Wahlmännern anderer Kurien, insbesondere der Bauern, klarzulegen waren. Daneben wurden Fragen

gestellt, deren Beantwortung einiges aus der Parteiarbeit klären sollte: die Veranstaltung illegaler Versammlungen, die Verbreitung der „Prawda" und der illegalen Druckerzeugnisse, den Grad des Einflusses der Bolschewiki und den der Liquidatoren sowie andere ähnliche Fragen.

Lenin bat darum, daß jeder Deputierte sich nicht auf formale Antworten beschränken, sondern über seinen Wahlbezirk zusammenhängend berichten und alles beschreiben möge, was sich während der Wahlen ereignet hatte.

„Werft diese Fragen nicht ‚offiziell' in der Fraktion auf. Das gibt nur Verschleppung und Geschäftigkeit. Erledigt das selber vor allem unter den sechs Deputierten der Arbeiterkurie", schrieb Lenin.

Unmittelbar nach der Organisierung der Fraktion fragte Lenin auch nach dem Inhalt und Charakter der ersten Reden der Arbeiterdeputierten.

„Natürlich", so betonte Wladimir Iljitsch, „werden die Arbeiter das *erste* Auftreten mit besonderer Ungeduld und mit besonderer Aufmerksamkeit erwarten. Natürlich erwarten sie gerade von dem ersten Auftreten das Wichtigste und Wesentlichste, die konzentrierte Darlegung der Ansichten über jene Fragen, die sie alle besonders bewegen, die in der Politik des Landes schlechthin und insbesondere in der Praxis (politischen *wie auch ökonomischen*) der Arbeiterbewegung besonders in den Vordergrund gerückt werden."[1]

2. Die Verbindung der Arbeiterdeputierten mit dem Zentralkomitee der Bolschewiki

Mit der Entwicklung der Tätigkeit der Fraktion festigte sich die Verbindung unserer Sechsergruppe mit dem Zentralkomitee und in erster Linie mit Lenin immer mehr. Verschiedenartigste Materialien, Mitteilungen und Informationen wurden nach Krakau geschickt; von da aus erhielten die bolschewistischen Deputierten ihrerseits ausgearbeitete Materialien, Literatur, Thesen für die Reden, Hinweise für

[1] W. I. Lenin, Werke, Bd. 18, S. 384, russ.

einzelne Fragen, die im Prozeß der Arbeit auftauchten usw. Diese Verbindung wurde sowohl durch chiffrierte Briefe als auch durch Parteimitglieder aufrechterhalten, die illegal die Grenze überschritten und nach Petersburg kamen, sowie durch allerlei andere Methoden. Jede günstige Gelegenheit wurde von uns wie auch vom Zentralkomitee für diesen Verkehr ausgenutzt, der natürlich streng geheimgehalten wurde. So wurden in dem Briefwechsel niemals Familiennamen genannt: statt der Familiennamen verwandte man vereinbarte Zahlen oder Parteinamen. Ich galt als Nr. 1, Samoilow als Nr. 7, J. M. Swerdlow wurde „Andrej" genannt usw. Die Parteinamen und die Nummern wurden geändert, wenn der Verdacht aufkam, daß die Ochrana errate, auf wen sie sich beziehen.

Die zaristische Geheimpolizei bediente sich weitgehend eines Systems der Durchsicht von Briefen. Das beim Hauptpostamt bestehende „Schwarze Kabinett" (eine Agentur der Ochrana, die sich mit der Öffnung von Briefen befaßte) kontrollierte alle Briefe, die an die sozialdemokratischen Deputierten gerichtet waren. Deshalb bedienten wir uns überhaupt nicht der Post, es sei denn mit Deckadressen.

Das meiste Material lieferten der Ochrana die Provokateure. Wir wußten natürlich, daß wir von Provokateuren umgeben waren. Es war aber nicht leicht, sie zu überführen. Deshalb übten wir die größte Vorsicht und strikteste Geheimhaltung auf der ganzen Linie, von oben bis unten.

Jeder Verstoß gegen die konspirative Technik erregte schon als solcher Verdacht und veranlaßte uns zu Überlegungen, ob sich dahinter nicht irgendeine Polizeifalle verberge. Ich erinnere mich an einen charakteristischen Fall. Kisseljow, ein Arbeiter der Putilow-Werke und ehemaliges Mitglied der Parteiorganisation, schickte mir eines Tages mit der Post einen Brief mit der Aufforderung, irgendeine Frage dem Petersburger Komitee zur Entscheidung zu unterbreiten. Die Zusendung eines — dazu noch unchiffrierten — Briefes auf üblichem Wege, mit der Post, erregte in mir sofort den Verdacht, daß der Absender in irgendeinem Zusammenhang mit der Ochrana stehe. Ich brachte das dem Petersburger Komitee und der Fraktion zur Kenntnis; es wurde beschlossen, Kisseljow unter Beobachtung zu nehmen und sich des

Verkehrs mit ihm zu enthalten. Später stellte es sich heraus, daß unser Verdacht gerechtfertigt war: Kisseljow erwies sich als ein Provokateur.

Natürlich gelang es nicht immer, die Provokateure rechtzeitig zu ertappen. Sie hielten ihrerseits alle Regeln der Konspiration ein und übten außerordentliche Vorsicht. Und dennoch muß man sagen: mag die Polizei unter der Zarenregierung noch so gut organisiert, mag sie noch so gut informiert gewesen sein, unser Verkehr mit den Parteiorganisationen und vor allem mit den zentralen Organen der Partei, vollzog sich größtenteils außerhalb des Blickfeldes der Ochrana und war durch die eingespielte konspirative Technik gut getarnt.

Der Briefwechsel und der Verkehr durch Mittelspersonen boten jedoch nicht die Möglichkeit, die Arbeitspläne bis ins einzelne zu erörtern, gestatteten es nicht, Fragen der Tätigkeit der Fraktion innerhalb wie auch außerhalb der Duma in ihrem ganzen Umfang aufzuwerfen. Gleichzeitig erschien es auch der gesamten Führung unserer Partei als notwendig, die Erfahrungen und Meinungen der Arbeiterdeputierten auszuwerten, um die sich die ganze Parteiarbeit innerhalb Rußlands konzentrierte, um so mehr, als die Einberufung der fälligen Parteitage unter den Bedingungen der Illegalität enorme Schwierigkeiten mit sich brachte.

3. Die Beratung in Krakau

Bereits vor der Eröffnung der Duma erwies es sich als notwendig, im Ausland eine Beratung einzuberufen, an der sich die bolschewistischen Deputierten beteiligen sollten. In der Beratung sollte eine feste revolutionäre Linie für die Arbeit der Deputierten festgelegt und gemeinsam mit dem Zentralkomitee der Plan für die Tätigkeit des bolschewistischen Teils der sozialdemokratischen Fraktion innerhalb und außerhalb der Duma ausgearbeitet werden. Anderseits wurde die Einberufung der Beratung von der Notwendigkeit diktiert, die Aufgaben der Bolschewiki im Zusammenhang mit dem neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung im Lande und mit der Lage innerhalb der Partei zu klären. Die Rolle und die Bedeutung der Beratung gingen

weit über den Rahmen einer Erörterung der Tätigkeit der bolschewistischen Deputierten hinaus. Die Beratung stellte im Grunde genommen eine ordentliche Parteikonferenz dar; ihre Arbeit und ihre Beschlüsse waren bedeutende Meilensteine in der Geschichte unserer Partei und in der Entwicklung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse. Als Beratungsort wurde Krakau in Galizien gewählt.

Die Einberufung der Beratung fiel mit den Weihnachtsferien der Reichsduma zusammen, die sich am 15. Dezember 1912 vertagte. Im Zusammenhang mit dem Streik in Petersburg und der Aussperrung in der Maxwell-Fabrik konnten wir Petersburg nicht sofort verlassen. Der heftige Kampf, der um die Aussperrung und den Streik der Maxwell-Arbeiter entbrannt war, machte die Anwesenheit der Arbeiterdeputierten in der Stadt und insbesondere meine Anwesenheit als Deputierter der Petersburger Arbeiter erforderlich. Als die Hilfe für die Streikenden mehr oder minder organisiert war, der Zustrom des gesammelten Geldes sich verstärkte und rings um den Streik die gesamte proletarische Öffentlichkeit mobilisiert war, wurde es uns möglich, nach Krakau abzureisen.

Die Beratung dauerte vom 26. Dezember bis zum 1. Januar 1913. Aus Gründen der Geheimhaltung wurde die Krakauer Beratung als die „Februarberatung" bezeichnet und figurierte als solche in der Presse und in den Parteimitteilungen. An der Beratung, die unter dem Vorsitz Lenins durchgeführt wurde, nahmen neben den Dumadeputierten einige weitere Delegierte aus großen Arbeiterzentren teil.

Seit der Prager Konferenz im Januar 1912 war fast ein Jahr vergangen. Es war das Jahr einer stürmischen Entwicklung der revolutionären Bewegung, die in einem gewaltigen Anwachsen der politischen und wirtschaftlichen Streiks, in Massendemonstrationen, in der Gründung und Festigung der Arbeiterpresse usw. zum Ausdruck kam. Die Bolschewiki hatten sich endgültig zu einer selbständigen Partei formiert, ihr Kampf gegen die Menschewiki verschärfte sich immer mehr. Bei den Menschewiki hatten die Liquidatoren, die die Auflösung der illegalen Organisationen und die Legalisierung der Partei, das heißt im Grunde den Verzicht auf den revolutionären Kampf forderten, die Oberhand.

Der Kampf der Bolschewiki gegen die Liquidatoren entwickelte sich an der gesamten Front der Arbeiterbewegung erfolgreich. Durch die revolutionäre Politik der Bolschewiki wurden die Menschewiki an allen Abschnitten geschlagen. Die Wahlen zur Reichsduma, die einen entscheidenden Sieg in der Arbeiterkurie brachten, waren in dieser Hinsicht überaus lehrreich. Sie bestätigten vor allem, daß der Einfluß der Bolschewiki unter den breiten Massen gewaltig war, daß die Arbeiterklasse in ihrem revolutionären Kampf den bolschewistischen Weg ging.

Der erste Monat in der Arbeit der Dumafraktion zeigte, daß die Arbeiterdeputierten die richtige politische Linie einhielten. Gleichzeitig wurde klar, daß die Menschewiki einen zähen Kampf gegen die Arbeiterdeputierten führten und künftig führen würden, weil diese der menschewistischen Mehrheit in der Fraktion die wahrhaft revolutionäre, bolschewistische Taktik entgegenstellten. Vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse aus betrachtet, hatte die menschewistische Mehrheit der Fraktion gleich in der ersten Tagungsperiode der IV. Duma so manches getan, was der gesamten revolutionären Bewegung gewaltigen Schaden zufügte. Diese Handlungsweise mußte entschieden verurteilt werden. Alle diese Fragen, die einen großen Platz im revolutionären Kampf einnahmen, wurden auf der Krakauer Beratung erörtert, die der Partei die Direktiven für die nächste Zeit geben sollte.

Die Beratung, die einige Tage lang intensiv gearbeitet hatte, faßte eine Reihe von Beschlüssen, in denen viele praktische Fragen entschieden wurden, die politische Lage in Rußland eingeschätzt und die Linie des weiteren Kampfes der Arbeiterklasse bestimmt wurde.

Die Krakauer Beratung erkannte die außerordentliche Wichtigkeit der Einheit an, betonte aber, daß die Einheit nur unter der Bedingung der Anerkennung der illegalen Organisation möglich sei. Der Zusammenschluß der sozialdemokratischen Arbeiter sollte von unten, in den Werkkomitees, in den Rayongruppen usw. erfolgen, wobei die Genossen Arbeiter anhand der Taten kontrollieren sollten, ob die Anerkennung der illegalen Organisation und die Bereitschaft, den revolutionären Kampf der Massen und die revolutionäre Taktik zu unterstützen,

realisiert werden. So und nicht anders wurde die Frage von Lenin gestellt, der wiederholt betonte, daß man die Frage der Einheit nur von unten, nur in bezug auf die revolutionären Arbeiter stellen könne und müsse, keineswegs aber in bezug auf jene, die als Gegner und Verfälscher des revolutionären Marxismus auftreten. Somit bekräftigte die Beratung noch einmal die entschiedene Abgrenzung von den Menschewiki und die Notwendigkeit eines zähen Kampfes gegen ihren zersetzenden Einfluß auf die Arbeitermassen.

„Der Verlauf des Streikkampfes im Jahre 1912, die sozialdemokratische Wahlkampagne für die Wahlen zur IV. Duma, der Verlauf der Versicherungskampagne usw.", hieß es in der Resolution der Beratung über den Aufbau einer illegalen Organisation, „haben zweifellos gezeigt, daß der einzig richtige Typus des organisatorischen Aufbaus in der gegenwärtigen Epoche die illegale Partei ist, als Summe von Parteizellen, umgeben von einem Netz legaler und halblegaler Arbeitervereine."[1]

Illegale Zellen sollten organisatorisch den lokalen Bedingungen angepaßt werden. Die Hauptaufgabe war die Schaffung illegaler Parteikomitees in Fabriken und Werken mit einer leitenden Organisation in jedem Zentrum.

Die Beratung erkannte die Organisation, wie sie in Petersburg bestand, als die beste Organisationsform an. In der Struktur des Petersburger Komitees paarte sich das Prinzip der Wählbarkeit in den Rayons mit dem Prinzip der Kooptierung, was das Petersburger Komitee einerseits zu einem sehr beweglichen und mit den unteren Zellen gut verbundenen Organ machte, das anderseits gegen die Verfolgungen der Polizei gut getarnt war.

Gleichzeitig wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, Gebietszentren und ein System von „Vertrauensleuten" für die Verbindung mit den örtlichen Gruppen und dem Zentralkomitee zu organisieren. Die von der Beratung angenommene Resolution über den Aufbau der illegalen Organisation schuf ein einheitliches System des Parteiaufbaus, das auf der ganzen Linie von unten bis oben fest zusammengeschweißt und miteinander verbunden war.

[1] „Die KPdSU in Resolutionen . . .", Teil I, S. 293, russ.

4. Beschlüsse der Beratung über die Arbeit der Dumafraktion

Eine der zentralen Fragen in der Beratung war der Bericht unserer sozialistischen Dumafraktion. Die Arbeit der Fraktion wurde sorgfältig und eingehend erörtert. In dem ersten Monat, der seit Eröffnung der Duma vergangen war, mußte die Fraktion bereits ihre Einstellung zu einer Reihe großer und wichtiger Fragen zeigen. Die Aufnahme des polnischen Deputierten Jagiello in die Fraktion, die Deklaration, die ersten Interpellationen — das alles bot der Beratung die Möglichkeit, folgende allgemeine Einschätzung der Arbeit der Dumafraktion zu geben:

„1. Die Beratung stellt fest, daß die SDAPR trotz unerhörter Verfolgungen und Verfälschung der Wahlen seitens der Regierung, trotz des sich vielerorts klar abzeichnenden Blocks der Schwarzhunderter und der Liberalen gegen die Sozialdemokraten gewaltige Siege bei den Wahlen zur IV. Duma errungen hat. Fast überall ist die Zahl der Stimmen für die Sozialdemokraten in der zweiten städtischen Kurie gewachsen, die von der Sozialdemokratie immer mehr den Händen der Liberalen entrissen wird. In der für unsere Partei wichtigsten Arbeiterkurie aber behauptete die SDAPR die ungeteilte Herrschaft, wobei die Arbeiterklasse mit der Wahl durchweg bolschewistischer Deputierter in der Kurie besonders einträchtig ihre unwandelbare Treue zu der alten SDAPR und ihrem revolutionären Vermächtnis unterstrichen hat.

2. Die Beratung begrüßt die energische Tätigkeit der sozialdemokratischen Deputierten der IV. Duma, die in den Dumareden, in der Einbringung der Interpellationen und in der Verlesung der Deklaration zum Ausdruck kam, die im allgemeinen richtig die Grundprinzipien der Sozialdemokratie zum Ausdruck brachte.

3. Die Beratung erkennt die in unserer Partei eingebürgerte Tradition als einzig richtig an, wonach die sozialdemokratische Dumafraktion ein der Partei als Ganzes, in Gestalt ihrer zentralen Institutionen, untergeordnetes Organ darstellt. Sie ist der Ansicht, daß es im Interesse der politischen Erziehung der Arbeiterklasse und der richtigen Organisierung der Dumaarbeit der Partei notwendig ist, jeden Schritt der

sozialdemokratischen Fraktion aufmerksam zu verfolgen und auf diese Weise die Kontrolle der Partei über die Fraktion auszuüben."[1]

Die Beratung verurteilte kategorisch die Menschewiki wegen einiger ihrer Handlungen, die von der allgemeinen Linie der Partei abwichen. Indem die Menschewiki Jagiello in die Fraktion aufnahmen, wodurch der spalterische Schritt des „Bundes" indirekt gebilligt wurde, vertieften sie, wie von der Beratung festgestellt wurde, die Spaltung unter den Arbeitern Polens und erschwerten die Sache der Einheit in der ganzen Partei. In einer Dumarede sprach sich der Menschewik Tschchenkeli unter dem Vorwand der „Schaffung notwendiger Einrichtungen für die freie Entwicklung einer jeden Nationalität" für die in organisatorischer Hinsicht selbständige Existenz nationaler sozialdemokratischer Parteien in Rußland aus. Eine solche Äußerung im Namen der Fraktion, in deren Auftrage Tschchenkeli in der Duma sprach, wurde von der Beratung als eine offene Verletzung des Parteiprogramms entschieden verurteilt.

„Ein Zugeständnis an die nationalistischen Stimmungen ist, selbst in einer solchen getarnten Form, für die proletarische Partei unzulässig"[2], wurde in der Entschließung unterstrichen. Ein Versäumnis der Fraktion war es schließlich, wie die Beratung feststellte, daß sie ihre Stimmen für die progressistische, in Wirklichkeit aber oktobristische Übergangsformel nach der Ministerdeklaration abgegeben und keine selbständige sozialdemokratische Formel eingebracht hatte.

Die Entschließung der Krakauer Beratung über die sozialdemokratische Dumafraktion umfaßte neun Punkte. Aus konspirativen Erwägungen wurden in der Parteipresse nur die ersten sechs Punkte abgedruckt. Es gelang nicht, den genauen Text der übrigen drei Punkte wieder herzustellen. Um so schwieriger ist es, das viele Jahre später aus dem Gedächtnis zu versuchen. Diese Punkte bezogen sich auf die Tätigkeit der bolschewistischen Sechsergruppe außerhalb der Duma. Ihr übertrug die Beratung einige wichtige Aufgaben auf dem Gebiete der illegalen Arbeit unserer Partei. Von der Beratung wurde ferner die Einbeziehung der bolschewistischen Deputierten in das Zentralkomitee aufgeworfen.

---

[1] „Die KPdSU in Resolutionen . . .", Teil I, S. 294/95, russ.

[2] Ebenda, S. 295.

In den Tagen, die wir in Krakau verbrachten, wurden die gemeinsamen und die Einzelfragen der Arbeit der Sechsergruppe sowohl in Gesprächen mit Lenin als auch mit anderen Genossen, Mitgliedern unseres Auslandszentrums, in großer Ausführlichkeit erörtert.

Die Arbeiterdeputierten, so sagte Lenin, müßten die Dumatribüne für agitatorische Reden benutzen, um die revolutionäre Bewegung im Lande durch Entlarvung sowohl der Zarenregierung als auch der ganzen Verlogenheit der sogenannten liberalen Parteien voranzubringen. Der Arbeiterdeputierte müsse von der gesamten Arbeiterklasse Rußlands gehört werden.

Aber die Dumareden seien nur eine Seite der Arbeit der Fraktion. Die bolschewistische Sechsergruppe als ein Teil des einheitlichen Ganzen der Partei solle eine gewaltige Arbeit außerhalb der Duma leisten. Schaffung von Parteiorganisationen und ihre Anleitung, Parteipresse, Arbeit in den Gewerkschaften, das alles sei allererste Pflicht der Arbeiterdeputierten, die von ihnen gewaltige Anspannung und Energie erfordere. Der Arbeiterdeputierte solle in ständiger Verbindung mit den breiten Arbeitermassen, mit allen legalen und illegalen Arbeiterorganisationen stehen, die in den bolschewistischen Dumadeputierten ihre Führer und die Organisatoren des revolutionären Kampfes sehen müßten. Dieser Gedanke wurde von Lenin in den Gesprächen mit uns immer wieder unterstrichen.

Mir wurden insbesondere auf Wunsch Lenins neben den anderen Arbeiten Pflichten für die Herausgabe der „Prawda“ übertragen. Wladimir Iljitsch sagte mir, ich müsse als Petersburger Deputierter, der mit der Masse der Petersburger Arbeiter unmittelbar verbunden sei, diese Aufgabe übernehmen. Die „Prawda“ habe keineswegs allein erzieherische und propagandistische Aufgaben, sondern sei ein überaus wichtiges organisatorisches Zentrum. Meine Pflicht sei, so unterstrich Lenin, in diesem Zentrum zu wirken.

In der Krakauer Beratung wurden alle einzelnen Fragen der Tätigkeit der bolschewistischen Sechsergruppe ausführlich behandelt. Wir kehrten aus Krakau mit konkreten praktischen Hinweisen zurück. Fest umrissen wurde nicht nur die Linie der gesamten Tätigkeit der Sechsergruppe, sondern es wurde auch bestimmt, wer und zu welchen

Fragen sprechen soll, welche Materialien vorzubereiten sind, was in den nächsten Tagen außerhalb der Duma zu tun ist usw.

Für uns Arbeiterdeputierte, die in einer äußerst komplizierten und feindseligen Atmosphäre arbeiten mußten, war der rege Meinungsaustausch mit dem führenden Kern unserer Partei und in erster Linie mit Lenin von erstrangiger Bedeutung. Wladimir Iljitsch ging an jeden Deputierten individuell heran und verstand es, in jedem von uns den Willen zum energischen, angespannten Kampf zu vervielfachen.

Anderseits spielte auch unsere Teilnahme an der Krakauer Beratung eine bedeutende Rolle in der Arbeit und den Beschlüssen der Beratung. Uns waren die Stimmungen breiter proletarischer Massen in allen Schattierungen bekannt. Unsere ausführlichen Informationen machten es der Beratung möglich, diese Stimmungen genau zu berücksichtigen und entsprechende Schlußfolgerungen daraus zu ziehen.

5. Die Reise der Arbeiterdeputierten in die Wahlbezirke

Nach der Rückkehr aus Krakau nutzten die Arbeiterdeputierten die Dumaferien dazu aus, die Bezirke, in denen sie gewählt worden waren, zu bereisen. Diese Rundreise hatte den Zweck, neben dem Rechenschaftsbericht über die Arbeit während der ersten Tagungsperiode der Duma die örtlichen Organisationen mit den Beschlüssen der Krakauer Beratung vertraut zu machen und die Arbeit der örtlichen illegalen Zellen zu verstärken.

Derartige Reisen, die von den Arbeiterdeputierten während einer jeden Unterbrechung der Dumasitzungen und zuweilen sogar während der Session praktiziert wurden, waren für die Belebung der Arbeiterbewegung im Lande von größter Bedeutung. Die Deputierten nahmen neue Parteiverbindungen auf und festigten die bereits bestehenden, organisierten neue Zellen, leisteten eine gewaltige agitatorische und propagandistische Arbeit, lernten ihrerseits die Wünsche der Arbeiterwähler kennen und nahmen von diesen Direktiven entgegen.

In allen Wähleraufträgen für die sozialdemokratischen Deputierten wurde der Wunsch geäußert, sie mögen ihre Bezirke möglichst oft be-

suchen und in einer möglichst engen und festen Verbindung mit ihnen stehen. Man muß sagen: Das ist den Arbeiterdeputierten voll und ganz gelungen. Jeder von uns erhielt täglich eine riesige Korrespondenz aus den verschiedenen Orten; sie enthielt ausführliche Informationen darüber, was hier und da geschehen war, sowie die verschiedensten Wünsche und Forderungen. All das diente als Material für unsere Dumaarbeit, wurde von uns verarbeitet und zusammengefaßt zu den nächsten Interpellationen an die Regierung, zu kritischen und entlarvenden Reden über die Gesetzentwürfe der Regierung usw.

Ein noch umfangreicheres Material erbrachten die persönlichen Reisen der Arbeiterdeputierten. Diese Reisen lösten stets bei der zaristischen Ochrana besondere Beunruhigung aus. Die Polizei konnte den Deputierten die Reise nicht verbieten: die sogenannte Deputiertenimmunität existierte immerhin auch für die Arbeiterdeputierten. Dafür nutzte aber die Polizei die Reisen der Deputierten aus, um jene auszukundschaften, mit denen wir zusammenkamen. Lange vor Beendigung der Session verschickte das Polizeidepartement allen Gouverneuren und allen Leitern der Ochranaabteilungen die Anweisung, scharf auf die Ankunft von Arbeiterdeputierten der Reichsduma in den ihnen „anvertrauten Gouvernements" zu achten. Unsere besonderen Merkmale wurden aufgezählt und unsere Fotos verschickt. Auf diese Weise wurde der Arbeiterdeputierte bereits auf dem Bahnhof, wo er ausstieg, von einem Geleitzug örtlicher „Bullen" empfangen, die jeden seiner Schritte unablässig beobachteten. Um noch sicherer zu sein, daß der Deputierte nicht entwische, schickte die Petersburger Ochrana ihre Spitzel mit, die den Deputierten bis an den Ort begleiteten, wo die Beobachtung durch örtliche Spione beginnen konnte. Der Petersburger Spitzel übergab den Deputierten an den Provinzgeheimpolizisten gegen Quittung wie irgendeine Sache. Groß war die Verwirrung der Spitzel, wenn der Deputierte trotz aller dieser Maßnahmen „in unbekannter Richtung" verschwand.

Nicht immer gelang es der Polizei, die Abreise der Fraktionsmitglieder aus Petersburg zu signalisieren. Wir gaben uns selbstverständlich Mühe, möglichst unbemerkt abzureisen, und fuhren sehr häufig nicht von der eigenen Wohnung, sondern von irgendeinem anderen

Ort aus zum Bahnhof. Die Polizei rügte die Hauswarte und die Portiers der Häuser, weil sie unsere Abreise nicht mitteilten; die Hauswarte aber rechtfertigten sich damit, daß die Deputierten sich nicht abmelden, die Pässe nicht visieren lassen und sonstige obligatorische Formalitäten nicht einhalten.

Die Beobachtung der Arbeiterdeputierten war so unablässig und aufdringlich, daß Mitglieder unserer Fraktion mitunter die Beherrschung verloren und an die Minister telegrafierten, man möge sie in Ruhe lassen. Natürlich wurde die Beobachtung nicht eingestellt, die Spitzel wurden lediglich ermahnt, etwas vorsichtiger zu arbeiten und die Deputierten nicht zu „reizen".

Dafür suchte die örtliche Behörde auf Anweisung des Polizeidepartements nach beliebigen Anlässen, um die Reise des Deputierten „rechtmäßig" zu unterbrechen, und — wenn es ging — sogar nach Material, um ihn zur Verantwortung zu ziehen.

Es war wohl der Genosse Muranow, dem in einer Stadt im Wolgagebiet folgendes passierte: In der Wohnung, in der er übernachtete, erschien die Polizei, verhaftete den Wohnungsinhaber und begann eine Haussuchung. Auf dem Tisch lag Muranows Aktentasche. Als der Gendarmerieoffizier die Aktentasche öffnen wollte, protestierte Muranow, erklärte, er sei Dumadeputierter, und holte seine Dokumente aus der Aktentasche heraus. Der Gendarm wurde zum Rückzug gezwungen, aber die höchsten Vorgesetzten erteilten dem Gendarmen später einen strengen Verweis. Solange Muranow, so hieß es in dem Verweis, die Dokumente nicht vorgelegt hatte und die Aktentasche nicht in dessen Nähe lag, sollte der die Haussuchung Durchführende nicht „glauben", daß es sich um einen Dumadeputierten handele, und sollte ihn nicht an die Aktentasche lassen, „die irgendeinem anderen gehören könnte". Man sollte die Gelegenheit wahrnehmen, den Inhalt der Aktentasche überprüfen und sich nicht die Chance entgehen lassen, Material zu finden, das für irgendwelche gesetzlich fundierte Anschuldigungen gegen einen Arbeiterdeputierten oder gar gegen die ganze sozialdemokratische Fraktion dienen könnte.

Die Polizei umkreiste einstweilen die Arbeiterdeputierten und wagte es aus Furcht vor einer Gegenexplosion der revolutionären Bewegung

nicht, uns offen anzugreifen. Um so rigoroser verfuhr sie mit allen, die mit den Arbeiterdeputierten auch nur entfernt in Beziehungen standen.

Die Lage des Arbeiterdeputierten war äußerst schwierig: Bei der geringsten Unvorsichtigkeit riskierte er, nicht nur einzelne Genossen, sondern ganze Organisationen „hochgehen“ zu lassen. Deshalb gingen wir bei Reisen im Lande und erst recht in Petersburg höchst konspirativ vor und bemühten uns, die uns verfolgenden Spitzel in jeder Weise irrezuführen.

In einer Provinzstadt, wo sich das ganze Leben wie auf dem Präsentierteller abspielte und die Ankunft eines Mitgliedes der Reichsduma ein großes Ereignis war, fiel uns das nicht sehr leicht. Und dennoch leisteten die Mitglieder unserer Fraktion während ihrer Reisen im Lande eine gewaltige Arbeit und brachten in die Tätigkeit der örtlichen legalen und illegalen Organisationen eine starke Belebung. Die Reisen der Arbeiterdeputierten hatten gewöhnlich zum Ergebnis eine Verstärkung der Streikbewegung, Bildung neuer Parteizellen, Erhöhung der Zahl der „Prawda“-Abonnenten und schließlich allgemeine Hebung der revolutionären Stimmung.

Von ihrer ersten Reise in die Wahlorte im Januar 1913 zurückgekehrt, hatten die Arbeiterdeputierten Gelegenheit, einen großen Aufschwung der revolutionären Stimmung der Arbeiterklasse festzustellen. Die Zeit der Apathie, die für die vorangegangenen Jahre der Reaktion so charakteristisch war, lag endgültig hinter uns. In den breitesten Kreisen der Arbeitermassen spürte man deutlich den Kampfwillen, die Energie, das Streben zu organisierten Aktionen, lebhaftes Interesse für die Fragen des politischen Lebens im Lande.

Meine Fraktionsgenossen hatten nicht die Möglichkeit, ihre Rechenschaftsberichte in großen legalen Versammlungen zu erstatten: Solche Versammlungen wurden von den Gouverneuren immer wieder verboten; man mußte illegal reden oder in den Werken und Fabriken Kurzkundgebungen organisieren.

Die im ersten Monat von der sozialdemokratischen Fraktion geleistete Arbeit fand im ganzen die Billigung der Arbeiterwähler. Man sprach mit Befriedigung von unserer Deklaration, in der die ungeschmälerten

Forderungen der Arbeiterklasse ihren Platz gefunden hatten; für durchaus richtig hielt man auch die Reden zu den ersten Interpellationen der sozialdemokratischen Fraktion. Die Arbeiter fragten die Deputierten danach, was in der Duma vor sich gehe, wobei sie sich für alle Einzelheiten der Dumaarbeit interessierten. Man interessierte sich auch für das Lager der Gegner, für die stockreaktionären Schwarzhunderter, von denen Purischkewitsch und Markow II besonders berüchtigt waren. Die allgemeine Einstellung zur Reichsduma aber war völlig klar und bestimmt. Die Arbeiter erwarteten von deren Arbeit keinerlei Verbesserungen, da sie begriffen hatten, daß das Proletariat nur durch zähen revolutionären Kampf irgendwelche Ergebnisse erzielen kann.

Die Januarreise der bolschewistischen Deputierten durch Rußland bot die Möglichkeit zu überprüfen, inwieweit die Beschlüsse der Krakauer Beratung richtig waren. Irgendein nennenswerter Einfluß der Liquidatoren war unter der Arbeitermasse nicht zu spüren. Die Liquidatorenströmung, die vorwiegend in den Kreisen der Intellektuellen und Literaten entstanden war und von diesen unterstützt wurde, fehlte in vielen Bezirken gänzlich und war den Arbeitern fremd. Deshalb war in einigen sozialdemokratischen Gruppen zu beobachten, daß man die scharfe Polemik, wie sie zwischen der „Prawda" und dem „Lutsch" geführt wurde, nicht begriff. Man konnte nicht begreifen, daß die Spaltung zwischen den Anhängern der „Prawda" und den Anhängern des „Lutsch" entschieden und endgültig war, daß es zwischen ihnen keine Einheit geben konnte. Die Vereinigung aller wirklich parteiverbundenen Elemente konnte aber erfolgen und ist auch, wie das in der Entschließung der Krakauer Beratung betont wurde, von unten, von den Werkkomitees, den Rayongruppen usw. aus, erfolgt, wobei die Genossen Arbeiter anhand von Taten überprüften, ob die Anerkennung der illegalen Organisation und die Bereitschaft, den revolutionären Kampf der Massen und die revolutionäre Taktik zu unterstützen, verwirklicht wurden. Nur unter der Bedingung einer solchen von unten her geschaffenen faktischen Einheit konnten der endgültige Zusammenschluß der Partei und die völlige Festigung der Einheit im gesamtrussischen Maßstab möglich werden.

Die Interpellation über die Explosion an der Ochta

1. Die Arbeiterbewegung Anfang 1913

Das Petersburger Proletariat trat in das Jahr 1913 ein unter dem frischen Eindruck der Streiks und der Demonstrationen im Zusammenhang mit den ersten Interpellationen der sozialdemokratischen Fraktion in der Reichsduma. Just am Vorabend des Neujahrstages endete der standhafte Kampf der Maxwell-Arbeiter, die sich über zwei Wochen lang mit Hilfe und Unterstützung der gesamten Masse der Petersburger Arbeiter gegen die Aussperrung gewehrt hatten.

Der erste politische Streik im neuen Jahr — am 9. Januar — verlief in Petersburg äußerst kämpferisch unter Teilnahme von Arbeitern aller Fabriken und Werke. Am Jahrestag des „Blutigen Sonntags" in Petersburg streikten etwa 80 000 Menschen. Bereits am Vorabend war die gesamte Polizei in Erwartung der Demonstration auf den Beinen. In den Arbeitervierteln wurden Verhaftungen vorgenommen. Verstärkte Streifen der berittenen Polizei und der Polizei zu Fuß bewachten die Brücken und alle Zugänge zum Stadtzentrum. In den Höfen waren hinter fest verschlossenen Toren Polizeireserven versteckt. Die auf dem Newski Prospekt auftauchenden Arbeitergruppen wurden von der Polizei in die Seitenstraßen abgedrängt.

In allen Petersburger Betrieben, den großen wie den kleinen, legten die Arbeiter, die in der Früh in die Werkstätten gekommen waren, die Arbeit nieder und zogen unter dem Gesang revolutionärer Lieder auf die Straßen. Im Wyborger Bezirk, im Newa-Bezirk und in einigen anderen Bezirken entfalteten die Arbeiter, sobald sie auf die Straße traten, rote Fahnen und schwarze Trauerflaggen.

Seit den frühen Morgenstunden zogen die Arbeiter gruppenweise zum Preobrashenski Friedhof an die Gräber der Opfer des 9. Januar. Den ganzen Tag über trieb die Polizeiabteilung, die auf dem Friedhof stationiert war, immer neue Arbeiterscharen auseinander.

Der Streik am 9. November war von zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen in den Betrieben begleitet. Man sammelte für ein Denkmal für die Toten des 9. Januar und für die Opfer von Polizeirepressalien. Die Arbeiter einiger Werke beschlossen, für diese Zwecke einen Tageslohn zu spenden. Alle Geldsammlungen wurden auf Beschluß der Arbeiter unserer Dumafraktion zugeleitet. An die Fraktion wurden auch zahlreiche Entschließungen der Kundgebungen und Versammlungen gerichtet. In diesen Entschließungen spiegelten sich die politischen Hauptforderungen der Arbeiterklasse wider. Die Arbeiter, die die Losung nach einer grundlegenden Veränderung der bestehenden Ordnung ausgaben, forderten die Unantastbarkeit der Person, Rede- und Pressefreiheit, Freiheit der Versammlungen und der Vereinigungen usw. Wünsche wurden geäußert, daß sich die Arbeiterbewegung zusammenschließen und einen möge. In einigen Betrieben wurden Protestentschließungen gegen die sattsam bekannten „52 Punkte“[1], gegen die Ernennung der Bevollmächtigten, gegen die Verfolgungen der Gewerkschaften usw. angenommen.

Der eindrucksvolle Streik und die Demonstration vom 9. Januar zeugten davon, daß sich der Kampf der Arbeiterklasse im Aufstieg befand. Die revolutionären Stimmungen verstärkten sich unter der Masse der Petersburger Arbeiter von Monat zu Monat. Das gleiche war auch in ganz Rußland zu beobachten.

In einer solchen Atmosphäre nahm die IV. Reichsduma am 21. Januar 1913 ihre Arbeit nach den Ferien wieder auf. Die Deputierten — Gutsbesitzer und Beamte — hatten es nicht eilig, mit der „gesetzgeberischen Arbeit“ zu beginnen. Zu der ersten Sitzung kam nur eine unbedeutende Mehrheit der Dumamitglieder zusammen. Die ersten Sitzungen verliefen träge und waren der verschleppten Frage der Wahlbestätigung gewidmet. Im Dumasaal wurde es erst lebendig, als unsere Fraktion neue Interpellationen über die Explosion in der Ochta-Pulverfabrik, über die Mißhandlung politischer Häftlinge sowie über die Aussperrungen in der Textilindustrie einbrachte.

---

[1] Mit anderen Worten, gegen die administrative Verbannung der Politischen, denen der Aufenthalt in 51, später in 52 und noch mehr Ortschaften und Gegenden Rußlands verboten wurde.

Als erste wurde die Interpellation über die Mitte Dezember 1912 erfolgte Explosion in der Ochta-Pulverfabrik eingebracht, die Sprengstoffe für das Kriegsamt erzeugte.

2. Die Explosion im Ochta-Werk

Die Explosion ereignete sich nachmittags gegen drei Uhr, aber bereits gegen Abend verbreitete sich in der Stadt die Kunde von der hohen Zahl der Opfer. Fünf Menschen kamen ums Leben unter den Trümmern, aus denen später ihre verunstalteten Leichen ausgegraben wurden. Die entstellte und verkohlte Leiche eines Arbeiters wurde nur nach einem erhalten gebliebenen Fetzen Anzugstoff wiedererkannt. Über 50 Personen wurden schwer verletzt. Die Verletzten waren zumeist Frauen, da in der Röhrenwerkstatt, wo sich die Explosion ereignete, vorwiegend Frauen beschäftigt waren.

Die Explosion löste im Werk eine furchtbare Panik aus, die nur zufällig keine neuen Opfer forderte. Im Werk gab es keine medizinische Hilfe; der nach einer Stunde eingetroffene Arzt war außerstande, irgend etwas zu unternehmen. Die Schwerverwundeten wurden auf Tragen transportiert, die zur Beförderung von Ziegelsteinen bestimmt waren; sie mußten mit Fuhrwerken ohne irgendwelche entsprechenden Vorrichtungen ins Krankenhaus geschafft werden. Die Leichtverwundeten rannten in Panik aus dem Werk und brachen unterwegs vor Schmerz und Erschöpfung zusammen.

Die Werkverwaltung, die den Kopf verloren hatte, ordnete an, daß niemand das Werkgelände verlassen dürfe. Die erschrockenen Arbeiter, die neue Explosionen befürchteten, flehten, daß man sie gehen lassen möge, aber die unsinnige Anordnung der Verwaltung wurde erst anderthalb Stunden nach der Explosion aufgehoben.

Die ganze Situation, die Zahl der Opfer und die gewaltige Gefahr, die dem ganzen Arbeiterviertel gedroht hatte, ließen diesen Fall aus der Reihe der üblichen Katastrophen hervortreten, die in den russischen Fabriken und Werken im allgemeinen recht häufig waren.

Am nächsten Tag begab ich mich in der Frühe in das Werk, um mich an Ort und Stelle über die Ausmaße und die Ursachen der Katastrophe zu informieren. Der diensthabende Beamte weigerte sich, mir einen Passierschein für die Explosionsstätte auszustellen. Ich begab mich zum Leiter des Werkes, General Somow, der mir ebenfalls keinen Passierschein gab und erklärte, daß nur die Artillerieverwaltung Passierscheine ausstellen dürfe. Es war völlig klar, daß die Werkverwaltung Angst hatte, Deputierte ins Werk zu lassen und sich gegen unangenehme Enthüllungen sichern wollte.

Nach Erklärungen General Somows war die Explosion ein reiner Zufall. „Solche Zufälle kommen vor und können stets vorkommen", sagte er. „Ich selbst bekreuzige mich jedes Mal, wenn ich das Werk betrete." Außer dieser Maßnahme — „sich bekreuzigen" — unternahm die Werkverwaltung offensichtlich nichts, um Katastrophen in der höchst gefährlichen Produktion zu verhüten.

Es gelang mir nicht, an die Explosionsstätte selbst vorzudringen; aber das, was ich auf dem Werkgelände gesehen hatte, deutete auf gewaltige Ausmaße der Katastrophe hin. Auf dem Werkhof und dem Korridor des Krankenhauses sah man Blutspuren. Auf dem Eise des in der Nähe des Werkes gelegenen Sees lag das Dach der Werkstatt, das durch die Explosion einige Dutzend Meter weit fortgeschleudert war. Eingedrückte Fensterscheiben und Zerstörungen an allen Gebäuden wiesen darauf hin, daß die Stärke der Explosion gewaltig war. Das kleine Werkkrankenhaus war überfüllt, es fehlten nicht nur Betten, sondern es fehlte auch das notwendige Inventar: viele Verwundete lagen mit ihren eigenen Mänteln und Schafpelzen zugedeckt.

Ich unterhielt mich mit Werkarbeitern. Sie waren noch immer unter den Einwirkungen eines schweren Nervenschocks und der Panik. Sie befürchteten jede Minute eine neue Explosion. Einige Arbeiter zogen, bevor sie morgens aus dem Hause gingen, saubere Wäsche an, um zum Sterben bereit zu sein. Man bat mich, eine gründliche Untersuchung der Katastrophenursachen durchzusetzen und vom Militäramt zu fordern, daß die Arbeitsbedingungen und die Sicherheitsmaßnahmen verbessert werden; die Geschädigten baten um Unterstützung.

Am 20. Dezember fand die Beisetzung der Explosionsopfer statt. Gegen neun Uhr früh strömten Tausende von Arbeitern zu der Kirche, in der die Getöteten aufgebahrt waren. An der Prozession beteiligten sich nicht nur die Arbeiter des Ochta-Werkes, sondern auch vieler anderer Betriebe. In einem der benachbarten Werke wurde die Arbeit unterbrochen, da alle Arbeiter an dem Begräbnis teilnehmen wollten. Hinter den Särgen gingen mehr als 10 000 Menschen her. Einige Dutzend Kränze wurden vorangetragen, darunter einer von der sozialdemokratischen Dumafraktion mit der Inschrift „Den Opfern des Kapitals". Alle in Petersburg weilenden sozialdemokratischen Deputierten nahmen an dem Begräbnis teil.

Das Begräbnis gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Demonstration Petersburger Arbeiter gegen die kapitalistische Ordnung, die aus den Reihen des Proletariats ein Opfer nach dem anderen herausriß. Ununterbrochener und erbitterter Kampf — so lautete die Schlußfolgerung, die jeder bewußte Arbeiter aus der Ochta-Katastrophe zog.

Das Kriegsamt leitete eine Untersuchung der Explosionsursache ein, um einen „allerhöchsten Bericht" aufzusetzen. Es war im voraus bekannt, welche Ergebnisse eine derartige Untersuchung zeitigen konnte. Gerissene Beamte setzten den Bericht auf, und zwar so, daß die wirklich Schuldigen nicht gefunden wurden und die ganze Schuld auf „Gottes Willen" geschoben wurde.

Die sozialdemokratische Dumafraktion begann ihrerseits Untersuchungen anzustellen. Durch Befragung der Werkarbeiter und auf Grund des uns zugegangenen Materials konnten die wahren Ursachen und die ganzen Umstände der Explosion geklärt werden. Die unmittelbare Ursache war das unvorsichtige Hantieren eines Arbeiters mit einer Kapsel, die mit Knallquecksilber geladen war. Gemäß den technischen Vorschriften durften in dem Raum nicht mehr als zehn Kapseln gelagert werden, in Wirklichkeit aber lagerten dort davon einige Tausende, was eben eine Explosion von gewaltiger Stärke zur Folge hatte. Das war jedoch nur der äußere Anlaß der Katastrophe. Im Grunde aber wurzelten die Ursachen der Explosion, die einige Dutzend Menschenopfer forderte, in den grauenhaften Arbeitsbedingungen im Werk.

Die für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter höchst gefährliche Produktion von Sprengstoffen erforderte eine besonders qualifizierte Arbeit, die nur ein hoch bezahlter Arbeiter leisten konnte. Indessen stellte die Verwaltung des Werkes auf der Jagd nach billigen Arbeitskräften vor allem ungelernte Arbeiter ein und darunter in erster Linie vom Lande kommende und für die Produktion völlig unvorbereitete Arbeiterinnen. Für den pausenlosen Zehnstundentag wurden wenige Groschen bezahlt: 65 bis 75 Kopeken. Die Arbeiter waren völlig geknechtet. Im Werk gab es nicht einmal Lohnbücher. Wüstes Schimpfen, Geldstrafen, willkürliche Entlassungen — das alles wurde von der Werkleitung weitgehend praktiziert.

Zu Vorarbeitern wurden häufig völlig ungebildete Menschen, zuweilen aus den Reihen der Stallknechte, Hauswarte usw., ernannt, an denen die Verwaltung besonderen Gefallen gefunden hatte.

„Was brauche ich einen Chemiker, ich hole mir die Unteroffiziere vom Schießplatz“, so sagte der Leiter des Werkes.

Jedes Streben nach Kultur wurde hart verfolgt: sollen die Arbeiter ruhig Alkohol trinken, aber nur ja nicht Zeitungen lesen. Die durch harte Ausbeutung niedergedrückten und durch den doppelten Arbeitstag erschöpften Arbeiter des Ochta-Werkes (die Verwaltung ließ 8 bis 9 Überstunden leisten) konnten natürlich nicht die Aufmerksamkeit und die Vorsicht aufbringen, die in der Sprengstoffproduktion notwendig waren.

Zu dieser ganzen Situation kam noch die unmögliche technische Ausrüstung des Werkes hinzu. Die Werkstätten waren eng, da das Werk mit Aufträgen überhäuft war. Eine Reihe von Regierungskommissionen hatte eine grundlegende Neuausrüstung des Werkes und sogar seine Verlegung in neue Gebäude für notwendig befunden. Daß es unter diesen Umständen häufig zu Explosionen kommen mußte, bezeugte die Tatsache, daß am 3. Januar 1913, nur zwei Wochen nach der Katastrophe, eine neue Explosion erfolgte, die weitere Opfer forderte.

Als wir die Interpellation in der Duma einbrachten, hatten wir jedoch nicht nur eine ausführliche Beleuchtung der himmelschreienden und grauenhaften Explosion an der Ochta vor. Explosionen und Bau-

katastrophen waren „übliche Erscheinungen“ der russischen Wirklichkeit. Das räuberische Kapital beutete die Arbeiterklasse unter solchen Bedingungen aus, daß die Arbeiter zu Tausenden in der Produktion ums Leben kamen.

Allein innerhalb von zwei Wochen vor Einbringung der Interpellation erschienen in den Zeitungen Meldungen über neun Katastrophen in verschiedenen Städten Rußlands, die rund 100 Menschenopfer gefordert hatten. Nach Berechnung des Ministers für Handel und Industrie kamen auf je tausend Bergarbeiter 470 Unfälle. Nicht weniger Opfer gab es auch in allen anderen Industriezweigen. Der gierige und räuberische russische Kapitalismus achtete, geschützt durch die Zarenregierung, das Leben der Arbeiter für nichts, die in den Fabriken und Werken zu Tausenden zugrunde gingen.

Unsere Aufgabe war es, die Bedingungen, unter denen das russische Proletariat arbeiten mußte, von der Dumatribüne aus zu schildern; es galt, den Arbeitern zu zeigen, wie groß die Ausbeutung ihrer Arbeit war, es galt, in ihnen den Willen zum revolutionären Kampf zu festigen und zu stärken.

Die außerordentlichen Umstände der Explosion, die hohe Zahl der Opfer und schließlich die Gefahr neuer Explosionen hatten diesmal selbst die Dumamehrheit veranlaßt, die Dringlichkeit der Interpellation anzuerkennen. Mit 134 Stimmen der Oktobristen und des Zentrums wurde die Dringlichkeit der Interpellation gegen 127 Stimmen der Rechten anerkannt.

Das Schicksal der Interpellation über die Explosion an der Ochta zeigte jedoch, daß die Anerkennung der Dringlichkeit einer Interpellation durch die Dumamehrheit diese keineswegs wirklich dringlich macht. Die Interpellation wurde von der Reichsduma am 25. Januar 1913 angenommen, die in schriftlicher Form erteilte Antwort des Kriegsministers ging jedoch erst im Sommer 1913, das heißt erst nach einem halben Jahr ein. Die Dumamitglieder, die in die Sommerferien gingen, kamen nicht dazu, die Erklärung des Kriegsministers zu erörtern, und es verging fast ein weiteres halbes Jahr, bis die Antwort der Regierung auf die im Januar 1913 eingebrachte Interpellation in der Duma zur Diskussion gestellt wurde.

3. Meine Rede zu den Erklärungen der Regierung anläßlich der Explosion an der Ochta

Ich wurde von unserer Fraktion beauftragt, mit einer Kritik an den Regierungserklärungen aufzutreten. Ich führe (nach Stenogrammberichten) die Rede an, die ich aus diesem Anlaß im Oktober 1913 gehalten habe:

„Meine Herren! In der Sitzung vom 25. Januar nahm die Reichsduma die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion anläßlich der Explosionen in der Ochta-Pulverfabrik am 17. Dezember 1912 und am 3. Januar 1913 an und forderte vom Vorsitzenden des Ministerrates und vom Kriegsminister folgende Erklärungen:

1. Ist es den Ministern bekannt, daß diese Katastrophen auf verbrecherische Nachlässigkeit der Werkverwaltung zurückzuführen sind und mehr als sechzig Menschenopfer gefordert haben?

2. Was wurde von ihnen zur Bestrafung und zur Verhütung solcher Katastrophen in der Zukunft unternommen?

Diese Explosionen waren, wie ich bereits ausführte, Ende des vorigen Jahres und Anfang dieses Jahres. Nach diesen Explosionen ereigneten sich im gleichen Werk mehrere ‚Kleinexplosionen', wie man sie nach einer von der Werkverwaltung eingeführten Sitte zu nennen pflegt. Wenn ein Arm oder zwei abgerissen und einige Arbeiter verwundet werden, so heißt das ‚Kleinexplosion'. Das ist bereits üblich geworden — das ist eine ‚Kleinexplosion'. Von solchen Kleinexplosionen hat es nach diesen beiden großen Explosionen bereits mehrere gegeben ... Nach diesen Explosionen ereigneten sich, sage ich, Explosionen auch in dem ehemaligen Werk Parviainen, im Nagelwerk und in vielen anderen. Und was geschah? Der Kriegsminister hat gegen Ende der vergangenen Tagungsperiode seine schriftliche Erklärung abgegeben, aber wir Sozialdemokraten können uns mit dieser Erklärung nicht zufrieden geben. Ebensowenig kann sich die gesamte Arbeiterklasse zufrieden geben, die uns in die Reichsduma entsandt hat, diese Interpellation durch uns eingebracht hat und ungeduldig auf die Antwort der Regierung sowie der Mehrheit der Reichsduma achtet. Wir wußten im voraus, was der Minister antworten wird. Der Minister hat keine Schuldigen gefunden

und hat nicht die Absicht, irgend jemanden gerichtlich zu belangen. Folglich ging alles laut Gesetz zu, und die 60 Menschenopfer flogen ebenfalls laut Gesetz in die Luft. Der Reichsduma wird zugemutet, sich mit dieser kaltschnäuzigen Erklärung des Kriegsministers zufrieden zu geben. Die Reichsduma kann und darf das nicht tun. Sie kann nicht anders, als die Regierung des Todes von Dutzenden Menschen für schuldig zu befinden, wenn sogar aus dem formalen, kühlen Schreiben des Kriegsministers die Wahrheit durchschimmert, die Wahrheit schreit über jene, die sich tatsächlich der Gesetzesüberschreitung schuldig gemacht haben...

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Petersburger Lebens und der Entlohnung müßten die Arbeiter mindestens drei Rubel täglich erhalten, indessen gibt es in keinem Petersburger Werk, in keiner Fabrik schlechtere Bedingungen als dort. Familienväter erhalten für den langen Arbeitstag 70—80 Kopeken. Um einen Rubel — das ist die Höchstgrenze — zu erreichen, muß man einige Jahre gearbeitet haben. Die Frauen und die jungen Mädchen erhalten noch weniger. Die uneingeschränkte Willkür der Verwaltung, die brutale Behandlung der Arbeiter und fristlose Kündigungen schaffen eine solche Atmosphäre im Werk, daß die gebildeteren, bewußten Arbeiter aus einem solchen Werk fliehen müssen. Die zurückbleibenden Arbeiter büßen ihre Gesundheit ein, verbrauchen ihre Energie und warten gehorsam, bis sie an der Reihe sind, durch eine ähnliche Explosion oder infolge der systematischen Vergiftung mit schädlichen Stoffen und Gasen zu sterben.

Meine Herren, ich werde Ihnen an Hand eines Beispiels zeigen, daß dort eine Willkür herrscht wie nirgends. Im vergangenen Frühjahr kamen zu mir Arbeiter, die vom Leiter dieses Werkes entlassen worden waren, weil sie nach der Explosion — da ihre Kleider ebenfalls in Stücke gerissen wurden und ihr Verdienst gering war — beantragt hatten, die Verwaltung möge ihnen den Wert ihrer Kleidung ersetzen. Und was hat nun die Verwaltung getan? Sie hat diese Arbeiter entlassen. Dann führt der Kriegsminister aus, daß die Arbeiter dort 9 Stunden arbeiten. In Wirklichkeit aber — ich bin selber Arbeiter, habe diese ganze Unterdrückung am eigenen Leibe erfahren und weiß, wie es zugeht — arbeitet man im Werk 12 bis 18 Stunden, ohne das Werk zu verlassen ... Diese erbarmungslose Ausbeutung der Arbeits-

kräfte läßt keine Zeit übrig, um für normale und sichere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Ich habe im vergangenen Frühjahr in unserer Arbeiterzeitung ‚Prawda' darauf hingewiesen, wie die Lage der Arbeiter in den staatlichen Werkstätten der Nikolai-Eisenbahn ist, wo die Arbeiter mehr als 40 Arbeitstage[1] im Monat arbeiten und ihre Wohnung so gut wie nie zu sehen bekommen. Und was geschah danach? Der gehorsame Diener des Kapitals, der Petersburger Stadthauptmann, belegte unsere Zeitung ohne jeden Grund ...

Vorsitzender: Ich rufe Sie wegen Ihres Ausdrucks zur Ordnung, Mitglied der Reichsduma Badajew.

Badajew: ... mit 500 Rubel Strafe, weil sie die Lage der Arbeiter in diesen Werkstätten geschildert hatte. So schwer, so unerträglich schwer ist das Leben der Arbeiter in einer derart drückenden Atmosphäre.

Gestern wurde die unglückselige Situation auf den Eisenbahnen erörtert, wo die Arbeiter für ganze 40 oder 50 Kopeken 18 Stunden lang arbeiten und Schwellen rücken — kein Tier schuftet so viel wie der Arbeiter. Wenn wir nun als Arbeitervertreter diese unerträglichen Bedingungen der Arbeiter zur Sprache bringen, lachen Sie, die Rechten. Als die Arbeiterklasse im Jahre 1905 von Ihnen das forderte, was sie brauchte, haben Sie die Arbeiterklasse mit Kugeln abgespeist. Die Arbeiterklasse weiß sehr wohl, daß sie ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich bitte Sie, sich innerhalb der Grenzen der Frage zu halten.

Badajew: ... derartige Lebensbedingungen nicht länger aushalten kann. Die Zeit ist nah, da sie die gleichen Rechte fordern und diese vielleicht sogar verwirklichen wird.

Ich habe Ihnen bereits erklärt, und Sie haben gesehen, daß die Verwaltung der Ochta-Werke alle Säfte aus den Arbeitern herauspreßt. Man kann danach nicht umhin, die Schuldigen zu erkennen. Aber nicht darum ging es, nicht darin erblickten die Arbeiter die Schuld des Hauptartillerieamtes bei dieser Explosion. Wurde doch in unserer Interpellation direkt darauf hingewiesen, daß Kleinexplosionen bei Sprengstoffen unvermeidlich, die Großexplosionen dagegen nur dann möglich

[1] Hier ist ein Arbeitstag mit durchschnittlicher Dauer von 10 Stunden gemeint.

sind, wenn fertige Sprengstoffe in den Werken gestapelt werden. Das ist nach den Vorschriften der Ochta-Pulverfabrik verboten. Indessen wurden im Zimmer des Meisters, der Erklärung des Kriegsministers zufolge, am 17. Dezember 35 000 fertige Kapseln vorgefunden. Das ist das Dreieinhalbfache dessen, was in unserer Interpellation angegeben wird. Das ist es, was wir dem Hauptartillerieamt und der Verwaltung dieses Werkes zur Last legen. Wir haben nicht vermutet und nicht behauptet, es handele sich um eine bewußte Geringschätzung des Lebens von Tausenden von Arbeitern, sondern angenommen, es sei die übliche Beamtenschlamperei mit tragischen Folgen. Der Kriegsminister liefert in dieser Hinsicht ganz neues, erstaunliches Material. Er sagt, daß dieses Werk in technischer Hinsicht unter aller Kritik sei und deshalb im Jahre 1915 geschlossen werden soll; seine Kraft reiche nicht aus, die Aufträge, die es im Jahre 1912 ausführte, zu bewältigen; die Verwaltung dieses Werkes habe den Vorgesetzten im Hauptartillerieamt und vielleicht auch dem Minister selbst gemeldet, daß dieses Werk entlastet werden müsse. Darauf erging offenbar die Anweisung, vor keinerlei Schwierigkeiten zurückzuschrecken, um den Auftrag nur ja rechtzeitig auszuführen. Es ergab sich die dringliche Notwendigkeit, unsere Feldartillerie mit Sprengkapseln zu versorgen, und deshalb mußten alle einigermaßen geeigneten Räume für die Arbeit ausgenutzt werden. Und wir müssen nach den Erklärungen des Kriegsministers nicht bloß Nachlässigkeit der Werkverwaltung und mangelnde Aufsicht über Meister und Arbeiter feststellen, sondern einen bewußten Anschlag des Hauptartillerieamtes auf das Leben der Arbeiter im Ochta-Werk.

Das Kriegsministerium wußte, daß an die Arbeiter außerordentliche Forderungen gestellt werden und daß diese Forderungen nur zu erfüllen waren, wenn das Leben der Arbeiter einer gewaltigen Gefahr ausgesetzt wurde. Deshalb nahm das Kriegsministerium den Tod der Menschen, die umkommen konnten und mußten, auf sein Gewissen. Folglich kann das Kriegsministerium seine Schuld vor dem Gesetz und dem ganzen Lande nicht abstreiten.

Wenn sich der Kriegsminister auf politische Komplikationen im Nahen Osten beruft, hofft er, seine eigene Schuld und die Schuld seines Amtes in den Augen der Dumamehrheit zu mildern, in der Annahme,

daß sich mit seiner Erklärung auch jene zufrieden geben könnten, die in der Opposition stehen zu den vom slawischen chauvinistischen Rausch Besessenen. Mag sein, daß die Spekulationen des Kriegsministeriums und seines Amtes aufgehen und die Duma ihm und seinem Amt einen Sündenablaß erteilen wird. Aber auch dann, meine Herren, wird es ihnen nicht gelingen, die Arbeiterklasse zu täuschen, weil das Volk sehr wohl weiß, wer seine Feinde sind. Es weiß sehr wohl, was Sie sagen werden, es weiß, daß die Mehrheit der Reichsduma keine Volksvertreter, sondern Volksfeinde sind, die dank dem verkrüppelten Wahlgesetz in die Duma gelangt sind ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich bitte Sie, keine derartigen Ausdrücke über die Reichsduma zu gebrauchen.

Badajew: ... die dank dem verkrüppelten Wahlgesetz in die Duma gelangt sind. Das Volk weiß sehr wohl: Nur das Parlament wird sich tatsächlich für das Volk einsetzen, das nach dem vollen Sieg des Volkes und nach voller Demokratisierung der gesamten politischen Ordnung geschaffen wird. Jetzt aber wird sich das Volk, wie die Antwort zu den Erklärungen des Ministers auch ausfallen möge, mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben, und erst recht nicht das an der Spitze der Volksbewegung schreitende Proletariat. *(Beifall links.)*"

Wie zu erwarten war, blieb die Dumamehrheit auch diesmal sich selbst treu und wagte es nicht, der Regierung Unannehmlichkeiten zu bereiten. Der Fall der Ochta-Explosion versank in den Tiefen der Dumakommissionen und teilte das Schicksal vieler anderer Interpellationen unserer Fraktion.

Kapitel VIII

Die Aussperrungen in den Textilfabriken

1. Die Aussperrung in der Russischen Baumwollspinnerei

Die Verstärkung des Kampfes der Arbeiterklasse hatte den Zusammenschluß und die Mobilisierung aller Kräfte der Fabrikanten und Werkbesitzer zur Folge. Die Welle der Arbeiterbewegung schlug mit einer

solchen Wucht und Beständigkeit hoch, daß das Kapital allen Grund hatte, einen entschlossenen Angriff gegen seine Positionen zu befürchten.

Geld- und Disziplinarstrafen, Verhaftungen der „Rädelsführer" – das alles war bereits ausprobiert. Anstelle dieser Maßnahmen setzte das vereinigte Kapital eine neue, sehr wirksame Waffe ein – die Massenentlassungen (Aussperrungen). Stillegung von Fabriken und Verkündung von Aussperrungen setzten Tausende von Arbeitern auf die Straße und lieferten sie sofort der ausweglosen Not und dem Hunger aus.

In den Industriezweigen, die Aufschwung und Belebung erfuhren, deren Fabriken und Werke mit Aufträgen überhäuft wurden, war die Stillegung der Produktion – auch nur zwei bis drei Tage lang – für die Kapitalisten unvorteilhaft. Anders war die Lage dort, wo die Marktkonjunktur für den Absatz der Erzeugnisse ungünstig war. In solchen Produktionszweigen brachte die Aussperrung den Unternehmern doppelten Gewinn: Die Massenentlassungen machten es möglich, die am revolutionärsten gestimmten Elemente loszuwerden und die Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern; gleichzeitig wurde durch die Stillegung der Produktion das weitere Anwachsen der Lagerbestände der jeweiligen Fabrik oder des jeweiligen Werkes verhindert.

So stand es gerade um die Textilindustrie, die im Herbst 1912 und im Winter 1913 eine Teilkrise erlebte. Die Nachfrage nach Textilwaren ging zurück, und in den Lagern der Textilfabriken stapelten sich beträchtliche Vorräte, die keinen Absatz fanden. Die Petersburger Textilfabrikanten nutzten die Lage sofort aus und verstärkten ihren Gegenangriff gegen die Arbeiterklasse.

Die Dezemberaussperrung bei Maxwell war keine Einzelerscheinung. Seit Anfang Januar 1913 fanden in den Petersburger Textilfabriken Aussperrungen starke Verbreitung und erfaßten eine ganze Reihe großer Betriebe.

Die härteste und längste Aussperrung war die in der Russischen Baumwollmanufaktur, in der 1200 Menschen beschäftigt waren. Die Aussperrung wurde durch ein ausgesprochen provokatorisches Manöver der Verwaltung ausgelöst, die sich das Ziel gesetzt hatte, alle Gewerkschaftsmitglieder zu entlassen. Außerdem wollte die Verwaltung die alten Arbeiter, die in der Fabrik 20 und 30 Jahre gearbeitet hatten, loswerden und sie durch jüngere Arbeiter ersetzen.

Am 21. Januar 1913 wurde dreißig Arbeitern der Kardierungsabteilung ohne irgendeine Kündigung erklärt, daß ihre Tagessätze um 10 Kopeken herabgesetzt würden. Am nächsten Tag früh traten die Kardierungsarbeiter in den Streik und forderten die Wiederherstellung des bisherigen Lohnes. Die Verwaltung hatte nur darauf gewartet. In der Nacht, vor der Arbeitsaufnahme der neuen Schicht wurde die Dampfmaschine angehalten, die elektrische Beleuchtung gelöscht und den in die Fabrik gekommenen Arbeitern erklärt, die Fabrik sei für unbestimmte Zeit geschlossen und alle Arbeiter würden entlassen. Die Provokation der Fabrikverwaltung war offenkundig und unverhohlen: Die Forderungen der Arbeiter der Kardierungsabteilung beliefen sich für alle auf ganze 3 Rubel täglich, und wegen dieser 3 Rubel wurden 1200 Arbeiter, die sich an dem Streik der Kardierungsarbeiter nicht beteiligt hatten, dem Hunger und der Arbeitslosigkeit preisgegeben.

Die Arbeiter, die sich auf diese Provokation nicht einlassen wollten, erschienen einige Tage pünktlich zur Arbeit. Aber die Verwaltung ließ sie nicht in die Fabrik. Nach zwei Tagen wurde am Fabriktor ein Plakat mit der Aufforderung angeschlagen, die Papiere und den Restlohn zu holen. Zunächst wollten die Arbeiter die Abrechnung nicht annehmen und forderten, die Verwaltung solle ihnen zwei Wochen im voraus bezahlen, da es keinen Anlaß zur Entlassung aller Arbeiter gegeben hatte. Aber nun zeigte es sich, daß die Fabrikbesitzer Verbündete hatten. Die Haus- und Ladenbesitzer des anliegenden Wohnbezirks sperrten, als sie von der Entlassung erfuhren, den Arbeitern den Kredit bis zur Tilgung der Schulden, in die sich die Arbeiter während der vorangegangenen Weihnachtstage gestürzt hatten. Unter diesem Druck mußten sie die Entlassung akzeptieren, um den Restlohn zu erhalten. Im Durchschnitt hatte jeder Arbeiter etwa 10 bis 20 Rubel zu bekommen. Diese ganze Summe mußte in die nächste Gemischtwarenhandlung getragen werden, dafür erhielt man aber einen neuen Kredit eingeräumt und konnte sich mehr schlecht als recht einige Tage durchschlagen.

Am Tage der Lohnauszahlung spürte man in dem Bezirk um die Russische Baumwollmanufaktur seit den frühen Stunden eine nervöse, gespannte Stimmung. Die Teestuben und Kneipen, diese „Arbeiterklubs" der damaligen Zeit, wo man zusammenkommen und über die Lage

sprechen konnte, waren überfüllt mit Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich um ihre zum Hungern verurteilten Familien Sorgen machten. Bei den niedrigen Löhnen konnten die Textilarbeiter, auch wenn sie Arbeit hatten, gerade so existieren; der erste Tag der Arbeitslosigkeit aber wurde unerbittlich auch zum ersten Tag der ausweglosen Not und des Hungers.

Die bewußtesten Arbeiter, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsmitglieder, setzten alles daran, zumindest eine gewisse Organisiertheit zu erreichen. Zur Verteilung eiligst herbeigeschafft wurden einige hundert Nummern der „Prawda" mit dem Appell an die Arbeiter, sich nicht zu ergeben. Man versuchte Versammlungen einzuberufen und die in der Fabrik entstandene Lage zu beraten, aber die Polizei trieb jede Gruppe auseinander.

Als sich der erste, durch die Entlassung ausgelöste Ausbruch der Verzweiflung und der Panik etwas gelegt hatte, änderte sich die Stimmung der Arbeiter. Trotz Gegenmaßnahmen der Polizei gelang es dennoch, eine Versammlung der Ausgesperrten einzuberufen. Die Arbeiter trafen Vorbereitungen für einen langen Kampf. In der Versammlung wurde beschlossen, die Verbindung zwischen allen Arbeitern, die von der Fabrik auf die Straße gesetzt worden waren, weitgehend aufrechtzuerhalten, die Petersburger Arbeiter um Unterstützung anzugehen, einen entschiedenen Kampf gegen den Genuß von Spirituosen während der Aussperrung zu führen, die Bildungsvereine der Arbeiter zu bitten, daß sie kostenlose Vorlesungen für die Ausgesperrten veranstalten mögen usw. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin durften einzeln zum Fabriktor gehen, um für sich persönlich oder für einzelne Arbeitergruppen zu bitten. Sollte die Fabrik geöffnet werden, durfte kein Arbeiter die Schwelle der Russischen Baumwollmanufaktur überschreiten, bevor alle, bis auf den letzten, wieder eingestellt sind.

2. Die Arbeiter beim Fabrikinspektor

Mit Rücksicht darauf, daß die Fabrikverwaltung selber die Gesetze, die von der Regierung eingeführt worden waren, auf das gröbste verletzt hatte, wandten die Arbeiter der Baumwollspinnerei sich an den

Fabrikinspektor, der verpflichtet sein sollte, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Im Kabinett des Oberfabrikinspektors von Petersburg spielte sich eine Szene ab, die sehr überzeugend zeigte, wessen Interessen es eigentlich waren, zu deren Schutz die Fabrikinspektion von der Regierung eingesetzt worden war.

Zu Besprechungen mit dem Inspektor waren Vertreter der Textilarbeitergewerkschaft erschienen (damals hieß sie Gewerkschaft der Faserstoffe bearbeitenden Arbeiter und Arbeiterinnen).

„Ich darf in keinerlei Verhandlungen mit einer Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter treten", erklärte der Fabrikinspektor. „Nach dem Gesetz bin ich nur berechtigt, Verhandlungen mit den Arbeitern des Betriebes zu führen, in dem es zu einem Konflikt gekommen ist."

„Aber wir handeln ebenfalls nach Gesetz", antwortete die Delegation. „Nach unseren gesetzlich bestätigten Satzungen hat die Gewerkschaft das Recht, Verhandlungen über die Belange ihrer Mitglieder sowohl mit Privatpersonen als auch mit Vertretern von Regierungsinstitutionen jeder Art zu führen."

Der Zusammenstoß zwischen den zwei durchaus „gesetzlichen" Gesetzen löste sich auf, da einer von den Gewerkschaftsvertretern — ein glücklicher Zufall — zu den entlassenen Arbeitern zählte. Also konnte es der Fabrikinspektor sich gestatten, mit der Delegation zu sprechen.

Das Gespräch dauerte zwei Stunden. Der Inspektor saß, bequem im Sessel zurückgelehnt, die Vertreter der Gewerkschaft aber mußten vor dem „Verfechter" der Arbeiterinteressen strammstehen.

„Wenn die Polizei die Arbeiter brutal behandelt und sie verprügelt hat, wenn sie in die Fabrik kamen, beschwert euch darüber beim Polizeioffizier und beim Polizeimeister", sagte der Inspektor. „Ich bin dafür nicht zuständig. Hier kann ich euch nicht helfen."

Aber auch auf die Fabrikverwaltung konnte der Inspektor nicht einwirken, ja, er wollte es nicht einmal. Nach seinen Worten war alles durchaus gesetzmäßig. Zwei Wochen im voraus könnten die Arbeiter nicht entlohnt werden. Die Fabrikinspektion habe nicht die Befugnis, die Aussperrung abzubrechen, da die Fabrikanten gemäß einer zwischen

ihnen abgeschlossenen Konvention (Vereinbarung) handelten, die von allen Werk- und Fabrikbesitzern verlange, daß sie den Arbeitern in nichts nachgäben.

„Es steht schlecht um euch", sagte der Inspektor zum Abschied.

Der Besuch beim Fabrikinspektor zeigte einmal mehr, von wem und für wen die in Rußland geltenden Gesetze verfaßt waren. Die ausgesperrten Arbeiter konnten nur auf sich selber und auf die kameradschaftliche Unterstützung des Petersburger Proletariats rechnen. Diese Unterstützung wurde ihnen zuteil. Die Hilfe für die Arbeiter der Russischen Baumwollspinnerei sowie der Neuen Baumwollmanufaktur, in der etwa in den gleichen Tagen auf die gleiche provokatorische Weise über 2000 Menschen ausgesperrt wurden, zeigte die feste Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiterklasse. Der Kampf in einer Fabrik war der Kampf aller Arbeiter — das begriffen jetzt bereits vortrefflich breite Arbeitermassen.

3. Die Hilfe der Petersburger Arbeiter

Die Aussperrung in den Textilfabriken löste einen Sturm der Empörung unter den Arbeitern der Petersburger Fabriken und Werke aus. Hier und da gab es sogar eine Agitation anarchistisch gesinnter Elemente, die die Arbeiter aufriefen, auf die Repressalien der Unternehmer mit der Zerschlagung der Maschinen, mit Brandstiftungen und anderen Maßnahmen des ökonomischen Terrors zu reagieren. Die Sozialdemokraten kämpften energisch gegen diese Reden, die der Arbeiterklasse nichts als neue Gefahren verhießen. Maßnahmen des ökonomischen (und erst recht des politischen) Terrors wurden von den Sozialdemokraten stets als für die Arbeiterbewegung völlig unannehmbar und schädlich abgelehnt. Glücklicherweise gab es nur wenige Anhänger der anarchistischen Propaganda, und es gelang uns bald, diese Stimmung zu überwinden.

Die Hilfe des Petersburger Proletariats für die Textilarbeiter nahm andere Formen an. In allen Fabriken und Betrieben begann die Geldsammlung für die Ausgesperrten. Ebenso wie bei allen anderen Geldsammlungen wurden die gesammelten Summen der sozialdemokra-

tischen Dumafraktion zugeleitet, die sie alsdann ihrer Bestimmung zuführte.

Es ist charakteristisch, daß unsere Fraktion gerade zu dieser Zeit auf eine ganz unvorhergesehene Schwierigkeit stieß: Die Post weigerte sich, offenbar auf Anweisung der Polizeibehörden, die an die Fraktion adressierten Geldüberweisungen vorzunehmen, und zwar unter dem Vorwand, die Dumafraktion sei keine juristische Person und könne deshalb weder Geldbeträge annehmen noch über sie verfügen. Einige Überweisungen wurden zurückgehalten und gelangten nicht an den Adressaten. Um das künftighin unmöglich zu machen, wurde im Namen der Fraktion in der Arbeiterpresse bekanntgegeben, daß alle Geldüberweisungen an die Adresse einzelner Deputierter zu richten seien, die sie dem Kassenverwalter der Fraktion übergaben; dieser erstattete in den Zeitungen regelmäßig Bericht. Diese Bekanntmachung wurde längere Zeit hindurch Tag für Tag in der „Prawda" abgedruckt, bis alle Arbeiterorganisationen die neue Regelung erfahren hatten.

Aber diesmal beschränkten sich die Petersburger Arbeiter nicht auf einmalige Sammlungen für die von den Textilfabriken ausgesperrten Arbeiter. Die Gefahr der Aussperrung, die von den Unternehmern sehr bedenkenlos angewandt wurde, war eine reale Bedrohung der Arbeiter einer jeden Fabrik. In Anbetracht dessen kamen die Petersburger Arbeiter auf die Idee, einen besonderen Aussperrungsfonds zu schaffen, aus dem die Arbeiter, die von einer Massenentlassung betroffen wurden, eine Unterstützung erhalten konnten. Die Arbeiter schlugen vor, für diesen Fonds in allen Fabriken und Werken nicht nur Petersburgs, sondern auch der anderen Industriezentren Rußlands zwei Tageslöhne abzuführen. Auf diese Weise sollte ein gesamtrussischer Aussperrungsfonds geschaffen werden. Es gelang nicht, die Schaffung eines solchen Fonds praktisch in Angriff zu nehmen. Das im Lande wütende Polizeiregime machte es unmöglich, die Arbeiter in so großem Maßstab auf legale Weise zu organisieren.

Die von den Petersburger Arbeitern gesammelten Gelder wurden unter die streikenden Textilarbeiter verteilt. Zwar waren die gesammelten Beträge nicht hoch, und konnten bei den in den Werken geltenden Bettellöhnen gar nicht hoch sein, aber dennoch waren sie eine reale,

wirksame Hilfe, die den besonders Bedürftigen die Möglichkeit bot, ihren hungernden Familien wenigstens etwas Essen zu geben. Gleichzeitig bedeuteten die Geldsammlungen eine gewaltige moralische Unterstützung der Streikenden, gaben ihnen Mut und die Zuversicht, im Kampf nicht allein zu sein, die gesamte Arbeiterklasse hinter sich zu wissen.

Diese kameradschaftliche Unterstützung nahm auch noch andere Formen an: die Form von Grußresolutionen der Arbeiterversammlungen, die Form von Vorlesungen und Referaten, die für die Textilarbeiter während ihres Streiks gehalten wurden, und sogar der Verteilung kostenloser Eintrittskarten für die von Bildungsvereinen veranstalteten Konzerte usw.

Die Gewerkschaft der Textilarbeiter setzte sich dafür ein, daß die entlassenen Arbeiter die Verwaltung verklagten und die Auszahlung des Lohnes für zwei Wochen im voraus sowie für die gesamte Zeit des Stillstands der Fabrik forderten. Es war kaum damit zu rechnen, daß das zaristische Gericht den Forderungen der Arbeiter stattgab, aber das Klagen als solches war eine Form des Kampfes gegen die Aussperrungen, da es gegen den Geldbeutel des Unternehmers gerichtet war. Der Vorstand der Gewerkschaft ließ Formulare für Klageanträge drucken und verteilte sie unter ihre Mitglieder. Für alle übrigen Textilarbeiter wurde das Aufsetzen der Klageanträge und die im Zusammenhang damit notwendige Hilfe jeder Art in den Redaktionen der Gewerkschaftszeitschriften und Arbeiterzeitungen organisiert. Tag für Tag druckte die „Prawda“ den Aufruf der Gewerkschaft an die entlassenen Arbeiter ab, von ihrem Klagerecht Gebrauch zu machen und die dafür festgelegte gesetzliche Frist nicht verstreichen zu lassen.

4. Die Interpellation an die Regierung

Gleich in den ersten Tagen der Aussperrung wandten sich die Textilarbeiter auch an die sozialdemokratische Fraktion mit der Bitte, in der Reichsduma eine Interpellation über die empörende Abrechnung der Fabrikanten mit einigen Tausend Arbeitern einzubringen.

Eine Sondersitzung unserer Fraktion beschloß, unverzüglich an die Abfassung der Interpellation zu gehen und sie in einer der nächsten Dumasitzungen einzubringen. Die Interpellation wurde in den ersten Februartagen aufgesetzt und eingebracht, aber erst am 1. März, das heißt fast anderthalb Monate nach Verkündung der Aussperrung zur Debatte gestellt. Die Dumamehrheit verschleppte bewußt die Debatte über die Interpellation und wartete ab, bis die durch die Aussperrung ausgelöste Erregung der Petersburger Arbeiter etwas abgeklungen war.

Die Interpellationen an die Regierung wurden in der Reichsduma aus Anlaß von Verstößen gegen diese oder jene bestehenden Gesetze eingebracht. Indessen waren die Aussperrungen keine derartigen Verstöße, da die Massenentlassungen von Arbeitern durch die russischen Gesetze nicht verboten wurden. Um also die Interpellation juristisch zu begründen, mußte sie von unserer Fraktion abgefaßt werden als eine Interpellation über gesetzwidrige Handlungen der Fabrikinspektion, die die ihr auferlegten Pflichten nicht erfüllt hatte. Das war nur eine formale Motivierung: Der eigentliche Zweck der Interpellation bestand darin, den von den Kapitalisten geführten organisierten Feldzug gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaftsorganisationen aufzudecken.

Der Wortlaut der Interpellation begann mit einer allgemeinen Charakteristik des Aussperrungssystems, das von den Textilfabrikanten angewandt wurde. Am Ende der Interpellation schlug die sozialdemokratische Fraktion der Reichsduma vor, den Minister für Handel und Industrie zu fragen, ob ihm die Fälle gesetzwidriger Handlungen der Fabrikinspektion bekannt seien und was er zu unternehmen gedenke, um „die ihm unterstellten Beamten der Fabrikinspektion zur Erfüllung der ihnen gesetzlich auferlegten Pflichten anzuhalten".

Unsere Fraktion beauftragte Schagow und Samoilow damit, die Interpellation von der Dumatribüne aus zu verteidigen. Da sie selber Textilarbeiter waren, kannten sie sehr gut die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie und konnten viele Beispiele für die in den Webereien herrschende grauenhafte Ausbeutung anführen.

„Ich selber habe am eigenen Leibe erfahren, wie schwer das Leben

eines Webers ist", sagte Schagow in seiner Rede. „Ich weiß, daß er es auch in der besten Zeit, wenn er arbeitet, nicht leicht hat. Die Löhne in der Textilindustrie sind niedriger als sonst irgendwo, und er muß alle seine Kräfte anspannen, nur um irgendwie existieren zu können. Nur bei einer solchen intensiven Arbeit kann er die Groschen verdienen, die er braucht, um nicht zu verhungern. Die Lage der arbeitenden Frauen ist noch schwerer, ihr Lohn ist niedriger. Dafür werden sie aber noch mehr bedrängt und verhöhnt. Wie oft war ich Zeuge von Frauentränen, von Frauenleid und von Kränkungen der Frauen! Wenn der Lohn des Webers auch in der normalen Zeit kaum fürs Leben reicht, wird dieser, einmal auf die Straße gesetzt, sofort zum Hungern verurteilt. Was kümmert's den Fabrikanten? Er lauert nur auf die Möglichkeit, den Arbeitern einen neuen Schlag zu versetzen."

In seiner Rede ging Samoilow auf die Repressalien und Verfolgungen ein, denen jede Äußerung des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse ausgesetzt wird. An die Regierung und die Schwarzhunderterduma gewandt, beendete Samoilow seine Rede mit folgenden Worten:

„Es ist schwer, Sie mit irgendwelchen Argumenten zu überzeugen, es ist schwer, Sie zur Anerkennung der Dringlichkeit der vorliegenden Interpellation zu veranlassen. Bedenken Sie aber, meine Herren, daß die Arbeiter ganz Rußlands auf unsere Stimme, auf die Stimmen der Sozialdemokraten lauschen und das insbesondere jetzt, meine Herren, da sie wieder erwacht sind und ihre Kräfte für den neuen entscheidenden Kampf um ihre mit Füßen getretenen Menschenrechte sammeln. Und sie werden aus diesem Anlaß ihre Schlußfolgerungen ziehen."

Obwohl die Interpellation über die Aussperrung von der Reichsduma angenommen wurde, war ihr Schicksal das gleiche wie das aller anderen Dumainterpellationen. Wenn die zuständigen Ministerien die Interpellation erhielten, setzten sie ihre bürokratische Maschinerie der Kanzleiberichte, Meldungen, Notizen usw. in Gang. Während die Interpellation in den Ministerialkanzleien verstaubte, schwand die Aktualität, und erst dann gab die Regierung in Erfüllung ihrer formalen Pflicht „entsprechende" Erklärungen ab.

Die Antwort auf die Interpellation erfolgte fast anderthalb Monate später. Zur Abgabe der Erklärungen schickte der Minister für Handel und Industrie, Litwinow-Falinski, einen seiner Beamten, der als Inspirator und Vollstrecker der „Arbeiterpolitik" der Zarenregierung allgemein bekannt geworden war. Die zynische Unverschämtheit seiner Erklärungen übertraf alles, was in der Duma jemals an Antworten der Zarenminister gehört wurde. Litwinow-Falinski erklärte einfach, alle in der Interpellation angeführten Tatsachen habe es niemals gegeben: Es habe weder eine Lohnsenkung in der Kardierungsabteilung der Russischen Baumwollspinnerei gegeben noch eine Aussperrung, noch irgendwelche gesetzwidrigen Handlungen der Polizei und der Fabrikinspektion; es habe überhaupt nichts gegeben. Die Antwort des Ministerialbeamten war selbst unter den Bedingungen der an Ungeheuerlichkeiten reichen russischen Wirklichkeit ganz empörend. Die Markow, Purischkewitsch und ihresgleichen auf der äußersten Rechten waren von den Erklärungen Litwinow-Falinskis begeistert, klatschten laut Beifall, spotteten und verhöhnten die „Lügen der Linken".

Auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion wurde die Debatte über die Antwort der Regierung auf die Interpellation ebenso wie die Annahme einer Entschließung immerhin vertagt, bis die Fraktion neues Material vorlegen konnte. Aber auf die Tagesordnung der Sitzungen wurde die Interpellation nicht gesetzt. Die einen Tag später beginnende Debatte über den Staatshaushalt machte es der Dumamehrheit möglich, die für die Regierung unangenehme Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion endgültig unter den Tisch fallen zu lassen.

Der Kampf der Textilarbeiter in der Russischen Baumwollspinnerei endete mit einem Teilsieg der Arbeiter. Die Aussperrung dauerte über zwei Wochen und endete mit der Wiedereinstellung aller alten Arbeiter, darunter auch der streikenden Arbeiter der Kardierungsabteilung. Aber die Lohnsätze wurden herabgesetzt, und die Arbeiter mußten sich unter dem Druck der grauenhaften Not und des Hungers damit einverstanden erklären.

Weniger erfolgreich war der Kampf der Arbeiter in der Neuen Baumwollspinnerei. Dort wurden 250 alte Weberinnen nach Wieder-

anlaufen der Produktion nicht wieder eingestellt und endgültig entlassen. Auf die Straße gesetzt wurden vor allem Mitglieder der Gewerkschaften, darunter viele Mütter.

5. Die Aussperrung in der Fabrik Maxwell

Der durch Aussperrungen in der Russischen und in der Neuen Baumwollspinnerei ausgelöste Kampf war kaum vorbei, als es in der Textilindustrie zu einer neuen Aussperrung kam. Ausgesperrt wurden die Arbeiter der Fabrik Maxwell, die bereits im Dezember 1912 einen schweren Kampf mit ihrer Verwaltung bestanden hatten. Die Verwaltung der Fabrik Maxwell war bei der Verfolgung von Arbeitern brutaler und tückischer als die anderen Fabrikanten. Ebenso wie während der ersten Aussperrung wurden wegen eines politischen Streiks (am Jahrestag der Lena-Erschießungen) Massenentlassungen vorgenommen. Ebenso wie das vorangegangene Mal wählten die Fabrikbesitzer für die Abrechnung mit den Arbeitern die Zeit vor den Feiertagen: damals wurde die Aussperrung eine Woche vor Weihnachten, jetzt einige Tage vor Ostern verkündet. Daraus ging hervor, daß sich die Fabrikanten in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse an einen bestimmten strategischen Plan hielten.

Als dreitausend Maxwell-Arbeiter nach dem eintägigen Streik am 4. April, dem Jahrestag der Lena-Ereignisse, zur Arbeit erschienen, war an den Toren der beiden Fabriken eine Ankündigung des gleichen Inhalts wie vor dreieinhalb Monaten angeschlagen: „Wegen willkürlicher Niederlegung der Arbeit werden alle Arbeiter entlassen, und die Fabrik wird für unbestimmte Zeit geschlossen."

Auf der sofort einberufenen Versammlung der Arbeiter wurde beschlossen, die Entlassungen nicht anzuerkennen und den Restlohn nicht anzunehmen, sondern als Antwort auf die Aussperrung einen Streik auszurufen mit der Forderung, alle bis dato in der Fabrik Beschäftigten wieder einzustellen. Daneben wurden einige zusätzliche Forderungen erhoben, die sich auf die Arbeitsbedingungen in der Fabrik bezogen. Obwohl die Arbeiter über die Feiertage ohne ein Stück Brot blieben,

war ihre Stimmung gut. Ebenso wie das vorangegangene Mal rechneten sie mit der Unterstützung aller Petersburger Arbeiter.

Wegen Organisierung der Hilfe und wegen Sammlungen in den Fabriken und Werken wandten sich die Maxwell-Arbeiter an mich. Gleich zu Beginn des Streiks, am 9. April, richtete ich in der „Prawda" folgenden Aufruf an alle Petersburger Arbeiter:

„Jeder Arbeiter begreift, weshalb die Kollegen Maxwell-Arbeiter ausgesperrt werden: wegen Standhaftigkeit und wegen unauslöschlichen Solidaritätsgeistes. Man versucht, die bewußtesten Arbeiter durch Hunger zum Verzicht auf selbständige Verteidigung ihrer Interessen und auf solidarische Aktionen zu zwingen.

Wir wollen aber hoffen, daß die Fabrikverwaltung sich diesmal in ihren Spekulationen geirrt hat.

Die an dreitausend Arbeiter gerichtete Herausforderung wird von den dreihunderttausend Petersburger Arbeitern angenommen, die von Millionen Arbeitern ganz Rußlands unterstützt werden.

Das ist keine Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern der Fabrik Maxwell und ihrer Verwaltung, sondern zwischen dem Proletariat ganz Rußlands einerseits und dem vereinigten Kapital anderseits, eine Auseinandersetzung um das Recht der Arbeiter, gegen die Erschießung ihrer Kameraden zu protestieren, um das Recht, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen."

Der Aufruf zur Unterstützung der Maxwell-Arbeiter fand in allen Fabriken und Werken lebhaften Widerhall. In allen Betrieben begannen unverzüglich die Geldsammlungen. Am Abend wurden die gesammelten Mittel an mich abgeliefert, und ich leitete sie alsdann den Vertretern der Maxwell-Arbeiter zu. Am ersten Tag wurden über 700 Rubel gesammelt, am nächsten gingen über 500 Rubel ein usw. Diese Summen waren für die damaligen Zeiten sehr beachtlich und zeugten von der einträchtigen Unterstützung, die die Petersburger Arbeiter ihren streikenden Kameraden zuteil werden ließen.

Man muß erwähnen, daß in den Betrieben in den gleichen Tagen auch noch für verschiedene andere Zwecke gesammelt wurde: für die streikenden belgischen Arbeiter, für die Angehörigen der Lena-

Toten, für den Fonds der „Prawda“, für die politischen Verbannten usw. Für alle diese Zwecke spendeten die Arbeiter beträchtliche Summen.

Die gesammelten Gelder wurden den Maxwell-Arbeitern zusammen mit den Grußbotschaften der Arbeiter übergeben, die den Kameraden Hilfe im Kampf versprachen. Soweit es die Zensurbedingungen zuließen, veröffentlichte sie die „Prawda“ in ihren Spalten.

Der Streik und die Aussperrung bei Maxwell zogen sich hin und dauerten einen Monat. Die Fabrik wurde erst am 2. Mai eröffnet. Wenn die Verwaltung auch einen Teil der Arbeiter nicht wiedereinstellte, vermochte jedoch auch sie ihren Plan nicht voll zu verwirklichen. Die Löhne wurden nicht — wie von der Verwaltung bei der Verkündung der Aussperrung beabsichtigt — herabgesetzt und der Arbeitstag nicht verlängert, die Arbeitsbedingungen blieben vielmehr die alten. Das war ein Sieg der Arbeiter, die den langwierigen und zähen Kampf dank einer guten Organisation bestanden hatten.

In der Textilindustrie kam es im Frühjahr 1913 noch in einer Reihe weiterer Petersburger Fabriken (zwei Fabriken Stieglitz, Lütsch, Tschescher und andere) zu Aussperrungen. Das System der Aussperrungen wurde von den Textilfabrikanten solange angewandt, wie die Marktkonjunktur ungünstig war. Im Sommer begann im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Nishni-Nowgoroder Messe auf dem Manufakturmarkt eine Belebung. Die Aussperrungen wurden für die Unternehmer bereits unvorteilhaft. Anderseits verbesserten sich die Arbeitsbedingungen der Textilarbeiter. Durch eine Reihe ökonomischer Streiks gelang es ihnen, ihre Lage zu verbessern und eine Lohnerhöhung durchzusetzen.

Der Kampf der Petersburger Textilarbeiter während der Aussperrungen 1912—1913 ging unter sehr schweren Bedingungen vor sich. Obwohl die Arbeiter in einigen Fällen eine Niederlage erlitten, zeitigte dieser Kampf gewaltige positive Ergebnisse. Die Textilarbeiter, die rückständigsten unter der gesamten Masse des Proletariats, begriffen, welche außerordentliche Bedeutung die Organisiertheit und die kameradschaftliche Solidarität für die Arbeiterklasse haben. Die Aussperrungen waren nicht umsonst — sie haben die Arbeitermassen gestählt.

Kapitel IX

Große Streiks

1. Der Streik im Werk „Nowy Lössner"

In den Vorkriegsjahren waren wir Zeugen zahlreicher Vorkommnisse, die die gewaltige Geschlossenheit, Stärke und Organisiertheit der Petersburger Arbeiter zeigten. Aber selbst von diesem Hintergrund des angespannten und heroischen Kampfes hebt sich der Streik im Werk „Nowy Lössner" ab, der die ganzen Sommermonate 1913 hindurch dauerte. Sowohl was den Anlaß des Streiks als auch seine Dauer und was schließlich die durch den Streik ausgelöste riesige Welle der Solidarität unter breitesten Arbeitermassen betrifft, stellt der Streik bei Lössner eine der markantesten und stärksten Episoden der Arbeiterbewegung der Vorkriegsjahre dar.

Der Streik der Arbeiter des Werkes „Nowy Lössner" kann weder zu den rein politischen noch zu den rein ökonomischen Streiks gezählt werden, aber er konnte nur auf der Welle des großen revolutionären Aufschwungs entstehen, den die Arbeiterklasse in dieser Periode ihrer Entwicklung erlebte. Eine einzige, auf den ersten Blick scheinbar unbedeutende Forderung der Arbeiter — einen Meister zu entlassen, der den Tod eines ihrer Kollegen verschuldet hatte — verwandelte sich in einen überaus zähen Kampf, der sich nur in der allgemeinen Situation offener Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Klasse der Kapitalisten entfalten konnte.

Der Streik im Werk „Nowy Lössner" brach unter folgenden Umständen aus. Der Meister der mechanischen Werkstatt des Betriebes, Laul, gab dem Arbeiter Strongin einige hundert Schrauben zum Gewindeschneiden. Während der Arbeit ging ein Teil der Schrauben verloren — mag sein, daß sie zufällig zum Schrott geworfen oder irrtümlicherweise in eine andere Werkstatt gebracht wurden. Strongin teilte das dem Meister mit, der ihn beschimpfte und verlangte, daß er die verschwundenen Schrauben innerhalb von zwei Tagen herbeischaffe: „Sonst jage ich dich aus dem Betrieb mit dem Vermerk wegen

Diebstahl.“ Es war Strongin nicht möglich, die Schrauben zu finden oder nachzuweisen, daß er sie nicht gestohlen habe. Die Drohung des Meisters und die Aussicht, als Dieb gebrandmarkt den Betrieb verlassen zu müssen, erschienen ihm als ein nicht zu ertragendes Unglück. Strongin bat darum, in der Nachtschicht arbeiten zu dürfen, ging nachts in einen entlegenen Teil des Werkes, befestigte einen Strick an der Treppe zwischen zwei Stockwerken und erhängte sich.

Am 23. April wurde die Leiche Strongins in der Frühe von den Wächtern entdeckt. Als die Arbeiter in den Werkstätten davon erfuhren, legten sie alle die Arbeit nieder und versammelten sich an der Leiche. Die Verwaltung wurde von den Arbeitern aufgefordert, unverzüglich eine Untersuchung einzuleiten. Statt dessen schickte die Verwaltung nach der Polizei, in deren Anwesenheit die Leiche Strongins durchsucht wurde. In einer Tasche seiner Kleidung wurde ein Brief gefunden. Der Werkstattleiter überflog den Brief und versuchte, ihn zu verstecken, aber er wurde auf Verlangen der Arbeiter gleich auf der Stelle laut verlesen. Der Brief war an die Arbeitskollegen gerichtet:

„Kollegen! Ich weiß nicht, ob ich Euch schreiben soll. Ich will es dennoch tun ... Der Meister beschuldigt mich des Diebstahls. Und nun, bevor ich meine Rechnung mit dem Leben abschließe, sage ich Euch, Kameraden: Ich bin unschuldig; das sagt Euch mein Gewissen, mein Herz, meine Arbeiterehrlichkeit, aber ich kann es nicht nachweisen. Und ich kann das Werk nicht vom Meister als Dieb gebrandmarkt verlassen. Nun habe ich beschlossen, mir das Leben zu nehmen ... Lebt wohl, teure Kameraden und denkt daran — ich bin nicht schuldig.

Jakow Strongin.“

Erschüttert durch die letzten Worte des von der Verwaltung in den Tod gehetzten Kollegen, stand die Menge einige Minuten lang wie erstarrt. „Kameraden, ab mit den Mützen!“ ertönten einige Stimmen. Dann sang man im Chor „Unsterbliche Opfer“. Meister Laul, der Mörder Strongins, wurde mit den Rufen empfangen: „Judas! Verräter! Geh, Henker, hinter dem Sarg her und laß dich im Werk nicht mehr sehen!“ Alle Arbeiter des Werkes gaben dem Leichnam Strongins bis zur Klinik das Geleit.

Als die Arbeiter am nächsten Tage zur Arbeit kamen, trafen sie den am Tode Strongins Schuldigen im Werk an. Die Verwaltung erklärte, die Leitung der Lössner-Werke habe sich geweigert, der Forderung der Arbeiter nach Entlassung Lauls nachzukommen, da sie ihn für unschuldig halte. In einer Versammlung der ganzen Belegschaft beschlossen die Arbeiter, so lange zu streiken, bis der Mörder aus dem Werk entfernt werde. Das Werk stand still. Alle Arbeiter des Werkes „Nowy Lössner", über tausend Menschen, gingen nach Hause mit dem festen Entschluß, die Arbeit erst aufzunehmen, wenn ihre Forderung erfüllt werde.

2. Die Beisetzung des Arbeiters Strongin

Die Beisetzung Strongins gestaltete sich zu einer mächtigen Demonstration. Die Polizei und die Werkverwaltung trafen, wie immer in solchen Fällen, alle Maßnahmen, um die Teilnahme einer großen Anzahl von Arbeitern an der Beisetzung zu verhindern. Tag und Stunde der Beisetzung wurden bis zum letzten Augenblick geheimgehalten. Erst am Vortag, am späten Abend, erfuhr die Redaktion der „Prawda" die Stunde und den Ort der Beisetzung. In den bereits fertigen Satz für die erste Seite wurde eine Traueranzeige eingefügt. Aber die Zeitung konnte den Arbeitern nicht vor Arbeitsbeginn in die Hände gelangen. Deshalb haben nur einzelne Arbeiter aus der „Prawda" von der auf neun Uhr festgesetzten Beisetzung erfahren. Und dennoch waren in dem Augenblick, da die Leiche aus der Klinik getragen wurde, über tausend Menschen versammelt. Die Belegschaft des Werkes „Nowy Lössner" war vollzählig zur Stelle, man sah auch Vertreter anderer Betriebe. Kränze wurden in Eile besorgt, aber da man keine Zeit hatte, die Schleifen zu bedrucken, wurden die schwarzen Schleifen mit Kreide und die weißen mit Kohle beschriftet. Einige Schleifen schnitt die Polizei wegen revolutionärer Inschriften ab. Mit dem Gesang „Unsterbliche Opfer" gab die tausendköpfige Menge dem Leichnam Strongins bis zum Tor des Friedhofs das Geleit, wo der Zug von berittener Polizei empfangen wurde, die nur den Sarg und einige der nächsten Angehörigen des Verstorbenen auf den Friedhof ließ.

Um zu verhindern, daß die Mitglieder der Reichsduma, die Arbeiterdeputierten, auf den Friedhof gelangten, unternahm die Polizei zusammen mit der Werkverwaltung ein Betrugsmanöver. Ich und Malinowski sollten als Vertreter unserer Dumafraktion der Beerdigung beiwohnen. Man gab uns im Werkbüro eine falsche Adresse und die Auskunft, Strongin würde auf dem Mitrofan-Friedhof beigesetzt. Vom Mitrofan-Friedhof aus riefen wir das Werk an, und man täuschte uns erneut, indem man uns einen anderen Friedhof angab. Nachdem wir einige Stunden auf falscher Fährte umhergeirrt waren, trafen wir auf dem Preobrashenski-Friedhof erst ein, nachdem der Begräbniszug von der Polizei auseinandergejagt und der Sarg in das Grab hinabgelassen worden war.

Getäuscht wurden auch viele Arbeiter, die man mit Vorbedacht irreleitete. Da es den Arbeitern unmöglich war, an der Beisetzungsdemonstration teilzunehmen, brachten sie den Lössner-Arbeitern ihr Mitgefühl durch die „Prawda" zum Ausdruck. Statt der Aufschrift auf dem Kranz, den sie nicht auf dem Grab niederlegen konnten, veröffentlichten die Arbeiter des Werkes „Lawrow" in den Spalten der Zeitung folgenden Aufruf: „Du bist gestorben, Kamerad, da Du die gegen Dich erhobene Lüge der Lakaien des Kapitals nicht ertragen konntest. Aber für die Arbeiter bist Du, Kamerad, nicht tot, und die Arbeiter werden Deine Ehre in Schutz nehmen."

Der Kampf der Arbeiter vom Werk „Nowy Lössner" um die Bestrafung des getreuen Lakaien der Werkverwaltung, der den Selbstmord des Arbeiters verschuldet hatte, wurde für das ganze Petersburger Proletariat zu einer grundsätzlichen Angelegenheit. Dadurch erklären sich der Massencharakter und die Einmütigkeit der Unterstützung, die den „Nowy-Lössner"-Arbeitern zuteil wurde und die es ihnen ermöglichte, den in seiner Härte und Dauer außergewöhnlichen Streik durchzuhalten.

Aber auch für die Werkbesitzer wurde die Frage der Entlassung des Meisters zu einer prinzipiellen Angelegenheit. Dieser im Grunde genommen unbedeutenden Forderung nachkommen hieße für die Verwaltung Schwäche zeigen und den Arbeitern den Weg zu neuen Vorstößen und Sturmangriffen frei machen. Die Frage der Entlassung Lauls verschleierte lediglich den heftigen und erbitterten Kampf zwischen

Arbeit und Kapital. Als Antwort auf den Streik erklärte die Verwaltung, das Werk werde geschlossen und die ganze Belegschaft werde entlassen. Gleichzeitig erschienen in der „Kopejka" und in anderen bürgerlichen Zeitungen Streikbrecheranzeigen über die Neueinstellung von Arbeitern für das Werk. Aber die Streikenden hielten zusammen, unter ihnen gab es keine Streikbrecher, und keiner der Streikenden reagierte auf diese Anzeigen.

Die Arbeiter des Werkes „Nowy Lössner" zeigten eine außerordentlich hohe Organisiertheit. Da sie begriffen, daß sie ohne Unterstützung der gesamten übrigen Masse der Arbeiter nicht lange durchhalten könnten, wandten sie sich gleich in den ersten Tagen an die Arbeiter anderer Betriebe mit dem Aufruf, ihnen in ihrem Kampf zu helfen.

3. Die Solidarität der Arbeiter

Ihren Kameraden zu Hilfe kamen kurz darauf die Arbeiter des anderen Lössner-Werkes, „Stary Lössner", wo ab 13. Mai über 600 Menschen in den Streik traten und die gleichen Forderungen erhoben: 1. Laul ist zu entlassen; 2. alle alten Arbeiter werden ohne ärztliche Untersuchung wieder eingestellt; 3. für den Streik darf niemand bestraft werden; 4. für die Zeit des Streiks ist allen der Lohn auszuzahlen. Die drei letzten Forderungen waren bei allen Streiks und Aussperrungen üblich. Die Forderung nach Wiedereinstellung der alten Arbeiter ohne ärztliche Untersuchung wurde von den Streikenden stets erhoben, um der Verwaltung keine Möglichkeit zu bieten, unter dem Vorwand eines ärztlichen Gutachtens Mitglieder der Gewerkschaften und andere „unzuverlässige" Arbeiter zu entlassen.

Somit standen nunmehr beide Lössner-Werke still. Die Verwaltung wurde nicht nur der Möglichkeit beraubt, unter dem Vorwand der Einstellung für das Werk „Stary Lössner" Arbeiter für das Werk „Nowy Lössner" anzuwerben, sie konnte auch nicht länger die dringenden Aufträge, die sie hatte, wenigstens zum Teil ausführen. Da aber die Nichterfüllung von Aufträgen gewöhnlich Konventionalstrafen jeder Art nach sich zog, drohten den Werkbesitzern hohe Verluste.

Nun begann die Verwaltung, ihre Aufträge an andere Fabriken und Werke zu vergeben, wobei sie diesen ihre Modelle, Halbfabrikate und Zeichnungen zuschickte. Aber so geheim auch dieses neue Ausweichmanöver der Werkverwaltung gehalten wurde, die Lössner-Arbeiter erfuhren sehr schnell davon. Sie wandten sich an alle Petersburger Metallarbeiter mit dem Aufruf, die Aufträge Lössners zu boykottieren. Die Arbeiter aller Fabriken und Werke reagierten einmütig auf diesen Aufruf. Die von Lössner weitergegebenen Aufträge lagen still; es gab keine Hand, die sie anrührte.

Die Lössner-Verwaltung nahm zu einer neuen List Zuflucht: Von den Modellen, Zeichnungen und Halbfabrikaten wurden die Nummern, die Firmenstempel und die Zeichen, die auf die Herkunft des Auftrages hinwiesen, sorgfältig entfernt: ausradiert und ausgekratzt. Aber das half nichts. Die Lössner-Arbeiter verfolgten aufmerksam das Vorgehen der Verwaltung und waren gut darüber informiert, wohin die Aufträge vergeben wurden. Nun wandten sie sich unmittelbar an die Arbeiter des Werkes, an das der Auftrag vergeben wurde, und warnten sie: Kollegen vom Werk „Parviainen“ oder vom Werk „Odner“, bei euch sind von Lössner die und die Gußstücke oder die und die Modelle eingetroffen. Diese Arbeit ist zu boykottieren. Führt sie nicht aus. Diese Warnung genügte: Die Arbeiter der großen Werke und mechanischen Werkstätten rührten die Lössner-Aufträge nicht an.

Jede Weigerung, die boykottierte Arbeit auszuführen, jede Grußbotschaft der Arbeiter aus anderen Betrieben gaben den Lössner-Arbeitern neue Zuversicht und festigten ihren Glauben an den Sieg. Beide Werke standen still. Die Arbeiter gingen nicht einmal dicht an sie heran, sondern beobachteten lediglich aus der Entfernung, was dort vor sich ging. Am Werktor hing nach wie vor das Plakat, das die Arbeiter aufforderte, sich um die Einstellung zu bewerben. Die in der Sonne vergilbten Plakate ersetzte die Verwaltung durch neue. Aber ins Büro kam keiner. Die zufällig hineingeratenen, zum großen Teil ungelernten Arbeiter, legten sofort die Arbeit nieder, wenn sie erfuhren, daß im Werk gestreikt wurde.

Die Verwaltung verlegte sich auf alle möglichen Listen. Um den Eindruck zu erwecken, das Werk sei wieder in Betrieb, wurden die

Maschinen in Gang gesetzt und alle Gebäude erleuchtet. Um aber den Einblick in die leerstehenden Werkstätten zu verwehren, wurden die Fenster mit Pappe abgedichtet. Aber die Arbeiter benötigten nicht viel Zeit, um hinter die Betrügertricks zu kommen; sie wußten sehr wohl, daß es unter ihnen keine Streikbrecher gab.

„Unser Streik geht weiter", schrieben die Lössner-Arbeiter in ihrem Aufruf in der „Prawda" am 36. Streiktag, dem 25. Mai. „Alle Kollegen sind einmütig und einträchtig, da es in unserem Kampf um eine Idee geht und wir die Entfernung eines Werkmeisters fordern, auf dem die moralische Verantwortung für den Selbstmord eines jungen Arbeiters liegt. Wir haben Zuversicht geschöpft aus der moralischen Unterstützung, die uns von unseren engsten Arbeitskameraden, den Kollegen von ‚Stary Lössner' zuteil wird, und aus der Sympathie der Kameraden Arbeiter in Petersburg und ganz Rußland, vor deren Augen sich unser Kampf abspielt. Die materielle Hilfe, die von den Kameraden erarbeiteten Kopeken, die wir von den Arbeitern Petersburgs und der Provinz erhalten, — das sind Blut- und Schweißtropfen, ausgepreßt durch schwere Arbeit."

Noch niemals hatten sich Geldsammlungen unter den Arbeitern durch derartige Höhe und Regelmäßigkeit ausgezeichnet wie während des Streiks der Lössner-Arbeiter. In einer Reihe von Fabriken und Werken beschränkten sich die Arbeiter nicht auf einmalige Geldsammlungen, sondern führten regelmäßig einen Teil ihres Verdienstes ab. So handelten die Arbeiter der Werke Erikson, Aiwas, Geisler, Semjonow und andere. Im Metallwerk gestatteten die Arbeiter den Kollegen auf Wunsch Überstundenarbeit, aber nur unter der Bedingung, daß bei jeder Lohnzahlung ein halber Tageslohn für die Lössner-Arbeiter abgeführt wurde. Außerdem beschlossen die Familienväter unter den Arbeitern des Metallwerkes, die Kinder besonders bedürftiger Lössner-Arbeiter vorübergehend zu verpflegen. Während der gesamten Streikdauer wurden für die Lössner-Arbeiter etwa 18 000 Rubel gesammelt, die höchste Summe, die bislang während eines Streiks zusammengebracht worden war.

Gemäß einer Bitte der Streikenden wurde das gesamte gesammelte Geld ausschließlich der Dumafraktion zugeschickt. Damit das Geld nicht

unorganisiert verteilt wurde, sondern vor allem zu den Bedürftigsten gelangte, nahmen die Leiter des Streiks keine Beträge an, die nicht über die Fraktion kamen.

Vom Streik in den Lössner-Werken wußte ganz Rußland. Wir erhielten Geldüberweisungen aus weit entfernten Städten. Es kamen sogar Sendungen aus den entlegensten Punkten Ostsibiriens. Alle für die Lössner-Arbeiter bestimmten Summen gingen durch meine Hände. Ich erhielt täglich durch die Post und von Vertretern verschiedener Werke persönlich Hunderte von Rubel. Über alle Eingänge berichtete ich regelmäßig in den Spalten der „Prawda", wo genau angegeben wurde, in welchem Werk und wieviel gesammelt worden war. Das Geld gab ich den Vertretern der Streikenden, die es an die besonders Bedürftigen verteilten.

Der Streik bei Lössner war die eindrucksvollste Episode der Arbeiterbewegung im Jahre 1913. Die Partei brachte ihm besondere Beachtung entgegen. Sie unterstützte die Streikenden in jeder Weise, agitierte für die Organisierung der Hilfe, lenkte die Aufmerksamkeit breiter Arbeitermassen auf den Streik. Tag für Tag brachte die „Prawda" „Lageberichte" über den Kampf der Lössner-Arbeiter, veröffentlichte ihre Aufrufe an die Arbeiter anderer Werke, druckte agitatorische Notizen und Artikel ab.

Der Streik in den beiden Lössner-Werken dauerte die Sommermonate hindurch an. Um den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen, begann die Polizei Anfang Juli unter der leitenden Gruppe der Streikenden Verhaftungen vorzunehmen. Eine Reihe von Verhafteten wurde aus Petersburg ausgewiesen, wobei ihnen für 58 Städte der Zuzug verboten wurde.

Gleichzeitig begann die Werkverwaltung, den Arbeitern schriftliche Aufforderungen in die Wohnung zu schicken, sie mögen „unter den alten Bedingungen" die Arbeit wieder aufnehmen. Vor den Toren der Werke wurden die Streikenden im wahrsten Sinne des Wortes am Arm gepackt und ins Werk gezerrt. Trotzdem hielten sich die Arbeiter immer noch.

Als erste kapitulierten die Arbeiter des Werkes „Stary Lössner", die 68 Tage gestreikt hatten. Im „Nowy Lössner" dauerte der Streik noch

zwei Wochen länger, bis zum 1. August. Insgesamt hatten sich die Arbeiter von „Nowy Lössner" über drei Monate, 102 Tage, — eine beispiellos lange Zeit — gehalten.

Trotz der Niederlage, mit der der Lössner-Streik endete, hatte er in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine gewaltige Bedeutung. Er wühlte die Arbeiter auf und mobilisierte neue Schichten des Proletariats, die sich davon überzeugt hatten, daß ein langer Kampf nur bei guter Organisation und bei allgemeiner Unterstützung durch die gesamte Arbeiterklasse möglich ist.

Die Arbeiter, die der Lössner-Belegschaft halfen, vergaßen auch ihre anderen streikenden Kameraden nicht. Wie immer verstärkte sich die Streikbewegung in den Sommermonaten. Der Sommer begünstigte den Streikkampf: Man konnte häufiger illegale Versammlungen einberufen, die gewöhnlich in den Wäldern der Umgebung durchgeführt wurden; es war einfacher, Kurzversammlungen im Werk abzuhalten; es war verhältnismäßig leichter als im Winter, die mit der Unterbrechung in der Arbeit verbundene Not zu ertragen.

Mit der Belebung der Bewegung festigten sich die Fäden, die unsere Fraktion mit den Arbeitermassen verbanden, immer mehr. Im Sommer fuhren die Fraktionsmitglieder, wie immer in der Zeit zwischen den Dumasessionen, in ihre Wahlbezirke. Ich blieb allein in Petersburg. In dieser Zeit hatte ich die ganze Arbeit zu leisten, die sonst auf die Mitglieder der Sechsergruppe verteilt wurde.

In allen Fragen wandten sich die Arbeiter an mich. Besonders viele Besucher hatte ich an den Lohntagen, wenn man mir aus allen Werken das für die Streikenden gesammelte Geld brachte. Jeder Arbeiter, der mit gesammeltem Geld kam, stellte gewöhnlich eine Menge Fragen. In dem einen Fall mußten Genossen, die auf Anweisung und im Auftrage der Parteiorganisationen in die Illegalität gegangen waren, mit Treffs und Pässen versehen werden, in einem anderen Fall mußte man für entlassene Streikende Arbeit suchen, sich bei Ministern für Verhaftete einsetzen, Hilfe für Verbannte organisieren usw. Wo sich Anzeichen für ein Nachlassen des Streiks zeigten, mußten Maßnahmen getroffen werden, um die Stimmung der Streikenden zu heben, mußte die notwendige Hilfe geleistet, mußten Flugblätter gedruckt und verschickt

werden. Schließlich waren da auch noch persönliche Fragen, in denen sich die Arbeiter an mich wandten.

Es gab kein Werk und keine Fabrik, bis zu den kleinsten Betrieben, mit denen ich nicht auf diese oder jene Weise verbunden gewesen wäre. Die Zahl der Besucher war so groß, daß meine Wohnung sie zuweilen nicht mehr fassen konnte und einige auf der Treppe warten mußten, bis sie an die Reihe kamen. Jede neue Etappe des Kampfes, jeder Streik vergrößerte die Besucherzahl, festigte und verstärkte die Verbindung der Petersburger Arbeiter mit unserer Fraktion und trug gleichzeitig dazu bei, daß die Organisiertheit der Arbeitermassen gesteigert und die Parteiorganisation gefestigt wurde.

4. Die Ereignisse in den Waggonwerkstätten der Nikolai-Eisenbahn

Eine Episode des Kampfes, die die hohe Organisiertheit und die enge Geschlossenheit der Arbeitermassen zeigte, spielte sich im Frühjahr 1913 in den Waggonwerkstätten ab, wo ich vor den Wahlen zur Duma gearbeitet hatte.

Die Bevollmächtigtenwahlen, die in außerordentlicher Einmütigkeit verlaufen waren, hatten die Masse der Arbeiter in den Werkstätten mit Mut und Zuversicht erfüllt. Daß aber ein Arbeiter aus ihren eigenen Reihen zum Deputierten von Petersburg gewählt wurde, verstärkte die revolutionären Stimmungen in den Werkstätten noch mehr.

Die Ochrana, die alle Vorgänge im Werk aufmerksam verfolgte, beschloß, die erste beste Gelegenheit zu nutzen, um den Arbeitern einen Schlag zu versetzen, sie in „ruhige Bahnen“ zu lenken. Geeignet dazu schien die Zeit vor den Feierlichkeiten anläßlich des 300jährigen Bestehens des Hauses Romanow Ende Februar 1913. Schon lange vor den Jubiläumstagen säuberten die Polizei und die Gendarmerie eifrig alle Fabriken und Werke in dem Bemühen, alle unruhigen Elemente zu „entfernen“, um jeglichen revolutionären Demonstrationen in diesen Tagen vorzubeugen. Die Verhaftungen und Ausweisungen erfolgten gruppenweise. Alle „Verdächtigen“ wurden festgenommen.

In der Nacht zum 14. Februar wurde eine fünf Mann starke Gruppe von Arbeitern der Waggonwerkstätten verhaftet. Als die Polizei die Inhaftierung nicht mehr rechtfertigen konnte und die Verhafteten entließ, ordnete der Werkleiter an, diese Arbeiter nicht weiter zu beschäftigen. „Reicht bei mir ein Gesuch ein", erklärte er ihnen, „wir werden bei der Polizei anfragen, und dann wird es sich herausstellen, ob ihr in die Werkstätten zurückkehren dürft."

Die Obleute forderten, daß die Entlassenen wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Der Leiter versuchte, die Obleute einzuschüchtern: „Ihr erhebt revolutionäre Forderungen. Seht euch vor: Ihr habt alle Folgen zu tragen. Wiegelt die Arbeiter nicht auf."

Über eine solche Antwort empört, versammelten sich die Arbeiter des Werkes in der Jama und erhoben, nachdem sie die entstandene Lage erörtert hatten, die Forderung nach unverzüglicher Wiedereinstellung ihrer Kameraden. Die Forderung wurde in kategorischer Form gestellt. Die Arbeiter drohten mit sofortigem Streik, wenn ihre Forderung nicht erfüllt werden sollte.

Die Werkleitung versuchte, den Ansturm der Arbeiter irgendwie aufzuhalten und bat sich ein wenig Bedenkzeit aus. Als Antwort darauf kamen aus allen Ecken der Jama empörte Zurufe:

„Ihr hattet eine ganze Woche Zeit, um euch in den Papieren zurechtzufinden!" „Stellt die Entlassenen sofort wieder ein!" „Wir gehen nicht auseinander, bis ihr auf der Stelle erklärt, daß unsere fünf Kameraden noch heute arbeiten werden!"

Der Ansturm der Arbeiter, der zeigte, daß sie vor nichts zurückschrecken, um ihre Forderung durchzusetzen, verfehlte seine Wirkung nicht. Angesichts einer solchen Geschlossenheit mußte sich die Verwaltung fügen. Der erschrockene Werkleiter erklärte gleich in der Versammlung, die fünf freigelassenen Arbeiter könnten die Arbeit nachmittags aufnehmen.

Der Kampf, der sich in den Waggonwerkstätten abgespielt hatte, zeigte, was die Arbeiter durch gemeinsamen Ansturm erreichen können. Es galt, dieses Beispiel auszunutzen und die Aufmerksamkeit breiter Arbeitermassen darauf zu lenken. Zu diesem Zweck veröffentlichte ich

am 9. März in der „Prawda" folgenden Aufruf an die Arbeiter der Waggonwerkstätten:

„Werte Genossen! Ich beeile mich, Euch von ganzem Herzen zu Eurem solidarischen Auftreten am 4. März zu beglückwünschen, wo Ihr Euch beharrlich und kühn für Eure fünf um Arbeit und Brot gebrachten Kameraden eingesetzt und ihre Wiedereinstellung gefordert habt.

Schwer ist das Leben des Arbeiters, insbesondere in den Waggonwerkstätten der Nikolai-Eisenbahn.

Bevor ich in die Reichsduma gewählt wurde, habe ich lange Jahre in diesen Werkstätten gearbeitet und am eigenen Leibe die Unterdrückung seitens der Verwaltung erfahren: den brutalen Umgangston, die Entlassung nicht nur ohne Kündigung, sondern sogar ohne Angabe von Gründen.

Wie man sieht, ist jetzt der neue Leiter in die Fußtapfen des alten getreten und sogar noch weitergegangen.

Es gibt wohl in keinem, nicht einmal in einem privaten Werk so schwere Arbeitsbedingungen wie in den Waggonwerkstätten.

Man sollte annehmen, daß die Arbeitsbedingungen in den staatlichen Betrieben, die vom Markt weniger abhängig sind, weitaus besser sein müßten als in den Privatbetrieben. Sie müßten in ihrer technischen Ausrüstung wie auch in der Behandlung der Arbeiter ein Vorbild für die privaten Betriebe sein.

Die Arbeiter in den staatlichen Betrieben müßten einen kürzeren Arbeitstag und höheren Verdienst haben und müßten überzeugt sein, daß sie nicht ohne jeden Anlaß auf die Straße gesetzt werden.

Was sehen wir aber in den staatlichen Waggonwerkstätten?

Anstelle des Neunstundentages wird infolge der Überstunden zwölf Stunden täglich gearbeitet. Anstelle der normalen 24 Tage im Monat werden 35 Tage geleistet. Und im ersten Abschnitt der gleichen Eisenbahn werden sogar 45, 47 und auch 50 Tage geleistet.

Für diese Zuchthausarbeit erhält man ganze 45 bis 50 Rubel monatlich. Sollte aber ein Arbeiter normal, das heißt 24 Tage monatlich arbeiten — urteilt selbst, was er wohl verdienen kann. Und zuweilen kam es doch vor, daß die Arbeiter nach Gutdünken der Obrigkeit ein

halbes oder gar ein ganzes Jahr lang 12 bis 15 Tage im Monat arbeiteten und 18 bis 20 Rubel verdienten. Urteilt selbst, wie ein Arbeiter bei einem solchen Verdienst leben kann ...

Über die sonstigen Zustände in den Werkstätten werde ich das nächste Mal sprechen. Jetzt aber möchte ich sagen, daß es für mich, der ich von Euren Werkstätten in die Reichsduma gewählt worden bin, besonders erfreulich war zu wissen, daß Ihr, Genossen, bewußt und einmütig, nach dem Vorbild unlängst vergangener Jahre gezeigt habt: Ihr laßt es nicht zu, daß man ungestraft Eure Kameraden nach Gutdünken der Obrigkeit um Arbeit und Brot bringt.

Denkt daran, Genossen, daß Eure Stärke in der Bewußtheit und Einheit liegt und daß Ihr nur vereint Eure schwere Lage verbessern könnt."

Auf Anweisung des Stadthauptmanns wurde die Zeitung wegen meines Aufrufs mit einer Geldstrafe in Höhe von 500 Rubel belegt. Wir wußten es im voraus, daß die Veröffentlichung dieses Aufrufes in der „Prawda" die Beschlagnahme der Zeitung oder günstigenfalls eine Geldstrafe nach sich ziehen werde. Aber so schwer auch die Finanzlage der „Prawda" war — wir nahmen das in Kauf. Der Aufruf an die Arbeiter der Waggonwerkstätten war im Grunde eine Proklamation an die gesamte Arbeiterklasse, die zu erlassen uns unter Ausnutzung unserer legalen Möglichkeiten gelang. Auf diese Weise erfuhr diese Proklamation eine bedeutend weitere Verbreitung, als wenn sie in Form eines illegal gedruckten Flugblattes herausgegeben worden wäre.

Das Ergebnis, mit dem wir rechneten, als wir diesen Aufruf erließen, wurde erreicht: er löste unter den Arbeitern der Waggonwerkstätten einen neuen Stimmungsaufschwung aus.

Die Ochrana aber, deren Spekulationen fehlgeschlagen waren, begriff ihrerseits, daß sich die Arbeiter der Waggonwerkstätten nicht alles gefallen lassen. Lange Zeit wagte sie es nicht, die Arbeiter anzurühren, da sie eine neue Explosion befürchtete. Schließlich entschloß sich die Polizei, dennoch einen Überfall zu verüben. Einen Tag nach Ostern (im April 1913) erschienen in den frühen Morgenstunden große Abteilungen Gendarmen und Polizisten im Werk. In jeder Werkstatt wurden einige Mann postiert. Die Polizisten ließen die Arbeiter nicht aus der

einen Werkstatt in die andere, und wenn das für die Arbeit notwendig war, gestattete man es nur unter Begleitung. Und erst als diese Vorbereitungen abgeschlossen waren, wurde den vier vorgesehenen Opfern ihre Entlassung bekanntgegeben.

Die entlassenen Arbeiter wollten erfahren, weshalb sie entlassen werden, aber die Polizei ließ sie nicht zum Werkleiter vor. Den Obleuten der Werkstätten erklärte die Verwaltung, die Arbeiter würden auf Verlangen der Ochrana entlassen. Die entlassenen Arbeiter wurden später von der Polizei festgenommen und unter Anwendung der gleichen 58 Punkte, das heißt mit dem Zuzugsverbot für fast alle mehr oder minder großen Städte Rußlands, aus Petersburg ausgewiesen.

Am gleichen Tage kamen zu mir Arbeiter mit der Bitte, bei den Behörden Protest gegen die Entlassungen und Verhaftungen zu erheben und deren Aufhebung zu fordern. Es war völlig klar, daß in diesem Falle keinerlei Bemühungen und Proteste helfen konnten. Die Ochrana hatte bei dem Versuch, die ersten fünf Arbeiter zu entlassen, eine solche Schlappe erlitten, daß sie diesmal unter keinen Umständen zu Zugeständnissen bereit wäre. Das war sozusagen eine Sache ihrer „Ehre"; sie hielt es für notwendig, ihrer vorangegangenen Niederlage ein Exempel gegenüberzustellen.

In einem neuen Aufruf an die Arbeiter der Waggonwerkstätten, den ich aus diesem Anlaß am 1. Mai in der „Prawda" erscheinen ließ, beschrieb ich, was in den Werkstätten vor sich gegangen war, und appellierte an die Arbeiter, auf den Angriff der Verwaltung durch noch straffere Organisiertheit und Geschlossenheit um die Partei zu antworten. Natürlich durfte man das nicht offen schreiben, und ich kleidete deshalb meinen Appell in folgende Worte, deren wahrer Sinn jedem bewußten Arbeiter wohl verständlich war.

„Die Arbeiter bitten mich, die höchste Obrigkeit auf diese barbarischen Zustände aufmerksam zu machen. Gut, ich werde zum Minister gehen. Aber ich muß den Genossen erklären, daß dabei nicht viel herauskommt. Man muß selbst nachdenken, sich über die eigene Lage klarwerden, häufiger in die Arbeiterzeitung hineinblicken und verfolgen, wie die anderen Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lage kämpfen."

5. Der Streik im Baltischen Werk

Das staatliche Baltische Werk war dem Marineamt unterstellt. Wie in allen Militärbetrieben bestanden auch im Baltischen Werk für die Arbeiter wahre Zuchthausbedingungen. Der Stundenlohn des einfachen Arbeiters schwankte zwischen 12 und 18 Kopeken. Es wurden weitgehend Überstunden geleistet, die sogenannten „Extratouren", wodurch der Arbeitstag faktisch fast auf das Doppelte verlängert wurde. Die Bedingungen, unter denen auf der Werft gearbeitet wurde, waren höchst gesundheitsschädigend: Feuchtigkeit, Zugluft, Rauch, Schmutz und in der Winterzeit Kälte. Man mußte gebückt, in zusammengekauerter Stellung arbeiten. Sieben bis acht Jahre Arbeit unter solchen Bedingungen führten zu voller Invalidität.

Wie in allen Militärbetrieben, wo die Verwaltung Offiziersuniformen trug, zeichneten sich die Repressalien gegen die Arbeiter auch hier durch besondere Härte aus. Mit der Polizei stand die Verwaltung in engster Verbindung. Jeder Meister, jeder Vorgesetzte im Werk war eher ein Ochranamann als Angestellter der Verwaltung. Die Verwaltung züchtete im Werk Bespitzelung und Provokation, ermunterte die Denunzianten und übergab die „Aufrührer", sobald sie die notwendigen „Informationen" erhielt, unverzüglich der Polizei.

Ungeachtet all dieser schweren Bedingungen blieben die Arbeiter des Baltischen Werkes hinter ihren Genossen, den Arbeitern anderer Werke, nicht zurück. In den Frühjahrs- und Sommermonaten 1913 kam es im Werk immer wieder zu Unruhen, die in Streiks sowohl des gesamten Werkes als auch einzelner Werkstätten und Werkabteilungen zum Ausdruck kamen.

Als erster Anstoß diente der Streik von zehn Anreißern der mechanischen Werkstatt, ausgelöst durch die Entlassung dreier ihrer Kollegen, die sich geweigert hatten, Überstunden zu leisten. Die Verwaltung versuchte, Streikbrecher einzusetzen, aber die Arbeiter jagten diese mit Schimpf und Schande davon. Die Arbeit der Anreißer der mechanischen Werkstatt wurde den Anreißern der sogenannten „Schiffsseite" übergeben, aber dort rührte sie keiner an. Die an andere Werke vergebene Arbeit wurde boykottiert. Der Verwaltung gelang es nicht, die Beharr-

lichkeit einer kleinen Gruppe von Anreißern zu brechen. Die Anreißer, die einige Wochen lang streikten, genossen die Unterstützung der gesamten mechanischen Werkstatt, die sich aus Solidarität weigerten, die „Extra“arbeit auszuführen.

Der Streik der Anreißer in der mechanischen Werkstatt ließ die Stimmung im Werk steigen. Mit der Forderung nach Erhöhung der Lohnsätze traten zunächst die Arbeiter der Montage- und Installationsabteilung und dann die der „Schiffsseite“ hervor. Für Besprechungen mit der Verwaltung wurden drei Delegierte gewählt. Während die Besprechungen im Gange waren, setzte sich der Werkleiter mit der Polizei in Verbindung, und alle drei Delegierten wurden verhaftet. In der gleichen Nacht (zum 21. Mai) wurden nach Hausdurchsuchung alle streikenden Anreißer verhaftet. Als Antwort auf die Verhaftungen traten zweitausend Arbeiter der Schiffswerft in den Streik, erneuerten die von ihnen zuvor erhobenen wirtschaftlichen Forderungen und fügten diesen die Forderung nach Freilassung der Verhafteten hinzu.

Bevollmächtigte der streikenden Arbeiter kamen am gleichen Tag in die Dumafraktion, berichteten von den Vorgängen im Werk und baten, daß wir uns für die Verhafteten einsetzten. Zusammen mit einem Fraktionsmitglied schickte ich sofort ein Telegramm an den Marineminister und forderte ihn darin auf, uns zu Besprechungen zu empfangen.

Während meiner Tätigkeit in der Duma hatte ich, ebenso wie die anderen Mitglieder unserer Fraktion, mehr als einmal Gelegenheit, verschiedene Minister aufzusuchen. In der Hauptsache mußte der Innenminister aufgesucht werden, der für die Polizei und folglich auch für Verhaftungen, Verbannungen und alle anderen Arten von Repressalien zuständig war.

Wir waren uns sehr wohl darüber im klaren, daß wir bei den Ministern nichts Reales erreichen konnten. Weshalb gingen wir dann zu ihnen? Unsere Besuche bei den Regierungsmitgliedern hatten den gleichen agitatorischen Zweck wie die Reden von der Dumatribüne aus. Wenn die Arbeiter erfuhren, daß ihr Deputierter, ein Arbeiter wie sie selbst, forderte, von einem Zarenminister empfangen zu werden und

dieser den Deputierten empfangen und mit ihm verhandeln mußte, trug das in die breiten Massen eine neue Welle des Vertrauens in die eigenen Kräfte. Die Meldung in der „Prawda“, daß der Arbeiterdeputierte persönlich einem Minister irgendeine Forderung gestellt hatte, ließ neue Schichten von Arbeitern zum Kampf antreten. Jedesmal, wenn ich irgendeinen Minister aufgesucht hatte, erschienen in meiner Wohnung neue Gruppen von Arbeitern. Es kamen ganz neue Menschen, die bislang in keinerlei Beziehungen weder zur Partei noch zu den Gewerkschaften gestanden hatten. Sie brachten ihre Forderungen, Wünsche, Materialien für Interpellationen und wurden schon dadurch in die Reihen der organisierten Arbeiter einbezogen. Die Vortrupps der Arbeiter wurden durch neue Kräfte ergänzt. Das war das wirkliche, das reale Ergebnis der Ministerbesuche.

Der Marineminister Admiral Grigorowitsch war zu dieser Zeit verreist, er wurde durch den Stellvertreter des Ministers Admiral Bubnow vertreten, der uns am nächsten Morgen empfing. Wir schilderten ihm alles, was im Werk vor sich gegangen war, und forderten ihn auf, der Willkür der Werkverwaltung Einhalt zu gebieten.

Der Stellvertreter des Ministers versuchte zunächst ein in solchen Fällen übliches Manöver: er wisse von nichts, der Leiter des Werkes habe ihm in seinem Bericht nicht mitgeteilt, daß die Anreißer wegen Verweigerung der Überstundenarbeit entlassen wurden, und nichts über die Senkung der Lohnsätze berichtet, er wisse ebensowenig etwas von irgendwelchen andersgearteten „Repressalien“ gegen die Arbeiter usw. „Die Lohnsätze in der Schiffswerft erhöhen? Dann werden alle anderen Arbeiter das gleiche fordern, und das würde eine Mehrausgabe von 800 000 Rubel bedeuten. Allen Tagelöhnern Fausthandschuhe ausgeben? Das geht nicht. Das wäre ebenfalls eine Mehrausgabe.“

Als das Gespräch auf die Verhaftungen kam, vergaß Bubnow offenbar seine Worte, wonach der Werkleiter ihm nichts über sein Vorgehen mitgeteilt hatte. Es stellte sich vielmehr heraus, daß dieser, als dienstеifriger Beamter, nach den Weisungen seiner Vorgesetzten gehandelt hatte. Bubnow behauptete zwar, er habe den Werkleiter angewiesen, den Stadthauptmann nicht um die Verhaftung der Arbeiter zu

bitten. Als könne die Polizei die Bitte um Unterstützung im Kampf gegen Streikende irgendwie anders auslegen!

Auf unsere Proteste hin mußte Bubnow dennoch erklären, daß er eine Untersuchung der Vorkommnisse im Baltischen Werk einleiten und einen Sonderbeamten ins Werk entsenden werde. Das Versprechen, er werde das Vorgehen der Verwaltung untersuchen, war selbstverständlich bloße Täuschung. Am gleichen Tage wurde — statt der Untersuchung im Werk — im Namen des Stellvertreters des Marineministers bekanntgegeben, daß die Werkstätten, in denen gestreikt worden war, geschlossen und die Arbeiter entlassen würden.

Unser Besuch beim Stellvertreter des Marineministers zeitigte dennoch einige positive Ergebnisse. Am nächsten Tage ließ die Polizei auf Anordnung „von oben" die Verhafteten frei.

Der Streik war damit nicht beendet. Der Schiffswerft schlossen sich aus Solidarität andere Werkstätten an. Die Zimmermanns- und die Malerabteilung, die ihrerseits Forderungen nach Lohnerhöhung und nach Verbesserung einiger Arbeitsbedingungen erhoben, traten ebenfalls in den Streik. Es ist charakteristisch, daß sich unter ihren Forderungen auch die Forderung nach höflicherem Umgangston befand. Die Arbeiter protestierten gegen das Kasernenregime, das in allen Marinebetrieben herrschte. Insgesamt streikten im Baltischen Werk über dreitausend Arbeiter.

Einen Monat später, Ende Juni 1913, brach im Baltischen Werk erneut der Streik aus. Der Anlaß zum Streik war grobe Behandlung der Arbeiter und systematische Senkung der Löhne durch einen der Vertreter der Verwaltung, den Meister Polikarpow. Die Arbeiter warfen Polikarpow aus der Werkstatt heraus, worauf diese geschlossen wurde.

Die Arbeiter riefen ihrerseits den Streik aus und stellten eine Reihe von Forderungen. Der Streik dauerte über einen Monat. Um die Beharrlichkeit der Streikenden zu brechen, nahm die Polizei genau wie im Verlauf des ersten Streiks eine Reihe von Verhaftungen unter den Arbeitern vor. Es wurden mehr als zehn Arbeiter verhaftet, die von der Verwaltung der Organisierung und Leitung des Streiks verdächtigt wurden.

6. Beim Marineminister Admiral Grigorowitsch

Die Arbeiter setzten mich unverzüglich von den Verhaftungen in Kenntnis, und ich begab mich, wie das vorangegangene Mal, zum Marineminister Grigorowitsch, um Verhandlungen über das Schicksal der Verhafteten zu führen.

Admiral Grigorowitsch gehörte zu der Gruppe von Zarenministern, die „gute" Beziehungen zur Reichsduma pflegen wollten und sich fast wie Liberale aufspielten. Natürlich war ihr Liberalismus ein „halbseidener" Liberalismus. Sie bemühten sich bloß, die öffentliche Meinung nicht durch besonders reaktionäre Ausfälle zu reizen, betrieben aber in Wirklichkeit die gleiche Schwarzhunderterpolitik, lediglich raffinierter als die notorischen Pogromhelden vom Schlage des Innenministers Maklakow, des Justizministers Schtscheglowitow und ihresgleichen. Das „anständige" Benehmen Grigorowitschs gefiel der Oktobristenmehrheit so sehr, daß Rodsjanko später, als die Oktobristen Opposition zu spielen begannen, Grigorowitsch für den Posten des Leiters eines verantwortlichen Ministeriums vorschlug.

Da Grigorowitsch sehr wohl begriff, daß unser Gespräch den Arbeitern weitgehend zur Kenntnis gebracht werde, versuchte er sich als ein großer Freund des Volkes aufzuspielen.

„Ich bin selbst von unten aufgestiegen, habe eine lange, schwere Schule hinter mir, nachdem ich als einfacher Büroangestellter begonnen habe", erzählte mir der Admiral. Nach Grigorowitschs Worten soll er seinerzeit sogar in irgendeiner Arbeiterversammlung „von einem Faß aus" gesprochen, linke Ideen gepredigt haben usw. Grigorowitsch hielt sich deshalb für einen Kenner in der Arbeiterfrage und unterhielt sich mit mir lange über die Lage und die Nöte der Arbeiter.

Ich wußte natürlich sehr wohl, mit wem ich es zu tun hatte, und wozu er seine „arbeiterfreundlichen" Reden vergeudete. Ich bemühte mich, das Gespräch so rasch wie möglich in sachliche Bahnen zu lenken, und legte die Forderung der Arbeiter dar, die Verhafteten freizulassen und die Willkür der Vorgesetzten unbedingt zu zügeln. Der „Liberalismus" Grigorowitschs war mit einem Schlag verschwunden. Ich konnte keine positive Antwort von ihm erhalten. Er versuchte, den für ihn unange-

nehmen Fall abzuwimmeln, rief seinen Stellvertreter Bubnow und wies ihn an, sich mit der Untersuchung zu befassen.

Was Bubnow unter einer Untersuchung verstand, hatten wir bereits am Beispiel des vorangegangenen Streiks erfahren, der mit der Entlassung von einigen Dutzend Arbeitern und mit der vollen Sanktionierung der von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen endete. Bubnow begann zu versichern, daß im Werk auch jetzt alles in Ordnung sei: die Löhne seien hoch, keiner werde zu Überstunden gezwungen und die Arbeiter hätten keinen Anlaß zu Unruhen. Wegen der Verhafteten brauche sich keiner zu beunruhigen: wenn sie nichts auf dem Kerbholz haben, werden sie freigelassen.

Als ich darauf hinwies, daß das vom Stellvertreter des Ministers entworfene Bild der Ruhe und Ordnung im Werk der Wirklichkeit in keiner Weise entspreche, daß die Arbeitsbedingungen und das Vorgehen der Verwaltung die Arbeiter stöhnen lassen, versprach Grigorowitsch, noch einmal zu „untersuchen“, „nachzusehen“, „sich zu informieren“ usw.

Wir wußten, was diese Versprechen des Ministers wert waren. Damit es allen Arbeitern klarwerde, war sie von den Zarenministern erwarten können, ließ ich in der „Prawda“ eine ausführliche Meldung über das Gespräch mit Grigorowitsch und seinem Stellvertreter erscheinen und wies darauf hin, wie verlogen alle ihre Worte und Versprechen waren. Mein Bericht über den Besuch beim Minister war im Grunde genommen ein Aufruf an die Arbeiter des Baltischen Werkes, den Kampf fortzusetzen und auf keinerlei Verbesserungen „von oben“ zu hoffen.

Ich hatte sehr bald wieder mit dem Marineministerium zu tun, und zwar im Zusammenhang mit dem Streik im Obuchow-Werk, für das ebenfalls das Marineministerium zuständig war. Ende Juli 1913 brach im Werk, das über sechstausend Menschen beschäftigte, ein Streik aus. Der unmittelbare Anlaß zum Streik waren die unerträglichen Arbeitsbedingungen in der Werkstatt, in der Granaten gehärtet wurden. In dem engen Werkstattraum, der stets mit gesundheitsschädigenden Dämpfen angefüllt war, baute die Verwaltung, trotz aller Bitten der Arbeiter, keine Entlüftung ein. Die Arbeit in der Werkstatt dauerte, wie im gesamten Werk, 12 Stunden täglich, ohne Mittagspause. Die Löhne

für diese schwere Arbeit schwankten zwischen 20 und 40 Rubel monatlich, lagen also selbst unter dem gesetzlich festgesetzten Minimum.

Der Streik dauerte über zwei Monate. Nach seiner Beendigung wurden etwa hundert Arbeiter, die auf die „schwarze Liste" gesetzt worden waren, nicht wieder eingestellt. Wegen Streikens wurden 30 Personen verhaftet; 14 Personen wurden aus Petersburg ausgewiesen, wobei ihnen der Zuzug für 58 Städte verboten wurde.

Aber auch das genügte der Polizei nicht. Um die Arbeiter einzuschüchtern, wurde ein Gerichtsprozeß gegen Obuchow-Arbeiter inszeniert, denen zur Last gelegt wurde, einen Streik „in Betrieben, in denen er den öffentlichen Notstand heraufzubeschwören droht", angezettelt zu haben.

Schon bei den ersten Verhaftungen richtete ich an den Stellvertreter des Marineministers, den bereits erwähnten Bubnow, erneut die Forderung, mich in Sachen der Obuchow-Arbeiter zu empfangen. Das Marineministerium befürchtete offenbar, daß ich aus einer neuen Zusammenkunft mit dem Minister neues Material für die Agitation schöpfen werde, und deshalb wurde mein Telegramm nicht einmal beantwortet.

Das Ministerium hatte jedoch nicht bedacht, daß die Weigerung, einen Arbeiterdeputierten zu empfangen, ebenfalls vortreffliches Material für revolutionäre Agitation bieten konnte. Ich veröffentlichte in der „Sewernaja Prawda" vom 23. August einen von mir gezeichneten Artikel, „Von einem Minister zum anderen", in dem ich die Arbeiter sowohl über den verweigerten Empfang als auch über die Einzelheiten der Verhaftungen im Obuchow-Werk informierte.

„Auf Ersuchen der streikenden Arbeiter der Obuchow-Stahlgießerei bemühte ich mich darum, in Sachen des Streiks im Werk und in Sachen der dieser Tage verhafteten 37 streikenden Arbeiter vom Marineminister empfangen zu werden.

Der Minister war verreist. Ich wandte mich an Bubnow, den Stellvertreter des Ministers, und bat ihn telefonisch, mir eine Zeit für die Rücksprache anzugeben. Der Stellvertreter des Ministers konnte mich an diesem Tage nicht empfangen.

Ich schickte ihm ein Telegramm mit der Bitte, einen Tag für den Empfang anzusetzen. Es vergingen mehr als zwei Wochen, eine Ant-

wort blieb immer noch aus. Ich hielt es für nicht angebracht, mich ein zweites Mal an ihn zu wenden.

Wie wir von der Verwaltung des Obuchow-Werkes erfahren haben, gehen alle den Streik betreffenden Anordnungen an das Werk vom Stellvertreter des Ministers aus.

Aber da ist nichts zu machen: Wir haben ‚Gott sei Dank noch kein Parlament', und die Minister werden nicht von den Deputierten gewählt ... Man ist daher nicht verpflichtet, einen Deputierten, dazu noch einen Arbeiterdeputierten, in seiner Wohnung zu empfangen.

Gestern war ich bei Belezki, dem Direktor des Polizeidepartements.

Was die völlig grundlose Verhaftung von 37 Arbeitern des Obuchow-Werkes betrifft, versprach der Direktor des Polizeidepartements eine Untersuchung anzustellen.

Sodann informierte ich ihn über die Mißhandlung politischer Häftlinge im Roshdestwenski-Polizeirevier am 17. August dieses Jahres, die sich unter folgenden Umständen ereignet hatte. An diesem Tage wurde den Häftlingen der 8. Zelle befohlen, die Schlafpritschen noch vor sieben Uhr früh hochzuklappen, was sie auch ausführten. Die Häftlinge wünschten den stellvertretenden Aufseher zu sprechen, damit er ihnen diese Maßnahme erkläre. Er erschien bald mit einer Abteilung Schutzleute und befahl dem Diensthabenden, die Rädelsführer anzugeben. Dann wurde auf alle Insassen der Zelle mit Gummiknüppeln eingeschlagen. Die Mißhandlungen wurden von dem stellvertretenden Aufseher und vom Revieraufseher geleitet. Sechs Häftlinge mußten, einer nach dem anderen, vom zweiten Stockwerk in das Erdgeschoß, wo sich der Karzer befand, zwischen Schutzleuten Spießruten laufen; obwohl der Karzer keine Fenster hatte, waren im Hof des Hauses die Schreie der Mißhandelten zu hören.

Man muß bemerken, daß die Zellen im Roshdestwenski-Polizeirevier überfüllt sind. In Zellen, die für 12 bis 15 Menschen bestimmt sind, werden 30 bis 35 Menschen hineingepfercht. In der Hitzeperiode fehlt es in den Zellen an Luft.

Der Direktor des Polizeidepartements erklärte, auch in dieser Frage werde eine Untersuchung angestellt werden.

Was aber die Gerüchte über die Auflösung der St. Petersburger Gewerkschaft der Metallarbeiter betrifft, erklärte der Direktor des Polizeidepartements mit Bestimmtheit, diese Gerüchte seien völlig unbegründet und die Gewerkschaft werde nicht aufgelöst.

Das systematische Verbot für Vorlesungen und Versammlungen über die Versicherung der Arbeiter erklärte der Direktor des Polizeidepartements damit, daß diese Vorlesungen und Versammlungen angeblich unter Verletzung gesetzlicher Bestimmungen veranstaltet werden: in den Vorlesungen aber werden offenbar Anschauungen entwickelt, die den Ansichten der Urheber dieser Gesetze nicht entsprechen."

Solche Artikel, in denen die Arbeiterdeputierten vor den Arbeitern gleichsam Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegten, hatten eine gewaltige agitatorische und organisierende Bedeutung und lösten eine ganze Reihe von Antworten der Arbeiter sowohl in Versammlungen als auch in Briefen und Berichten an die „Prawda" aus.

Der Prozeß gegen die Obuchow-Arbeiter fand erst nach Beendigung des Streiks im Werk, am 6. November 1913, statt. Am Prozeßtag wurde in Petersburg ein eintägiger Massenstreik durchgeführt, an dem sich über 100 000 Menschen beteiligten. In allen Fabriken und Werken fanden Kundgebungen statt, auf denen Protestresolutionen angenommen wurden. Unsere Fraktion und die Redaktion der „Prawda" erhielten davon über hundert. Sie waren so scharf formuliert, daß die „Prawda" sie unter den Bedingungen der Zensur nicht einmal auszugsweise nachdrucken konnte.

Der Streik vom 6. November, der ausgesprochen politischen Charakter hatte, verlief in großer Einmütigkeit und mit gewaltigem Elan. Durch das Bestreben ausgelöst, die den Arbeitern gesetzlich zustehenden unbedeutenden Rechte zu schützen, war er im Grunde keine Defensive, sondern ein neuer Angriff der Arbeiter gegen die Regierung.

Eine Woche nach dem Prozeß trat die Belegschaft des Obuchow-Werkes wieder in Streik. Der Streik wurde durch neue Vorschriften ausgelöst, die von der Verwaltung eingeführt worden waren. Die Werkleitung hatte ein System festgesetzt, nach dem jeder Arbeiter, so sehr er sich auch vorsah, fast täglich eine Geldstrafe erhielt. Die Überstunden nahmen obligatorischen Charakter an und wurden faktisch nicht mit 50 Prozent Aufschlag, wie das gesetzlich bestimmt war, sondern

normal entlohnt. Dabei wurden die Arbeiter bei der Abrechnung betrogen, indem man die Lohnsummen regelmäßig nach unten auf den vollen Rubel abrundete.

Die Verwaltung benahm sich den Streikenden gegenüber höchst provokatorisch. Es wurden keinerlei Versammlungen, nicht einmal die in den Vorschriften vorgesehenen, gestattet. Den Arbeitern gewisser Kategorien wurde erklärt, man werde sie wegen Streik nicht entlassen, sondern im Falle der Arbeitsverweigerung zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen. Die ganze Umgebung des Werkes wurde von Polizeiabteilungen abgesperrt. Da die Obuchow-Arbeiter es nicht für möglich hielten, irgendwelche Verhandlungen mit ihren unmittelbaren Vorgesetzten zu führen, beschlossen sie, eine Delegation zum Marineminister zu schicken, um ihn persönlich über die Arbeitsbedingungen im Werk zu informieren und ihre Forderungen vorzubringen.

Auf Ersuchen der Arbeiter begab ich mich zu Grigorowitsch und legte ihm die Lage der Obuchow-Arbeiter dar. Diesmal spielte Grigorowitsch weder Liberalismus noch Liebe zum Volke. Er erklärte kategorisch, daß er weder eine Arbeiterdelegation empfangen noch eine Versammlung zur Wahl einer solchen gestatten werde. „Mit allen ihren Anliegen haben sich die Arbeiter nur an die Leitung des Werkes zu wenden", erklärte der Minister.

7. Die Rede zur Interpellation über das Obuchow-Werk

Da die Herbstsession der Reichsduma zu dieser Zeit bereits eröffnet war, wandten sich die Obuchow-Arbeiter an uns mit der Bitte, eine dringende Interpellation über die Lage der Arbeiter im Werk und über das Vorgehen der Werkverwaltung einzubringen. Die Interpellation unserer Fraktion wurde am 15. November eingebracht, aber erst nach zehn Tagen zur Debatte gestellt. Im Auftrage der Fraktion hielt ich zur Verteidigung der Interpellation folgende Rede:

„Meine Herren Mitglieder der Reichsduma! Ende vorigen Monats hatte ich Gelegenheit, Ihnen über die schwere Lage der Arbeiter im staatlichen Ochta-Werk zu berichten, das dem Kriegsministerium un-

terstellt ist; jetzt habe ich Gelegenheit, Ihnen die nicht minder schwere und nicht minder traurige Lage der Arbeiter im staatlichen Obuchow-Werk zu schildern, das dem Marineministerium unterstellt ist.

Seit 1907, seit der Zeit, da die Reaktion triumphiert hatte, lebten die Arbeiter des Obuchow-Werkes unter den schwersten Bedingungen: die Verwaltung des Werkes setzte die Löhne systematisch herab, und nun haben die Arbeiter im vergangenen Sommer diese schweren Bedingungen nicht länger ertragen können und sind in den Streik getreten. Für diesen Streik gab es verschiedene Anlässe — der Hauptanlaß aber war die systematische Herabsetzung der Lohnsätze durch die Verwaltung. Es begann in der Werkstatt für das Härten der Granaten, dann trat das ganze Werk in den Streik.

Wie barbarisch die Zustände in diesem Werk sind und wie kalt das die Verwaltung läßt, erkennen Sie aus folgendem: In diesem Werk verprügelte der Wächter einen Arbeiter in der Torbude, und als die Arbeiter des ganzen Werkes die Entlassung dieses Wächters forderten, hielt es die Verwaltung nicht für notwendig, dieser Forderung nachzukommen. Sie findet, daß dieser Wächter seiner Bestimmung durchaus entspricht. (*Stimme von rechts:* Richtig!)

Nein, falsch. Wie Sie sehen, nimmt die Verwaltung diese Ausschreitungen in Schutz. Sie wissen natürlich, daß so etwas auch in anderen Werken der Fall war. So war es in den Putilow-Werken Ende vorigen Jahres, als 14 000 Arbeiter eines ähnlichen Falles wegen streiken mußten, die Verwaltung aber den Betreffenden nicht entließ und die Arbeiter zwang, die Arbeit dennoch aufzunehmen. Es gab einen solchen Fall in der „Internationalen Schlafwagengesellschaft", es gab genau den gleichen Fall im Werk „Nowy Lössner", in der Abteilung der Waggonwerkstätten. Das sind sämtlich staatliche Werke. Der Gendarm, der den Wächter auf seinem Posten verprügelt hat, ist heute noch da. Im Obuchow-Werk hungerten die Arbeiter zwei Monate lang. (*Stimme von rechts:* Euretwegen.) Dieses Werk wurde vom Stadthauptmann besucht. Weswegen, fragt man sich. Sie wissen, daß eine Nacht später etwa 30 Arbeiter verhaftet wurden. Am nächsten Tage kamen die Mütter und die Frauen zu mir und erklärten, daß sie eine ‚Tatareninvasion' hinter sich hätten: die Polizei kam in der Nacht, drehte alle Truhen und

Schubkästen um, in den Schuppen wurde im Brennholz gewühlt — sie suchten natürlich. Was suchten sie denn? Vielleicht Bomben? Sie fanden nichts, dennoch wurden die Arbeiter festgenommen und einige Tage später aus Petersburg ausgewiesen. Dann lud der Werkleiter Arbeiter in die Werkstätten vor, dort ließ er Polizeioffiziere und ihre Gehilfen mit ihnen sprechen; er selbst aber verließ solange das Zimmer. Die Polizeioffiziere schüchterten die Arbeiter mit der Drohung ein, daß sie nach diesem und jenem Paragraphen bestraft würden usw.

Aber Sie wissen doch, meine Herren, daß es einen Artikel des 1905 erlassenen Gesetzes gibt, wonach die Arbeiter wegen Streik nicht zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden dürfen. Natürlich sagen Sie, meine Herren, daß dieser Artikel im Jahre 1905 erlassen wurde, und daß man ihm nicht glauben sollte. Aber er wurde immerhin erlassen; gewiß war das Jahr 1905 für Sie, meine Herren, eine schreckliche Zeit; Sie wissen, die einen flohen ins Ausland, die anderen blieben; nun können sie sich nicht erinnern, was sie hier taten, nahmen einfach alle möglichen Artikel an, die jetzt überhaupt nicht angebracht sind.

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, bitte näher an die Frage.

Badajew: Eben angesichts dieser Verstöße wandten sich die Arbeiter des Obuchow-Werkes an mich mit der Bitte, ich möge zum Minister fahren und über diese höchst brutale und rigorose Verletzung mit ihm sprechen. Da ich wußte, daß der Marineminister nicht in Petersburg weilt, wandte ich mich an den Stellvertreter des Marineministers, Bubnow, der es nicht für notwendig befand, mich zu empfangen. (*Lachen rechts und Zurufe:* Richtig!)

Wieso denn auch? Es ist natürlich für einen russischen Minister nicht obligatorisch, einen Arbeiter zu empfangen und über die Lage der Arbeiter zu sprechen. Das ist um so begreiflicher, als die Minister nicht von den Mitgliedern der Duma gewählt werden, und deshalb darf man von einem Minister auch nichts verlangen.

Die Lage der Arbeiter im Werk ist eine ganz verzweifelte, besonders die der sogenannten ‚allgemeinen' Arbeiter — das sind ebensolche Arbeiter wie alle anderen im Werk, genießen aber nicht die allgemeinen Rechte wie die anderen. Indessen geht ihre Zahl zuweilen in die Tau-

sende. Und nun leisten dort die ‚allgemeinen' Arbeiter schwerste Arbeit für 60 Kopeken, während ein Facharbeiter, der an der Werkbank 4 bis 5 Rubel verdienen könnte, nur 80 Kopeken verdient. Und so schuften diese Arbeiter dort jahraus, jahrein.

Jetzt zu einem anderen Vorkommnis anläßlich des zweiten Streiks im Obuchow-Werk. Die Arbeiter haben sich an mich als den Vertreter der Petersburger Arbeiter gewandt, ich möge zum Marineminister fahren und eine Genehmigung erwirken für eine Versammlung der gesamten Belegschaft, auf der Fragen im Zusammenhang mit dem Streik in diesem Werk erörtert werden sollten. Die Kollegen, die zu mir kamen, rechneten natürlich nicht damit, daß der Marineminister diese Versammlung gestatten könnte, ebensowenig wie sie damit rechneten, daß irgendeiner der Minister auch nur einen Finger rührt, um die Lage der Arbeitermassen zu erleichtern.

Aber der Anschauungsunterricht ist der wirksamste Unterricht. Die erfolgte Weigerung des Marineministers zeigte, wie eitel die Hoffnungen sind, die bislang vielleicht von den wenig bewußten Elementen unter den Obuchow-Arbeitern gehegt wurden. Doch die Obuchow-Geschichte ist so bedeutsam und charakteristisch, daß wir nicht umhin können, grundsätzlich auf sie einzugehen und vor dem ganzen Lande das System der Ausbeutung der Arbeitskräfte darzulegen, wie sie in einem staatlichen Werk betrieben wird. Das Obuchow-Werk ist in Petersburg das zweitgrößte. Hier arbeiten rund sechstausend Arbeiter unter Zuchthausbedingungen, und nicht umsonst ist das Arbeitsbuch mit den internen Vorschriften des Obuchow-Werkes für Meister und Arbeiter blutrot. (*Stimmen von rechts:* Ei, ei!) Und nicht als Phrase ziehe ich hier den Vergleich, daß dieses Buch blutrot ist. (*Stimme von rechts:* Wie denn blutrot? Zeigen Sie mal!) Es ist klar, daß ich nicht damit rechne, Sie mit dieser Beschreibung zu rühren, mit der Beschreibung der schweren Lage der Arbeiter im Obuchow-Werk. Es ist klar, daß es unsinnig ist, Telegrafenstangen gegen Pocken zu impfen; nicht minder unsinnig ist es, in dieser Schwarzhunderterduma der Gutsbesitzer über die Lage der Arbeiter zu sprechen.

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich bitte Sie, vorsichtiger zu sein.

Badajew: Und wenn ich jetzt dennoch über die Lage der Arbeiter, über ihre Streiks, über ihre Leiden sprechen werde, dann tue ich das für das Land, für das Proletariat, für das ganze Volk, um das ganze System der von der Regierung betriebenen Ausbeutung zu zeigen, um alle Hoffnungen in den Herzen naiver Menschen außerhalb der Duma zu töten, daß man sich mit der bestehenden Ordnung der Dinge abfinden könne ... (*Stimmen von rechts:* Genug!) ... und um durch Ihre Abstimmung einen Anschauungsunterricht darüber zu erteilen, daß nicht nur die Regierung, sondern auch die Duma selbst nichts für die Arbeiter tun will. Mögen doch alle wissen, unter welchen Bedingungen die Arbeiter des Obuchow-Werkes arbeiten; Sie aber werden durch Ihre Abstimmung den Weg des Kampfes weisen, zu dem wir seit langem aufrufen und der mit den Vorzimmern des Ministeriums nichts gemein hat ... (*Stimme von rechts:* Was ist denn das für ein Weg?) Den werden Sie durch Ihre Abstimmung weisen.

Jetzt möchte ich mir erlauben, einige Stellen aus diesem Buch ... (*Stimme von rechts:* Dem blutroten!) zu zitieren: ‚Als regelmäßige Arbeitszeit im Werk gilt für alle Arbeiter die durchgehende Arbeit von 12 Stunden am Tage oder 12 Stunden in der Nacht sowie für Arbeiter, die mit Hilfsarbeiten beschäftigt sind, von 9 Stunden am Tage oder 9 Stunden in der Nacht, bei einem Zwölfstundentag von sieben Uhr früh bis sieben Uhr abends.‘ Die Arbeiter gehen zum Mittagessen nicht nach Hause, sondern nehmen das Essen in den freien Minuten während der Arbeit zu sich. Daher müssen die Arbeiter begreiflicherweise, da es keine Mittagspause gibt, unregelmäßig kaltes Essen zu sich nehmen, hastig, bei der Arbeit. Und Sie wissen doch, wie die Verwaltung mit Arbeitern umspringt, wenn sie nicht arbeiten? So kommt es dazu, daß sie überhungert sind usw.

Aber Sie werden mir, meine Herren, sagen, daß es solche Zuchthausbedingungen vielleicht nicht in allen Werkstätten, sondern nur in einigen gäbe. Nun werde ich Ihnen, meine Herren, ein Beispiel aus dem gleichen Arbeitsbuch anführen: ‚Die Arbeiter sind verpflichtet, auch nach Ablauf der normalen Arbeitszeit am Arbeitsplatz zu bleiben, wenn die Arbeit aus technischen Gründen ohne Unterbrechung beendet werden muß. Alle Arbeiter in der Reparaturwerkstatt sind verpflichtet, auch nachts

oder feiertags zur Arbeit zu erscheinen sowie auf Verlangen des Meisters nach Beendigung der üblichen Arbeiten am Arbeitsplatz zu bleiben.‘

Im Paragraphen 39 heißt es: ‚Alle Arbeiter ohne Ausnahme haben auch zu nicht vorgesehener Zeit zu erscheinen im Falle eines plötzlichen Schadens an Kesseln, Leitungen und Motoren.‘ Dieser Paragraph hebt den Neunstundentag auf, da der Arbeiter auch nach Ablauf von 9 Stunden zu beliebiger Zeit zur Arbeit gezwungen werden kann. Zwar gibt es den Paragraphen 45, wonach die Überstundenarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt wird. Aber diese ganze Regelung ist falsch und verlogen. Laut Paragraph 42 müssen die Arbeiter, die aus irgendwelchen Gründen die Schichtstunden nicht voll geleistet haben, zunächst die fehlende Zeit zu Normalsätzen abarbeiten, und erst dann wird diese Arbeit mit 50 Prozent Zuschlag berechnet. Somit machen, meine Herren, Bummelschichten, Krankheit, durch äußere Umstände bedingtes Fehlen im Werk oder bloße Verspätung die Zuschläge von 50 Prozent zunichte. Es gibt keinen Neunstundentag, es gibt einen Zehn- bis Zwölfstundentag, und zwar nicht mit 50 Prozent Zuschlag, sondern zu normalen Sätzen.

Wir wollen noch auf ein anderes Mittel zur Verlängerung der Arbeitszeit mittels der berühmten Kontrolluhren eingehen. Vor Beginn der Arbeit wird dreimal gepfiffen, nach dem dritten Pfiff wird das Werktor geschlossen, und für den Zuspätkommenden fällt die Schicht aus; wer zu spät in die Werkstatt kommt, erhält eine Geldstrafe, darf — wenn die Verspätung über 15 Minuten beträgt — am Vormittag nicht arbeiten und wird wiederum mit einer Geldstrafe belegt. So kommen die Bummelschichten zustande, die die Arbeiter später zu normalen Lohnsätzen in Überstunden abarbeiten müssen.

Ferner ist jeder Arbeiter verpflichtet, nur das ihm vorgeschriebene Tor zu passieren. Beim Passieren des Werktors weist er dem Wachmann seine Nummer vor und steckt sie in einen dazu bestimmten Kasten. Wenn er in die Werkstatt kommt, nimmt er seine Karte aus dem Kasten, stempelt sie an der Kontrolluhr ab, legt sie in einen anderen Kasten an einen bestimmten Platz und nimmt dann die Arbeit auf. Das gleiche hat beim Verlassen des Werkes zum Mittagessen, bei der Rückkehr vom Mittagessen, beim Antritt der Überstundenarbeit und beim Verlassen des Werkes nach den Überstunden zu erfolgen,

wobei im letzteren Falle eine besondere Nummer in einen besonderen Kasten gesteckt wird. Das alles muß erledigt werden, selbst wenn man über Mittag nicht fortgeht. Wer seine Karte nicht abgestempelt hat, erhält eine Geldstrafe, und wer seine Anwesenheit in der Werkstatt durch Kontrolluhrstempel nicht nachweisen kann, hat eine Bummelschicht, und ich sagte Ihnen schon, wie sich das auswirkt. Diese Kontrolluhren lassen die sechstausendköpfige Menge sich vor dem Werkeingang und vor dem Werkstattausgang stauen und schaffen unvermeidliche Verspätungen. Diese Verspätungen ziehen Überstunden zu normalen Lohnsätzen nach sich. Das eben ist die Hauptursache für den gegenwärtigen Streik.

Gehen wir jetzt zu dem dritten, unverhohlenen Betrug über, der von der Verwaltung praktiziert wird. Laut Paragraph 96 werden die Löhne, um ihre Auszahlung an die Arbeiter zu vereinfachen, nur in Rubeln ausgezahlt, die dem Werk verbleibenden Kopeken werden dem Lohn für die nächste Monatshälfte zugerechnet, der wiederum in Rubeln ausgezahlt wird. Einsprüche gegen eine falsche Berechnung der Kopeken werden nur innerhalb von drei Tagen berücksichtigt, danach aber gilt die Eintragung laut Paragraph 96 als richtig, und es gibt keinerlei Nachzahlung für die vorangegangene Zeit. Diese Kopeken wachsen zu Rubeln an, und dann läßt sie die Verwaltung verschwinden. Die Arbeiter fordern die volle Bezahlung bis auf die Kopeke für jede Monatshälfte.

Da die Arbeit nach Zeit berechnet wird, erhalten alle Werkstattarbeiter für ihre nächste Arbeit einen Zettel mit Zeitvorgabe. Braucht der Arbeiter zur Ausführung der Arbeit eine längere Zeit, wird er in eine niedrigere Lohngruppe eingestuft und zu gegebener Zeit für die Entlassung vorgeschlagen. Schon das allein veranlaßt den Arbeiter, die Arbeitsintensität um jeden Preis zu steigern. Wird der Arbeiter in eine höhere Lohngruppe eingestuft, so verkürzen sich die Zeitvorgaben für die von ihm bislang ausgeführten Arbeiten im gleichen Maße, wie sich sein Stundenlohn erhöht. Diese Falle, die ausgeklügelt worden ist, um die Arbeitsproduktivität letztlich für den gleichen Lohn zu steigern, führt gleichsam zur Auslese der Besten, zum Untergang der Schwachen und zur Erschöpfung der Ausgewählten selbst. Und nicht anders denn als nackten Betrug, als Täuschung müssen wir ein solches System der Entlohnung bezeichnen.

Gehen wir jetzt zu einem weiteren, dem letzten Betrug der Verwaltung an den Arbeitern über. Jeder Arbeiter und seine Angehörigen — die Frau, die Kinder und die Eltern — haben das Recht, unentgeltliche ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Sprechstunden für Männer beginnen um zwölf Uhr mittags, Frauen und Kinder können während der Sprechstunden für Männer nicht empfangen werden. Wenn ein Arbeiter werktags ins Krankenhaus geht, riskiert er jedesmal, mit einer Geldstrafe belegt zu werden, und hat begreiflicherweise den Wunsch, feiertags zu gehen. Aber laut Paragraph 106 gibt es Sprechstunden für Arbeiter täglich mit Ausnahme der Feiertage. Sie, meine Herren, wissen doch, daß Sie alle möglichst viel verdienen wollen; Sie möchten, daß das für die Maschinen aufgewandte Kapital, an denen Sie zwei und drei Schichten arbeiten lassen, damit es nicht ruht, sondern zirkuliert, Ihnen Profite bringt. Und wenn der Arbeiter werktags im Betrieb arbeitet, kann er nicht ins Krankenhaus gehen, weil er bestraft werden kann. Sie sollen und müssen den Arbeitern zu jeder Stunde und zu jeder Minute ärztliche Hilfe zuteil werden lassen. An Feiertagen aber gibt es im Obuchow-Werk keine Sprechstunden. Dieses Krankenhaus ist ein weiteres Mittel zur Vergrößerung der Geldstrafen. Die Bescheinigung, die beantragt werden muß — sie muß am Vorabend beantragt und im Kontor extra vorgelegt werden —, zieht ebenfalls Zeitverlust und Lohnausfall nach sich.

Aber wenn Sie, meine Herren, Leibeigenschaft im 20. Jahrhundert sehen wollen, müssen Sie die Paragraphen 65 und 66 lesen. (*Stimmen von rechts:* Aus dem gleichen Buch!) Jawohl, aus dem gleichen Buch. ‚Den Arbeitern wird verboten, die Werkstatt ohne schriftliche Genehmigung des Werkstattleiters zu verlassen; das Betreten von Werkstätten durch Personen, die nicht dort beschäftigt sind, wird bestraft.' Ist das nicht die Fesselung an die Werkbank und ausgesprochene, unverhohlene Leibeigenschaft im vollen Sinne des Wortes? (*Stimmen von rechts:* Das ist schwach. *Heiterkeit.*) Für Arbeitsausfall, auch wenn er auf Verspätung zurückzuführen ist, wird der Arbeiter nicht nur mit halbem Tageslohn, sondern auch in Höhe des Lohns für die ausgefallene Zeit bestraft, er büßt, auch wenn er nur eine Minute zu spät ans Werktor kommt, den Lohn für den Arbeitstag und den halben Lohn für die am

gleichen Tag geleisteten Überstunden, das heißt er büßt als Strafe den doppelten Lohn ein. Mit einer Strafe in Höhe von drei Stundenlöhnen wird er belegt, wenn er unentschuldigt fehlt, wenn er die Arbeit vor Arbeitszeitablauf einstellt, wenn er den Arbeitsplatz vor der Ankunft des Schichtablösers verläßt, wenn er sich nicht von der Kontrolluhr registrieren läßt, wenn er die Werkstatt vor dem Sirenensignal verläßt und wenn er nach dem Sirenensignal in der Werkstatt angetroffen wird, wenn er die Maschine nicht säubert, die Werkbänke nicht pflegt, die Sicherheitsregeln nicht einhält, dem Wachposten nicht die Nummer vorweist, andere Werkstätten aufsucht, den Betriebsausweis nicht zurückgibt, ungehorsam ist, seine neue Adresse nicht meldet und überhaupt gegen die Vorschriften verstößt. Und da es für die Verwaltung vorteilhaft ist, die Arbeiter bei jeder Gelegenheit zu bestrafen, prasseln diese Strafen wie aus einem Füllhorn hernieder. Dieses System der Geldstrafen ist direkte Unterbezahlung der Arbeiter für geleistete Arbeit. Das ist die Lage der Arbeiter im Obuchow-Werk, deren Folge der Streik ist.

Jetzt fordern die Arbeiter den Achtstundentag, die Abschaffung der Überstunden, die Abschaffung der Geldstrafen, die Abschaffung der Kontrolluhren, unbehindertes Hin- und Hergehen von Werkstätte zu Werkstätte, Entlohnung bis auf die Kopeke und die Möglichkeit, nach dem Klingelzeichen am Arbeitsplatz zu erscheinen. Das Leben zwang sie dazu, diesen Forderungen noch weitere hinzuzufügen: Abschaffung der Verfolgungen wegen Streiks, Entlohnung für die Streikzeit, Einstellung der Entlassenen, höfliche Behandlung, ungehinderte Zeitungslektüre der Arbeiter, Beendigung der Arbeit vor der Zeit für das Händewaschen, Erhöhung der Löhne und Abschaffung des Systems der ‚allgemeinen' Arbeiter, das ich Ihnen geschildert habe.

Meine Herren, es ist klar, daß der Arbeiter unter solchen Zuchthausbedingungen nicht arbeiten kann. Sie erinnern sich, daß er im Jahre 1905 Forderungen an Sie gerichtet hat. Es wird auch jetzt so weit kommen, daß er diese Forderungen erneut stellen wird, es kann nicht anders sein, und wenn insbesondere das Obuchow-Werk solche Forderungen stellt und Sie diese nicht befriedigen, werden die Arbeiter, wenn sie in ganz Rußland diese Forderungen erheben werden, uns nicht

fragen und Ihnen alles nehmen: sowohl den Boden als auch jegliche Freiheit. (*Lärm rechts und im Zentrum.*)

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich rufe Sie für derartige Äußerungen zur Ordnung. Ich bitte Sie, sich an die Frage zu halten.

Badajew: Diese Forderungen, meine Herren, des gebildeten und politisch gewachsenen Arbeiters zeigen, daß er nicht gewillt ist, Leibeigener zu sein. Und gegen diese Forderungen kämpften der Marineminister in Gestalt der Werkleitung, der Innenminister in Gestalt des Stadthauptmanns und der Justizminister in Gestalt des Staatsanwalts gemeinsam am 6. November im Prozeß gegen die Streikenden; die solidarischen Maßnahmen dieser Regierung haben einen neuen Streik ausgelöst und zur Verteidigung der vor Gericht gestellten vier Obuchow-Arbeiter streikten in Petersburg 100 000 Arbeiter.

Und ich appelliere nicht an Ihr Mitleid, meine Herren, wenn ich über die Lage der Arbeiter im Obuchow-Werk spreche. Wie zwei Lager stehen einander gegenüber: auf der einen Seite die vereinigten Minister und auf der anderen das vereinigte Proletariat; und im Namen des gesamten Proletariats fordere ich hier die Minister durch Einbringung unserer Interpellation über den Streik im Obuchow-Werk heraus. (*Rechts Bewegung. Zuruf:* Der Fehdehandschuh!)

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, seien Sie vorsichtiger in Ihren Äußerungen.

Badajew: Diese Zuchthausbedingungen für die Arbeit der Werktätigen des Obuchow-Werkes stellen ein System der Unterdrückung, der körperlichen Entkräftung, der moralischen Erniedrigung dar; es ist das System, auf das sich die Macht des Ministers stützt. Das System bringt seinen eigenen Widerspruch hervor. Aus dem Schrei der streikenden Obuchow-Arbeiter hört man: ‚Fort mit dem Arbeitsbuch!', aus dem Schrei der streikenden 100 000 Arbeiter am 6. November hört man aber einen anderen Ruf: ‚Fort mit dem ganzen System der Leibeigenschaft, fort mit diesem systematischen Mord und mit der Entkräftung des Arbeiters!' Und diesen Ruf hören die Vertreter der Ministerien in jedem einzelnen Falle, in jedem kleinen Falle, bei jedwedem Werkstreik. Dieser Ruf erschallte am 6. November, und wir richten ihn im Namen des gesamten Proletariats an die Mehrheit der Schwarzhunderterduma."

8. Der Schwarzhunderterdeputierte Markow II

Anläßlich der Interpellation über die Lage im Obuchow-Werk setzten die Rechten ihr schweres Geschütz, nämlich Markow II persönlich ein. Der „Kursker Wisent" oder „Markow-Walai"[1], wie er genannt wurde, war der Hauptführer des Schwarzhunderterlagers. Das war ein notorischer Pogromheld, der nicht müde wurde, zu Galgen und Erschießungen aufzurufen. Die Zuchthauspolitik der Zarenregierung kam ihm zu milde vor. Als Vertreter des reaktionärsten Flügels der Gutsbesitzer, die sich sehr wohl an das Niederbrennen und Demolieren von Gütern im Jahre 1905 erinnern konnten, forderte Markow in der Duma die entschlossensten Maßnahmen gegen alle Regungen nicht nur der revolutionären, sondern auch der liberal-bürgerlichen Bewegung. Natürlich haßte er die Arbeiterklasse, da er in ihr den wichtigsten und gefährlichsten Feind der bestehenden Ordnung erblickte.

Markow richtete seine Rede gegen die Streikbewegung und gegen die Sozialdemokratische Partei, die die Streiks leitete. Markow begann mit persönlichen Ausfällen gegen mich, wobei er meine letzten Worte über die Herausforderung aufgriff, die die sozialdemokratische Fraktion im Namen des gesamten Proletariats an die Schwarzhundertermehrheit der Duma gerichtet hatte.

„Herr Badajew", so sagte Markow, „Sie sind ein junger Mensch. Eine Herausforderung läßt man nur ergehen, wenn man sich nach der Herausforderung schlagen muß, und Sie schlagen sich noch nicht . . . Die Herausforderung an das Ministerium darf man nicht mit dem gesunden Menschenverstand verwechseln, weil der gesunde Menschenverstand Ihr Hauptminister sein muß."

Markow behauptete, daß die Arbeiter keine Verbesserung ihrer materiellen Lage durch die Streiks erreichen, und berief sich dabei auf Beispiele anderer Länder: „Sie wissen alle, wie hoch und, im Vergleich mit Rußland, gut die Arbeit in anderen Ländern — in Frankreich, in England und insbesondere in Nordamerika — bezahlt wird, und nichtsdestoweniger ist die Lebensweise der Arbeiter dort — ungeachtet dieser unbestreitbaren Tatsache — nicht im geringsten besser als bei uns. Am

[1] Walai — etwa „Drauflos". *Die Red.*

besten beurteilen können das die Arbeiter selbst, die französischen und die englischen Arbeiter, die ständig streiken, die viel häufiger als bei uns in Rußland streiken und die hin und wieder ihren staatlichen Behörden bewaffneten Widerstand leisten und eine ganze Reihe offenkundig ungesetzlicher Handlungen begehen, obwohl die französischen und die englischen Arbeiter weitaus höher bezahlt werden als in Rußland.

Wie uns diese allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiter in der ganzen Welt zeigt, die weiterhin danach streben, die Minister und die Regierungen zu stürzen sowie die gesamte Gesellschafts- und Volksordnung in allen Staaten auf den Kopf zu stellen, erscheinen dort, wo es Republiken wie auch Verfassungen, Parlamente wie auch alle möglichen Freiheiten gibt, nichtsdestoweniger die gleichen Herren Badajew, richten ihre Herausforderungen an die Minister und sagen: ‚Wir werden das alles auf den Kopf stellen.' "

Daraus zog Markow die Schlußfolgerung, die Streiks seien nicht auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter, sondern auf die Ergreifung der Staatsmacht gerichtet.

„Ihr zieht just gegen die Staatsmacht zu Felde, ihr glaubt, das Proletariat habe das Recht zu schreien: Wir sind Hunderttausende, zehn Millionen oder wieviel ihr da seid, wir werden mit Gewalt alles nehmen, wir werden euch den Boden sowie dies und das fortnehmen. Aber wenn ihr die Frage so stellt, daß ihr mit Gewalt alles nehmen wollt — was schwätzt ihr dann hier herum? Geht und nehmt mit Gewalt. Wenn aber keine Gewalt da ist, wozu die Drohung?"

Markow versuchte nachzuweisen, daß die Arbeiter angeblich nicht streiken wollen, aber von den „Anführern, den sogenannten Sozialdemokraten, von den sozialdemokratischen Organisationen" fast mit Gewalt dazu gezwungen werden. Die Sozialdemokraten wiederum würden auf Weisung des zum Krieg rüstenden Deutschlands handeln.

„Zu einer Zeit, da alle Staaten sich wie im Fieber mühen, ihre Rüstungen zu verstärken und ihre militärische Macht schneller zu steigern, während aus Rußland, aus ganz Europa fast alle Facharbeiter in einem Land zusammengekommen sind, um Hunderte von Flugzeugen, Luftschiffen und Unterseebooten zu fertigen, da alle Kraftwagenfabriken ganz Europas für dieses Land arbeiten, so daß man so gut wie keine

Privataufträge mehr erteilen kann; zu einer Zeit, da die Bürger in diesem Staat mit einer Sondersteuer für Kriegshandlungen belegt werden; zu einer Zeit, da alle Anzeichen dafür sprechen, daß in Kürze der Kriegssturm losbrechen wird — zu dieser Zeit, just zu dieser Zeit stellt es sich heraus, daß im Obuchow-Werk nur 60 Kopeken täglich gezahlt werden, während sich im Nikolai-Werk ebenfalls irgend etwas Unpassendes herausstellt, und im Ergebnis legen 100 000 Arbeiter, wie das der Sozialdemokrat Badajew stolz bezeugt, die Arbeit nieder, obwohl fast die Hälfte von ihnen für das Militär tätig ist...

Sie wissen alle, daß sich die Hauptorganisationen der sogenannten nichtlegalisierten Parteien, zu denen meines Wissens die Partei der Sozialdemokraten gehört, außerhalb der Reichweite der verhaßten russischen Minister, das heißt im Auslande befinden. Somit stammt dieser vom Generalstab erteilte Befehl, der stolz die Herausforderung der russischen Revolution verkündet, aus dem Auslande, vielleicht aus der Hauptstadt des gleichen friedliebenden, guten Nachbarn...

Wir sind Zeugen einer recht gefährlichen Verschwörung gegen das Bestehen des russischen Staates, gegen die Existenz des russischen Volkes als Herrn seines Landes. Und nicht diese Herren Badajew werden dem russischen Volk den Boden fortnehmen, wie sie das hier prahlerisch verkünden, es werden ihn, meine Herren, jene fortnehmen, die durch Ihre Hände die Stärke und die Macht des russischen Staates zersetzen und zerstören, die im russischen Volk, unter den russischen Arbeitern den Samen des Giftes, den Samen der Feindschaft gegenüber ihrem Staat, gegenüber ihrem eigenen Staatsgebäude, gegenüber ihrem Volk, gegenüber ihren Brüdern nach dem Blut, dem Glauben und der Herkunft säen."

Markow beendete seine Rede ebenfalls mit einer Interpellation an die Regierung. Er forderte eine Antwort auf die Frage, ob sie energisch genug die revolutionäre Bewegung bekämpfe.

„Sind Sie, meine Herren Minister, tatsächlich der Situation gewachsen, beschützen Sie das russische Volk vor Verbrechern, vor Feinden, die von außen her kommen und mit Hilfe von Staatsverrätern in unsere Burgfeste eindringen? Ich erkläre, daß unser Staat, daß das Vaterland in Gefahr ist."

Seine Rede unterstrich Markow durch drohende Rufe und Gesten an die Adresse der sozialdemokratischen Fraktion. Den linken Bänken zugewandt, deutete er mit den Armen ein Gewehr in Anschlag an und rief: „Ihr wollt uns überfallen, wir aber werden euch aufs Korn nehmen!"

Die Interpellation an den Marineminister wurde von der Duma angenommen, aber das bedeutete natürlich nicht, daß die Obuchow-Arbeiter etwas gewonnen hätten. Im Werk blieb alles beim alten. Das Marineministerium dachte nicht daran, irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

Die schwere Lage der Arbeiter im Obuchow-Werk war natürlich keine Ausnahme. Härteste Ausbeutung und schwere, unerträgliche Arbeitsbedingungen herrschten auch in anderen Werken, insbesondere in solchen, die für das Kriegs- und das Marineamt arbeiteten. Jeden Augenblick war das Leben der Arbeiter durch die nächste Explosion oder irgendeine andere Katastrophe bedroht, die neue Opfer aus den Arbeiterreihen forderte. Doch während der Tod eines Arbeiters früher, in den schweren Jahren der Reaktion, unbeachtet und unbemerkt blieb, gestalteten sich jetzt die Beisetzungen eines jeden Opfers zu riesigen revolutionären Demonstrationen. Tausende von Arbeitern folgten dem Sarg eines ihnen völlig unbekannten Kameraden. Unter dem Gesang des revolutionären Trauermarsches „Unsterbliche Opfer", mit Kränzen, deren rote Schleifen revolutionäre Losungen trugen, geleiteten sie das nächste Opfer des Kapitals zu Grabe.

Die Friedhöfe wurden zu Stätten vieltausendköpfiger Kundgebungen. Unter den Bedingungen der illegalen Arbeit, unter denen sich die Arbeiter nicht versammeln durften, unter denen man nur heimlich im Walde oder in einer engen Wohnung zusammenkommen konnte, hatten die Demonstrationen anläßlich der Beisetzungen eine große revolutionäre Bedeutung. Die Parteiorganisationen riefen so viele Arbeiter wie nur möglich zur Teilnahme an den Demonstrationen auf, bestimmten im voraus die Redner, verteilten Flugblätter usw.

Auch die Polizei bereitete sich auf die Demonstrationen anläßlich der Beisetzungen vor, verstärkte Polizeiabteilungen begleiteten jeden Trauerzug. Berittene und unberittene Polizisten rasten durch den Friedhof, über die Gräber hinweg, zerrissen und zerbrachen die Kränze, ließen nicht einmal die nächsten Angehörigen des Verstorbenen an den

Sarg, verhinderten die Reden am Grab, nahmen jeden, der auch nur wenige Worte sagen wollte, fest, jagten die Teilnehmer an der Beisetzung auseinander, nahmen Verhaftungen vor. Gegen die Demonstrationen anläßlich der Beisetzungen wurde nach allen üblichen Kampfmethoden vorgegangen, deren sich die Ochrana zur Unterdrückung aller Demonstrationen der Arbeiterklasse weitgehend bediente.

9. Die Demonstration anläßlich der Beisetzung der Opfer der Explosion im Minenwerk

Ich habe bereits darüber berichtet, unter welchen Umständen die Opfer der Ochta-Explosion und der in den Tod gehetzte Arbeiter der Lössner-Werke beigesetzt wurden. Nun möchte ich auf eine Beisetzungsdemonstration eingehen, die Polizeimaßnahmen gegen mich zur Folge hatte. Diese Maßnahmen fanden wiederum einen Widerhall unter den breiten Massen der Petersburger Arbeiter und dienten als Material für eine Dumaaktion unserer Fraktion.

In den ersten Septembertagen 1913 kamen im Petersburger Minenwerk bei der Explosion eines Minenapparats zwei Arbeiter ums Leben. Der hochgeschleuderte, etwa zehn Kilogramm schwere Deckel des Apparats durchschlug das Dach des Gebäudes. Die an dem Apparat beschäftigten beiden Arbeiter wurden auf der Stelle getötet; die ganze Werkstatt war mit Blut bespritzt. Die Explosion ereignete sich durch Verschulden der Verwaltung, infolge Nachlässigkeit oder genauer gesagt, falscher Sparsamkeit der Verwaltung, die den Apparat ohne Prüfung in Betrieb genommen hatte.

Am 9. September legten Tausende von Arbeitern die Arbeit nieder, um an der Beisetzung ihrer ums Leben gekommenen Kameraden teilzunehmen. Dem Sarge folgten, außer den Arbeitern der beiden Werke von Parviainen, die Arbeiter der Putilow-Werke, des Werkes Aiwas und einiger anderer Betriebe.

Gleich bei den ersten Schritten stieß der Trauerzug auf Widerstand der Polizei, die die Entfernung roter Schleifen von den Kränzen forderte. Auf der Litejny Brücke umringte eine verstärkte Polizeiabtei-

lung die Menge und verlangte, daß die Särge auf die Leichenwagen abgesetzt und die Kränze ebenfalls dort abgelegt würden. Auf meine Frage, weshalb man die Särge nicht tragen dürfe, antwortete ein Vertreter der Polizei, das sei von der Obrigkeit so angeordnet worden.

Um die Demonstration nicht über die Hauptstraßen ziehen zu lassen, lenkte die Polizei den Zug in die Woskressenskaja und dann in die Snamenskaja Straße. In der Ligowka machten sich die Arbeiter den Umstand zunutze, daß die Zahl der Polizisten sich etwas verringert hatte, um die Särge und die Kränze wieder aufzunehmen und sie so bis zum Mitrofan-Friedhof zu tragen. Die Menge sang die ganze Zeit ununterbrochen „Ewiges Gedenken" und „Unsterbliche Opfer".

In der Nähe des Friedhofs tauchte erneut eine verstärkte Polizeiabteilung auf. Die an die Kränze wieder angehefteten roten Schleifen wurden abermals abgerissen. In der Zeit, da für die Toten die Messe gelesen wurde, trafen viele Arbeiter, die nach der Mittagspause die Arbeit niedergelegt hatten, auf dem Friedhof ein. Die fünftausendköpfige Menge überschwemmte den ganzen Friedhof. Unter den Arbeitern herrschte Hochstimmung. Das Singen des revolutionären Trauermarsches wurde von Aufrufen zum Kampf unterbrochen.

Den Arbeitern war bekannt, daß ich auf dem Friedhof reden sollte. Sie bildeten um das Grab einen engen Ring, damit ich reden konnte, solange sich die Polizei noch nicht durch die Menge gedrängt hatte. Die Menge wiederum wurde von zahlreichen Abteilungen berittener und unberittener Polizei, mit einigen Polizeioffizieren an der Spitze, eingekreist. Die Polizisten waren in voller Kampfbereitschaft und warteten nur auf einen Anlaß, um die Peitschen in Aktion zu setzen.

Als die Särge in das Grab hinuntergelassen worden waren, bestieg ich eine danebenstehende Bank.

„Genossen", so begann ich meine Rede, „das blutgierige Kapital schont im Interesse des Profits nicht das Leben der Arbeiter. Ihr seht, welche Belohnung den Arbeiter für seine schwere, für seine Zuchthausarbeit erwartet. Die Arbeiterklasse kann eine Verbesserung ihrer Lage nur mit eigenen Händen erkämpfen . . ."

Aber kaum hatte ich diese Worte gesprochen, als von allen Seiten die Rufe der Polizisten ertönten:

„Haltet ihn, laßt ihn nicht sprechen!“

Der Polizeioffizier kommandierte:

„Berittene, schlagt zu!“

Die Berittenen stürmten gegen die Menge vor und versuchten, sie aufzuspalten. Unmittelbar neben dem Grab begann ein Handgemenge. Einige Polizisten zerrten mich von der Bank. Ein Polizeioffizier rannte auf mich zu, packte mich am Arm und schrie, ich sei verhaftet. Ich mußte ihm meinen Deputiertenausweis zeigen.

„Sie sind frei. Aber reden lasse ich Sie nicht. Ich habe den Befehl, Ihre Reden nicht zuzulassen.“

Während dieses Gesprächs geriet die Menge, in der Annahme, daß ich verhaftet sei, in Aufregung und schloß den Polizeioffizier in einem engen Ring ein. Drohungen an die Polizei wurden laut. Ich bestieg erneut die Bank, um die unterbrochene Rede fortzusetzen. Ich ermahnte die Arbeiter, Ruhe zu wahren, um unnötige Opfer zu vermeiden. Die Menge flutete in die Lücke, um dem Grab näherzukommen. Die berittenen Polizisten preschten, ihre Peitschen schwingend, vor, um der Menge den Weg abzuschneiden und die Arbeiter gruppenweise an die Tore des Friedhofs abzudrängen. Nur zufällig gelang es, ein blutiges Gemetzel zu verhüten.

Nach der Beisetzung wurde von der Polizei ein Protokoll aufgesetzt, in dem ich beschuldigt wurde, mich den Anordnungen der Behörden nicht gefügt zu haben. Drei Monate später erließ der Petersburger Stadthauptmann Dratschewski einen Befehl, mich wegen „Einmischung in die Aktionen der Polizei“ mit 200 Rubel zu bestrafen. Bei mir erschien ein Beamter der Bürgermeisterei und forderte mich auf, die Strafe zu bezahlen. Ich lehnte es kategorisch ab. Die Anordnung des Stadthauptmanns war selbst vom Standpunkt der damals geltenden zaristischen Gesetze absolut gesetzwidrig. Laut eines Paragraphen des Gesetzes über die Reichsduma konnten Deputierte nur auf Grund eines Gerichtsurteils und auch dann nur mit Zustimmung der Duma selbst bestraft werden.

In der „Prawda“ brachte ich es den Arbeitern zur Kenntnis, daß die Regierung erneut einen Versuch unternimmt, die Rechte der Deputierten zu schmälern. Als Antwort auf diese Meldung kam es in den

Fabriken und Werken zu Proteststreiks. Als erstes streikte das Minenwerk, in dem sich im September die Explosion ereignet hatte. In der Frühe legten beide Schichten die Arbeit nieder und riefen einen eintägigen Streik aus. In der allgemeinen Belegschaftsversammlung wurde eine Protestresolution gegen meine Bestrafung wegen der Rede am Grabe ihrer Kameraden angenommen. Nach dem Minenwerk streikte auch das Werk Langensiepen, wo über tausend Menschen die Arbeit niederlegten. Von hier aus griff der Proteststreik auf andere Werke über.

Als sich der Stadthauptmann davon überzeugt hatte, daß ich nicht einmal daran dachte, die Strafe zu bezahlen, gab er nach zwei Wochen in einem Befehl an die Polizei bekannt, daß meine Geldstrafe durch sechs Wochen Haft ersetzt werde. Der Stadthauptmann gab die Anweisung, mich während der nächsten Dumaferien zu verhaften. Als das unter den Arbeitern bekannt wurde, brachen in den Betrieben neue Unruhen aus.

Das Dumapräsidium, das bisher nichts zum Schutze meiner „Deputiertenimmunität“ unternommen hatte, hielt nunmehr sein Eingreifen für notwendig. Aber Rodsjanko wollte unbedingt, daß die Initiative von mir ausgehen, daß ich mich selbst an ihn mit der Bitte um Schutz wenden sollte. Dann stände er vor den Schwarzhundertern „rein“ da. Er habe nicht einen Feind der Regierung in Schutz genommen, sondern lediglich eine von einem Deputierten eingegangene Erklärung weitergeleitet.

Als Rodsjanko sah, daß ich keinen Antrag stellte, beschloß er, auf Umwegen vorzugehen. Er schickte einen Beamten in meine Wohnung, der mir im Namen des Dumavorsitzenden sein „Mitgefühl“ ausdrückte. Rodsjanko nahm an, daß ich ihn als Antwort auf dieses Mitgefühl durch den gleichen Sekretär um Hilfe bitten werde. Ohne mir anmerken zu lassen, daß ich den wahren Zweck des Besuchs eines Abgesandten Rodsjankos durchschaute, sagte ich dem Beamten:

„Ich genieße die gesetzlichen Rechte eines Deputierten. Man soll mich doch zu verhaften versuchen.“

Da Rodsjanko begriff, daß die Geschichte mit meiner Bestrafung zu einem großen öffentlichen Skandal auszuarten drohte, entschloß er sich

nunmehr, aus eigener Initiative etwas zu unternehmen. Er richtete an den Innenminister Maklakow folgenden Brief:

„Sehr geehrter Nikolai Alexejewitsch! In der Nr. 13570 der Zeitung ‚Nowoje Wremja' und in der Nr. 12 der Zeitung ‚Wetscherneje Wremja' erschien eine Meldung, wonach der St. Petersburger Stadthauptmann in einem Befehl vom 19. Dezember dieses Jahres angeordnet hat, das Mitglied der Reichsduma Badajew unverzüglich zu verhaften, da dieser die ihm vom Stadthauptmann auferlegte Geldstrafe nicht bezahlt hat. Infolgedessen bitte ich Eure Exzellenz ergebenst, mir umgehend mitzuteilen, ob der erwähnte Befehl des Stadthauptmanns tatsächlich erlassen worden ist. Ich bitte Sie, mein Herr, die Versicherung meiner vollsten Hochachtung und aufrichtigen Ergebenheit entgegenzunehmen."

Auf diesen Brief antwortete Maklakow ebenfalls mit einem Schreiben, in dem er mitteilte, ich solle erst nach Ablauf meiner Deputiertenvollmachten verhaftet werden.

Obwohl der Angriff auf unsere Sechsergruppe somit abgewehrt worden war, beschloß die Fraktion dennoch, diesen Fall zum Anlaß für eine Interpellation zu nehmen. Einerseits zeugte dieser Fall von einer neuen Offensive der Reaktion, war ein anschauliches Agitationsmaterial, und andererseits festigten sich die Beziehungen der Fraktion zu den breiten Arbeitermassen um so mehr, je breiter die Repressalien gegen die Arbeiterdeputierten bekannt wurden. Die Interpellation unserer Sechsergruppe endete mit den Worten:

„Da die russische sozialdemokratische Arbeiterfraktion es für offensichtlich gesetzwidrig hält, wenn ein Mitglied der Reichsduma vom St. Petersburger Stadthauptmann auf administrativem Wege mit einer Geldstrafe belegt wird, schlägt sie der Reichsduma vor, sich auf Grund des Artikels 33 des Gesetzes über die Konstituierung der Reichsduma an den Innenminister mit folgender Anfrage zu wenden: 1. Ist ihm die erwähnte Verfügung des St. Petersburger Stadthauptmanns bekannt? 2. Falls sie ihm bekannt ist, welche Maßnahmen beabsichtigt er zu ergreifen, um den unrechtmäßigen Beschluß aufzuheben und Mitglieder der Reichsduma künftig vor derartigen Übergriffen der Verwaltungsorgane zu schützen? Wir bitten, diese Anfrage als dringlich anzuerkennen."

Für diese Interpellation hatten auch einige Deputierte der Kadetten- und der Progressistenfraktion ihre Unterschriften gegeben. Aber vor der Debatte über die Interpellation, in der ersten Dumasitzung nach den Weihnachtsferien, zogen 23 „liberale" Deputierte ihre Unterschriften zurück. Die Interpellation wurde in dem Augenblick vereitelt, da sie von der Dumatribüne verlesen werden sollte. Das allein kennzeichnete bereits klar genug die Einstellung der Kadetten zu den Arbeiterdeputierten.

Innerhalb einer Woche hatten wir die an der festgesetzten Zahl fehlenden Unterschriften gesammelt und die Interpellation erneut in der Duma eingebracht.

Die Sechsergruppe beauftragte Petrowski zu sprechen, um die Dringlichkeit der Interpellation zu begründen.

„Keine Skorpione und Verfolgungen", so sagte er, „werden die Arbeiterdeputierten daran hindern, überall und immer mit den Arbeitern zu sein. Weder die Polizei noch die Schwarzhundertermehrheit der Reichsduma können, wie sehr sie das auch möchten, der Arbeiterklasse die Möglichkeit nehmen, auf die Stimme ihrer Deputierten zu hören. Der Stadthauptmann fürchtete sich, seinen gesetzwidrigen Beschluß auszuführen; seine Furcht war begründet — die Petersburger Arbeiter hätten auf die Verhaftung ihres Deputierten mit einem einmütigen allgemeinen Streik geantwortet."

Die Duma hatte natürlich gar nicht die Absicht, den Ausfall der zaristischen Polizei in irgendeiner Weise zurückzuweisen. Ging es doch um Arbeiterdeputierte, mit deren Verfolgung die Schwarzhunderter aus der Duma voll und ganz einverstanden waren. Die Interpellation unserer Fraktion wurde mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Die Regierung erhielt von der Reichsduma im voraus die Zustimmung zu jeder beliebigen Repressalie gegen die Arbeiterdeputierten.

DIE SPALTUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN DUMAFRAKTION

Kapitel X

Die Lage innerhalb der Fraktion

1. Das Verhältnis zwischen der Sechser- und der Siebenergruppe

Mit jedem Monat wurde es klarer, daß die Einheit der sozialdemokratischen Dumafraktion nur formal war und daß sie auch rein äußerlich früher oder später endgültig zerstört würde. Die Lage innerhalb der Fraktion spiegelte voll und ganz die Lage wider, die sich innerhalb der russischen Sozialdemokratie herausbildete, ja sie spiegelte sie nicht bloß wider, sondern verstärkte auch um ein Vielfaches die Widersprüche.

Nach der Prager Konferenz formierten sich die Bolschewiki organisatorisch endgültig zu einer selbständigen Partei. Gleichzeitig vereinigte der parteifeindliche Augustblock unter Führung Trotzkis die Menschewiki und alle opportunistischen Gruppierungen. Die einzige organisatorische Gruppe, in der die Trennung noch nicht vollzogen war, blieb also die sozialdemokratische Dumafraktion. Natürlich konnte eine solche Lage nicht lange andauern.

Die durch das formale Bestehen der einheitlichen Fraktion verbundenen bolschewistischen und menschewistischen Deputierten prallten täglich in allen Fragen der revolutionären Bewegung aufeinander. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der bolschewistischen Sechsergruppe und der menschewistischen Siebenergruppe entwickelten sich mit dem Wachstum der revolutionären Bewegung und mußten früher oder später zu einer endgültigen Spaltung der Fraktion in zwei selbständige Teile führen.

Die scharfen Zusammenstöße zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki begannen gleich in den ersten Tagen, sobald sich die Fraktion gebildet hatte. Der Kampf entfaltete sich innerhalb der Fraktion gleich in den Fragen der Dumadeklaration sowie der Aufnahme des polnischen Deputierten Jagiello in die Fraktion. In dem einen wie in dem anderen Falle setzte sich die bolschewistische Sechsergruppe erbittert mit den Menschewiki auseinander und erreichte, daß sie einige ihrer Positionen aufgaben.

Daneben kam es bei uns zu Zusammenstößen auch in rein technischen Fragen. Als ein charakteristisches Beispiel für solche Zusammenstöße kann die Auseinandersetzung um den Sekretär der Fraktion dienen. Die Siebenergruppe, die den technischen Apparat der Fraktion an sich reißen wollte, schlug für den Posten des Sekretärs ihre Gesinnungsgenossin, eine Menschewikin (S. M. Sarezkaja) vor. Um die Lage auszugleichen, schlug die Sechsergruppe vor, zwei Sekretäre einzustellen, um so mehr, als es in der Fraktion viel zu tun gab. Die Siebenergruppe nutzte ihre eine Mehrstimme aus, um unseren Vorschlag zu Fall zu bringen. Wir mußten sozusagen privat einen eigenen Sekretär einstellen (als Sekretär wurde W. N. Lobowa gewonnen).

Solche Methoden der Benachteiligung wurden von den Menschewiki immer wieder angewandt. Wir kämpften gegen ein solches System zunächst einmal innerhalb der Fraktion und hielten es nicht für notwendig, diese relativ kleinen Fragen vor den breiten Massen zur Diskussion zu stellen.

Der erste Zusammenstoß innerhalb der Fraktion, der zum Gegenstand breiter Erörterung nicht nur in Parteikreisen, sondern auch unter den Arbeitermassen wurde, stand im Zusammenhang mit der Frage der Mitarbeit der bolschewistischen Deputierten an der menschewistischen Zeitung „Lutsch" (Der Strahl). Um diese Frage entbrannte ein erbitterter Kampf, der die innerhalb der Fraktion entstandene Lage schlagartig beleuchtete. Diese Frage war insofern von gewaltiger Bedeutung, als es an Hand eines bestimmten konkreten Beispiels gelang, die Einstellung der Arbeitermassen zu der bolschewistischen Sechsergruppe und zum kommenden endgültigen Bruch mit den Menschewiki zu ermitteln.

Im Dezember 1912 nahm die Fraktion mit der Mehrheit der menschewistischen Siebenergruppe einen Beschluß über die Schaffung eines einheitlichen Organs der Arbeiterpresse an. Zunächst wurden alle Mitglieder der Fraktion aufgefordert, sich in schriftlicher Form zur Mitarbeit an der „Prawda" und dem „Lutsch" bereit zu erklären. Die Mitglieder der Siebenergruppe wurden in die Liste der „Prawda"-Mitarbeiter aufgenommen, die bolschewistischen Deputierten Petrowski, Samoilow, Schagow und ich erklärten sich damit einverstanden, daß ihre Namen auf die Liste der Mitarbeiter des „Lutsch" gesetzt würden.

Aber sehr bald erhielten wir vom Zentralkomitee den Hinweis, daß diese Handlungsweise falsch war. Mit den Liquidatoren, die eine verräterische, zerstörende Arbeit gegen die Partei und die illegalen Organisationen leisteten, konnte es keine Einheit geben, auch nicht auf dem Gebiet der Presse. Der Beschluß der menschewistischen Fraktionsmehrheit über die Schaffung eines einheitlichen Presseorgans war ein Manöver, das breite Arbeitermassen durch heuchlerisches Geschrei über die Einheit täuschen sollte. Dieses Manöver mußte entlarvt und entschieden zurückgewiesen werden. Der erste Schritt in dieser Richtung sollte unsere Weigerung sein, an der menschewistischen Zeitung mitzuarbeiten.

In Ausführung des Hinweises des Zentralkomitees verlangten wir Ende Januar 1913 von der Redaktion des „Lutsch", unsere Namen von der Liste der Mitarbeiter der Zeitung zu streichen. Im „Lutsch" vom 30. Januar 1913 und später in der „Prawda" vom 1. Februar 1913 wurde folgender, von uns unterzeichneter offener Brief an die Redaktion der Liquidatorenzeitung veröffentlicht.

„Am 18. Dezember 1912 haben wir entsprechend dem Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion vom 15. Dezember dem Vorschlag der Zeitung ‚Lutsch' zugestimmt, uns in die Reihen ihrer Mitarbeiter aufzunehmen. Seitdem ist mehr als ein Monat vergangen. In dieser Zeit hörte der ‚Lutsch' nicht auf, als eifriger Gegner des Antiliquidatorentums aufzutreten. Seine Propagierung einer ‚offenen' Arbeiterpartei, seine Ausfälle gegen die Illegalität halten wir unter den gegenwärtigen Bedingungen des russischen Lebens für unzulässig und schädlich. Da wir es nicht für möglich halten, die vom ‚Lutsch' gepredigten Liquida-

torenansichten mit unserem Namen zu decken, bitten wir die Redaktion, uns aus den Reihen der Mitarbeiter zu streichen."

Unsere Weigerung, am „Lutsch" mitzuarbeiten, war eben der Anlaß für den ersten offenen Angriff der menschewistischen Siebenergruppe gegen den bolschewistischen Teil der Fraktion. Im „Lutsch" erschien eine Erklärung der sieben menschewistischen Deputierten mit Ausfällen gegen die bolschewistischen Deputierten. Die Menschewiki beschuldigten uns, die „Vereinigung der Arbeiterpresse" durchkreuzt, uns der Fraktionsdisziplin nicht gefügt zu haben usw. Besondere Verärgerung löste bei der Siebenergruppe der von uns veröffentlichte Aufruf an die Arbeiter aus, ausschließlich die „Prawda" zu unterstützen. Eines der schweren „Verbrechen" der bolschewistischen Deputierten bestand nach Meinung der Menschewiki darin, daß wir den Austritt aus den Reihen der „Lutsch"-Mitarbeiter erklärten, „ohne uns mit der Mehrheit der Fraktion beraten zu haben, sondern sie lediglich von unserem fertigen Beschluß in Kenntnis setzend".

Das war das erste offene Auftreten der menschewistischen Siebenergruppe gegen die bolschewistischen Deputierten. Die Menschewiki machten sich unseren Austritt aus den Reihen der „Lutsch"-Mitarbeiter zunutze und versuchten, die bolschewistischen Deputierten als Spalter hinzustellen, die die Sache der Einheit vereiteln. Damit wollten sie die bolschewistische Sechsergruppe in den Augen der Arbeiter kompromittieren. Unsere Aufgabe war es, diesen Schlag der Menschewiki zu parieren und der gesamten Arbeiterklasse zu zeigen, wer die Partei in Wirklichkeit bei ihrer Arbeit zum Zusammenschluß des russischen Proletariats zu revolutionären Kolonnen behinderte.

Die Erklärung der Siebenergruppe „ist der erste Angriff eines Teils der sozialdemokratischen Dumafraktion auf den anderen", schrieben wir am 22. Februar in unserer Antwort in der „Prawda", „die erste Aktion von Deputierten gegen Deputierte der gleichen Dumafraktion. Das ist der erste Schritt zur Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion. Die Menschewiki berufen sich auf Wähleraufträge. Aber wo haben sie Aufträge zur Einheit mit den Liquidatoren, mit den Feinden der ‚Illegalität' gefunden? Solche Wähleraufträge kennen wir nicht. Ja, und in der ‚Illegalität' konnten solche Aufträge auch gar nicht abgefaßt werden.

Wir kennen nur Wähleraufträge über die Einheit innerhalb der Partei... Da wir es nicht wünschen, weitere Reibungen innerhalb der Fraktion zu fördern und den Funken der Spaltung zu schüren, unterbreiten wir Euch, bewußte Genossen Arbeiter, diesen ganzen Fall von Bruderkrieg, der von den sieben Deputierten begonnen wurde, zur Entscheidung."

Natürlich war uns allen zu dieser Zeit bereits klar, daß der Augenblick gekommen war, da wir endgültig mit der menschewistischen Siebenergruppe brechen mußten. Aber in den breiten Arbeitermassen war noch das Bestreben stark, die Einheit der Sozialdemokratie irgendwie zu erhalten. Was innerhalb der Parteiorganisationen, in unseren illegalen Komitees und Zellen vor sich ging, konnte natürlich infolge des Polizeiregimes der russischen Wirklichkeit nicht allgemein bekannt sein. Die Dumafraktion dagegen war vor aller Augen, sie und ihre Tätigkeit kannte jeder Arbeiter nicht nur Petersburgs, sondern auch der am weitesten entlegenen Gebiete Rußlands. Wenn breite Massen von der Einheit sprachen, hatten sie vor allem unsere Fraktion im Auge. Bei dieser Sachlage war es politisch am richtigsten, den Arbeitern zu zeigen, daß der wahre Schuldige an der Spaltung die menschewistische Siebenergruppe war, daß sie durch ihr ganzes Verhalten und durch alle ihre Handlungen die Herbeiführung der für die revolutionäre Bewegung notwendigen Einheit verhinderte.

2. Die Arbeiter über das Verhalten der Menschewiki

In jeder Nummer rief die „Prawda" dazu auf, den Menschewiki eine Abfuhr zu erteilen.

Unsere Parteizellen nahmen in den Fabriken und Werken die entsprechende Propaganda auf, erläuterten die innerhalb der Dumafraktion entstandene Lage und erklärten, weshalb die bolschewistischen Deputierten sich geweigert hatten, an einer Liquidatorenzeitung mitzuarbeiten.

Von überall gingen bei uns Entschließungen von Arbeitern ein, die den bolschewistischen Teil der Fraktion begrüßten und den Standpunkt und die Handlungsweise der Menschewiki verurteilten. Entschließungen

gingen sowohl der gesamten Fraktion als auch jedem einzelnen Deputierten zu. Vertreter verschiedener Petersburger Werk- und Fabrikorganisationen kamen zu den bolschewistischen Deputierten und überreichten persönlich Entschließungen, die mit zahlreichen Unterschriften versehen waren. Der Stimme der Petersburger Arbeiter schlossen sich auch Arbeiter aus der Provinz an.

Es ist kennzeichnend, daß sogar Plechanow die menschewistische Siebenergruppe und ihr Presseorgan, den „Lutsch", verurteilte.

„Die Zeitung ‚Lutsch'", schrieb Plechanow in der „Prawda" vom 8. März 1913, „möchte unseren Parteielementen den Zusammenschluß mit solchen Herrschaften aufzwingen, die an unserer Partei in einer für sie schweren Zeit, in einer Zeit, da sie unter den Schlägen zeitweise triumphierender Reaktionäre verblutete, Verrat übten und schrien, daß man sie nicht nur nicht verteidigen, sondern ihr so schnell, wie einen die Beine tragen, davonlaufen soll."

Wie antworteten darauf die Menschewiki? Der „Lutsch" begann eine hemmungslose Hetze gegen die bolschewistische Sechsergruppe als Ganzes und gegen jeden von uns im einzelnen. Die Menschewiki versuchten erneut, Verleumdungen und Beschuldigungen jeder Art vorzubringen.

Die Beiträge der Menschewiki im „Lutsch" und ihre Reden in Arbeiterversammlungen waren von Angriffen gegen unsere Sechsergruppe auch in der Fraktion selbst begleitet. Unter Ausnutzung ihres zufälligen Übergewichts von einer Stimme waren die Menschewiki bestrebt, die Stimmen der bolschewistischen Deputierten in jeder Weise zu ersticken, und bemühten sich bei jeder Gelegenheit, unsere Aktionen zu stören.

Hier einige Beispiele aus der Praxis der Siebenergruppe. Als die sozialdemokratische Fraktion die Interpellation über die Lena-Erschießungen einbrachte, war vorgesehen, sechs Redner im Namen der Fraktion sprechen zu lassen. Alle sechs Reden übertrug die Siebenergruppe menschewistischen Deputierten, und erst nach langem und zähem Ringen gelang es uns, sie zum Abtreten einer kurzen zehnminütigen Rede an den Genossen Muranow zu veranlassen. In der Frage der Nichtzulassung von Versicherungsversammlungen wurde Malinowski als Redner vorgeschlagen — die Siebenergruppe ersetzte ihn durch den

Menschewik Tuljakow. Bei der Einbringung der Interpellation über die Explosion in der Pulverfabrik an der Ochta stellte die Sechsergruppe mich als Kandidaten für die Rede auf; es war ganz natürlich, eine Rede über Ereignisse in Petersburg dem Petersburger Deputierten zu übertragen. Aber die Siebenergruppe entschied anders und stellte unter Ausnutzung ihrer Mehrheit einen eigenen Kandidaten für die Rede auf.

Zur Frage des Budgets des Innenministeriums waren zwei Kandidaturen vorgeschlagen: Tschcheïdse und Malinowski. Tschcheïdse wurde von der Mehrheit bestätigt. Als es galt, im Zusammenhang mit der Erörterung des gleichen Budgets über die Arbeiterfrage zu sprechen, wurde ich von der Sechsergruppe als Redner der Fraktion vorgeschlagen, die Siebenergruppe ersetzte meine Kandidatur durch die Burjanows. Zur Frage des Budgets des Synods stellte die Fraktion zwei Redner. Die Siebenergruppe bestätigte zwei Menschewiki und lehnte den von uns vorgeschlagenen Redner ab.

Das sind nur einige Beispiele aus der menschewistischen Dumapraxis. Jede Rede mußten wir der menschewistischen Mehrheit abtrotzen, die sich nur nach langem und zähem Kampf bereit fand, uns reden zu lassen. Unter solchen Umständen wurde es noch schwieriger, das Hauptziel, das sich die Bolschewiki in der Duma steckten, zu erreichen, nämlich die Dumatribüne für revolutionäre Agitation auszunutzen.

Die Siebenergruppe begnügte sich nicht damit, daß sie uns am Reden in den Dumasitzungen hinderte. Die Menschewiki waren bemüht, uns auch aus den Dumakommissionen herauszuhalten, die gebildet wurden zur Prüfung von Interpellationen, zur Vorbearbeitung der Gesetzentwürfe, für den Staatshaushaltsplan usw. Das waren ständige Kommissionen, die zu Beginn der Session gebildet wurden.

In den Kommissionen sammelte sich ein umfangreiches Material aus Regierungs- und sonstigen Quellen an, das die Deputierten für die künftigen Reden kennenlernen mußten. In den Kommissionssitzungen sprachen häufig Vertreter der Regierung, die Erläuterungen gaben und Fragen der Deputierten beantworteten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte ihre Vertreter in allen Dumakommissionen mit Ausnahme der Flottenkommission, zu der die Schwarzhunderterduma trotz

unserer Proteste die Sozialdemokraten und die Trudowiki nicht zulassen wollte.

Die Arbeit der Kommissionen lieferte ein umfangreiches Agitationsmaterial. Wir werteten es aus und beleuchteten in der Arbeiterpresse, was sich im Schoße der Duma tat. Indessen war das ganze Verhalten der Siebenergruppe darauf gerichtet, die Vertretung der Fraktion in den weitaus meisten der von der Duma gebildeten Kommissionen an sich zu reißen.

Im ersten Jahre des Bestehens der IV. Duma waren die Menschewiki — bei insgesamt 26 Kommissionen, in denen die Sozialdemokraten vertreten waren — in 19 Kommissionen, die Bolschewiki dagegen nur in 7 Kommissionen vertreten. Selbst in den Kommissionen, wo der sozialdemokratischen Fraktion je zwei Plätze zustanden, wollten die Menschewiki uns nicht einen einzigen geben.

Die wichtigste Kommission war die Budgetkommission — das war so etwas wie eine kleine Reichsduma. Hier hielten die Deputierten große Reden, Minister gaben Erklärungen ab. Die Budgetkommission war mit einem Wort einer der Hauptknoten in der Arbeit der Reichsduma. Während der ersten Session gehörten ihr von der Fraktion Tschcheïdse und Malinowski an. Diese Sachlage befriedigte die Siebenergruppe nicht, und als Malinowski gegen Jahresende auf die Mitarbeit in der Budgetkommission verzichtete, nahmen die Menschewiki die Gelegenheit wahr, um ihren zweiten Kandidaten in die Kommission hineinzubringen.

Das ganze Verhalten der menschewistischen Siebenergruppe trug den Charakter eines bestimmten Systems, um den bolschewistischen Deputierten den Mund zu stopfen. Die Menschewiki warfen uns bei jeder Gelegenheit Knüppel zwischen die Beine. Sie monopolisierten auch die Repräsentation der sozialdemokratischen Dumafraktion im Internationalen Sozialistischen Büro, indem sie ihren Kandidaten delegierten, der keinesfalls als der wirkliche Vertreter der russischen Arbeiter gelten konnte.

Bereits im Frühjahr 1913, als sich die Wintersession der Duma ihrem Ende näherte, wurde die Lage in der sozialdemokratischen Fraktion unerträglich. Uns war es völlig klar, daß die Aufrechterhaltung der

Beziehungen, die sich innerhalb der Fraktion herausgebildet hatten, unserer ganzen Tätigkeit und der ganzen revolutionären Bewegung in ihrer Gesamtheit nur schaden konnte.

In den letzten Maitagen, nach einem der fälligen Zusammenstöße, machten wir, nachdem wir diese Frage untereinander erörtert hatten, in der Fraktion den Vorschlag, unverzüglich eine Sondersitzung anzuberaumen, um die Lage und die Arbeit der Fraktion in vollem Umfange zu erörtern. Doch die Siebenergruppe, die ihre privilegierte Stellung nicht einbüßen wollte, lehnte diesen Vorschlag ab: Die Menschewiki dachten nicht einmal daran, unserer Sechsergruppe in irgendeiner Weise entgegenzukommen.

Die kurz darauf beginnenden Sommerferien der Duma stellten die Frage der endgültigen Spaltung der Dumafraktion etwas zurück.

Kapitel XI

Die Beratung in Poronino

1. In Poronino

Am 15. Juni 1913 ging die Reichsduma in die Sommerferien. Das Zentralkomitee hatte vor, die turnusmäßige Beratung mit den Parteifunktionären gleich nach Schluß der Session einzuberufen, aber dann wurde beschlossen, die Beratung in den Spätsommer zu verlegen, um es den sechs Dumadeputierten zu ermöglichen, zuvor ihre Wähler aufzusuchen. Es gehörte zu unseren Aufgaben, die Mitglieder der örtlichen Organisationen über die Arbeit der Sechsergruppe zu informieren, und wir sollten uns wiederum mit der Lage der Arbeit in der Provinz vertraut machen.

Eine der wichtigsten Fragen, die den bolschewistischen Deputierten dort gestellt wurde, war die Frage nach der Lage innerhalb der Fraktion. Die in den einzelnen Orten gesammelten Informationen über die Stimmung der Arbeitermassen sollten als Material für die bevorstehende Parteiberatung dienen.

Die Abreise der bolschewistischen Deputierten aus Petersburg löste, wie zu erwarten war, große Erregung bei der Ochrana aus. Es hagelte Rundschreiben aus dem Polizeidepartement an örtliche Behörden: „beobachten", „verfolgen", „nicht zulassen", „verbieten" usw. Es kostete große Mühe, den Ring der Ochrana zu durchbrechen und die örtlichen Parteiorganisationen nicht hochgehen zu lassen.

Die Rundreise durch die Arbeiterzentren der Provinz, die Reden in Arbeiterversammlungen, der Meinungsaustausch mit den örtlichen Parteifunktionären boten unserer Sechsergruppe die Möglichkeit, das Anwachsen der bolschewistischen Stimmungen unter den Arbeitermassen zu konstatieren.

Der Standpunkt der Sechsergruppe sowohl außerhalb als auch innerhalb der Fraktion wurde von den meisten örtlichen Parteiorganisationen gebilligt. Einige Organisationen stellten die Forderung nach unverzüglichem Bruch mit der Siebenergruppe. Überwiegend war jedoch die Meinung, daß man noch einen, den letzten Versuch unternehmen müsse, um die Einheit der sozialdemokratischen Fraktion wenigstens nach außen hin aufrechtzuerhalten. Könne die gesamte Politik der Fraktion nicht der bolschewistischen Führung unterstellt werden, seien Maßnahmen zu ergreifen, um die Siebenergruppe unschädlich zu machen und den bolschewistischen Deputierten die Möglichkeit zur stärkeren Ausnutzung der Dumatribüne zu gewährleisten. Sollte es aber nicht gelingen, eine solche Situation herbeizuführen, sei in der Duma entschlossen mit den Menschewiki zu brechen, wie das in allen anderen Parteiorganisationen bereits geschehen war.

Nachdem wir eine Bilanz der Meinungen der Parteiorganisationen sowie der allgemeinen Stimmungen des revolutionären Teils der Arbeiter gezogen hatten, begaben wir uns in den Tagen nach dem 20. September ins Ausland zur Parteiberatung.

Die Beratung wurde nach Galizien (Österreich), in das Dorf Poronino unweit von Krakau einberufen. Hier lebte Lenin in den Sommermonaten mit einigen anderen Funktionären des Zentralkomitees. Aus Gründen der Geheimhaltung wurde beschlossen, die Beratung in Poronino als die „August"-(„Sommer"-)Beratung zu bezeichnen, in Wirklichkeit aber fand sie Ende September 1913 statt.

An der Beratung nahmen 22 Vertreter der größten Parteiorganisationen teil, (davon 17 mit beschließender Stimme). Die Duma-Sechsergruppe war vollzählig anwesend, mit Ausnahme des damals kranken Genossen Samoilow.

Zwischen den Beratungen in Krakau und in Poronino waren mehr als acht Monate vergangen. In dieser Zeit hatte die revolutionäre Bewegung in Rußland einen gewaltigen Schritt vorwärts getan. Die politischen Streiks am 9. November, am 4. April (Jahrestag der Lena-Erschießungen) und am 1. Mai waren grandios. Die russischen Arbeiter hatten in diesem Jahr erstmalig auch den Internationalen Tag der Arbeiterinnen gefeiert.

Auch die ökonomischen Streiks zeichneten sich durch Zähigkeit und Organisiertheit aus. Außerordentliche Heftigkeit erreichte der Kampf gegen die neue Waffe der Kapitalisten, die Aussperrungen. Insgesamt hatten sich 1913 in Rußland rund 1 Million Menschen an Streiks beteiligt, davon über eine halbe Million an politischen Streiks.

Die Parteiarbeit erweiterte und festigte sich. Viele neue Parteizellen waren geschaffen worden, die Zellen aber, die bereits bestanden, vergrößerten ihren Mitgliederstand, ihre Arbeit erfaßte breitere Arbeitermassen. In allen legalen Arbeiterorganisationen sowie Bildungsvereinen verstärkte sich der bolschewistische Einfluß.

Alle diese Anzeichen für das Wachstum der revolutionären Bewegung stellten der Partei Fragen verschiedenster Art. Vor der Beratung in Poronino standen sowohl organisatorische Fragen als auch Fragen der Taktik, der Propaganda, der Agitation usw.

Auf der Tagesordnung standen die Berichte über die Arbeit in Petersburg, Moskau, in der Ukraine, im Ural und in Polen an erster Stelle.

Ich erstattete Bericht über die Arbeit in Petersburg. Der allgemeine Verlauf der Streikbewegung in Petersburg war den Beratungsteilnehmern bekannt. Von den Aktionen der Petersburger Arbeiter wußte ein jeder. Deshalb ging ich in meinem Bericht vor allem auf den Zustand der Parteiorganisation und die Arbeit des Petersburger Komitees ein.

Eine Reihe organisatorischer Maßnahmen, die auf Grund der Beschlüsse der vorangegangenen, der Krakauer Beratung getroffen worden waren, hatte sich positiv ausgewirkt und zur Verstärkung der Peters-

burger Organisation beigetragen. Jetzt konnten sich zersplitterte, partisanenhafte Aktionen einzelner Gruppen, wie beispielsweise die am Tage der Eröffnung der IV. Reichsduma, schon nicht mehr wiederholen. Die Führung der Organisation war in der Exekutivkommission des Petersburger Komitees konzentriert. Die engsten Verbindungen unterhielt das Petersburger Komitee mit dem Narwaer, dem Newaer und dem Wyborger Stadtbezirk sowie dem der Wassiljewski Insel, das heißt mit den wichtigsten Arbeiterbezirken.

Sodann gab ich eine ausführliche Information über die Technik bei der Organisierung von Druckereien, von denen das Petersburger Komitee damals zwei besaß, über die Herausgabe von Proklamationen, die in Petersburg in Auflagen bis zu 20 000 Exemplaren gedruckt wurden, über die Arbeit in den Gewerkschaften, über die Unterstützung der „Prawda", über Geldsammlungen usw.

Als Korrespondenz mit der Unterschrift „Mitglied der Exekutivkommission des Petersburger Komitees" wurde mein Bericht gekürzt im Zentralorgan der Partei „Sozialdemokrat" vom 5. Dezember 1913 abgedruckt. Der veröffentlichte Teil des Berichts betrifft den Aufbau der Petersburger Organisation und die Arbeit des Petersburger Komitees.

„Im Sommer", so schrieb ich, „wurden alle Angelegenheiten in Petersburg vom Petersburger Komitee geleitet, das seit Herbst vorigen Jahres tätig ist. Das Petersburger Komitee hat Verbindungen zu allen Werken. Alles, was in den Arbeitervierteln, in jedem Werk, in jeder Fabrik und sogar in jeder Werkstatt geschah, war dem Petersburger Komitee bekannt, es war über alles informiert. Unsere Petersburger Organisation mit dem Petersburger Komitee an der Spitze ist wie folgt beschaffen: in allen Werken gibt es Zellen, die gewählt werden und in kleineren Werken auch die Werkkomitees darstellen. Die Werkkomitees entsenden Vertreter in die Bezirkskomitees. Außerdem ernennt jedes Werkkomitee oder, wenn das Werk groß ist, jede Zelle in der Werkstatt einen Geldsammler, der an jedem Lohntag Geld für alles, was benötigt wird, sammelt, das Zeitungsabonnement vermittelt und anderes. Dann wird noch ein Kontrolleur ernannt, der alle Einrichtungen, für die Geld gesammelt wurde, besuchen, sich vom Eingang des im Werk gesammelten Geldes vergewissern und Quittungen einholen muß. Dadurch

gibt es keinen Mißbrauch des Geldes, und es gingen auch keinerlei Beschwerden ein.

Jedes Bezirkskomitee wählte in geheimer Abstimmung die Exekutivkommission. Man bemühte sich, die Wahlen so durchzuführen, daß es nicht das ganze Komitee erfuhr, wer der Exekutivkommission angehört. Der Exekutivkommission eines jeden Bezirkskomitees gehörten drei Personen an.

Die Exekutivkommissionen der Bezirke entsandten Vertreter in das Petersburger Komitee und zwar ebenfalls so, daß es nicht das ganze Bezirkskomitee erfuhr, wer dem Petersburger Komitee angehört. Das Petersburger Komitee wählte seinerseits eine Exekutivkommission aus drei Personen. Zuweilen war es notwendig, zum Petersburger Komitee aus Gründen der Geheimhaltung nicht zu wählen, sondern das Petersburger Komitee kooptierte jemanden aus der Exekutivkommission eines Bezirks.

Dank einer solchen Organisation fiel es der Ochrana schwer, an das Petersburger Komitee heranzukommen, das Petersburger Komitee aber funktionierte die ganze Zeit, leitete die Tätigkeit der Organisation, rief politische Streiks aus usw.

Die Autorität des Petersburger Komitees war unter den Arbeitermassen sehr groß. In allen wichtigen Fällen warteten die Arbeiter auf die Direktiven des Petersburger Komitees. Besonders große Bedeutung hatten die Flugblätter des Petersburger Komitees, die es aus verschiedenen Anlässen herausgab.

Die Petersburger Gewerkschaftsorganisationen hatten beschlossen, ihre politischen Streiks nicht auszurufen, sondern den Aufruf des Petersburger Komitees abzuwarten und sich diesem zu fügen. Die Streiks am 9. Januar, am 4. April und am 1. Mai wurden vom Petersburger Komitee ausgerufen. Nach dem Verbot der ‚Prawda' waren die Arbeiter sehr erregt und wollten streiken. Das Petersburger Komitee aber beschloß, man müsse sich zunächst gut organisieren und ein Flugblatt herausgeben, das sich an die Massen wenden sollte. Und deshalb hielt das Petersburger Komitee die Arbeiter die ganze Zeit zurück und ermahnte sie, den Aufruf abzuwarten. Das Petersburger Komitee erließ keinen Aufruf zum Streik, nach einigen Tagen aber begann eine andere Arbeiter-

zeitung der gleichen Richtung zu erscheinen, und die Arbeiter beruhigten sich ein wenig. Dennoch hatten etwa 30 000 gestreikt.

Die Flugblätter waren von gewaltiger Bedeutung, deshalb setzte das Petersburger Komitee alles daran, die technischen Hilfsmittel für den Druck von Flugblättern zu beschaffen. Man mußte die Flugblätter selbst abfassen. Das ganze Petersburger Komitee setzte sich aus Arbeitern zusammen, und es war schwer, einen Intellektuellen zu finden, der ein von Arbeitern geschriebenes Flugblatt korrigierte.

Die politischen Streiks in Petersburg zerstörten die Organisation nicht, sondern festigten sie vielmehr. Man kann sagen, daß die Petersburger Organisation dank der politischen Streikbewegung zu neuem Leben erwacht ist, sich gefestigt und entwickelt hat. Das Geschrei der Liquidatoren über das ‚Streikfieber' zeigt, daß sie sich von den Arbeiterorganisationen und dem Leben der Massen völlig losgelöst haben, daß sie nicht begreifen, was sich jetzt unter den Arbeitern tut. Ich stand im Zentrum der Arbeiterbewegung in Petersburg und fühlte auf Schritt und Tritt, wie die Stärke des Arbeiters wächst, wie er vor Kraft geradezu strotzt.

Die Entschließungen der Februarberatung hatten die Arbeiter in den Werken erhalten und gelesen. Die gesamte Arbeit der Petersburger Organisation wurde im Geiste dieser Entschließungen geleistet. Das Leben hat ihre Richtigkeit vollauf bestätigt. Bei meiner Mitwirkung spürte ich die ganze Zeit, daß die Arbeit auf dem richtigen Wege ist, daß die Linie richtig eingeschlagen wurde. Liquidatoren habe ich so gut wie keine getroffen, sie waren nicht zu hören. Zunächst wunderte ich mich darüber, später aber hat die Metallarbeiterversammlung alles geklärt: sie sind in Petersburg kaum vorhanden."

Die Berichte aus den verschiedenen Orten hatten informatorischen Charakter. Dazu wurden keine besonderen Beschlüsse gefaßt. Sie sollten die Lage der örtlichen Parteiorganisationen möglichst umfassend beleuchten und damit der Beratung die Lösung allgemeiner Fragen ermöglichen.

Gleich nach den Informationen aus den verschiedenen Orten erstattete Lenin den Bericht über die Arbeit des von der Prager Konferenz gewählten Zentralkomitees. Die Entwicklung der revolutionären Bewe-

gung und der Erfolg der Parteiarbeit haben, so führte Lenin aus, bestätigt, daß die Linie der Bolschewiki, die auf der Prager Konferenz ein eigenes Zentralkomitee geschaffen haben, richtig ist. Die Wahlen zur Reichsduma, die Gründung der „Prawda", das hohe Niveau der Streikbewegung — das alles sind Ergebnisse der Parteiarbeit unter Führung des bolschewistischen Zentralkomitees.

Über die Technik des Zentralkomitees, über Korrespondenz, Verbindungen, Transport, Vertrauenspersonen und Vertreter des Zentralkomitees in den meisten Großstädten berichtete Nadeshda Konstantinowna Krupskaja.

Nadeshda Konstantinowna war alle diese Jahre hindurch der ständige und treueste Helfer Lenins. Im Jahre 1890 begann ihr bewußtes revolutionäres Leben. Seit 1898 war sie eng mit Wladimir Iljitsch verbunden: sie arbeitete mit ihm zusammen in der Illegalität, war mit ihm zusammen in der Verbannung und lebte mit ihm zusammen in der Emigration.

Im Auslande lastete auf den Schultern Nadeshda Konstantinownas eine gewaltige Arbeit zur Anbahnung von Verbindungen, zur Beförderung von Literatur und zur Führung vertraulicher Korrespondenz. Sie führte auch die Protokolle der Sitzungen, der Kongresse, der Konferenzen und Beratungen.

2. Die Hauptbeschlüsse

Nach den einleitenden Berichten behandelte die Beratung die auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Innerhalb von zehn Tagen erörterte und entschied die Beratung viele überaus wichtige Fragen, die die weitere Arbeit der Partei bestimmten.

Die Beratung bekräftigte erneut, daß die Hauptlosungen des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse bleiben müssen: „Demokratische Republik", „Achtstundentag", „Konfiskation des gesamten Gutsbesitzerlandes". Unter diesen „ungeschmälerten" Losungen sollten alle politischen Streiks verlaufen.

Die Beratung begrüßte die Initiative des Petersburger Komitees und einiger Moskauer Parteigruppen, die an der Organisierung eines all-

gemeinen politischen Streiks arbeiteten. Es galt, unverzüglich und überall die Agitation für die Vorbereitung des allgemeinen politischen Streiks im gesamtrussischen Maßstab zu beginnen.

Die Resolution über die Streikbewegung bestand aus sechs Punkten, von denen der letzte aus Gründen der Geheimhaltung nicht veröffentlicht wurde. Der sechste Punkt wies darauf hin, daß politische Streiks in verschiedenen Städten, und zwar insbesondere in Petersburg und Moskau, gleichzeitig durchgeführt werden müssen.

„Die Beratung", so lautete dieser Punkt, „ruft alle örtlichen Funktionäre auf, die Flugblattagitation weiter auszubauen sowie bessere und engere Beziehungen zwischen den politischen und sonstigen Organisationen der Arbeiter verschiedener Städte herbeizuführen. Insbesondere ist es notwendig, auf die Verständigung vor allem zwischen den Petersburger und den Moskauer Arbeitern zu achten, damit die politischen Streiks, die aus verschiedenen Anlässen ausbrechen können (Verfolgung der Presse, Versicherungsstreik usw.), nach Möglichkeit in den beiden Hauptstädten gleichzeitig durchgeführt werden."[1]

Zur Frage der Parteipresse beschloß die Beratung:

„1. Die Beratung stellt die gewaltige Bedeutung der legalen Presse für die Sache der sozialdemokratischen Agitation und Organisation fest und ruft deshalb die Parteiinstitutionen und alle bewußten Arbeiter auf, die legale Presse durch weite Verbreitung, kollektive Massenabonnements und ständige Sammlungen in verstärktem Maße zu unterstützen. Dabei bestätigt die Beratung erneut, daß die erwähnten Sammlungen Mitgliedsbeiträge für die Partei darstellen.

2. Besonders starke Beachtung muß der Festigung des legalen Arbeiterorgans in Moskau und der möglichst baldigen Schaffung einer Arbeiterzeitung im Süden gelten.

3. Die Beratung äußert den Wunsch, daß die bestehenden legalen Arbeiterorgane durch gegenseitige Information, Veranstaltung von Beratungen usw. einen möglichst engen Kontakt herstellen.

4. Da die Beratung die Wichtigkeit und Notwendigkeit des Bestehens eines theoretischen Organs des Marxismus anerkennt, äußert sie den Wunsch, daß alle Organe der Partei- und Gewerkschaftspresse die

[1] „Die KPdSU in Resolutionen ...", Teil I, S. 311, russ.

Arbeiter mit der Zeitschrift „Prosweschtschenije" vertraut machen und sie zum ständigen Bezug und zur systematischen Unterstützung der Zeitschrift aufrufen.

5. Die Beratung macht die Parteiverlage darauf aufmerksam, daß eine zahlreiche Ausgabe populärer Broschüren über Fragen der sozialdemokratischen Agitation und Propaganda äußerst notwendig ist.

6. Da sich der revolutionäre Kampf der Massen in der letzten Zeit verschärft und da er vollständig und allseitig beleuchtet werden muß, wie das in der legalen Presse nicht möglich ist, macht die Beratung insbesondere darauf aufmerksam, daß die illegale Verlagstätigkeit der Partei verstärkt entwickelt werden muß, wobei neben den illegalen Flugblättern, Broschüren usw. auch das häufigere und regelmäßigere Erscheinen des illegalen Parteiorgans (ZO) äußerst notwendig ist."[1]

Die wichtigste organisatorische Aufgabe der Partei war, wie die Beratung betonte, nicht nur die Festigung der Parteiorganisationen in jeder Stadt, sondern auch deren Vereinigung. Dazu war es notwendig, Gebietsparteiberatungen und, wo es möglich war, auch Konferenzen einzuberufen. Erneut bestätigt wurde die Notwendigkeit des Systems von Vertrauensleuten beim Zentralkomitee. Die Beratung stellte die Frage der Einberufung des nächsten Parteitages.

Eine der zentralen Fragen der Beratung in Poronino war der Bericht unserer Sechsergruppe über die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma.

Bereits vor Eröffnung der Beratung, gleich nach der Ankunft in Poronino, hatten wir mit Lenin eine private Beratung über die Arbeit der Sechsergruppe in der Duma. Seit der Krakauer Konferenz hatten wir bereits gewisse Erfahrungen sowohl in Dumareden als auch in der Arbeit außerhalb der Duma gesammelt. Vom Standpunkt der revolutionären Massenagitation nutzten wir die Dumatribüne nicht schlecht aus. Wir hatten aber zuweilen den Eindruck, als reiche das alles nicht aus.

„Nun gut, wir veranstalten Demonstrationen gegen Minister und Schwarzhunderter, wenn sie auf der Tribüne erscheinen", so sagte ich zu Lenin. „Aber das ist zu wenig. Die Arbeiter werden fragen: welche

[1] Ebenda, S. 311/12.

praktischen Vorschläge habt ihr in der Duma gemacht? Wo sind die von euch ausgearbeiteten Gesetze?“

Lenin lachte und antwortete:

„Irgendwelche Gesetze, die die Lage der Arbeiter erleichtern, wird die Schwarzhunderterduma nie und nimmer annehmen. Die Aufgabe eines Arbeiterdeputierten besteht darin, die Schwarzhunderter von der Dumatribüne aus Tag für Tag daran zu erinnern, daß die Arbeiterklasse stark und mächtig ist, daß der Tag nicht mehr fern ist, da sich die Revolution wieder erhebt, die das ganze Schwarze Hundert samt seinen Ministern und seiner Regierung hinwegfegen wird. Gewiß kann man auch Abänderungen vorschlagen und sogar irgendein Gesetz, aber alle diese Schritte müssen auf eines hinauslaufen: man muß die zaristische Ordnung brandmarken, die ganze erschreckende Willkür der Regierung zeigen, von der Rechtlosigkeit und der maßlos harten Ausbeutung der Arbeiterklasse sprechen. Das eben wird wirklich das sein, was die Arbeiter von ihrem Deputierten hören müssen.“

Gemeinsam mit Lenin wurden verschiedene praktische Fragen der Dumaarbeit gelöst: hinsichtlich der Abstimmung über einzelne Artikel der Gesetze und über Budgets, hinsichtlich der Gesetzentwürfe, deren Ausarbeitung die Sechsergruppe zu agitatorischen Zwecken in Angriff nehmen sollte usw.

Die Debatte über den Rechenschaftsbericht der Sechsergruppe dauerte einige Sitzungen lang. In der angenommenen Entschließung über die Dumaarbeit der Sozialdemokraten bekräftigte die Beratung erneut die Beschlüsse der Partei, wonach die Aufgabe der sozialdemokratischen Deputierten nicht in der Teilnahme an irgendeiner positiven gesetzgeberischen Arbeit, sondern in der Ausnutzung der Dumatribüne für die revolutionäre Agitation und Propaganda bestand. Bei einer schroff ablehnenden Einstellung zu jeglichen Gesetzentwürfen, die durch die Duma gingen, erhob sich dennoch die Frage, was man tun solle, falls im Gesetz irgendeine Verbesserung der Lage der Werktätigen vorgeschlagen wurde. Die Beratung war der Meinung, daß für diese Punkte nur dann gestimmt werden solle, wenn es um eine unmittelbare und direkte Verbesserung ging, wie etwa Verkürzung des Arbeitstages, Lohnerhöhung usw. Wenn aber die vorgeschlagene Verbesserung infolge

der allgemeinen Bedingungen zweifelhaft war, solle sich die Fraktion, unbedingt mit einer besonderen Begründung, der Stimme enthalten. Außerdem solle die sozialdemokratische Fraktion in allen Fragen, die in der Duma behandelt würden, selbständige Formeln für den Übergang zum nächstfolgenden Tagesordnungspunkt einbringen. Das waren die Hinweise der Beratung in Poronino zu unserer Dumaarbeit.

3. Über die Spaltung der Dumafraktion

In einem besonderen Bericht wurde auf der Beratung die Lage innerhalb der Dumafraktion und unser Kampf gegen die menschewistische Siebenergruppe behandelt. Vor der Beratung stand in all ihrer Tragweite die Frage, ob eine endgültige Spaltung der Fraktion vollzogen und eine selbständige Dumafraktion der Bolschewiki gebildet werden sollte.

Die Spaltung der Fraktion und die völlige Abgrenzung von den Menschewiki wurden auf der Beratung im Grunde als ein notwendiger und unvermeidlicher Schritt angesehen. Aber dieser Schritt war äußerst ernst und verantwortungsvoll. Wie wird er von den breiten Arbeitermassen aufgenommen? Werden sie begreifen, daß die „Einheit" mit den Liquidatoren der Arbeiterklasse nur schadet? Werden sie es nicht für notwendig halten, daß die Bolschewiki und die Menschewiki angesichts der Schwarzhunderterduma als ein einheitliches Ganzes auftreten? Die Lage wurde dadurch erschwert, daß es angesichts der wütenden Zensur und der Polizeiverfolgungen unmöglich war, eine breite Aufklärungskampagne zu entfalten. Unsere Presse durfte nicht alles beim richtigen Namen nennen. Man mußte „durch die Blume" sprechen, selbst die drei Grundlosungen der Bolschewiki mußten durch allerlei „ähnliche" Worte getarnt werden.

Andererseits mußte man die Spaltung selbst so vollziehen, daß möglichst viele von denen, die bereits schwankten, aber sich immer noch den Menschewiki anschlossen, mitgezogen wurden. Das galt in gleichem Maße sowohl für die fortschrittlichen, bewußten Arbeiter als auch für die Mitglieder der vereinigten Fraktion selbst. Unsere

Aufgabe war es, diejenigen, die noch nicht endgültig in dem Liquidatorensumpf versunken waren, von den Menschewiki abzusondern, loszureißen.

Alle diese Erwägungen wurden der Entschließung der Beratung in Poronino zugrunde gelegt, die sich entschied, der Siebenergruppe vorher die ultimative Forderung nach Gleichheit der beiden Fraktionsteile zu stellen. Nur wenn sich die Menschewiki weigern sollten, auf unsere Forderung einzugehen, sollten wir endgültig mit der Siebenergruppe brechen und eine selbständige Fraktion bilden.

„Die Beratung ist der Ansicht", so lautete der Beschluß über die Dumafraktion, „daß die Einheit der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Gebiet der Dumaarbeit möglich und notwendig ist.

Die Beratung stellt jedoch fest, daß das Verhalten der sieben Deputierten die Einheit der Fraktion ernsthaft gefährdet.

Die sieben Deputierten verletzen unter Ausnutzung der zufälligen Mehrheit von einer Stimme die elementaren Rechte der sechs Arbeiterdeputierten, die die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands vertreten.

Die sieben Deputierten nehmen, von engen Fraktionsinteressen ausgehend, den sechs Deputierten die Möglichkeit, zu den wichtigsten Fragen des Arbeiterlebens von der Dumatribüne aus zu sprechen. Wenn bei einer ganzen Reihe von Aktionen die sozialdemokratische Fraktion zwei und mehr Redner stellte, erhielten die sechs Deputierten trotz ihrer Forderungen nicht die Möglichkeit, ihren Redner sprechen zu lassen.

Die sieben Deputierten weigern sich ferner, bei der Verteilung der Sitze in den Dumakommissionen (beispielsweise in der Budgetkommission) den sechs Deputierten einen der beiden Sitze zu überlassen.

Wenn die Fraktion in die Institutionen, die für die Arbeiterbewegung wichtig sind, Vertreter wählt, entziehen die sieben Deputierten den sechs Deputierten mit der Mehrheit einer einzigen Stimme die Vertretung. Die technischen Kräfte der Fraktion werden stets einseitig ausgewählt (beispielsweise wurde die Forderung nach einem zweiten Sekretär abgelehnt).

Die Beratung ist der Meinung, daß eine derartige Handlungsweise der sieben Deputierten unweigerlich Reibungen in der Fraktion schafft, die eine einträchtige Arbeit behindern und zur Spaltung der Fraktion führen.

Die Beratung protestiert auf das entschiedenste gegen eine derartige Handlungsweise der sieben Deputierten.

Die sechs Deputierten repräsentieren die gewaltige Mehrheit der Arbeiter Rußlands und handeln in voller Übereinstimmung mit der politischen Linie ihres organisierten Vortrupps.

Die Beratung ist deshalb der Meinung, daß es nur bei voller Gleichberechtigung der beiden Teile der Fraktion und nur beim Verzicht der sieben Deputierten auf ihre Unterdrückungspolitik möglich sein wird, die Einheit der sozialdemokratischen Fraktion auf dem Gebiet der Dumaarbeit aufrechtzuerhalten.

Ungeachtet der unversöhnlichen Unstimmigkeiten nicht allein auf dem Gebiet der Dumaarbeit fordert die Beratung die Einheit der Fraktion auf der Grundlage der vorstehend erwähnten Prinzipien der Gleichberechtigung ihrer beiden Teile.

Die Beratung fordert alle bewußten Arbeiter auf, ihre Meinung zu dieser wichtigen Frage zu äußern und mit allen Kräften zur Erhaltung der Einheit der Fraktion auf der einzig möglichen Grundlage der Gleichberechtigung der sechs Arbeiterdeputierten beizutragen."[1]

Mit der Annahme dieses Beschlusses unternahm unsere Partei den letzten Versuch, die menschewistische Siebenergruppe unschädlich zu machen, ohne die offizielle Spaltung herbeizuführen.

Aber die Teilung der Fraktion in zwei gleichberechtigte selbständige Teile wäre natürlich an sich schon eine scharfe Trennung zwischen der Sechser- und der Siebenergruppe. Und selbst wenn es zu keiner formellen Spaltung gekommen wäre, hätten wir in unserer Dumatätigkeit dennoch die Möglichkeit, eine Politik zu betreiben, die den Interessen der Partei tatsächlich entsprechen würde.

Unmittelbar vor der Abreise aus Poronino fand eine Sitzung des Zentralkomitees unter Teilnahme der Deputierten statt, auf der die praktischen Schritte der Sechsergruppe in bezug auf die Menschewiki

[1] „Die KPdSU in Resolutionen . . .", Teil I, S. 313/14, russ.

erörtert wurden. Es wurde beschlossen, daß wir ihnen folgende ultimative Forderungen stellen sollen: Berufung eines zweiten Sekretärs der Fraktion, Neuwahlen für die Budgetkommission und für das Internationale Sozialistische Büro sowie paritätische Aufstellung der Redner von den Bolschewiki und den Menschewiki. Unverzüglich wurde der Wortlaut des ultimativen Schreibens ausgearbeitet. Weigerte sich die Siebenergruppe, unseren Forderungen zu entsprechen, sollte — so wurde beschlossen — der endgültige Bruch herbeigeführt und an die Massen appelliert werden.

Kapitel XII

Die Spaltung der Dumafraktion

1. Unser Ultimatum an die Menschewiki

Die Beratung in Poronino setzte eine Reihe wichtiger organisatorischer Aufgaben auf die Tagesordnung. Um diese auszuführen, begab ich mich im Auftrage des Zentralkomitees für einige Tage nach Brjansk, in das Beshizki Werk, wo ich über die Arbeit der Beratung Bericht erstattete. Wir hatten zu dem Werk starke Bindungen, die sich nach meiner Reise noch mehr festigten. Die ständige und gut eingespielte Verbindung mit der Brjansker Organisation sowohl in der Dumaarbeit als auch in der Arbeit außerhalb der Duma blieb während meiner ganzen Deputiertenzeit erhalten. Die übrigen Mitglieder der Sechsergruppe begaben sich in andere Gebiete Rußlands.

Die ganze Sechsergruppe kam in Petersburg wieder zusammen am 15. Oktober, für den die Eröffnung der Herbstsession der Reichsduma angesetzt worden war.

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion fand am nächsten Tage, am 16. Oktober, statt. Gleich nach Eröffnung der Sitzung wurde im Namen der Sechsergruppe eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abgegeben. Wir wiesen kurz auf die innerhalb der Fraktion entstandene Lage hin und legten unsere Forderungen nach Gleich-

berechtigung beider Teile der Fraktion dar. Diese Forderungen wurden in Form eines Ultimatums gestellt: „Wir fordern eine sofortige Antwort. Im Falle der Ablehnung tritt unsere ganze Sechsergruppe aus der Fraktion aus."

Tschcheïdse versuchte eine Erörterung unserer Forderungen zu unterbinden. „Beliebt es der Versammlung, die Erklärung der sechs Deputierten zu erörtern?" fragte er und wollte schon — seiner Mehrheit im voraus gewiß — zur üblichen Abstimmung schreiten.

Als Antwort auf unseren Protest gegen ein solches Verfahren zur Lösung der Frage kam einer aus der Siebenergruppe seinem Vorsitzenden zu Hilfe und machte einen neuen Vorschlag: zunächst die laufenden Angelegenheiten der Fraktion zu erörtern und erst dann, am Ende der Sitzung, zur Prüfung der Erklärung der Sechsergruppe überzugehen. Wir lehnten es kategorisch ab, uns in irgendeiner Weise an der gemeinsamen Arbeit zu beteiligen, bevor wir eine Antwort auf die von uns gestellten Forderungen erhalten hatten und verließen demonstrativ die Sitzung.

Offenbar hatten die Menschewiki eine derart entschlossene Aktion von unserer Seite nicht erwartet, und sie wußten im ersten Augenblick nicht, wie sie darauf reagieren sollten. Um etwas Zeit zu gewinnen, wandten sie sich an uns mit der Bitte, die Erklärung der Sechsergruppe schriftlich einzureichen und versprachen uns, innerhalb einer Woche Antwort zu geben; inzwischen sollten wir an der gemeinsamen Arbeit der Fraktion teilnehmen.

Am nächsten Tag händigten wir der Siebenergruppe folgende Erklärung aus: „Ein Jahr der gemeinsamen Arbeit in der Reichsduma hat eine ganze Reihe von Zusammenstößen und Reibereien zwischen uns und Ihnen, das heißt den übrigen sieben sozialdemokratischen Deputierten, mit sich gebracht. Es kam sogar zur offenen Polemik in der Presse, und Ihre jüngsten Beschlüsse, die von Ihnen kurz vor der Schließung der Reichsduma im Juni 1913, als ein Teil der Deputierten bereits weggefahren war, gefaßt wurden, haben endgültig die Unmöglichkeit und Ausweglosigkeit der entstandenen Lage gezeigt. Diese von Ihnen mit sieben gegen sechs Stimmen gefaßten Beschlüsse sind die Verweigerung eines von den beiden Sitzen in der Budgetkommission

für die Bolschewiki (die sechs Deputierten) sowie die Wahl eines Vertreters (und nicht zweier) für eine wichtige Institution.

Nachdem Sie wiederholt mit sieben gegen sechs Stimmen den sechs Arbeiterdeputierten einen von zwei Rednern, die in der Duma zu stellen waren, versagt hatten, war der erwähnte Beschluß der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen brachte.

Es ist Ihnen bekannt, daß wir ganz und gar im Geiste des konsequenten Marxismus gehandelt haben und auch weiterhin handeln, indem wir uns ideologisch allen seinen allgemeinen Erkenntnissen anschließen.

Es ist Ihnen, Genossen, bekannt, daß es durchaus objektive Tatsachen gibt, die beweisen, daß wir nicht übertreiben, wenn wir von der vollen Übereinstimmung unserer Tätigkeit mit dem Bewußtsein und dem Willen der gewaltigen Mehrheit der marxistischen fortschrittlichen Arbeiter Rußlands sprechen. Das hat auch die Geschichte der ‚Prawda' bewiesen, der ersten Arbeiterzeitung, die durch den Aufschwung der Arbeiterbewegung im April—Mai 1912 geschaffen wurde und die Mehrheit der Arbeiter um sich vereinigte. Das hat die Verbreitung der ‚Prawda' in einer Auflage von 40 000 Exemplaren bewiesen. Das haben die in Gruppen durchgeführten Sammlungen der Arbeiter für die ‚Prawda' bewiesen, über die diese Zeitung stets offen geschrieben hat. Das haben die Wahlen in der Arbeiterkurie zur IV. Reichsduma bewiesen, aus denen die Bolschewiki überall als Kuriendeputierte hervorgingen und die im Vergleich mit den Wahlen in der Arbeiterkurie zur II. und zur III. Reichsduma das unbestreitbare, von niemandem bestrittene gewaltige Wachstum des Marxismus und der antiliquidatorischen Überzeugungen unter den bewußten Arbeitern Rußlands gezeigt haben. Das haben schließlich die Wahlen zum Vorstand des Metallarbeiterverbandes in St. Petersburg und die Geschichte der ersten Arbeiterzeitung in Moskau in diesem Jahr bewiesen. Selbstverständlich halten wir es für unsere unbedingte Pflicht, in strikter Übereinstimmung mit dem Willen der Mehrheit der marxistisch geeinten Arbeiter Rußlands zu handeln.

Indessen handeln Sie, die sieben Deputierten, unabhängig von diesem Willen und entgegen diesem Willen. Sie fassen kühn Beschlüsse,

die dem Willen der Mehrheit der bewußten Arbeiter zuwiderlaufen. Wir erinnern daran, daß Sie, wenn auch auf der Grundlage eines gewissen Kompromisses, den Nichtsozialdemokraten Jagiello aufgenommen haben, der bis heute von keinem Sozialdemokraten in Polen anerkannt worden ist, oder daß Sie entgegen dem Willen der Mehrheit der Arbeiter nationalistische Losungen akzeptiert haben, die Losung der sogenannten nationalen Kulturautonomie usw. Wir kennen Ihre Beziehungen zu der Strömung der Liquidatoren nicht genau und glauben, daß Sie eher zum Liquidatorentum tendieren, als volle Anhänger des Liquidatorentums sind. Aber wie dem auch sei, es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß Sie die Meinungen und Forderungen der Mehrheit der bewußten Arbeiter Rußlands, mit denen wir Hand in Hand gehen, nicht als für sich verbindlich betrachten.

Unter solchen Umständen sieht natürlich jeder Sozialist in jedem Lande der Welt, sieht jeder bewußte Arbeiter Ihr Bestreben als ungeheuerlich an, uns mit *einer* Stimme zu unterdrücken, uns des einen der beiden Plätze in den Kommissionen der Duma oder in anderen Institutionen, in der Liste der Dumaredner usw. zu berauben, uns eine Taktik und Politik aufzuzwingen, die von der Mehrheit der bewußten Arbeiter Rußlands verurteilt wird.

Wir betrachten unsere Meinungsverschiedenheiten nicht allein auf dem Gebiet der Dumaarbeit als unversöhnlich und können gegenwärtig nicht umhin, das zu tun. Wir sind gezwungen, Ihr Bestreben, uns zu unterdrücken und uns den einen der beiden Plätze zu nehmen, als unbedingt spalterisch und alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausschaltend zu kennzeichnen. Doch mit Rücksicht auf den beharrlichen Wunsch der Arbeiter, wenigstens vor der Außenwelt die Einheit der sozialdemokratischen Deputierten und sei es nur in der Dumaarbeit aufrechtzuerhalten, mit Rücksicht auf unsere im Laufe des Jahres gesammelten Erfahrungen, die die *Möglichkeit* gezeigt haben, durch *Verständigung* eine solche Einheit in den *Duma*aktionen zu erreichen, schlagen wir Ihnen vor, exakt und unzweideutig, ein für allemal festzusetzen, daß jegliche Unterdrückung der sechs in der Kurie gewählten Arbeiterdeputierten durch sieben Stimmen unzulässig ist. Die Erhaltung einer wirklichen Einheit der sozialdemokratischen Fraktion in der IV. Reichsduma

ist nur dann möglich, wenn die Gleichheit der Siebenergruppe und der Sechsergruppe voll und unwiderruflich anerkannt und wenn das Prinzip der Verständigung zwischen uns in allen Fragen der Dumaarbeit gewahrt wird.“

Diese Erklärung wurde von uns am 18. Oktober in der „Prawda“ — die damals unter der Bezeichnung „Sa Prawdu“ (Für die Prawda) erschien — zusammen mit dem Aufruf an alle Arbeiter veröffentlicht, sie möchten die Forderungen der Sechsergruppe unterstützen. Vom gleichen Tage an entfaltete die Zeitung eine breite Kampagne gegen die Siebenergruppe. In einer Reihe von Artikeln erläuterte die „Prawda“ tagtäglich den Sinn des Kampfes, der innerhalb der Fraktion entbrannt war. In der Zeitung wurden Zahlen angeführt, aus denen hervorging, daß riesige Arbeitermassen auf seiten der Bolschewiki sind. In einem der Artikel wurden Aufstellungen über die Arbeiterbevölkerung in den Gebieten angeführt, in denen die sozialdemokratischen Deputierten gewählt worden waren: neun Zehntel der Gesamtzahl der Arbeiter kamen auf die Gebiete, in denen die Bolschewiki gewählt worden waren, und nur ein Zehntel entfiel auf den Anteil der menschewistischen Siebenergruppe. Viele von den Artikeln, die die Liquidatoren entlarvten und ihre verbrecherische Rolle im Kampf gegen die Partei erläuterten, kamen aus dem Auslande von den Mitgliedern unseres Zentralkomitees, in erster Linie von Lenin.

„Zur Verteidigung!“ rief die Redaktion der „Prawda“ am 19. Oktober in den Spalten der Zeitung auf. „Das Maß unserer Geduld ist übervoll. Die Arbeiterdeputierten haben sich an die Mehrheit der Fraktion gewandt mit der Forderung, alles zu beseitigen, was ihre Arbeit, was die Erfüllung der ihnen vom Proletariat auferlegten Pflichten behindert. Die Siebenergruppe versucht wie im Vorjahr die Lösung dieser Frage hinauszuschieben. Es bleibt den Arbeitern nichts anderes übrig, als diese Frage selbst zu entscheiden. Wir wenden uns an alle, denen die Interessen der Arbeiterklasse teuer sind, mit dem Aufruf, sich zur Verteidigung ihrer Auserwählten zu erheben und den sieben Deputierten zu erklären: Die Arbeiter werden es nicht dulden, daß sie den Willen der Auserwählten der Arbeiterkurie, der konsequenten Marxisten, unterdrücken.“

2. Die Beschlüsse der Arbeiterversammlungen und der Parteiorganisationen

Die Arbeitermassen Petersburgs und danach auch anderer Städte Rußlands reagierten lebhaft auf unseren Aufruf. Die Seiten der „Prawda“ füllten sich mit Entschließungen, in denen das Verhalten der Siebenergruppe gebrandmarkt und den bolschewistischen Deputierten Unterstützung versprochen wurde. In einer der ersten Entschließungen, die in den Tagen eingingen, als die Menschewiki noch nicht auf unsere Forderungen geantwortet hatten, hieß es:

„Wir Arbeiter der Geschützwerkstatt der Putilow-Werke, die aus den Zeitungen von den Mißverständnissen in der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma erfahren haben, halten die Forderung der sechs in der Kurie gewählten Arbeiterdeputierten, als der unmittelbaren Vertreter der gesamten Arbeiterklasse Rußlands, für richtig und fordern von den sieben Deputierten, daß sie den sechs Deputierten das Recht auf Führung der Arbeiten in allen Fragen der Arbeitertaktik zugestehen.“

In der ersten Woche nach der Veröffentlichung unserer Erklärung erhielt die „Prawda“ Entschließungen von Arbeitern aus fünfundzwanzig Fabriken und Werken (Baranowski, Parviainen, Putilow-Werke, Röhrenwerk, Russisch-Baltisches Werk, Obuchow, „Prometheus“, Geisler, Ishora, Langensiepen, Siemens & Halske und andere). Unter diesen Entschließungen standen über 2500 Unterschriften. Außerdem sprachen sich vier Versammlungen von Bevollmächtigten, die einige Dutzend Werke im Petersburger, Wyborger und I. Städtischen Bezirk sowie im Bezirk der Wassiljewski Insel vertraten, gegen die Liquidatoren und für die Unterstützung der Sechsergruppe aus. Die gleichen Entschließungen nahmen die Vorstände von vier Gewerkschaften an, die rund dreitausend Mitglieder zählen.

Um die Stimmung der Arbeiter zu charakterisieren, zitiere ich einige Entschließungen über die Spaltung in der Fraktion.

„Nachdem wir uns über die Sachlage in der sozialdemokratischen Dumafraktion informiert haben“, lautete die Entschließung der Arbeiter des Röhrenwerkes, „stellen wir fest, daß die Spaltung der Fraktion nicht eine Sache der Fraktion selbst ist, sondern die Folge von Meinungs-

verschiedenheiten in der Masse selbst, die von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten wird und vertreten werden muß.

Man muß bedenken, daß wir unter den Bedingungen der bestehenden Ordnung nicht imstande waren, eine proportionale Klassenvertretung nach dem Prinzip der Mehrheit zu stellen, und deshalb tritt die zufällige Mehrheit der Fraktion von einer Stimme (Vertreter einer kleinen Minderheit) die Rechte der Vertreter fast der gesamten Klasse bewußt mit Füßen.

Unter Berücksichtigung des vorstehend Dargelegten protestieren wir, Anhänger der Ansichten der Mehrheit, mit einem Appell an das, was auf dem Banner des konsequenten Marxismus und überhaupt der Arbeiterinternationale geschrieben steht, gegen eine solche Sachlage und fordern die Befriedigung der Rechte der Minderheit, wobei wir diese als legitim, als Vertreter der Mehrheit betrachten.

Andernfalls müssen wir der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion die Schuld für die Spaltung und alle damit verbundenen Folgen geben."[1]

Die Arbeiter der Luftfahrtabteilung des Russisch-Baltischen Werkes schrieben in ihrer Entschließung vom 24. Oktober 1913:

„Wir 125 Arbeiter haben die in der sozialdemokratischen Fraktion entstandene Lage erörtert und beschlossen, eine Erklärung abzugeben, daß wir mit der Tätigkeit unserer sechs in der Arbeiterkurie gewählten Deputierten, die unsere Interessen richtig und standhaft in der Reichsduma verteidigen, durchaus einverstanden sind. Wir fordern von ihnen mit Nachdruck, daß sie weiterhin in der gleichen Richtung arbeiten, keinen Schritt von dem gewiesenen Weg des konsequenten Marxismus abweichen, wofür wir ihnen unseren heißen Dank ausdrücken und jegliche Unterstützung versprechen. Was unsere ideologischen Gegner betrifft, so halten wir es für nutzlos, uns mit irgendeiner Sache an sie zu wenden: das Leben selbst wird beweisen, daß sie auf einem falschen Wege sind."[2]

Die leitende Gruppe der klassenbewußten Arbeiter der Putilow-Werke hatte folgende Entschließung angenommen:

---

[1] „Sa Prawdu" vom 22. Oktober 1913.
[2] „Sa Prawdu" vom 24. Oktober 1913.

„Wir, die leitende Gruppe bewußter Arbeiter der Putilow-Werke, sprechen, nachdem wir in unserer Versammlung am 2. November die in der sozialdemokratischen Fraktion entstandene und eine Spaltung unter den Deputierten nach sich ziehende Lage erörtert haben, den sieben Deputierten, den einzig Schuldigen an der entstandenen Spaltung, unsere Mißbilligung aus und fordern die unverzügliche Lösung der Frage der Vereinigung beider Gruppen der sozialdemokratischen Fraktion auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider Teile.

Teure Genossen, wir grüßen Euch sechs Arbeiterdeputierte auf Eurem ruhmreichen und verantwortungsvollen Posten und glauben, daß Ihr die Sache der Sozialdemokratie stolz verteidigen und ihr Banner nicht dem Schimpf der Feinde preisgeben werdet."[1]

In diesen Tagen, als wir bereits dicht vor der Spaltung standen, entwickelten alle unsere Parteiorganisationen eine gewaltige Arbeit unter den Arbeitermassen. Die bolschewistischen Deputierten sprachen täglich in Arbeiterversammlungen, in denen unser Kampf gegen die Menschewiki lebhaft erörtert wurde. Einige solcher Versammlungen wurden von dem bolschewistisch geleiteten Vorstand des Metallarbeiterverbandes einberufen.

An einigen Stellen riefen Anhänger der Menschewiki, wenn sie erfuhren, daß einer von uns sprechen sollte, Vertreter der Siebenergruppe zu Hilfe. Dann entbrannten hitzige Kämpfe. Für die Siebenergruppe nahmen sie in den meisten Fällen ein klägliches Ende: den Menschewiki folgten nur unbedeutende Häuflein. Die gewaltige Mehrheit der Arbeiter stellte sich, wenn sie sich über unseren Streit Klarheit verschafft hatte, auf die Seite der Bolschewiki und forderte entschlossen, daß die Politik der Dumafraktion in die bolschewistischen Bahnen gelenkt werde.

Ohne eine direkte Antwort auf unsere Forderungen zu geben, veröffentlichte die Siebenergruppe in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" (Neue Arbeiterzeitung), die statt des „Lutsch" erschien, eine weitschweifige Erklärung, in der sie ihre Positionen verteidigte. Die Siebenergruppe zögerte die endgültige Antwort in jeder Weise hinaus. Ihre Politik war völlig klar: die Menschewiki führten eine Polemik in der

[1] „Sa Prawdu" vom 5. November 1913.

Presse und unter einzelnen Arbeitergruppen und rechneten damit, auf diese Weise Zeit zu gewinnen und uns indirekt irgendwie zu beeinflussen. Das war eine Rechnung ohne den Wirt: unser Beschluß war ernsthaft überlegt und beruhte auf so festen Grundlagen, daß er unabänderlich war.

Wir erschienen zur nächsten Fraktionssitzung am 21. Oktober und gaben erneut eine Erklärung ab, in der wir die Antwort auf die von uns gestellten Bedingungen forderten. Im Namen der Siebenergruppe erklärte Tschcheïdse, daß die endgültige Antwort in vier Tagen gegeben werde, inzwischen aber könne nach Meinung der Siebenergruppe die Arbeit nur auf der alten Basis, also ohne Anerkennung der Gleichberechtigung der beiden Fraktionsteile, fortgesetzt werden.

Eine Pause wurde eingelegt, in der sich die Sechser- und die Siebenergruppe getrennt berieten. Der Parlamentär zwischen uns war der Wächter der Fraktion, der schriftliche Erklärungen und die Antworten darauf von uns an die Siebenergruppe und zurück übergab. Wir teilten der Siebenergruppe mit, daß wir noch einige Tage warten wollten, in diesen Tagen aber an den allgemeinen Abstimmungen der Fraktion nicht teilnehmen, sondern zu jeder einzelnen Frage den kollektiven Beschluß unserer gesamten Sechsergruppe mitteilen würden.

Die darauffolgende allgemeine Sitzung der Fraktion zeigte, daß die Menschewiki gar nicht daran dachten, auf ihren Vorteil der einen Mehrstimme zu verzichten. Wir forderten, daß bei der Unterstützung der Interpellation über die Presse einer der beiden Redner von der Sechsergruppe gestellt werde. Die Siebenergruppe lehnte diese Forderung ab und bestimmte zwei Menschewiki als Redner zu der Interpellation.

Bezeichnenderweise wurde uns die Möglichkeit, einen Redner zu stellen, mit der Motivierung verweigert, daß es zwischen uns in der gegebenen Frage keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten gäbe. Es erwies sich also: Gab es Meinungsverschiedenheiten, so durften die Bolschewiki nicht zu Worte kommen, um die „Einheit" nicht zu zerstören, wenn es aber keine Meinungsverschiedenheiten gab, sollte der Sechsergruppe ebensowenig die Möglichkeit eines Auftretens geboten werden.

Gleich in der nächsten Sitzung der Reichsduma zeigte die Siebenergruppe anschaulich, daß sie nicht nur in organisatorischer Hinsicht, sondern auch in ihren prinzipiellen Positionen fest auf der Plattform der Liquidatoren stand. Der Menschewik Tuljakow, der im Namen der Fraktion zur Interpellation über das Verbot von Versammlungen sprach, erklärte in seiner Rede, daß „die Koalitionsfreiheit, die den Kampf für die Versammlungsfreiheit mit einschließt, unsere Kampflosung ist". Auf diese Weise stellte Tuljakow vor aller Welt eine Liquidatorenlosung auf, die von unserer Partei entschieden verurteilt wurde, weil sie die wahrhaft revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse entstellte.

Schließlich händigte uns die Siebenergruppe am 25. Oktober nach langer Verschleppung und Verzögerung ihre Antwort auf unsere Erklärung aus. Die Antwort war, wie zu erwarten, ablehnend. Die Menschewiki lehnten alle unsere Forderungen kategorisch ab und schlugen vor, die Arbeit der Fraktion auf alter Grundlage, das heißt ohne Anerkennung der Gleichberechtigung der beiden Teile, fortzuführen. Nachdem wir den schriftlichen Text der Antwort der Siebenergruppe erhalten hatten, verließen wir die Fraktionssitzung. Das war die letzte Sitzung der vereinigten sozialdemokratischen Fraktion der IV. Reichsduma. Die Spaltung war Tatsache geworden.

Am nächsten Tage wurde in der „Prawda" im Namen unserer Sechsergruppe folgender Aufruf an alle Arbeiter veröffentlicht:

„Jeder Proletarier wird sich, wenn er die Antwort der sieben Deputierten, in der sie alle unsere Forderungen ablehnen, gelesen hat, zweifellos die Frage stellen:

Was nun?

Werden wir eine einheitliche Fraktion haben, oder wird das Proletariat den sieben Deputierten die abseits von der marxistischen Organisation stehen, gestatten, im Namen der Sozialdemokratie zu sprechen?

Und was sollen wir, die sechs Arbeiterdeputierten, tun, nachdem diese sieben Deputierten unter Ausnutzung der Mehrheit von einer Stimme beschlossen haben, sich gegen den Willen der Arbeiter als Fraktion zu bezeichnen?

Einheit der sozialdemokratischen Dumavertretung! — das ist die unbestrittene Losung breiter proletarischer Massen.

Und als wir vom Proletariat die Antwort haben wollten, ob es mit uns die gleiche Auffassung darüber habe, wie diese Einheit zu gewährleisten ist, antworteten Tausende von Arbeitern sofort mit Ja.

Wir sind überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiter Rußlands ebenso antworten wird.

Um dieser Einheit willen hatten wir unsere Arbeit in der Fraktion nicht unterbrochen und waren in jeder Weise bemüht, der Mehrheit der Fraktion keinen Anlaß für irgendwelche, die Einheit zerstörenden Schritte zu bieten.

Wir konnten mit Recht erwarten, daß die sieben Deputierten auf ihre Fraktionsmanöver verzichten und auf die Stimme von Hunderten und Tausenden von Arbeitern hören werden, die unsere Forderungen in ihren Entschließungen gebilligt hatten.

Das trat nicht ein. Über die Köpfe aller Arbeiter hinweg, entgegen ihrem klar ausgedrückten Willen lehnten die sieben Deputierten unsere Forderungen ab.

Wir stehen vor der Tatsache, daß unsere selbständige Existenz notwendig und unvermeidlich ist. Das muß jetzt jedem Arbeiter klar sein, dem die Interessen der marxistischen Organisation und der proletarischen Sache teuer sind.

Wir wenden uns an Euch, Genossen Arbeiter, mit der Bitte, uns in diesem schwierigen Augenblick zu unterstützen."

Die Beziehungen zwischen uns und der Siebenergruppe waren endgültig abgebrochen. Am Abend des 27. Oktober versammelten wir uns bereits in einem anderen Raum zur ersten konstituierenden Sitzung der neuen, bolschewistischen Fraktion der Reichsduma. Am gleichen Tage überreichten wir der Siebenergruppe die offizielle Erklärung, daß sich die Sechsergruppe angesichts der Weigerung der Menschewiki, unsere Forderung zu befriedigen, zu einer selbständigen Fraktion der Reichsduma organisiere. Zur Organisierung gemeinsamer Aktionen von der Dumatribüne aus schlugen wir der Siebenergruppe vor, in jedem Fall entsprechende Verhandlungen mit uns aufzunehmen.

Gleichzeitig verfaßten und veröffentlichten wir am 29. Oktober in der „Prawda" einen neuen Aufruf an alle Arbeiter, in dem die Organisierung der selbständigen bolschewistischen Fraktion in der

Reichsduma mitgeteilt wurde. Die Ursachen für die Spaltung der Fraktion wurden in diesem Appell in aller Ausführlichkeit behandelt. Wir wandten uns an die breiten Arbeitermassen ganz Rußlands und erklärten ihnen, warum die Bolschewiki nicht den gleichen Weg wie die Siebenergruppe der menschewistischen Liquidatoren gehen konnten.

„Es ist allgemein bekannt", schrieben wir in unserem Aufruf, „daß unter den bewußten, organisierten Arbeitern schon lange zwei Strömungen miteinander kämpfen. Die eine Strömung, die die alten Losungen verteidigt, wie sie auf dem alten proletarischen Banner geschrieben stehen, und die andere — die sich in Gestalt ihrer Führer von diesen Losungen losgesagt hat, die die Vergangenheit der Sozialdemokratie zur Maskerade erklärt und die Ersetzung der Hauptlosungen durch Teilforderungen predigt ...

Diese zwei Strömungen unter den Arbeitern bekämpfen sich nun schon seit einigen Jahren, und gewiß kann von irgendeiner Aussöhnung zwischen ihnen nicht die Rede sein. Dieser Kampf hat sich auch auf die Arbeit in der sozialdemokratischen Fraktion ausgewirkt.

Die Sieben begannen ihre Stimmen nicht nur zur Durchsetzung ihrer Meinungen innerhalb der Fraktion auszunutzen, sondern auch, um von der Dumatribüne aus die von uns abgelehnte politische Linie durchzuführen, indem sie dieser die Liquidatorenlinie entgegenstellten ... Wir können unsere Losungen, unsere Forderungen, unser altes Banner nicht der Schmähung, dem Totschweigen preisgeben. Um dieser Forderungen, um des Dienstes an der Arbeiterklasse willen halten wir es für unsere Pflicht, jetzt ihre Verteidigung zu übernehmen und dort auszuscheiden, wo sie totgeschwiegen werden. Genossen, wir werden unser Banner nunmehr allein verteidigen, in der Duma und außerhalb derselben, stets und überall. Bei dieser verantwortungsvollen Arbeit wenden wir uns an Euch mit der Bitte um Unterstützung."

Da wir von der Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse Rußlands fest überzeugt waren, unterbreiteten wir alle Meinungsverschiedenheiten, die wie eine Kluft die Bolschewiki von den Liquidatoren trennten, dem Urteil der breiten Arbeitermassen. Das war ein Augenblick von gewaltiger historischer Bedeutung. Die Trennung von den

Menschewiki war bereits auf der ganzen Linie unserer Partei erfolgt. Aber bislang wurde die Frage der Spaltung der Partei nur innerhalb illegaler geheimer Organisationen gestellt und entschieden, in denen nur die fortschrittlichsten, revolutionär bewußten Arbeiter vereinigt waren. Jetzt wurde diese Frage, die für den gesamten späteren Verlauf der russischen Revolution von gewaltiger Bedeutung war, mitten in die Arbeiterklasse getragen. Mit einmütiger Unterstützung unserer Duma-Sechsergruppe mußte das russische Proletariat den Weg seines künftigen Kampfes nicht nur gegen die zaristische Selbstherrschaft, sondern auch gegen die gesamte bürgerliche Ordnung als Ganzes wählen. Für unsere Partei aber wie auch für die Menschewiki, war die Frage, welche Position die Arbeiterklasse in der Spaltung der Fraktion bezieht, faktisch die Frage von Leben und Tod der Parteiorganisation. Das war eine Generalüberprüfung der Richtigkeit unserer politischen Linie, eine Überprüfung, die die breiten Massen des russischen Proletariats selbst vornehmen sollten.

Als wir unseren endgültigen Bruch mit der menschewistischen Siebenergruppe bekanntgaben und uns an die Arbeitermassen mit der Bitte um Unterstützung wandten, waren wir uns sehr wohl darüber im klaren, zu welchem ungemein wichtigen Schritt sich unsere Partei entschloß. Die Spaltung wurde Dutzende von Malen in unseren Parteizentren erörtert. Die sorgfältige Analyse der gesamten Situation deutete darauf hin, daß die Arbeiterklasse uns folgen werde und nicht den Menschewiki. Die Frage war im voraus entschieden. Und dennoch traten bei einigen Parteimitgliedern Schwankungen auf: wie werden die Arbeitermassen in Wirklichkeit auf unseren Appell reagieren? Inwieweit werden sie die bolschewistische Sechsergruppe einmütig unterstützen? Ist es nicht zu früh, die völlige Spaltung herbeizuführen? Sollte man nicht noch einmal versuchen, die Einheit wenigstens nach außen hin irgendwie zu erhalten?

Das Gefühl, das wir in diesen Tagen hatten, war das Gefühl einer gewaltigen Verantwortung vor der gesamten Arbeiterklasse Rußlands. Indem wir diese verantwortungsvolle Aufgabe auf uns nahmen, erwarteten wir mit Erregung die Antwort der Arbeitermassen auf unseren Appell. Und wenn wir auch fest davon überzeugt waren, daß die Mehr-

heit der Arbeiter auf unserer Seite sein werde, konnten wir dennoch nicht im voraus bestimmen, in welchem Ausmaße und in welchen Formen die Unterstützung der Arbeitermassen für uns zum Ausdruck kommen werde.

Vor jeder unserer Parteizellen und Parteiorganisationen und vor jedem Bolschewik im einzelnen stand die Aufgabe, die Propaganda und Agitation für die Unterstützung der Sechsergruppe so gut wie möglich zu erweitern. Die Parteiarbeit in der Illegalität wie auch in den legalen Arbeitervereinen wurde lebendiger und vielseitiger. Das waren Tage außerordentlicher Anspannung aller unserer Organisationen.

Die Frage, welche Position von den breiten Arbeitermassen bezogen werde, lief im Grunde darauf hinaus, mit welcher Kraft die Petersburger Arbeiter auftreten würden. Die Bolschewiki wie auch die Menschewiki richteten ihr Augenmerk vor allem darauf, die Arbeiter von Petersburg für sich zu gewinnen.

Die Petersburger Arbeiter schritten, wie in allen anderen Fällen, an der Spitze. Es gab keine Fabrik und kein Werk, in dem die Frage der Fraktionsspaltung nicht Gegenstand leidenschaftlicher Debatten und Kämpfe gewesen wäre. Jeder aus unserer Sechsergruppe mußte immer wieder in Arbeiterversammlungen über die Spaltung der Fraktion sprechen und ihre Ursachen erläutern.

Die in Petersburg begonnene Kampagne zur Unterstützung der bolschewistischen Sechsergruppe griff zunächst auf die großen Arbeiterzentren und später auf die einzelnen Städte und Arbeitersiedlungen Rußlands über. Die bolschewistischen Deputierten schickten in die Gebiete, in denen sie gewählt worden waren, Briefe, Botschaften, Appelle und Aufrufe. Als Antwort trafen in ununterbrochenem Strom Entschließungen, Grußbotschaften, Zusicherungen auf Unterstützung usw. bei uns ein.

Die Kampagne verstärkte sich von Tag zu Tag immer mehr und drang immer tiefer in die Arbeitermassen vor. Die Frage der Fraktionsspaltung war zunächst Gegenstand der Erörterung im engen Kreis der Parteizellen, dann verlagerte sie sich in die Gewerkschaften und andere legale Arbeiterorganisationen und erfaßte schließlich die gesamte Masse der Arbeiter.

Alle bei unserer Sechsergruppe eingehenden Arbeiterentschließungen waren mit echten Unterschriften versehen. Es war für den Arbeiter nicht so leicht, seine Unterschrift zu geben. Bei dem gut eingespielten Polizeisystem bedeutete das fast mit Sicherheit, sich der Gefahr der Verhaftung, der Verbannung oder bestenfalls der Entlassung auszusetzen. Deshalb vermittelte die Zahl der Unterschriften in keiner Weise eine genaue Vorstellung von der Zahl der Arbeiter, die für die Unterstützung der Sechsergruppe waren, um so mehr, als die Entschließungen in einigen Fällen von Vertretern einiger Hundert oder gar Tausender von Arbeitern unterzeichnet wurden. Die Zahl der Unterschriften unter den Entschließungen war jedoch ebenso wie die Zahl der Entschließungen selbst aufschlußreich, wenn man sie mit der Zahl der Unterschriften verglich, die für die Entschließungen der Menschewiki gesammelt wurden.

Mit Hilfe des Parteiapparates der Liquidatoren startete die Siebenergruppe ihrerseits in ihrer Presse natürlich eine Kampagne gegen uns. Doch schon die ersten Tage nach der Spaltung zeigten, daß die Lage der Liquidatoren hoffnunglos war.

Bis zum 1. November 1913 erhielten die „Prawda" und unsere Fraktion innerhalb von zwei Wochen mehr als 80 Entschließungen, die sich für die Unterstützung der Sechsergruppe und gegen die Liquidatoren aussprachen und von mehr als 5000 Menschen unterzeichnet waren. In der gleichen Zeit konnten die Menschewiki nur etwa 3500 Unterschriften sammeln.

Ein solches Verhältnis zwischen den Unterschriftenzahlen bestand jedoch nur eine ganz kurze Zeit. Unter gewaltiger Anspannung aller Kräfte hatten die Liquidatoren gleich in den ersten Wochen alle ihre Möglichkeiten erschöpft. Mit jedem folgenden Tag nahm der Zustrom der menschewistischen Entschließungen ständig ab, während die Zahl der Entschließungen für die Sechsergruppe unablässig stieg. Innerhalb eines Monats, bis zum 1. Dezember 1913, gelang es den Liquidatoren, die Zahl der Unterschriften für ihre Entschließungen um nur etwa 500 zu erhöhen, während wir bereits über etwa 10 000 Unterschriften verfügten. Der Zustrom von Entschließungen aus der Provinz riß bei den Menschewiki fast völlig ab, während bei uns die Provinzstädte zu

diesem Zeitpunkt gerade erst in Schwung kamen. Selbst diese Angaben zeigten, daß die Zahl der Anhänger der Bolschewiki unter den russischen Arbeitern zweieinhalbmal so groß war wie die der Anhänger der Liquidatorenströmung.

Noch aufschlußreicher waren die Ergebnisse der Geldsammlungen, die an unsere Fraktion und an die Fraktion der Menschewiki überwiesen wurden. Wenn man uns 1000 Rubel brachte, gingen in der gleichen Zeit etwa 150 Rubel bei der menschewistischen Fraktion ein. Das gleiche Verhältnis war auch hinsichtlich der Anzahl der Briefe und der persönlichen Besuche von Arbeitern zu beobachten.

Die Spaltung der vereinigten sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma und die Bildung der selbständigen bolschewistischen Fraktion durch unsere Sechsergruppe waren, wie zu erwarten, bedeutende Ereignisse. Alle Parteiorganisationen und einzelne Parteigruppen zeigten auf diese oder jene Weise ihre Einstellung zu der Spaltung der Dumafraktion und bestimmten damit ihren Platz in einem der beiden Lager der zuvor einheitlichen sozialdemokratischen Partei.

Unsere Fraktion erhielt kollektive Briefe aus Gefängnissen und weit entlegenen Verbannungsorten, wo sich damals mehr als eintausend Parteifunktionäre befanden. In der Ferne und losgelöst vom wirklichen Leben erkannten sie nicht alle sofort, daß die von uns bezogene Position richtig war. Einige meinten, daß man die Einheit der Dumafraktion in irgendeiner Form noch wahren könne und dazu beide Seiten Zugeständnisse machen müßten.

Besonders schmerzlich wurde die Spaltung von einigen Sozialdemokraten, ehemaligen Deputierten der Reichsduma vorangegangener Legislaturperioden, empfunden. Von der Gruppe der Sozialdemokraten der II. Reichsduma, die sich in sibirischer Verbannung befanden, erhielten wir ein Telegramm, in dem sie uns fast anflehten, irgendeinen Weg zur Erhaltung der vereinigten Fraktion zu finden. Nach einiger Zeit wurde auch ihnen wie allen anderen wirklichen Revolutionären und Marxisten klar, daß der endgültige Bruch mit dem Menschewismus nicht nur historisch unausbleiblich, sondern auch für die erfolgreiche Entwicklung des revolutionären Kampfes völlig unerläßlich war.

3. Der Brief Lenins über die Spaltung der Fraktion

Lenin, der den ihm zugesandten Entwurf eines Artikels über die Spaltung der Dumafraktion kritisierte, schrieb in einem Brief vom 20. Dezember 1913 an einen Verbannten in Sibirien:

„Werter Kollege! Im Besitze des Artikels ‚Für das gemeinsame Banner' muß ich, um die Wahrheit zu sagen, erklären, daß er überhaupt nichts taugt. Offenheit und Gradheit über alles, — nicht wahr?

Der Verfasser hat die Sachlage in Rußland überhaupt nicht begriffen und hat sich zur ... wie soll man das milder ausdrücken? ... na, sagen wir ‚Buhlerei' mit den menschewistischen Schildbürgern hinreißen lassen.

In Rußland ist die marxistische Arbeiterpartei im Wiederaufbau begriffen, und zugleich damit festigt sie sich. Die Diskussionen und Resolutionen, die den Verfasser zu so kurzsichtigem Spott veranlassen, haben eine gigantische erzieherische und organisatorische Bedeutung. ‚Hurrageschrei' ironisiert der Verfasser; das ist eine ausgesprochen *liberale* Ironie, die Ironie eines Intellektuellen, der sich von der Arbeiterbewegung völlig losgelöst hat. Warum analysieren denn die örtlichen Gruppen der Parteimitglieder in *keiner* anderen oppositionellen Partei Rußlands die inneren Meinungsverschiedenheiten der Partei öffentlich? Warum wohl??

Der Verfasser steht auf irgendeinem sentimental-hysterischen Standpunkt. In den Entschließungen offenbart sich ein riesiger Prozeß des Zusammenschlusses der *Arbeiter*partei, denn nichts in der Welt wird die Arbeiter dazu *zwingen*, die *Wahl* zwischen den beiden Hurras (dem Hurra der Parteimitglieder und dem Hurra der Liquidatoren) zu *treffen* außer der *bewußten* Sympathie und der Beurteilung der Richtungen. Hinter der plumpen Form der proletarischen ‚Keilerei' die gigantische ideologische und organisatorische Bedeutung des Kampfes der Arbeiterklasse um die beiden Strömungen nicht erkennen — das ist phänomenale Blindheit. Eine für den Verfasser günstigere Erklärung dieser Blindheit als seine Losgelöstheit und seine ‚Gefangennahme' durch die menschewistische Aasbande kann ich mir nicht vorstellen ... Die Tatsache bleibt: Die Intelligenz ist fort (keiner weint dieser ... eine

Träne nach), die Arbeiter haben sich *selbst* auf die Beine gestellt gegen die Liquidatoren. Eine neue historische Periode. Eine neue Epoche. Der Verfasser aber erfindet eine ‚mittlere Linie' — es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Der Verfasser hat die Tiefe des Kampfes gegen die Liquidatoren nicht einmal zu einem Hundertstel begriffen. Man *kann* die Partei *nicht* anders als *gegen* die Liquidatoren wiederherstellen. Jetzt haben das die Arbeiter selber begriffen.

In der Zeit vom 20. X. bis zum 2. XI. — 4800 *Unterschriften*... für die Sechsergruppe und 2500 für die *Siebenergruppe* (darunter 1000 der Bundisten ...). Ist das keine Tatsache?? Das ist eine Tatsache und kein Intellektuellengejammer!

Wie herrlich hat sich die Kampagne für die Sechsergruppe gegen die Siebenergruppe entfaltet! Welch wundervoller Zusammenschluß und welche Erziehung der Arbeiter gegen die liberalen Arbeiterpolitiker! Welch vortreffliches Beispiel — das erste in Rußland — dafür, daß die Arbeiterpartei tatsächlich die Geschicke *ihrer* Dumavertretung *entscheidet!* Das ist nicht mehr nur eine ‚ab und zu mal lesende' Menge, das ist eine organisierte Kraft. Die Beratung beschloß, die Sechsergruppe tat es, die organisierten Tausende billigten es nach Erörterung durch Unterschrift, — eben das heißt *Partei* im Gegensatz zu dem Blättchen, der neuen Ausgabe des alten ‚Towarischtsch' — der ‚Nowaja Rabotschaja Gaseta' (Neue Arbeiterzeitung), die die Arbeiterbewegung ... beschmutzt und vergiftet. Und wie wundervoll hat die Arbeiterfraktion der Duma ihre Tätigkeit entfaltet! Gleich ein Schritt vorwärts, nicht nur in der Bezeichnung, sondern auch in der ganzen Arbeit! Wie herrlich war die Rede Badajews über die Koalitionsfreiheit im Vergleich zur Wiederholung ... liberaler ‚Ideen' von Tuljakow! ..."[1]

Auch einige sozialdemokratische Emigrantenzirkel, die eine Zwischenstellung einnahmen und zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki hin und her schwankten, stellten sich das Wesen und den Sinn der Fraktionsspaltung falsch vor. Eine dieser Gruppen, die relativ größte, die Gruppe „Wperjod" erblickte die Ursache für die Spaltung in folgendem: es fehle angeblich „ein einheitlich leitendes Parteizentrum, das das Vertrauen der Mehrheit der Parteielemente genießt".

[1] „Bolschewik", 1938, Nr. 2, russ.

(Aus der Entschließung des Pariser „Wperjod"-Zirkels vom 12. November 1913.) Die „Wperjod"-Leute erkannten die Forderungen der Sechsergruppe als richtig an, waren aber der Meinung, daß es sich nur um organisatorische Reibereien innerhalb der Fraktion handele, die man unter allen Umständen überwinden müsse. Somit übersahen sie das Wichtigste und Grundlegende, was unsere Fraktion unvermeidlich zur Spaltung führen mußte.

Einer der Leiter und Inspiratoren der „Wperjod"-Gruppe war der in Petersburg gewählte ehemalige Deputierte der II. Reichsduma G. A. Alexinski. Als fähiger Journalist und guter Redner genoß er in bestimmten Kreisen der Partei eine gewisse Autorität, und deshalb hielt ich es für notwendig, Alexinski, dem ehemaligen Deputierten der Petersburger Arbeiter, die wahren Ursachen zu erläutern, die die Sechsergruppe veranlaßt hatten, den Bruch mit dem menschewistischen Teil der Fraktion zu vollziehen. In dem Brief, den ich an Alexinski nach Paris schickte, betonte ich, daß wir, wenn die Sechsergruppe sich von den Menschewiki nicht abgegrenzt hätte, Gefahr liefen, das Vertrauen der fortschrittlichen revolutionären Arbeiter Petersburgs und später auch der gesamten Arbeiterklasse Rußlands zu verlieren. Die Arbeiter befreiten sich rasch von dem Einfluß der Liquidatoren nicht nur in den Parteiorganisationen, sondern auch in den Gewerkschaften und verschiedenen Bildungsvereinen. Die Führung aller Arbeiterorganisationen ging in die Hände der Bolschewiki über. Naturgemäß mußte auch die Lage in der Dumafraktion die gleiche sein. Hätten wir nicht mit den Menschewiki gebrochen, könnte die Sechsergruppe nicht wirklich in vollem Maße die Forderungen und Stimmungen der Arbeitermassen widerspiegeln. Diese Argumente beeindruckten Alexinski wohl kaum, der zu dieser Zeit offenbar von der revolutionären Bewegung schon abzurücken begann.

Plechanow sprach sich für die Sechsergruppe aus und verurteilte entschieden die Liquidatoren. In der Meinung, daß die Spaltung der Fraktion die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei endgültig vollende, hielt es Plechanow für notwendig, aus dem Internationalen Sozialistischen Büro, dem er als Vertreter der gesamten zuvor vereinten Partei angehörte, auszuscheiden. In einem Brief an das Internationale Büro erklärte Plechanow, schuld an der Spaltung seien die Menschewiki.

„Die Meinungsverschiedenheiten, unter denen die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands in den letzten Jahren zu leiden hatte", schrieb Plechanow in der „Proletarskaja Prawda" vom 8. Dezember 1913, „haben zur Teilung unserer Dumafraktion in zwei rivalisierende Gruppen geführt. Diese Teilung unserer Dumafraktion geschah infolge einiger bedauerlicher Beschlüsse, gefaßt von unseren Genossen Liquidatoren, die sich in der Mehrheit (sieben gegen sechs) befanden. Auf jeden Fall versetzt das unserer Einheit einen entscheidenden Schlag und mir, der ich unter Euch die gesamte Partei repräsentierte, bleibt nichts anderes übrig als der Rücktritt."

Ohne jede Umschweife und völlig klar äußerten sich in der Frage der Spaltung die leitenden Parteiorgane der Bolschewiki und der Menschewiki. Das Petersburger Komitee unserer Partei nahm folgende Entschließung an:

„Wir grüßen von ganzem Herzen die sechs Arbeiterdeputierten, die die russische sozialdemokratische Arbeiterfraktion bilden, weil der Wille des marxistischen Ganzen für sie in ihrer gesamten Tätigkeit Gesetz war, weil sie die ganze Zeit dem alten Programm und der bewährten standhaften Taktik der Sozialdemokratie treu blieben und von der Dumatribüne aus — ohne der ‚positiven Arbeit' nachzujagen — vor ganz Rußland kühn die alten Grundlosungen des Proletariats verkündeten ..." Das Petersburger Komitee zählte sodann die wichtigsten Ursachen auf, die uns bewogen hatten, unsere Forderungen an die menschewistische Siebenergruppe zu stellen und schrieb abschließend: „Wir protestieren leidenschaftlich gegen die sieben Deputierten und sind der Meinung, daß sie nicht nur kein Recht haben, sich eigenmächtig als ‚sozialdemokratische Fraktion' zu bezeichnen, sondern auch unwürdig sind, Vertreter der Arbeiterklasse zu sein, und ihre Mandate niederlegen müssen, wenn sie die Einheit der Fraktion nicht wieder herstellen und nicht im Einvernehmen mit dem marxistischen Ganzen und den sechs Deputierten handeln wollen."[1]

In Anpassung an die Zensurbestimmungen wurde die Entschließung als eine Entschließung der „leitenden Institutionen der Marxisten von Petersburg" bezeichnet. Aus den gleichen Erwägungen wurde das Wort

[1] „Proletarskaja Prawda" vom 9. Januar 1914.

„Partei" in ihr sowie in den anderen Entschließungen und Artikeln, die in der Zeitung abgedruckt wurden, durch die Worte „marxistisches Ganzes" ersetzt.

Etwa zu der gleichen Zeit wurde in der „Nowaja Rabotschaja Gaseta" der Liquidatoren ein Aufruf des Organisationskomitees der Menschewiki veröffentlicht, das sich ebenfalls mit Rücksicht auf die Zensur als die „leitende Institution der sozialdemokratischen Arbeiter, die sich im August 1912 vereinigt haben", bezeichnete. Die Menschewiki nannten uns „Deserteure", „Verletzer der von den Arbeitern entgegengenommenen Wähleraufträge", „Anhänger des Leninzirkels", „Spalter", „Aufrührer" usw. Sie forderten die Arbeiter auf, die Siebenergruppe zu unterstützen, die die wahre Vertreterin der Arbeiterklasse sei. Wir hatten die Ergebnisse solcher Aufrufe der Menschewiki bereits gesehen: auf ihren Appell reagierten nur unbedeutende Arbeitergruppen.

Im Kampf gegen die Duma-Siebenergruppe hatten die Bolschewiki neue Positionen errungen, hatten sie ihren Einfluß auf die Arbeitermassen bedeutend erweitert und vertieft. Die Partei wankte in dieser Prüfung nicht und ging aus ihr als Siegerin, erneuert und noch mehr gefestigt, hervor. Die Spaltung der Dumafraktion und die Bildung der selbständigen Fraktion der Bolschewiki hatten die Aufmerksamkeit breiter Arbeitermassen erregt, die auf diese Weise dicht an die wichtigsten Fragen der Organisation und der Taktik der Partei heranrückten. Die Tatsache, daß Tausende von Arbeitern an der Erörterung und an der Entscheidung dieser Fragen teilnahmen, war von gewaltiger organisatorischer und politischer Bedeutung. Mit der Welle der Kampagnen zur Unterstützung der Sechsergruppe erstarkten die Reihen unserer Partei. Die ganze Arbeit der Parteiorganisationen belebte und verstärkte sich um ein Vielfaches. Die Bolschewiki gewannen viele revolutionäre Arbeiter für sich.

Die Frage der Spaltung der Fraktion war letzten Endes die Frage der allgemeinen Struktur der Parteiorganisation. Indem die Arbeiter die bolschewistischen Deputierten mit Zehntausenden von Stimmen unterstützten, zeigten sie entschlossen, für welchen Weg des Kampfes sich die Arbeiterklasse Rußlands entschieden hatte. Dieser Weg war der richtige Weg, der das russische Proletariat zum Siege führte.

Kapitel XIII

Die bolschewistische Fraktion

1. Die ersten Schritte unserer Fraktion

Als selbständige Dumafraktion bestand die Sechsergruppe faktisch seit dem ersten Tag der Herbstsession 1913, als wir unsere Forderungen gestellt und die Zusammenarbeit mit den Menschewiki abgelehnt hatten. Schon seit diesem Tag hielten die Sechser- und die Siebenergruppe ihre Sitzungen getrennt ab und erörterten lediglich einige Male gemeinsam die Kandidaturen der offiziellen Fraktionsredner in den laufenden Sitzungen der Duma. Ende Oktober gaben wir schließlich die Bildung der selbständigen bolschewistischen Fraktion in aller Form bekannt.

In der ersten Sitzung unserer Fraktion am 27. Oktober wurde das Präsidium gewählt und einige organisatorische und technische Fragen der künftigen Arbeit entschieden. Die Sechsergruppe beschloß, sich *„Russische sozialdemokratische Arbeiterfraktion"* zu nennen und durch das Wort „Arbeiter" den Unterschied zwischen ihr und der Fraktion der Menschewiki zu unterstreichen.

Solange noch keine anderen Räume gefunden waren, zog die Fraktion in meine Wohnung in der Schpalernaja Straße ein. Hier wurden die Sprechstunden der Fraktion abgehalten und deren Zeiten täglich in der „Prawda" bekanntgegeben. Wenig später wurde eine Wohnung in der 10. Roshdestwenskaja Straße 17b gemietet, in dem gleichen Stadtbezirk, wo bisher die vereinigte Fraktion ihren Sitz gehabt hatte. Wir statteten die Wohnung mit einigen Möbelstücken aus, stellten einen Wächter ein und verlegten — nachdem die Adresse in der Zeitung bekanntgegeben worden war — die Sprechstunden und die Entgegennahme von Geldsammlungen nach dort. Alle Ausgaben für die Fraktion bestritt die Sechsergruppe gemeinsam.

Das Präsidium der Duma versuchte die Bildung der bolschewistischen Fraktion in jeder Weise zu verhindern. Um alle Rechte der anderen Dumafraktionen zu besitzen — Materialien zu erhalten, Vertreter in die Kommissionen zu entsenden usw. —, mußte sich die

Sechsergruppe offiziell beim Dumapräsidium registrieren lassen. Rodsjanko bemühte sich aber, die Registrierung der Fraktion solange wie möglich hinauszuschieben.

„In der Reichsduma", so erklärte Rodsjanko, „können nicht zwei sozialdemokratische Fraktionen existieren, deshalb werden die sechs Arbeiterdeputierten als ‚wild', das heißt zu keiner Fraktion gehörig gelten." Die anderen Mitglieder des Dumapräsidiums unterstützten ihren Vorsitzenden, wobei sie sich auf die parlamentarische Praxis anderer Länder beriefen, wo es bisher angeblich keinen solchen Präzedenzfall gegeben hätte.

Aber nach den geltenden Dumaregeln war es nicht möglich, irgendeiner Deputiertengruppe die Konstituierung als Fraktion zu verbieten. Deshalb mußte das Dumapräsidium nach einigen Verschleppungsmanövern dennoch die Bildung unserer Fraktion anerkennen.

Am 15. November wurde dem Dumapräsidium folgende vom Vorsitzenden der Sechsergruppe unterzeichnete Erklärung übergeben:

„Ich bringe dem Präsidium der Reichsduma zur Kenntnis, daß wir in der Duma die Russische sozialdemokratische Arbeiterfraktion gebildet haben, die sich aus folgenden Mitgliedern der Reichsduma zusammensetzt: Badajew, Malinowski, Muranow, Petrowski, Samoilow und Schagow. Wir bitten deshalb, uns alle Rechte einzuräumen, die die übrigen Fraktionen der Reichsduma genießen wie: Vertretung in Kommissionen, Erhalt aller Dumamaterialien usw."

Von diesem Tage an wurde die Russische sozialdemokratische Arbeiterfraktion oder die RSDAF — wie sie abgekürzt bezeichnet wurde — offiziell als eine Fraktion der IV. Duma registriert.

Die menschewistische Siebenergruppe ergriff ihrerseits alle Maßnahmen, um die selbständige Arbeit der Sechsergruppe zu behindern. Gleich nach unserem Austritt faßten die Menschewiki den Beschluß, in der Duma offiziell bekanntzugeben, daß jede nicht von Tschcheïdse oder seinem Stellvertreter unterzeichnete Interpellation oder Erklärung nicht von den Sozialdemokraten ausgehe.

Bei der Spaltung der vereinigten Fraktion schlugen wir den Menschewiki hinsichtlich einzelner Fragen der Dumareden, der Vertretung in den Kommissionen usw. vor, uns in der Zukunft zu verständigen.

Mit diesem Vorschlag kamen wir den Wünschen jener Arbeitergruppen entgegen, die der Meinung waren, daß angesichts der Schwarzhunderterduma in einigen Fragen zwischen der Sechser- und der Siebenergruppe eine gemeinsame Sprache gefunden werden könne. Die Menschewiki, die zuvor so viel und so laut von der Einheit geschrien hatten, wichen jedoch jeglichen Übereinkommen entschieden aus und wollten von irgendwelchen gemeinsamen Aktionen nichts hören.

Ganz abgesehen davon, daß unsere persönlichen Beziehungen ausgesprochen feindselig wurden — in der ersten Zeit grüßten wir uns nicht und sprachen nicht miteinander —, erklärte die Siebenergruppe, daß sie uns nicht anders ansehen werde als jede andere Dumafraktion. Im Namen der Siebenergruppe erklärte Tschcheïdse, die Menschewiki würden ihre Unterschriften für unsere Interpellationen und Erklärungen nach den gleichen Prinzipien geben, wie sie auch für die anderen Fraktionen, beispielsweise die Kadetten, die Trudowiki usw. gälten. In Wirklichkeit stellte sich heraus, daß sie sich uns gegenüber schlechter benahmen als gegen ihre Nachbarn von rechts.

Im Auftrage unserer Fraktion sollte ich Unterschriften für eine unserer ersten Interpellationen sammeln. Es handelte sich dabei wohl um die Nichteinführung der Versicherung für Arbeiter in staatlichen Betrieben. Unter den erforderlichen 33 Unterschriften befanden sich bereits einige Unterschriften der Trudowiki und sogar der Kadetten. Als ich mich an Tschcheïdse mit der Bitte um seine Unterschrift wandte, lehnte er ab. Ebenso handelten auch die übrigen Mitglieder der Siebenergruppe.

Bereits nach der Spaltung benannte die Siebenergruppe angeblich im Namen aller dreizehn sozialdemokratischen Deputierten ihre Vertreter in drei neugebildeten Dumakommissionen für Presse, für die Polizei und für Versammlungen. Als wir von den Menschewiki die Rückgabe des von ihnen eingenommenen Sitzes in der Budgetkommission forderten (darin waren nur Fraktionen mit mindestens zehn Deputierten vertreten), lehnten sie das ab.

Es kam jedoch der Augenblick, wo die Siebenergruppe wohl oder übel an uns herantreten mußte hinsichtlich der Verständigung über die Teilnahme an Kommissionen. Bevor die Duma in die Weihnachts-

ferien 1913 ging, beschloß sie, einige neue Kommissionen zu bilden, in die die Siebenergruppe keine Vertreter delegieren konnte, da unsere Fraktion zu diesem Zeitpunkt bereits in aller Form registriert war. In den Kommissionen sollten ja nur Fraktionen mit mindestens zehn Mitgliedern vertreten sein. Nun wandten sich die Menschewiki an uns mit der Bitte, Vertreter von beiden Fraktionen in die Kommissionen zu delegieren. Natürlich antworteten wir auf diesen Vorschlag ablehnend und erklärten uns nur unter der Bedingung zu Verhandlungen bereit, daß die Siebenergruppe uns die Sitze zurückgeben würde, die sie zuvor in anderen Dumaorganen an sich gerissen hatte. Sich aber mit der Siebenergruppe nur in den Fällen verständigen, wenn es für die Siebenergruppe vorteilhaft sei, hieße erneut zu der Lage zurückkehren, die vor der Spaltung bestanden hatte. Darauf antworteten die Menschewiki, sie wollten grundsätzlich keinerlei allgemeine Abkommen mit uns treffen und würden es ablehnen, über die Revision der Delegationen in den Dumakommissionen zu verhandeln.

Nach der Bildung der selbständigen Fraktion erfuhr die Arbeit unserer Sechsergruppe einen neuen Aufschwung. Der Bruch mit der Siebenergruppe, der es möglich machte, den Umfang unserer Arbeit wesentlich zu erweitern, stellte der Sechsergruppe zugleich neue große Aufgaben. Von jedem Arbeiterdeputierten wurde eine noch stärkere Anspannung, eine noch größere Energie gefordert.

Die Aufgaben, vor denen die Sechsergruppe stand, konnten nur mit einmütiger Unterstützung der Arbeitermassen gelöst werden. Diese Unterstützung machten wir uns zunutze. Schon die Spaltung selbst bewirkte eine riesige Welle, die die Menschewiki beiseite schleuderte, die bolschewistische Sechsergruppe dagegen emporhob und um ein Vielfaches festigte. Die verstärkte Tätigkeit unserer Fraktion schloß die breiten Massen der Arbeiter noch enger zusammen und brachte sie uns näher.

Wir lebten und arbeiteten in einer Atmosphäre, in der wir die Förderung und Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse Rußlands spürten. Alle Zweige unserer Arbeit innerhalb und außerhalb der Duma erneuerten und belebten sich. Alle äußeren Anzeichen, nach denen wir in diesen schweren Zeiten des Polizeiregimes die Stimmungen der Arbeiter-

klasse zu beurteilen pflegten, wiesen auf ein gewaltiges Anwachsen des bolschewistischen Einflusses hin. Es kamen mehr Geldsammlungen für revolutionäre Zwecke ein, die Zahl der Besucher in der Fraktion und in der Zeitungsredaktion stieg beträchtlich und auch die Dumaarbeit erhielt einen ganz anderen Schwung.

Die Herbstsession der Reichsduma war sehr kurz. Sie dauerte nur wenig mehr als anderthalb Monate. Aber auch in diesem Zeitraum hatte die Sechsergruppe, obwohl wir längere Zeit und viel Energie dem Kampf gegen die Siebenergruppe und der Lösung interner organisatorischer Aufgaben widmen mußten, eine gewaltige Arbeit entfaltet.

2. Verstärkung der Arbeit

Das Recht auf Interpellationen wurde von uns maximal ausgenutzt. Im Laufe von anderthalb Monaten wurden 13 Interpellationen und Anfragen an die Regierung eingebracht: 1. über die Presse; 2. über die Provokation bei der Verhaftung der sozialdemokratischen Fraktion der II. Reichsduma; 3. über die Streiks; 4. über die Gewerkschaften; 5. über die Versicherungsversammlungen; 6. über die Verhaftungen der Bevollmächtigten; 7. abermals über die Presse; 8. abermals über die Streiks; 9. über die Bestrafung des Deputierten Badajew vom Stadthauptmann; 10. über die Streiks im Obuchow-Werk; 11. über die Nichteinführung der Versicherung für Arbeiter in staatlichen Betrieben; 12. über die Katastrophen in den Bergwerken und 13. über den Kampf gegen die Pest.

Die meisten Interpellationen wurden von unserer Fraktion selbständig und nur ein gewisser Teil wurde vor der formellen Spaltung der vereinigten Fraktion gemeinsam mit der Siebenergruppe eingebracht. Während der Session fanden insgesamt 24 Sitzungen der Duma statt, somit kam mehr als eine Interpellation auf je zwei Sitzungen. Außerdem sprach die Sechsergruppe zu jeder mehr oder minder wichtigen Frage, die in der Duma behandelt wurde. In den 24 Tagen sprachen die Mitglieder unserer Fraktion siebzehnmal. Die Sechsergruppe war bestrebt, jeden größeren Fall von Regierungswillkür gegen die Arbeiter-

organisationen in den Interpellationen und in den Reden zur Verteidigung der Dringlichkeit zwecks revolutionärer Agitation auszunutzen und den breiten Arbeitermassen ganz Rußlands den prinzipiellen Klassenhintergrund der Ereignisse zum Bewußtsein zu bringen.

Als die Petersburger Polizei die in die Krankenkassen gewählten Arbeitervertreter im November 1913 verhaftete, brachten wir ebenfalls eine Interpellation an die Regierung ein, deren Dringlichkeit ich von der Dumatribüne aus verteidigte:

„Meine Herren Mitglieder der Reichsduma! Zur Verteidigung der Dringlichkeit unserer Interpellation will ich bei der Lage verweilen, in der sich die Versicherung der Arbeiter im Augenblick der Durchführung dieses Gesetzes befindet. Somit wird die Dringlichkeit unserer Interpellation, meine Herren, allen klar sein, die noch ein Gewissen haben, die auf Willkürakte noch reagieren können, obwohl ich, unter uns gesagt, *ebensowenig wie das letztemal Anlaß habe, mit der Zartheit Ihres Gewissens zu rechnen, meine Herren.* (*Stimme von rechts:* Herr Vorsitzender, was soll das heißen?)

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich rufe Sie wegen dieser Worte zur Ordnung. Ich bitte Sie, derartige Ausdrücke nicht zu verwenden, oder ich werde Ihnen das Wort entziehen.

Badajew: Die Verhaftung der Arbeiter stellt einen so bedeutenden, einen so eklatanten Fall von Gemeinheit dar, der dazu mit der gesamten Richtung der von Regierung und Unternehmern betriebenen Versicherungspolitik eng verbunden ist, daß wir nicht schweigen können. Die Verhaftung der Bevollmächtigten erfolgt auf Grund der Verordnung über den verstärkten Schutz, das heißt im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung oder genauer gesagt im Interesse der öffentlichen Unruhe und Unordnung für die Arbeiter. Ich muß sagen, daß die Regierung ihre Politik ohne die Verhaftung der Bevollmächtigten nicht vollendet hätte, und um sie zu vollenden, haben diese Herrschaften eben zu der Verordnung über den verstärkten Schutz gegriffen. Es ist doch bekannt, meine Herren, daß die Arbeiter, um von ihrem Recht richtig Gebrauch machen zu können, einerseits die Freiheit der Versammlungen zur Erörterung dieses Gesetzes und andererseits die Freiheit der Organisationen und nach Möglichkeit mehr Kranken-

kassen haben müssen. Durch das Gesetz vom 23. Juni und vom 4. März wird den Arbeitern dieses Recht eingeräumt, aber es wird kein einziges Recht aus diesen Gesetzen weder vom Handelsminister noch vom Innenminister zugestanden; und nun, meine Herren, erlaube ich mir, Sie auf einige Tatsachen hinzuweisen: bereits in der ersten Sitzung des Versicherungsrates antwortete der Minister den von ihm selbst ernannten Arbeitern, die die Notwendigkeit der Versammlungen anzudeuten gewagt hatten, ablehnend, während der Vertreter des Innenministeriums hinzufügte, die Versammlungen der Arbeiter seien nicht notwendig, da diese angeblich von bösen Menschen aufgewiegelt würden. Der Fabrikinspektor von Wyschni Wolotschok und der Fabrikinspektor in Noworossisk erklärten ebenfalls, daß keinerlei Versammlungen notwendig seien; das gleiche äußerte der Gouverneur von Jaroslawl, der für die Arbeiter erklärte, die Arbeiter brauchten keine Versicherung. Der Petersburger Stadthauptmann weiß, daß sich die Arbeiter für diese Versicherung interessieren, gestattet aber keine Versammlungen. Dafür wurde in Twer, als die Versammlung gestattet wurde, die Unvorsichtigkeit des Gouverneurs durch den Polizeioffizier korrigiert. Als er auf die Erwiderung eines Arbeiters hin den Fabrikinspektor fragte: ‚Befehlen Sie, den Redner zu verhaften?' bemerkte der Fabrikinspektor: ‚Hindern Sie ihn nur am Reden', worauf der Polizeioffizier keck an den Redner herantrat und ihm erklärte: ‚Schluß mit der Rede und scheren Sie sich fort von hier'. Die darüber empörten Arbeiter verließen sämtlich die Versammlung.

Was die Frage der städtischen Kasse anbelangt, so hat hier vor allem der Versicherungsrat festgestellt, daß eine solche Kasse dem Sinn des Gesetzes zuwider ist. Fabrikinspektoren in Odessa, in Tula, in Iwanowo-Wosnessensk, in Kochma und in anderen Städten strichen eigenmächtig die Änderungen aus, die die Tätigkeit der Kassen erweiterten. In Warschau erklärte der Fabrikinspektor, er werde keine sozialdemokratischen Kassen zulassen. Es ist durchaus begreiflich: Arbeiter, Verfechter der Sozialdemokratie müssen, falls sie zu Bevollmächtigten gewählt werden — wie der Warschauer Fabrikinspektor sagte —, entfernt werden, und sie wurden entfernt, meine Herren. Der Fabrikinspektor Axjonow erklärte, der und der Bevollmächtigte stifte Unruhe, und der

Betreffende wurde verhaftet. Als Axjonow gefragt wurde, mit welcher Begründung er das erklärt habe, antwortete er, er müsse so handeln, da man ihn sonst in Petersburg schief ansehen würde. Andere Inspektoren äußern sich vielleicht nicht laut, aber das Ergebnis sind Verhaftungen von Arbeitern. In Jekaterinburg agitierte ein Unteroffizier in der Fabrik Gebrüder Morosow gegen die Teilnahme an den Krankenkassen.

Somit arbeiten, meine Herren, alle Dienstränge der Polizei in verschiedener Form, vom Unteroffizier angefangen bis zu den Ministern selbst, Hand in Hand, wirken zusammen, um diese Versicherungskampagne der Arbeiter zu zerschlagen. Für das Ministerium ist es allzu wichtig, die Bevollmächtigten zu verhaften, denn sie verhaften die besten, die fortschrittlichsten Arbeiter, auf diese Weise angeln sie sich dank diesem außerordentlich verstärkten Schutz ihre Feinde. Indem wir diese Interpellation einbringen, greifen wir die Verordnung über den verstärkten Schutz an, wenden wir uns gegen jene, die diese Bestimmung schützt, gegen die Regierung, die auf Provokation und Willkür aufgebaut ist. *(Lärm von rechts.)*

Meine Herren! Die Verhaftungen der Bevollmächtigten sind doch nichts anderes als eine Herausforderung der Arbeiter; wie sie am 6. November ergangen ist, so haben wir sie auch aufgefaßt, aber wir appellieren an Sie, solange es nicht zu spät ist, auf alle Willkürakte zu reagieren. Es gab 1905 eine Zeit, da die Minister die Arbeiter mit ‚Brüder Arbeiter‘ angeredet haben. Jene Minister, die jetzt im Oberhaus sitzen — Graf Witte. *Denken Sie daran: die Zeit ist nicht mehr fern, da die Arbeiter das von Ihnen fordern werden, da Ihre Antwort zu spät kommen wird. Wir wissen, daß die Arbeiter Sie auf der Straße zwingen werden, ihnen die richtige Antwort zu geben. (Beifall der äußersten Linken.)*

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich rufe Sie wegen dieser Äußerung zur Ordnung.“

Die Unduldsamkeit, die von der Schwarzhundertermehrheit der Duma unseren Interpellationen und Reden auch früher entgegengebracht wurde, verstärkte sich seit der Fraktionsspaltung nur noch mehr. Purischkewitsch beschwerte sich darüber, daß die Arbeiterdeputierten „die Duma mit Interpellationen überschütten“. Den von der

Sechsergruppe eingebrachten Interpellationen sprach die Duma unweigerlich die Dringlichkeit ab und übergab sie „zum Begräbnis" an die Kommissionen.

Mehr noch: die durch die Reden der Arbeiterdeputierten bis zum äußersten gereizten Schwarzhunderter beschlossen, uns die bloße Möglichkeit der Benutzung der Dumatribüne einzuschränken. Unter engster Mitwirkung des Kadetten Maklakow arbeiteten sie eine neue Bestimmung aus, wonach die Zeit für Reden zu Interpellationen auf ganze zehn Minuten beschränkt wurde. Außerdem führte die neue Bestimmung einige weitere Klauseln ein. Die Verfasser der Bestimmung erklärten, sie sei gegen jene Interpellationen gerichtet, die eingebracht würden, ohne Aussicht zu haben, von der Duma angenommen zu werden. Gerade von der Art waren alle unsere Interpellationen, die von der bolschewistischen Fraktion ausschließlich zum Zweck der revolutionären Agitation von der Dumatribüne aus eingebracht wurden. Die neue Bestimmung sollte uns diese Möglichkeit soweit wie möglich schmälern.

Zur ständigen Erörterung von Fragen der Dumaarbeit zog unsere Fraktion Vertreter Petersburger Arbeiter heran. Aus ihren Reihen wurde die sogenannte Arbeiterkommission gebildet, die sich bei der Fraktion versammelte. Zwar wurde diese Einrichtung durch häufige Verhaftungen von Fraktionsbesuchern gestört, aber an Stelle der Verhafteten kamen neue Genossen. Die Arbeiterkommission befaßte sich natürlich nicht allein mit der Erörterung von Dumafragen: sie leitete gleichzeitig die Parteidirektiven auf dem gesamten Gebiet der illegalen Arbeit weiter.

Die erste Sitzung der Arbeiterkommission fand Ende Januar statt, nachdem die Wintersession der Duma eröffnet worden war. Die Kommission teilte sich in einige Unterkommissionen, in denen die Gesetzentwürfe der Duma, die Interpellationen und andere vordringliche Fragen der Dumaarbeit erörtert wurden. Jeder Punkt wurde von den Kommissionsmitgliedern lebhaft diskutiert. Wenn irgendein Gesetzentwurf eingehend erörtert wurde, sprach man nicht nur darüber, was er unter der Zarenordnung geben könne, sondern auch darüber, wie man dies oder jenes nach dem Sieg der Revolution organisieren solle. Wäre es möglich, sich alle Einzelheiten der Sitzung der Arbeiterkom-

mission ins Gedächtnis zu rufen, so würde man darunter viele Vorschläge und Beschlüsse finden, die bei uns jetzt in Form von Gesetzen verwirklicht sind.

3. Der Gesetzentwurf über den Achtstundentag

Unter Mitwirkung der Arbeiterkommission wurde der Gesetzentwurf über den Achtstundentag ausgearbeitet, der in der gesamten Dumaarbeit unserer Fraktion einen besonderen Platz einnimmt. War das etwa die sogenannte „positive“ gesetzgeberische Arbeit, gegen die sich unsere Partei so entschieden wandte? Keineswegs. Vor allem gehörte der Achtstundentag nicht zu den Teilforderungen, die nach Meinung der Liquidatoren durch die Dumatätigkeit erkämpft werden konnten. Die Forderung nach dem Achtstundentag gehörte zu den drei „Walen“, zu den drei Kampflosungen, unter denen die Partei die Arbeiterklasse zum Kampf rief.

Schon die Einbringung des Gesetzes über den Achtstundentag in der Duma war im Grunde die Verkündung einer revolutionären Kampflosung von der Dumatribüne aus. Die Einbringung dieses Gesetzentwurfes hatte allein schon deshalb nicht das geringste mit der „positiven“ Dumaarbeit zu tun, weil er natürlich nie und nimmer von der Schwarzhunderterduma angenommen werden konnte. Dafür bot jedoch die bloße Tatsache, daß der Gesetzentwurf durchfiel, unserer Partei riesiges Material für eine neue revolutionäre Agitation.

„Wir zweifeln selbstverständlich keine Minute lang daran“, schrieb die Redaktion der „Prawda“ in einem Aufruf an die Arbeiter, „daß die IV. Duma unseren Gesetzentwurf ablehnen wird. Der Achtstundentag ist eine der drei Grundforderungen der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Epoche. Seine Verwirklichung ist mit den *allgemeinen politischen Bedingungen* im Lande auf das engste verbunden. Aber wir werden diese Frage vor der Duma stellen und die verschiedenen Parteien zur Stellungnahme zwingen. Das wird unserem Kampf für den Achtstundentag außerhalb der Duma helfen. Außerdem bitten wir die *Genossen Arbeiter, sich unverzüglich unserem Gesetzentwurf anzuschließen.* Möge dieser Gesetzentwurf nicht nur im Namen der Depu-

tiertengruppe, sondern gleich im Namen von Zehntausenden von Arbeitern eingebracht werden."[1]

Einige Tage lang druckte die „Prawda" auch den Wortlaut des Gesetzentwurfes ab und forderte die Arbeiter auf, ihn zu erörtern und ihre Meinung dazu zu äußern.

Heute erscheinen alle Punkte unseres Gesetzentwurfes selbstverständlich und lassen keine Zweifel oder Mißverständnisse aufkommen. Anders war es in der zaristischen Zeit. Der Achtstundentag war eine Forderung der Arbeiterklasse, für die man unter gewaltiger Kräfteanspannung kämpfen mußte. Um den Achtstundentag zu erkämpfen, mußten die Arbeiter die Selbstherrschaft stürzen und restlos zerstören. Die Opfer, die der revolutionäre Kampf in die Reihen der russischen Proletarier riß, wurden auch für das Recht gebracht, nicht länger als acht Stunden täglich zu arbeiten.

Der von uns in der Duma eingebrachte Gesetzentwurf sprach nicht nur von dem obligatorischen maximalen Achtstundentag, sondern sah auch einige weitere Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung vor. Der Gesetzentwurf bestand aus folgenden 12 Punkten:

„1. Durch das vorliegende Gesetz wird der Arbeitstag für alle über 16 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts geregelt, die als Arbeiter, Angestellte, Gesellen oder Lehrlinge in Handels- und Industriebetrieben gleich welcher Art — ohne irgendeine Ausnahme — tätig sind: in Werkstätten, Fabriken und Werken, im Bergbau, in Steinbrüchen, im Handel, im Büro, im Verkehrswesen, bei Eisenbahn- und Straßenbau, in Forstbetrieben, in landwirtschaftlichen Großbetrieben, in der Binnen- und Seeschiffahrt, in der Heimindustrie, im Haushalt, in weltlichen und kirchlichen Institutionen, im Regierungs- oder Gemeindedienst. Die Dauer des Arbeitstages in allen diesen Zweigen darf acht Stunden täglich und 45 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Als Arbeitszeit gilt die Zeit, in der man dem Arbeitgeber oder seinem Bevollmächtigten zur Verfügung steht.

Anmerkung 1: Bei Untertagarbeiten darf der Arbeitstag nicht länger als sechs Stunden dauern, wobei die Zeit, die für das Einfahren in die Grube und das Herausfahren benötigt wird, als Arbeitszeit zu rechnen ist. Als Arbeitszeit

[1] „Sa Prawdu" vom 20. November 1913.

gilt ferner die Zeit, die erforderlich ist, um die Werkzeuge nach der Arbeit fortzuräumen oder sie vor Arbeitsaufnahme in erforderliche Ordnung zu bringen, die Reinigung der Werkstatt usw. Ebenfalls als Arbeitszeit gilt die Zeit, die der Arbeiter braucht, um im Büro seinen Lohn entgegenzunehmen.

Anmerkung 2: Absolut verboten ist, nach einem Achtstundentag im Amt oder im Betrieb Arbeit nach Hause mitzugeben.

2. In den Quecksilberbergwerken und -betrieben sowie überhaupt in Betrieben, in denen Giftstoffe (Kupfer, Blei, Zink, Quecksilber, Phosphor, Arsenik usw.) verwendet oder verarbeitet werden, darf die Dauer des Arbeitstages fünf Stunden nicht übersteigen mit Ausnahme der Arbeiten in Kammern und Rauchfängen, wo sie nicht mehr als drei Stunden betragen darf.

3. Minderjährige beiderlei Geschlechts unter 16 Jahren werden zur Arbeit nicht zugelassen. Zur Arbeit in Steinbrüchen, unter Tage und in Produktionszweigen, die mit Lebensgefahr verbunden sind, werden Jugendliche beiderlei Geschlechts sowie erwachsene Frauen nicht zugelassen.

Die Dauer des Arbeitstags für junge Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 bis 20 Jahren darf die Hälfte des durch dieses Gesetz für die Erwachsenen festgelegten Arbeitstages nicht übersteigen. Eine Ruhepause ist obligatorisch.

4. Frauen werden acht Wochen vor der Entbindung und sechs Wochen danach von der Arbeit befreit, wobei ihnen der Arbeitsplatz und der Unterhalt während dieser Frist gesichert werden. Durch eine ärztliche Bescheinigung wird die Fähigkeit zur Wiederaufnahme der Arbeit bestimmt. Andernfalls wird die Frist unter Beibehaltung des vollen Verdienstes verlängert.

5. Nachtarbeit wird verboten. Als Nachtzeit gilt die Zeit von 9.00 Uhr abends bis 7.00 Uhr früh.

Anmerkung: Nachtarbeit wird nur dort gestattet, wo die Arbeit nicht unterbrochen werden kann, ohne daß die bearbeiteten Materialien verderben, oder wo sie für gesellschaftliche Zwecke notwendig ist. Die Liste derartiger Betriebe wird von den Organen der örtlichen Selbstverwaltung nach Absprache mit den Gewerkschaftsverbänden der Arbeiter aufgestellt. Für Nachtarbeit wird *das Doppelte* des üblichen Lohns bezahlt.

6. Der Achtstundentag wird durch eine oder durch mehrere Ruhepausen unterbrochen — Gesamtdauer mindestens 2 Stunden — in denen

jegliche Arbeit verboten wird. Diese Ruhepause wird außerhalb des Betriebes verbracht, und die Mittagspause muß mindestens anderthalb Stunden dauern.

7. Mindestens einmal wöchentlich muß jedem Arbeiter, Angestellten usw. eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 40 Stunden gewährt werden. Jeder Angestellte, Arbeiter usw. erhält einmal im Jahr Urlaub von einem Monat unter Beibehaltung des Arbeitsplatzes und des vollen Lohns.

8. Überstundenarbeit wird verboten.

Anmerkung: Ausnahmen für diesen Artikel werden nur in Fällen äußerster Dringlichkeit von den Organen der örtlichen Selbstverwaltung, unbedingt nach Übereinstimmung mit den Gewerkschaftsverbänden der Arbeiter, genehmigt. Jede Überstundenarbeit wird unbedingt mit dem *Dreifachen* des üblichen Lohns bezahlt. Die Betriebe, in denen Überstundenarbeit geleistet wird, werden genau registriert.

9. Kein Arbeitgeber hat das Recht, den Lohn, wenn er tageweise berechnet wird, nach Einführung des Achtstundentages zu senken und muß ihn, wenn er Akkordlohn ist, so weit erhöhen, daß der Lohn des Arbeitnehmers mindestens ebenso hoch bleibt wie zuvor.

10. In jedem Betrieb oder an jedem Arbeitsplatz sind neben dem Wortlaut dieses Gesetzes gedruckte Vorschriften auszuhängen, die den Arbeitsbeginn und den Arbeitsschluß, die Zeit der Ruhepausen sowie die freien Tage bestimmen. Wenn in Schichten gearbeitet wird, ist in den Vorschriften ferner festzulegen, welcher Schicht ein jeder zugeteilt ist, wann die Schicht zur Arbeit erscheint und wann sie die Arbeit beendet. An jeder Arbeitsstätte sind Uhren anzubringen, die nach den städtischen Uhren streng überprüft werden, und die Arbeitszeit ist nach diesen Uhren zu berechnen.

11. Der Besitzer oder Leiter eines Betriebes, der sich des Verstoßes gegen dieses Gesetz schuldig macht, erhält eine Geldstrafe nicht unter 50 Rubel für jeden gesetzwidrig beschäftigten Arbeiter und darüber hinaus eine Freiheitsstrafe von 2 Wochen Arrest bis zu einem Jahr Gefängnis. Bei wiederholten Verstößen gegen das Gesetz wird dem Schuldigen vom Gericht mindestens für fünf Jahre das Recht entzogen, einen Betrieb zu leiten.

12. Das vorliegende Gesetz tritt sofort in Kraft. Alle ihm widersprechenden Bestimmungen werden aufgehoben."

Man muß sich die Bedingungen der damaligen russischen Wirklichkeit klar vorstellen, um zu begreifen, wie gewaltig der Eindruck war, den die Veröffentlichung dieses Gesetzentwurfes auf die breiten Arbeitermassen machte. Die Arbeiter Petersburgs und anderer russischer Städte überschütteten unsere Fraktion und die „Prawda"-Redaktion mit Entschließungen, in denen sie die Einbringung des Gesetzentwurfes über den Achtstundentag von ganzem Herzen begrüßten. Eine mit 319 Unterschriften eingesandte Entschließung lautete:

„Wir, eine Gruppe von Arbeitern verschiedener Werkstätten bei der Putilow-Werft danken einmütig unseren sechs Arbeiterdeputierten der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion für den ausgearbeiteten und in der Reichsduma eingebrachten Gesetzentwurf über den maximalen Achtstundentag, dem wir uns alle anschließen, und unterstützen standhaft die teuren Erwählten der Arbeiterkurie."

Das Petersburger Komitee der Bolschewiki gab ein besonderes Flugblatt an die Arbeiter und Arbeiterinnen Petersburgs heraus mit dem Appell, die bolschewistische Dumafraktion zu unterstützen. In dem Flugblatt schrieb das Petersburger Komitee der Bolschewiki:

„Die sechs Arbeiterdeputierten, die vom allrussischen Proletariat für die große Sache des Schutzes der revolutionären proletarischen Forderungen, für die Aufklärung der Klasse und den kämpferischen Zusammenschluß der Arbeitermassen in die Reichsduma entsandt wurden, haben kühn und entschlossen ihre Stimme für den Achtstundentag, für die Aufhebung der Kinder- und der Nachtarbeit, für den Schutz der Mutterschaft und für die Aufhebung der Überstundenarbeit erhoben! Das ganze arbeitende Rußland kam einmütig in Bewegung, als es die mächtige Stimme seiner Erwählten hörte!

Zehntausende und Hunderttausende von Arbeiterstimmen antworteten als machtvoller Chor aus allen Teilen Rußlands, begrüßten den Gesetzentwurf der sechs Deputierten über den Achtstundentag und verkündeten der ganzen Welt der gierigen Ausbeuter, wie teuer und lieb diese Forderung dem gesamten Proletariat, der ganzen, viele Millionen zählenden Armee der Lohnarbeit ist!

Seit das Ungeheuer Maschine Millionen von Handarbeitern, kleinen Handwerkern auf die Straße warf, seit es Hunderttausende von Frauen und Kindern in den Fabriken konzentrierte, nachdem es unzählige erwachsene Arbeiter vor die Tore gesetzt hatte und damit den durch die unersättliche Goldgier geblendeten Ausbeutern die Möglichkeit bot, den Arbeitstag unmenschlich zu verlängern, — seitdem ist der Achtstundentag zur Forderung der Arbeiter aller Länder, des gesamten Weltproletariats geworden!

Im Jahre 1866 verkündete der Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation der ganzen Welt, daß der Achtstundentag die *erste und wichtigste* Forderung der Arbeiterklasse ist und daß „alle Bestrebungen zur Befreiung des Proletariats zum Mißerfolg verurteilt sind", wenn diese Forderung nicht erfüllt wird. Im Jahre 1889 beschlossen 400 Arbeitervertreter von zwanzig Nationen, die zum I. Internationalen Kongreß in Paris zusammengekommen waren, daß der Achtstundentag von den bewußten Arbeitern überall am großen Festtag der Arbeiter, am 1. Mai, als Forderung der Arbeiter aller Länder verkündet wird.

In allen Teilen Europas, Amerikas und Australiens kämpfte das Proletariat seit Mitte vorigen Jahrhunderts einträchtig für diese Klassenforderung. Die Arbeiter der britisch-australischen Republik Viktoria setzten den Achtstundentag bereits im Jahre 1856 durch, und der Tag seiner Einführung (21. April) wurde dort zum Nationalfeiertag des ganzen Volkes. Die Arbeiter Neuseelands, Neu-Südwales', die englischen Bergleute, die Arbeiter aller staatlichen und vieler privaten Betriebe Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, die Bergleute in Preußen, die Arbeiter der Quecksilberbetriebe in Deutschland und unzählige andere Proletarier haben durch Streiks den Achtstundentag ebenfalls schon erkämpft.

Und Wundersames geschah in den Staaten, Gebieten und Städten, wo die Achtstundenarbeit eingeführt wurde. Der Lohn wuchs nicht täglich, sondern stündlich, weil die Arbeit der Arbeiter erfolgreicher wurde; sie selbst verwandelten sich aus einzelnen verdummten und gequälten Lasttieren in bewußte und organisierte Kämpfer mit bestimmten Forderungen; der Lohn wurde nicht durch unzählige Arbeitslose gedrückt, weil mit der Herabsetzung der Arbeitsstunden die Nach-

frage nach Arbeitskräften stieg. (Indem die Feinbäcker Viktorias die Arbeitszeit von 15 auf 8 Stunden verkürzten, verdoppelten sie den Verdienst, und dank dem Zehnstundentag überstieg der Verdienst der englischen Arbeiter den Verdienst des russischen, durch lange Arbeit zermürbten Arbeiters um das Dreifache). Außerdem ging die Zahl der Erkrankungen, Verletzungen und der Todesfälle unter den Arbeitern rasch zurück (mit der Verkürzung des Arbeitstages in England von 12 auf 10 Stunden sind die Tuberkuloseerkrankungen unter den Arbeitern um die Hälfte zurückgegangen, während die englischen Maschinenbauer im Durchschnitt 10 Lebensjahre gewannen, indem sie den Arbeitstag nur um eine Stunde kürzten.)

Die Sterblichkeit der Kinder sank ebenfalls, da die Mütter nicht durch übermäßige Arbeit zermürbt wurden und mehr Zeit hatten, sich um die Kleinkinder zu kümmern. Trunksucht, Prostitution und Kriminalität gingen stark zurück. In den Arbeitervierteln wuchsen anstelle der schmutzigen Spielhöllen, Kneipen und Schenken die schmucken Gebäude der Bibliotheken, der Volkshochschulen und der ‚Arbeiterpaläste' empor, während auf dem Tisch des Arbeiters anstelle der Schnapsflasche oder des Bierkrugs Arbeiterzeitungen, Zeitschriften und wissenschaftliche Bücher erschienen. Und zum Schrecken der Feinde der Arbeiterklasse wuchsen unter den erwachten und sehend gewordenen proletarischen Massen starke ‚Arbeiterparteien' heran, die alle unter dem Joch des Kapitals Schmachtenden in den Kampf für den vollen Sieg der Arbeiterklasse — für den *Sozialismus* führten!

Im Lande der wüsten Asiatenbarbarei, der Willkür und der Rechtlosigkeit, in einem Land, wo die räuberische Bande der Zarenregierung, der parasitären Gutsbesitzer und der raubgierigen Kapitalisten schaltet und waltet, ist der offene Kampf für die große proletarische Forderung nach dem Achtstundentag, wie ihn das Proletariat der ‚freien' europäischen Länder führt, unmöglich.

Die habsüchtigen russischen Industriellen, die ihrer riesigen Profite wegen die Arbeiter 12, 16 und sogar 18 Stunden täglich schuften lassen, quälen Zehntausende von Kindern durch übermäßige Arbeit zu Tode und richten Tausende von Müttern zugrunde, indem sie diese gleich nach der Entbindung zu arbeiten zwingen. Diese unmenschlichen Blut-

sauger unterdrücken, auf ihre mächtigen Syndikate gestützt, grausam jede Arbeiterbewegung, überwachen scharf jeden Schritt der Arbeiter, um zu verhindern, daß sie sich um ihre Klassenforderungen zusammenschweißen und den entschlossenen Kampf aufnehmen. Um die Industriellen dabei zu unterstützen, hat die Zarenregierung ganze Armeen von Polizeispitzeln, Gendarmen und Polizisten, Banden von Kosaken, Polizeisoldaten und ganze Bataillone von Militär mobilisiert. Zum gleichen Zweck zerren die zaristischen Gerichte die Teilnehmer ökonomischer Streiks auf die Anklagebank und bestrafen sie hart, während Zarenminister Gesetze gegen die Arbeiterpresse, gegen Streiks, Gewerkschaften und Versammlungen verfassen!

Doch alle diese unzähligen Gewalttaten vermögen es nicht, die proletarische Bewegung niederzuschlagen und aus den Köpfen der Proletarier die große Arbeiterforderung nach dem Achtstundentag auszumerzen!

Diese himmelschreienden Verbrechen und Ungesetzlichkeiten führen lediglich dazu, daß der ökonomische Kampf des Proletariats zu einer *furchtgebietenden Revolution* heranwächst, während die Forderung nach dem Achtstundentag zur *revolutionären* Forderung der Arbeitermassen wird! Und auf dem roten Banner des revolutionären russischen Proletariats steht diese große Losung der Revolution in flammenden Lettern geschrieben.

Mit dem Kampfruf ‚Es lebe der Achtstundentag!‘ zogen die Arbeiter am 9. Januar zum Winterpalais, mit ihm zogen sie durch die Straßen Petersburgs während der großen allgemeinen Streiks im Jahre 1905, mit ihm kämpften sie auf den Barrikaden und starben, von zaristischen Kugeln getroffen, von zaristischen Bajonetten durchstochen, von zaristischen Henkern in Gefängnissen und Folterkammern zu Tode gequält!

Und heute, da das revolutionäre Banner wieder über unserem Lande weht, da sich Hunderttausende fortschrittlicher Proletarier Rußlands erneut in die große revolutionäre Armee einreihen, ist aus dem Munde der sechs Arbeiterdeputierten, der würdigen Erwählten des gesamtrussischen Proletariats, durch ganz Rußland erneut dieser große Ruf ergangen, um alle Schlafenden zu wecken, um dem finsteren Lager der Gewalttäter und Räuber am Volke die Losungen der Revolution zu

verkünden und die Kampfreihen der revolutionären Arbeiterarmee für die kommenden großen Schlachten enger zusammenzuschließen! Und bei diesem großen Werk wird das ganze bewußte Proletariat Rußlands mit ihnen sein!

Genossen Petersburger Arbeiter! Möge Eure mächtige Stimme, der das ganze gequälte russische Volk lauscht, die das ganze Lager der Gewalttäter und Ausbeuter voll Schrecken vernimmt, sich mit den Stimmen Eurer Deputierten vereinigen! Möge das Arbeitervolk Petersburgs an dem Tage, da die Deputierten in der Duma ihren Gesetzentwurf über den Achtstundentag einbringen, machtvoll verkünden ‚Es lebe der Achtstundentag!' und damit seinen Deputierten bei der großen Sache der Klassenaufklärung und des revolutionären Zusammenschlusses der Millionenmassen des russischen Proletariats helfen!

Es lebe der Achtstundentag und die große russische Revolution!

Es lebe die Demokratische Republik und die Konfiskation des ganzen Bodens für das Volk!

Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

Es lebe der Sozialismus!"[1]

Die Arbeiter, die sich darüber im klaren waren, daß man von der Duma keinerlei Verbesserungen erwarten konnte, bekundeten durch ihre einmütigen Entschließungen die Bereitschaft, einträchtig für den Achtstundentag sowie für die anderen revolutionären Hauptlosungen zu kämpfen.

4. Die Zersetzung der menschewistischen Fraktion

Mit der Einbringung des Gesetzentwurfes über den Achtstundentag in der Duma festigten sich die Beziehungen der Arbeitermassen zu unserer Sechsergruppe noch mehr. Gleichzeitig damit wandten sich die Arbeiter immer rascher von den menschewistischen Organisationen ab. Die menschewistische Siebenergruppe begann die letzten Reste ihres Einflusses rasch einzubüßen und erwies sich sehr bald als völlig losgelöst von den Arbeitermassen. Die Arbeiter kamen mit ihren For-

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Bd. II, S. 90—93, russ.

derungen, Nöten und Gesuchen, die mit der reinen Dumatätigkeit verbunden waren, zu unserer Fraktion und ignorierten die menschewistischen Deputierten. Die Arbeit der menschewistischen Fraktion flaute ab, kam zum Stillstand. Die Mitglieder der Siebenergruppe hielten in der Duma immer wieder Reden, spürten aber keinerlei Unterstützung von seiten der Arbeiterklasse. Das mußten — wenn auch in ihrem engen Kreise — die Menschewiki wohl oder übel selbst eingestehen.

In den Archiven des Polizeidepartements blieb die Mitteilung über eine Sitzung der menschewistischen Siebenergruppe in den letzten Januartagen 1914 erhalten. Diese Mitteilung enthält charakteristische Äußerungen zweier Mitglieder der Siebenergruppe, die endlich begriffen hatten, wohin die menschewistische Fraktion durch ihre Politik geraten war. Tschchenkeli warf seiner Fraktion vor, sie habe „durch ihre Tätigkeit ihren ganzen Einfluß eingebüßt, sich vom politischen Leben des Landes entfernt, alle Beziehungen zu den Arbeitern abgebrochen und die lebendigsten und aktivsten Mitglieder letztlich zum Ausscheiden aus der Fraktion gezwungen, wodurch die Tätigkeit der Fraktion zum völligen Stillstand gekommen ist“[1]. In diesem Sinne äußerte sich auch Tuljakow, der erklärte, daß „die Fraktion, die sich als sozialdemokratische Fraktion bezeichnet, in Wirklichkeit weder in der Reichsduma noch in der Presse das pulsierende Leben und die Wünsche der Arbeitermassen widerspiegelt. Die Fraktion hat sich aus politischen, polizeilichen und ethischen Gründen von den Arbeitern entfernt und ist letzten Endes in den Zustand der ‚splendid isolation‘ geraten.“[2]

Sehr wahrscheinlich gaben die Meldungen der Ochrana die Worte der menschewistischen Deputierten nicht ganz genau wieder. Jedenfalls war es völlig unbestreitbar, daß die Siebenergruppe nach der Spaltung den inneren Zerfall erlebte.

Anfang Januar 1914 trat der Deputierte Burjanow aus der menschewistischen Fraktion aus. Burjanow hielt sich für einen Plechanowanhänger und begab sich in den Weihnachtsferien zu Plechanow, um dessen Standpunkt zur Spaltung der Fraktion genauer zu erfahren.

---

[1] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 370, Bl. 207—210, russ.

[2] Ebenda.

Aus dem Auslande zurückgekehrt, gab Burjanow an Tschcheïdse eine Erklärung über seinen Austritt aus der Siebenergruppe ab.

„Ich begreife natürlich“, so schrieb Burjanow, „ebenso wie Sie es sicherlich begreifen, daß die Ursachen unseres Zerfalls in der Duma außerhalb derselben zu suchen sind. Unter diesen Umständen kann man von der völligen Einheit der sozialdemokratischen Vertretung in der Duma nur in bezug auf jene Zukunft sprechen, da sich die Kader der fortschrittlichen Elemente der bewußten russischen Arbeiter insgesamt vereinigen werden. Diesen völligen Zusammenschluß der Kräfte in der Zukunft vor Augen, halte ich nichtsdestoweniger die Einheit der Reden und Aktionen der sozialdemokratischen Deputierten schon jetzt für unbedingt notwendig. Ich sehe keinen anderen Weg, um eine solche Einheit herbeizuführen, außer der Verständigung der sozialdemokratischen Fraktion mit der sogenannten Russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Bislang haben wir diesen Weg, die Spaltung unserer Dumafraktion zu vermeiden, bedauerlicherweise abgelehnt. Ich hoffe aber, daß mein Austritt aus der sozialdemokratischen Fraktion Sie zahlenmäßig dem anderen Teil der sozialdemokratischen Arbeiterfraktion angleichen und veranlassen wird, auch Ihre Ansichten über die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit diesem einer Revision zu unterziehen.“[1]

Burjanow brachte es nicht fertig, bis zu Ende konsequent zu sein. Er bezog eine schwankende Stellung zwischen den beiden Fraktionen mit der Erklärung, er werde beide Fraktionen bei Aktionen unterstützen, die „mit der marxistischen Linie des Verhaltens übereinstimmen“.

Etwas später büßten die Menschewiki noch ein weiteres Mitglied ihrer Fraktion ein, Mankow, den sie wegen zu offensichtlicher Rechtsabweichung selbst aus der Fraktion ausschließen mußten. Somit erwies sich die Spaltung der vereinigten Fraktion als verhängnisvoll für die Menschewiki, die nicht nur das Vertrauen der Arbeitermassen verloren, sondern auch inneren Zerfall und innere Zersetzung erlebten.

Gleichzeitig verfolgte die Sechsergruppe unbeirrt die aufsteigende Linie des revolutionären Kampfes, fest gestützt auf breite und zuverlässige Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse Rußlands.

[1] „Proletarskaja Prawda“ vom 14. Januar 1914.

DIE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG KURZ VOR DEM KRIEGE

Kapitel XIV

Massenvergiftungen von Arbeiterinnen

1. Verstärkung der Streikbewegung

Im März 1914 kam es in Petersburg zu Ereignissen, die ein ungemein heftiges Aufflammen der Arbeiterbewegung auslösten.

Bereits in den ersten Märztagen begannen in Petersburg politische Streiks, die von einem Werk auf das andere übergriffen und immer neue Arbeitermassen erfaßten. Durch eintägige Streiks protestierten die Arbeiter gegen Verfolgungen der Arbeiterpresse, gegen die systematische Ablehnung der von der bolschewistischen Fraktion eingebrachten Interpellationen in der Duma, gegen Verfolgung und Auflösung von Gewerkschaften und Bildungsvereinen usw.

Eine Ursache für Proteststreiks war ferner die Einberufung einer Geheimberatung über Fragen der verstärkten Aufrüstung Rußlands, die der Dumavorsitzende Rodsjanko veranlaßt hatte. Zu dieser Beratung waren Vertreter aller Dumafraktionen mit Ausnahme der Trudowiki und der Sozialdemokraten eingeladen worden. Von der Dumatribüne aus protestierten wir sowohl gegen neue Aufwendungen von Geldern des Volkes für Aufrüstung als auch gegen die Geheimberatung selbst. Unser Protest wurde durch einen Streik von etwa 30 000 Arbeitern unterstützt. Seit Mitte März verstärkte sich die Streikbewegung in Petersburg noch mehr. Die Regierung zögerte mit der Beantwortung der bereits früher von der Reichsduma angenommenen Interpellation über die Untersuchung der Ereignisse an der Lena offenbar in der Absicht, sie unter den Tisch fallen zu lassen, wie sie das schon bei vielen anderen Interpellationen getan hatte. Mit dem Herannahen des zweiten

Jahrestages der Erschießungen an der Lena beschloß unsere Fraktion, in der Duma eine neue Interpellation an die Regierung „über die Beschleunigung der Antwort" auf die vorangegangene Interpellation einzubringen. Wir brachten die Interpellation mit einem bestimmten Ziel ein: sie mit der Hauptaktion der Arbeitermassen am Jahrestag der Lena-Ereignisse zu verbinden, da das Datum der Niederschießung der Lena-Arbeiter im Jahre 1914 auf den arbeitsfreien Tag des Osterfestes fiel.

Alle unsere Parteiorganisationen bereiteten sich auf diese Aktion vor. In Fabriken und Werken war eine verstärkte Agitation im Gange. Im Namen des Petersburger Komitees wurde eine Proklamation herausgegeben mit dem Aufruf, zur Unterstützung der Interpellation auf die Straße zu gehen. In einigen Fabriken und Werken wurde beschlossen, nach Ausrufung des Streiks geschlossen zum Gebäude der Reichsduma zu ziehen.

Die Aktion war auf den 13. März angesetzt worden. Als erster streikte der Wyborger Stadtbezirk. Schon um drei Uhr nachts legte die Nachtschicht im Werk „Nowy Aiwas" die Arbeit nieder. Ihr schlossen sich in der Frühe die übrigen Arbeiter des Werkes an. Gleichzeitig begannen die Streiks auch in allen anderen Stadtbezirken. In ganz Petersburg streikten an diesem Tag rund 60 000 Menschen, davon über 40 000 Metallarbeiter. In allen Fabriken und Werken wurden Kundgebungen und Versammlungen veranstaltet, auf denen Protestentschließungen angenommen wurden. Die auf den Kundgebungen sprechenden Arbeiter aus den Reihen der Partei erinnerten an die Lena-Ereignisse und umrissen die allgemeinen Aufgaben des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse.

In den Straßen von Petersburg fanden an diesem Tage zahlreiche Demonstrationen statt. Die Arbeiter verließen die Fabriken und Werke unter dem Gesang revolutionärer Lieder. Die Menge entfaltete bereitgestellte rote Fahnen. Von der Wyborger Seite zogen die Arbeiter des Lössner-Werkes zur Reichsduma. Unterwegs schlossen sich ihnen die Arbeiter anderer Betriebe an. Die Demonstranten wurden durch eine Polizeiabteilung aufgehalten, die an der Litejny Brücke eine Kette gebildet hatte. Ein anderer Zug ging über das Eis der Newa. Die

Demonstranten begaben sich mit einer roten Fahne zum Gebäude der Duma am Woskressenski Kai. Hier wurde die Demonstration von einer Abteilung berittener Polizei überfallen, die mit ihren Peitschen auf die Menge einschlug. Als Antwort darauf warf die Menge mit Steinen und verletzte einen der Polizisten. Einer der heftigsten Zusammenstöße mit der Polizei ereignete sich an diesem Tage auf der Wyborger Seite, auf dem Großen Sampsonijewski Prospekt. Demonstrationen fanden auch im Zentrum der Stadt, auf dem Newski Prospekt statt.

Am nächsten Tage schloß sich dem Proteststreik eine Reihe weiterer Werke und Fabriken an. In verschiedenen Stadtbezirken fanden erneut Demonstrationen statt. Insgesamt beteiligten sich an beiden Tagen etwa 65 000 Menschen an den Streiks.

Ausgelöst durch die Interpellation über die Untersuchung der Lena-Ereignisse ging die Streikbewegung unmittelbar in eine neue Aktion der Arbeiter anläßlich der Massenvergiftungen von Arbeiterinnen in Fabriken und Werken über. Die neue Welle der Arbeiterbewegung war sowohl hinsichtlich der Zahl der Streikenden als auch hinsichtlich der Ausmaße der Aktionen auf der Straße bedeutend stärker als die vorangegangene.

Die erste Meldung über Vergiftungen von Arbeiterinnen erhielt unsere Fraktion aus Riga von den Arbeitern der riesigen Gummifabrik „Prowodnik". Die Fabrikverwaltung verwandte in der Produktion eine minderwertige Schmiere für Galoschen. Die Dämpfe dieser Schmiere führten in der Fabrik zu systematischen Vergiftungen von Arbeiterinnen. Einige Arbeiterinnen kamen relativ leicht davon — mit Ohnmachtsanfällen und kurzen Erkrankungen —, aber es gab auch Todesfälle. Der lange Arbeitstag, der bis zu 13 Stunden dauerte, und der Hungerlohn (nicht über 75 Kopeken täglich) untergruben die Gesundheit der Arbeiterinnen, die nicht imstande waren, gegen die Vergiftungen anzukämpfen.

Die Arbeiterinnen richteten sowohl an die Verwaltung als auch an die Fabrikinspektion wiederholt die Forderung, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und insbesondere die Verwendung der giftigen Schmiere einzustellen.

„Wer schwache Nerven hat, kann sich die Papiere holen", antworteten die Vertreter der Verwaltung und die Fabrikinspektoren.

Nach einer neuen Serie von Vergiftungen (Anfang März 1914) wandten sich die Arbeiter von „Prowodnik" an unsere Fraktion mit der Bitte, sie in irgendeiner Weise zu unterstützen, damit die Verwaltung gezwungen werde, Maßnahmen gegen die Vergiftung von Arbeiterinnen zu ergreifen. Auf Grund des von der bolschewistischen Fraktion zusammengetragenen Materials wurde eine Interpellation an den Minister für Handel und Industrie verfaßt und in der Reichsduma eingebracht.

„Die kapitalistische Ausbeutung des Proletariats hat stets und unter allen Bedingungen die Tendenz, Formen anzunehmen, deren Grenzen der physische Verfall und der Tod des Arbeiters sind", begann die von unserer Fraktion eingebrachte Interpellation und führte weiter aus: „Die politische Rechtlosigkeit des russischen Proletariats im Zusammenhang mit der Unmöglichkeit, dem vereinigten Kapital eine ebenso starke Vereinigung der Arbeiter entgegenzustellen, und umgekehrt der ungemein starke Druck, der hinter den Kulissen auf die Leiter unserer Innenpolitik durch die Hauptmacher der vereinigten Unternehmer ausgeübt wird —, das alles schafft in Rußland Bedingungen, unter denen die Ausbeutung häufig Formen annimmt, vor denen die Schrecken der Leibeigenschaft verblassen. Die Lena-Tragödie, wo man die Arbeiter mit Pferdefleisch verpflegte, in die Taiga aussiedelte und schließlich niederschoß, stellt eines solcher Beispiele dar. In den letzten Tagen deckt die von einem Fraktionsmitglied angestellte Sonderuntersuchung von Tatsachen, die sich unweit von Petersburg im Zentrum des Ostseegebietes, in Riga, ereigneten, das gleiche Bild, das Bild neuer Opfer des Kapitals und der gleichen Untätigkeit der Behörden auf.

Der größte Industriebetrieb Rigas, die bekannte Gummifabrik ‚Prowodnik', die etwa 13 000 Arbeiter, in der Mehrzahl Frauen, zählt, war der Schauplatz einer neuen Tragödie."

Die Interpellation wurde als dringend eingebracht, war aber noch nicht auf die Tagesordnung der nächsten Dumasitzung gesetzt, als sich in Petersburg die gleichen Ereignisse, wie sie gerade in der Rigaer Fabrik stattgefunden hatten, wiederholten.

2. Die Vergiftungen in der Fabrik „Trëugolnik"

Am 12. März wurde ich gegen Mittag aus der Sitzung der Dumakommission für Interpellationen ans Telefon geholt. Es rief ein Mitarbeiter unserer Fraktion an. Die Fraktion war im Laufe des Tages wiederholt von den Arbeitern der Fabrik „Trëugolnik" gebeten worden, einen der Deputierten zu ihnen zu schicken. Seit den Morgenstunden traten in der Fabrik Massenvergiftungen von Arbeiterinnen zutage; unter den Arbeitern herrschte Panik.

Ich verließ die Sitzung und begab mich unverzüglich in die Fabrik „Trëugolnik". Vor der Fabrik traf ich eine Ansammlung von Arbeitern an. Sie waren alle höchst erregt und aufgebracht. Ich wurde von allen Seiten mit Fragen bestürmt, wußte aber selber von nichts und begann meinerseits die Arbeiter über das Geschehene zu befragen. Die Panik war so groß, daß es im ersten Augenblick schwer war, irgendeine vernünftige Erklärung zu erhalten. Jede Arbeiterin erklärte die Vergiftungen auf ihre Weise. Einige waren sogar der Meinung, es sei die Pest. Aus dem Aufnahmeraum wurde eine Vergiftete nach der anderen herausgeführt. Wie viele es waren, konnte keiner sagen.

Nach und nach gelang es, anhand der Erzählungen ein mehr oder minder genaues Bild von den Vorgängen in der Fabrik zu rekonstruieren. In der Frühe hatte die Verwaltung eine neue Galoschenschmiere für die Arbeit ausgegeben. Hauptbestandteil dieser Schmiere war minderwertiger Benzinersatz, der giftige Dämpfe ausschied. Um neun Uhr begannen Dutzende von Arbeiterinnen in den Galoschenwerkstätten „Altes Lager" (die Arbeiter bezeichneten sie als „Sachalin") umzufallen. Die Vergiftung war so stark, daß einige Arbeiterinnen das Bewußtsein verloren. Alle bluteten aus Mund und Nase. In den Werkstätten spielten sich Schreckensszenen ab. Die Arbeiterinnen fielen reihenweise um, stießen sich an den Tischkanten, Eisenleisten und Gittern. Andere rannten wie von Sinnen mit verzerrten, blau angelaufenen Gesichtern aus der Abteilung, ohne irgend etwas zu sehen. Die Ohnmächtigen wurden auf Tragbahren ins Ambulatorium geschafft. In dem kleinen Aufnahmeraum, wo kein einziges Bett stand, wurden die Opfer mehr schlecht als recht untergebracht. Als das Ambulatorium bis zum äußer-

sten gefüllt war, schickte man die Kranken in die Kantine; wer sich aber noch fortbewegen konnte, wurde aus der Fabrik geführt.

„Wer vor dem Tor zusammenbricht, wird vom Schutzmann aufgelesen", sagten die Vertreter der Verwaltung.

Insgesamt wurden ungefähr 180 Frauen und 20 Männer vergiftet. In der Abteilung, in der sich die Vergiftungen ereigneten, arbeiteten mehr als 1000 Menschen, in der gesamten Fabrik aber rund 13 000. In der Fabrik wurden vorwiegend Frauen beschäftigt, die Ausbeutung war grauenhaft. Die Besitzer der Fabrik „Trëugolnik", die bis zu 10 Millionen Rubel Profit jährlich einstrichen, preßten den Arbeitern auch den letzten Schweißtropfen ab. Der Durchschnittsverdienst einer Galoschenarbeiterin schwankte bei einem 10- und sogar 11-Stunden-Tag zwischen 40 und 90 Kopeken täglich. Eine Mittagspause gab es nicht, weitgehend wurde Überstundenarbeit geleistet usw.

Nachdem ich mir die Berichte der Arbeiter über die Vergiftungen und über die schweren Arbeitsbedingungen angehört hatte, begab ich mich zum Direktor der Fabrik, um von ihm ausführlicher und genauer zu erfahren, wie es zu den Unglücksfällen gekommen war und wie viele Opfer zu verzeichnen waren. Natürlich wich der Direktor aus.

Im ersten Augenblick versuchte die Verwaltung, die sich noch keine Erklärung zurechtgelegt hatte, die Schuld auf die Arbeiter selber abzuwälzen. Einige Vertreter des Verwaltungspersonals behaupteten, die Arbeiter selbst hätten Gift in die Galoschenschmiere geschüttet. Andere sagten: „Die Arbeiterinnen fallen absichtlich um, weil sie nicht arbeiten wollen." Etwas Gemeineres und Empörenderes als die Beschuldigung, die Arbeiterinnen hätten sich absichtlich selber vergiftet, konnte man sich gar nicht ausdenken.

Gegen Abend hatte sich im Hof eine vieltausendköpfige Menge von „Trëugolnik"-Arbeitern versammelt. Sie forderten, die Verwaltung solle die Zahl und die Namen der Vergifteten bekanntgeben und die Ursachen des Unglücksfalles erklären. Unter den Versammelten befanden sich viele Männer und Väter von Arbeiterinnen jener Abteilung, in der sich die Vergiftungen ereignet hatten. Die Menge war stark erregt und aufgebracht. Die Verwaltung weigerte sich, den Arbeitern irgendwelche Erklärungen zu geben, und holte die Polizei. In dem Augenblick, da

ein Arbeiter über die Ereignisse in der Fabrik zu sprechen begann, drängte die Polizei die Menge aus dem Fabrikhof. Erregt und beunruhigt gingen die Arbeiter nach Hause. Die Beunruhigung über das Schicksal der Angehörigen paarte sich mit der Empörung über die Fabrikbesitzer, die Menschen um neuer großer Profite willen vergifteten.

Am nächsten Tag wiederholten sich in der „Trëugolnik"-Fabrik die Vergiftungen. Dieses Mal wurden einige Dutzend Arbeiterinnen in einer anderen Abteilung betroffen. Wieder füllte sich das Fabrikambulatorium mit Kranken. Die Arbeiterinnen hatten von vornherein erklärt, daß sie in der stickigen Atmosphäre giftiger Dämpfe nicht arbeiten könnten.

„Das ist Unsinn", gab ein Vertreter der Verwaltung zur Antwort. „Man muß sich auch an eine solche Atmosphäre gewöhnen. Wir können nicht wegen einiger Unglücksfälle auf die Verwendung dieser Schmiere verzichten. Die Fabrik ist an die Firma, die die Schmiere liefert, durch Kontrakte mit hohen Konventionalstrafen gebunden. Die Arbeiter werden sich schon nach und nach daran gewöhnen."

3. Die Kundgebung vor dem Fabriktor

Nach Arbeitsschluß fand vor dem Fabriktor eine kurze Kundgebung statt, zu der sich einige Tausend Arbeiter versammelten. Einer der Redner machte den Vorschlag, Delegierte zur Verwaltung zu schicken mit der Forderung, die Ausgabe der giftigen Schmiere einzustellen und in allen Werkstätten eine Entlüftung einzubauen. Ein anderer Redner meinte, die Delegation würde sicherlich verhaftet werden, und schlug vor, in den Streik zu treten, ohne vorher Verhandlungen mit der Verwaltung zu führen. Die Versammlung kam jedoch zu keinem Beschluß, da eine starke Polizeiabteilung die Menge fortzudrängen und zu zerstreuen begann. Bei dem Zusammenstoß flogen Steine und Betonstücke in die Reihen der Polizei. Zwei Polizisten wurden verletzt.

Am Morgen des nächsten Tages wurden unserer Fraktion neue Vergiftungen in der „Trëugolnik"-Fabrik sowie die Zusammenstöße der

Polizei mit den Arbeitern der Fabrik bekannt. Wieder waren einige Hundert Galoschenarbeiterinnen Opfer giftiger Dämpfe geworden. Wieder folgte eine Tragbahre der anderen in den Aufnahmeraum des Ambulatoriums, wieder kam es zu Schreckensszenen in den Werkstätten. Die Nerven der Arbeiter wurden aufs höchste gespannt. In allen Fabrikabteilungen legten die Arbeiter ihre Arbeit nieder und strömten auf den Hof. Ohne irgendeinen vorangegangenen Beschluß kam es in der gesamten Fabrik spontan zum Streik.

Rund 10 000 Arbeiter beteiligten sich an der Kundgebung vor dem Fabriktor. Die Redner sprachen gleichzeitig an zwei Stellen. Die leidenschaftlichen Ausführungen wurden durch billigende Zurufe der Menge unterbrochen. Daß ein Streik ausgerufen werden soll, darüber sprach keiner — das hatte sich von selbst entschieden. Es wurde lediglich beraten, ob man der Verwaltung irgendwelche Forderungen stellen oder lediglich einen Proteststreik durchführen solle.

Während der Kundgebung tauchte unter dem Bogen des Fabrikgebäudes eine Abteilung berittener Polizei mit einem Polizeioffizier an der Spitze auf. Die Polizei stieß in die Menge vor und versuchte sie auseinanderzutreiben. Die Arbeiter versuchten ihrerseits, die Polizisten zurückzudrängen. Als Antwort auf die Peitschenhiebe flogen Steine und Ziegelsteine in die Reihen der Polizei. Auf beiden Seiten gab es Verwundete.

Bald eilte Verstärkung heran: einige Dutzend berittene und unberittene Polizisten. Mit blank gezogenem Säbel schlugen die Polizisten auf jeden ein, der ihnen in den Weg kam. Die Menge rannte auseinander. Einige Arbeiter, die sich vor den Peitschen- und Säbelhieben retten wollten, sprangen in den Obwodny Kanal. Nachdem sie erst mißhandelt wurden, wurden einige Dutzend Verhaftete in das Polizeirevier abgeführt.

Das Petersburger Komitee unserer Partei erließ anläßlich der Ereignisse in der „Treugolnik"-Fabrik folgende Proklamation an die Arbeiter:

„Während sich die mit dem Blute des Volkes befleckten Minister in der Reichsduma bemühten, das Gemetzel an der Lena durch schamlose Verleumdung und Lüge zu rechtfertigen, verübten an Euch profit-

gierige Leiter der Fabrik ‚Trëugolnik' ihren bodenlosen Taschen zuliebe ein furchtbares Verbrechen ... Die Kapitalisten, die fest mit der Unterstützung der Zarenlakaien — der Wachposten, der Schutzleute und der Polizisten, die Euch schon früher mißhandelt und auseinandergejagt haben — rechnen, glauben, Arbeiterblut wie Wasser trinken zu können.

Genossen Arbeiter und Arbeiterinnen! Antwortet auf dieses gegen Euch gerichtete Komplott der blutgierigen Regierung und der Kapitalisten mit der *Organisierung* aller Eurer Kräfte und mit einmütigem Kampf!

Das von Euch gewählte Streikkomitee muß unter Führung des Narwaer Bezirkskomitees und des Petersburger Komitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands alle Bedingungen des Kampfes erörtern, die gemeinsamen Forderungen ausarbeiten, Besprechungen mit der Verwaltung führen, die Arbeiterzeitung richtig über den Verlauf des Streiks informieren, Versammlungen einberufen, den Streikfonds organisieren, Posten aufstellen, den Boykott der Streikbrecher durchführen sowie mit allen Arbeiterorganisationen Petersburgs und der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion der Reichsduma Verbindung aufnehmen. Alle Arbeiter des ‚Trëugolnik' müssen sich wie ein Mann um ihr revolutionäres Streikkomitee zusammenschließen und den frech gewordenen Ausbeutern ihre Stärke zeigen.

Es lebe das revolutionäre Streikkomitee und der einmütige Streik der ‚Trëugolnik'-Arbeiter!

Es lebe die große russische Revolution!

Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!"[1]

Aus Furcht vor neuen Unruhen gab die Verwaltung noch am gleichen Tag die Schließung der Fabrik für einige Tage bekannt. In der Bekanntmachung wurde den Arbeitern gedroht, daß die Fabrik im Falle einer Wiederholung der Unruhen für unbestimmte Zeit geschlossen werde.

Gleich am ersten Tag der Vergiftungen in der „Trëugolnik"-Fabrik wurde in einer Sondersitzung der Fraktion, auf der ich über das in der Fabrik Gesehene und Gehörte berichtete, beschlossen, unverzüglich eine

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Teil II, S. 96/97, russ.

Interpellation in der Reichsduma einzubringen und deren Erörterung der Debatte über die am Vortage eingebrachte Interpellation über die Ereignisse in Riga anzuschließen. Am Abend des gleichen Tages wurde von uns folgende Interpellation aufgesetzt und in der Reichsduma eingebracht:

„Die Reichsduma ist noch nicht dazu gekommen, die gestern von uns eingebrachte dringende Interpellation über die Massenvergiftungen von Arbeiterinnen, die sich in Riga, in der Fabrik ‚Prowodnik' ereignet haben, zu erörtern, als vom Kapital ein noch schrecklicheres Verbrechen in unmittelbarer Nähe der Reichsduma in Petersburg, in der Russisch-Amerikanischen Gummimanufaktur ‚Trëugolnik' verübt wurde."

Wir forderten die Duma auf, sich mit folgenden Fragen an den Minister für Handel und Industrie zu wenden:

„1. Ist es ihm bekannt, daß sich am 12. März 1914 in der Fabrik der Russisch-Amerikanischen Gummimanufaktur durch Verschulden der Fabrikverwaltung Massenvergiftungen von Arbeitern ereignet haben?

2. Wenn es ihm bekannt ist: Welche Maßnahmen beabsichtigt er zu ergreifen, um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen und sowohl Personen, die die Fabrik leiten, als auch Beamte der Fabrikinspektion, deren Schuld in der ungenügenden Aufsicht besteht, zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen?"

4. Die Vergiftungen greifen auf andere Betriebe über

Die Ereignisse der nachfolgenden Tage erweiterten den Inhalt unserer Interpellation beträchtlich. Nachdem die Zahl der Vergiftungen im „Trëugolnik" bereits einige Hundert erreicht hatte, begannen Vergiftungen von Arbeiterinnen auch in anderen Petersburger Betrieben, in erster Linie in den Tabakfabriken.

Am 15. März läutete in unseren Fraktionsräumen gegen Mittag wiederum das Telefon. Mit erregter Stimme berichtete mir ein Arbeiter von neuen Massenvergiftungen — diesmal in der Tabakfabrik Bogdanow. Man bat mich, so rasch wie möglich in die Fabrik zu kommen, da dort unbeschreibliche Panik herrsche.

In der Kabinettstraße, wo sich die Fabrik befand, traf ich die zweitausendköpfige Belegschaft der Bogdanow-Arbeiter an, die ihren Arbeitsplatz in Panik verlassen hatten. Ich ging in den Hof, um mit den Arbeitern zu sprechen und zu erfahren, was sich in der Fabrik ereignet hatte. Trotz des Verbots der Verwaltung und ungeachtet der Polizisten gelang es einer Gruppe von Arbeitern mit mir zusammen in den Hof vorzudringen. Aus Gesprächen mit ihnen erfuhr ich, daß sich in der Fabrik fast genau das gleiche zugetragen hatte wie zuvor im „Trëugolnik". Gegen Mittag wurden einige Arbeiterinnen im obersten Stockwerk ohnmächtig. Die Ohnmächtigen wurden in den Krankenaufnahmeraum getragen und dann mit Sanitätswagen in die nächstgelegenen Krankenhäuser befördert. Die Gerüchte über die Vergiftungen verbreiteten sich rasch durch alle anderen Abteilungen und Werkstätten der Fabrik. Mit dem Schrei „Wir sterben!" stürzten die Arbeiter auf die Straße, und in wenigen Minuten waren alle Werkstätten leer.

Die Verwaltung holte unverzüglich eine große Polizeiabteilung heran. Gleichzeitig begann sie in Erwartung irgendwelcher Vorgesetzten in der Fabrik mit fieberhafter Hast eine Ordnung zu schaffen, wie sie sonst in der Arbeitszeit nie anzutreffen war. Man räumte Kisten weg, fegte Treppen und Dielen, lüftete die Werkstätten. Alle Fenster und Türen waren weit aufgerissen. Und dennoch verschlug mir, als ich die Werkstatt betrat, in der sich die Vergiftungen ereignet hatten, die ungemein schwere und stickige Luft den Atem.

Während ich die Fabrikräume besichtigte, erschien ein Polizeioffizier und erklärte, daß er mich sprechen möchte.

„Gut", sagte ich, „wir wollen hinuntergehen, dann können wir miteinander sprechen."

Ich ging vom vierten Stockwerk in das Büro hinunter und besichtigte dabei alle Werkstätten.

„Ich bitte Sie, die Besichtigung der Fabrik und die Befragung der Arbeiter einzustellen", erklärte mir der Polizeioffizier. „Sie sind hier fremd, und ich lasse keine Fremden in die Fabrik."

„Ich habe bereits alles besichtigt und alles erfahren", sagte ich. „Was ich noch nicht weiß, ist lediglich Ihr Name und mit welcher Befugnis Sie innerhalb der Fabrik Anordnungen treffen."

Der Polizeioffizier, der sicherlich angenommen hatte, er könne sich jede Gesetzesverletzung leisten, wurde verlegen, mußte aber dennoch seinen Familiennamen nennen. Immerhin hatte er einen Deputierten der Reichsduma vor sich und befürchtete unangenehme Folgen.

Nachdem ich mit dem Vertreter der Polizei fertig war, begab ich mich zum Fabrikdirektor, um mir seine Erklärungen für die Ursachen der Vergiftungen anzuhören. Die Antwort des Direktors war reinster Hohn:

„Es gibt in der Fabrik keine Ursachen für die Vergiftung. Die Arbeiterinnen haben sich vergiftet, weil sie fasten und stinkigen Fisch essen. Davon sind sie sicherlich auch in Ohnmacht gefallen."

Solche bewußt falschen Erklärungen zeigten, daß die Verwaltung sich darauf vorbereitet hatte, die ganze Verantwortung für die Vergiftungen auf die Arbeiter selbst abzuwälzen.

Am nächsten Tag berichtete ich in den Spalten der „Prawda" ausführlich über den Besuch in der Fabrik.

„Um die Unternehmer daran zu hindern, die Arbeiter zu vergiften, müssen die Arbeiter höchstmögliche Organisiertheit in die eigenen Reihen tragen, und vor allem muß eine eigene Gewerkschaft der Tabakarbeiter gegründet werden." So beendete ich meinen Bericht über die Ereignisse in der Fabrik Bogdanow.

Auch alle übrigen Artikel und Meldungen der „Prawda" über die Vergiftungen riefen die Arbeiter auf, sich zu organisieren und zusammenzuschließen. Wir wiesen die empörten Petersburger Arbeiter darauf hin, daß die Vergiftungen nur eine Erscheinungsform der grauenhaften Arbeitsbedingungen und der schweren Ausbeutung seien. Sowohl in der Presse als auch in unseren Reden in den Arbeiterversammlungen zogen wir aus all dem die notwendigen politischen Schlußfolgerungen, die den Arbeitern anhand des lebendigen, konkreten Beispiels der Unglücksfälle, von denen ihre Kameraden betroffen worden waren, besonders klarwurden.

Nach der Bogdanow-Fabrik begannen die Ohnmachtsanfälle und Vergiftungen von Arbeiterinnen in den Tabakfabriken Schaposchnikow und „Laferme". Dann griffen die Erkrankungen auf die Chromolithographie von Kiebel über. Am gleichen Tage erkrankten rund 100 Arbei-

terinnen in der 2. Newa-Garnmanufaktur, dann in der Schokoladenfabrik Besdek und in der Fabrik Karsten. Später ereigneten sich Ohnmachtsanfälle und Vergiftungen von Arbeiterinnen in sieben weiteren Fabriken und Werken: in der Jute-Fabrik Lebedew, in der Maloochtenskaja Webereimanufaktur, in der Fabrik „Nowy Aiwas", in der Kartonagenfabrik Kahn, im Werk Baranowski in der Woroninskaja Manufaktur und in der Baumwollspinn-Manufaktur.

Die Erkrankungen hatten die verschiedensten Produktionsarten und fast alle Stadtbezirke erfaßt. Die ohnmächtigen Arbeiterinnen wurden in die nächsten Krankenhäuser gefahren, die Krankenaufnahmeräume in den Betrieben waren überfüllt. Die Massenvergiftungen zeigten, daß die medizinische Hilfe in den Petersburger Fabriken und Werken fast völlig fehlte. Es gab keine Ärzte und Arztgehilfen, in den Ambulatorien fehlten die notwendigsten Medikamente ebenso wie die Möglichkeiten, die Kranken ruhen zu lassen usw.

Zu uns in die Fraktion kamen aufgebrachte Arbeiter bald dieser, bald jener Fabrik und berichteten über neue Massenvergiftungen in ihren Betrieben. Sie alle baten, man möge sie besuchen, die Ursachen der Unglücksfälle klären und die darüber erschrockenen Massen beruhigen. Ich hatte Gelegenheit, noch einige Fabriken zu besuchen, in denen sich in diesen Tagen Massenvergiftungen von Arbeiterinnen ereignet hatten (Aiwas, die Druckerei Kiebel usw.), und überall sah ich das bereits bekannte Bild. Die durch die unmittelbare Vergiftungsgefahr bedingte panische Stimmung der Arbeiter war von tiefster Empörung gegen die Urheber der Vergiftungen, die Fabrikanten, begleitet. Wenn auch der unmittelbare Anlaß der Vergiftung nicht überall genau bestimmt werden konnte, war es den Arbeitern doch in jedem Falle klar, daß die Hauptursache der Unglücksfälle die räuberische Jagd des Kapitals nach Profit war, um dessentwillen die Unternehmer die elementarsten Regeln der sanitärtechnischen Arbeitsbedingungen außer acht ließen.

Die Massenvergiftungen in den Fabriken und Werken bewegten alle öffentlichen Kreise. Nicht einmal die bürgerliche Öffentlichkeit konnte wortlos an einigen Hundert Opfern vorübergehen. Natürlich erklärte sie die Ereignisse auf ihre Weise und versuchte selbstverständlich, sie für ihre Zwecke auszunutzen. Massenpsychose, Hysterie — das waren noch

relativ harmlose Erklärungen, wie sie von der bürgerlichen Presse gegeben wurden. Die eifrigeren Diener des Kapitals beim Boulevard-Blatt „Birshewyje Wedomosti“ (Börsennachrichten) erklärten ebenso wie die Verwaltungen der Fabriken und Werke, daß die wahren Schuldigen — man höre! — die revolutionären Parteien seien, die auf diese Weise die Arbeiter gegen die Unternehmer aufhetzen und zum Streik zwingen wollten. Es wurde die Verleumdung in Umlauf gesetzt, es gäbe ein „Vergiftungskomitee“, das in den Fabriken am Werke sei. Von den Gerüchten, die von den Agenten der Fabrikanten und Werkbesitzer in Umlauf gesetzt wurden, besagte eines, unsere bolschewistische Fraktion habe ihren Anhängern befohlen, Gift anzuwenden, um künstlich Arbeiterunruhen auszulösen. Das vereinigte Kapital, das vor keinem Mittel zurückschreckte, ließ seine Maschinerie der schmutzigen Lüge und der gemeinsten Verleumdungen auf vollen Touren laufen. Bei dem Bemühen, die offenkundige Verantwortung für die Erkrankung vieler Hundert Arbeiterinnen von sich abzuwälzen, unternahm die Bourgeoisie zugleich den aussichtslosen Versuch, die Massenvergiftungen so auszuschlachten, daß die Arbeiter sich gegen die revolutionären Parteien wenden sollten.

Doch nicht einmal die Zarenregierung wagte es, die niederträchtige Verleumdung der bürgerlichen Schreiberlinge zu unterstützen. Die beim Minister für Handel und Industrie geschaffene Regierungskommission gab zu, daß die „Hauptursache für die Erkrankungen in den Gummi-Manufakturen Benzindämpfe waren, die bei der Arbeit eingeatmet wurden“. Bei der Beantwortung unserer Interpellation in der Duma mußte Litwinow-Falinski, der Vertreter des Ministeriums, zugeben, daß diese Vergiftungen auf minderwertiges Benzin zurückzuführen waren und sich kaum von den Nikotinvergiftungen in den Tabakfabriken unterschieden. Was die Vergiftungen in anderen Betrieben betraf, so waren sie nach Eingeständnis Litwinow-Falinskis auf die stickige Luft in den Industriebetrieben, auf die Schwäche und Erschöpfung des Organismus der Arbeiter und auf ihre Überreiztheit zurückzuführen. Natürlich vergaß Litwinow-Falinski nicht die Hysterie, die angeblich eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Erkrankungen gespielt habe.

5. Die Dumarede über die Vergiftungen von Arbeiterinnen

Die Debatte in der Duma über die Erklärungen des Ministeriums ging in einer sehr nervösen, gespannten Atmosphäre vor sich. Im Dumasaal war bekannt, daß in Petersburg am Vorabend Massenstreiks als Protest gegen die Vergiftungen der Arbeiterinnen begonnen hatten. Rund 30 000 Arbeiter verschiedener Werke legten am 17. März die Arbeit nieder und riefen den Proteststreik gegen die Massenvergiftungen aus. Als erste streikten 12 000 Putilow-Arbeiter, ihnen schlossen sich 4500 Arbeiter der Schiffsbauwerft an. Von den großen Werken streikte ferner die Baltische Werft. Die Streiks waren von Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei begleitet. In den gleichen Stunden, da in der Duma die Debatte über die Interpellation im Gange war, legten die Arbeiter einiger anderer Werke die Arbeit nieder und schlossen sich den Streikenden an.

Das werktätige Petersburg war erregt, wie elektrisiert. Diese Erregung brandete wie eine Welle gegen die Mauern des Taurischen Palastes und machte wiederum die Schwarzhunderter der Duma nervös. Sie erblickten in unseren Reden in diesem Augenblick mit Recht den Aufruf zu neuen Unruhen unter den Arbeitermassen, sie fürchteten diese Reden und bemühten sich mit allen Kräften, uns am Sprechen zu hindern.

Nachdem Rodsjanko dem zu der Interpellation sprechenden Tuljakow das Wort entzogen hatte, war ich an der Reihe. Aber auch mir gelang es nicht, lange auf der Tribüne zu bleiben. Meine Rede wurde immer wieder durch Zurufe von den rechten Bänken unterbrochen. Von der Tribüne des Präsidiums hörte ich die ganze Zeit die Verwarnungen Rodsjankos, der mir schließlich in einem geeigneten Augenblick mitten im Satz das Wort entzog.

„Nachdem ich die Erklärungen des Vertreters des Ministeriums für Handel und Industrie und vor allem den Beginn seiner Rede gehört hatte, in der er sagte, daß in der Gummimanufaktur ‚Trëugolnik‘ die Tatsache der Vergiftung feststehe“, so begann ich meine Ausführungen, „konnte ich sofort bemerken, daß die Vertreter der Regierung uns, Gott sei Dank, nicht so zu antworten beginnen, wie uns die Leiter der Fabriken geantwortet haben.

Als sich in der Fabrik Bogdanow die Vergiftung ereignete, begab ich mich auf Bitten der Arbeiter in diese Fabrik. Ich traf dort das übliche Bild eines solchen Ereignisses an. Ich wandte mich an den Direktor der Tabakfabrik Bogdanow mit der Frage: Wie ist es in der Fabrik zur Vergiftung gekommen? Er antwortete mir, es gäbe dafür keinerlei Ursachen, und wenn es zu Vergiftungen komme, dann nur deshalb, weil jetzt Fastenzeit sei und die Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Fabrik fasteten, minderwertige Nahrung, faulen Fisch äßen, und die Vergiftung könne nur darauf zurückgeführt werden. Der Vertreter der Regierung hat zu Beginn der Rede bejahend erklärt, daß ein Fall von Vergiftung vorliege, gegen Ende seiner Rede aber antwortete der Vertreter der Regierung nicht besser als jener Fabrikdirektor: er berief sich darauf, daß diese Vergiftung eine epidemische Hysterie sei, die von einem Ort auf den anderen übergreifen könne. Also kann sie noch wer weiß wo auftreten, und sogar in der Duma. Es wäre schön zu sehen, wie die Herren Oktobristen oder Nationalisten oder die äußersten Rechten mit den Beinen zu strampeln begännen, wenn diese Hysterie hierher geraten würde. *(Heiterkeit links, Lärm rechts.)*

Vorsitzender (Glocke): Mitglied der Reichsduma Badajew, Ihre Ausdrücke sind völlig unangebracht. Ich rufe Sie zur Ordnung. Eine derartige Redeweise kann auf dieser Tribüne nicht geduldet werden.

Badajew: Schließlich wurde die Hauptschuld auf die Presse abgewälzt. Die Presse habe schuld, weil sie aufbausche: dort, wo es 30 Fälle gebe, spreche sie von 60. Aber ich bin überzeugt, meine Herren, daß auch der Herr Regierungsvertreter falsch ausgesagt hat. *(Lärm. Glocke des Vorsitzenden.)* Ich bin an Ort und Stelle gewesen, habe die Opfer, die wankend aus der Fabrik kamen, gesehen, während der Vertreter der Regierung hier sagte . . . *(Lärm rechts.)* Sie holten Doktoren und Professoren herbei, bestellten alle Opfer zu sich ins Kabinett . . . *(Glocke des Vorsitzenden)* . . . ich aber hatte Gelegenheit, sowohl die stark als auch die weniger Betroffenen zu sehen, solche, die allein nicht gehen konnten, sie wurden geführt, getragen. Deshalb halte ich es für durchaus richtig, wenn die Presse mitteilte, daß die Zahl der Opfer nicht 30 und nicht 40, sondern an die hundert, zweihundert, vierhundert beträgt. Wir glauben solchen Erklärungen der Regierung eben-

sowenig, wie wir und das ganze russische Proletariat der Regierung glauben ... (*Lärm rechts.*) Das letzte Mal bestiegen Deputierte von rechts diese Tribüne und erklärten hier ... (*Lärm rechts*) ... daß sie unserer Interpellation nicht widersprechen ... (*Lärm rechts.*) Ich muß sagen, meine Herren, wenn Sie auch nicht einverstanden sind, daß diese Interpellation angenommen wird — wir glauben Ihnen nicht. Es ist uns ganz gleich, ob sie angenommen wird oder nicht: die Lage der Arbeiter bessert sich dadurch nicht, auch wenn Sie diese Interpellation annehmen. Sie haben unsere Interpellation über die Ereignisse im Obuchow-Werk noch vor den Weihnachtsferien angenommen. Und was geschah? Die Regierung und der Marineminister insbesondere haben bislang noch keine Zeit für eine Antwort gefunden, während die Lage der Arbeiter die gleiche geblieben ist wie bisher. Sie haben im Laufe der vergangenen Session die Interpellation über die Explosion in der Pulverfabrik an der Ochta angenommen, und sogar mehr: Sie haben die Erklärungen des Kriegsministers für unbefriedigend befunden, aber das hat den Arbeitern dennoch nicht geholfen. Die Arbeiter verblieben bis auf den heutigen Tag unter den gleichen schweren Bedingungen. Was aber die Niederschießung der Arbeiter an der Lena betrifft, so ist diese Interpellation bereits in der III. Duma eingebracht worden ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, Sie können dazu in der Debatte über diese Interpellation in der morgigen Sitzung sprechen, jetzt bitte ich aber, auf sie nicht einzugehen und sich innerhalb der Grenzen der Frage zu halten.

Badajew: Die Regierung hat sich zwei Jahre lang so verhalten und wird es auch weiter tun und nicht an die Lage der Arbeiter an der Lena denken. Hier aber ereignete sich ein Fall, und ich war Zeuge davon, ein Fall in der Fabrik ‚Trëugolnik'. Das war am 14. März ... (*Lärm. Glocke des Vorsitzenden.*) Die Arbeiter zogen an dieser Fabrik vorbei. Eine Polizeiabteilung mit einem Offizier an der Spitze preschte heran, fiel heldenhaft über die Menge her und begann, mit den Peitschen zu schlagen und die Menge auseinanderzutreiben. Ich rannte hinzu und fragte den Offizier: (*Stimme von rechts:* So ist es recht. — *Tschcheïdse:* So ist es recht? Ja?) Aus welchem Grunde schlagen Sie auf die friedliche Menge mit Peitschen ein? (*Lärm rechts.*) Der Offizier antwortete mir:

Wir halten nur die Ordnung aufrecht. Dann riß er sein Pferd herum und ritt mit seiner Schwadron durch das Tor ... *(Lärm rechts.)* Ich dachte mir, warum sind bloß diese Polizisten samt dem Offizier solche Helden? Denn im Fernen Osten, da haben wir keine Helden gehabt.

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich entziehe Ihnen wegen dieser Äußerung das Wort. *(Beifall rechts und Zurufe:* Fort mit ihm!)"

6. Der Streik der 120 000 Arbeiter

Die Erörterung der Regierungsantwort auf unsere Interpellation wurde in der Duma in einer Sitzung nicht abgeschlossen und die Fortsetzung der Debatte auf die nächste Sitzung vertagt. Dafür gaben die Petersburger Arbeiter eine erschöpfende Antwort auf die verlogenen Regierungserklärungen. Am nächsten Tage war Petersburg Schauplatz machtvoller Demonstrationen und eines stürmisch verlaufenden Streiks, der etwa 120 000 Menschen erfaßte.

In allen Fabriken und Werken hatten unsere Parteizellen eine vorbereitende Agitation durchgeführt und die Arbeiter aufgerufen, an diesem Tag eine Massenprotestaktion zu organisieren. Natürlich waren diese Vorbereitungen der Ochrana nicht verborgen geblieben, die in den Arbeitervierteln in der Nacht zuvor Massendurchsuchungen und -verhaftungen vorgenommen hatte. Die Verhafteten wurden nachts zu Dutzenden in die Gefängnisse und Polizeireviere eingeliefert. Besondere Beachtung brachte die Ochrana den Leitern der Gewerkschaften und der Versicherungskassen, in der Mehrheit aktive Funktionäre unserer Partei, entgegen. Die Polizei war bemüht, für diesen Tag jeden „auszuschalten", der sich durch seinen Einfluß auf die Arbeiter in irgendeiner Weise „verdächtig" gemacht hatte. Obwohl es der Polizei gelungen war, viele Mitglieder unserer Parteiorganisationen wegzuschaffen, nahm die Bewegung der Arbeiter solche Ausmaße an, daß sie von der Polizei natürlich nicht aufzuhalten war.

Seit dem frühen Morgen zogen Arbeitergruppen, revolutionäre Lieder singend, durch die an die Werke angrenzenden Straßen. Es streikten sowohl riesige Betriebe als auch kleinere Fabriken und noch kleinere

Werkstätten. Wie ein schwarzer Schwarm überzogen Polizisten aller Ränge und Schattierungen die Arbeiterviertel. Ganze Schwadronen berittener Polizei und Gendarmerie patrouillierten in der Nähe der Fabriken und Werke, jeden Augenblick bereit, die Peitschen und Säbel zu schwingen. Die Stimmung der Arbeiter war jedoch so erregt, daß es der Polizei nicht leichtfiel, eine Demonstration zurückzudrängen oder auseinanderzujagen. Die Arbeiter leisteten beharrlich Widerstand und nahmen offene Kämpfe mit den Polizisten auf.

In ihrem Bericht zählte die Ochrana an diesem Tage dreizehn große Demonstrationen in verschiedenen Stadtteilen auf. Aber das waren nur die offiziell registrierten, die größten Aktionen. Man muß noch die Demonstrationen hinzurechnen, die verhältnismäßig ruhig, ohne Zusammenstöße mit der Polizei verliefen. In allen Fabriken und Werken zogen die Arbeiter, nachdem sie die Arbeit niedergelegt hatten, unter dem Gesang revolutionärer Lieder und mit roten Fahnen auf die Straße. Von solchen Demonstrationen gab es ebenso viele, wie es Betriebe in Petersburg gab. Die eindrucksvollsten Demonstrationen ereigneten sich an diesem Tag auf der Wyborger Seite.

Auf der Petersburger Seite endete der Zusammenstoß mit der Polizei mit einer Schießerei. Ein Polizist versuchte einen Arbeiter festzunehmen. Die Menge eilte diesem zu Hilfe. Der Polizist zog die Pistole und begann zu schießen, wobei er zwei Arbeiter schwer verwundete. Eine berittene Abteilung preschte herbei, die Demonstranten kamen mit ihr ins Handgemenge. Die mit Peitschen und Säbeln bewaffnete Polizei behielt natürlich über die unbewaffneten Arbeiter die Oberhand. Einige Personen wurden auf der Stelle verhaftet. Solche Zusammenstöße ereigneten sich in der ganzen Stadt. Die Streiks und die Demonstrationen wurden mit außerordentlicher Wucht durchgeführt.

Die Regierung und das vereinigte Kapital spürten in dieser Bewegung eine neue große Gefahr. Sie gingen zum Gegenangriff über und setzten ihre stärkste Waffe ein. Am 20. März wurde auf Beschluß der Gesellschaft der Fabrikanten und Werkbesitzer eine Aussperrung verhängt, von der gleich am ersten Tag rund 70 000 Arbeiter erfaßt wurden. Von der Aussperrung betroffen wurden die Arbeiter aller großen Petersburger Werke: Putilow, beide Werke Lössner, Langensiepen, „Trëu-

golnik", Parviainen, Koppel, Siemens & Halske, Pahl, Metallfabrik, Kabelwerk, Nagelwerk, „Phönix" usw. Auf Anordnung des stellvertretenden Marineministers wurde auch die Baltische Werft geschlossen. Die Schließung der Werke und Fabriken erfolgte für eine Woche, wobei den Arbeitern angekündigt wurde, daß im Falle einer Wiederholung des Streiks Massenentlassungen vorgenommen würden. Die geschlossenen Werke wurden von Polizeiabteilungen bewacht. Nachdem die Einstellung der Arbeit verkündet worden war, wiederholten sich in einigen Werken die Demonstrationen und Kundgebungen fanden statt.

Die Aussperrung ließ erkennen, daß die Unternehmer den Arbeitern offen den Krieg erklärt hatten. Die Regierung beeilte sich, in diesem Krieg den Fabrikanten zu Hilfe zu kommen, und löste, um den Widerstand der Arbeiter zu schwächen, die Metallarbeitergewerkschaft, die einer der Stäbe der Arbeiterbewegung in Petersburg war, auf. Auf Anordnung des Stadthauptmanns vom 21. März wurde die Tätigkeit der Metallarbeitergewerkschaft eingestellt, „bis zur Entscheidung des hauptstädtischen St. Petersburger Amtes für die Angelegenheiten der Vereine", das heißt solange, bis es den Petersburger Arbeitern wieder gelingen sollte, dem Zarismus das Recht auf das Bestehen ihrer Gewerkschaft zu entreißen. Die Offensive gegen die Arbeiter entfaltete sich an der ganzen Front.

Die Aussperrung, die Zehntausende von Arbeitern auf die Straße setzte, verstärkte nur noch die Erregung in den Reihen des Petersburger Proletariats. Dieser erregte Zustand versetzte sogar gewisse Kreise der Bourgeoisie in Angst und Schrecken. Nur mit dieser Angst läßt sich der von der Stadtverordnetenversammlung gefaßte Beschluß erklären, 100 000 Rubel für Arbeitslosenkantinen zu bewilligen. Bezeichnenderweise schwand die Angst der Stadtverordnetenversammlung, sobald sich die Arbeiterunruhen etwas gelegt hatten, und sie setzte ihren Beschluß außer Kraft, obwohl es in Petersburg nach wie vor sehr viele Arbeitslose gab.

Als das werktätige Petersburg von der Schließung der Fabriken erfuhr, erschienen in der Fraktion Arbeiterdelegationen von der Baltischen Werft, von der Metallfabrik, von den Putilow-Werken, vom „Tréugolnik", von der 2. Newa-Garnmanufaktur sowie von anderen

durch die Aussperrung betroffenen Belegschaften. Sie richteten sämtlich an uns die Bitte, Maßnahmen gegen die gesetzwidrige Schließung von Werken und Fabriken zu treffen, die Zehntausende von Arbeitern zu Hunger und Arbeitslosigkeit verurteilte. Selbst dort, wo die Arbeit in einer Woche wieder anlaufen sollte, wurde den Arbeitern erklärt, daß für die ausgefallenen Tage kein Lohn ausbezahlt werde.

„In der Aussperrung", so schrieben uns organisierte Arbeiter des Narwaer Stadtbezirks in einer Entschließung, „erblicken wir eine provokatorische Herausforderung der Fabrikanten und Werkbesitzer, um die Arbeiter zur entschlossenen Verteidigung ihrer Grundrechte zu zwingen. Und deshalb fördern wir alle Arbeiterdeputierten der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion auf, von der Tribüne aus eine Interpellation an den Minister für Handel und Industrie zu richten und den Arbeitern innerhalb von drei Tagen Antwort zu geben. Ferner schlagen wir den beschäftigten Arbeitern vor, die von der Aussperrung betroffenen Kameraden materiell zu unterstützen."

Neben der Einbringung der Interpellation organisierte unsere Fraktion, wie auch während der vorangegangenen Aussperrungen, eine Sammlung von Spenden für die Entlassenen. Außerdem agitierten wir in der „Prawda" und in den Gewerkschaften dafür, daß die Arbeiter der geschlossenen Fabriken die Verwaltung verklagen und von dieser die Bezahlung der ausgefallenen Tage fordern sollen. Arbeiter der Fabriken und Werke, in denen die Arbeit „bis auf weiteres" eingestellt worden war, sollten wie bei einer Entlassung die Bezahlung zweier Wochenlöhne fordern. Die „Prawda" ermahnte die Arbeiter, nur ja darauf zu achten, daß die Verwaltung ihnen ins Buch bei der Abrechnung nicht den Stempel „Keine Ansprüche mehr" setzte, was das Klagen verhindern würde.

Am 21. März fand im Narwaer Stadtbezirk eine eindrucksvolle Protestdemonstration gegen die Aussperrungen statt. An der Demonstration beteiligten sich etwa 2000 Menschen. Auf dem Narwa-Prospekt fand unter freiem Himmel eine Kundgebung statt, auf der die Redner von der Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen die Aussperrungen sprachen. Während der Demonstration wurden mehrere Personen verhaftet.

Am gleichen Tag fand in Petersburg eine andere Demonstration statt; sie zeigte, wie machtvoll der revolutionäre Aufschwung war, der die Petersburger Arbeiter angesichts der Massenvergiftungen und des neuen Angriffs der Regierung auf die Arbeiterklasse erfaßt hatte. Die Demonstration fand aus Anlaß der Beisetzung zweier Arbeiter statt, die bei einer Explosion im Kraftwerk „1886“ ums Leben gekommen waren. An der Beisetzung nahmen mehr als 3000 Arbeiter verschiedener Werke und Fabriken teil. An den Gräbern wurden viele Kränze mit roten Schleifen und revolutionären Aufschriften niedergelegt.

Unter verstärkter Aufsicht der Polizeiabteilungen legte eine vieltausendköpfige Menge die achtzehn Kilometer vom Obuchow-Krankenhaus bis zum Preobrashenski Friedhof zu Fuß zurück. Vor jedem Werk, das am Wege der Prozession gelegen war, standen Abteilungen berittener Polizei und gestatteten den Arbeitern nicht, sich dem Zug anzuschließen, und dennoch wurde die Menge immer größer, je mehr sie sich dem Friedhof näherte. Der Gesang „Unsterbliche Opfer“ wechselte mit dem Gesang revolutionärer Hymnen ab.

Bereits am Vorabend hatten mich die Arbeiter gebeten, an der Beisetzung teilzunehmen. Als die Särge in die Gräber hinuntergelassen wurden, hielt ich eine Rede.

„Aus unserer Familie der Petersburger Arbeiter“, begann ich meine Ansprache, „sind neue Opfer gerissen worden. Doch was bedeuten diese Opfer dem steinernen Herzen des Kapitals?“

Ein Polizeioffizier trat dicht an mich heran und verlangte, daß ich die Rede abbreche. Ohne ihn zu beachten, fuhr ich fort:

„Für den Arbeiter auszehrende Arbeit, gesundheitsschädigende Gase im Werk, vorzeitiger Tod, Vergiftung und letztlich Aussperrungen — das ist der Lohn für schwere, rastlose Arbeit. In der jüngsten Zeit wird die Zahl der Opfer des Kapitals immer größer. Massenvergiftungen und Explosionen ...“

Ich hatte den Satz noch nicht beendet, als berittene Polizei auf ein Zeichen des Offiziers mitten in die Menge um die Gräber preschte. Peitschen pfiffen durch die Luft. Die Menge wurde zurückgedrängt. Unter dem Gesang „Unsterbliche Opfer“ verließen die Arbeiter den Friedhof.

Einige Hundert Arbeiter kehrten mit der Eisenbahn zurück. Auf der Station Obuchowo und unterwegs ertönten immer wieder revolutionäre Lieder. Auf dem Bahnhof in Petersburg, als wir ausgestiegen waren, nahmen mich die Arbeiter demonstrativ auf die Arme und trugen mich, „Hurra" und revolutionäre Losungen rufend, zunächst in den Wartesaal I. Klasse und dann auf den Bahnhofsvorplatz. Von allen Seiten rannten aufgescheuchte Polizisten herbei, die eine neue Demonstration unmittelbar im Zentrum der Stadt befürchteten. Die Menge wurde eingekreist und zerstreut.

7. Die zweite Rede über die Vergiftungen

Während die Arbeiter ihre toten Kameraden zu Grabe trugen, wurde in der Reichsduma die Erörterung der Interpellation über die Vergiftungen fortgesetzt. Ich eilte vom Bahnhof in die Duma, um mich noch an der Debatte zu beteiligen — ich hatte mich im voraus zu Wort gemeldet. Aber auch diesmal gelang es mir nicht, meine Rede zu beenden. Genauso wie der Polizeioffizier auf dem Friedhof unterbrach Rodsjanko in der Duma meine Ausführungen und ließ mich nicht zu Ende sprechen.

„Meine Herren Mitglieder der Reichsduma!" — so begann ich, „was sich in Riga, in Petersburg am Obwodny Kanal und in einigen anderen Fabriken und Werken ereignet hat, ist kein Zufall. Um Profite zu bringen, muß das Kapital Zeit, Arbeit, Gesundheit und Leben der Arbeiter verschlingen. Und was sich in Petersburg und in Riga ereignet hat, ereignete sich lediglich mit einem Schlage und in der widerlichsten Form; das gleiche ereignete sich zuvor häufig, systematisch, aber in geringer Dosis. In Petersburg gab es in der Gummimanufaktur „Trëugolnik" täglich drei bis fünf solcher Vergiftungen. Ich sage täglich, an Kranken aber, die arbeitsunfähig wurden, gab es in dieser Fabrik täglich im Durchschnitt 75 bis 90. Dort arbeiten, meine Herren, 13 000 Arbeiter, und dennoch gibt es kein Krankenhaus.

Und nun hat uns, meine Herren, der Regierungsvertreter hier geantwortet. Aber er ließ kein Wort darüber verlauten, unter welchen

Bedingungen die Arbeiter in Petersburg und Riga in diesen Fabriken arbeiten, wo sich die Vergiftungen ereignet haben. Ich habe mich selbst davon überzeugt, daß der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in der Gummifabrik 43 Kopeken beträgt. Meine Herren, mit diesen 43 Kopeken muß man sich nicht nur selbst ernähren, man muß auch noch die Familie ernähren. Urteilen Sie selbst, meine Herren, auch wenn Sie keine Vertreter des Volkes sind, wie kann man mit 43 Kopeken in Petersburg bei der herrschenden Teuerung usw. leben, wo der Arbeiter unter gegenwärtigen Bedingungen mindestens drei Rubel erhalten müßte? Aber diese 13 000 arbeiten unter solchen Bedingungen.

Und nun, meine Herren, alle diese Vorkommnisse, von denen in der letzten Zeit alle Zeitungen voll sind — was besagen sie? Sie sagen, meine Herren, daß die Arbeiter in Rußland ganz und gar dem Kapital ausgeliefert sind, das mit ihnen umspringt, wie es ihm beliebt, und sich niemandem fügt. Es gibt gegen das Kapital kein Recht, es gibt dagegen kein Gesetz.

Es gibt zwar eine kümmerliche Arbeitsgesetzgebung, aber richten sich etwa die Herren Fabrikanten danach? Sie wissen sehr wohl, daß sie ungeschoren davonkommen, so sehr sie auch gegen die Rechte der Arbeiter verstoßen.

Wir haben auch noch eine Inspektion, die auf die Einhaltung des Gesetzes und der Betriebsvorschriften zu achten hat. Aber werden die Herren Inspektoren etwa gegen die Fabrikanten vorgehen? So etwas hat es noch nie gegeben und wird es auch nicht geben, solange die gegenwärtige Ordnung der Dinge besteht. Dafür wissen wir alle sehr wohl, daß besondere Rundschreiben an die Herren Inspektoren erlassen werden, in denen es heißt, die Inspektoren mögen bei derartigen Sünden der Herren Fabrikanten ein Auge zudrücken. (*Stimme im Zentrum:* Welche Nummer trägt denn dieses Rundschreiben?) Die ganze Innenpolitik des Ministers für innere Angelegenheiten, der Herren Inspektoren und Fabrikanten ist vom Geiste der Mißachtung des Gesetzes sowie der Interessen der Arbeiterklasse durchdrungen. Die ganze russische Macht des Zarenreiches betrachtet die Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Mob, den man mit Hilfe von Ochranaabteilungen,

Polizei, Truppen usw. unter der Fuchtel halten muß. Kann man bei einer solchen Einstellung sagen, daß auf die Arbeiterklasse Rücksicht genommen wird?

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, versuchen Sie bitte, sich näher an die Frage zu halten und nicht Allgemeinplätze aus Ihren Ansichten zu äußern, die natürlich allen bekannt sind. Ich möchte Sie bitten, sich näher an die Frage zu halten. (*Beifall links und Stimmen:* Bravo, allen bekannt? Bravo Vorsitzender! *Stimmen von rechts:* Wieso allen bekannt?)

Badajew: Und außerdem, meine Herren, haben alle diese Herrschaften, angefangen von dem kleinsten Beamten, beispielsweise dem Meister, ein und dieselbe Ausrede: Man braucht sich nur zu berufen (*Stimme von links:* Wird aber nicht von allen geteilt. *Heiterkeit. Vorsitzender:* Ich bitte, nicht zu lachen) . . . auf die Politik des Streiks. Ob Vergiftung, ob Einsturz oder Explosion — das ist alles gleich, man braucht sich nur auf den Streik und die Politik zu berufen, und alles ist in bester Ordnung. Doch in diesem Falle haben Sie, meine Herren, recht. Es gibt in Rußland Politik, es gab sie, und es wird sie geben, und Sie werden sie durch nichts ausrotten können. Und zwar, weil die Arbeiterklasse denken und sehen kann, wie ihre Not verhöhnt wird, wie ihre Forderungen mißachtet werden. Sie sieht sehr wohl, wie die Staatsmaschinerie zum Schutz des Kapitals funktioniert.

Vorsitzender: Und jetzt, Mitglied der Reichsduma Badajew, bitte ich Sie, zum Thema zurückzukehren.

Badajew: Sie haben in den letzten Sitzungen das Gesetz über die Arbeitshäuser durchgebracht. Ich möchte sagen, meine Herren: das ist so ein Arbeitshaus — die Fabrik der Gummimanufaktur ‚Treugolnik'. Sollte es einen Unterschied geben — mir ist er nicht bekannt . . . (*Stimme von links:* Der Name!) In dieser Fabrik gibt es kein Krankenhaus, aber in Ihrem Arbeitshaus wird es vielleicht ein Krankenhaus geben. Wie hoch der Verdienst in dieser Fabrik ist, habe ich Ihnen bereits gesagt: im Durchschnitt 43 Kopeken, und zwar nicht für 10, nicht für 15 und nicht für hundert Arbeiterinnen, sondern für tausend und vielleicht noch mehr. Da haben Sie es, meine Herren, ein Arbeitshaus. Für zwei Kopeken muß die Arbeiterin ein Paar Galoschen nach

allen Regeln der Kunst anfertigen, muß alles tun, was dem Meister einfällt, — für nur zwei Kopeken.

Aber meine Herren, die Arbeiter begreifen sehr wohl, wer ihre Feinde sind. Wenn die Arbeiter dieser Fabrik ‚Trëugolnik' über die Vergiftungsfälle erschrocken aus dem Tor hinausrennen und dort mit Peitschen empfangen und zurückgetrieben werden — dann ist dem Arbeiter die enge Verbindung der Polizei mit dem Kapital allzu begreiflich; während die Arbeiter keine Koalitionsfreiheit haben, während die Arbeiterpresse verfolgt wird, während sie keine Arbeiterversammlungen haben, während ihre Kameraden zu Hunderten vergiftet werden und sie nicht die Möglichkeit besitzen, über diese schrecklichen Vorkommnisse zu schreiben, kommen die Fabrikanten ungehindert zusammen und erörtern ihre gesamte Lage, setzen die Preise für Kohle, Zucker, Petroleum und Eisen herauf und geben zu gleicher Zeit ganze Projekte heraus, die vom Minister unterzeichnet werden. Die Arbeiter aber dürfen ihre Angelegenheiten nicht erörtern. Erst heute haben die Behörden die Metallarbeitergewerkschaft in Petersburg aufgelöst, von der ich Ihnen seinerzeit von dieser Tribüne aus erzählt habe. Die Gewerkschaft hatte bereits an die 15 000 Mitglieder, und die Arbeiter — ich versichere es Ihnen, meine Herren — werden es Ihnen nicht verzeihen, sie werden mit Ihnen abrechnen. *(Lärm rechts.)*

Vorsitzender: Ich bitte gefälligst, nicht zu lärmen, Sie aber, Mitglied der Reichsduma Badajew, bitte ich gefälligst, keine Drohungen an die Adresse der Herren Mitglieder der Reichsduma auszustoßen.

Badajew: Glauben Sie denn, meine Herren, daß die Arbeiter eine solche Lage dulden werden? Ich sage: sie werden es nicht dulden, daß Sie Arbeiter wie wehrloses Vieh hetzen. Die Zeiten sind vorbei, da man eine halbe Hundertschaft Kosaken in einem Werk stationieren und die Fabrikanten nach Gutdünken schalten und walten lassen konnte.

Vorsitzender: Über Kosaken braucht man nicht zu reden, sie waren nicht da.

Badajew: Die Arbeiterklasse begreift sehr wohl, daß sich alle gegen sie verschworen haben — nur gegen die Arbeiter. Es ist für die Arbeiter nicht schwer zu begreifen, daß man hier gegen die Wurzel schlagen muß, daß es nicht genügt, die Äste abzurupfen.

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich bitte Sie, zur Frage zu sprechen.

Badajew: Sie, meine Herren, sagten uns hier oft und sagen es auch jetzt, daß wir Sie bedrohen. Ich aber will Sie fragen: Warum mästen Sie sich mit unserem Arbeiterblut und -schweiß? *(Heiterkeit und Lärm rechts.)*

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich rufe Sie zur Ordnung.

Badajew: Die Arbeiterklasse ist nicht leibeigen. Sie wird sich nicht von Ihnen verhöhnen lassen ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, keiner verhöhnt in der Reichsduma die Arbeiterklasse. Ich rufe Sie abermals zur Ordnung, bitte Sie, derartige Ausdrücke nicht zu verwenden, andernfalls werde ich eine härtere Maßnahme ergreifen müssen. *(Beifall im Zentrum.)*

Badajew: ... sie wird es nicht dulden, daß ihre Kameraden zu Hunderten vergiftet werden, daß ihre Kameraden unter den Trümmern der Einstürze und Explosionen verschiedener Art begraben werden; sie weiß sehr wohl, daß sich das solange nicht ändern wird, wie die Gesetze von den gemäß dem Gesetz vom 3. Juni gewählten Herrschaften verfaßt werden; sie weiß sehr wohl, daß sich das solange nicht ändern wird, wie dieses Gesetz von den Herren Adligen und den gedungenen Bütteln, den Kosaken ausgeführt wird ... *(Lärm rechts.)*

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich entziehe Ihnen das Wort."

Die Schwarzhundertermehrheit der Duma beschloß an diesem Tage, keinen der sozialdemokratischen Deputierten sprechen zu lassen. Als nach mir einer von der Siebenergruppe die Tribüne bestieg, um gegen die niederträchtige Vergifter-Verleumdung zu protestieren, entzog ihm Rodsjanko, von der Dumamehrheit unterstützt, das Wort und schloß ihn für zwei Sitzungen aus. Darauf erhob sich in den linken Bänken ein fürchterlicher Lärm, man protestierte und klapperte mit den Pultdeckeln. Alle Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Fraktionen gaben Wortmeldungen ab zum Protest. Aber Rodsjanko ließ keinen sprechen und schloß unter dem Vorwand, daß die Zeit fortgeschritten sei, die Sitzung.

8. Purischkewitsch fordert, die Arbeiterdeputierten aufzuhängen

In der nächsten Sitzung, in der die Duma zur Abstimmung über die Interpellation schritt, wiederholte sich das gleiche Bild. Samyslowski, einer der reaktionärsten Schwarzhunderter und Pogromhelden, Führer der äußersten Rechten, der zur Begründung der Stimmabgabe sprach, wiederholte erneut die niederträchtige Verleumdung vom „Vergiftungskomitee".

„Lüge und Verleumdung! Provokateur! Verleumder!" — ertönten die Zurufe von links.

Alle Versuche Rodsjankos, Ruhe zu schaffen, blieben vergeblich. Wir protestierten weiterhin laut gegen die niederträchtigen Ausfälle Samyslowskis. Die Rechten aber klatschten ihrem Führer Beifall und stießen Drohungen gegen uns aus. Rodsjanko erteilte Purischkewitsch das Wort.

„Die Fabriken ‚Laferme', ‚Trëugolnik' und ‚Prowodnik'", erklärte Purischkewitsch, „galten sozusagen als Schwarzhunderterfabriken; die Belegschaften dieser Fabriken und Werke waren mit keinerlei Mitteln zum Streiken zu bewegen, und nun griffen die Herrschaften, die Freunde der hier Sitzenden", dabei wies Purischkewitsch auf unsere Bänke, „zu den Maßnahmen . . ."

Lärm und Zurufe: „Fort mit ihm!", „Runter von der Tribüne!" ließen ihn diesen Satz nicht vollenden.

„Da dieses Verbrechen unerhört ist und da dieses Verbrechen an den Grundlagen der Staatsordnung, an dem ruhigen Ablauf des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens rüttelt", fuhr Purischkewitsch fort, „muß man diese Herrschaften *(er wies auf uns)* nach Gesetzen der Kriegszeit aburteilen und aufhängen."

Während Rodsjanko jeden Arbeiterdeputierten auch für die geringste Schärfe stets maßregelte und ihm das Wort entzog, wurden Purischkewitsch beliebige Ausfälle von der Dumatribüne aus ermöglicht. Ohne irgendeine Zurechtweisung des Präsidiums, aber unter demonstrativem Lärm von links, nahm Purischkewitsch ruhig seinen Platz wieder ein.

Die Duma schritt zur Abstimmung. Die Ereignisse in Petersburg hatten eine so große öffentliche Bedeutung, daß nicht einmal die Schwarzhunderterduma den Mut fand, die Interpellation abzulehnen. Die Dumamehrheit hatte aber nicht die geringste Absicht, die wirkliche Ursache zu ermitteln und die wahren Schuldigen zu finden. Deshalb lehnte die Duma mit übergroßer Mehrheit unseren Vorschlag ab, eine Sonderkommission zur Klärung der Ursachen der Massenvergiftungen in den Fabriken einzusetzen. Die Interpellation wurde an die allgemeine Interpellationskommission geleitet, die ausreichende Erfahrungen besaß, die dringlichsten und eiligsten Dumainterpellationen einfrieren zu lassen.

Ein solcher Beschluß der Duma hinderte weder die Regierung noch die Unternehmer auch nur im geringsten in dem von ihnen begonnenen Kampf gegen die Arbeiterklasse. Nachdem die Fabrikanten und Werkbesitzer die Arbeiter einige Zeit ohne Arbeit gelassen hatten, hoben sie die Aussperrung auf, „filtrierten" aber bei der Neueinstellung die Belegschaft und sonderten alle „Unzuverlässigen" und „Unruhigen" aus.

Kapitel XV

Die Budgetdebatte und die Obstruktion in der Duma

1. Die Maßregelung eines Deputierten wegen einer Rede in der Duma

Die politische Lage im Lande und vor allem der jeweilige Zustand der Arbeiterbewegung prägten unweigerlich den Formen des innerhalb der Duma geführten Kampfes ihren Stempel auf. Gerade von diesem Standpunkt aus ist die Obstruktion gegenüber der Regierung im April 1914, die den Ausschluß aller Sozialdemokraten und Trudowiki aus der Duma für 15 Sitzungen zur Folge hatte, von besonderem Interesse. Was sich in der Duma ereignete, war eine direkte Widerspiegelung der Verstärkung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse.

Der revolutionäre Aufschwung spielte, wie stets in solchen Fällen, auch bei einem gewissen Linksruck der Partei der liberalen Bourgeoisie

seine Rolle. Aber die mit der Aprilobstruktion in der Reichsduma verbundenen Ereignisse zeigten noch eine andere historische Gesetzmäßigkeit im Verhalten der Liberalen. Sobald sich die Lage in der Duma verschärfte, warfen die Vertreter der liberalen Parteien jegliche Opposition unverzüglich beiseite und nahmen ihren naturgegebenen Platz in den Reihen der konterrevolutionären Dumamehrheit ein.

Der unmittelbare Anlaß zur Obstruktion war die Maßregelung eines Dumadeputierten für seine Rede von der Dumatribüne aus. In seiner Rede zum Gesetzentwurf über die Reform des Senats hatte dieser Deputierte die Vorzüge der republikanischen Ordnung erwähnt.

Auch früher schon wurden die Deputierten von der Zarenregierung zur strafrechtlichen oder administrativen Verantwortung gezogen. Doch bislang war der Anlaß für alle diese Maßregelungen nur die Tätigkeit der Deputierten außerhalb der Duma. Die Heranziehung eines Deputierten zur gerichtlichen Verantwortung wegen einer Rede in der Reichsduma geschah erstmalig. Die Zarenregierung tastete auf diese Weise die Redefreiheit der Deputierten in der Duma an, die durch das Schwarzhunderterpräsidium der Duma auch ohnehin geschmälert und eingeschränkt war. Das war wieder einmal ein Angriff der Regierung, der im Erfolgsfall rasch zur endgültigen Abrechnung mit der gesamten Dumalinken geführt hätte.

Die Maßregelung eines Deputierten beunruhigte die Kadetten und die Progressisten natürlich nicht vom Standpunkt des Schicksals der sozialdemokratischen Deputierten. Sie erblickten in diesem Ausfall der Regierung einen Anschlag auf die „konstitutionellen Garantien", an die sich die Liberalen klammerten, da sie darin die Haupterrungenschaft des „Befreiungskampfes" erblickten. Unter dem Einfluß der allgemeinen Lage im Lande wurden die Liberalen kühner. Unter den Kadetten und Liberalen begann man ganz allgemein davon zu reden, gegen den Staatshaushalt, dessen Erörterung auf der Tagesordnung der Dumatagung stand, zu stimmen. Gleichzeitig brachten die Progressisten einen Gesetzentwurf ein, wonach ein Deputierter wegen Dumareden nicht zur Rechenschaft gezogen werden dürfe.

Sobald in der Duma die Atmosphäre eines heraufziehenden Konflikts spürbar wurde, beeilte sich Rodsjanko, die eventuellen Unan-

nehmlichkeiten für die Regierung auf irgendeine Weise zu beseitigen. Er begab sich zu Goremykin, dem soeben ernannten neuen Vorsitzenden des Ministerrates, von dem er offenbar mit fertigen Instruktionen zurückkehrte. Nach entsprechenden „Verhandlungen" begann die Kommission, die den Gesetzentwurf der Progressisten behandelte, den Entwurf umzuarbeiten und ihm einige Punkte über verstärkte Maßregelung „bei Mißbrauch der Redefreiheit" einzufügen. Der gesamte Gesetzentwurf wurde auf diese Weise zunichte gemacht. Die Verstärkung der Repressalien „bei Mißbrauch der Rede", die eigens gegen die äußersten Linken gerichtet waren, sollte den ersten Teil des Gesetzes aufheben und alle Mitglieder der linken Fraktionen auf Gnade und Ungnade der Zarenregierung ausliefern. Doch die Dumaschwarzhunderter hatten keine Eile, den Gesetzentwurf über die Redefreiheit der Deputierten zur Debatte zu stellen, nicht einmal in dieser entstellten und verdrehten Form.

Die sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen nun, den Antrag einzubringen, die Tätigkeit der Duma solange einzustellen, bis der Gesetzentwurf, wonach ein Deputierter wegen Dumareden nicht zur Rechenschaft gezogen werden darf, erörtert und angenommen sei. Die Liberalen schreckten jedoch vor einer solchen Fragestellung zurück und weigerten sich, ihre Unterschriften für den Antrag zu geben. Statt dieses Vorschlages wurde ein anderer eingebracht: die Debatte über den Staatshaushalt bis zur Annahme des Gesetzentwurfes zu vertagen. Natürlich wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Die Progressisten und Kadetten meinten, daß sie ohnehin zuviel Wagemut gezeigt hätten, und beruhigten sich.

2. Die Obstruktion gegenüber Goremykin und der Ausschluß von Deputierten

Die sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen, nicht zu kapitulieren, sondern in der Duma Obstruktion zu üben mit dem Ziel, die Debatte über den Staatshaushalt zu verhindern. Vom Standpunkt des Aufschwungs der revolutionären Stimmung im Lande aus hatte eine Demonstration innerhalb der Duma selbst in diesem Augenblick eine

weitaus größere Bedeutung als ein oder sogar zwei Dutzend der schärfsten oppositionellen Reden.

Die Obstruktion wurde für die erste Budgetsitzung zur Erörterung des Staatshaushalts festgesetzt, die mit dem zweiten Jahrestag der „Prawda" zusammenfiel, der von unserer Partei als ein Festtag der Arbeiterpresse organisiert wurde. Das einträchtige Vorgehen der Petersburger Arbeiter an diesem Tag, die zahlreichen Grußbotschaften und Entschließungen, die bei der Redaktion der Zeitung eingingen, die Sammlungen für den „eisernen" Fonds der „Prawda", deren Jubiläumsnummer in einer Auflage von 130 000 Exemplaren abgesetzt wurde — das alles verlieh uns die feste Zuversicht, daß unsere Obstruktion in der Duma den Aufschwung einer neuen revolutionären Welle auslösen und die Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse des Landes finden werde.

Vor Eröffnung der Sitzung am 22. April wurde bei Rodsjanko, dem Dumavorsitzenden, im Namen der sozialdemokratischen Fraktionen und der Trudowiki abermals der Antrag gestellt, die Debatte über den Staatshaushalt von der Tagesordnung abzusetzen und solange zu vertagen, bis der Gesetzentwurf über die Redefreiheit der Deputierten Gesetzeskraft erlangt habe.

Nach Reden der Vertreter aller drei Fraktionen, die unter ständigen Zurufen und ununterbrochenem Lärm von den rechten Bänken sprechen mußten, ging die Duma an die Abstimmung. Mit übergroßer Mehrheit lehnte die Duma auch diesmal unseren Antrag ab und beschloß, unverzüglich zur Erörterung des Budgets überzugehen.

Die Tribüne bestieg der Referent der Budgetkommission, der Deputierte Rshewski. Während seiner Rede verließen die Deputierten der drei linken Fraktionen den Sitzungssaal und traten zu einer Beratung zusammen, um das weitere Vorgehen zu erörtern. Es wurde beschlossen, zu Beginn der erwarteten Rede des Finanzministers Bark in den Saal zurückzukehren und Obstruktion zu üben, indem man ihn am Sprechen hinderte.

Anstelle von Bark ergriff überraschenderweise der Vorsitzende des Ministerrates, Goremykin, persönlich das Wort. Das war die erste Rede des neuen Premierministers, der die Budgetdebatte ausnutzen wollte,

um sich gleichsam der Reichsduma vorzustellen. Der greise zaristische Würdenträger Goremykin war anstelle von Kokowzew ernannt worden, der den Schwarzhundertern zu nachgiebig und zu liberal erschien. Goremykin war die Aufgabe übertragen worden, mit der revolutionären Bewegung, die von Monat zu Monat eine immer größere Gefahr für den Zarismus wurde, energisch abzurechnen. Die von uns organisierte Obstruktion traf also noch sicherer ins Schwarze, als wir es erwartet hatten. Gegen den neuen Regierungschef gerichtet, war sie eine Demonstration gegen die Verstärkung der zaristischen Reaktion.

„Meine Herren Mitglieder der Reichsduma!" begann Goremykin.

Weiter kam er nicht. Links setzte ein ständig wachsender Lärm ein, man klapperte mit Pultdeckeln und rief: „Redefreiheit für die Deputierten!" Die Versuche des Vorsitzenden, die Obstruktion zu unterbinden, blieben vergeblich.

Daraufhin entschuldigte sich Rodsjanko bei Goremykin wegen eines solchen Empfangs und stellte den Antrag, die Sozialdemokraten und die Trudowiki, die sich an der Obstruktion beteiligt hatten, für 15 Sitzungen auszuschließen. Goremykin verließ die Tribüne und machte den Deputierten Platz, deren Ausschluß von dem Vorsitzenden beantragt worden war.

Gemäß der Dumainstruktion wurde jedem Deputierten vor der Abstimmung über seinen Ausschluß das Wort zu Erklärungen erteilt. Die Sozialdemokraten und die Trudowiki bestiegen einer nach dem andern die Tribüne und protestierten entschieden gegen die Gewaltanwendung. Die Mitglieder unserer Sechsergruppe benutzten das ihnen erteilte Wort, um der Regierung und dem Schwarzen Hundert erneut die Anklage ins Gesicht zu schleudern und daneben die Feigheit und die Ohnmacht der liberalen Opposition zu enthüllen.

In welcher Weise die Arbeiterdeputierten ihr Recht auf eine Erklärung benutzten, ersieht man aus der Rede Muranows:

„Wenn man mich jetzt auch für 15 Sitzungen ausschließt, werde ich dennoch die Redefreiheit von der Dumatribüne aus auch künftig in Ehren verteidigen und nicht etwa so, wie sie beispielsweise von den Kadetten und den Progressisten verteidigt wird. Gestern haben sie mit uns zusammen den Antrag gestellt, daß weder das Budget noch irgend-

ein Gesetzentwurf erörtert werden darf, solange der Gesetzentwurf über die Redefreiheit der Deputierten nicht angenommen ist. Heute aber stimmen sie für unseren Ausschluß, nur weil wir uns für ihn nicht so einsetzen wie sie, sondern so, wie wir es eben verstehen. Als meine Wähler mich wählten und hierher delegierten, sagten sie just, ich dürfe nicht am Gängelband unserer Regierung gehen, wie Sie das tun, sondern ich solle mich für das einsetzen, was sie als für sich notwendig ansehen. Es gefällt ihnen die republikanische Ordnung, ich muß sagen ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Muranow, bitte näher zur Sache.

Muranow: ... ich muß sagen ...

Vorsitzender: Bitte näher zur Frage.

Muranow: Gestatten Sie schon, ich bin immerhin vorläufig auf der Tribüne, ich werde von der Freiheit, die ich habe, Gebrauch machen, und ich werde fortfahren ... *(Lärm rechts.)*

Vorsitzender: Ich bitte gefälligst, den Redner nicht am Reden zu hindern. Ich bitte nicht zu lärmen.

Muranow: Sollen sie doch lärmen, vielleicht werden sie von Ihnen ebenfalls für 15 Sitzungen ausgeschlossen. Wenn nicht, ist das eine andere Sache, weil Sie das tun werden, was der Regierung genehm ist; ich indessen werde das tun, was meinen Wählern genehm ist, und ich werde die Ordnung preisen, die sie brauchen, und nicht diejenige, die jetzt besteht. Das ist eine andere Sache. Sie sind ja jetzt mit dieser Ordnung ebenfalls nicht sehr einverstanden. Beispielsweise möchten die Rechten allzugerne zurück, aber das wird ihnen nicht gelingen und wohl deshalb nicht gelingen, weil ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Muranow, ich bitte Sie, sich innerhalb der Grenzen der Frage zu halten. *(Lärm.)*

Muranow: ... weil jetzt nicht das notwendig ist, was innerhalb der Dumamauern geschieht, sondern das, was außerhalb der Dumamauern vor sich geht, und wenn Sie hier uns den Mund stopfen wollen, so haben wir eine andere Kraft, auf die wir uns stützen können und die jene Redefreiheit schaffen wird, so wie sie auch die Duma, die wir jetzt vor uns haben, geschaffen hatte. *(Beifall links.)*“

Der Ausschluß ging rasch vor sich. Längere Erklärungen brach Rodsjanko mitten im Satz ab.

Ein Teil der ausgeschlossenen Deputierten weigerte sich, den Sitzungssaal zu verlassen. In ihrem Diensteifer vor der Regierung gingen die Schwarzhunderter so weit, daß sie gegen die Deputierten, die sich nicht entfernen wollten, Militär einsetzten.

Die Prozedur der Entfernung aus dem Saal war folgende. Rodsjanko kündigte eine Pause an, in der eine Militärabteilung in den Saal geholt wurde. Die Soldaten nahmen an der Barriere Aufstellung, der Kommandeur der Wachabteilung trat an den Ausgeschlossenen heran und forderte ihn auf, sich zu entfernen. Erst danach verließ der ausgeschlossene Deputierte mit der Erklärung „Ich füge mich der Gewalt" den Saal.

Mit angespannter Aufmerksamkeit verfolgte die Duma die beispiellose Repressalie gegen Deputierte, die innerhalb der Mauern des Taurischen Palastes seit Bestehen der Reichsduma erstmalig angewandt wurde. Aus der überfüllten Ministerloge beobachtete das ganze Kabinett mit dem Premierminister an der Spitze die „vorbildliche" Arbeit Rodsjankos.

Nachdem der ausgeschlossene Deputierte abgeführt worden war, erklärte Rodsjanko, daß die Sitzung fortgesetzt werde. Nach einigen Minuten wiederholte sich die gleiche Geschichte: die Militärabteilung wurde erneut in den Saal geholt, und es spielte sich erneut die Szene der Gewaltanwendung gegenüber einem linken Deputierten ab. Als endlich alle Deputierten, die gelärmt hatten, ausgeschlossen zu sein schienen, bestieg Goremykin wiederum die Tribüne.

Doch die übriggebliebenen Mitglieder der linken Fraktionen setzten die Obstruktion fort. Der Ministerpräsident kam wiederum nicht zu Wort.

„Schließt sie alle aus", ertönten die Forderungen von rechts.

„Ich bitte um Verzeihung, Eure Exzellenz", entschuldigte sich Rodsjanko, „ich muß die Disziplinarmaßnahmen fortsetzen."

Die Repressalien gingen weiter. Eine weitere Deputiertengruppe wurde unter Anwendung von Militärgewalt für 15 Sitzungen ausgeschlossen.

Zum drittenmal bestieg Goremykin die Dumatribüne, aber auch diesmal hinderte ihn das im Saal übriggebliebene Häuflein linker Deputierter durch Lärmen und Klappern mit Pultdeckeln am Reden. Erst

nachdem auf Antrag Rodsjankos die Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der Fraktion der Trudowiki bis auf den letzten Mann ausgeschlossen worden waren, wurde es dem Vorsitzenden des Ministerrates möglich, seine Rede zu halten.

Mit kaum hörbarer Greisenstimme murmelte Goremykin einige unverständliche Sätze über gegenseitiges Verständnis, Zusammenarbeit und über „bedauerliche Vorkommnisse" in der Sitzung der Duma. Danach sprach Finanzminister Bark, und die Reichsduma, die sich von den „übelgesinnten" Linken befreit hatte, begann die Erörterung des Staatshaushalts.

Das Verhalten der Kadetten und der Progressisten während des Ausschlusses der linken Deputierten war so, wie man es von Liberalen erwarten mußte, deren wirklicher Platz in den Reihen der Konterrevolution war. Am Vorabend hatten sie lauttönende Phrasen über den Kampf für die Redefreiheit der Deputierten gesprochen, jetzt aber beteiligten sie sich nicht an der Obstruktion, ja sie stimmten sogar zu einem bedeutenden Teil für den Antrag Rodsjankos, die Sozialdemokraten und die Trudowiki auszuschließen. Zwar gab es unter ihnen auch solche, die sich der Stimme enthielten, aber gegen den Ausschluß stimmte von den Progressisten und Kadetten keiner. Mehr noch: die Kadetten verteidigten sogar in ihrer Presse die Anwendung der militärischen Gewalt, da sie, nach ihren Worten, „nicht einfach eine brutale physische Gewalt war, sie war in gewissem Sinne dadurch geadelt, daß sie auf Anweisung des Oberhaupts der Volksvertretung vorging". Durch ihr ganzes Verhalten erklommen die Kadetten den Gipfel der Liebedienerei vor der zaristischen Selbstherrschaft und dem Schwarzen Hundert.

Natürlich wurde die Frage unserer Obstruktion in der Reichsduma keinesfalls durch das Verhalten der Liberalen entschieden. Ebenso wie alle anderen Aktionen unserer Dumafraktion hingen die Stärke und die Wirksamkeit der Obstruktion von der Unterstützung ab, die uns außerhalb der Duma von den breiten Arbeitermassen zuteil wurde. Wenn sich auch der politische Kampf im Lande auf diese oder jene Weise in der Duma widerspiegelte, wurde dennoch die Frage endgültig nicht innerhalb der Mauern des Taurischen Palastes, sondern in den Fabriken und Werken sowie auf der Straße entschieden.

Wie in allen anderen Fällen ging unsere Fraktion gemeinsam mit den Parteiorganisationen daran, die Aktionen der Arbeiter im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in der Duma vorzubereiten. Über die Gewerkschaften, die Bildungsvereine und andere Arbeiterorganisationen, von denen jede einen festen bolschewistischen Kern besaß, verbreitete unsere Fraktion die Direktive, unbedingt einen Proteststreik gegen den Ausschluß der linken Deputierten aus der Duma zu organisieren.

Die aufgescheuchte Ochrana, die neue Unruhen unter den Arbeitern für unvermeidlich hielt, verstärkte die Beobachtung, indem sie alle Mitglieder unserer Fraktion mit neuen Spitzeltrupps umgab. Das Haus, in dem sich die Fraktionsräume befanden, war von allen möglichen Ochranaleuten im wahrsten Sinne des Wortes belagert. Am Abend des Tages, an dem der Ausschluß der Deputierten erfolgte, wurden sechs Arbeiter, Parteimitglieder, die gekommen waren, um die Organisierung des Streiks zu erörtern, von der Ochrana verhaftet, als sie das Haus der Fraktion verließen.

Diese Verhaftung veranlaßte die Fraktion, zu einem besonderen System der Geheimhaltung überzugehen, um nicht noch weitere Genossen der Verhaftung auszusetzen. Es wurden Maßnahmen getroffen, die Besuche von Vertretern der Parteiorganisationen bei der Fraktion einzustellen. Der gesamte Verkehr mit den Parteizellen und anderen Arbeiterorganisationen ging unter strikter Geheimhaltung vor sich. Zur Übergabe von Direktiven über die Organisierung der Aktion und zur Erörterung einiger damit verbundener Fragen benutzten die Mitglieder unserer Fraktion das Konzert in einem der Säle auf der Petersburger Seite (ein Stadtbezirk von Petersburg), wo gewöhnlich Konzerte und Vorlesungen der Arbeitervereine veranstaltet wurden. Die als gewöhnliche Konzertbesucher erschienenen Deputierten trafen sich dort mit Vertretern der Arbeiterorganisationen und gaben ihnen die notwendigen Anweisungen.

Gleich am Tag nach dem Ausschluß der linken Deputierten, in den Morgenstunden des 23. April, begannen in Petersburg die ersten Pro-

teststreiks. An diesem Tage streikten verhältnismäßig wenige, etwa viertausend Menschen, vor allem Drucker. Von den großen Betrieben streikte das Werk Langensiepen. Das waren die ersten Vorboten des am folgenden Tag ausbrechenden Massenstreiks, der etwa 150 große und kleine Betriebe erfaßte. Am 24. April streikten rund 55 000 Menschen. Und schließlich schlossen sich am dritten und vierten Tag weitere 17 000 Menschen dem Streik an. Insgesamt beteiligten sich also in Petersburg etwa 80 000 Menschen an dem Proteststreik gegen den Ausschluß der linken Deputierten aus der Duma. Der Streik griff auf Moskau über, wo über 25 000 Arbeiter streikten. In allen Fabriken und Werken waren die Streiks von Kundgebungen begleitet, auf denen Protestentschließungen angenommen wurden.

Wie auf alle vorangegangenen Streiks antworteten die Unternehmer auch auf den Proteststreik gegen den Ausschluß der linken Deputierten aus der Duma wieder mal mit der Aussperrung. Auf Beschluß der Gesellschaft der Fabrikanten und Werkbesitzer wurden 16 Großbetriebe — die Metallfabrik, die Werke Lössner, Parviainen, Nobel, Langensiepen, „Vulkan“, Siemens & Schuckert, die Newa-Schiffswerft, Westinghouse, Tilmanns und andere — am 24. April vorübergehend geschlossen. Über 25 000 Arbeiter wurden entlassen. Die Gesellschaft der Fabrikanten und Werkbesitzer, die zu Recht die „Aussperrungsgesellschaft“ genannt wurde, erwies sich somit als Waffe nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch bereits im politischen Kampf gegen die Arbeiterklasse.

In den meisten Werken wurde die Arbeit am 29. April wieder aufgenommen, in einigen Betrieben aber wurde die Aussperrung bis zum 2. Mai verlängert, um die Arbeiter auf diese Weise im voraus für den bevorstehenden Streik am 1. Mai zu bestrafen. Durch die Drohung mit Arbeitslosigkeit und Hunger versuchten die Kapitalisten die revolutionäre Bewegung des Proletariats zu brechen.

Die Schwarzhunderter waren jedoch der Meinung, daß die Aussperrungen eine zu schwache Kampfwaffe seien. Sie forderten das Kapital und die Zarenregierung auf, die Offensive gegen die Arbeiterklasse zu verstärken. „Russkoje Snamja“ (Das russische Banner), das Organ des „Bundes des russischen Volkes“, forderte mit zynischer Offenheit, die

Löhne sollten gekürzt, die Arbeiter hart angepackt und die Vertretung der Arbeiter in jeglichen Institutionen, das heißt in der Reichsduma und in den Versicherungsorganen, ein für allemal liquidiert werden.

Gegen ihren Willen mußten die Schwarzhunderter das Wachstum und die Stärke der revolutionären Bewegung unter den Arbeitern anerkennen. Für die Quelle dieses Aufschwungs hielten sie die Agitation in der Arbeiterpresse und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Deputierten.

Zu dem Streik, der durch den Ausschluß der linken Deputierten aus der Duma ausgelöst worden war, schrieb die Zeitung „Russkoje Snamja" in ihrem Leitartikel vom 26. April:

„Seit der Zeit, da man die Festigung und Entwicklung der Arbeiterpresse, die sich ganz und gar in den Händen der sozialdemokratischen Fraktion befand, unvorsichtigerweise geduldet hat, ist eine ungemein enge Verbindung zwischen den revolutionären Elementen der Reichsduma und den Arbeitern zustande gekommen. Noch vor einem Jahr fanden die Ereignisse in der Reichsduma bei den Arbeitern nicht den geringsten Widerhall: die Sozialdemokraten wurden aus den Sitzungen gejagt, ihre Freunde — flüchtige Zuchthäusler — wurden verhaftet, ihre Räume wurden durchsucht und die Arbeiter blieben ruhig. Heute aber reagieren die Arbeiter, von denen in Petersburg etwa 200 000 organisiert sind, auf jede Aktion ihrer Führer in der Duma. Im Falle irgendwelcher Unruhen unter den Arbeitern melden sich die Sozialdemokraten in der Duma unverzüglich von der Tribüne der Reichsduma aus, indem sie die Regierung tadeln und die aufgewiegelte unwissende Masse noch mehr aufhetzen.

Die Kränkungen und Reden der Sozialdemokraten werden wiederum von den Arbeitern zu Herzen genommen. Die höchst gemeine Obstruktion, die von den Sozialdemokraten gegenüber dem Vertreter der Regierung in Form eines Protestes gegen die Zügelung der Frechheit der Sozialdemokraten geübt wurde, hatte einen Streik zur Folge, der zwar ein Teilstreik war, aber immerhin imposante Ausmaße annahm. Es wäre angebracht, das zu beachten und zu überlegen, wie gefährlich für den Staat diese unmittelbare Verbindung des Kanonenfutters mit den Freunden der Unruhe ist..."

„Russkoje Snamja“ schlug vor, den Arbeitern jegliche politischen Rechte zu entziehen und die Löhne zu kürzen — da nach den Worten Dubrowinscher Pogromhelden „ein Hungriger nicht streikt, und nur Satte sich mit Meutereien befassen“ —, und kam zu folgendem Schluß:

„Erst dann werden Ruhe und Ordnung möglich und entfällt die Notwendigkeit, ganze Regimenter berittener Polizei einzusetzen, die heute zum Schutz der Ordnung vor den Arbeitern bei jedem Streich der Sozialdemokraten in der Reichsduma durch die Straßen der Hauptstadt streift.“

Das Organ des „Bundes des russischen Volkes“ erkannte, wie man sieht, durchaus richtig die Verbindung, die zwischen den Arbeiterdeputierten und den breiten Arbeitermassen bestand. Die Unterstützung unserer Aktion in der Duma durch die Arbeiter Petersburgs, Moskaus und anderer Städte war der beste Beweis für diese Verbindung.

Während die Deputierten, die sich an der Obstruktion beteiligt hatten, von allen Seiten zahlreiche Grußbotschaften und Unterstützung zusichernde Entschließungen erhielten, mußten die Kadetten gewundene Erklärungen ausdenken, um ihr Vorgehen vor den Wählern zu rechtfertigen. Der offenherzigste Vertreter des rechten Flügels der Kadettenfraktion, der Moskauer Deputierte Maklakow, gab in einer Dumarede mit Bitterkeit zu, daß er sich nach Moskau begeben mußte, um seinen Wählern zu erklären, warum er nicht gegen den Ausschluß der linken Deputierten gestimmt habe.

„Ich sehe“, sagte Maklakow, „den Beginn einer öffentlichen Erregung, die zu unserem Leidwesen, meine Herren, nicht den legalen Weg geht, an den zu glauben man aufhört, sondern an uns vorbei das russische Land zu überschwemmen beginnt.“

„Wenn es stimmt, daß die revolutionären Strömungen sich verstärken“, so wurde Maklakow von Miljukow, dem Führer der Kadetten, persönlich sekundiert, „so ist das sehr traurig.“

Die Entwicklung der Revolution um jeden Preis aufhalten — das waren Sinn und Zweck der gesamten Politik der liberalen Parteien. Und sogar in den Reden gegen die Regierung brachten sie als ihr Hauptargument vor, daß das Vorgehen der Regierung revolutionäre Kräfte auslöse und entfessele.

In dem Augenblick, da die Kadetten ebenso wie ihre nächsten Nachbarn und Verbündeten, die Progressisten, ihre Karten mit derart zynischer Offenheit aufdeckten, begannen die Liquidatoren von gemeinsamen Aktionen mit den Liberalen zu reden. In den Spalten ihrer Zeitung schrieben die Liquidatoren, das Proletariat werde nicht auf sich warten lassen, „wenn die progressiven bürgerlichen Kräfte gemeinsame Aktionen wünschen sollten". Bei der Einschätzung der entstandenen Lage versuchten die Liquidatoren, der Arbeiterklasse erneut ihr Programm der „Arbeiterkoalition" aufzuzwingen.

„Die Frage der Redefreiheit in der Duma und der Deputiertenimmunität ist in den Brennpunkt des politischen Lebens des Landes gerückt", schrieb die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta" der Liquidatoren. „Diese Frage ist eng verbunden mit den Hauptforderungen, die im August 1912 formuliert wurden" (das heißt von dem parteifeindlichen Augustblock).

Die „Prawda" widersprach entschlossen den Liquidatoren und wies darauf hin, daß der Kampf der Arbeiterklasse unter den drei alten ungeschmälerten Losungen geführt werde und geführt werden müsse. Für die Arbeiterklasse könne die Frage der Redefreiheit in der Duma unter keinen Umständen die zentrale Rolle spielen; die Vorkommnisse in der Duma seien lediglich der Anlaß, um die allgemeine Frage der Verstärkung des revolutionären Kampfes zu stellen.

„Die Liberalen waren noch gar nicht dazu gekommen, die Hände, die die Herren Rodsjanko und Purischkewitsch bei der Abrechnung mit den sozialdemokratischen und den Trudowiki-Deputierten unterstützt hatten, zu waschen, als sie von den Liquidatoren das liebenswürdige Angebot gemeinsamer Aktionen erhielten...", schrieb die „Prawda". „Gemeinsame Aktionen mit der Bourgeoisie zur *Losung des Augenblicks* erheben heißt einen gewaltigen Fehler gegen die Interessen der ganzen Bewegung begehen. Die Losung des Augenblicks besteht nicht in einem Abkommen (in gemeinsamen Aktionen) mit der Bourgeoisie, sondern in der Entwicklung der Bewegung trotz der Schwankungen und des Verrats der Bourgeoisie. Gemeinsame Aktionen mit der Bourgeoisie, um die sich die Liquidatoren bemühen, können die Duma als Schauplatz

haben; indessen muß man die Losung des Augenblicks außerhalb der Duma suchen ... Die Arbeiterklasse ist ebenfalls für ‚gemeinsame Aktionen', aber nur auf dem Boden und unter den Losungen, die sowohl von den Liberalen als auch von den Liquidatoren abgelehnt werden."[1]

Nicht minder kennzeichnend für die Menschewiki war ihre Einstellung zu der Streikbewegung der Petersburger Arbeiter, die im Zusammenhang mit dem Ausschluß der linken Deputierten aus der Duma ausgebrochen war. Auch hier blieben sie sich selbst treu. Der Schwung der Streikbewegung versetzte die Menschewiki in Schrecken. Aus Angst vor der möglichen Entfaltung großer revolutionärer Ereignisse versuchten die Menschewiki, gemäß ihrer opportunistischen Politik, die Bewegung aufzuhalten.

Eine Meldung der Ochranaabteilung gibt den Bericht über die Sitzung der menschewistischen Fraktion vom 25. April wieder, auf der in Anwesenheit Dans die Frage des Proteststreiks der Petersburger Arbeiter erörtert wurde. In der Sitzung wurde die Meinung geäußert, daß „man für die Unterstützung danken und bitten muß, den Streik bis zum 1. Mai zurückzustellen". In diesem Sinne wurde denn auch der Beschluß der Fraktion gefaßt, die es für notwendig befand, „die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie den Streik jetzt einstellen, um ihn am 1. Mai mit neuer Kraft wieder zu beginnen"[2].

Die gleiche Meldung der Ochranaabteilung enthält charakteristische Einzelheiten über die Sitzung der Siebenergruppe, die auf Schwankungen innerhalb der menschewistischen Fraktion hinweisen. Zweifellos blieb der Aufschwung des revolutionären Kampfes auch auf einzelne menschewistische Deputierte nicht ohne Wirkung. „Tschchenkeli", so teilte die Ochrana mit, „versuchte nachzuweisen, daß die Fraktion ihre alte Taktik der reinen Parlamentsarbeit aufgeben müsse: die Fraktion, die innerhalb der Duma alles Mögliche getan habe, müsse die Losung ‚Die Duma um jeden Preis erhalten' aufgeben und zu der rein revolutionären Arbeit übergehen"[3]. Dieser Standpunkt fand jedoch nicht

---

[1] „Put Prawdy" vom 29. April 1914.

[2] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 307, Bl. 259, russ.

[3] Ebenda.

die Unterstützung einzelner Mitglieder der Siebenergruppe. In einer Erwiderung an Tschchenkeli rief Tschcheïdse alle Mitglieder der Fraktion auf, sie mögen Ruhe, die gegenwärtig besonders notwendig sei, bewahren und sich bemühen, irgend etwas im legalen Rahmen zu tun.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß ein derartiges Abbremsen der Streikbewegung im Augenblick eines hohen Aufschwungs des revolutionären Kampfes einzig und allein nur Schaden bringen konnte. Der Einfluß der Menschewiki hatte jedoch zu dieser Zeit bereits so sehr nachgelassen, daß es nicht in ihren Kräften lag, die Entwicklung der revolutionären Bewegung zu verhindern. Der Proteststreik gegen den Ausschluß der linken Deputierten, der etwa 80 000 Petersburger Arbeiter erfaßte, verlief ungemein einmütig und hinterließ im Lande einen starken Eindruck.

In der Zeit, da die linken Deputierten in der Duma fehlten, hielten die Liberalen oppositionelle Reden und brachten sogar die Regierung verurteilende Formeln für den Übergang zu den nächsten Fragen ein, doch das hielt die rasche Annahme des Staatshaushaltsplans, dessen sämtliche Artikel von der Dumamehrheit unweigerlich gebilligt wurden, nicht im geringsten auf.

Das Fehlen der linken Deputierten schuf eine von der Regierung erwünschte ruhige Atmosphäre. In der Absicht, diese „Ruhe" auszunutzen, wandten sich alle Minister an Rodsjanko mit der Bitte, die Budgets ihrer Ministerien in den nächsten Sitzungen zu verabschieden. Die Presse teilte mit, daß das Amt des Synods besondere Hast an den Tag gelegt habe. „Sie werden doch aus dem Zwangsurlaub noch tollwütiger zurückkommen und um sich beißen", sagte einer der Leiter des Synods.

Vor den Deputierten der drei linken Fraktionen stand die Frage: welche Taktik soll nach der Rückkehr in die Reichsduma eingeschlagen werden? Es bestand eine Meinung, daß man die Obstruktion in den Dumasitzungen fortsetzen solle; es gab Vorschläge, ein anderes System der Obstruktion anzuwenden, nämlich die Verabschiedung des Budgets durch lange Reden aufzuhalten; schließlich wurde vorgeschlagen, den Konflikt als erledigt anzusehen und zur üblichen Dumataktik überzu-

gehen. In jedem Falle waren sich die Deputierten aller drei Fraktionen darüber einig, nach der Rückkehr in die Duma mit einer gemeinsamen Deklaration aufzutreten und alle Maßnahmen zu treffen, damit diese Deklaration verkündet werde.

Der Wortlaut der Deklaration wurde ausgearbeitet und in einer gemeinsamen Sitzung aller drei linken Fraktionen bestätigt. Obwohl der Text der Deklaration vor der Veröffentlichung sorgfältig geheimgehalten wurde, war er, wie sich später herausstellte, Rodsjanko über die Ochrana vorher bekanntgeworden. Am Tage der Rückkehr der linken Deputierten in die Duma, am 7. Mai, nahm Rodsjanko selbst auf dem Sessel des Vorsitzenden Platz mit dem festen Vorsatz, die Verlesung der Deklaration zu unterbinden.

Auch wir hatten uns vorbereitet und im voraus einige Redner gemeldet, damit die Verlesung der Deklaration, falls dem ersten damit beauftragten Deputierten das Wort entzogen würde, unverzüglich von den anderen fortgesetzt werden könne. Zwischen dem Vorsitzenden und den Rednern der linken Fraktionen entspann sich ein regelrechter Kampf. Rodsjanko ließ die Deputierten faktisch nicht länger als zwei bis drei Minuten reden. Jeder der Redner begann seine Ausführungen an der Stelle der Deklaration, wo der Vorsitzende die Rede des vorangegangenen unterbrochen hatte, und jedem entzog Rodsjanko fast bei dem ersten Satz das Wort.

So sehen beispielsweise die Ausführungen einzelner Redner im stenografischen Bericht aus:

„*Petrowski:* Wir, Sozialdemokraten und Trudowiki, haben in Erfüllung dessen, was wir für unsere Pflicht hielten, dem Lande zugerufen: ‚Die letzten Reste der Errungenschaften von 1905 sind in Gefahr!' Wir haben dem Lande zugerufen, daß es ohne die Demokratie und entgegen der Demokratie keinen wirklichen Kampf für die Befreiung des Volkes geben kann, daß es keinen erfolgreichen Kampf gegen die verbrecherischen Versuche geben kann ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Petrowski, ich bitte Sie gefälligst, sich im Rahmen der von uns behandelten Frage zu halten.

Petrowski: ... die Arbeiterklasse hat als Antwort auf die Salven an der Lena (*Stimme rechts:* Man darf nicht vorlesen) eröffnet ...

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Petrowski, ich entziehe Ihnen das Wort. *(Beifall rechts.)*"

Die Rückkehr der ausgeschlossenen Deputierten der linken Fraktionen in die Duma gestaltete sich also, nicht ohne Zutun Rodsjankos, zu einer neuen eindrucksvollen Demonstration, die im ganzen Lande Beachtung fand.

Die Aprilereignisse in der Reichsduma, die einen starken Widerhall unter den Arbeitermassen fanden, spielten eine nicht unwichtige Rolle bei der weiteren Verstärkung und Entfaltung der revolutionären Bewegung. Der Einfluß dieser Ereignisse wirkte sich unter anderem unmittelbar am 1. Mai 1914 aus, als die Aktionen der Arbeiter bedeutend größere Ausmaße annahmen als in allen vorangegangenen Jahren. Allein in Petersburg beteiligten sich an diesem Tag 250 000 Menschen an den Streiks; etwa 50 000 Arbeiter streikten in Moskau. Außerordentlichen Aufschwung erfuhren die Streiks anläßlich des 1. Mai auch in den Provinzstädten, wo die Arbeiterbewegung bislang noch schwach gewesen war.

Was damals im Lande vor sich ging, wies alle Züge der furchtgebietenden Vorbereitung der Arbeiterklasse für die Entscheidungskämpfe gegen den Zarismus auf. Als der beste Beweis für diese heranrollende höchste Welle der revolutionären Bewegung kann das Eingeständnis Purischkewitschs, des größten Hassers und Feindes der Revolution, gelten. Unter dem Eindruck der Streiks am 1. Mai gab Purischkewitsch in seiner Dumarede am 2. Mai zu:

„Uns bietet sich ein erstaunliches Bild — wir erleben Tage, die uns an die Tage von 1904 erinnern, und falls wir nicht blind sind, dann erkennen wir, falls wir die Parallele ziehen, wenn auch keine volle Identität, so doch auf jeden Fall sehr viel Gemeinsames zwischen dem, was sich jetzt tut, und dem, was sich im Jahre 1904 getan hat."

Nun waren es nicht die Arbeiterdeputierten, sondern es war Purischkewitsch selber, das Haupt des zaristischen Schwarzen Hunderts, der von der heranrückenden Wiederholung des Revolutionsjahres zu sprechen begann. Schon das allein zeigte, welche Höhe die Welle des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse erreicht hatte.

Wenn auch der Hauptteil des Budgets während des Ausschlusses der linken Deputierten bereits bestätigt worden war, kamen wir dennoch

mit der Rückkehr in die Duma gerade noch zurecht, um uns an den Budgetdebatten über einzelne Voranschläge zu beteiligen. Jede Rede zum Budget gestalteten wir zu einer Rede über das gesamte System der Regierungspolitik, den Voranschlag eines jeden Ministeriums kritisierten wir nicht nur in seinen einzelnen Teilen, sondern auch im Lichte der allgemeinen Kritik an der zaristischen Ordnung.

5. Die Rede zum Budget des Ministeriums für Volksbildung

Im Auftrage der Fraktion hielt ich am 16. Mai eine Rede zum Budget des Ministeriums für Volksbildung. Fragen der Volksbildung lenkten zu jener Zeit in verstärktem Maße die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Kasso, der neue Minister für Volksbildung, ging rigoros gegen die Universitäten vor, jagte Professoren davon, verhaftete Studenten und wies sie aus. Er schreckte nicht einmal davor zurück, Jugendliche, Schüler von Mittelschulen, wegen Teilnahme an harmlosesten Zirkeln zu verhaften, wie das mit einer Gruppe sogenannter Witmer-Schüler (Schüler des Privatgymnasiums Witmer) der Fall war. Meine Rede — zu einem bedeutenden Teil nach einem Entwurf abgefaßt, den Lenin aus Krakau geschickt hatte — sollte diese erschreckende Willkür aufdecken und gleichzeitig zeigen, wie falsch und verlogen die Maßnahmen waren, die von den Kadetten und anderen liberalen Parteien vorgeschlagen wurden.

„Meine Herren Mitglieder der Reichsduma!“ so begann ich, „in der Debatte über das Budget des Ministeriums für Volksbildung bin ich im vorigen Jahr ausführlich auf die Lage des Bildungswesens in unseren Nachbarstaaten eingegangen. Des besseren Vergleichs wegen bin ich darauf eingegangen, wie weit wir hinter unseren Nachbarn zurückgeblieben sind. Wenn es in Schweden und Dänemark Leseunkundige gibt, dann nur 1 oder 2 Prozent. Amerika gehört zwar nicht zu den führenden Ländern in der Volksbildung, aber es gibt dort 11 Prozent Analphabeten; in Österreich 50 Prozent Analphabeten, in Ungarn 39 Prozent, bei uns aber gibt es nur 27 Prozent Lesekundige. Warum besteht denn, meine Herren, ein solcher Unterschied zwischen uns und

unseren Nachbarn? Weil man, meine Herren, in Amerika und in Deutschland vor einem halben Jahrhundert die Sklavenhalter vertrieben hat, deshalb sind dort so gut wie keine Leseunkundigen mehr geblieben.

Bei diesen Einzelheiten braucht man nicht zu verweilen, weil sie den Arbeitern zu gut bekannt sind. Wir Arbeiter wissen es besser als alle, welche gewaltige Kraft die Volksbildung hat. Wir wissen es und wiegen uns nicht in der Hoffnung, daß uns die herrschenden Klassen das freiwillig geben werden; wir wissen, daß man um das Recht auf Bildung genauso wie um jedes andere Recht kämpfen, und zwar entschlossen kämpfen muß.

Das Budget des Ministeriums für Volksbildung belief sich im Jahre 1914 auf 161 629 822 Rubel, vor zehn Jahren, im Jahre 1904 machte das Budget des Ministeriums für Volksbildung nur 42 570 745 Rubel aus. Innerhalb von zehn Jahren ist das Budget für Volksbildung auf fast das Vierfache angewachsen. Wieso das? Ließ sich die Regierung etwa von der Erkenntnis durchdringen, daß die Volksbildung nützlich ist? Nein, nicht deshalb, sondern weil zwischen 1904 und 1914 das Jahr 1905 liegt, das Jahr des Erwachens der Volksmassen, das Jahr des großen Freiheitskampfes unter Führung des Proletariats, und weil dieses Jahr unsere toten bürokratischen Ämter gezwungen hat, über den toten Punkt hinwegzukommen.

Wir wollen nicht sagen, daß wir diese Erhöhung des Budgets auf 161 Millionen Rubel für einen großen Erfolg halten; wir vergessen keinen Augenblick die schändliche Tatsache, daß das ganze Budget des Ministeriums für Volksbildung nur 4 Prozent, die für die Bildung ausgegebene Summe aber nur 2¾ Prozent des Staatshaushaltsplans ausmacht; wir wollen sagen: Gäbe es nicht das Jahr 1905, gäbe es nicht den Kampf der Arbeiter, hätte es auch diese Erhöhung nicht gegeben. Das Budget des Ministeriums für Volksbildung wäre im Schneckentempo vorangekommen — eine Million, zwei, höchstens drei Millionen jährlich, wie das in der Zeit vor der Revolution der Fall war.

Die Arbeiter und Bauern haben nicht umsonst ihre Absicht bekundet, sich unter allen Umständen Wissen anzueignen. Nur die Rechten, die kein Gesetz, nicht einmal das Gesetz der historischen Entwicklung gelten lassen, bilden sich ein, daß sie den elementaren Wissensdrang des

Volkes aufhalten können, sie glauben nach wie vor, daß Famussows Methoden[1] sie retten können.

Die anderen bürgerlichen Parteien — die Oktobristen und die Kadetten — sehen klar, daß es keine Kraft gibt, die die Volksmassen in ihrem Wissensdrang aufhalten könnte; doch die Oktobristen möchten diese elementare Strömung in ein künstliches und engeres Bett zwängen; die Kadetten begreifen, daß sie ihr Ziel in einem engen Flußbett nicht erreichen werden und daß man ein breiteres braucht, das diktiere eben ‚staatsmännische Weisheit'. Nur will diese ‚staatsmännische Weisheit' nicht begreifen, daß ein neuer Frühling kommen und das Hochwasser alle diese weisen Einrichtungen und alle diese künstlichen Ufer hinwegschwemmen und einen Weg bahnen wird, den neuen, breiten Weg zum unerschöpflichen Reichtum des Volkswissens.

Alle diese Träume wohlgesinnter Parteien zerschellen an der primitiven Schwarzhunderterpolitik des Ministers, des Lieblings der Rechten, des Herrn Kasso; diese Politik wird von der Bosheit, von dem Haß jener diktiert, die Licht und Wissen fürchten. Hier gelten nicht einmal die Bedenken, daß das Wissen im Volke eine Gefahr für die bestehende Ordnung darstelle, — nein, für Herrn Kasso sind solche Argumente zu kompliziert, er ist einfach der Meinung, die Wissenschaft sei, für wen auch immer, unnütz, unnötig und schädlich. Das ganze Ideal des Ministeriums für Volksbildung ist die Finsternis, die Unwissenheit, es bemüht sich eifrig, jeden Strahl, der die Finsternis durchdringt, auszulöschen, und wird, da es seine Ohnmacht erkennt, nur noch wütender: Fort mit den Professoren, die liberal sind oder einfach nicht liebedienern wollen, es leben die Professoren, die ihm genehm sind, mit den gleichen Ansichten über die Volksbildung! Wenn schon die Universitäten durch irgendwelche unvernünftigen Menschen eingerichtet sind und man sie nicht schließen kann, so muß man diesen, wenn auch bürgerlichen Tempel der Wissenschaft in einen Tempel der vollen kulturellen Ignoranz verwandeln. Wenn die Jugend protestiert, wenn bürgerliche Schichten

---

[1] Famussow — Gestalt aus der Komödie „Verstand schafft Leiden" von Gribojedow — ist ein rücksichtsloser Verfechter der Leibeigenschaft, haßt Wissenschaft und Bildung und sagt: „... Ins Feuer werfe man die Bücher all." *Die Red.*

unzufrieden sind, — das sind wir gewöhnt. Dann muß eben die Aufsicht über die Lehrer und Schüler verstärkt, muß die Mittelschule in eine Kaserne, in ein Strafbataillon verwandelt werden.

Die jungen Kräfte können dieses Kasernenregime nicht aushalten — die Selbstmorde in der Schule sind zu einer Epidemie geworden. Was ist schon dabei! Wenn sie diese Prüfung bestehen, dann werden sie es lernen, die Wissenschaft zu verachten und die Theorie der doppelten Moral ins Leben umzusetzen; lernen sie es aber nicht, dann werden sie deportiert wie die Witmer-Schüler. Alle kennen die ‚aufklärende' Tätigkeit des Herrn Kasso zur Organisierung der außerschulischen Aufsicht: Die Sitzungen der Kommission beim Ministerium für Volksbildung zur Ausarbeitung von Regeln der außerschulischen Aufsicht; die Rundschreiben, die an die Kuratoren der Kreise verschickt werden; die Projekte, die Klassenlehrer in Spitzel zu verwandeln . . .

Überlegen Sie es doch einmal: die Angeklagten sind Kinder, sie sollten einem leid tun, denn sie treiben noch Kinderspiele; mögen sie die Ordnung bedroht haben, mögen sie verbrecherisch sein, aber stellen sie etwa eine Gefahr für die bestehende Ordnung dar, diese Kinderspiele? Was wollten sie denn? Sie wollten eine freie Schule in einem freien Lande. Was ist das schon für ein Verbrechen! Die besten Schriftsteller des russischen Landes, von denen viele im Zuchthaus oder im Militärdienst zu Tode gequält wurden, träumten davon, ihr Vaterland glücklich, frei und stolz zu sehen. Auf jeden Fall träumt ein jeder bewußte Arbeiter davon, sein Land glücklich und frei zu sehen. Die Witmer-Schüler wollten eine freie Schule, aber Herr Kasso liest offenbar nicht die pädagogische Literatur . . . (*Purischkewitsch vom Platz aus:* Was verstehst du schon von Literatur! *Lärm links und Zurufe:* Gebt ihm kaltes Wasser! Jagt ihn fort!)

Vorsitzender: Ich bitte gefälligst, nicht zu lärmen.

Badajew: Herr Kasso liest offenbar die pädagogische Literatur nicht, und für ihn scheinen die Worte der Witmer-Schüler: ‚Freie Schule in freiem Lande!' erstmalig furchtbar geklungen zu haben. (*Purischkewitsch vom Platz aus:* Allerhand! *Stimmen von links:* Beruhigt den General!) Die Schulfrage ist gegenwärtig die brennendste, die allerbrennendste Frage. An dieser Frage arbeiten nicht wenig hervorragende

Pädagogen ... Es liegt außerhalb der Macht des Herrn Kasso, sie zu deportieren.

Die ganze Schuld der Witmer-Schüler besteht darin, daß sie, ehrliche Jugendliche, es gewagt haben, ehrlich zu denken. Die Sorge um das Wohl des Landes ist nicht die Sorge der Kinder, sondern die der Jünglinge, die für ihre Überzeugungen zu sterben verstehen. Und der Herr Kasso begreift vortrefflich, daß solche Menschen schädlich sind für diese durch und durch morsche, das Licht des Wissens hassende, heuchlerische Ordnung. Wir begrüßen die verurteilten Witmer-Schüler und jene Gymnasiasten, die unserer Fraktion einen Protest mit 343 Unterschriften gegen die Verurteilung der Witmer-Schüler zugeschickt haben.

Aber, meine Herren, wenn man nach russischen Gesetzen 17- und 20jährige in die Verbannung schicken kann, so darf man nach russischen Gesetzen 9- und 10jährige Kinder nicht verbannen, die in den Dorfschulen lernen und ebenfalls davon träumen, so rasch wie möglich eine freie Schule zu erhalten. Doch wenn man das nicht tun, wenn man sie nicht verbannen darf, dann muß man sich bemühen, den freien Geist herauszuschlagen. Das können die Inspektoren der Volksschulen tun, doch nicht die Volksschullehrer, die schon längst unter Aufsicht genommen sind ... (*Stimmen von links:* Und wozu ist Purischkewitsch da?) ... die armen, verstreuten, fast als Bettler lebenden rechtlosen Lehrer sind vom Landpolizisten, vom Ortsgeistlichen, vom Semstwo-Vorsteher, von den Ochranaleuten und von freiwilligen Detektiven unter Beobachtung genommen (*Stimmen von links:* Und die Philaret-Gesellschaft?) ... Und außer diesen hausbackenen Beobachtern und Ochranaleuten werden die Volksschullehrer noch von pädagogischem Personal beaufsichtigt, das zum großen Teil aus solchen Elementen wie Steuerbeamten, Offizieren, Gymnasiallehrern usw. ausgewählt ist. Für den Unterhalt dieser Volksschulinspektoren erbittet das Ministerium für das Jahr 1914 die Bewilligung von 2 517 830 Rubel (*Stimme von rechts:* Und das gefällt dir nicht?) ... Wie verhaßt sich diese Inspektoren bei den Lehrern gemacht haben, zeigte im vergangenen Jahre der Volkskongreß.

Wir wollen nicht all das wiederholen, was auf dem Kongreß gesagt wurde, denn das haben wir wohl noch alle in Erinnerung. Es bestand

ein Projekt, die Inspektoren zum Kongreß fahren zu lassen, damit sie die unzuverlässigen Lehrer beobachteten; dann wurden einfache Polizeispitzel hingeschickt. Und dennoch erwies sich der Kongreß als ein demokratischer Kongreß, meine Herren. Um den Beweis nicht schuldig zu bleiben, will ich Ihnen einen kurzen Auszug aus zwei Entschließungen dieses Kongresses vorlesen.

Hier die erste Entschließung der nichtrussischen Sektion: ‚1. Der Unterricht in der Muttersprache ist das mächtige Hauptwerkzeug, um die Volksbildung richtig aufzuziehen. Das Vollzugskomitee des I. Allrussischen Kongresses für Fragen der Volksbildung fordert, daß in den Volksschulen der Unterricht in der Muttersprache eingeführt wird, nimmt aber gleichzeitig an, daß 2. die Einführung der Muttersprache in den Schulen nur bei einer radikalen Reorganisierung des gesamten gegenwärtigen Schulsystems auf der Grundlage der allgemeinen unentgeltlichen Schulpflicht auf Kosten des Staates möglich ist und 3. unter der Bedingung der unbedingten Übergabe der Regelung der Schulangelegenheiten in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung. Die Kommission ist der Meinung, daß eine solche Reorganisierung der gesamten Schule nur bei allseitiger Demokratisierung aller Verhältnisse des staatlichen Lebens einen Sinn hat.‘

Nun die zweite Entschließung dieser ersten Sektion. Wurden doch diese Entschließungen, meine Herren, nicht von zwei oder fünf linken Volksschullehrern angenommen, sondern vielleicht von mehr als 500 Personen. Die Sektion ist der Meinung: ‚1. Zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht ist für unser Land die einzig demokratische Schule mit unentgeltlichem Unterricht dringend notwendig: a) mit kostenloser Schulspeisung für bedürftige Kinder, b) in allen Zweigen der Volkswirtschaft wird die Anwendung der Arbeit von Kindern schulpflichtigen Alters (bis 16 Jahre) verboten, c) Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer und Gewährleistung der Freiheit des Unterrichts und der Koalitionsfreiheit. 2. Zur raschesten Durchführung der allgemeinen Schulpflicht müssen unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte des Landes folgende Bedingungen verwirklicht werden: a) Aufhebung der administrativen Bevormundung der Schule und der Lehrerschaft, breiteste Teilnahme der Bevölkerung und der Lehrer-

schaft an der Leitung des Volksbildungswesens, b) das Recht der Bevölkerung, in weltlichen Schulen in der Muttersprache Bildung zu erhalten, c) Demokratisierung der örtlichen Selbstverwaltungsorgane und der gesamten Ordnung des Landes.'

Meine Herren, Sie ziehen uns zur Verantwortung, wenn wir hier von der Republik sprechen, aber da sind aus dem Schoße des russischen Landes die Volksschullehrer erstmalig zum ersten Kongreß gekommen, und schon fordern sie die demokratische Republik.

Vorsitzender: Bitte nicht darauf einzugehen.

Badajew: Außerdem haben Sie, meine Herren, sicherlich die Bewegung der Arbeiter verfolgt. Gegenwärtig sind mehr Arbeiter ausgewiesen als in den Jahren der Revolution. Sie verstehen sehr wohl, daß das Land nur auf diese Ordnung zugeht. Denn diese Lehrer, meine Herren, erhalten elende Groschen, leben in fast unbewohnbaren, ungeheizten Hütten zusammen mit dem Vieh, das die Bauern im Winter ins Haus nehmen. Wir haben kein Geld, um ehrliche Arbeiter zu bezahlen, aber für allerlei Abenteuer, für Almosen an Zuckerfabrikanten haben wir Geld in Hülle und Fülle.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß Herr Kasso dadurch, daß er dem Lehrerkongreß fernblieb, seine Verachtung der Volksschullehrer und ihrer Autorität unterstrichen hat. Dafür nahm er die Ergebnisse der Beobachtung der Lehrer durch den „Herrn in Zivil" zur Kenntnis und als Anleitung. Doch, meine Herren, von Herrn Kasso hat wohl niemand mehr erwartet.

Es wäre sonderbar, hier über die gegenwärtige Lage der Dinge zu sprechen: dort wurde eine Bibliothek geschlossen, dort ein Rundschreiben erlassen usw. Hier wird ein ganzes System verwirklicht, und im vergangenen Jahr erzählte der bessarabische Deputierte Purischkewitsch, das Agrarprogramm der Ansiedlung in Einzelgehöften sei ein ganzes System, um jeden Bauern abzusondern, und er werde dort keine Zeit haben, sich mit Lesen und mit Politik zu befassen, sondern er werde in dem Boden wühlen; wir aber — der Adel — werden so leben, wie es dem Adel gebührt.

Nein, meine Herren, das kann man nicht hinnehmen; die Bauern und die Arbeiter begreifen vortrefflich, was sie zu tun haben. Wir

bauen nicht auf irgendwelche Worte, die hier ertönten, wonach alle das Land retten müssen. Wir retten schon so viele Jahre und reden schon so lange, und es kommt nichts dabei heraus. *(Lachen rechts.)* Wir glauben nicht an irgendeine Empfindlichkeit Ihres Gewissens noch an das Ihnen eigene eigensüchtige Gefühl der nüchternen, praktischen Berechnung. Wir glauben an die unerschöpfliche Kraft und Macht der wachsenden Arbeiterbewegung, die Sie alle besiegen kann. (*Stimmen von rechts:* Bravo!) Wir haben, meine Herren, die Frage der außerschulischen Bildung, die Bildungsvereine usw. bereits in unsere Hände genommen, und wir werden es verstehen, auch das Schulwesen zu nehmen, es den Händen des Herrn Kasso zu entreißen und in die Hände des Volkes zu übergeben. (*Beifall links. Purischkewitsch:* Hast alles genommen, hast auch nichts vergessen?)"

Diese Rede wurde ebenso wie die Reden der übrigen Mitglieder unserer Fraktion zum Budget später in der „Prawda" (die damals unter dem Titel „Trudowaja Prawda" erschien) abgedruckt und diente als neues Agitationsmaterial, mit dem sich unsere Partei in diesem Augenblick des wachsenden Aufschwungs der revolutionären Bewegung an die Arbeiterklasse wandte.

6. Die Rede über die Lage der Arbeiterklasse bei der Debatte über das Budget des Ministeriums für Industrie

Am 24. Mai 1914 sprach ich im Auftrag der Fraktion auch in der Budgetdebatte über die Lage der Arbeiterklasse Rußlands und über die Politik des Ministeriums für Industrie.

„Das Ministerium für Handel und Industrie", so sagte ich, „müßte seinen Aufgaben nach den Arbeitermassen näherstehen als alle anderen Ministerien, doch wer von Ihnen, meine Herren, zweifelt daran, welches Ministerium den Arbeitern am nächsten steht und sich am eingehendsten mit den Arbeitern befaßt! Das ist das Ministerium für innere Angelegenheiten, das ist das Ministerium für Polizei; und wenn das Ministerium für Handel und Industrie mit den Arbeitermassen in Berührung kommen muß, stellt es das bloße Werkzeug des Polizeiamtes dar. Man

muß die Wahrheit sagen: Der Minister für Handel und Industrie hat im März eine Erklärung über die Erschießung der Lena-Arbeiter abgegeben, und damals hat er zugegeben, daß die Lage an der Lena, sowohl die wirtschaftliche als auch die Wohnungslage, tatsächlich schwer ist. Aber das, meine Herren, zeugt noch nicht davon, daß der Minister für Handel und Industrie den Arbeitermassen nahesteht; er gab der Goldkompanie Ratschläge, er schlug ihr vor, die Lage der Arbeiter an der Lena zu verbessern, aber der Minister sagte später: ‚Mein Ratschlag blieb ein Ratschlag, ich kann sie nicht mit Gewalt zwingen, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen und die Wohnungsverhältnisse zu verbessern.' Aber als man, meine Herren, die Arbeiter an der Lena erschoß, da fragte man den Minister für Handel nicht, sondern erschoß auch die am Boden Liegenden, in den Rücken und gruppenweise.

Noch aus einem weiteren Grunde steht das Ministerium für innere Angelegenheiten den Arbeitern näher: wer siedelt denn die Arbeiter wegen Streiks aus Petersburg aus, wer belegt sie mit Geldstrafen, wer wirft sie in die Gefängnisse? Das Ministerium für innere Angelegenheiten. Sehen Sie sich, meine Herren, staatliche Betriebe an, die von Polizisten verschiedener Dienstgrade umgeben sind: während der Gendarm in einem staatlichen Betrieb 45 Rubel erhält, erhalten der Schlosser und der Dreher nur 35 bis 40 Rubel. Und wenn der Herr Minister für Handel und Industrie hier gesagt hat, daß in der Arbeitsgesetzgebung einiges getan sei, so hat er nicht gesagt, was eigentlich getan wurde, und damit war die Sache zu Ende.

Was auf diesem Gebiet getan wurde, weiß ich natürlich nicht. Vielleicht wurde ein Gesetz über die Bekämpfung der Streiks ausgearbeitet; aber wir sehen, meine Herren, daß die Polizisten sämtlich versorgt sind. Jeder von uns kann sich davon überzeugen, daß ein Polizist, falls ein Arbeiter ihm die Mütze vom Kopf schlägt, eine Pension und eine Belohnung erhält; wenn aber ein Arbeiter in der Fabrik oder im Werk von der Maschine verkrüppelt wird, so muß er klagen, muß prozessieren, um kümmerliche Groschen zu erhalten ... *(Lärm.)*

Vorsitzender: Meine Herren, ich bitte Sie ergebenst, leiser zu reden: Dem Redner fällt es schwer zu sprechen und mich zu hören.

Badajew: Und nun beachten Sie, meine Herren, ist im vergangenen Jahr im Sinne der Arbeitsgesetzgebung auch nur das geringste getan worden? Nicht das geringste. Indessen aber werden der Arbeiter immer mehr, die Macht der Gutsbesitzer und die Polizei ruinieren das Dorf, und die verarmten Bauern, die junge Generation, ziehen in die Stadt auf der Suche nach Verdienst.

Ist vom Ministerium für Handel und Industrie für diese Arbeiter auch nur das geringste getan worden? In Rußland zählt man rund 20 Millionen Arbeiter. Hat das Ministerium für Handel und Industrie menschlichere Bedingungen für sie geschaffen? In Rußland verdient der Arbeiter 210 bis 225 Rubel jährlich, wenn man den Durchschnitt für die städtischen wie auch die ländlichen Arbeiter nimmt; in Amerika 1000 Rubel und mehr und in Deutschland das Anderthalbfache und Doppelte von dem, was in Rußland verdient wird.

Sie sehen, meine Herren, daß die Lage der Arbeiter in Rußland schwer, ja unerträglich ist. Diese mörderischen Existenzbedingungen der Arbeiter haben sich gerade in diesem Jahr in all ihrer Widerlichkeit offenbart: Die Unfälle mehrten sich von Tag zu Tag, die Arbeiter wurden getötet, verkrüppelt, verletzt, und zwar nur deshalb, weil die sanitäre und hygienische Aufsicht über die Fabriken und Werke völlig fehlt. Meine Herren, Sie haben das aus unseren Interpellationen sowohl während dieses als auch während des vergangenen Jahres ersehen, Sie erinnern sich noch an die Interpellation über die Explosion in der Pulverfabrik, das zwar nicht dem Ministerium für Handel untersteht, doch man darf sie trotzdem nicht unerwähnt lassen; dabei kamen Dutzende von Arbeitern durch die Explosion ums Leben, und damals erachtete die Duma die Erklärungen des Kriegsministers als unbefriedigend. Und glauben Sie wohl, meine Herren, die Zustände in diesem Werk seien besser geworden? Nein! Dieser großen Explosion sind kleine Explosionen gefolgt; die Arbeiter haben nur kümmerliche Groschen erhalten, und das ist auch heute noch der Fall.

Ich muß eine ganze Reihe von Beispielen für solche Explosionen anführen: Sie erinnern sich an die Explosion im Werk Parviainen, die ebenfalls einige Menschenopfer forderte. Warum hat sich das ereignet? Eben darum, weil der hochgeschleuderte Deckel mit ganz schwachen

Bolzen festgemacht war, diese Bolzen hatten sich im Laufe von Jahren abgenutzt, und keiner hat sie überprüft. Das gleiche ereignete sich auch im Nagelwerk. Die Explosion forderte einige Dutzend Opfer. In den Ishora-Werken in Kolpino das gleiche: Die Explosion ereignete sich lediglich deshalb, weil der Meister darauf aus war, mehr zu erzeugen, mehr Stücke zu gießen, um zum Weihnachtsfest eine größere Gratifikation zu erhalten, das Ergebnis aber war, daß einige Arbeiter ums Leben kamen. Vor kurzem ereignete sich genau die gleiche Explosion bei der ‚Elektrizitätsgesellschaft 1886' und vieles andere. Ich führe Ihnen, meine Herren ... *(Lärm.)*

Vorsitzender: Meine Herren, ich bitte Sie ergebenst, leiser zu sein. Sie stören den Redner.

Badajew: ... ich führe nur die größeren Fälle an, die mit einem Schlag den Tod von Dutzenden von Arbeitern zur Folge hatten. Aber sehen Sie sich die Chronik der Arbeiterzeitungen an: Sie sehen dort jeden Tag den Mord des Kapitals an Arbeitern. Und erst vor wenigen Monaten kam es, nicht irgendwo in einem Krähwinkel, sondern hier in Petersburg, gleich unter der Nase des Ministeriums für Industrie zu Massenvergiftungen. Soeben sprach der Minister für Handel und Industrie davon, daß die Streiks die Folge einer ungesunden Agitation seien. Da ist sie, die Agitation, Herr Minister, in einem ungesunden Lande. Das ist die unmittelbare Folge der politischen und ökonomischen Bedingungen der Arbeiter in Rußland unter der Fürsorge des Ministeriums für Handel und Industrie. Sollte es den Arbeitern nicht klarsein, was eine Ministerialinspektion wert ist, die solche Unglücksfälle nicht nur nicht verhindern kann, sondern auch, wenn es unter den Arbeitern Opfer gibt, keine Untersuchung zu führen vermag, zu führen wünscht, die keinerlei Maßnahmen gegen diese Gesetzesverstöße ergreifen will?

Denn nur dann, wenn die Arbeiter das Ministerium und seine Beamten mit der Peitsche der politischen und wirtschaftlichen Streiks zu schlagen beginnen, nur dann gibt es einige Lebenszeichen von sich. Aber worin äußern sich diese Lebenszeichen, meine Herren? In schönen Worten, in Versprechungen, die nie gehalten werden, und dann wird stets die Polizei herbeigeholt, die sich unverzüglich dem Fabrikanten

zur Verfügung stellt. So war es bei den Massenvergiftungen in der Gummifabrik ‚Trëugolnik'. Meine Herren, ich war Zeuge davon, daß die Arbeiter, als sie die Fabrik verließen, von einer Polizeischwadron überfallen wurden, die mit Peitschen auf sie einzuschlagen begann. Man mußte sich wundern, wie ‚heroisch' die Polizisten gegen Arbeiter vorgingen, die friedlich die Fabrik verließen. Und nur zwei Tage später konnte man sich davon überzeugen, daß ein ordenstrotzender General aus der Suite seiner Majestät, der St. Petersburger Stadthauptmann, gehorsamster Diener der Regierung und des Kapitals, diese Polizisten, die mit Peitschen gegen die Arbeiter vorgingen, belohnte, und zwar nicht aus eigener Tasche, sondern aus der Tasche des Volkes. Die gleiche Politik wird gegen die Arbeiter überall in der Arbeiterbewegung betrieben.

In Wirklichkeit ist das Ministerium für Industrie ein Ministerium allein der Industriellen. Jede Vereinigung der Kapitalisten findet in ihm Unterstützung und Förderung. Die Räuber, die in die Tasche des Volkes hineingreifen, die dem Volk Zölle und Abgaben auferlegen, all diese Truste, Syndikate und Kongreßräte — sie finden samt und sonders in der Kanzlei des Ministeriums eine helfende Hand. Und wie ist ihre Einstellung zu der Vereinigung der Arbeiter? Die Arbeiter Petersburgs und ganz Rußlands werden nie vergessen, wie der Metallarbeiterverband in Petersburg mit 12 000 organisierten Arbeitern geschlossen wurde. Als die vereinigten Industriellen mit der Verwaltung der staatlichen Werke an der Spitze, das heißt mit der vereinigten Regierung, über die Arbeiter die Aussperrung verhängten, wurde den Arbeitern damit ein Dolchstoß in den Rücken versetzt, und die Arbeiter haben sich das sehr gut eingeprägt. Durch diese Aussperrung wurde für sie erneut die enge Verbindung zwischen dem politischen und dem wirtschaftlichen Kampf unterstrichen, über die der Herr Minister für Handel und Industrie hier soeben gesprochen hat. Das war ein Doppelschlag, der den Arbeitern von seiten des Kapitals und der Staatsmacht versetzt wurde. Wo war damals der Herr Minister, so fragen wir ihn? Er war, meine Herren, natürlich bei den Industriellen und der Polizei und half, die Arbeiter abzuwürgen.

Vorsitzender: Mitglied der Reichsduma Badajew, ich rufe Sie zur Ordnung.

Badajew: Denn, meine Herren, wir verstehen den Kampf der Fabrikanten. Das ist ein harter Kampf gegen die Arbeiter mit Hilfe von Aussperrungen. Der Herr Minister für Handel und Industrie und alle Minister bieten den Fabrikanten die volle Möglichkeit, gegen die Arbeiter zu kämpfen. Wir hätten nichts dagegen, aber gebt auch uns Arbeitern die volle Freiheit der Streiks und der Organisationen, und dann werden wir schon sehen, wer von uns stärker ist. Den Fabrikanten bietet man die volle Möglichkeit und der Minister persönlich hilft ihnen, die Arbeiter aber werden aus Petersburg ausgewiesen — natürlich haben die Arbeiter nicht die Möglichkeit, für ihre Existenz zu kämpfen und den Fabrikanten eine Abfuhr zu erteilen.

Im vergangenen Jahre wurde in der Debatte über den Staatshaushaltsplan und über eben dieses Budget von den rechten Bänken gerufen: ‚Es darf keine Arbeitervereinigungen geben!' Und siehe da, meine Herren, der Minister für Handel und Industrie folgte der Weisung der Schwarzhunderter, und in diesem Jahr nahmen die Verfolgungen der Gewerkschaften ein beispielloses Ausmaß an; jeder Tag brachte eine Meldung nach der andern, daß bald hier, bald dort Verbände aufgelöst worden seien: der Metallarbeiterverband in Petersburg wurde aufgelöst, der Metallarbeiterverband in Riga wurde aufgelöst, und zuvor waren bereits der Verband in Moskau und noch früher die Verbände in Lodz, Baku, im Ural und im Donezbecken aufgelöst worden — offenbar war die Organisiertheit fortgeschrittener Metallarbeiter den Machthabern ein Dorn im Auge.

Seinen Hauptfeind erblickt der Minister für Handel und Industrie ebenso wie Sie, die Vertreter des Regimes vom 3. Juni, in den Streiks der Arbeiter. Doch der Streik, meine Herren, ist etwas, was sich durch nichts aus dem Leben streichen läßt — weder durch Gerichte noch durch Ausweisungen, noch durch Kosaken. Und nun sehen wir, wie sich das Ministerium für Handel und Industrie mit dem Polizeidepartement, wo Asef[1] und seinesgleichen aufgepäppelt wurden und werden, vereinigt, um Methoden des Kampfes gegen den Streik ausfindig zu machen.

---

[1] Mitglied des ZK der Partei der Sozialrevolutionäre, langjähriger Agent des Polizeidepartements, wurde 1908 entlarvt und flüchtete ins Ausland. *Die Red.*

Denn die ganze Tätigkeit unserer Regierung läuft nur auf den Kampf gegen den Streik der Arbeiter hinaus. Unsere Fabrikinspektion macht sich über die Forderungen des Lebens lustig. Tausende kommen täglich durch Betriebsunfälle, durch Massenvergiftungen ums Leben, aber der Herr Minister für Handel und Industrie hat keine Zeit, sich mit dieser Frage zu befassen. Er ist beschäftigt, meine Herren, sehr beschäftigt: er hält Beratungen mit den Polizeibehörden ab, wie man Streiks unterbindet. Glauben Sie etwa, daß das Volk einem solchen Minister auch nur eine Kopeke geben will? Ich werde hier frei heraus sagen: verfolgt nur die Gewerkschaften, stellt Streikende vors Gericht, weist Krankenkassenmitglieder aus — daraus wird euch kein Nutzen erwachsen.

Hier schreit man heute wie im vergangenen Jahr, daß es keine Gewerkschaften geben darf. Ich aber sage: es wird sie geben. Hier wurde gesagt: es darf keine Streiks geben. Der Herr Minister hat soeben davon gesprochen, daß man ein anderes Gesetz über die Bekämpfung der Streiks durchbringen muß, und daß es dann keine Streiks geben wird. Ich aber sage, daß es Streiks gegeben hat und daß sie ständig wachsen werden und daß nur sie allein die Arbeiter von der endgültigen Versklavung durch das Kapital retten. Das Leben bestätigt täglich unsere Losung. Wir kämpfen seit langem für eine gewählte Arbeitsinspektion, wir kämpfen auch seit langem für die volle Freiheit der Arbeiterorganisationen, erst jetzt haben diese Massenvergiftungen, diese Verfolgungen der Arbeiterverbände ... *(Lärm.)*

Vorsitzender: Ich bitte, mit den Gesprächen aufzuhören.

Badajew: ... diese Losung Hunderttausenden Proletariern verständlich gemacht. Meine Herren, wir wundern uns nicht, daß die Regierung die Arbeiter des Obuchow-Werkes auf die Anklagebank gesetzt hat, — und das, meine Herren, in Petersburg; sehen Sie sich aber einmal an, was in der Provinz geschieht. Während man in Petersburg die Arbeiter zu zwei Monaten verurteilt hat, hat man in Krementschug, in Nikolajew und im Ural über den gleichen Fall verhandelt, aber eine dreimal so hohe Strafe festgesetzt.

Wir verstehen es, meine Herren, wenn die Regierung mit allen Mitteln gegen die Streikenden kämpft, aber dafür haben die Petersburger

Arbeiter die Sache der Obuchow-Arbeiter zu ihrer eigenen gemacht und deren ungesetzliche Bestrafung mit einem Streik beantwortet, an dem sich über 100 000 Menschen beteiligten. Denn den Obuchow-Arbeitern wurde zur Last gelegt, sie würden den Schutz der Staatsordnung gefährden. Doch urteilen Sie selbst — diese Obuchow-Arbeiter haben ja die Wasserleitung im Obuchow-Werk repariert —, was kann es da für eine Gefährdung der Staatsordnung geben?

Ich muß, meine Herren, noch sagen: der Arbeiter geht von diesen Teilforderungen zu allgemeineren Losungen über; er hat bereits begriffen, daß es aussichtslos und unsinnig wäre, von oben zu erwarten, unser Rock würde nach und nach geflickt werden; er hat begriffen, was der Haupthebel im Staatsmechanismus ist, und er setzt nur darauf seine Hoffnungen; er erwartet von der gegenwärtigen Regierung weder Freiheit der Streiks noch Freiheit der Organisationen, noch einen Rückgang der Betriebsunfälle.

Alsdann, meine Herren, muß ich dem Herrn Minister sagen: Ihm war die Auslegung der Redner unklar, die vor mir über die Arbeiterversicherung gesprochen haben; ich will mich bemühen, dem Herrn Minister für Handel und Industrie eine Erklärung zu geben. Sie wissen doch, meine Herren, daß bei uns schon seit zwei Jahren das Gesetz über die Versicherung in Kraft ist, doch von den Kassen sind weniger als 50 Prozent eröffnet worden. Unsere tönernen Bismarcks kämpfen gegen die Arbeiterbewegung und weisen die Krankenkassenmitglieder aus, doch das ist dem Minister für Handel und Industrie bekannt: Aus Petersburg wurden zwei Kandidaten des Versicherungsrats ausgewiesen. Ich werde, meine Herren, einen sehr interessanten Auszug aus ‚Nowoje Wremja' vorlesen: ‚Gewiß wird niemand Bismarck der Sympathien für den Sozialismus verdächtigen. Indessen war es gerade dieser eiserne Fürst, der den Gesetzentwurf über die staatliche Versicherung, über die Versorgung der Arbeiter in verschiedenen Situationen ihres Lebens verfaßte. Es war offensichtlich nicht die Sentimentalität, die ihn veranlaßte, Maßnahmen zugunsten der Arbeitermassen vorzuschlagen. In diesem Falle ließ er sich sowohl von der Staatsraison als auch von der Fähigkeit leiten, über den heutigen Tag hinaus vorauszuschauen. Man kann doch nicht allen Ernstes behaupten, daß Dornen und Skor-

pione allein genügen, um die Massen zu beruhigen. Als in Rußland die Volksmassen in Bewegung gerieten, erschallte der Appell, die dringlichen Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu befriedigen.

Wie ist nun der Stand der Versicherung von Arbeitern gegen Unglücksfälle? Während in England alle Arbeiter gegen Krankheit, Invalidität und Alter und 18 Prozent gegen Arbeitslosigkeit versichert sind und die Verantwortlichkeit der Unternehmer für die Unfälle der Arbeiter besteht, während in Deutschland alle Arbeiter gegen Unfälle sowie 95 Prozent der Arbeiter gegen Invalidität und Alter versichert sind, gibt es in Rußland von allen aufgezählten Arten der Versicherung nur eine Versorgung für den Fall von Betriebsunfällen und Krankheiten, aber sie erfaßt insgesamt nur 20 Prozent aller Arbeiter. Für die Versicherung der Arbeiter werden in Deutschland 565 Millionen Rubel, in England 420 Millionen, in Rußland dagegen nur 60 Millionen aufgewandt. Pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet ergibt das in Deutschland 8 Rubel 70 Kopeken, in England 9 Rubel 30 Kopeken und in Rußland nur 36 Kopeken. Bei einer solchen Sachlage belaufen sich die Beihilfen in Deutschland im Krankheitsfalle auf 50 bis 70 Prozent des Tageslohns bei einem Durchschnittsverdienst von 2 Rubel pro Tag; in Rußland werden bei einem Durchschnittsverdienst von 1 Rubel 25 höchstens bis 67 Prozent ausgezahlt. Für ärztliche Hilfe werden in Rußland jährlich nur neun Millionen Rubel aufgewandt, in Deutschland wird dafür das Elffache und in England das Sechsfache ausgegeben. Bei der Versicherung macht der Arbeiteranteil in Rußland 60 Prozent der Gesamtbeiträge aus; in England brauchen die Arbeiter nicht mehr als 44 Prozent zu zahlen, wobei die Arbeiter, die weniger als 75 Kopeken erhalten, nichts in die Versicherungskassen zu zahlen brauchen.

Wir haben die interessanten Angaben der herausgegebenen Berichte bei weitem nicht ausgeschöpft, aber auch das Gesagte vermittelt eine Vorstellung davon, wie weit wir in der Sorge für die Arbeitermassen hinter unseren Nachbarn im Auslande zurückgeblieben sind. Es wäre auch für uns an der Zeit, auf dem vorstehend erwähnten Weg voranzukommen und die Hinweise des Versuchs auszuwerten, der in Deutschland in breitem Maßstab angestellt worden ist.' Das schrieb ,Nowoje Wremja', die Zeitung der Oktobristen und Schwarzhunderter.

Ich muß Sie, meine Herren, noch auf die soeben erschienenen Diagramme hinweisen, die vom Arbeitsmuseum in Petersburg herausgegeben worden sind. Das ist höchst interessant. In Rußland sind 20 Prozent der Arbeiter gegen Krankheiten versichert, in Deutschland sind alle Arbeiter versichert, in England ebenfalls. Gegen Unfälle versichert sind in Rußland 20 Prozent der Arbeiter, in Deutschland alle Arbeiter, in England gibt es keine Unfallversicherung, aber es gibt die Verantwortlichkeit eines jeden Unternehmers. Gegen Invalidität versichert ist in Rußland keiner, in Deutschland sind es 95 Prozent der Arbeiter, in England alle Arbeiter. Altersversicherung gibt es in Rußland überhaupt nicht, in Deutschland erfaßt sie 25 Prozent der Arbeiter, in England die ganze Bevölkerung. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit: in Rußland — keiner, in Deutschland nur die Arbeiter einiger Städte, in England — 18 Prozent der Arbeiter. (*Stimmen:* Genug!)

Vorsitzender: Meine Herren, ich bitte Sie ergebenst, die Gespräche zu unterlassen.

Badajew: Meine Herren, ich muß noch anführen, daß in Rußland die Fabrikanten für die Versicherung 40 Prozent, die Arbeiter aber 60 Prozent zahlen; in England dagegen zahlt die Regierung für die Arbeiter, die einen Lohn bis 1 Rubel 20 Kopeken erhalten, 22 Prozent, die Fabrikanten 33 Prozent, die Arbeiter zahlen 45 Prozent; für die Arbeiter, die einen Lohn von 1 Rubel 20 Kopeken bis 1 Rubel erhalten, zahlen die Regierung 22 Prozent, die Fabrikanten 45 Prozent und die Arbeiter 33 Prozent; für Arbeiter, die 1 Rubel bis 70 Kopeken erhalten, zahlen die Regierung 33 Prozent, die Fabrikanten 56 Prozent und die Arbeiter 11 Prozent; die Arbeiter aber, die weniger als 70 Kopeken erhalten, zahlen nichts, die Regierung 33 Prozent und die Fabrikanten 67 Prozent.

Sie sehen also, meine Herren, Sie können sich anhand Ihrer eigenen Zeitung davon überzeugen, daß die tobenden Wogen des Volkes Veranlassung waren, über die Arbeiterfrage nachzudenken; Sie können sich anhand der gleichen Zeitung davon überzeugen, daß diese Wogen offenbar noch nicht hoch genug geschlagen sind und daß über die Arbeiterfrage noch zu wenig nachgedacht worden ist. Denn Sie wissen doch, meine Herren, daß die Versicherung der Arbeiter von der Arbeiterbewegung 1905 erkämpft wurde, aber wir wissen, daß das Jahr

1905 ein halber Sieg des Volkes war: was das Volk im Jahre 1905 erkämpfte, verstand es nicht, sich zu sichern, ebenso wie es nicht dazu kam, die Macht den Gutsbesitzern zu entreißen. Ebendeshalb erwies sich die Versicherung der Arbeiter bei uns nicht als Versicherung, sondern nur als Vorschuß auf eine Versicherung. Ich denke bloß, daß die Arbeiter in Rußland nicht noch einmal den Fehler von 1905 begehen werden und daß sie, um die gleichen Bedingungen wie in England, Frankreich und Deutschland zu haben, diesmal dem Beispiel von ‚Nowoje Wremja' folgen und die Woge höher schlagen lassen werden, und dann werden Sie, meine Herren, nicht länger die Gesetze für das Volk schreiben, sondern das Volk für Sie.

Und wie ist die Lage der Handelsgehilfen in Rußland? Im Staatsrat schilderte Graf Bobrinski ausführlich, daß es den Handelsgehilfen bei uns in Rußland noch gut gehe, na, und Durnowo sagte, wir brauchen keine Gesetze für Handelsgehilfen durchzubringen, solange im Lande darüber noch nicht gezetert werde. Doch wollen wir, meine Herren, mal sehen, was uns die Fragebogen sagen, die über den Dienst der Handelsgehilfen zusammengetragen wurden. Normal arbeitet der Handelsgehilfe 12,5 Stunden, in der Zeit geschäftlicher Flaute 11,5 Stunden, bei Konjunktur 13 Stunden; Handelsgehilfen im Lebensmittelhandel normal 14 Stunden, bei Konjunktur 16 Stunden. Aber das ist die durchschnittliche Arbeitszeit, meine Herren. 78 Prozent der Handelsgehilfen im Textilhandel arbeiten 12, 13 und 14 Stunden, 51 Prozent im Nahrungsmittelhandel 14, 15 und 16 Stunden und 15 Prozent davon sogar 16 bis 18 Stunden. Doch das sind die Ladenzeiten; indessen bleiben 66 Prozent der Handelsgehilfen in der Nahrungsmittelbranche und 28 Prozent im Textilhandel nach Ladenschluß und arbeiten bei Lampenlicht weiter.

Ich muß sagen, meine Herren, daß die Handelsgehilfen keine Angst vor der Ablehnung ihres Gesetzentwurfes über Arbeitsruhe im russischen Oberhaus haben. Eines ist ihnen klar: als im Jahre 1905 die Handelsgehilfen organisiert waren und es keinerlei gesetzgeberische Normen für die Handelsgehilfen gab, setzten sie dennoch die Arbeitsruhe an Feiertagen und den Achtstundentag durch. Und jetzt, in der angebrochenen Periode der Belebung, werden die Handelsgehilfen nicht

zurückbleiben, sondern Hand in Hand mit dem Proletariat der Fabriken und Werke für die gemeinsamen Ziele kämpfen, und erst dann wird man Arbeitsruhe und den Achtstundentag erreichen können. Jetzt muß ich, meine Herren, zu unserer sogenannten einheimischen Industrie übergehen. (*Stimme im Zentrum:* Sechs Uhr.)

Vorsitzender: Ich bitte gefälligst, den Redner ausreden zu lassen.

Badajew: Auch die einheimische Industrie ist im Gesetz natürlich nicht vergessen. Die Subventionen für die Landwirtschaft und den Maschinenbau sind stark erhöht, 1 400 000 Rubel wurden bewilligt, das Almosen für die Herren Werkbesitzer wurde gegenüber dem Vorjahr um ganze 650 000 Rubel vergrößert. Allein dem Werk in Ljuberzy wird eine kleine Gabe in Höhe von 765 000 Rubel überreicht, mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr. *(Lärm rechts.)*

Vorsitzender: Ich bitte um Ruhe, man hört nichts.

Badajew: Dem Werk Malzew 171 570 Rubel, der Aktiengesellschaft John Graves 108 900 Rubel, dem Werk in Kolomna 39 500 Rubel, der Aktiengesellschaft ‚Axai' 130 000 Rubel usw.; bislang sind durch das Ministerium an verschiedene Werke insgesamt 1 250 670 Rubel verteilt worden, doch es erklärt vorbeugend, die Leitungen vieler Unternehmen — ‚Phönix', ‚Sadin', des Russisch-Baltischen Waggonbauwerks usw. — seien noch nicht dazu gekommen, die Zahl der Maschinen, die von ihnen erbaut werden, zu errechnen, und schlägt deshalb vor, für sie auf Grund von Voranschlägen weitere 144 000 Rubel auszuwerfen, damit es genau 1 400 000 Rubel würden. Fürwahr erstaunlich, meine Herren, was mit unserer einheimischen Industrie geschieht. Die Produktion wächst ständig, die Herren Maschinenfabrikanten streichen ebenfalls nicht geringe Profite ein, und dennoch können sie ohne Unterstützung vom Staat nicht leben, das heißt besser . . . *(Lärm rechts.)*

Vorsitzender: Ich bitte gefälligst, nicht zu lärmen. (*Stimmen:* Genug!) Ich bitte die Plätze wieder einzunehmen.

Badajew: . . . das heißt besser und genauer gesagt, ohne eine Unterstützung aus dem mageren Beutel der Arbeiter und Bauern. Unsere armen Maschinenfabrikanten stehen mit ausgestrecktem Arm da und betteln so herzerweichend: ‚Gebt, gute Leute, damit die einheimische Industrie floriere.' Zu ihrem Glück verfügen über den Beutel des Volkes

eigenmächtige Beamte, die diesem Flehen nicht widerstehen können, und wozu sollte man auch die guten Beziehungen zu den Industriellen verderben. Braucht man denn mit dem Geld der Bauern zu geizen? Da der Bauer es duldet, wird gepreßt; man preßt ihn aus, reißt ihm den letzten Bissen aus dem Mund.

Sie, meine Herren, beklagen sich über das Ausland, es töte Sie durch seine Entwicklung, aber wenn irgendein Zweig seine Produktion innerhalb eines Jahres verdoppelt, müßte es einem jeden klarsein, wie glänzend die Lage dieser Industrie ist. *(Lärm rechts.)*

Vorsitzender: Ich bitte Sie, meine Herren, sich nicht zu unterhalten.

Badajew: Aber das ist ja eben unser ganzes Unglück, daß die ganze Prosperität unseres Handels und unserer Industrie nicht auf einem soliden Fundament, sondern auf den Almosen der Regierung aufgebaut ist, und solange sich diese Industrie in den Händen der Behörden, der Feudalherren, der Gutsbesitzer befindet, wird die Industrie ein elendes Dasein fristen. Es ist für die Arbeiter der einzige Trost, daß dieser Ordnung bald ein Ende gesetzt wird, daß junge, neuerwachte Kräfte den Handel und die Industrie vom Fleck bringen werden . . ."

Kapitel XVI

Der Provokateur Roman Malinowski

1. Malinowski verläßt die Duma

Am Tage nach der Rückkehr der ausgeschlossenen linken Deputierten in die Duma betrat Malinowski gegen 4 Uhr nachmittags das Kabinett Rodsjankos, warf ein Papier auf den Tisch und sagte: „Leben Sie wohl!" Auf Rodsjankos Frage, was das zu bedeuten habe, antwortete Malinowski: „Lesen Sie, und Sie werden es erfahren", und teilte alsdann kurz mit, daß er sein Deputiertenmandat niederlege und am gleichen Tag ins Ausland reise.

Zu dieser Zeit war von den Mitgliedern unserer Fraktion allein Muranow im Sitzungssaal. Er teilte uns telefonisch sofort die Erklärung

Malinowskis mit. Eine halbe Stunde später, als wir uns alle in den Räumen der Fraktion versammelt hatten, war die Erklärung über den Austritt Malinowskis bereits vom Vorsitzenden bekanntgegeben worden.

Malinowskis Austritt aus der Duma kam für uns völlig überraschend. Wir hatten von ihm bislang keinerlei Hinweise oder auch nur Andeutungen auf einen eventuellen Austritt gehört. Die Niederlegung des Deputiertenmandats ohne Zustimmung der zentralen Parteiorgane, ja sogar ohne irgendeine Erklärung in der Fraktion, war ein derart unerhörter und eklatanter Verstoß gegen die Parteidisziplin, ein derart außerordentlicher Fall von Abtrünnigkeit und Renegatentum, daß wir uns im ersten Augenblick nicht einmal vorstellen konnten, worauf das alles zurückzuführen war.

Zu Malinowski wurde ein Mitglied unserer Fraktion geschickt, der diesen aufforderte, unverzüglich in der Fraktion zu erscheinen und dort eine Erklärung abzugeben. Malinowski weigerte sich und erklärte, er sei angeblich so erregt, daß er im Augenblick keinerlei Erklärungen abgeben könne. Abermals aufgefordert, wiederholte Malinowski erneut seine Weigerung. In stark erregtem Zustande, wie von Sinnen, schrie Malinowski: „Stellt mich vors Gericht, macht was ihr wollt, aber ich will nicht reden!“ Dabei erklärte er, daß er am gleichen Abend ins Ausland reise, und wies einen bereits ausgestellten Auslandspaß vor. Die Versuche, Malinowski auf irgendeine andere Weise zu Erklärungen zu veranlassen, blieben vergeblich. Die Briefe, die ihm die Fraktion hinterherschickte, konnten Malinowski erst auf dem Bahnhof, unmittelbar vor der Abfahrt des Zuges ausgehändigt werden.

Der Austritt Malinowskis aus der Duma und seine plötzliche Flucht aus Petersburg brachten unsere Fraktion zunächst in eine schwere Lage. Die Tat Malinowskis, die an und für sich Verrat an der Partei und dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse war, goß zugleich Wasser auf die Mühlen aller unserer Feinde, die den Austritt Malinowskis für „sensationelle“ Meldungen über angebliche Mißstände innerhalb der Partei ausnutzten. Von allen Seiten kamen allerlei dunkle Gerüchte, schmutzige Andeutungen gekrochen, Hinweise auf Unstimmigkeiten und Streitigkeiten in der Fraktion und in der Partei usw.

Irgendwelche authentische Tatsachen oder Materialien, die Malinowskis bisherige Tätigkeit in Verruf gebracht hätten, lagen uns damals noch nicht vor. Unterdessen wurden allerlei Gerüchte und Klatschereien sowohl von den bürgerlichen Parteien als auch von den Liquidatoren in der offensichtlichen Absicht aufgebauscht, unsere ganze Fraktion und mit ihr auch die Partei zu kompromittieren. Es galt, in die entstandene Lage eine gewisse Klarheit zu tragen. Diesen Weg schlug denn auch die Fraktion ein, die beschlossen hatte, der Arbeiterklasse sowohl die Tat Malinowskis als auch alle Begleitumstände ganz genau zur Kenntnis zu bringen.

Vom ersten Tage an veröffentlichten wir in der „Prawda" alles, was der Fraktion über den Austritt Malinowskis bekannt war. Am nächstfolgenden Montag (üblicherweise erschien die Zeitung am Montag nicht) gab die Redaktion eine Sondernummer mit genauer Darlegung aller der Fraktion vorliegenden Informationen heraus. Dann wurde ein genauer Bericht veröffentlicht, Tag für Tag, mit Beschreibung aller Schritte, die von der Fraktion unternommen wurden, um die Ursachen für den Austritt Malinowskis und die Umstände zu klären.

Die Fraktion, die zunächst keine Handhabe hatte, um Malinowski irgendwelcher Verbrechen anzuklagen, verurteilte von Anfang an in scharfer und entschiedener Form seine desorganisierende Handlungsweise. In einer Erklärung, die in der „Prawda" abgedruckt wurde, schrieb die Fraktion:

„Malinowski selber erklärte bei seiner Wahl, daß er einverstanden sei, ‚auf Ersuchen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands' zu kandidieren. Damit wurde das Hauptprinzip für das Verhalten eines Arbeiterdeputierten bei der Wahl zum Ausdruck gebracht, das vom Standpunkt einer jeden organisierten Partei unbedingt verbindlich ist. Selbstverständlich müssen die bewußten Arbeiter dieses Grundprinzip mit besonderer Strenge im Kampf gegen alle bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien verteidigen, die häufig die Parlamentsmandate an Karrieristen geben und keinerlei wirkliche Parteidisziplin üben. Malinowski verstieß gegen das alles, als er das Deputiertenmandat niederlegte, ohne sich weder mit der leitenden Institution noch mit

seinem engsten Kollegium, der Russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion, beraten zu haben. Eine solche Handlungsweise ist für jeden organisierten und bewußten Arbeiter völlig unzulässig, da sie einen Disziplinverstoß und einen anarchischen Schritt darstellt ... Diese Handlungsweise verdient direkte Verurteilung, da sie dem Verhalten eines Wachpostens gleichkommt, der seinen Posten eigenmächtig verläßt ... Malinowskis Eingeständnis, er habe bei seinem ‚mörderischen' Schritt nicht an die Verantwortung gedacht, mildert nicht im geringsten seine Tat, mit der er sich außerhalb unserer Reihen gestellt hat. Die russische sozialdemokratische Arbeiterfraktion fordert alle bewußten Arbeiter auf, diesen Beschluß zu unterstützen, um eine Wiederholung derartiger Handlungen innerhalb des marxistisch organisierten Proletariats künftig unmöglich zu machen ..."[1]

Die Arbeitermasse reagierte auf den Austritt Malinowskis so, wie wir es erwartet hatten. In unserer Fraktion und in der Redaktion der „Prawda" gingen Telegramme und Entschließungen ein, in denen die verräterische Handlung Malinowskis gebrandmarkt und zugleich das volle Vertrauen zur Fraktion sowie die Unterstützung ihrer Arbeit zum Ausdruck gebracht wurden. Der vorübergehende Schaden, der durch die Fahnenflucht Malinowskis angerichtet worden war, wurde durch die einmütige Unterstützung aller fortschrittlichen, organisierten Gruppen der Arbeiterklasse wiedergutgemacht. Unsere Sechsergruppe, die sich nun in eine Fünfergruppe verwandelt hatte, reorganisierte ihre Reihen. Sie setzte den revolutionären Kampf von der Dumatribüne aus wie auch außerhalb der Duma mit noch größerer Intensität fort.

Die Ursachen, die Malinowski zum Austritt aus der Duma bewogen hatten, blieben damals unbekannt. Wir erklärten die Tat Malinowskis, und das schien damals mehr oder minder glaubhaft zu sein, allein mit Nervenschwäche und Verlust des seelischen Gleichgewichts. Gewisse Malinowski eigene Charakterzüge — hochgradige Nervosität, Jähzorn, Unausgeglichenheit —, die in den Beziehungen zu seiner Umgebung häufig zutage traten, schienen Gründe für eine solche Annahme zu bieten.

---

[1] „Put Prawdy" vom 26. Mai 1913.

2. Der Provokateur Malinowski

Erst nach der Revolution von 1917 wurden die wahren Ursachen für das Verhalten Malinowskis voll aufgedeckt. Die Archive des Polizeidepartements, die der Öffentlichkeit zugänglich wurden, entlarvten neben anderen Provokateuren auch Malinowski. Die Materialien dieser Archive und später der Prozeß gegen Malinowski machen es uns jetzt möglich, die ganze Geschichte seines Verrats und seiner Provokation zu erkennen.

Der Beginn der provokatorischen Tätigkeit Malinowskis fiel in das Jahr 1910, als er in die Reihen der Agenten der Moskauer Ochrana unter dem Decknamen „Portnoi" (Schneider) aufgenommen wurde. Damals lebte er in Moskau, wohin er nach seiner Ausweisung aus Petersburg gezogen war. Man kann annehmen, daß Malinowski auch schon früher, in Petersburg, in irgendwelchen Beziehungen zur Ochrana gestanden hatte, doch gerade in Moskau kam seine provokatorische Tätigkeit zur vollen Entfaltung. Zusammen mit einer Gruppe von Parteifunktionären in irgendeiner Angelegenheit verhaftet, bot Malinowski der Ochrana seine Dienste an. Sein Angebot wurde angenommen. Von der Zeit an war er ein aktiver und energischer Agent der Ochrana, die ihm wichtige Aufträge erteilte und seine provokatorische Tätigkeit in jeder Weise lenkte.

Sehr fähig und nicht auf den Kopf gefallen, versuchte Malinowski so tief wie möglich in die Parteiorganisation einzudringen und möglichst viele Beziehungen jeder Art anzuknüpfen. Er erschien in allen Versammlungen, besuchte die Arbeiterklubs, die Gewerkschaften, ergriff überall das Wort, sprach und beteiligte sich energisch an der organisatorischen Arbeit. Es ist charakteristisch, daß Malinowski damals gleichzeitig als Menschewik und als Bolschewik auftrat. Unter den Menschewiki schimpfte er auf die Bolschewiki, und unter den Bolschewiki gab er sich für einen glühenden Gegner des Menschewismus aus. Die einen wie die anderen lieferte Malinowski der Ochrana aus.

Auf seine Hinweise hin wurden Parteifunktionäre verhaftet und sogar ganze Organisationen zerschlagen. Malinowski meldete der Ochrana die angesetzten und die durchgeführten Versammlungen, die Decknamen

und die wirklichen Familiennamen illegaler Parteimitglieder, die Zusammensetzung der Parteiorgane, die Adressen der Literaturlager, der Druckereien — er berichtete kurzum über alle Gebiete der Parteitätigkeit. Auf Grund seiner Meldungen und Hinweise wurde in Moskau 1910 das russische Kollegium des Zentralkomitees liquidiert, das die Arbeit der Sozialdemokraten in Rußland leitete. Er lieferte das Material, durch das die Gruppe „Wosroshdenije", eine Gruppe versöhnlerischer Richtung, hochging. Auf Grund seiner Hinweise wurde das in Tula neugebildete leitende Zentrum der Bolschewiki liquidiert und wurden W. P. Nogin, G. Leiteisen-Lindow und Sofia Nikolajewna Smidowitsch verhaftet. Als Ergebnis seiner Moskauer „Arbeit" wurden zahlreiche Verhaftungen revolutionärer Funktionäre vorgenommen, die er in der Ochrana „beleuchtet" hatte.

Um Malinowski vor der Entlarvung zu schützen, verhaftete ihn die Polizei zusammen mit den anderen Teilnehmern irgendeiner aufgedeckten Versammlung. Die Ochrana hielt Malinowski anstandshalber einige Tage fest und ließ ihn alsdann frei, während die mit ihm Verhafteten entweder für längere Zeit ins Gefängnis kamen oder verbannt wurden. Zuweilen ließ die Ochrana vorsichtshalber zusammen mit Malinowski alle frei, verhaftete aber nach einiger Zeit die übrigen abermals.

Dank seiner Vorsicht, Geschicklichkeit und seinen zweifellos überdurchschnittlichen Fähigkeiten kam Malinowski in der Partei recht rasch voran. Bereits früher, in Petersburg, hatte er sich als ein fähiger und starker Funktionär der Gewerkschaftsbewegung bewährt. Drei Jahre lang — von 1906 bis 1909 — war Malinowski Sekretär der Petersburger Metallarbeitergewerkschaft gewesen, einer der größten und an Fachkräften reichsten Gewerkschaften. Das allein deutete darauf hin, daß Malinowski sehr befähigt war und Einfluß auf die Arbeitermassen zu gewinnen verstand. Das alles verhalf Malinowski zu der Popularität, die es möglich machte, ihn als Kandidaten zur Reichsduma aufzustellen.

Ehrgeizig im höchsten Grade, traf Malinowski alle Maßnahmen, um in die Duma zu geraten. Aber er ließ sich dabei zweifellos auch von anderen Erwägungen leiten. Belezki, der (nach der Revolution verhaftete und später erschossene) Direktor des Polizeidepartements, betonte

in seinen Aussagen in Sachen Malinowski, daß Malinowski — als er sich bemühte, in die Duma zu gelangen — damit rechnete, seine Stellung in der Ochrana zu festigen und das von der Polizei bezogene Gehalt zu erhöhen. Malinowski, der der Provokation bereits Geschmack abgewonnen hatte, war im Begriff, seine verräterische Arbeit in noch größerem Ausmaß zu entfalten.

Malinowski setzte selbst der Ochrana auseinander, wie „vorteilhaft“ es für die Polizei sei, einen „Informator“ in der Duma zu haben. Er brauchte der Ochrana natürlich nicht lange zuzureden. Sie griff dieses Projekt, das den Gebräuchen und Methoden der Polizeifahndung durchaus entsprach, freudig auf. Die Frage, wie man den „Agenten der Moskauer Ochranaabteilung Portnoi“ in die Duma schleusen sollte, wurde von den obersten Kreisen der zaristischen Polizei erörtert. Und das Polizeidepartement erhielt den „Segen“ des Innenministers Makarow persönlich. Nach Moskau flogen chiffrierte Telegramme von Belezki und seinem Stellvertreter, dem berüchtigten Wissarionow, mit der Weisung, die Moskauer Ochrana möge alle Maßnahmen ergreifen, um eventuelle Hindernisse für die Wahl Malinowskis aus dem Wege zu räumen.

Das erste dieser Hindernisse bestand darin, daß Malinowski in der Vergangenheit einige Male wegen krimineller Delikte vor Gericht gestanden hatte. Laut Gesetz wurde einem Vorbestraften das Recht entzogen, zum Dumadeputierten gewählt zu werden. Mit Hilfe und Unterstützung der Ochrana begab sich Malinowski in seine Heimat, nach Polen, und erhielt dort von einem bestochenen Schreiber ein gefälschtes polizeiliches Führungszeugnis.

Die andere Schwierigkeit hing mit der Beschäftigungsdauer zusammen, die für die Teilnahme an den Wahlen gefordert wurde. Malinowski arbeitete in irgendeiner kleinen Fabrik bei Moskau. Just während der Wahlkampagne sollte die erforderliche sechsmonatige Dauer seiner Beschäftigung ablaufen. Einige Wochen vor den Wahlen verschärften sich die Beziehungen Malinowskis zu einem der Meister der Fabrik, und ihm drohte die Entlassung. Um diese Gefahr von Malinowski abzuwenden, wurde der Meister auf Anordnung des Polizeidepartements verhaftet. Er wurde genau so lange im Gefängnis gehalten, wie es notwendig war, damit er die Wahl Malinowskis nicht stören konnte.

Dennoch wurde Malinowski aus der Fabrik entlassen und erhielt alsdann von einem bestochenen Büroangestellten die Bescheinigung, daß er sich „im Urlaub“ befände. So wurde auch dieses Hindernis für die Wahl Malinowskis mit Hilfe der Polizei aus dem Wege geräumt.

Gleichzeitig entfaltete Malinowski eine energische Arbeit, um seine Konkurrenten, die anderen Deputiertenkandidaten, auszuschalten. So erreichte er es, daß man die übrigen Kandidaten zurückzog und seine Wahl in die Duma gesichert wurde.

3. Malinowski in der Duma

Nachdem Malinowski in die Reichsduma geraten war, eröffnete sich ihm ein neues weites Feld für provokatorische Tätigkeit. Er wird einer der Hauptmitarbeiter der Ochrana. Malinowski wird vom Direktor des Polizeidepartements Belezki persönlich „geleitet“.

In der Mitarbeiterliste der Ochrana wurde Malinowski in Petersburg unter dem Decknamen „X“ geführt. Er bezog zunächst 500 und später 700 Rubel Monatsgehalt. Außerdem zahlte ihm die Ochrana Prämien und honorierte die wichtigsten „Informationen“ gesondert.

In der Wohnung Malinowskis wurde auf Kosten der Polizei ein Telefon aufgestellt, durch das er nach einer vereinbarten Chiffre die Zusammenkünfte mit Belezki ausmachte. Diese Zusammenkünfte gingen gewöhnlich in einem Séparée irgendeines Restaurants vor sich. Belezki erschien dort zusammen mit seinem Stellvertreter Wissarionow, der alle Mitteilungen Malinowskis niederschrieb. Gewöhnlich stellte er — wie Belezki später aussagte — Malinowski im voraus vorbereitete Fragen. Dieser beantwortete sie sofort, und Belezki ordnete auf der Stelle Haussuchungen, Verhaftungen, Ausweisungen usw. an. Dabei wurde größte Vorsicht geübt, um Malinowski nicht „hochgehen“ zu lassen.

Als das Polizeidepartement beispielsweise im Februar 1913 beschloß, J. F. Rosmirowitsch zu verhaften, wurde diese Verhaftung auf Anraten Malinowskis in Kiew vorgenommen, damit auf Malinowski kein Verdacht falle. Ebenfalls auf sein Verlangen hin wurde J. F. Rosmirowitsch nach einem Monat, als es sich herausstellte, daß ihre Verhaftung im

Auslandszentrum dennoch gewissen Verdacht erweckt hatte, aus dem Gefängnis freigelassen.[1]

Die Informationen Malinowskis waren für die Polizei sehr wertvoll, da er nicht allein über die Arbeit der Dumafraktion, sondern auch über die illegale Tätigkeit der Partei auf dem laufenden war. Er hielt das Polizeidepartement systematisch auf dem laufenden darüber, was in der „Prawda"-Redaktion geschah. Er meldete nicht nur die Besucher der Redaktion, die Versammlungen in der Redaktion und die Treffs, sondern informierte Belezki auch über die Finanzlage der „Prawda". Damit bot er, nach eigenem Eingeständnis Belezkis, der Polizei die Möglichkeit, der Zeitung durch Geldstrafen, Beschlagnahmen usw. Schläge zu versetzen, und zwar in den Augenblicken, die für die Redaktion ohnehin die schwersten waren. Gleichzeitig erfuhr Belezki von Malinowski die Namen jener, die Geld zur Unterstützung der „Prawda" spendeten, sowie ihrer Abonnenten. Diese Listen dienten der Polizei als wichtige Hinweise für Verhaftungen und sonstige Repressalien. Das war der Schaden, der unserer Zeitung von dem Provokateur Malinowski zugefügt wurde.

Seine rhetorischen Fähigkeiten halfen Malinowski, eines der am häufigsten redenden Fraktionsmitglieder zu werden. Er beherrschte gut die Sprechtechnik, die Geste und benahm sich ungezwungen auf der Tribüne. Doch wenn man den Inhalt seiner Reden und seine Formulierungen aufmerksam verfolgte, konnte man sich leicht davon überzeugen, daß alle seine Reden weitaus „geglätteter" waren als die Reden der anderen Mitglieder unserer Fraktion. Während alle übrigen Arbeiterdeputierten ihre Reden bewußt verschärften, frei von der Leber weg sprachen, umging Malinowski ständig die schärfsten Stellen, um die wahrhaft revolutionäre Fragestellung in irgendeiner Weise zu verkleistern, tat er alles, um der Rede die Schärfe zu nehmen, sie des revolutionären Inhalts zu berauben, den die Partei in allen Dumareden unserer Fraktion für notwendig und unerläßlich hielt.

---

[1] Endgültig rechnete die Polizei mit J. F. Rosmirowitsch im April 1914 ab, als sie zusammen mit Konkordia Samoilowa und P. F. Kudelli in einer Redaktionssitzung der Zeitschrift „Rabotniza" in der Wohnung P. Kudellis verhaftet wurde. Diese Verhaftung zog bereits die Ausweisung nach sich.

Wenn Malinowski in irgendwelchen öffentlichen Versammlungen außerhalb der Duma reden mußte, wurde eine einfachere Methode angewandt, um seine Reden „unschädlich" zu machen. Die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Polizei stoppten auf Anweisung ihrer Vorgesetzten die Rede Malinowskis an genau vereinbarten Stellen. So war es mit der Rede Malinowkis auf dem Kongreß der Handels- und Industrieangestellten in Moskau, der damals ein bedeutendes gesellschaftliches Ereignis war.

Die verräterische Tätigkeit Malinowskis in der Zeit seiner Dumazugehörigkeit war ganz und gar mit Petersburg verbunden, da er über die Ochrana dem Polizeidepartement direkt unterstand. Er hatte jedoch in dieser Periode, wie es sich herausstellte, seine Beziehungen zu der Moskauer Ochrana nicht abgebrochen. Während seiner Besuche in Moskau gab Malinowski verschiedene Informationen, erklärte und „beleuchtete" das, was die Moskauer Ochranaleute brauchten, und erhielt dafür von ihnen besondere Bezahlung. Jede seiner Reisen nach Moskau hatte neue Verhaftungen revolutionärer Funktionäre zur Folge.

In Petersburg berichtete Malinowski Belezki über die Fraktionssitzungen, über die Absichten und Pläne der Deputierten, über die Marschrouten ihrer Reisen und über die Eindrücke, die sie aus der Provinz mitbrachten. Von Malinowski rechtzeitig benachrichtigt, wies das Polizeidepartement die örtlichen Ochrana-Dienststellen an, die unter Teilnahme von Mitgliedern unserer Fraktion durchgeführten Versammlungen in jeder Weise zu stören. Auf Verlangen der Polizei übergab ihr Malinowski sogar einmal zur Durchsicht das Parteiarchiv der Fraktion, aus dem Belezki die von ihm benötigten Auszüge anfertigte.

In seinen Aussagen berichtete Belezki ferner, daß Malinowski ihm einen Posten illegaler Literatur, der nach Petersburg geschafft worden war, ausgeliefert hatte. Zwar wagte es Malinowski nicht, die gesamte Literatur an die Polizei zu geben, aber dennoch verschwand ein bedeutender Teil der Parteiliteratur, die mit soviel Mühe nach Petersburg gebracht worden war.

Aus Furcht, den Provokateur der Entlarvung auszusetzen, übte die Ochrana gewisse Vorsicht bei der Verhaftung jener Parteimitglieder, die

in Petersburg mit Malinowski in Berührung kamen. Als aber Swerdlow und Stalin in Petersburg erschienen, verlangte das Polizeidepartement von Malinowski, sie zur Verhaftung auszuliefern.

Die Verhaftung J. M. Swerdlows ging unter folgenden Umständen vor sich: Swerdlow, der soeben aus der Verbannung geflüchtet war, verbarg sich in meiner Wohnung. Er wurde offenbar auf Hinweise des gleichen Malinowski von der Polizei beobachtet. Eines Tages erschien bei mir der Hauswart, schilderte die Merkmale Swerdlows und fragte, ob sich eine solche Person nicht in meiner Wohnung befände. Natürlich erklärte ich, daß kein Fremder bei mir weile.

Jedenfalls war es für Swerdlow nicht mehr ungefährlich, sich bei mir zu verbergen. Wir beschlossen, ihn am gleichen Tage an einen anderen Ort zu bringen. Nach vorangegangener Vereinbarung mit Swerdlow gingen ich und Malinowski abends auf die Straße, um zu sehen, ob die Luft rein sei. Ringsum war keiner zu sehen, wir steckten uns Zigaretten an: das war das vereinbarte Zeichen. Swerdlow antwortete mit einem ebenfalls vereinbarten Zeichen: er machte das Licht aus und ließ den Fensterrahmen herunter. Nachdem er einige Minuten abgewartet hatte, trat er auf den Hof. Wir halfen ihm, die Mauer zu übersteigen, dann überwand er noch die Einzäunung eines Holzlagers und erreichte den Kai, wo eine im voraus gemietete Droschke auf ihn wartete. Swerdlow fuhr zu Malinowski und von da aus an einen anderen Ort. In der gleichen Nacht wurde er in dieser Wohnung verhaftet. Wie sich herausstellte, hatte Malinowski, der um die Sicherheit Swerdlows so „besorgt" war, die Adresse der neuen Zuflucht Swerdlows der Ochrana mitgeteilt.

Die Verhaftungen Swerdlows und Stalins sind zwei Beispiele dafür, wie weit Malinowski in seinem Verrat gegangen war. Er lieferte der Polizei die leitenden Hauptfunktionäre unserer Partei aus, deren Flucht aus der Verbannung jedes Mal mit unglaublichen Schwierigkeiten, mit außerordentlichem persönlichem Heroismus und Mut verbunden war.

Die Beziehungen Malinowkis zu den anderen Mitgliedern unserer Fraktion waren von Anfang an unausgeglichen. Der sehr eitle und ehrgeizige Malinowski wurde bei der Erörterung anscheinend unbedeutender Fragen sehr häufig nervös, verlor die Selbstbeherrschung, wurde hysterisch. Die Mitglieder der Fraktion verbaten sich ein solches Verhalten.

Dadurch kam es bei uns zu häufigen Reibereien und Konflikten, die zwangsläufig den geregelten Ablauf der Fraktionsarbeit stören mußten.

Einer der heftigsten Zusammenstöße mit Malinowski ereignete sich in der Fraktion wenige Tage vor seinem Austritt aus der Duma. Bei der Erörterung der Frage, wie man auf den Ausschluß der Deputierten der linken Fraktionen für 15 Sitzungen reagieren solle, bestand Malinowski darauf, daß man die Duma verlassen und sich an die Massen mit dem Aufruf zur sofortigen revolutionären Aktion wenden müsse. Zweifellos war dieser Plan Malinowskis provokatorisch. Aber man kann annehmen, daß Malinowski, als er auf dieser Form der Reaktion auf den Ausschluß der linken Deputierten bestand, gleichzeitig den Boden für seinen Austritt aus der Duma vorbereiten wollte, da das Polizeidepartement, wie sich später herausstellte, zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossen hatte, ihn zu entfernen.

Im Winter 1914 waren im Innenministerium Änderungen vor sich gegangen. Zum stellvertretenden Minister, der für die Gendarmerie und die Polizei zuständig sein sollte, wurde der sattsam bekannte General Dshunkowski, der ehemalige Generalgouverneur von Moskau, ernannt. Die Ernennung Dshunkowskis zog personelle Veränderungen im Polizeidepartement nach sich. Belezki, der Direktor des Departements, und sein Stellvertreter Wissarionow wurden abgesetzt. Auf ihre Posten berief Dshunkowski seine Leute. Mit dem Ausscheiden Belezkis wurde die Stellung Malinowskis in der Ochrana erschüttert. Dshunkowski beschloß, Malinowski loszuwerden.

In seinen Aussagen erklärte Dshunkowski selbst, er habe es nicht für möglich gehalten, die „Ungehörigkeit“ zu dulden, daß ein Polizeiagent Mitglied der Reichsduma sei. Man darf dieser Erklärung wohl kaum glauben. Am wahrscheinlichsten ist die Annahme, daß die Tätigkeit Malinowskis, die er, gewollt oder ungewollt, als Fraktionsmitglied ausüben mußte, der Polizei immerhin gefährlich zu sein schien. Andererseits haben hier möglicherweise auch die üblichen „Ressort“erwägungen eine Rolle gespielt. Die neuen Vorgesetzten wollten, wie das häufig der Fall war, die gesamte Arbeit ihrer Vorgänger kompromittieren und den Anschein erwecken, als schlügen sie einen neuen Kurs ein. Auf Anweisung Dshunkowskis forderte der Leiter der Ochrana Malinowski auf,

aus der Duma auszuscheiden und unverzüglich ins Ausland zu reisen. Vor der Abreise erhielt er 6000 Rubel als eine Art „Überbrückungshilfe".

Der einzige in der Duma, der die wahren Gründe für den Austritt Malinowskis kannte, war Rodsjanko. Nach Worten Rodsjankos verhielt sich die Sache wie folgt: Am Tage der Verlesung der Deklaration der nach dem Ausschluß aus der Duma zurückgekehrten linken Deputierten wurde Rodsjanko in der Frühe telefonisch angerufen und es wurde ihm der Wortlaut der Deklaration mitgeteilt, die von den linken Fraktionen geheimgehalten worden war. Rodsjanko wollte klären, was los sei. Nun erzählte ihm Dshunkowski, daß Malinowski ein Agent der Ochrana sei und daß man im Polizeidepartement seine Entfernung bereits beschlossen habe. Diese Informationen enthielt Rodsjanko der Duma vor und sagte keinem der Deputierten etwas. Auf diese Weise blieben die Gründe für den Austritt Malinowskis lange Zeit ein Geheimnis.

Nach seinem Austritt aus der Duma und der Reise ins Ausland verschwand Malinowski völlig von der Bildfläche. Zu Beginn des Krieges wurde er mobilisiert und geriet bald in deutsche Gefangenschaft. Von Deutschland aus kehrte Malinowski erst nach der Revolution 1917 nach Rußland zurück. Er wurde entdeckt und festgenommen.

4. Der Prozeß gegen Malinowski

Am 5. November 1918 erschien Malinowski in Moskau vor dem Revolutionstribunal. Zahlreiche Aussagen von Zeugen, darunter der Hauptleiter der zaristischen Polizei (Belezki, Wissarionow, Dshunkowski, Solotarjow, Makarow und anderer), sowie eine Reihe von Dokumenten und persönlichen Quittungen Malinowskis, die aus dem Schoße der Ochrana geholt worden waren, umrissen das widerliche Bild seines Verrates.

Das Leben Malinowskis war ein wahres Knäuel von Verbrechen. Seine ganzen Fähigkeiten, seinen Geist und seinen Willen benutzte der Provokateur allein zu dem Zweck, sich so teuer wie nur möglich zu verkaufen, der Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse einen möglichst großen Schaden zuzufügen. In dem Bemühen, die gesamte Organisation

als Ganzes zu zerrütten, verschmähte Malinowski auch nicht die kleinen Verrätereien, lieferte einzelne revolutionäre Funktionäre aus, die gleichen, mit denen er tags zuvor die Arbeit der Partei besprochen hatte.

Vor Gericht, wo die Tätigkeit des Provokateurs gründlich genug beleuchtet wurde, konnte Malinowski sein Verbrechen natürlich nicht abstreiten. Er wählte eine andere Methode der Verteidigung. In seinen Aussagen und in der Rede vor dem Tribunal versuchte Malinowski nachzuweisen, daß er zum Provokateur wurde, weil er sich in den Netzen der Ochrana verstrickt hatte. Die Geschichte seiner Provokation stellte Malinowski als eine große persönliche Tragödie, begleitet von Qualen und Gewissensbissen dar, als eine Sackgasse, in die er getrieben worden sei und aus der es keinen Ausweg gegeben habe. Aber gleich darauf wich er von dieser Darstellung ab und gab zu: „Auf das erste Angebot konnte ich nicht eingehen, und zwar nicht, weil ich einen Widerwillen gegen das Angebot hatte, — den hatte ich nicht, sondern ich wollte es einfach nicht, weil ich keine Möglichkeit sah, mit der Doppelrolle, die ich spielen sollte, fertigzuwerden." Als aber die Ochrana, wie Malinowski vor Gericht aussagte, mit der Entlarvung seiner kriminellen Vergangenheit drohte, erklärte er sich sofort bereit, Provokateur zu werden: „Nun war für mich die Frage endgültig entschieden, nun schwankte ich nicht mehr, es gab für mich nicht mehr die Frage der Gewissensbisse."

Trotz der Pose aufrichtiger Selbstgeißelung, die Malinowski vor Gericht angenommen hatte, log er auch hier, im entscheidenden Augenblick seines Lebens. Nach Aussagen der Leiter der Moskauer Ochrana, die wohl kaum Anlaß hatten, die Wahrheit zu entstellen, hatte Malinowski gleich bei der ersten Vernehmung nach der Verhaftung von selbst erklärt, daß er dem Leiter der Ochranaabteilung aufrichtige Aussagen machen wolle. Und schließlich gibt es Informationen, wonach Malinowski schon zwei bis drei Jahre zuvor seine erste Meldung der Petersburger Ochrana freiwillig erstattete.

Genauso wie in der Frage des Beginns seiner provokatorischen Tätigkeit log Malinowski vor Gericht auch in der Frage der Umstände, die ihn zum Austritt aus der Reichsduma veranlaßt hatten. Er versuchte nachzuweisen, daß er die Duma auf eigenen Wunsch verlassen habe,

daß er, eine gewaltige persönliche Tragödie erlebend, vom Polizeidepartement die Erlaubnis erwirkt habe, von der Bühne abzutreten, sowohl die Politik als auch die Ochrana gleichzeitig zu verlassen: „Ich werde nicht erzählen, wie das war, das ist unwichtig, aber wichtig ist, daß ich Belezkis Zustimmung zum Austritt erwirkte. Ich erklärte Dshunkowski kategorisch, mein Austritt aus der Duma erfolge nicht auf Befehl von irgendwoher, sondern weil Bedingungen entstanden seien, unter denen ich meine Funktionen aus verschiedenen Gründen moralischer Natur und aus anderen Gründen nie und nimmer erfüllen könne."

Uns ist bekannt, welche Gründe Malinowski in Wirklichkeit zum Fortgehen veranlaßten. Er ersuchte nicht nur nicht darum, ihn aus der Ochrana zu „entlassen", sondern im Gegenteil, als seine Lage mit dem Dienstantritt Dshunkowskis ins Schwanken geraten war, bat er den bereits zurückgetretenen Belezki, ihm bei der Wiederherstellung seiner Verbindungen zum Polizeidepartement zu helfen.

Die Lüge in den Aussagen Malinowskis war ebenso Berechnung wie die ganze vor Gericht eingenommene Pose, mit der er zeigen wollte, daß er seine Taten aufrichtig bereue und die Schwere der von ihm verübten Verbrechen erkenne. Er sagte selber, er erwarte kein anderes Urteil als das höchste Strafmaß. Aber als er so sprach, hoffte er zweifellos, mit diesen Worten eine gewisse Nachsicht zu erkaufen. Zweifellos erklärte sich auch seine nach der Revolution erfolgte Rückkehr nach Rußland aus der Hoffnung, er könne, wenn er sich freiwillig stellte, irgendwie seinem unvermeidlichen Schicksal entgehen. Das war das letzte mißglückte Vabanquespiel des Abenteurers. Das Gericht der Revolution konnte ihm die unauslöschlichen Verbrechen an der Arbeiterklasse nicht verzeihen. Das Revolutionstribunal verurteilte Malinowski zur Erschießung.

Malinowski war und bleibt einer der größten Provokateure und Verräter der Geschichte. Für uns ist jedoch nicht so sehr die verbrecherische Persönlichkeit Malinowskis selbst wichtig, für die es keine Rechtfertigung gibt, als vielmehr der objektive Schaden, den er der Sache des revolutionären Kampfes zugefügt hat.

Im Fall Malinowski gibt es ein Moment, das darauf hinweist, daß

die Tätigkeit Malinowskis auch eine für die Zarenregierung schädliche Kehrseite hatte. In dem Doppelspiel, das Malinowski trieb, zwang ihn seine zweite Rolle — die des Mitglieds der bolschewistischen Fraktion — von der Dumatribüne aus revolutionäre Reden zu halten, entsprechende Agitation zu betreiben usw. In jener Periode zeitigte diese Tätigkeit in jedem gegebenen Augenblick das für uns notwendige Ergebnis; gegen ihren Willen goß die Zarenregierung Wasser auf die Mühle der Revolution.

5. Lenin über den Fall Malinowski

In seinen eigenhändig geschriebenen Aussagen in Sachen Malinowski charakterisierte Lenin die Lage, die für die Polizei im Zusammenhang mit der provokatorischen Tätigkeit Malinowskis entstanden war:

„Es ist klar, daß sich die Ochrana, als sie den Provokateur in die Duma hineinbrachte und dazu die Rivalen des Bolschewismus ausschaltete usw., von einer plumpen Vorstellung vom Bolschewismus, ich möchte sagen, von einer primitiven Karikatur des Bolschewismus leiten ließ: die Bolschewiki werden ‚den bewaffneten Aufstand organisieren'. Um alle Fäden dieses in der Vorbereitung begriffenen Aufstandes in den Händen zu haben, lohnte es sich vom Standpunkt der Ochrana aus, alles daranzusetzen, um Malinowski in die Reichsduma und in das ZK hineinzubringen.

Als aber die Ochrana das eine wie das andere erreicht hatte, stellte es sich heraus, daß Malinowski ein Glied der langen und festen Kette geworden war, die unsere legale Basis (und dabei von verschiedenen Seiten) mit zwei der größten Organe der Einwirkung auf die *Massen* verband, und zwar mit der „Prawda" und mit der sozialdemokratischen Dumafraktion. Diese beiden Organe mußte der Provokateur schützen, um sich vor uns zu rechtfertigen."[1]

---

[1] Aus den Aussagen, die Lenin für die Außerordentliche Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung eigenhändig schrieb und unterzeichnete. Lenin wurde von N. A. Kolokolow, dem Untersuchungsrichter der Kommission, am 26. Mai 1917 vernommen. Das Protokoll trägt am Kopf der Aussagen die Aufschrift: „Wladimir Iljitsch Uljanow, 47 Jahre, wohnhaft: Redaktion der Zeitung ‚Prawda', Moika 32." Wiedergegeben nach einer Kopie.

Ferner wies Lenin darauf hin, daß die „Prawda" von ihm und seinen vertrautesten Genossen durch tägliche Zusendung instruktiver Briefe und Artikel an die Petersburger Redaktion unmittelbar angeleitet wurde, während die Entschließungen der Partei *völlig* die Linie der Zeitung bestimmten.

Auf diese Weise wurde die streng parteigemäße Einwirkung auf 40 000 bis 60 000 Arbeiterleser gewährleistet. Das gleiche galt auch für die Dumafraktion, in der Muranow, Petrowski und Badajew immer unabhängiger von Malinowski tätig waren, ihre Beziehungen erweiterten und unmittelbar auf breite Arbeiterschichten einwirkten. Am Schluß seiner Aussagen schrieb Lenin:

„Malinowski konnte eine Reihe von Einzelpersonen zugrunde richten, und er hat sie zugrunde gerichtet. Das Wachstum der Parteiarbeit im Sinne einer Entwicklung ihrer Bedeutung und ihres Einflusses auf die Massen, auf Zehn- und Hunderttausende (durch die Streiks, die sich nach dem April 1912 verstärkten), dieses Wachstum konnte er weder aufhalten, noch kontrollieren, noch ‚lenken'. Ich hätte mich nicht gewundert, wenn in der Ochrana unter den Argumenten für die Entfernung Malinowskis aus der Duma auch das Argument aufgetaucht wäre, Malinowski habe sich in Wirklichkeit mit der legalen ‚Prawda' und mit der legalen Deputiertenfraktion, die die *revolutionäre* Arbeit unter den Massen leisteten, mehr verbunden erwiesen, als es für ‚sie', für die Ochrana, zu ertragen ist."

In seiner Arbeit „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus" schrieb Lenin: „Der rasche Wechsel von legaler und illegaler Arbeit, verbunden mit der Notwendigkeit, gerade den Generalstab, gerade die Führer besonders ‚zu verstecken', besonders konspirativ zu halten, führte aber anderseits bei uns bisweilen zu äußerst gefährlichen Erscheinungen. Die schlimmste von ihnen war, daß im Jahre 1912 der Spitzel Malinowski in das Zentralkomitee der Bolschewiki aufgenommen wurde. Er ließ Dutzende und aber Dutzende der besten und treuesten Genossen hochgehen, brachte sie ins Zuchthaus und beschleunigte den Tod vieler von ihnen. Wenn er nicht noch größeres Unheil angerichtet hat, so lag das daran, daß bei uns ein richtiges Verhältnis zwischen legaler und illegaler Arbeit bestand. Um unser Ver-

trauen zu gewinnen, mußte Malinowski als Mitglied des Zentralkomitees der Partei und Duma-Abgeordneter uns helfen, legale Tageszeitungen herauszugeben, die es auch unter dem Zarismus verstanden, den Kampf gegen den Opportunismus der Menschewiki zu führen und die Grundsätze des Bolschewismus in entsprechend verhüllter Form zu propagieren. Mit der einen Hand beförderte Malinowski viele Dutzende der Besten des Bolschewismus in die Verbannung und den Tod, mit der anderen Hand mußte er aber helfen, vermittels der legalen Presse Zehntausende und aber Zehntausende neuer Bolschewiki zu erziehen."[1]

Diese Einschätzung der objektiven Rolle Malinowskis beschönigt nicht, sondern brandmarkt vielmehr noch stärker die Persönlichkeit des Verräters.

Kapitel XVII

Die Streikbewegung im Sommer 1914

1. Der Streik im Ishora-Werk

Mitte Juni 1914, nach der Bestätigung des Staatshaushaltsplanes, wurde die Reichsduma in die Sommerferien geschickt. Diese Tagung der Duma, die sich als die letzte vor Ausbruch des Krieges erweisen sollte, wurde in der Atmosphäre eines ungemein hohen Aufschwungs der Arbeiterbewegung im Lande beendet.

Nach dem grandiosen Streik am 1. Mai wurde in Petersburg Mitte Mai der Proteststreik organisiert gegen das Urteil, das gegen die Obuchow-Arbeiter gefällt worden war. Die erste Gerichtsverhandlung hatte im November 1913 stattgefunden und hatte schon damals Streiks in den Petersburger Werken und Fabriken ausgelöst. Bei der Wiederaufnahme im Mai 1914 verurteilte das Gericht die Obuchow-Arbeiter wegen Teilnahme an Streiks zu zwei Monaten Gefängnis. Die Antwort

---

[1] W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Dietz Verlag, Berlin 1955, Bd. II, S. 692.

auf dieses Urteil war ein neuer Streik, der über 100 000 Menschen erfaßte und mit nicht geringerem Elan verlief als der Streik am 1. Mai.

Der nächste politische Streik der Petersburger Arbeiter wurde durch den Prozeß gegen die Rechtsanwälte im Zusammenhang mit dem Kiewer Fall Bejlis und durch das Todesurteil hervorgerufen, das gegen einen Arbeiter des Röhrenwerkes wegen Ermordung des Werkstattleiters gefällt worden war. An diesem Streik nahmen in den ersten Junitagen in Petersburg etwa 30 000 Arbeiter teil.

Neben den politischen Streiks rissen die ökonomischen Streiks in den Petersburger Fabriken und Werken nicht ab; im Zusammenhang mit dem revolutionären Aufschwung zeichneten sich die letzteren durch besondere Beharrlichkeit aus. Einer der am beharrlichsten geführten Streiks war der Streik im Ishora-Werk, das dem Marineamt unterstand. Der Streik begann damit, daß die Arbeiter des Betriebskraftwerks eine Reihe ökonomischer Forderungen stellten. Die Entlassung der Streikenden löste den Streik in den anderen Werkstätten aus, die ihrerseits die Forderung nach Lohnerhöhung, nach dem Achtstundentag usw. stellten. Der Streik stand unter der Leitung des Petersburger Komitees.

Auf Ersuchen der Arbeiter hin kam ich nach Kolpino, wo eine Versammlung von Vertretern der Streikenden einberufen worden war. Die Versammlung fand an einer abgelegenen Stelle auf einem Friedhof statt und dauerte bis tief in die Nacht hinein. Es wurde beschlossen, so standhaft wie nur möglich zu bleiben.

Da der Streik immer größere Ausmaße annahm, begann das Marineamt Anzeichen der Unruhe zu zeigen. Eine Hundertschaft Kosaken wurde nach Kolpino geholt und in Baracken in der Nähe des Werkes untergebracht, damit sie jederzeit zur „Befriedung“ der Arbeiter eingesetzt werden könnten.

An dem Tage, als die Kosaken erschienen, kam ich erneut ins Werk, um an einer Streikversammlung, die in der Umgebung von Kolpino durchgeführt wurde, teilzunehmen. Die Anforderung einer Kosaken-Hundertschaft hatte bei den Arbeitern Zorn und Empörung ausgelöst. Die Stimmung der Versammlung war sehr gehoben. Es wurde beschlossen, den Kampf ungeachtet der Entlassung von Arbeitern und

anderen womöglich zu erwartenden Repressalien fortzusetzen und auf der Erfüllung der gestellten Forderungen zu bestehen. Unter Mitwirkung von Vertretern unserer Parteiorganisationen wurden Agitations-Flugblätter verfaßt, in denen alle Forderungen der Ishora-Arbeiter aufgezählt wurden. Neben den rein ökonomischen Forderungen wurde in die Liste auch ein Punkt über die Entfernung des Werkleiters aufgenommen.

Als die Verwaltung von der Verbreitung der Flugblätter erfuhr, nahm sie die Jagd nach ihnen auf. Die den Werkabteilungen vorgesetzten Offiziere rissen den Arbeitern die Blätter aus den Händen. Selbstverständlich trug das lediglich dazu bei, die Stimmung der Streikenden zu heben, die beschlossen hatten, die Erfüllung ihrer Forderungen durchzusetzen. Der Streik im Ishora-Werk dauerte drei Wochen und endete mit dem Versprechen der Verwaltung, die Lohnsätze zu erhöhen, sowie mit einigen anderen Zugeständnissen.

Ich bin auf den Streik der Ishora-Arbeiter eingegangen, um zu veranschaulichen, wie die ökonomischen Streiks in dieser Periode des großen revolutionären Aufschwungs verliefen. Die enge Verbindung und die Aktionen der Arbeiter unter Führung der bolschewistischen Parteiorganisationen einerseits und die Anforderung von Streitkräften durch die Verwaltung zum Vorgehen gegen die Streikenden andererseits sind recht charakteristisch für die Situation, in der damals der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse ausgetragen wurde.

2. Die Arbeiterbewegung in der Provinz

Nicht nur in den Gebieten rings um Petersburg verstärkten die Arbeiter den Kampf. Das Vorbild des Petersburger Proletariats diente als Anstoß zu einem großen Aufschwung der Arbeiterbewegung im ganzen Lande. Streiks — politische wie ökonomische — griffen von einer Stadt auf die andere über.

Die Arbeiter der Provinzstädte zeigten eine bislang nicht dagewesene Organisiertheit, größte Beharrlichkeit im Kampf und hohe revolutionäre Bewußtheit. Das gab den ökonomischen Streiks das Gepräge, die

zwar im wesentlichen mit bestimmten ökonomischen Forderungen verbunden waren, aber in bedeutendem Maße auch Elemente des politischen Kampfes enthielten.

Mitte Mai begann der anhaltende und zähe Streik der Textilarbeiter des Moskauer Gebiets. Die Bewegung begann im Gouvernement Kostroma, von wo sie rasch auf die Textilfabriken der benachbarten Gouvernements Wladimir und Moskau übergriff. Die Zahl der Streikenden erreichte allein im Gouvernement Kostroma 50 000 und im gesamten Industrierevier fast 100 000. Für die Textilarbeiter, die in verstreuten und weit voneinander entfernten Betrieben arbeiteten, war diese Zahl der Streikenden gewaltig. Die Hauptforderung der Arbeiter war die Erhöhung der Löhne, aber daneben wurden einige andere Forderungen erhoben, darunter solche nach Einrichtung von Bibliotheken und nach Bestellung der „Prawda", der Zeitschriften „Prosweschtschenije", „Woprossy Strachowanija" sowie anderer Zeitungen und Zeitschriften.

Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützte und lenkte die bolschewistische Fraktion den Streik der Textilarbeiter. Nach Beendigung der Dumasession begab sich Schagow, ein Mitglied unserer Fraktion, in das Gouvernement Kostroma, wo er gewählt worden war, bereiste das Streikgebiet und agitierte dafür, unbedingt den Kampf zu verstärken und dem Zureden der Unternehmer nicht nachzugeben. Die Reise Schagows verlief unter Umständen, wie sie für die Reisen aller Arbeiterdeputierten üblich waren: Polizisten und Spitzel folgten ihm auf den Fersen, beobachteten jede seiner Bewegungen, drangen in die Häuser ein, die Schagow besuchte, verhafteten alle, mit denen er zusammenkam usw.

Der Streik der Textilarbeiter, der die ganze erste Hälfte des Sommers 1914 hindurch dauerte, endete dank der Organisiertheit und Standhaftigkeit der Arbeiter mit einer Reihe von Zugeständnissen der Unternehmer, darunter auch mit einer Lohnerhöhung, zu der sich die Fabrikanten bequemen mußten. Die Arbeiter hatten die Zeit für ihren Kampf richtig gewählt, indem sie das Heranrücken der Messe in Nishny Nowgorod, für die von den Fabrikanten Waren bereitgestellt werden mußten, ausnutzten.

Während die Textilarbeiter den Kampf im Moskauer Gebiet führten, kam es im äußersten Süden, in Baku, zu Ereignissen, die für die gesamte Arbeiterbewegung gewaltige Folgen nach sich zogen. Der Bakuer Streik, der sich nicht nur durch besondere Dauer und Standhaftigkeit, sondern auch durch ganz außergewöhnliche Maßnahmen der Unternehmer und der Zarenregierung zu seiner Unterdrückung auszeichnete, hatte die historische Aktion der Petersburger Arbeiter unmittelbar vor der Kriegserklärung zur Folge.

Der Streik der Arbeiter der Bakuer Erdölreviere loderte nicht spontan auf, sondern wurde einige Monate lang vorbereitet. Arbeiterkommissionen waren gebildet, von den Arbeitern großer Firmen waren Bevollmächtigte gewählt worden, die gemeinsam mit den Parteiorganisationen die Forderungen ausarbeiteten, die sowohl die Entlohnung in den Erdölrevieren als auch verschiedene andere Lebensfragen der Arbeiter betrafen.

Der unmittelbare Anlaß für die Ausrufung des Streiks war das Auftreten einiger Pesterkrankungen in dem an die Erdölfelder angrenzenden Bezirk. Die Gefahr der furchtbaren Seuche ließ erneut die Frage der grauenhaften Wohnungsverhältnisse der Erdölarbeiter akut werden. Nach Aussagen angesehener Wissenschaftler, die die Behausungen der Bakuer Arbeiter untersuchten, gab es solche Bedingungen nicht einmal in Indien, der ständigen Brutstätte von Pesterkrankungen.

Über die Zustände in den Arbeitersiedlungen war zuvor wiederholt verhandelt worden. Unter dem Einfluß vorangegangener Streiks hatten die Erdölindustriellen mehrere Male versprochen, ordentliche Wohnungen zu bauen, aber sobald die Arbeiterbewegung etwas abebbte, vergaßen die Unternehmer unverzüglich ihre Versprechen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Pesterkrankungen stellte die Gewerkschaft der Erdölarbeiter Ende Mai 1914 vor der Unternehmervereinigung erneut die Wohnungsbaufrage. Der Rat der Erdölindustriellen-Kongresse antwortete ablehnend. Gleichzeitig wurden unter den Arbeitern Verhaftungen vorgenommen. Nun riefen die Arbeiter eines Bezirks den Streik aus, später schlossen sich auch die anderen Bezirke dem

Streik an, der sich bald in einen allgemeinen Streik verwandelte. An dem Streik beteiligten sich rund 50 000 Menschen.

Geleitet wurde der Streik vom Streikkomitee, das Proklamationen herausgab, organisatorische Fragen regelte, für den Streikfonds sammelte usw. Das Streikkomitee stand in enger Verbindung mit den Parteiorganisationen. Die Arbeiter legten eine lange Liste von Forderungen vor, die mehr als 60 Punkte umfaßte. Die wichtigsten davon waren: Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Wohnungs- und Versorgungsbedingungen in den Erdölrevieren, Zulassung von Vertretern der Arbeiter zur Teilnahme an der Organisation der medizinischen Hilfe, Einrichtung von Siedlungen, Abschaffung von Gratifikationen, Bau von Volkshäusern, Einführung der allgemeinen Schulpflicht usw. In einigen Revieren forderten die Arbeiter ferner die Einführung des Achtstundentages und die offizielle Anerkennung des 1. Mai als Feiertag.

Diese Forderungen, zu denen auch solche wie die allgemeine Schulpflicht und die Anerkennung des 1. Mai als Feiertag gehörten, wiesen darauf hin, daß der Streik auch politischen Charakter hatte, was auf den bedeutenden Einfluß unserer Parteiorganisationen zurückzuführen war. Von den anderen Punkten ist die Forderung nach Abschaffung von Gratifikationen beachtenswert. Allein schon dieser Protest gegen die erniedrigenden Almosen, durch die der Unternehmer die Arbeitermassen in der Hand hatte, zeugte von der hohen Bewußtheit der Bakuer Arbeiter. Trotz der bunten nationalen Zusammensetzung (in den Erdölrevieren arbeiteten Russen, Armenier, Perser und Türken) vereinigte sich die gesamte Masse der Bakuer Arbeiter zum Kampf gegen die Unternehmer.

Auf alle Forderungen der Arbeiter antworteten die Erdölindustriellen mit kategorischer Ablehnung. Die Unternehmer beschlossen, den Arbeitern in nichts nachzugeben und im Kampf gegen den Streik zu den äußersten Mitteln zu greifen. Als die Arbeiter den Streik zu der von den Erdölindustriellen angegebenen Frist nicht einstellten, wurden alle Streikenden entlassen. Die Pässe der Entlassenen wurden der Polizei übergeben. Gleichzeitig wurden die Arbeiter aufgefordert, ihre Wohnungen zu räumen. Im Eiltempo gab das Gericht den zahlreichen Klagen der Erdölindustriellen auf Aussiedlung der in den Erdölrevieren

wohnenden Arbeiter statt. Die Verwaltung der Erdölreviere machte vor nichts halt: Betten wurden aus den Arbeiterkasernen abgefahren, die Öfen in den Wohnungen eingerissen, die Stromzufuhr wurde abgeschnitten und sogar die Wasserleitungen plombiert, so daß die Arbeiterfamilien nicht einmal Wasser entnehmen konnten.

Genauso wie die Verwaltung wütete auch die Polizei. Der Stadthauptmann von Baku verwandelte die Stadt in ein Militärlager. Die Garnison von Baku wurde durch sechs Hundertschaften Kosaken verstärkt, die zum Kampf gegen den „inneren Feind" herbeigeholt worden waren. Die Gewerkschaft der Erdölarbeiter wurde zerschlagen, alle aktiven Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet. Die Arbeiterversammlungen wurden gesprengt, über die Stadt wurde der Ausnahmezustand verhängt: nach acht Uhr abends durfte niemand mehr die Straße betreten.

In den letzten Junitagen wurde von den Bakuer Arbeitern eine Demonstration veranstaltet, an der sich rund 20 000 Menschen beteiligten. Mit Plakaten, auf denen die Forderungen der Arbeiter geschrieben standen, setzte sich die Demonstration auf das Gebäude des Rates der Erdölindustriellen-Kongresse zu in Bewegung. Die Polizei konnte die riesige Menge nicht aufhalten; nun wurden Kosaken herbeigeholt, die die Demonstranten einkreisten und auseinandertrieben. Eine Gruppe von Arbeitern — über hundert Mann — wurde in einen Hof abgedrängt, verhaftet und in das Zentralgefängnis eingeliefert. Zusammen mit den zuvor Verhafteten erreichte die Zahl der Gefängnishäftlinge einige Hundert. Nicht nur die Zellen, sondern auch der Gefängnishof waren überfüllt. Verhaftungen, Ausweisungen auf administrativem Wege, Aussiedlungen, Sperre von Wasser, Licht und Brennstoff — alle diese Maßnahmen wurden von den Unternehmern gemeinsam mit der Polizei in Anwendung gebracht.

Es ist charakteristisch, daß der Stadthauptmann die Erdölindustriellen davor warnte, Forderungen nichtökonomischen Charakters, wie beispielsweise Bildung von Werkkommissionen, das Feiern des 1. Mai, allgemeine Schulpflicht usw., zu erörtern oder anzunehmen. Im Grunde war diese Warnung überflüssig: die Unternehmer dachten nicht einmal daran, den Arbeitern in irgendeiner Weise nachzugeben.

Mit der Entwicklung des Streiks lenkten die Bakuer Arbeiter in immer stärkerem Maße die Beachtung des ganzen Landes auf sich. Beide Seiten, die Unternehmer und die Zarenregierung einerseits und die Arbeiterklasse andererseits, verfolgten mit gespannter Aufmerksamkeit den sich entfaltenden grandiosen Kampf.

Der Erdölausfall infolge des Streiks begann eine Reihe von Industrieorganisationen und in erster Linie die Reeder zu beunruhigen, denen die Stillegung des Schiffsverkehrs drohte.

Die Zarenregierung war der Meinung, die von der örtlichen Behörde in Baku ergriffenen Maßnahmen seien zu lasch. Zum Kampf gegen die Streikenden wurde auf besonderen Befehl Nikolais II. General Dshunkowski, der stellvertretende Innenminister, mit außerordentlichen Vollmachten abkommandiert, der zusammen mit dem Direktor des Polizeidepartements nach Baku reiste.

Mit der Ankunft Dshunkowskis begannen noch härtere Polizeirepressalien. Dshunkowski führte das „allerstrengste" Regime ein: er verbot den Zeitungen, irgend etwas über den Streik zu schreiben, führte die Zensur für alle Telegramme ein, die irgendwie mit dem Streik zusammenhingen, und befahl, ihn über alle Gelder, die in Baku ohne konkrete Zweckbestimmung eintrafen, zu unterrichten, die für die Streikenden bestimmten Beträge aber zu beschlagnahmen und an den Fiskus zu überweisen usw. Mit einem Wort: Dshunkowski, der würdige Chef der gesamten Zarenpolizei und Gendarmerie, „befriedete" und maßregelte nach rechts und nach links. Das war die Einstellung der Zarenregierung, die im Bündnis mit den Erdölkönigen zu den schärfsten Maßnahmen griff, um den hartnäckigen Streik der Bakuer Arbeiter niederzuschlagen.

4. Die Hilfe der Petersburger Arbeiter

Diese Maßnahmen mußten selbstverständlich Empörung und Zorn unter den Arbeitern anderer Städte und in erster Linie unter den Petersburger Arbeitern auslösen, die den standhaft kämpfenden Bakuer Arbeitern zu Hilfe kamen. Gleichzeitig wandten sich auch die Bakuer Arbeiter selber an ihre Kollegen aus den anderen Städten mit der Bitte

um Hilfe. Naturgemäß wandten sie sich in erster Linie an die Dumafraktion, die schon zuvor wiederholt die Hilfe für streikende Arbeiter organisiert hatte. In Petersburg begannen die Vorbereitungen zu einer Hilfsaktion für die Bakuer Arbeiter.

In dem Bericht an den Direktor des Polizeidepartements beschrieb die Ochrana — gewiß nicht ganz lückenlos, aber im allgemeinen mehr oder minder richtig — die vorbereitende Arbeit unserer Partei zur Organisierung der Aktion der Petersburger Arbeiter folgendermaßen: „Der Augenblick des Ausbruchs der jetzt zu beobachtenden Streikbewegung unter den Bakuer Erdölarbeitern fiel ganz zufällig (?) mit einer verstärkten Tätigkeit der Vertreter der revolutionären Illegalität zusammen, die heute bestrebt sind, die Stimmung zu heben und die organisatorische Arbeit in den fortschrittlichen Arbeiterkreisen anläßlich des im Herbst dieses Jahres bevorstehenden Internationalen Sozialistenkongresses im Auslande anzukurbeln. Die Vertreter der sozialistischen Parteien, die in der bloßen Tatsache des erwähnten Streiks Motive und Argumente für entsprechende Agitation und für die Auslösung von Unruhen in dem der Propaganda ausgesetzten Teil der Arbeiter erblickten, beeilten sich, den erwähnten Umstand zur Verstärkung ihrer organisatorischen Arbeit auszunutzen, die sie vor Beginn der Wahlen von Delegierten für den erwähnten Kongreß so sehr brauchen.“[1]

Sodann geht die Ochrana zur Beschreibung der Methoden der Agitationsarbeit über: „Neben den regelmäßig herausgegebenen und offenkundig aufwieglerischen Bulletins über den Verlauf des erwähnten Streiks in den örtlichen legal erscheinenden sozialdemokratischen Presseorganen wurde von den leitenden Kreisen der revolutionären Illegalität die Losung ausgegeben, die Frage des Charakters und der Bedeutung des Bakuer Streiks auf allen laufenden Versammlungen und Zusammenkünften der Arbeiter zu erörtern, um durch den Hinweis auf die unmögliche Lage der Werktätigen unter der bestehenden Staatsordnung die revolutionären Stimmungen in den Arbeiterkreisen zu verstärken und sie dadurch noch mehr für die letztendlichen Ideale der sozialistischen Weltanschauung zu interessieren.

---

[1] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 307, Bl. 330—332, russ.

Durch verstärkte Agentenbeobachtung wurde in der letzten Zeit festgestellt, daß die bedeutsamste Arbeit in der erwähnten Richtung vorwiegend von Badajew, dem in St. Petersburg verbleibenden Mitglied der sozialdemokratischen Dumafraktion persönlich oder aber von ihm nahestehenden und durch ihn angeleiteten Parteifunktionären geleistet wird.

Der genannte Deputierte der Reichsduma und die im Zusammenhang mit ihm beobachteten Personen organisieren unter dem Vorwand wissenschaftlicher Ausflüge Arbeiterversammlungen außerhalb der Stadt, beleuchten systematisch die Ziele und Aufgaben des bevorstehenden Sozialistenkongresses, behandeln den Bakuer Streik, setzen sich für die Solidarität zwischen den einzelnen Arbeitergruppen ein und betonen, daß es dringend notwendig sei, die Streikenden durch entsprechende Maßnahmen sowohl moralischen als auch materiellen Charakters zu unterstützen."[1]

Die Unterstützung der Bakuer Arbeiter kam in erster Linie in den zahlreichen Spenden zum Ausdruck, die bei unserer Fraktion eingingen. Die Geldsammlungen wurden mit großer Begeisterung durchgeführt. In einigen Fabriken und Werken stellten die Arbeiter einen bestimmten Teil ihres Lohnes zur Verfügung. Die „Prawda" druckte regelmäßig Berichte über die Eingänge für die Bakuer Arbeiter ab und forderte in Artikeln und Notizen auf, die Sammlungen weiter zu verstärken. Der Aufruf zur Verstärkung der Spendensammlung für die Streikenden war im Grunde eine Form der revolutionären Agitation. Das war nicht nur den fortschrittlichen Arbeitern, sondern auch den Regierungsstellen klar.

Als die revolutionäre Stimmung in Petersburg anwuchs, unternahm die Regierung einen Versuch, uns die Sammlung von Spenden für die Bakuer Arbeiter unmöglich zu machen. Der Petersburger Stadthauptmann erließ eine „verbindliche Verfügung", die das Sammeln von Geld „für Zwecke, die der staatlichen Ordnung und der öffentlichen Ruhe zuwiderlaufen", untersagte, „und zwar ungeachtet der dabei angewandten Methode, auch das Sammeln durch die Presse in Form von Anzeigen und Aufrufen, das Sammeln von Geld durch die Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften zur Unterstützung von Streikenden,

---

[1] Ebenda.

zugunsten der Verbannten, zur Bezahlung der vom Gericht oder von der administrativen Gewalt auferlegten Strafen sowie andere unzulässige Sammlungen". Für die Durchführung von Sammlungen mit derartiger Zweckbestimmung drohte der Stadthauptmann mit Geldstrafen bis zu 500 Rubel oder mit Haft bis zu 3 Monaten.

Beide Stadthauptleute, der von Baku und der von Petersburg, handelten somit in vollem Einvernehmen: Dort wurde das an die Streikenden adressierte Geld beschlagnahmt; hier legte die Polizei ihre Pranke auf die Sammlungen selbst. Als die „Prawda" die Verfügung des Petersburger Stadthauptmanns an auffallender Stelle veröffentlichte, druckte sie gleich darunter in Fettschrift meine Adresse sowie die Sprechstundenzeit, in der ich Gelder für die Streikenden entgegennahm.

Nach dem Verbot des Stadthauptmanns hörten die Sammlungen nicht auf; im Gegenteil, sie verstärkten sich beträchtlich. Der Befehl der Polizei war gleichsam das Signal, die Hilfe für die Bakuer Arbeiter weiter zu verstärken. Vertreter von Fabriken und Werken brachten mir die Arbeiterspenden für die Streikenden in die Wohnung. Nach einigen Tagen überwies ich nach Baku telegrafisch wieder eine Summe, anderthalbtausend Rubel, die unter den Petersburger Arbeitern gesammelt worden waren. Gleichzeitig schickte ich den Bakuer Arbeitern folgendes Telegramm, das in der „Prawda" veröffentlicht wurde:

„Im Auftrage und im Namen des Petersburger Proletariats schicke ich seinen leidenschaftlichen Gruß dem heroischen Proletariat von Baku, das ein Beispiel an Einmütigkeit und Klassenstandhaftigkeit zeigt. Mit steter Aufmerksamkeit verfolgt das Petersburger Proletariat Euren Kampf."[1]

Im Antworttelegramm an die Redaktion bat das Bakuer Streikkomitee, den Petersburger Arbeitern seinen kameradschaftlichen Dank für die moralische und materielle Unterstützung zu übermitteln.

Die Kampagne zur Unterstützung des Bakuer Streiks wuchs von Tag zu Tag. Als in Petersburg die Aussiedlungen, Ausweisungen und Verhaftungen der Streikenden bekanntwurden, begnügten sich die Petersburger Arbeiter nicht länger mit Geldspenden. Der Bakuer Streik löste

[1] „Trudowaja Prawda" vom 4. Juli 1914.

einen neuen Aufschwung der Klassensolidarität aus, der in Proteststreiks zum Ausdruck kam.

Die Streiks zur Unterstützung der Bakuer Arbeiter und als Protest gegen deren Verfolgung begannen in der zweiten Junihälfte. In den ersten beiden Wochen war die Bewegung verhältnismäßig eng begrenzt und erfaßte nur einzelne Betriebe. Alle unsere Parteiorganisationen betrieben damals verstärkte Agitation für die Erweiterung der Streikbewegung und für die Vorbereitung zur Massenaktion.

Anderseits traf auch die Ochrana, die das Heranrücken einer neuen revolutionären Explosion voraussah, ihre Maßnahmen. Verstärkte Verhaftungen setzten ein. Als die Zarenregierung sah, daß die revolutionäre Bewegung mit jedem Tag stärker wurde, beschloß sie, zum Angriff überzugehen.

5. Beim Innenminister Maklakow

Es begann ein Feldzug gegen die Arbeiterorganisationen. Auf der Suche nach den „prominentesten und aktivsten Agitatoren" richtete die Ochrana ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Bildungsvereine. Die Polizisten zerschlugen den Verein „Obrasowanije", der sich am Sampsonijewski-Prospekt auf der Wyborger Seite befand. In den Räumen des Vereins wurden rund 40 Personen, vorwiegend Parteifunktionäre, verhaftet. Die Polizei „besuchte" fast täglich auch alle anderen Bildungsvereine, überprüfte die Anwesenden, nahm Durchsuchungen und Verhaftungen vor.

Nach dem Überfall auf den Verein „Obrasowanije" forderte ich, vom Innenminister Maklakow empfangen zu werden. Außerdem gab es noch eine Reihe anderer Fragen — Verhaftungen, Verbannungen, Mißhandlungen durch die Polizei usw. —, hinsichtlich deren ich gebeten worden war, im Ministerium vorzusprechen. Der Leiter der Kanzlei des Ministeriums benachrichtigte mich, daß Maklakow den Empfang gleich für den nächsten Tag, in den Morgenstunden, festgesetzt habe.

Das Haus des Ministers an der Fontanka war von einem dichten Netz uniformierter und geheimer Polizei umgeben. Auch alle inneren Räume einschließlich des Ministerkabinetts waren voll von Spitzeln verschie-

dener Gattungen und Dienstgrade. Durch eine Doppelkette von Ochranaleuten, die meine Gestalt mit den Augen zu durchleuchten versuchten, gelangte ich zu Maklakow.

Maklakow, ein noch junger zaristischer Würdenträger, ein Günstling der Zarin, war bemüht, das in ihn gesetzte „Vertrauen" zu rechtfertigen. Er bereitete die endgültige Zerschlagung der Arbeiterorganisationen vor und hatte damit schon begonnen. Natürlich weigerte sich Maklakow kategorisch, die Verhafteten aus dem Verein „Obrasowanije", wo nach seinen Worten eine illegale Bibliothek gefunden worden sei, freizulassen. In allen anderen Angelegenheiten verweigerte er jede Antwort unter dem Vorwand, daß er zuvor Untersuchungen anstellen müsse. Ich bestand jedoch darauf, daß die außer Rand und Band geratene Polizei gezügelt werden müsse. Maklakow brachte das Gespräch auf allgemeine Themen.

„Wir haben den Eid auf Seine Majestät abgelegt und dienen ihr genauso, wie Sie den Eid vor Ihrer Partei abgelegt haben und dieser dienen", sagte Maklakow. „Wir ergreifen alle Maßnahmen und werden gegen die revolutionäre Bewegung kämpfen."

Maklakow wollte zeigen, daß er vortrefflich darüber informiert sei, was unsere Organisation tat.

„Ich weiß, daß Sie illegale Arbeit leisten, Agitationsflugblätter drukken und vertreiben." Mit diesen Worten zog er die Schublade seines Schreibtisches auf und entnahm ihr eine noch frische, soeben gedruckte Proklamation.

Der Entwurf dieser Proklamation war erst zwei Tage zuvor von einer Gruppe von Parteifunktionären in meiner Wohnung verfaßt und redigiert worden. In der vorangegangenen Nacht wurde die Proklamation gedruckt, und jetzt, als ich bei Maklakow saß, waren, meiner Berechnung nach, schon 10 000 bis 12 000 Exemplare davon abgezogen worden. In Vorbereitung des Empfangs hatte Maklakow offenbar angeordnet, daß die Ochrana ihm irgendein Indiz für unsere illegale Arbeit beschaffe. Er wollte demonstrieren, daß man sich vor der Polizei nicht verstecken könne; mag man noch so sorgfältig die Spuren verwischen, der Ochrana sei dennoch alles bekannt. Ich ließ es mir nicht anmerken, daß ich die Proklamation wiedererkannt hatte, sah aber ein, daß ich bei Maklakow nichts mehr zu tun hatte.

„Wir werden mit Ihnen nicht im Kabinett und nicht von der Tribüne aus sprechen", sagte ich zum Abschied. „Die Arbeiterklasse wird die Frage auf der Straße, im Kampf gegen die bestehende Ordnung entscheiden."

Eine Woche später ergoß sich der Kampf der Petersburger Arbeiter tatsächlich auf die Straße und nahm neue, nie dagewesene Ausmaße an.

Kapitel XVIII

Juli 1914

1. Die Erschießung von Putilow-Arbeitern

In den ersten Julitagen begann die Massenbewegung in den Petersburger Fabriken und Werken rasch zu wachsen. Am 1. Juli streikten die Arbeiter der Werke Langensiepen, Röhrenwerk, Lössner, Erikson, Siemens & Schuckert, Aiwas und anderer kleinerer Betriebe. Auf Kundgebungen und in Versammlungen wurden vor der Arbeitsniederlegung Protestentschließungen gegen die Verfolgung von Arbeitern angenommen. „Kollegen in Baku, wir sind mit Euch", „Der Sieg der Bakuer Arbeiter ist unser Sieg", erklärten die Petersburger Arbeiter. In einigen Betrieben legten die Arbeiter, ohne den Streik auszurufen, die Arbeit eine Stunde vor Arbeitsschluß nieder und veranstalteten Kundgebungen, die den Bakuer Ereignissen sowie der Organisierung der materiellen Hilfe für die Streikenden gewidmet waren.

Die Kundgebung, die von den Putilow-Arbeitern im Werkhof veranstaltet wurde, vereinigte 12 000 Menschen. Aber kaum hatte der erste Redner einige Worte gesprochen, als Rufe ertönten: „Polizei!" Durch provokatorische Rufe wurde die Kundgebung gesprengt, und die Putilow-Arbeiter gingen auseinander, ohne eine Entschließung angenommen zu haben. Am übernächsten Tag, am 3. Juli, kamen die Putilow-Arbeiter erneut zu einer Kundgebung zusammen, die dem Bakuer Streik gewidmet war. Die Kundgebung endete mit einem Ereignis, das den Wendepunkt in der Juliaktion der Petersburger Arbeiter bildete.

Zu der Kundgebung am 3. Juli kamen die Putilow-Arbeiter zwei Stunden vor Arbeitsschluß zusammen. Zunächst traten die Arbeiter der Turbinen- und der Turmwerkstatt auf den Hof. Dann schlossen sich ihnen alle übrigen an. Die ganze Tagesschicht versammelte sich, rund 12 000 Menschen. Zwei Redner schilderten die Lage der Bakuer Arbeiter und riefen die Putilow-Arbeiter auf, für die Streikenden zu sammeln und einen eintägigen Proteststreik auszurufen.

Nach Schluß der Versammlung traten die Arbeiter an das Tor und forderten, daß es geöffnet werde. Das Tor wurde geöffnet, aber nicht, um die Arbeiter herauszulassen, sondern nur, um eine Abteilung berittene und unberittene Polizei, die schon seit früh auf dem Werkgelände versteckt worden war, in den Hof zu lassen. Auf Anordnung der Polizei wurde das Tor hinter ihr wieder geschlossen.

Die Polizei forderte die Menge zum Auseinandergehen auf. Doch durch das geschlossene Tor konnten die Arbeiter natürlich nicht hinaus. Nun begannen die Polizisten die Arbeiter zu bedrängen und mit Peitschen auf sie einzuschlagen. Die Arbeiter protestierten. Als Antwort feuerte die Polizei eine Salve ab. Irgend jemand rief: „Auf die Barrikaden!“ Die Menge rannte zu dem Turm im Werkhof, von wo aus in die Reihen der Polizei Steine flogen. Die Polizisten feuerten eine zweite Salve ab. In der Menge brach eine Panik aus. Man hörte die Verwundeten stöhnen. Die Polizisten begannen, Arbeiter einzeln herauszugreifen und unter Bewachung ins Revier abzuführen. Sie verletzten, wie die Arbeiter mitteilten, rund 50 Personen und töteten zwei. Außerdem wurden etwa 100 Putilow-Arbeiter verhaftet und in das nächste Revier abgeführt.

Ich wurde telefonisch von der Niederschießung der Putilow-Arbeiter benachrichtigt und begab mich unverzüglich ins Werk. In der Menge vor dem Werk berichtete man mir über die von der Polizei abgefeuerten Salven, über das brutale Vorgehen mit Säbeln und Peitschen, über die Verwundeten und Verhafteten. Es lagen jedoch keine genauen Informationen über die Zahl der Verwundeten vor. Wie stets in solchen Fällen von Massenpanik waren in der Menge die widersprechendsten Gerüchte im Umlauf. Einmütig war aber die tiefe Empörung über die Niederschießung wehrloser Menschen.

Ich entschloß mich, genaue Informationen bei der Werkverwaltung einzuholen. Aus Furcht vor der Verantwortung wich die Verwaltung einer Unterredung aus. Im Werkkrankenhaus erklärte mir der erschrockene Arztgehilfe, daß er nichts gesehen habe und nichts wisse. Nach seinen Worten seien weder Verwundete noch Tote in das Krankenhaus eingeliefert worden. Nach wiederholter Befragung der Arbeiter im Werk gelang es mir dennoch, das gesamte Bild der Niederschießung zu rekonstruieren und die Zahl der Opfer zu erfahren.

Nun galt es, sich nach dem Schicksal der Verwundeten zu erkundigen. Vom Werk aus begab ich mich in das Peterhofer Revier. Etwa zehn Polizeioffiziere in voller Kampfausrüstung, mit Degengehänge und Revolvertaschen nach außen drängten sich im Zimmer des Reviervorstehers. Ich wandte mich an den Reviervorsteher mit einigen Fragen: Wer hat befohlen, auf die wehrlosen Arbeiter zu schießen, wieviel sind getötet, wer ist verhaftet und mit welcher Begründung? Ich forderte unverzügliche Antwort.

Durch meine Beharrlichkeit verblüfft, versuchte der Reviervorsteher zunächst zu streiten: er sei nicht verpflichtet, irgendeiner unbekannten Person zu antworten, keiner habe das Recht, sich in die Maßnahmen der Polizei einzumischen. Ich mußte meinen Namen nennen und den Deputiertenausweis vorzeigen. Das richtete Verwirrung unter den Polizisten an, die nicht wußten, was sie tun sollten. Der Reviervorsteher telefonierte mit dem Stadthauptmann, von dem er die kategorische Anweisung erhielt, mir keinerlei Auskünfte zu geben. Die Polizisten wollten mich aus dem Revier hinausdrängen. Sie umgaben mich in dichtem Ring und unterbrachen so meine Unterhaltung mit den Verhafteten im Nebenraum.

Das Zimmer, wo sich die Verhafteten befanden, war überfüllt. Man war noch nicht dazu gekommen, sie in die Zellen einzuweisen. Die Verhafteten waren grausam mißhandelt worden. Einige von ihnen lagen auf den Bänken, da sie keine Kraft hatten zu stehen oder zu sitzen. Andere wurden von den Polizisten mit Wasser zur Besinnung gebracht.

Das Stöhnen und die Qualen der Verhafteten, die Brutalität der Polizisten, von denen es in dem ganzen Bezirk um das Werk wimmelte und die auf Schritt und Tritt zeigen wollten, daß sie Herren der Lage

seien, die Panik und die heftige Empörung der Arbeiter — unter dem Eindruck all dessen begab ich mich zu dem üblichen Nachtdienst in die „Prawda"-Redaktion. Ich erzählte alles, was ich gesehen und gehört hatte. Das war bereits spät abends. Wir verfaßten in Eile eine Meldung für die Zeitung. Die Meldung über die Erschießung teilten wir auch der Liquidatorenzeitung und der Redaktion der Zeitung „Den" mit, die in der gleichen Druckerei gedruckt wurde.

Am nächsten Tag erschien die „Prawda" mit einer ausführlichen Meldung über die Erschießung anstelle des Leitartikels. In einer kurzen Notiz erläuterte die Redaktion den Sinn der Ereignisse.

2. Beim Gendarmeriechef Dshunkowski

Noch in der Nacht richtete ich von der „Prawda"-Redaktion aus an den Innenminister telefonisch die Forderung, mich zu Erörterungen über die Putilow-Ereignisse zu empfangen. Maklakow war nicht in der Stadt, an seiner Stelle leitete der stellvertretende Minister, der Gendarmeriechef General Dshunkowski, das Ministerium. Dshunkowski schickte mir seinen Beamten in die Wohnung mit der Mitteilung, daß er mich in der Frühe (um 7 Uhr oder um 8 Uhr) bei sich zu Hause empfangen werde.

Einige Minuten nach der festgesetzten Zeit erschien ich am nächsten Tage in der Sergijewskaja Straße bei Dshunkowski.

„Ich habe mich verspätet", so begann ich die Unterredung, „weil ich die ‚Trudowaja Prawda' die ganze Nacht durch gegen Ihre Pogromhelden verteidigt habe."

Eine solche Entschuldigung versetzte den General sofort in einen nervösen Zustand:

„Gewiß, Sie haben keine Zeit, Sie fahren in die Betriebe und wiegeln die Arbeiter zum Streik auf. Ich wundere mich nur, wie man Sie in die Putilow-Werke gelassen hat. Sie sind Deputierter der Reichsduma, Sie sollen an Sitzungen teilnehmen, dazu sind Sie ja auch gewählt worden. Sie aber gehen statt dessen durch die Betriebe, stiften zum Aufruhr an, geben Proklamationen heraus, verlegen eine Zeitung, die sich schon am

frühen Morgen mit Aufwiegelei befaßt." Er wies auf die frisch gedruckte Nummer der „Trudowaja Prawda" hin, die bereits auf seinem Tisch lag. „Ich habe angeordnet", fuhr Dshunkowski fort, „daß eine Sonderkommission gebildet wird, um Sie und Ihre Zeitung rasch vor Gericht zu bringen."

„Ich werde nicht das erstemal wegen verschiedener Artikel strafrechtlich belangt, dazu sind Sie imstande. Ich bin nicht deswegen hergekommen. Sagen Sie, welches Recht hatte die Polizei, die Putilow-Arbeiter niederzuschießen? Ihre Antwort werde ich den Arbeitern der Petersburger Fabriken und Werke ausrichten."

„Es sind dort keine Schüsse gefallen. Die Polizei hat nur zwei Salven mit Platzpatronen abgefeuert."

Dshunkowski erhob sich, ich ebenfalls. Wir standen uns gegenüber wie vor einem Handgemenge.

„Wir werden nicht dulden, daß die Arbeiter mit Pflastersteinen Polizisten mißhandeln, die mit Gewehren und Säbeln bewaffnet sind. Die Polizei wird auch künftighin in solchen Fällen schießen. Eben dazu ist sie bewaffnet."

„Eine andere Antwort unserer Minister hat keiner erwartet. Mir war sie im voraus bekannt, und ich werde sie an die Fabriken und Werke weitergeben. Sie können es mir nicht verbieten, dort hinzufahren. Ein Arbeiterdeputierter wird sich, zu einer Zeit, da die Mißhandelten in den Polizeirevieren mit Wasser zur Besinnung gebracht werden, niemals allein mit Gesprächen in der Duma begnügen."

Ich brach das Gespräch schroff ab und verließ den Chef der zaristischen Henker. Meine Unterredung mit Dshunkowski wurde in der „Prawda" veröffentlicht. Die Zeitung wurde beschlagnahmt. In der nächsten Nummer druckte die Zeitung erneut dieses Gespräch ab. Die Arbeiter sollten erfahren, daß die Schüsse in den Putilow-Werken nicht zufällig waren, daß es sich um ein System handelte, von dem die Zarenregierung nicht einen Schritt abweichen würde.

Die Mitteilung von der Erschießung der Putilow-Arbeiter machte auf die gesamte Masse der Petersburger Arbeiter einen erschütternden Eindruck. Die Empörung und der Zorn, von denen die Arbeiter erfaßt wurden, als sie von der Abrechnung in den Putilow-Werken erfuhren,

waren nur mit der Stimmung nach der Meldung über die Erschießungen an der Lena zu vergleichen.

Die Ochrana, die in jeder Aktion nur das Ergebnis „verbrecherischer Agitation“ sah, teilte in ihrem Bericht an das Polizeidepartement mit, daß „das Erscheinen von Artikeln und Notizen über die Erschießung der Putilow-Arbeiter in der Arbeiterpresse auf die Arbeitermasse außerordentlich starken und folgenschweren Eindruck gemacht hat“[1].

Die Polizei beeilte sich, den ausgebrochenen Brand zu löschen. Die Nummern der „Prawda“ mit den Meldungen über die Erschießung wurden allen Zeitungshändlern ohne irgendeine Verfügung über die Beschlagnahme der Zeitung von der Polizei fortgenommen. Die Zeitung wurde nicht nur auf der Straße beschlagnahmt. Im Narwa-Bezirk wurden Haussuchungen in den Wohnungen aller dort lebenden Zeitungshändler vorgenommen. Die Polizei beschlagnahmte jede Nummer der „Prawda“, die ihr unter die Augen kam.

3. „Badajew an den Galgen!“

Die Schwarzhunderter aller Schattierungen witterten Gefahr und forderten ein hartes Vorgehen. Sie riefen die Polizisten auf, ihre Pflicht vor dem Zaren und dem Vaterlande bis zum Äußersten zu erfüllen und die auflodernde revolutionäre Bewegung unverzüglich auszutreten. „Russkoje Snamja“, die Zeitung des „Bundes des russischen Volkes“, forderte hysterisch Blut.

„Am 4. Juli“, so schrieben die Dubrowin-Leute, „erschien die Nr. 32 der aufrührerischen Zeitung ‚Trudowaja Prawda‘ im Verlag eines gewissen Gerb. Dort wird in dem Artikel ‚Erschießung‘ mit Vorbedacht lügnerisch mitgeteilt, daß die Polizei auf die Putilow-Arbeiter geschossen und vier Menschen getötet habe. Dieses Blättchen ging unter den Putilow-Arbeitern von Hand zu Hand, und natürlich wurde die Falschmeldung, daß vier Menschen getötet seien, von den vertrauensseligen

[1] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 307, Bl. 344—348, russ.

Putilow-Arbeitern geglaubt, als pure Wahrheit aufgenommen, und sie, die Einfaltspinsel, ließen sich damit ködern wie die dummen Karauschen. In dem biederen Glauben, daß vier Menschen getötet seien, verloren die Putilow-Arbeiter völlig den Kopf, schenkten der Stimme der Verräter am Zaren und am Vaterlande Gehör und gingen den Weg, der zuerst zum Verrat und sodann zum Galgen führt.

In der gleichen Zeitung erfahren wir aus dem Artikel ‚Gruß an die Streikenden Bakus', daß Badajew im Auftrage und im Namen des Petersburger Proletariats einen leidenschaftlichen Gruß dem heroischen Proletariat in Baku, das ein Beispiel an Einmütigkeit und Klassenstandhaftigkeit biete, sendet und mitteilt, das Petersburger Proletariat verfolge mit gespannter Aufmerksamkeit seinen Kampf. Dieser Aufruf zur Meuterei wurde vom Deputierten Badajew unterschrieben. Somit ist klar, daß der Deputierte Badajew der Anführer der Meuterei von Arbeitern, darunter auch von Putilow-Arbeitern ist und die Arbeiter in Baku zur Meuterei anstiftet. Er, dieser Verräter, verleumdet frech die Putilow-Arbeiter und setzt die Arbeiter bewußt den Schlägen, den Kugeln aus. Und das geschieht zu einer Zeit, da nach Baku auf allerhöchsten Befehl ein General geschickt wurde, um die Arbeiter zu befrieden. Nach alldem haben wir das Recht zu rufen: ‚Badajew an den Galgen!'

Somit droht Herr Badajew als Anführer des Petersburger Proletariats mit der entschlossenen und einmütigen Meuterei aller Arbeiter. Das heißt, daß auf ein Handzeichen Badajews, wann es ihm beliebt (eine Zeit hat er nicht festgesetzt), beispielsweise im Falle der Mobilmachung oder im Falle des Krieges, er die ganze dumme Arbeiterherde zur Erhebung bringt, sie gegen die friedlichen Bürger hetzt und daß in ganz Rußland Blut im brudermörderischen Gemetzel fließen wird; er werde der Reaktion (lies: Selbstherrschaft) die Rechnung vorlegen und Rußland allerorts mit Illuminationen erleuchten. Offenbar lassen dem Herrn Badajew die Lorbeeren von Rasin und Pugatschow keine Ruhe. Wir nehmen an, daß die Regierung nicht auf das Handzeichen Badajews warten, sondern die Wirkung des Ausnahmezustandes auf den gesamten Stadtbezirk ausdehnen und zur Befriedung des dank der Anstiftung Badajews aufgeregten Petersburger Proletariats befehlen sollte,

Badajew nach den Gesetzen der Kriegszeit als ersten zum Galgen zu führen."

Der Artikel trug offen und zynisch die Überschrift: „Badajew an den Galgen!" Die Schwarzhunderter nahmen wie üblich an, daß man nur die „Anstifter" zu vernichten brauche, damit sich die Arbeiter in gehorsame Söhne des „Zaren und des Vaterlandes" verwandelten.

4. Die Welle der revolutionären Bewegung

Keine Proteststreiks, sondern Streiks der Empörung erfaßten gleich am nächsten Tag nach der Erschießung der Putilow-Arbeiter alle Fabriken und Werke Petersburgs. Seit früh streikten 90 000 Menschen.

„Als wir die Meldung über das neu vergossene Blut hörten", erklärten in ihrer Entschließung die Arbeiter des Werkes Winkler, „beschlossen wir, die Arbeit nicht aufzunehmen, sondern auf die neue Herausforderung mit einem Streik zu antworten. Es gibt keine Worte für unsere Empörung. Wir haben nicht die Kraft, länger zu dulden..." Etwa 100 solcher Entschließungen wurden in der am nächsten Tage erscheinenden Nummer der „Prawda" abgedruckt.

Vom frühen Morgen an waren die Straßen in allen Arbeiterbezirken voll von Demonstranten. Die Arbeiter legten die Arbeit nieder und zogen mit roten Fahnen und unter dem Gesang revolutionärer Lieder zu den benachbarten Werken und riefen die Kameraden auf, sich dem Streik anzuschließen. Die Arbeitermengen wuchsen wie eine Lawine. Die Demonstrationen gestalteten sich zu gewaltigen einmütigen Aktionen ganzer Bezirke.

Besonders stürmisch verliefen die Demonstrationen im Moskauer Bezirk. Gegen zehn Uhr hatten alle Fabriken und Werke des Moskauer Bezirks die Arbeit eingestellt. Alle Arbeiter befanden sich auf den Straßen. Auf Verlangen der Arbeiter wurden alle Gaststätten und Spritläden der Regierung geschlossen. Die Läden und Stände schlossen auch, da die Handelsgehilfen sich den Demonstranten anschlossen.

Gegen Mittag bildete sich eine riesige Menge, die sich zu den Putilow-Werken begab. Man zog unter dem Gesang revolutionärer Lieder, an der Spitze der Demonstration wehte die rote Fahne. An der Putilow-Abzweigung stieß die Menge auf eine Polizeiabteilung. Auf die Demonstranten wurden einige Salven abgefeuert, aber die Menge ging nicht auseinander. Wieder wurden Steine geworfen. Zwischen der Polizei und den Demonstranten kam es zu einem Handgemenge, das 15 Minuten dauerte. Die Polizisten wandten sich zur Flucht und feuerten dabei die letzten ihnen verbliebenen Patronen ab. Einige Polizisten versteckten sich zusammen mit ihren Offizieren im nächsten Hause. Von den Demonstranten wurden vier Arbeiter schwer verwundet. Vom Schauplatz des Handgemenges wurden sie in das Obuchow-Krankenhaus eingeliefert. Am gleichen Tag sah ich die Verwundeten abends im Krankenhaus. Die Lage zweier von ihnen war sehr bedenklich.

Zu einem anderen großen Zusammenstoß kam es an diesem Tage auf der Wyborger Seite. Eine große Arbeitermenge mit den Arbeitern der Aiwas-Werke an der Spitze begab sich über den Sampsonijewski-Prospekt in die Stadt. In der Nähe des Werkes „Nowy Lössner“ trat den Demonstranten eine Polizeiabteilung in den Weg, die mit Steinwürfen empfangen wurde. Es fielen Schüsse, die glücklicherweise niemanden verletzten. Die Menge wurde in die Seitenstraßen abgedrängt.

Kleine Raufereien und Zusammenstöße mit der Polizei ereigneten sich im Verlaufe des ganzen Tages in allen Stadtbezirken.

Am gleichen Tage erörterte das Petersburger Komitee der Partei spät abends den weiteren Aktionsplan. Unsere Aufgabe bestand darin, die vorläufig noch zersplitterten Aktionen der Arbeiter zu vereinigen und sie in eine einheitliche machtvolle Bewegung zu verwandeln. Es wurde beschlossen, den Massenstreik noch weitere drei Tage fortzusetzen und neue Straßenaktionen, vor allem auf der Wyborger Seite, zu organisieren.

Eine Straßendemonstration wurde für den 7. Juli vorgesehen, den Tag, da in Petersburg Poincaré, der Präsident der Französischen Republik, eintreffen sollte. Während sich die Partei zuvor an die Arbeitermassen mit dem Appell wandte, den Bakuer Streik zu unterstützen,

wurde jetzt der Protest gegen die Erschießungen der Arbeiter in Petersburg als Hauptlosung der Bewegung aufgestellt. In diesem Sinne war das im Namen des Petersburger Komitees herausgegebene Flugblatt an das gesamte Petersburger Proletariat verfaßt.

„Die niederträchtigen Verhöhnungen der Zarenregierung", so hieß es in dem Flugblatt, „haben die äußerste Grenze erreicht. In ganz Rußland hat sich die Arbeiterklasse zum Kampf für ein menschliches Dasein erhoben, und überall findet sie als Antwort auf ihre Forderungen Peitschen und Kugeln, Gefängnis und Verbannung. Die betrunkene Polizeihorde, die über die Putilow-Arbeiter herfiel, vollstreckte lediglich den Willen der Zarenregierung. Mit spontaner Empörung antwortete die Arbeiterklasse Petersburgs auf diesen Versuch, die blutigen Lena-Ereignisse gegen die fortgeschrittenen Arbeiter zu wiederholen. Wir müssen der Bande der Volksunterdrücker zeigen, daß die Arbeiterklasse bereit ist, ihnen eine Abfuhr zu erteilen, daß sie nicht gestatten wird, blutige Pogrome zu veranstalten. Möge der Schrei des Protestes und der Empörung durch ganz Petersburg, durch ganz Rußland schallen. Indem wir den heroisch begonnenen Proteststreik unterstützen, rufen wir Euch, Genossen, auf, durch einen dreitägigen Streik Euren Willen, Eure Geschlossenheit, Eure Empörung gegen das gesamte Regime der Zarenmonarchie zu bekunden. Am Freitag, Sonnabend und Montag darf keine Fabrikesse rauchen, kein Hammerschlag fallen, kein Laden geöffnet werden. Mögen sich die Kollegen Straßenbahner dem gesamten bewußten Proletariat anschließen. Nur mit eigener Kraft werden wir das Joch der absolutistischen Räuberbande stürzen. Nur durch revolutionären Kampf werden wir ein menschliches Leben erringen. So schließt Euch Kollegen alle, Arbeiter, Handelsgehilfen, Straßenbahner, Angestellte, dem allgemeinen dreitägigen Streik an. Laßt uns den gedungenen Mördern des Kapitals und der Gewalt unsere Kraft entgegenstellen. Unseren dreitägigen Streik wollen wir durch eine Protestdemonstration abschließen. In geschlossenen Reihen mögen die Arbeiter als *friedliche* Prozession mit ihren Fahnen und Liedern am Montag um 10 Uhr früh durch die Straßen von Petersburg ziehen. Denn die Zeit für einen bewaffneten Aufstand ist noch nicht gekommen, und wir bitten die Kollegen, sich der Ausschreitungen zu enthalten.

Es lebe der dreitägige politische Massenproteststreik!!! Fort mit den zaristischen Mördern und der Zarenmonarchie!!! Ehre und Ruhm den gefallenen Kameraden!!! Es lebe der Kampf für die demokratische Republik!!! Es lebe der Sozialismus!!!"[1]

Um einen gemeinsamen Aktionsplan festzulegen und die Vertreter der Werke zu informieren, sollte eine Versammlung außerhalb der Stadt an der Irinowskaja Eisenbahn, auf der Station Porochowyje veranstaltet werden. Den Vertretern der Werkzellen wurden Losungen mitgeteilt, auf die hin Wachposten zeigen sollten, wie man durch den Wald an den Versammlungsort gelangte.

Am 5. Juli wiederholten sich in Petersburg die gleichen Bilder wie am Tage zuvor. Dem Streik schlossen sich weitere Betriebe an. In verschiedenen Stadtbezirken kam es erneut zu Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit der Polizei. Schüsse fielen an diesem Tage nicht, dafür ging die Polizei mit kalten Waffen, mit Säbeln und Peitschen, vor.

Der 6. Juli war ein Sonntag. An diesem Tage gab es keine großen Aktionen. In den Arbeiterbezirken wurden verstärkte Vorbereitungen für den nächsten Tag getroffen, für den eine Massenaktion der Petersburger Arbeiter angesetzt worden war.

Seit den frühen Morgenstunden des 7. Juli bot die Stadt ein Bild, das an die Tage von 1905 erinnerte. Mit sehr unbedeutenden Ausnahmen standen alle Fabriken und Werke still. Es streikten 130 000 Menschen. Wie ein breiter Strom ergoß sich die Arbeiterbewegung auf die Straße. Die Polizei war nicht imstande, die Menge der Demonstranten aufzuhalten, die die Polizeisperren hinwegfegten und durch die Straßen zogen. Das einzige, was die Polizei tat — sie verhinderte die Demonstration auf dem Newski Prospekt. Aus Furcht vor einer „Blamage" vor dem französischen Präsidenten riegelte ein starkes Polizeiaufgebot das Stadtzentrum ab und verhinderte das Eindringen der Arbeiterdemonstrationen.

Die Aktion vom 7. Juli beschränkte sich bereits nicht mehr auf Demonstrationen allein. Die Arbeiter unterbrachen den normalen Straßenverkehr. Schon die ersten Straßenbahnen, die in der Frühe das

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Bd. II, S. 108, russ.

Wyborger Straßenbahndepot verließen, wurden von den Arbeiterdemonstrationen aufgehalten. Man nahm den Straßenbahnführern die Schlüssel und die Griffe fort und veranlaßte die Fahrgäste zum Aussteigen. Gegen Mittag wurde der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen, aber zwei Stunden später hatten ihn die Arbeiter erneut stillgelegt. Ebenso wie auf der Wyborger Seite wurde der Straßenbahnverkehr auch in anderen Stadtbezirken angehalten. Einige Arbeitergruppen, die nicht darauf gekommen waren, dem Fahrer die Schlüssel vom Motor wegzunehmen, schlugen die Scheiben der Straßenbahnwagen ein, bestiegen die angehaltenen Wagen und gestatteten nicht, den Strom einzuschalten. Am Nachmittag schloß sich eins der Straßenbahndepots dem allgemeinen Streik an. Auf diese Weise wurde der Straßenbahnverkehr in der Stadt weiter eingeschränkt.

An vielen Stellen hatten die Arbeiter alle Läden und Verkaufsstellen geschlossen; das wurde zum Teil durch das Verhalten der Handelsgehilfen begünstigt, die die Arbeit liegenließen und sich den Demonstranten anschlossen. In erster Linie schlossen die Arbeiter alle staatseigenen Spritläden, Gaststätten und Kneipen. Bereits am Samstag abend ging auf der Wyborger Seite eine Gruppe von Arbeiterinnen, etwa 50 Personen, durch alle Gaststätten und Kneipen, kippte das servierte Bier auf den Tisch, zerschlug die Schnapsflaschen und zwang die Besitzer, die Türen zu schließen. Hier und da weigerten sich die Verwalter der staatseigenen Spritläden, sich der Menge zu fügen, dann wurden sie mit Gewalt entfernt. Die bürgerlichen Zeitungen schrieben später höchst erstaunt über die absolute Nüchternheit, die in diesen Tagen in den Arbeiterbezirken geherrscht hatte.

Durch die Erfahrungen der vorangegangenen Tage gewitzigt, wagte es die Polizei diesmal nicht, zu den Feuerwaffen zu greifen. Aber wenn die Arbeiter zerstreut vorgingen, stürzten sich die Polizisten auf einzelne Arbeiter, schlugen sie mit Peitschen und Säbeln und schleppten sie aufs Polizeirevier. Die Arbeiter versuchten ihrerseits, die Verhafteten zu befreien, und verprügelten nicht selten die Polizisten aufs schwerste. Die Menge, die auf die Straße getreten war, fürchtete bereits nicht mehr die Polizei. Handgemenge, Steinwürfe gegen Polizisten, das war in diesen Tagen nichts Außergewöhnliches.

Der ganze 7. Juli verlief unter revolutionären Aktionen der Petersburger Arbeiter. Diese Aktionen machten auf die Zarenregierung sehr bedrohlichen Eindruck. Am Abend fand eine Sonderberatung des Petersburger Stadthauptmanns mit dem Innenminister Maklakow statt. Es wurde beschlossen, scharfe Maßnahmen zu ergreifen. Am nächsten Tag erließ der Stadthauptmann einen Aufruf an die Bevölkerung mit der Warnung, daß zur Beendigung der Unruhen die äußersten Maßnahmen getroffen werden würden. Kurzum, es wurde der berüchtigte Befehl Trepows aus dem Jahre 1905 wiederholt: „Mit den Patronen nicht geizen!"

Trotz all dieser Maßnahmen ging die Bewegung nicht zurück, sondern wuchs vielmehr von Tag zu Tag. Die folgenden Tage, vom 8. bis 12. Juli, waren die stürmischsten. Die Zahl der Streikenden blieb die ganze Zeit auf dem Stand von rund 150 000 Menschen.

Am 9. Juli tauchten in den Straßen von Petersburg Barrikaden auf. Zum Bau von Barrikaden dienten angehaltene Straßenbahnwagen, Tonnen, Pfeiler. Das alles wurde mit Draht umflochten. Ein großer Teil der Barrikaden war auf der Wyborger Seite erbaut worden: an der Ecke des Sampsonijewski und des Baschenny Prospekts, des Fljugow- und des Murinski Prospekts, der Pargolowskaja Straße und des Murinski Prospektes, der Serdobolskaja Straße und des Jasykow Prospektes und an anderen Straßenkreuzungen. Im Bezirk der Wassiljewski Insel wurden die Barrikaden aus Tonnen auf dem Großen Prospekt errichtet. An der Sestrorezker Eisenbahn wurde durch eine Barrikade der Zugverkehr aufgehalten.

Die Juli-Bewegung 1914 wurde durch die Kriegserklärung zum Stillstand gebracht, obwohl die Streiks zwei Tage vor der Kriegserklärung am 17. Juli aufhörten. Aber bereits an diesem Tag lebte die Stadt in der Atmosphäre der heranreifenden Kriegskrise. Schon eine Woche vor der Kriegserklärung begannen in Petersburg patriotische Kundgebungen. Unter solchen Umständen fiel es der Polizei bereits leichter, mit den Aktionen der Arbeiter fertig zu werden. Gleichzeitig erklärten sich die Fabrikanten und Werkbesitzer, die zunächst die Aussperrung verkündet hatten, was wiederum die revolutionäre Stimmung der Arbeiter erhöhte, nunmehr im Zusammenhang mit den Aussichten auf Kriegsaufträge zu Zugeständnissen bereit.

Es ist durchaus möglich, daß die Juli-Aktion auch unter normalen Umständen noch nicht die „neunte Woge“ gewesen wäre. Aber jedenfalls wäre der endgültige Sturmangriff auf den Zarismus — hätte es keinen Krieg gegeben — die nächste, sehr bald nach dem Juli anbrechende Etappe gewesen. Der Krieg hat diesen Sturm fast zweieinhalb Jahre aufgeschoben. Juli 1914 und Februar 1917, die durch die Kriegsjahre getrennt sind, schließen sich in der allgemeinen Kette der revolutionären Bewegung unmittelbar aneinander an.

Kapitel XIX

Die „Prawda“

1. Die Rolle der „Prawda“ in der revolutionären Bewegung

In der Entwicklung der revolutionären Bewegung am Vorabend des ersten imperialistischen Krieges hat die „Prawda“ eine in ihrer Bedeutung außerordentliche Rolle gespielt. Die „Prawda“ entstand mit dem neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung. Am 22. April (5. Mai) 1912 erschien die erste Nummer der „Prawda“. Seitdem gilt der 5. Mai als der Festtag der Arbeiterpresse.

Gleich von den ersten Tagen ihres Bestehens an wurde die „Prawda“ zu einem der Haupthebel unserer Partei. Nicht nur die Redaktion und die Gruppe von Funktionären, die an der Leitung der Zeitung teilnahmen, sondern auch jeder, der die „Prawda“ vertrieb, der sie las, wurde faktisch zum Organisator der Arbeitermassen. Der revolutionäre Arbeiter hielt es für seine unbedingte Pflicht, täglich seine bolschewistische Zeitung zu lesen, sie sich unter allen Umständen zu beschaffen, welche Schwierigkeit ihm das auch bereitete. Jede Nummer der „Prawda“, die von Hand zu Hand ging, befriedigte Dutzende Leser, formte ihr Klassenbewußtsein, erzog und organisierte, kurzum, leistete ein großes revolutionäres Werk.

Der Erfolg der „Prawda“ unter den Arbeitermassen erklärte sich durch ihre feste, bolschewistische Linie, dadurch, daß sie im Gegensatz

zu der opportunistischen Liquidatorenpresse („Lutsch“ und anderen Zeitungen) die Fragen nicht versteckt, sondern offen, geradeheraus stellte. Während die Auflage des „Lutsch“ zum Zeitpunkt der stärksten Verbreitung dieser Liquidatorenzeitung über 15 000 bis 16 000 nicht hinausging, wurden von der „Prawda“ im Durchschnitt 40 000 Exemplare täglich abgesetzt.

Dreiviertel aller Abonnenten der Arbeiterpresse entfielen auf die bolschewistische Zeitung. Das gleiche Verhältnis war auch bei den Sammlungen für Herausgabe von Zeitungen festzustellen. Die mit den eigenen Mitteln der Arbeiter geschaffene „Prawda“ wurde die ganze Zeit hindurch von der Arbeitermasse unterstützt, während die Liquidatoren ihre Zeitung vor allem dank den großen Spenden einzelner, mit den Menschewiki sympathisierender Personen herausgaben. Im Jahre 1913 gingen bei der „Prawda“ von Arbeitergruppen 2180 Spenden, bei dem „Lutsch“ indessen weniger als ein Drittel davon, 660 Spenden, ein. Im nächsten Jahre erhielt die „Prawda“ (bis Mai) 2873 Spenden, der „Lutsch“ dagegen 671. Was die Zahl der Korrespondenzen, der Briefe an die Redaktion und der Besucher betrifft, ließ die „Prawda“ die Liquidatorenpresse weit hinter sich.

Auf jedes politische Ereignis, auf jeden Sieg und jede Niederlage der Arbeiterklasse reagierten die Arbeiter, indem sie der „Prawda“ Briefe, Grußbotschaften, Entschließungen, Berichte usw. zuschickten. Die vier Zeitungsseiten konnten — auch im später vergrößerten Format — diesen Strom der Arbeiterkorrespondenzen nicht fassen. Manche Korrespondenzen mußten lange liegen, ehe sie gedruckt werden konnten.

Viele Korrespondenzen konnten auch mit Rücksicht auf die Zensur nicht veröffentlicht werden. Die Arbeiter brachten ihre Einstellung zur zaristischen Ordnung in scharfer Form zum Ausdruck und äußerten ihre Bereitschaft zum revolutionären Kampf. Die legal erscheinende Zeitung konnte nicht alles abdrucken. Gerade wegen der Arbeiterkorrespondenzen wurde die Zeitung häufig mit Geldstrafen belegt oder beschlagnahmt. Das war eine derart gewohnte Erscheinung, daß die Arbeiter bei der Einsendung ihrer Korrespondenz im voraus schrieben: „Sollte die Zeitung beschlagnahmt werden, bitten wir, unsere Mitteilung noch einmal in der nächstfolgenden Nummer abzudrucken.“

Die „Prawda“ war mit den Arbeitermassen nicht nur durch Briefe und Korrespondenzen verbunden. Eine gewaltige Rolle spielte die lebendige Verbindung der Zeitung mit den zahlreichen und ständigen Besuchern der Redaktion. Die „Prawda“-Redaktion war einer der wichtigen Knotenpunkte der organisatorischen Arbeit der Partei. Hier wurden Begegnungen mit Vertretern örtlicher Parteizellen arrangiert, hier strömte die ganze Information über die Arbeit in den Betrieben zusammen, hierher wurden Direktiven, Treffs usw. übermittelt.

Die zaristische Ochrana begriff sehr wohl, was für ein gefährlicher Feind die bolschewistische „Prawda“ war. Nur den ununterbrochen anwachsenden revolutionären Stimmungen unter den Petersburger Arbeitern war es zu verdanken, daß die Zarenregierung es über zwei Jahre lang nicht wagte, mit der Arbeiterzeitung endgültig abzurechnen. Dafür drangsalierte sie nach verschiedenartigsten Polizeimethoden tagtäglich die Zeitung und bemühte sich, diese von den Arbeitern eroberte Festung gleichsam „auszuhungern“.

Das Bestehen der „Prawda“ war ein ununterbrochener Kampf für jede Zeile, die die Druckpresse verließ. Verhaftungen, Geldstrafen, Beschlagnahmen hagelten auf die „Prawda“ hernieder und ließen der Zeitung weder Ruhe noch Aufschub.

Die „Prawda“ bestand etwas über zwei Jahre. Ihre Geschichte ist ein ununterbrochener Kampf um ihre Existenz. Unter dem Titel „Prawda“ erschien die Zeitung vom 22. April 1912 bis zum 5. Juli 1913. Sie war immerfort Repressalien — Beschlagnahmen, Geldstrafen usw. — ausgesetzt und wurde am 5. Juli 1913 verboten.

Anstelle der „Prawda“ begann die „Rabotschaja Prawda“ zu erscheinen — vom 13. Juli bis zum 1. August 1913. Von den 17 herausgegebenen Nummern wurden 12 beschlagnahmt und zwei mit je 500 Rubel Strafe belegt.

Nach dem Verbot der „Rabotschaja Prawda“ begann die „Sewernaja Prawda“ zu erscheinen. Die erste Nummer erschien am 1. August und die letzte am 7. September 1913. Von den 31 herausgegebenen Nummern wurden 20 beschlagnahmt und drei mit Geldstrafen in Höhe von insgesamt 1250 Rubel belegt.

Die „Sewernaja Prawda“ wurde von der „Prawda Truda“ — vom 11. September bis 9. Oktober 1913 — abgelöst. Von den 20 erschienenen Nummern der Zeitung wurden 13 beschlagnahmt und eine Nummer mit 250 Rubel bestraft.

Anstelle der verbotenen „Prawda Truda“ begann „Sa Prawdu“ — vom 1. Oktober bis zum 5. Dezember 1913 — zu erscheinen. Von den 52 Nummern der Zeitung wurden 21 beschlagnahmt und drei mit Geldstrafen belegt.

Sie wurde von der „Proletarskaja Prawda“ abgelöst — vom 7. Dezember 1913 bis zum 21. Januar 1914. Von 34 Nummern wurden 12 beschlagnahmt.

Statt der verbotenen „Proletarskaja Prawda“ begann der „Put Prawdy“ zu erscheinen — vom 22. Januar bis zum 21. Mai 1914. Insgesamt erschienen 92 Nummern, davon wurden 12 beschlagnahmt und 5 mit Geldstrafen belegt.

Vom 23. Mai bis 8. Juli 1914 erschien anstelle des verbotenen „Put Prawdy“ die „Trudowaja Prawda“. Von 35 Nummern wurden 5 beschlagnahmt und eine mit Geldstrafe belegt. Am 8. Juli 1914 stellte die „Prawda“ ihr Erscheinen ein, da die Redaktion der Zeitung von der Ochrana vollkommen zerschlagen und ihre Mitarbeiter verhaftet waren.

Die Partei schuf ihre Zeitung unter ungemein schwierigen Bedingungen. Das Zentralkomitee maß der Zeitung außerordentliche Bedeutung bei und hielt sie für eines der Hauptgebiete der revolutionären Arbeit. Der Gruppe von Genossen, die unmittelbar in der „Prawda“ arbeiteten, übertrug das Zentralkomitee schwere und bedeutsame Aufgaben.

Große Bedeutung bei der Festigung und Unterstützung der „Prawda“ hatte die Dumafraktion der Bolschewiki.

Gute Arbeit leistete in der „Prawda“-Redaktion W. M. Molotow. Als Student des Polytechnischen Instituts war Genosse Molotow einer der Leiter des vereinigten Komitees der sozialdemokratischen Fraktionen der Hochschulen, das ganz und gar unter dem Einfluß der Bolschewiki stand. Gleichzeitig war Genosse Molotow Mitglied des Petersburger Komitees der Bolschewiki und leistete propagandistische Arbeit

im Wyborger Bezirk sowie unter den Eisenbahnern der ehemaligen Nikolai-Eisenbahn. In der „Prawda" war Genosse Molotow Sekretär der Redaktion.

Die „Prawda"-Redaktion war faktisch der legale Stab der illegalen bolschewistischen Arbeit. Hierher kamen Vertreter aus den Arbeiterbezirken, hier vereinbarte man illegale Versammlungen und Aktionen, hier gab man die Treffs an, führte Sammlungen von Mitteln für revolutionäre Zwecke durch, organisierte die Leitung der Streiks usw. Zehntausende von Korrespondenzen aus allen Teilen Rußlands über das Leben der Werktätigen, über ihren Kampf gegen die zaristische Willkür und Ausbeutung rüttelten das Bewußtsein breiter Massen wach und bezogen sie in den revolutionären Kampf ein.

Genosse Molotow war stets im Zentrum, war stets der Hauptleiter dieser gesamten Arbeit und brachte der Arbeiterzeitung besondere Liebe entgegen. Die Arbeiter kannten sehr gut den jungen Studenten des Polytechnischen Instituts, den Sekretär der „Prawda", von dem sie Hinweise erhielten, der die Notizen der Arbeiter korrigierte, in der revolutionären Arbeit half und selbst unter verschiedenen Namen Artikel und Notizen für die „Prawda" schrieb.

In seinen Erinnerungen anläßlich des zehnjährigen Bestehens der „Prawda" — am 5. Mai 1922 — beschrieb Genosse Molotow lebendig diese Periode seiner Arbeit: „Damals flutete in mein Zimmer des Redaktionssekretärs ein Strom von Menschen und Ereignissen von einer so frischen revolutionären Stärke und Kühnheit, wie es sie nur in solchen denkwürdigen Perioden gibt wie die Epoche der Arbeit der ‚Prawda'."

2. Die „Prawda" und die bolschewistische Dumafraktion

Unsere Fraktion in der Reichsduma und die „Prawda" waren eng miteinander verbunden, bildeten ein einheitliches Ganzes. Nur mit Hilfe der Zeitung konnten wir, die Mitglieder der Dumafraktion, jene Aufgaben lösen, die uns von der Partei und der revolutionären Bewegung gestellt wurden. Die Duma benutzten wir als eine Tribüne, von der aus man über die Köpfe jedweder Parlamentarier hinweg zu den

breiten Arbeitermassen sprechen konnte. Doch die Dumatribüne konnte nur ausgenutzt werden, wenn man eine eigene, eine Arbeiterpresse besaß. Die sogenannten liberalen Zeitungen widmeten unseren Reden insgesamt zwei bis drei Zeilen oder schwiegen sie gar völlig tot. Hätte es keine bolschewistische Arbeiterpresse gegeben, wären unsere Reden in den vier Wänden des Taurischen Palastes steckengeblieben.

Doch darauf beschränkte sich die Unterstützung unserer Dumatätigkeit durch die „Prawda" nicht. In der Redaktion verkehrten wir mit Vertretern Petersburger Betriebe, erörterten mit ihnen Fragen verschiedenster Art, berieten uns, erhielten von ihnen Informationen, — kurzum, die „Prawda", um die sich ein Aktiv revolutionärer Arbeiter scharte, diente als ständige Quelle, die die Arbeit der Fraktion speiste.

Seit den ersten Tagen ihres Bestehens sah die Fraktion die Arbeit in der Zeitung als ihre vordringliche Aufgabe an. Die gleiche Pflicht wurde der Fraktion auch vom Zentralkomitee auferlegt. Gleich nach Eröffnung der IV. Duma am 11. Dezember 1912 veröffentlichte die bolschewistische Sechsergruppe in der „Prawda" folgende Erklärung mit dem Appell an die Arbeiter, die Zeitung zu unterstützen.

„In der vollen Zuversicht, daß die ‚Prawda' die ihr vom gegenwärtigen Moment auferlegte Aufgabe des Zusammenschlusses der fortschrittlichen Kräfte des Proletariats lösen wird, fordern wir Euch, Genossen, auf, die ‚Prawda' zu unterstützen, sie zu vertreiben und mit Material zu versorgen. Gewiß ist die ‚Prawda' nicht ohne Mängel, wie jede neue Sache, die noch nicht erstarkt ist. Aber das einzig sichere Mittel dagegen ist die einträchtige und unermüdliche Unterstützung der Zeitung."

Eine große Arbeit während der Kampagne vor den Dumawahlen, zur Herausgabe und Verbreitung der Arbeiterzeitung „Prawda", zur Unterstützung der bolschewistischen Dumafraktion und im Kampf gegen die Liquidatoren leistete in dieser Periode M. I. Kalinin, und seine Rolle als Organisator der Arbeitermassen um die Partei der Bolschewiki war sehr bedeutsam.

Laut Parteibeschluß wurden mir einige Pflichten bei der Herausgabe der Zeitung übertragen.

„Der Arbeiterdeputierte und die Arbeiterzeitung dienen ein und derselben Sache", schrieb ich am 6. Januar 1913 in einem Aufruf an die Petersburger Arbeiter, der in der „Prawda" veröffentlicht wurde. „Zwischen dem Arbeiterdeputierten und der Arbeiterzeitung der betreffenden Stadt muß stets die engste Verbindung bestehen. Das ist der Grund, Genossen, weshalb ich es für meine Pflicht hielt, an der Herausgabe unserer Arbeiterzeitung ‚Prawda' aktivsten Anteil zu nehmen. Genossen! Wir Arbeiter haben selbst, durch eigene Bemühungen, mit unseren Arbeitergroschen unsere erste Arbeitertageszeitung in Rußland — die ‚Prawda' — geschaffen. Wir Petersburger Arbeiter marschierten dabei in den ersten Reihen. Aber es genügt nicht, eine Zeitung zu gründen, man muß sie festigen, kräftigen, auf eigene Füße stellen, und in dieser Hinsicht steht uns noch viel, sehr viel Arbeit bevor. Jeder Arbeiter muß zum ständigen Abonnenten seiner Zeitung werden, jeder Abonnent muß für die Gewinnung weiterer ständiger Abonnenten sorgen. Man muß laufend Sammlungen für die ‚Prawda' durchführen, man muß die ‚Prawda' stets und überall verlangen und sie soweit wie möglich verbreiten. Einträchtiger an die Arbeit für unsere ‚Prawda', Genossen! Laßt uns alle unsere Pflicht gegenüber der Zeitung erfüllen, die der Sache der Arbeiter dient."

3. Im täglichen Kampf mit der Polizei

Die Agitation für die Zeitung, die Aufrufe zu ihrer Unterstützung, die Beschaffung von Geldmitteln war nur ein Teil meiner Pflichten bei der Herausgabe der „Prawda". Die meiste Zeit und die meiste Energie mußten für den Kampf gegen die Repressalien aufgewandt werden, die immer wieder auf die Zeitung niederprasselten. Fast jeden Tag mußte ich mich für die Zeitung einsetzen, gegen die nächstfällige Beschlagnahme der „Prawda" kämpfen, zu den verschiedensten Methoden und Tricks greifen, damit die neueste Nummer der Zeitung den Leser erreichte.

Das formelle Verfahren der Zeitungsherausgabe war folgendes: Ein Exemplar der gedruckten Zeitung wurde von der Druckerei aus zur

Durchsicht an das Komitee für Presseangelegenheiten geschickt, und gleichzeitig gelangte die Zeitung zum Verkauf. Gewöhnlich sperrte das Komitee unverzüglich die Zeitung und gab der bereitstehenden Polizei sofort die Weisung, die Nummer zu beschlagnahmen. Bis die Zeitung von der Iwanowskaja Straße, wo sich die Druckerei befand, nach der Mochowaja Straße zum Komitee gelangt war, verging eine gewisse, sehr kurze Frist. Just diese Frist mußte genutzt werden, um die gedruckte Zeitung aus der Druckerei herauszubringen. In Erwartung der „Prawda" versammelten sich gewöhnlich schon im Morgengrauen auf dem Hofe der Druckerei Vertreter der Betriebe, bezogen die strategisch günstigsten Punkte und bereiteten sich darauf vor, mit dem frisch gedruckten Zeitungspaket auf die Straße zu flitzen.

Etwas später kam die Polizei hinter unseren Trick, und schon seit abends wimmelte der ganze Bezirk um die Redaktion Tag für Tag von einer Spitzelarmee, während der Hof der Druckerei und die benachbarten Quergassen nicht selten mit Abteilungen berittener und unberittener Polizisten vollgestopft wurden. Die Beamten des Komitees für Presseangelegenheiten kamen unter Verletzung geltender Gesetze in die Druckerei, um die Zeitung gleich an der Druckerpresse zu sperren. Nun kamen die Mitarbeiter der „Prawda" darauf, die Pakete fertiggedruckter Zeitungen in allen Ecken, auf der Treppe, auf dem Dachboden, mit einem Wort, wo es nur möglich war, zu verstecken, um — wenn die Polizei fortgegangen war — wenigstens eine gewisse Anzahl Zeitungsexemplare auf die Straße zu bringen.

Sich mit der Polizei, mit den Gesetzesbrechern aus dem Komitee für Presseangelegenheiten auseinanderzusetzen und die Wahrung wenn auch nur äußerlicher, formaler Anstandsregeln zu fordern — darauf liefen die ständigen Bemühungen um die „Prawda" hinaus. Die berüchtigte Deputiertenimmunität, mit der ich als Mitglied der Reichsduma versehen war, erleichterte etwas diese Schwierigkeiten für die Zeitung. Aber sie sicherte natürlich in keiner Weise weder mich noch meine Fraktionsgenossen gegen die Verfolgungen der Polizei und der Justiz. Die Untersuchungsbeamten stapelten eine Akte gegen uns auf die andere, und wenn das Kräfteverhältnis im Kampf der Arbeiter gegen die Zarenregierung ihnen günstig erschien, präsentierten sie ihre

Rechnung. Wegen der Zeitung wurde ich wiederholt gemäß den Paragraphen 1034, 129 und anderen belangt. Vorläufig wagte es die Regierung noch nicht, die Arbeiterdeputierten zu verhaften, doch dafür strengte sie ein Verfahren an, um andere, eher erreichbare Genossen in diesen Fall zu verwickeln.

„Wer redigiert die ‚Prawda'? Wer sind die Mitarbeiter der Zeitung?" wollte der Untersuchungsbeamte für „besonders wichtige" Fälle bei der Vernehmung von mir wissen.

„Der Name des Redakteurs wird in jeder Zeitungsnummer gedruckt, die Mitarbeiter sind Tausende Petersburger Arbeiter und Arbeiter ganz Rußlands", war die stereotype Antwort, die der Gerichtsbeamte erhielt.

Im Mai 1913 wurde die „Prawda" geschlossen und erschien einige Tage später unter einem neuen Titel. Zu dieser für alle offenkundigen Tarnung mußte man auch künftighin Zuflucht nehmen. Die Redaktion hatte einen Vorrat im voraus vorbereiteter Genehmigungen für neue Zeitungen, in deren Titel unabänderlich das Wort „Prawda" beibehalten wurde. „Sa Prawdu", „Proletarskaja Prawda", „Sewernaja Prawda", „Put Prawdy" — alle diese Titel folgten aufeinander. Noch rascher wechselten die Namen der Redakteure und Herausgeber der Zeitung, und jeder von ihnen wurde nach ein bis zwei Wochen des Abzeichnens der Zeitung für einige Monate ins Gefängnis gesperrt.

Die Ochrana zögerte nicht lange, wenn es galt, die „Prawda" zu schließen. Aber auch unser „Prawda"-Apparat war so eingespielt, daß die Petersburger Arbeiter fast keinen Tag ohne ihre bolschewistische Zeitung blieben.

Bei der Herausgabe der Zeitung stieß man auf endlose Schwierigkeiten verschiedener Art. Nicht die letzte Rolle spielten unter ihnen die materiellen Fragen. Die „Prawda" wurde vorwiegend mit Mitteln herausgegeben, die von den Arbeitern selber gesammelt und gespendet wurden. In allen Petersburger Betrieben wurde regelmäßig für die Herausgabe der Zeitung gesammelt.

Gewisse materielle Unterstützung erhielten wir zuweilen auch von Einzelpersonen, die der revolutionären Arbeiterbewegung nahestanden, darunter auch von A. M. Gorki, der stets — soweit es in seinen Kräften stand — unserer Partei half. Gorki war ständiger Mitarbeiter aller

bolschewistischen Publikationen. Durch seine Mitwirkung und Autorität leistete er der „Prawda" nicht nur eine moralische Unterstützung, er traf vielmehr alle Maßnahmen, um auch die für die Zeitung benötigten Mittel zu beschaffen.

Nach der Rückkehr aus der Emigration lebte Gorki in Finnland, unweit von Petersburg. Im Sommer 1913 begab ich mich zu ihm. Um Gorki nicht „hochgehen" zu lassen und keinerlei Polizeiverfolgungen auszusetzen, mußte äußerste Vorsicht gewahrt werden. Zu Gorki begab ich mich im Auftrage unseres Parteizentrums. Seine Hilfe und Mitwirkung wurden nicht nur in der Zeitung, sondern auch in einer Reihe von Fragen der Parteiarbeit gebraucht.

Als wir den sachlichen Teil der Unterredung beendet hatten, überschüttete mich Gorki mit Fragen nach dem Leben der Partei, nach dem Stand der revolutionären Bewegung, nach der illegalen Arbeit, nach der Tätigkeit unserer Dumafraktion, nach der Arbeit der bolschewistischen Deputierten außerhalb der Duma usw. Mit großer Aufmerksamkeit erkundigte er sich sowohl nach der allgemeinen Lage des revolutionären Kampfes als auch nach einzelnen Details. Doch ein besonders gespanntes und lebhaftes Interesse zeigte Gorki für das, was in den Fabriken und Werken, mitten im Leben der Arbeiter vor sich ging. Ich kam mit der Beantwortung seiner aufeinanderfolgenden Fragen gar nicht mit. Auf die ihm vorgebrachte Bitte reagierte Gorki sehr lebhaft und versprach, alles in seinen Kräften Stehende zu tun. Er nahm energischen Anteil an der Erledigung der Angelegenheiten, die ich mit ihm besprochen hatte, und half bei der Aufnahme der erforderlichen Beziehungen sowie bei der Beschaffung von Mitteln, die damals für die Arbeit der Partei und insbesondere für die Herausgabe der „Prawda" benötigt wurden.

Die Zählebigkeit der „Prawda" versetzte die Polizei in Wut; nach und nach geriet sie völlig außer Rand und Band und ließ auch die elementarsten gesetzlichen Formalitäten gänzlich außer acht. Ohne irgendeine Verfügung über die Beschlagnahme stürzten sich die Schutzleute auf die Zeitungshändler, verhafteten sie und nahmen ihnen die „Prawda"-Bündel fort. Die Frechheit der Polizei war so offenkundig, daß diesen Überfällen später nicht einmal entsprechende Verfügungen des Komitees für Presseangelegenheiten folgten.

Ende Februar 1914 drang eine Polizeiabteilung mit einem der höchsten Polizeioffiziere an der Spitze ohne irgendeine Order oder Verfügung, sicherlich auf Anordnung der Ochrana, nachts in die Redaktion ein. Die Polizei riß das Schloß von der Tür und nahm eine Haussuchung vor, wobei sie alle Akten und Manuskripte durcheinanderwarf und verstreute. Gegen vier Uhr früh wurde mir der Überfall auf die Zeitung telefonisch mitgeteilt. Ich eilte in die Redaktion und geriet mit der Polizei, die ich auf die Ungesetzlichkeit des Einbruchs und der Haussuchung hinwies, in Streit. Damals war ich offiziell nicht mehr der Herausgeber der Zeitung.

Die Polizeioffiziere fielen über mich her. „Was mischen Sie sich ein? Sie sind hier ein Fremder, das geht Sie nichts an."

„Das soll mich nichts angehen? Ich bin ein Arbeiterdeputierter, und die Zeitung ist eine Arbeiterzeitung. Wir verrichten das gleiche Werk."

Die Polizei setzte jedoch die Durchsuchung fort und nahm alle Materialien, die ihr Gefallen fanden, mit. Am nächsten Tage begab ich mich in das Ministerium, um gegen das gesetzwidrige Vorgehen der Polizei zu protestieren. Diese Proteste führten natürlich zu keinerlei praktischen Ergebnissen. Minister und Schutzmann steckten unter einer Kappe.

Gerade zu dieser Zeit brachte die Regierung in der Duma ein neues Pressegesetz ein, das die letzten Überreste der 1905 errungenen „Freiheiten" aufhob. Durch die Überfälle auf die „Prawda" wurde uns somit das Wesen des künftigen Gesetzes in der Praxis demonstriert.

4. Die Interpellation in der Duma über die „Prawda" und die Arbeiterpresse

Im Zusammenhang mit den verstärkten Repressalien brachte die Fraktion in der Duma eine Interpellation über die wiederholten gesetzwidrigen Beschlagnahmen der „Prawda" ein. Um die Dringlichkeit der Interpellation im Namen der Fraktion zu unterstützen, hielt ich in der Sitzung vom 4. März 1914 eine Rede, die der allgemeinen Lage der Arbeiterpresse in Rußland gewidmet war. Meine Rede war im Grunde

ein Appell an die Arbeitermassen, sich enger um die „Prawda“ zusammenzuschließen und diese durch ihre Unterstützung noch mehr zu festigen.

„Zur Verteidigung der Dringlichkeit unserer Interpellation“, so sagte ich, „will ich ein Bild von der Lage geben, in der sich die Arbeiterpresse gegenwärtig befindet. Wenn wir unsere Interpellationen einbrachten, standen Sie unermüdlich auf, stimmten gegen diese und sagten damit der gesamten Arbeiterklasse ungeniert, daß Sie die provokatorischen Handlungen der Polizei billigen. Doch sagen Sie uns, Sie Herren des leidgeprüften Rußlands: welche Gesetze existieren denn eigentlich für Sie — jene, die als angeblich unerschütterlich bezeichnet werden, oder jene, die in den finsteren Abteilungen der Ochrana und den Folterkammern der Polizei fabriziert werden? Unsere Presse ist ein wahrer Großmärtyrer. Wer maßregelt sie nicht alles! In der Hauptstadt der angetrunkene halbgebildete Beamte, in der Provinz die Stadthauptleute, die Kreaturen Purischkewitschs und seiner Freunde. Aber dennoch ist im Dorfe der Polizist der beste Zensor: Dort übt er die Zensur über die 100 Millionen zählende Masse der Bauernschaft aus.

Eine Meldung nach der andern bringen die Zeitungen darüber, wie dieser oder jener Polizist das gedruckte Wort verhöhnt. Unerschütterlich blieben nur die Bedingungen der Leibeigenschaft, die Herrschaft des Polizisten über Leib und Seele des russischen Menschen, des Polizisten jeder Art, angefangen vom Schutzmann bis zum Minister persönlich. Das ist die tatsächliche Zensur unserer russischen Presse.

Die Ochrana aber ist eine Art Unterweisungskomitee, sie verschickt ihre Meinungen über Druckerzeugnisse, wie die Polizei am besten mit der unerwünschten Arbeiter- und Bauernpresse fertig werden kann. Sie alle, meine Herren, wissen und lesen in den Zeitungen, wie die Büttel das freie Wort verhöhnen — auch die unschuldige Presse bekommt es sogar zu spüren. Es sind nicht nur Kadetten und Progressisten, sondern auch die Oktobristen, die bereits Gäste aus dem Komitee für Presseangelegenheiten zu empfangen und an sie Strafen zu zahlen beginnen . . .

Doch Sie, meine Herren Liberalen, sollen wissen, daß die Reaktion sich an der Arbeiterpresse geübt hat, sie streckt die gierige Pranke auch nach Ihrer Presse aus. Sie sollen wissen, daß Sie auf dem eigenen Rücken

die Früchte Ihrer Weigerung ernten werden, scharf, direkt und bestimmt zum Schutze der Presse aufzutreten. Wir machen aber für die Verfolgung des freien Wortes in Rußland nicht nur die Reaktion, nicht nur die eingefleischten Konservativen verantwortlich, sondern auch noch die jämmerliche Feigheit der Herren Liberalen, der bürgerlichen Parteien schlechthin. Aber wenn es, meine Herren, auch eine Verfolgung der liberalen Presse gibt, wird dennoch ihr gegenüber wenigstens der Schein des Gesetzes gewahrt. Dagegen fühlt sich dieser allmächtige Polizist der Arbeiterpresse gegenüber völlig ungebunden.

Besonders eifrig und besonders frech benehmen sich die Verwaltung und die Polizei seit Frühjahr vorigen Jahres. Im Monat April überfielen sie wie eine Horde die Redaktion, wühlten, demolierten, trugen Manuskripte und Geschäftsbücher fort, schlossen die Zeitung, begannen die neuerscheinende Zeitung täglich zu beschlagnahmen und mit Geldstrafen zu belegen. Wenn die Arbeiterzeitung das auch überstanden hat, so nur deshalb, weil sie auf den gesunden Schultern der Arbeiterklasse ruhte, die dieser wütenden Zensur des Polizisten standhielt. Nun griffen sie zu finsteren Methoden. Ich spreche, meine Herren, von den Tatsachen, mit denen ich selber in nahe Berührung kam, als ich dieses Kind der Arbeiter, die Arbeiterzeitung, gegen alle Polizeiüberfälle schützte. Die Polizisten — vom Zensurkomitee angefangen bis zur Ochrana — genierten sich nicht, in die Druckerei zu kommen und dort anzurichten, was ihnen nur einfiel. Man hielt an den Straßenecken Zeitungsverkäufer an, nahm ihnen noch nicht beschlagnahmte Zeitungsnummern fort, sichtete den Briefwechsel, sperrte alle Geldüberweisungen, verhaftete jeden, der mit dieser Zeitung auch nur in Berührung kam, während die Redaktion von einer Spitzelarmee umstellt wurde.

Und was tun die Polizisten im Dorfe? Ich werde Ihnen, meine Herren, vorlesen, was ein Arbeiter aus dem Olonezer Gouvernement schreibt: ‚Am 8. Januar, am Tage des Posteingangs, als alle Verbannten mit Ungeduld das Eintreffen der Arbeiter-„Schwalbe“ erwarteten, teilte uns der Leiter des Postdienstes mit, daß der Polizeiunteroffizier angeordnet habe, die Zeitungen und Zeitschriften zurückzuhalten. Wie, weshalb, mit welcher Begründung? „Vorläufig nicht bekannt“, antwortete uns der Schreiber. Wir gingen zum Polizeiunteroffizier und forderten von

ihm Aufklärung, doch der Polizeibeamte teilte uns mit, daß er unsere Zeitungen und Zeitschriften sichten werde. „Das ist nicht eure Sache. Ich gehe zur Post und sehe nach, was man euch geschickt hat; was man ausgeben kann — gebe ich aus, was nicht — nehme ich fort", antwortete der Polizeiunteroffizier. Vergeblich versuchten wir zu beweisen, daß das Postamt ohne ein offizielles Dokument kein Recht habe, die Auslieferung irgendeiner Korrespondenz zu verweigern. Unsere Proteststimme blieb die Stimme eines Predigers in der Wüste. Der Polizeiunteroffizier, der auf die Post gekommen war, wies dem Schreiber irgendeinen Wisch — weiß Gott von wem geschrieben und welchen Inhalts — vor, aber diesem genügte offenbar auch das, und die Post, unsere Zeitungen und Zeitschriften, wurden ihm zur Durchsicht ausgeliefert. Und nun begann der neugebackene Zensor, die „Proletarskaja Prawda" Nr. 17 durchzusehen. Danach legte er sie beiseite; dann nahm er die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" Nr. 111 und legte sie dazu. Dann nahm er die Zeitschrift „Sojus Potrebitelej" (Die Konsumgenossenschaft) und legte sie auf die andere Seite. Nach Beendigung der Zensur händigte der Polizeiunteroffizier uns die Zeitschrift „Sojus Potrebitelej" aus, während er die „Proletarskaja Prawda" und die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" an sich nahm. Das alles machte er ganz vertraulich, ohne irgendwelche offiziellen Dokumente, und was sollte er auch damit! Zwar hat der Polizeiunteroffizier am übernächsten Tag zur Rechtfertigung seiner Handlungen für den Schreiber ein Papier geschrieben, in dem er mitteilte, der Innenminister habe die Polizei streng vertraulich angewiesen, auf der Post die „Proletarskaja Prawda", die „Nowaja Rabotschaja Gaseta" und die „Sewernaja Mysl" fortzunehmen, doch diese Verfügung, dieses Papier sei niemandem bekannt, es sei sogar ohne eine Nummer zugeschickt worden.' Das schreibt also, meine Herren, ein verbannter Arbeiter aus dem Olonezer Gouvernement, dort beschlagnahmen die Polizisten nicht nur, sondern sie tun alles, was ihnen beliebt.

Denken Sie nur, meine Herren, in allen Polizeirevieren scheinen sich alle, angefangen von den untersten bis zu den höchsten Diensträngen, nur mit der einen Frage zu befassen: Wie schüttet man dieses helle, um die Arbeiterzeitung lodernde Feuer mit Pflastersteinen zu. Denn wenn sie bestraft wurde, so nur dafür, daß sie über jene Streiks

berichtete, die sich im Lande in der letzten Zeit so breit zu entwickeln begannen. Aber, meine Herren, warum wurde das getan? Warum tut der Polizeioffizier, warum tun die Schutzleute und die Revieraufseher so ungehindert alles, was ihnen beliebt, beschlagnahmen sie die Nummern und verhaften nicht selten die Zeitungsverkäufer zusammen mit den Zeitungen? Warum, wenn nicht auf Anweisung von oben. Die Obrigkeit befiehlt die ‚Proletarskaja Prawda' fortzunehmen, und die Zeitungen werden wahllos fortgenommen. Hier geht es bereits nicht um das Gesetz, sondern um die Anweisung des Vorgesetzten, sei es der Minister persönlich oder der Chef der Ochrana — das ist egal.

Indem wir, meine Herren, diese Interpellation einbringen und auf ihrer Dringlichkeit bestehen, fragen wir Sie: Sagen Sie uns, meine Herren Gesetzgeber, daß Sie das Pressegesetz aufheben, oder sagen Sie, daß die Duma nicht legitim sei, oder sagen Sie uns, daß die Arbeiterpresse nicht nur vom Komitee für Presseangelegenheiten, sondern auch noch von jedem Schutzmann durchgesehen werden müsse? Sagen Sie uns, meine Herren Gutsbesitzer, die nun ein unerschütterliches Pressegesetz vorbereiten: ist diese beispiellos barbarische Gesetzlosigkeit gesetzlich oder nicht? Wir stellen Ihnen die Frage direkt und möge Ihre Antwort die Antwort an das ganze Volk sein: Rechtfertigen Sie diese Willkür und unterstützen Sie die Hand, die auf den Rücken der Arbeiterpresse einschlägt? Denn die Abgabe Ihrer Stimme gegen unsere Interpellation wird den Arbeitern des ganzen Landes sagen, daß Sie gegen das freie Wort in Rußland sind, daß Sie dem außer Rand und Band geratenen Polizisten Beifall klatschen, daß Sie die Fesseln sanktionieren, die der Arbeiterpresse von der gegenwärtigen Regierung an Händen und Füßen angelegt werden. Was können Sie den Arbeitern sagen? Sie können sagen: Wartet, bald hat die Willkür ein Ende, wir werden ein Pressegesetz ausarbeiten. Wir wissen, was das für ein Gesetz ist. Dieses Gesetz bietet nur die eine Möglichkeit — ganz Rußland mit Schwarzhunderterblättchen zu überschwemmen.

Doch Ihre Spekulationen, meine Herren, waren auf Sand gebaut und ohne den wahren Herrn gemacht, das Land hat sein entscheidendes Wort noch nicht gesprochen. Warten Sie nur, das Land wird es schon sprechen. Und Ihr Gesetzentwurf wird unter den Trümmern der gegen-

wärtigen Ordnung begraben. *(Beifall links, Heiterkeit rechts.)* Meine Herren, Sie möchten die Arbeiterpresse abwürgen, das wird Ihnen nicht gelingen. Wenn die Repressalien gegen die Arbeiterpresse wachsen, dann wachsen auch die Bemühungen der Arbeiter. Ich muß Ihnen mehr sagen: In Deutschland ist es Bismarck, dem eisernen Kanzler, wie er damals genannt wurde, vor einigen Jahrzehnten eingefallen, die Arbeiterpresse abzuwürgen, und er hat zu diesem Zweck ein besonderes Gesetz erlassen. Dieser Mensch, Sie wissen es, meine Herren, dürfte größer gewesen sein als Herr Maklakow und als Herr Goremykin und vielleicht sogar als diese beiden zusammengenommen.

Und kaum war dieses Gesetz im Parlament eingebracht, als der Führer der deutschen Arbeiter, August Bebel, die Tribüne bestieg und den damaligen Reaktionären erklärte: ‚Sie, meine Herren, wollen die Arbeiterpresse vernichten. Das wird Ihnen nicht gelingen: danach wird ganz Deutschland von der illegalen Presse überschwemmt werden.'

Und was kam dann? Die Arbeiter machten das Wort ihres Führers wahr: Sie schufen die illegale Presse in Hunderttausenden von Exemplaren, zu ihrem Vertrieb schufen sie die sogenannte rote Post, die in Werken und Fabriken ihre Presse vertrieb — und dann ließ die deutsche Polizei ohnmächtig die Arme sinken, und Bismarck selber mußte einige Jahre später zugeben, daß der Wunsch der Arbeiter nach eigener Presse unüberwindlich ist.

Und nun, meine Herren, will ich vor Ihnen nicht prophezeien, muß aber dennoch der Zuversicht Ausdruck geben, daß die Arbeiter in Rußland ebenso wie die in Deutschland — ungeachtet aller Wünsche der Herren aus dem Polizeiamt, die Arbeiterpresse abzuwürgen — eine eigene Presse besitzen werden, und sie werden ihre Presse unter allen Umständen haben, so sage ich, und dieser mein Ruf wird von den Arbeitern aller Fabriken und Werke nicht nur in Petersburg, sondern auch in ganz Rußland unterstützt werden. Die Arbeiter sind gegen Ihren Pressegesetzentwurf, sie werden die Arbeiterpresse unterstützen durch Sammlungen, durch verstärkte Sammlungen, durch das Abonnieren ihrer Zeitung und durch das Festigen ihrer Organisationen, damit ihre eigene freie Presse, nicht aber die Presse Maklakows und Purischkewitschs Wirklichkeit wird."

Die Schwarzhundertermehrheit der Duma lehnte die Interpellation ab. Doch meine Rede hatte einen anderen Zweck: die Arbeitermassen zur Unterstützung der Zeitung aufzurufen. Dieses Ziel wurde erreicht. Die Sammlungen für die Zeitung und die Abonnentenzahl der „Prawda“ stiegen von Tag zu Tag.

5. Die Zerschlagung der „Prawda“

Die Julitage 1914 waren für die „Prawda“ eine Periode der aktivsten Arbeit. Jeden Tag wurden in der Zeitung die Kampfberichte veröffentlicht. Die Redaktion stand ständig mit den Streikkomitees in Verbindung, half ihnen und erhielt von ihnen Informationen, sie organisierte Sammlungen usw.

Diese fieberhafte Tätigkeit löste unverzüglich eine Reaktion bei der Polizei aus. Die Maßnahmen gegen die Zeitung verschärften sich, Strafen, Beschlagnahmen, Verhaftungen hagelten noch dichter als zuvor. Die Druckerei und die Redaktion waren zu jeder Tages- und Nachtzeit von einer Spitzelarmee, von berittener und unberittener Polizei, von Gendarmen — kurzum von allen Waffengattungen der Polizei belagert. Jede Nummer mußte der Polizei im wahrsten Sinne des Wortes abgerungen werden, man mußte sich mit der Polizei auseinandersetzen und ihr nachweisen, daß die Zeitung im gegebenen Augenblick auf Grund dieser oder jener gesetzlichen Bestimmung nicht beschlagnahmt werden dürfe.

Um die Zeitung gegen Überfälle zu verteidigen, mußte ich häufig die Nacht in der Redaktion verbringen und diese in ihrem Kampf gegen die Polizei unterstützen. Ich hatte stets eine Sammlung von Pressegesetzen bei mir, um den Polizeioffizier jederzeit auf den entsprechenden Paragraphen der Bestimmungen hinweisen zu können.

Als die Regierung sah, daß die Petersburger Arbeiter bereits Barrikaden zu bauen begannen, ging sie zum Gegenangriff über. Die Ochrana verhaftete einzelne Revolutionäre, doch gleichzeitig begriff sie, daß es weitaus wichtiger sei, die ganze Organisation zu zerschlagen und vor allem die revolutionäre Bewegung ihrer Hauptwaffe, der Presse, zu berauben.

Dieses Mal war der Überfall auf die Zeitung mit der Zielsetzung geplant, nicht nur die gesamte Redaktion vollzählig festzunehmen, sondern auch die Hauptgruppe der „Prawda"-Besucher. Am 8. Juli erschien die Polizei in den Räumen der „Prawda" gegen Abend, als die Arbeit ihren Höhepunkt erreicht hatte. Zu dieser Zeit, nachdem die Fabriksirenen verklungen waren, kamen gewöhnlich Arbeiter aus allen Werken in die Redaktion.

Man teilte mir den neuen Angriff auf die „Prawda" mit. Ich begab mich in die Redaktion und fand alle Räume von einem Ring von Ochranaleuten und Gendarmen umstellt. Gendarmerie-Rittmeister wühlten mit ihren Gehilfen in den Tischen und Schränken der Redaktion. Alle Räume waren demoliert. Die Mitarbeiter der Zeitung waren zusammen mit den Besuchern verhaftet und in ein Zimmer zusammengetrieben worden.

Ich drängte mich mit Mühe durch die Reihen der Gendarmen. Zu den verhafteten Genossen wurde ich nicht gelassen und sprach mit ihnen durch die geöffnete Tür. Ich erhob Protest gegen die Durchsuchung und die Verhaftungen und erklärte, daß ich den Fall vor die Duma bringen werde. Zunächst wußten die Gendarmerieoffiziere nicht, wie sie sich mir gegenüber verhalten sollten. Sie holten sich telefonisch Instruktionen von ihren Vorgesetzten ein und erhielten von diesen offenbar die Weisung, entschlossen vorzugehen. Die Gendarmen verwiesen mich aus der Redaktion und erklärten, sie ließen sich in keine Gespräche mit mir ein, da ich für die Zeitung ein Fremder sei. Ich ließ nicht locker. Die Gewalt war aber auf seiten der Polizei, und ich mußte gehen, doch zuvor wurde wieder einmal ein Protokoll über meine Einmischung in die Angelegenheiten der Polizei aufgesetzt.

Die Zerschlagung der „Prawda" im Juli 1914 war das Signal für weitere Repressalien gegen die Arbeiterorganisationen. In den gleichen Tagen, unmittelbar vor Ausbruch des ersten imperialistischen Krieges, zerschlug die Polizei alle Arbeiterzeitschriften, Bildungsvereine und Gewerkschaften. Durch ganz Petersburg ging eine Welle von Massenverhaftungen. Die gruppenweise Verhafteten wurden in die nördlichen Gouvernements und nach Sibirien ausgewiesen. Der Ausbruch des Krieges war von einer weiteren Verstärkung des Polizeiregimes begleitet.

Die Parteiarbeit ließ nach, die Partei ging wieder in die tiefe Illegalität. In unserer Fraktion erörterten wir wiederholt die Frage, wie man die Herausgabe der Arbeiterzeitung unter irgendeinem Vorwand wieder aufnehmen könne. Die gleiche Frage stand unter anderen Fragen auch auf der Novemberberatung, bei der die gesamte Dumafraktion der Bolschewiki verhaftet wurde. Es gelang aber nicht, die Herausgabe der „Prawda" unter den Bedingungen der Kriegszeit wieder aufzunehmen.

Kapitel XX

Die Vorbereitungen zum Parteitag

1. Der Beschluß über die Einberufung des Parteitages

Der V. Allrussische Parteitag hatte in London im Jahre 1907 stattgefunden. Die seitdem vergangenen Jahre waren reich an großen Ereignissen im politischen Leben des Landes. Während dieser Zeit waren auch innerhalb der Partei bedeutende Veränderungen vor sich gegangen. War die Einberufung eines Allrussischen Parteitages in den Jahren der Reaktion völlig unmöglich, so hatte sich die Lage nunmehr geändert. Gleichzeitig stellte der ununterbrochen anwachsende Aufschwung der Arbeiterbewegung gewaltige Aufgaben des revolutionären Kampfes, die auf einem Parteitag behandelt und entschieden werden mußten. Vor der Partei stand eine Reihe von Fragen allgemein-politischer Natur nebst den damit verbundenen intern-organisatorischen Fragen. Sie alle mußten auf einem Parteitag die endgültige Lösung finden.

Der Beschluß über die Einberufung des Parteitages wurde im September 1913 auf der Beratung in Poronino gefaßt. „Das Wachstum der Arbeiterbewegung, das Heranreifen der politischen Krise im Lande, die Notwendigkeit vereinter Aktionen der Arbeiterklasse im gesamtrussischen Maßstab", so hieß es in der Entschließung der Beratung, „machen die Einberufung eines solchen Parteitages — nach ausreichender Vorbereitung — notwendig und möglich."[1] Die Beratung rief

[1] „Die KPdSU in Resolutionen ...", Teil I, S. 310, russ.

die Genossen in allen Orten auf, die Frage des Parteitages in ihren Organisationen zur Diskussion zu stellen, die vorläufige Tagesordnung festzusetzen, den gewünschten Termin für die Einberufung des Parteitages zu benennen, Entwürfe für Entschließungen zu verfassen, Geldsammlungen unter den Arbeitern durchzuführen usw.

Auf der Beratung in Poronino wurde auch der voraussichtliche Termin für die Einberufung des Parteitages festgelegt. Man beschloß, den Parteitag zeitlich mit dem Internationalen Sozialistenkongreß zu verbinden, der in Wien im August 1914 zusammentreten sollte. Das Zentralkomitee hielt die weitgehende Teilnahme der Bolschewiki an diesem Kongreß für äußerst erwünscht und notwendig. Gleichzeitig bot die Verbindung der Vorbereitungsarbeiten für den Kongreß mit der Vorbereitung zum Parteitag die Möglichkeit, diese beiden Arbeiten gründlicher und breiter zu führen. Insbesondere wurde es dadurch möglich, die Einberufung des Parteitages besser geheimzuhalten.

Als Lenin auf der Beratung in Poronino über den Sozialistenkongreß berichtete, betonte er, daß man eine möglichst breite Teilnahme der Arbeiter am Kongreß organisieren müsse.

Bislang, so sagte Lenin, wurde die Sozialdemokratische Partei in der internationalen Arena entweder durch zentrale Parteiorgane oder durch verschiedene Auslandsgruppen der Partei vertreten: durch die „Wperjod"-Leute, durch die „Versöhnler" usw., denen ausschließlich Intellektuelle angehörten. Jetzt müsse man alle Maßnahmen ergreifen, damit der wahre Arbeiter vertreten sei. Man müsse anstreben, daß jede Gewerkschaft, jede Arbeitergenossenschaft, jede Arbeiterschule oder jeder Arbeiterklub, daß jede örtliche Parteiorganisation ihre gewählten Vertreter entsende. Die Vertretung jener Organisationen, die ihre Delegierten aus technischen Gründen oder aus Gründen der Geheimhaltung nicht entsenden könnten, müsse die Dumafraktion übernehmen. Alle bolschewistischen Deputierten seien verpflichtet, am Kongreß teilzunehmen, da sie, die selbst Arbeiter seien, gleichzeitig die wahre Vertretung der Arbeiterklasse Rußlands darstellten.

Lenin betonte die Notwendigkeit, den Wiener Kongreß mit der Einberufung des Parteitages zu verbinden. Die Wahlen zum Kongreß und zum Parteitag sollten so miteinander koordiniert werden, daß gleichzeitig

mit dem Kongreß auch der Parteitag einberufen werden könne. Auf der Beratung wurde beschlossen, unverzüglich die Agitation für die Entsendung von Delegierten zum Kongreß aufzunehmen und gleichzeitig mit den Vorbereitungen zum Parteitag zu beginnen.

Diese Frage wurde gleich nach der Beratung in Poronino in den örtlichen Organisationen zur Diskussion gestellt. Die intensivste Arbeit hinsichtlich der Vorbereitung zum internationalen Kongreß und vor allem zum Parteitag entfaltete sich indessen im Frühjahr und Sommer 1914.

Im zeitigen Frühjahr (April 1914) erhielt unsere Fraktion zusammen mit anderen fälligen Direktiven des Zentralkomitees von Lenin eine Reihe praktischer Vorschläge über Maßnahmen zur Verstärkung der Vorbereitungsarbeit für den Parteitag.

„Dazu müssen", so betonte Lenin, „in erster Linie alle illegalen Organisationen der Partei gefestigt werden.

Die revolutionäre Bewegung hat die Tendenz, weiter zu wachsen, wenn aber gut funktionierende illegale Organisationen fehlen, kann sie sich, der Führung beraubt, zersplittern und als ohnmächtig erweisen. Die Verstärkung der illegalen Zellen ist unsere Hauptaufgabe bei der Vorbereitung zum Parteitag, der wiederum eine gewaltige Rolle bei der Formierung und weiteren Festigung sowohl des Parteizentrums als auch aller örtlichen Parteiorganisationen spielen muß. Der Parteitag wird die revolutionäre Bewegung in bestimmte feste Bahnen lenken. Er wird die Arbeiter politisch organisieren, bestimmte Richtlinien geben und gleichzeitig die Liquidatoren und insbesondere die menschewistische Duma-Siebenergruppe endgültig erledigen.

... Unser Sieg, das heißt der Sieg des revolutionären Marxismus, ist groß", führte Lenin weiter aus. „Die Presse, die Versicherungskampagne, die Gewerkschaften und die Bildungsvereine — das alles ist unser. Aber dieser Sieg hat seine Grenzen. Wir siegten durch Disziplin, durch gut eingespielte Arbeit ... Wenn wir die Positionen halten und verhindern wollen, daß die sich verstärkende Arbeiterbewegung der Führung der Partei entgleitet und zu einer anarchischen, zersplitterten Bewegung wird, müssen wir unter allen Umständen die illegalen Organisationen verstärken. Man kann auf den Teil der Arbeit in der Reichsduma, die bisher so erfolgreich geführt worden ist, verzichten,

aber man muß die illegale Tätigkeit außerhalb der Duma noch besser organisieren. Notwendig ist eine gute Abwehr, notwendig sind organisierte Arbeitergruppen in den Fabriken und Werken, damit die von oben herausgegebenen Losungen rasch weitergegeben werden. Notwendig ist, sich erneut dem Mittel der Kooptation in der Auswahl von Parteifunktionären zuzuwenden ..."[1]

Zu diesem Zeitpunkt wurde auch die folgende Tagesordnung des Parteitages ausgearbeitet: 1. Der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und Berichte örtlicher Organisationen; 2. Die politische Lage; 3. Die organisatorischen Aufgaben der Partei; 4. Die Aufgaben der Streikbewegung; 5. Der neue Pressegesetzentwurf; 6. Die Taktik der Gewerkschaftsbewegung; 7. Die Taktik der Versicherungsanstalten; 8. Programmatische Fragen: a) die nationale Frage, b) einige Ergänzungen zum Minimalprogramm; 9. Volkstümlerrichtung; 10. Einstellung zu den Liquidatoren; 11. Mitarbeit in der bürgerlichen Presse; 12. Wahlen in das Zentralkomitee und in die Redaktion des Zentralorgans; 13. Laufende Angelegenheiten.

Auf dem Parteitag sollten also alle Haupt- und Kardinalfragen der revolutionären Bewegung und der Parteiarbeit behandelt werden. Gleichzeitig sollte der Parteitag die äußerst wichtigen Probleme des organisatorischen Aufbaus der Partei lösen.

Auch die etwaige Zusammensetzung des Parteitages wurde festgelegt. Vorgesehen war, daß von Petersburg 10 bis 15 Delegierte teilnahmen, von Moskau 6 bis 10, von der Moskauer Kreisorganisation 2 bis 4, vom Moskauer Gebiet 2 bis 6. Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw, Odessa, Nikolajew, Krementschug und der Grubenbezirk sollten insgesamt 9 bis 10 Delegierte entsenden. Aus dem Ural wurden 4 bis 6 Delegierte erwartet, aus dem Wolgagebiet 3 bis 4, aus dem Kaukasus 2 bis 3, aus Gomel und Dwinsk 2 bis 3, aus Estland 1 bis 2, aus Wologda, Archangelsk und Sibirien je einer. Außerdem wurden den literarischen Institutionen 7 bis 10 Plätze eingeräumt. Als Gäste wurden zum Parteitag

---

[1] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 307, Bl. 296, russ. Aus der Meldung des Chefs der Moskauer Ochranaabteilung vom 27. April 1914. Das Material ging von einem Agenten ein, offenbar von dem Mitarbeiter „Pelageja" (dem Provokateur Romanow).

Vertreter des Bund, der lettischen, der polnischen und der litauischen sozialdemokratischen Organisationen eingeladen.

Die Durchführung der Delegiertenwahlen, die Abfassung von Wähleraufträgen, die Ausfertigung und Zustellung von Mandaten, die Geldsammlungen und schließlich die Beförderung aller Delegierten ins Ausland — das alles erforderte eine gewaltige organisatorische Arbeit. Die Parteiarbeit verlangte in dieser Periode eine außergewöhnliche Anspannung.

Es wurde beschlossen, beim Zentralkomitee eine besondere organisatorische Kommission zur Einberufung des Parteitages zu bilden. Außer dieser zentralen Kommission, deren Sitz Petersburg war, wurden vier örtliche (Gebiets-) Organisationskommissionen in Moskau, im Kaukasus, im Süden und im Ural geschaffen. Diese Kommissionen wurden verpflichtet, die Parteiorganisationen zu festigen, oder, wo es notwendig war, wiederherzustellen, die Delegiertenwahlen durchzuführen und die gesamte übrige Arbeit zur Vorbereitung des Parteitages zu leisten.

Die Arbeit sollte in erster Linie folgende Gebiete und Städte erfassen: Petersburg, Moskau mit dem anliegenden Gebiet, Kiew, Charkow, Jekaterinoslaw, Odessa, Nikolajew, Krementschug, Wologda, Archangelsk, Gomel, Dwinsk, Ural, Wolga, Kaukasus, Sibirien und das Donez-Steinkohlenrevier. In all diesen Orten war die Durchführung möglichst breiter Gebiets- und Stadtparteikonferenzen vorgesehen.

Es wurden ferner organisatorische und agitatorische Reisen der Mitglieder unserer Fraktion durch Rußland beschlossen. Jeder Deputierte sollte vor allem sein Wahlgebiet besuchen und danach zur Durchführung der Vorbereitungen zum Parteitag in eines der anderen Gebiete reisen. Lenin verteilte selbst die Gebiete, in denen jeder von uns tätig sein sollte: Muranow sollte nach dem Ural reisen, Schagow sich zunächst nach Kostroma und sodann nach Wladimir begeben usw. Mir wurde der Auftrag erteilt, neben der Arbeit in Petersburg auch in einem Teil des Wolgagebiets und des Kaukasus tätig zu sein.

Neben der Verstärkung der örtlichen Parteiorganisationen stellte Lenin die Aufgabe, die zentralen leitenden Parteiorgane in Rußland zu festigen. Zu diesem Zweck schlug er vor, die Flucht Swerdlows und Stalins, die sich in Verbannung befanden, zu organisieren sowie eine Reihe anderer Genossen zur Arbeit heranzuziehen. Ich erhielt von Lenin

einen Brief, in dem er mir meine Einbeziehung in das Russische Büro des Zentralkomitees der Partei mitteilte.

Der vom Zentralkomitee ausgearbeitete Plan der Vorbereitungen zum Parteitag war also auch ein Plan der allgemeinen organisatorischen Festigung der Partei. Auf der Linie der Parteitagsarbeit vereinte er damit auch die Vorbereitungen zum Internationalen Sozialistenkongreß. Der Parteitag sollte vor dem Kongreß zusammentreten, auf dem unsere Delegierten also bereits gestärkt durch autoritative Beschlüsse des höchsten Parteiorgans erscheinen sollten.

Das Internationale Sozialistische Büro hatte folgende Tagesordnung der Sitzungen des Wiener Kongresses vorgesehen: 1. Die Arbeitslosigkeit; 2. Der Alkoholismus; 3. Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten und die Agrarfrage in ihrem Zusammenhang mit der Teuerung; 4. Der Imperialismus im Zusammenhang mit der Kolonialfrage; 5. Die Lage der politischen Häftlinge in den russischen Gefängnissen; 6. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien in Rußland.

Die Einbeziehung der letzten Frage in die Tagesordnung war das Ergebnis der vom Internationalen Sozialistenbüro im Dezember 1913 auf der Londoner Sitzung gefaßten Beschlüsse zur Spaltung der sozialdemokratischen Dumafraktion. Die Frage der „Vereinigung" der Parteien wurde auch in anderen, späteren Sitzungen des Büros behandelt. Aber es gelang dem Büro nicht, in diesen Sitzungen zu bestimmten Beschlüssen zu kommen.

Von irgendeiner Vereinigung der bolschewistischen Partei mit den Menschewiki konnte natürlich nicht die Rede sein. Die Liquidatoren, die offen den Kampf gegen die Partei führten und die Arbeiterbewegung auf den Weg der „legalen" Politik zerrten, hatten faktisch Verrat an der Sache der Revolution geübt. Es war besser, nicht von der Vereinigung mit den Menschewiki zu reden, sondern von der Anerkennung der Tatsache, daß sie außerhalb der Partei standen, von der Auflösung des menschewistischen Zentrums, wodurch auch die tatsächliche Einheit der Partei erreicht worden wäre. Dieser Standpunkt wurde auch von den Bolschewiki im Internationalen Büro vertreten, das aber die endgültige Entscheidung der Frage dem Internationalen Kongreß überließ, da es in Wirklichkeit mit den Menschewiki sympathisierte.

Wie bei allen anderen Kampagnen, die von der Partei in Rußland durchgeführt wurden, belastete auch die Vorbereitung zum Parteitag und zum Kongreß vor allem unsere Dumafraktion.

Die Vorbereitungen zum Parteitag mußten natürlich streng geheimgehalten werden. Etwas anderes war es mit dem Internationalen Kongreß. Bezüglich des Kongresses hatten wir immerhin die Möglichkeit, eine gewisse agitatorische Kampagne in unserer Presse zu entfalten. Doch auch diese Möglichkeit war relativ. Mit Rücksicht auf die Zensur nannten wir den Kongreß nicht einmal den Sozialistenkongreß, sondern bezeichneten ihn als den Internationalen Kongreß der Arbeiterorganisationen, als den Kongreß der Gewerkschaften und mit anderen in der Bedeutung nahekommenden Wörtern.

Die parteiverbundene Arbeitermasse, die an die „vorsichtige“ Sprache unserer Zeitungen gewohnt war, begriff, worum es sich handelte, um so mehr als die Reden in Versammlungen und die illegale Presse die Zeitungsmeldungen durch vollständige und klare Information ergänzten. Äußerst wichtig war es, daß eine Reihe von Fragen, die von uns in den Zeitungen im Zusammenhang mit dem Kongreß behandelt wurden, sich in Wirklichkeit auf den Parteitag bezog. Unter der Flagge des Kongresses wurde die Vorbereitungsarbeit zum Parteitag geleistet.

2. Der Kampf mit den Menschewiki vor dem Parteitag

Auch die Menschewiki leisteten ihrerseits eine Vorbereitungsarbeit. Sie sahen für die gleiche Zeit die Einberufung ihrer Konferenz aus Vertretern jener Organisationen vor, die sich am Augustblock 1912 beteiligt hatten. Die Liquidatoren mobilisierten alle ihre Kräfte und nahmen die agitatorische Kampagne in den Arbeiterorganisationen auf.

Das Kräfteverhältnis in diesen Organisationen war derart, daß es für die Liquidatoren völlig aussichtslos war, irgendeine Mehrheit bei den Wahlen erzielen zu wollen. Sowohl in den Gewerkschaften als auch in den Versicherungskassen und in allen andren Arbeiterorganisationen war die überwiegende Mehrheit der Mitglieder Anhänger des Bolschewismus.

Im Sommer 1914 bildeten die Bolschewiki in 14 von 18 Gewerkschaften, die es in Petersburg gab, die Mehrheit in den Vorständen. Im Vorstand einer Gewerkschaft gab es ebensoviel Bolschewiki wie Menschewiki, und nur drei Gewerkschaften konnten, was die Zusammensetzung ihrer Vorstände anbelangt, zu den menschewistischen gezählt werden. Auf der Seite der Bolschewiki waren die größten Gewerkschaften, darunter auch der Metallarbeiterverband, die zahlenmäßig stärkste und mächtigste aller Gewerkschaften. Das gleiche Verhältnis war auch in der Arbeitergruppe der Versicherungsanstalten zu beobachten. Für die Versicherungsorgane der Hauptstadt waren von den Arbeitern 37 Bolschewiki und 7 Menschewiki als Bevollmächtigte gewählt worden und in die allrussischen Versicherungsinstitutionen 47 Bolschewiki und 10 Menschewiki.

Da die Menschewiki nicht damit rechnen konnten, die Mehrheit zu erlangen, und sogar befürchten mußten, auf dem Wiener Kongreß ganz ohne Mandate von den Arbeiterorganisationen zu bleiben, brachten sie als letztes Mittel die Idee der doppelten Vertretung vor. Den ersten Versuch in dieser Richtung unternahmen sie unter den Metallarbeitern; sie wollten nämlich unter allen Umständen „ihren" Vertreter von den Metallarbeitern haben, und sei es auch nur zusätzlich zum bolschewistischen Kandidaten. Die Liquidatoren machten den Vorschlag, vom Metallarbeiterverband zwei Delegierte zu entsenden, da ein von der Mehrheit gewählter Delegierter angeblich fraktionsgebunden sein und deshalb die Tätigkeit der Gewerkschaft einseitig beleuchten werde.

Als man von der Entsendung zweier Vertreter zu sprechen begann, nahmen ganz natürlich auch die Sozialrevolutionäre Plätze für sich in Anspruch, obwohl die Zahl ihrer Anhänger im Metallarbeiterverband bestenfalls in die Dutzende ging. Auf diese Weise sollte das von den Menschewiki vorgeschlagene System zu einer Buntscheckigkeit der Vertretung führen, was es völlig unmöglich gemacht hätte, auf dem Kongreß das wahre Gepräge irgendeiner Organisation zu ermitteln.

Der Versuch der Menschewiki stieß bei den meisten Arbeitern, die kategorisch gegen die Idee der doppelten Vertretung waren, auf Ablehnung. Zum Kongreß sollte ein Delegierter vom gesamten Metallarbeiterverband entsandt werden und nicht eine Delegation von mehre-

ren Strömungen, die Anhänger unter den Mitgliedern des Verbandes hatten. Als ein Beispiel für die in dieser Hinsicht charakteristischen Entschließungen möchte ich eine Entschließung zitieren, die von der Delegiertenversammlung des Bezirks der Ochta-Pulverwerke angenommen wurde: „Wir, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, Delegierte von Werkstätten — insgesamt 25 Mann — halten es für notwendig, einen Delegierten zum Internationalen Arbeiterkongreß zu entsenden, der die Mehrheit vertreten soll und unsere ideologischen Interessen in genügendem Maße zum Ausdruck bringen kann. Die Vorbereitung der Frage, einen Delegierten der einen wie der anderen Strömung zu entsenden, halten wir für falsch und dazu gegen jedwede Vorstellung von Organisation und Disziplin verstoßend; außerdem halten wir proportionale Wahlen für unzulässig."[1]

Der raffinierte Plan der Menschewiki, die die Vertretung der Arbeiterorganisation zu verfälschen suchten, wurde also durchschaut. Die Mehrheit der Arbeiterorganisationen gab, wie vorauszusehen war, die Mandate für den Internationalen Sozialistenkongreß an die Bolschewiki.

3. Die Vorbereitungen zum Parteitag

Auch die Vorbereitungen zum Parteitag entwickelten sich erfolgreich. Seit Frühjahr wurden alle mit der Einberufung des Parteitages verbundenen Vorbereitungsarbeiten ununterbrochen verstärkt. Die vor uns stehende Aufgabe — in der Periode vor dem Parteitag die örtlichen Parteizellen zu festigen und zu erweitern — war durch den gewaltigen Aufschwung der revolutionären Bewegung im Lande innerhalb dieser Monate zum großen Teil gelöst worden. Unter den Arbeitermassen verstärkte sich der Drang zur Partei, neue Kader revolutionär gestimmter Arbeiter traten den Parteiorganisationen bei. Die Arbeit der leitenden Kollektive der Partei verbesserte sich ständig. Im Zusammenhang damit war dem bevorstehenden Kongreß und den auf der Tagesordnung des Parteitages angesetzten Fragen die starke Beachtung der parteiverbundenen Arbeitermassen sicher.

---

[1] „Trudowaja Prawda" vom 28. Juni 1914.

Trotz dieser vor dem Parteitag entstandenen günstigen Situation war jedoch auch weiterhin angespannteste organisatorische Arbeit notwendig. Die Einberufung einer jeden, auch nur wenige Personen umfassenden Parteiberatung stieß unter den Bedingungen der Illegalität auf außerordentliche Schwierigkeiten. Im gegebenen Falle aber stand vor uns die Aufgabe, einen in seiner Zusammensetzung verhältnismäßig breiten Parteitag mit Vertretern aus allen Teilen des Landes zu organisieren, dem überdies Beratungen und Konferenzen der Städte und Gebiete vorangehen sollten. Neben Fragen der Agitation und Propaganda boten Fragen der technischen Organisation des Kongresses nicht geringere, ja vielleicht noch größere Schwierigkeiten. Die gesamten Vorbereitungen zum Parteitag erforderten eine außerordentlich gut eingespielte konspirative Technik, da die Verhaftung auch nur einiger Delegierter das Scheitern des ganzen Parteitages nach sich ziehen konnte. Schließlich war auch die Frage der Sammlung von Geldmitteln zu lösen, die für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Organisierung des Parteitages benötigt wurden.

Die Vorbereitungen zum Parteitag rückten in den Mittelpunkt der Arbeit unserer Petersburger Organisation. Das Petersburger Komitee, die Bezirksorganisationen und die einzelnen Parteizellen bereiteten sich aktiv auf den Parteitag vor: sie organisierten Geldsammlungen, beriefen Versammlungen ein, erörterten die Fragen des Parteitages usw. Die Sommerszeit begünstigte die Einberufung illegaler Versammlungen außerhalb der Stadt, in den Wäldern, wo wir relativ in Sicherheit vor den Überfällen der Polizei waren.

Wenn es notwendig wurde, mehr oder minder erweiterte Versammlungen einzuberufen, wurden sie als angeblicher Ausflug irgendeines Bildungsvereins veranstaltet. Wir fuhren einige Dutzend Werst aus Petersburg heraus und begaben uns alsdann „zu einem Spaziergang“ in die Tiefe des Waldes, stellten Posten auf, die auf eine ausgemachte Parole hin den Weg wiesen, und führten mitten im Walde die Versammlungen durch. Die Referate und Berichte, die in diesen Versammlungen gehalten wurden, beschränkten sich natürlich nicht allein auf Fragen, die mit der Einberufung des Parteitages zusammenhingen. Im Grunde erörterte jede Parteiversammlung, die es zu

dieser Zeit einzuberufen gelang, alle dringlichen Fragen des revolutionären Kampfes, der im Sommer 1914 besonders erbittert geführt wurde.

Die Ochrana spürte, daß in Petersburg umfangreiche Parteiarbeit geleistet wurde und versuchte auf jede Art und Weise, die Organisation aufzudecken. Unzählige Polizeispitzel umkreisten alle Arbeiterorganisationen und brachten den bekannten Zentren der Parteiarbeit, wie sie die Redaktion der „Prawda" und die Räume unserer Fraktion waren, besondere Beachtung entgegen. Doch mit der Verstärkung der Ochranatätigkeit zugleich verstärkte sich auch unsere konspirative Technik, und obwohl einzelne Genossen verhaftet wurden, konnte die Aufdeckung größerer Gruppen vermieden werden.

Auch die Vorbereitungsarbeit in der Provinz, die etwas später als in Petersburg einsetzte, ging erfolgreich vor sich. Die Mitglieder unserer Fraktion, die sich gleich nach Beendigung der Dumasession in ihre Wahlgebiete begaben, reisten von Stadt zu Stadt, nahmen Verbindungen mit den örtlichen Parteizellen auf, erteilten ihnen Instruktionen, hielten Referate über den bevorstehenden Parteitag, führten die Wahlen der Delegierten durch, sammelten Mandate usw. Gleichzeitig wurde eine Reihe von Fragen der laufenden Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen gelöst, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit der Streikbewegung, mit der Organisierung der Gewerkschaften, der Versicherungskampagne, der Schaffung eines Fonds der Arbeiterpresse usw. Auch hier hatten die Bolschewiki die Führung inne. Der Einfluß der Menschewiki wurde von Monat zu Monat schwächer.

Die Vorbereitungen zum Parteitag wurden überall energisch betrieben: über geheime Kanäle wurden Mandate und andre Dokumente an meine Adresse in Petersburg geschickt, gemeinsam mit den Delegierten wurde die Route für ihre Reise zum Parteitag festgelegt, es wurden ihnen vereinbarte Treffs für den Grenzübertritt mitgeteilt usw. Die Geldsammlung ging ebenfalls gut voran. Mitte Juli war die gesamte vorbereitende Arbeit zu etwa zwei Dritteln abgeschlossen.

Noch früher hatte ich die gesamten Vorbereitungen zum Parteitag in Petersburg abgeschlossen. Die Rundreise durch das Wolgagebiet und den Kaukasus mußte ich aber etwas aufschieben, da in Petersburg

angesichts der Juli-Aktionen der Petersburger Arbeiter eine umfangreiche und angespannte Parteiarbeit zu leisten war.

Zum Zeitpunkt des Ausbruchs des ersten imperialistischen Krieges war der Hauptteil der Arbeit zur Vorbereitung des Internationalen Kongresses und des Parteitages abgeschlossen: die meisten Delegierten waren gewählt, die Aufträge ausgearbeitet, fast alle Mandate eingesammelt. Auch die technische Seite war klar: Treffs, Marschrouten, Pässe. Schließlich war bereits durch alle Organisationen für den Fonds gesammelt worden, der für die Einberufung des Parteitages bestimmt war. Es gab keinen Zweifel mehr darüber, daß die Einberufung und Organisierung des Parteitages erfolgreich verlaufen würden.

Die Kriegserklärung und die darauf einsetzende wütende Reaktion veränderten mit einem Schlage die Lage im Lande. Die Einberufung des Parteitages wurde in einer solchen Situation völlig unmöglich, um so mehr als die Schließung der Grenzen jegliche Verbindung zu den anderen Ländern unterbrach. Der fällige Parteitag mußte auf eine günstigere Zeit vertagt werden. Auch der Kongreß der II. Internationale konnte unter diesen Umständen nicht stattfinden.

4. Wie waren die Dokumente aufzubewahren?

In der Annahme, daß der Parteitag, wenn auch nicht sogleich, so doch etwas später einberufen werden könne, hielten wir es für notwendig, die zum Parteitag gesammelten Materialien und Dokumente aufzubewahren. Diese Dokumente waren für die Arbeit unserer gesamten Partei — sowohl für die örtlichen Organisationen als auch für das Zentralkomitee — von großer Bedeutung. Hier hatte man alle Verbindungen und Fäden der Parteiarbeit, im Grunde unsere gesamte Organisation als Ganzes vor sich.

Die Dokumente wurden in meiner Wohnung aufbewahrt. Nach dem ursprünglichen Plan sollte ich sie über die Grenze zum Zentralkomitee befördern, damit die Delegierten, jeder einzeln, „mit leichtem Gepäck" reisen konnten. Jetzt aber, als an allen Grenzen die Kampfhandlungen begannen, als der gesamte Briefwechsel und alle Ausreisen aus Ruß-

land durch den Abwehrdienst der Armee überwacht wurden, bot sich keine Möglichkeit, die Dokumente des Parteitages ins Ausland zu schaffen. Nicht ungefährlich war es aber auch, sie in der Wohnung aufzubewahren. Alle Arbeiterorganisationen waren zerschlagen. Jetzt war unsere Fraktion an der Reihe; es war bereits deutlich zu spüren, daß die Regierung einen Feldzug gegen die Arbeiterdeputierten proklamiert hatte. Wir konnten jeden Augenblick einen Überfall der Polizei auf unsere Wohnungen erwarten. Es gab einen Augenblick, da wir uns darauf vorbereiteten, alle in unserem Besitz befindlichen Materialien und Dokumente zu verbrennen.

Die Tage der illusorischen „Deputiertenimmunität" für die Mitglieder unserer Fraktion waren gezählt. Eile war geboten, um die bei uns befindlichen Parteidokumente an irgendeinem geheimen Ort bis auf weiteres zu verstecken. Es wurde beschlossen, sie nach Finnland zu schaffen und sie dort in der Nähe irgendeiner Station, zwei bis drei Fahrtstunden von Petersburg entfernt, zu verstecken.

Nachdem ich die Dokumente nach allen Regeln der Kunst verstaut hatte und solange durch die Stadt gekreist war, bis ich überzeugt war, alle Spitzel abgeschüttelt zu haben, begab ich mich nach Finnland. Vorsichtshalber sollte das Versteck der Dokumente — so war beschlossen — noch einem weiteren Genossen bekannt sein. In Finnland traf ich mich an einem vereinbarten Ort mit M. S. Olminski, der dort mit einigen anderen Parteifunktionären lebte. Am gleichen Ort versteckten wir im Walde die Dokumente unter einem Baum und wälzten der Sicherheit halber noch einen Stein auf sie.

Nach einiger Zeit des Abwartens beschlossen wir, die Dokumente dennoch auf irgendeine Weise an das Zentralkomitee zu befördern. Wir kamen überein, daß diese Aufgabe das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei Finnlands übernehmen werde, das einige Möglichkeiten des Verkehrs mit dem Auslande hatte. Ich reiste erneut nach Finnland, grub die Dokumente im Walde aus und brachte sie nach Helsingfors.

Gleichzeitig stellte ich vor dem finnischen Zentralkomitee die Frage der Hilfe für unsere Organisation, die auf allen Linien zerschlagen war. Zur Wiederaufnahme der Arbeit waren sowohl Geld als auch Hilfe zur

Organisierung einer Verbindung mit dem Auslande usw. notwendig. Die finnische Partei war legal und befand sich in einer günstigeren Lage als unsere Organisationen.

Ich hatte mit den finnischen Genossen ein sehr interessantes Gespräch, das die originelle Situation für die Arbeit der Parteiorganisationen im zaristischen Rußland unter den Bedingungen der Legalität und der Illegalität kennzeichnete. Ich berichtete den Genossen kurz über die Zerschlagung unserer Partei und der Parteipresse, über das Verbot der „Prawda", über die Massenverhaftungen, über die Aufdeckung der Druckereien, über die Notwendigkeit außerordentlicher Anspannung aller Kräfte zur Wiederherstellung der Parteiarbeit und berührte die Frage der eventuellen konkreten Hilfe von ihrer Seite. Wir brauchten Geldmittel für die Wiederherstellung der „Prawda", für Beihilfen während der Streiks, für die Unterstützung der Flucht unserer Verbannten; wir brauchten Hilfe bei der Beschaffung von drucktechnischen Hilfsmitteln, bei der Organisierung von Treffs, bei der Wiederherstellung von Verbindungen mit dem Auslande usw. Für uns war jedes Tausend Rubel wichtig.

Doch obwohl die finnische Sozialdemokratie über bedeutende Geldmittel verfügte, befanden sich alle diese Summen — wie sich herausstellte — bestimmungsgemäß auf einem Girokonto in der Bank unter ständiger Aufsicht des Generalgouverneurs, und die finnischen Genossen durften diese Gelder nicht ohne seine Genehmigung ausgeben.

Als ich den Vorschlag machte, in Finnland Geldsammlungen unter den Arbeitern in Fabriken und Werken durchzuführen, wie das in ganz Rußland trotz der illegalen Arbeitsbedingungen getan wurde, winkten die finnischen Genossen ab: „Wo denken Sie hin! Trotz unserer Legalität beobachtet die Polizei jeden unserer Schritte und wird unter keinen Umständen zulassen, daß auch nur ein Rubel für diese Zwecke gesammelt wird. Das würde nur zur Zerschlagung unserer Organisationen führen . . ."

Das war die Verfassung, mit der der Zarismus Finnland beglückt hatte. Die auf der Grundlage einer solchen Verfassung existierende legale Sozialdemokratische Partei Finnlands konnte faktisch keinerlei ernste Schritte unternehmen, weder im Sinne einer Hilfe für ihre Brü-

der in Rußland noch in der Revolutionierung der finnischen Arbeiterbewegung in Finnland. Doch ungeachtet der Schwierigkeiten fand die finnische Partei dennoch die Möglichkeit, uns einige Hilfe in mancher Hinsicht zu leisten, aber nicht mit Geld.

Die im Jahre 1914 getroffenen Vorbereitungen zum Parteitag waren von großer organisatorischer Bedeutung. An dieser Arbeit beteiligten sich weitgehend alle Glieder der Partei, angefangen von ihren leitenden Zentren bis zu den untersten Zellen. Obwohl der Parteitag wegen Kriegsausbruch zum vorgesehenen Termin nicht stattfand, spielten die Vorbereitungen dazu eine große Rolle in der Verstärkung und Festigung der Partei. Sie verstärkten den Zustrom der Arbeitermassen in die Reihen der Parteiorganisationen, festigten diese Organisationen und schmiedeten die Kader neuer standhafter Parteifunktionäre.

Kapitel XXI

Der Kriegsausbruch

1. Die Kriegserklärung

Die Aktionen der Petersburger Arbeiter im Juli 1914 und der Streik in Baku waren die letzten großen revolutionären Ereignisse der Vorkriegsjahre. Dieser Kampf hat die Arbeiterklasse zahlreiche Opfer gekostet. Als die Zarenregierung auf eine breite Massenbewegung stieß, die unmittelbar in Barrikadenkämpfe und in bewaffneten Aufstand überging, schreckte sie vor keinerlei Maßnahmen zurück, um die beginnende Revolution abzuwürgen. Durch Aussperrungen schlug sie gegen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, durch Massenverhaftungen und Ausweisungen gegen die politische Organisation der Arbeiterklasse. Eine gewisse Zeitspanne war erforderlich, um sich vom letzten Gefecht zu erholen. Das Proletariat mußte seine Kräfte wieder sammeln, um sich in neue Kämpfe gegen den Zarismus zu stürzen. Die nachfolgenden Ereignisse ließen jedoch der Arbeiterklasse nicht die notwendige Atempause, sondern versetzten vielmehr der revolutionären Bewegung einen noch schwereren Schlag.

Die Kriegserklärung entfesselte die Hände der schwärzesten Reaktion, die es eilig hatte, den Kriegszustand unverzüglich auszunutzen, um mit noch größerer Wucht über die Arbeiterbewegung herzufallen. In der Atmosphäre des wütendsten Chauvinismus und eines künstlich geschürten Hurrapatriotismus rechnete die Zarenregierung nicht nur mit der illegalen Partei, sondern auch mit allen legalen Arbeiterorganisationen grausam ab.

Der Krieg, formell aus einem Zusammenstoß zwischen Österreich und Serbien entstanden, war im Grunde ein grandioser Kampf zwischen

den imperialistischen Räubern, die bereit waren, ihren Konkurrenten um der Eroberung neuer Märkte willen die Kehle durchzubeißen. Außerdem verhieß der Krieg der Bourgeoisie nicht nur Möglichkeiten neuer Raubzüge auf dem Weltmarkt, sondern auch unmittelbar riesige Profite innerhalb des Landes aus den zahllosen Kriegsaufträgen. Die nationalistischen Ideale vermochten die brutale Raubgier des Weltkapitalismus kaum noch zu verhüllen.

Die Kriegserklärung wurde von der Bourgeoisie aller Länder mit Begeisterung aufgenommen. Die russische Bourgeoisie machte darin keine Ausnahme. Während sie es sich früher von Zeit zu Zeit geleistet hatte, in Liberalismus und Opposition zu machen, warf sie sich jetzt vor den Großmachtidealen der Eroberung zu Boden und schwor dem dreifarbigen Banner des russischen Zarismus unverbrüchliche Treue. Die Romanow-Monarchie mit ihrem blutigen Polizeiregime und ihrer grausamen Unterdrückung der Volksmassen gebärdete sich plötzlich als Verteidigerin der Demokratie und der kleinen Nationalitäten gegenüber dem preußischen Junkertum und dem deutschen Militarismus.

Durch die Straßen Petersburgs zogen von früh bis spät mit Zarenporträts und dreifarbigen Fahnen Hausknechte, Polizisten und Ochranaleute zusammen mit Spießbürgern aller Ränge und Schattierungen, sangen „Gott erhalte den Zaren“ und schrien aus voller Brust „Hurra“. Unter dem Schutz der Regierung wurden sie frech bis zum Äußersten, schlugen den Passanten die Mützen vom Kopf, stürmten Straßenbahnen und Häuser und mißhandelten jeden, der sie nicht unterstützen wollte. Jede dieser polizeilich organisierten und geschützten Manifestationen konnte sich jeden Augenblick in eine Pogromherde verwandeln. Und so war es denn auch in Wirklichkeit. In Petersburg wurde die deutsche Botschaft demoliert, und in Moskau nahm der Pogrom noch größere Ausmaße an.

Auf die Pogrome folgte das Niederknien vor dem Zarenpalast. Selbst die kleinbürgerliche Studentenschaft, die auf ihre „linken“ Traditionen stolz war, lag auf den Knien vor dem Winterpalast und schrie begeistert „Hurra“ für den „vergötterten“ Monarchen.

Der chauvinistische Rausch umhüllte das Land mit einem dichten Schleier. Und hinter diesem Schleier ging die Militärclique immer

ungenierter vor. Ohne sich um irgendwelche auch nur äußerliche Anlässe zu bemühen, beeilte sich die zaristische Polizei, ihre alten Rechnungen mit dem „inneren“ Feind, das heißt mit dem fortgeschrittensten, bewußtesten Teil des russischen Proletariats, zu begleichen.

Die Regierung vollendete in Eile die vor dem Krieg begonnene Abrechnung mit der Arbeiterklasse. Mit einem Federzug wurden die noch übriggebliebenen Arbeiterorganisationen aufgelöst, die Gefängnisse füllten sich mit Verhafteten. Die Verbannten zogen in Scharen nach Sibirien. Die Parteiorganisationen erlitten schwere Verluste, da sie eine Reihe ihrer besten Funktionäre einbüßten. Die militaristische Reaktion riß immer neue Opfer aus den Reihen der Arbeiterklasse.

Die Bourgeoisie hatte sich lange und gründlich auf den Krieg vorbereitet; das Proletariat dagegen wurde nicht nur unvorbereitet, sondern auch zerschlagen durch den soeben bestandenen harten Kampf gegen den Zarismus vom Krieg überrascht. Gleichzeitig mußte das weithin verspritzte Gift des Chauvinismus zwangsläufig auch einzelne zurückgebliebene Gruppen von Arbeitern vergiften, die in der ersten Zeit den Sinn der abrollenden Ereignisse nicht klar genug begreifen konnten. In einer solchen Situation war eine Möglichkeit für breit organisierte Abwehr des Kriegswahns und der Militärreaktion, die sich des Landes bemächtigt hatten, durch das russische Proletariat kaum vorstellbar.

2. Die Aktionen der Arbeiter während der Mobilmachung

Und dennoch war Petersburg, obwohl die Organisiertheit ungenügend war, obwohl die Arbeiterklasse soeben schwere Verluste erlitten hatte, gleich am ersten Kriegstag Zeuge einer Reihe von Aktionen der Arbeiter gegen den Krieg.

Gleich in den ersten Kriegstagen, kaum daß die Mobilmachung bekanntgegeben worden war, brachte das Petersburger Komitee die erste gegen den Krieg gerichtete Proklamation heraus.

„Genossen! Ein blutiges Gespenst schwebt über Europa“, begann der Aufruf der Partei an alle Arbeiter, Bauern und Soldaten. „‚Nieder mit dem Krieg! Krieg dem Kriege!‘ — so muß es machtvoll durch die Städte

und Fluren des weiten Rußlands hallen. Die Arbeiter müssen daran denken, daß sie keine Feinde jenseits der Grenzen haben; überall wird die Arbeiterklasse durch Reiche und Mächtige unterdrückt. Überall ächzt sie unter dem Joch der Ausbeutung und unter den Ketten der Armut. Soldaten und Arbeiter! Ihr werdet aufgefordert, zum Ruhme der Kosakenpeitsche, zum Ruhme des Vaterlandes zu sterben, das die hungernden Arbeiter und Bauern erschießt, das die besten seiner Söhne in den Gefängnissen würgt. Nein, wir wollen keinen Krieg, so müßt Ihr erklären. Wir wollen die Freiheit Rußlands! Das muß Euer Ruf sein."[1]

Diese Proklamation, die unter dem Eindruck der ersten Meldungen über die hereingebrochene Kriegskatastrophe in Eile verfaßt worden war, gab nur eine kurze, flüchtige Charakteristik der Lage, doch die Petersburger Organisation der Bolschewiki legte bereits in den ersten Kriegstagen die Linie fest, die später durch alle übrigen Parteiorgane bekräftigt, entwickelt und ergänzt wurde.

Zweifellos herrschten die gleichen Stimmungen auch unter den fortgeschrittenen, revolutionären Arbeitern in der Provinz vor. Die gleich vom ersten Tag an gestörten Verbindungen mit der Provinz machten es uns unmöglich, einigermaßen vollständige Informationen darüber zu erhalten, was in diesen Tagen in anderen Städten Rußlands vor sich ging, aber einige Mitteilungen erreichten uns doch.

Charakteristisch ist in dieser Hinsicht ein Brief, den ich aus Kostroma erhielt, von wo er gleich am Tage nach Bekanntgabe der Mobilmachung abgeschickt worden war. In diesem Brief wurde folgende Entschließung wiedergegeben, die in der Versammlung einer Gruppe von Arbeitern in Kostroma angenommen worden war: „Wir protestieren auf das entschiedenste gegen die Handlungen der Regierung und der herrschenden Klassen, die die Proletarier Rußlands, Serbiens, Österreichs und Deutschlands in einen Bruderkrieg hineinreißen, und wir fragen die russische sozialdemokratische Fraktion: Welche Maßnahmen hat sie getroffen gegen den Krieg, und wie gedenkt sie dem Proletariat der feindlichen Staaten die brüderliche Solidarität zum Ausdruck zu bringen?"

---

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Bd. II, S. 113/14, russ.

In Petersburg kam es in den ersten Kriegstagen zu einigen Streiks und sogar zu einzelnen Demonstrationen. Am Tage der Mobilisierung der Reservisten streikten in Petersburg über 20 Betriebe aus Protest gegen den Krieg. Hier und da begrüßten die Arbeiter die Reservisten mit dem Ruf „Nieder mit dem Krieg!“ und mit dem Gesang revolutionärer Lieder.

Doch die Demonstrationen verliefen bereits in einer anderen Atmosphäre als vor zwei oder drei Wochen. Durch pseudopatriotische Zurufe aufgehetzt, wahrte der Straßenmob, vor allem im Zentrum der Stadt, nunmehr keine „freundschaftliche“ Neutralität, sondern stürzte sich selbst auf die Demonstranten und half der Polizei, sie zu verhaften und zu mißhandeln.

Einer der für diese Tage charakteristischen Vorfälle spielte sich am Tage der Mobilmachung auf dem Newski Prospekt vor dem Gebäude der Stadtduma ab, das heißt unmittelbar im Zentrum der Stadt. Hinter einer vorbeiziehenden Kolonne von Reservisten tauchte eine Schar demonstrierender Arbeiter auf. Mit den Rufen „Nieder mit dem Krieg!“ rückten die Demonstranten dicht an die Reservisten heran. Die Passanten auf dem Newski Prospekt, in ihrer Mehrheit Spießer und müßige Spaziergänger jeder Art, pflegten sich sonst während der Arbeiterdemonstrationen eilig in die Seitenstraßen zurückzuziehen oder sich äußerstenfalls schüchtern in die Toreingänge zu drücken und die Demonstration aus der Ferne zu beobachten. Diesmal zeigten sie „Aktivität“ und übernahmen die Rolle der zaristischen Polizei. Die Passanten stürzten sich vom Bürgersteig auf die Straße und begannen mit den Rufen „Hochverräter! Landesverräter!“ auf die Demonstranten einzuschlagen. Es blieb der Polizei nur übrig, die Teilnehmer der Demonstration zu verhaften und in das nächstgelegene Polizeirevier einzuliefern.

Der Petersburger Stadthauptmann berichtete am 19. August 1914 dem Polizeidepartement über die Stimmungen der Petersburger Arbeiter im Juli 1914 wie folgt:

„Am 19. Juli brach im Zusammenhang mit der Einberufung der Reservisten im Rahmen der Truppenmobilmachung in 21 Betrieben mit insgesamt 27 000 Arbeitern der Streik aus. Der erwähnte Streik war

ebenso wie der vorangegangene von einer Demonstration der Arbeiter begleitet, wobei die Demonstranten aus der Fabrik Erikson, als sie eine rund 100 Mann starke Reservistenkolonne, die von einem Reviervorsteher und zwei Schutzleuten begleitet zum Sammelpunkt unterwegs war, erblickten, diese mit den Rufen ‚Nieder mit dem Krieg!' begrüßten. Die Demonstranten schlossen die Reservisten in einem dichten Ring ein, begleiteten die Kolonne unter dem Gesang der Marseillaise und forderten von den Polizisten, man solle die Reservisten nach Hause entlassen. Später begegnete die erwähnte Reservistenkolonne, die sich zum Teil mit den Demonstranten vermengt hatte, einer zweiten Demonstrantenschar, Lössner-Arbeitern, die sich mit den Rufen ‚Schlagt die Polizei!' auf die die Reservisten begleitenden Polizisten stürzten, wobei alle drei durch Steinwürfe getroffen wurden. Einem der Schutzleute, der durch einen Steinwurf zu Boden geschlagen worden war, nahm irgend jemand aus der Menge den Revolver weg und schaffte diesen fort. Die Demonstranten wurden durch eine heranpreschende Patrouille berittener Schutzleute zerstreut. Die auseinandergelaufenen Reservisten trafen zum Teil von selbst wieder am Sammelpunkt ein, zum anderen Teil wurden sie am Tatort gesammelt.

Zu weiteren Unruhen kam es im Zusammenhang mit der Mobilmachung auf dem Newski Prospekt gegen 2 Uhr nachmittags. Als eine Kolonne Reservisten unterer Dienstränge, aus dem Schlüsselburger Revier kommend, an der Stadtduma vorbeizog, wurden sie von zahlreichen Personen von allen Seiten des Newski Prospekts mit ‚Hurra'-rufen begrüßt. Hinter den Reservisten rotteten sich etwa 50 Personen zusammen und begannen ‚Nieder mit dem Krieg!' zu rufen, wobei sie eine rote Fahne entfalteten und die Marseillaise anstimmten. Das Publikum stürzte sich auf diese Demonstrantenschar und schlug mit den Rufen ‚Hochverräter! Landesverräter!' auf sie ein. Die herbeigeeilte Polizei entriß der Menge die Mißhandelten und nahm zusammen mit der beschlagnahmten Fahne acht Personen fest, von denen zwei in den Akten der Ochrana geführt werden. Die erwähnten Personen sind sämtlich der Abteilung übergeben worden, die Haussuchungen an ihren Wohnorten verfügt hat, mit Ausnahme eines Reservisten, der dem Militärbefehlshaber zur Verfügung gestellt wurde."

Unter solchen Umständen war es natürlich unmöglich, die Protestbewegung gegen den Krieg auch nur etwas breiter zu entfalten. Die heroischen Einzelaktionen der Arbeiter gingen unter in dem allgemeinen Meer der Kriegshysterie.

Um die „Einigung" mit dem Volk noch anschaulicher zu demonstrieren und vor allem um die Kriegskredite zu bestätigen, wurde die Reichsduma zu einer Sondertagung einberufen.

Die in Petersburg zusammengekommenen Deputierten, angefangen von den äußersten Rechten bis zu den Kadetten, waren äußerst kriegerisch gestimmt. Sie sprachen vom Krieg bis zum siegreichen Ende, von der „Vaterlandsverteidigung", von der entschlossenen Abwehr des Feindes usw. Die Zeitungen druckten derartige Erklärungen von Führern der Dumafraktionen eine nach der anderen ab.

3. Der Standpunkt unserer Fraktion und die Deklaration in der Duma

Die bürgerliche Presse interessierte sich sehr dafür, welchen Standpunkt die Arbeiterdeputierten in der Frage des Krieges einnehmen würden. In meine Wohnung drang während der üblichen Sprechstunde für die Arbeiter eine Schar von Journalisten aller Petersburger Zeitungen ein, angefangen von dem „linken" „Den" bis zur „Semschtschina" der Schwarzhunderter. Im Auftrage ihrer Redaktionen stellten sie mir eine ganze Reihe von Fragen: Wie ist die Stellung der Arbeiter zum Kriege? Welchen Standpunkt bezieht Ihre Fraktion? Wie werden sich die Arbeiterdeputierten in der Duma verhalten? usw.

Die Journalisten zückten die Notizbücher und die Bleistifte, um meine Antworten niederzuschreiben.

Was ich sagte, war jedoch zur Veröffentlichung in ihren Zeitungen völlig ungeeignet.

„Die Arbeiterklasse", so erklärte ich, „wird mit allen Kräften gegen den Krieg kämpfen. Der Krieg liegt nicht im Interesse der Arbeiter. Im Gegenteil, er richtet sich gegen die Arbeiterklasse der ganzen Welt. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Basel ist im Namen des

Proletariats der ganzen Welt der Beschluß gefaßt worden, im Falle der Erklärung des Krieges einen entschlossenen Kampf gegen diesen zu führen. ‚Krieg dem Kriege' — das ist unsere Losung. Für diese Losung werden wir, die wirklichen Vertreter der Arbeiterklasse, kämpfen. Unsere Fraktion wird mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entschlossen gegen den Krieg kämpfen."

Natürlich hat keine einzige Zeitung meine Erklärung veröffentlicht. Dafür wurde sie unverzüglich der Ochrana bekannt, für die meine Worte eine Bestätigung der ihr schon zuvor bekannten Antikriegsposition unserer Partei waren. Man setzte alle „Argumente" ein, die uns nicht so sehr überzeugen als vielmehr einschüchtern und terrorisieren sollten. An meine Adresse wurden Drohbriefe gerichtet, die von ausgesuchten Schimpfwörtern strotzten.

„Paß auf, Verräter, hast lange genug das russische Volk aufgewiegelt, Du gemeiner Revolutionär. Dich wird das Schicksal von Herzenstein und Iollos ereilen,"[1] — so schrieben mir Ochranaleute und Schwarzhunderter. Einer der Briefe enthielt neben den schriftlichen Drohungen auch eine Zeichnung — ein Skelett, das mein Schicksal veranschaulichen sollte. Die Arbeiter, denen diese Drohungen des Schwarzen Hunderts bekanntwurden, bestanden darauf, eine besondere Bewachung meiner Wohnung zu organisieren. Soviel ich auch widersprach, indem ich auf die Zwecklosigkeit dieser Maßnahme hinwies, weil man sich gegen einen Schuß aus dem Hinterhalt ohnehin nicht sichern kann — die Arbeiter setzten ihren Willen dennoch durch.

Das alles geschah in den ersten Kriegstagen, noch vor dem öffentlichen Auftreten der Fraktion. Dieses Auftreten sollte in der Sitzung der Reichsduma erfolgen, in der über das Kriegsbudget abgestimmt werden sollte. Vorgesehen war die Verlesung einer gemeinsamen Deklaration im Namen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und der Trudowiki. Irgendwelche im voraus vorbereiteten Formulierungen hatten wir nicht, man mußte sie ausarbeiten. Nach Beratung mit den Parteigenossen, die sich damals in der Stadt befanden, beschlossen wir,

---

[1] Herzenstein und Iollos, zwei Deputierte vorangegangener Dumas, wurden auf Anstiftung der Polizei von Mitgliedern des „Bundes des russischen Volkes" meuchlings ermordet.

auf der Abfassung einer Deklaration zu bestehen, die den Krieg entschieden verurteilen und dessen Unterstützung durch die Arbeiterklasse kategorisch ablehnen sollte.

Es begannen die Verhandlungen und Beratungen zwischen den Fraktionen. Gleich nach der ersten Beratung, auf der Kerenski, Tschcheïdse und ich anwesend waren, schieden die Trudowiki aus. Kerenski erklärte offen heraus, sie hielten es für notwendig, sich für die Unterstützung des einmal erklärten Krieges einzusetzen. Tschcheïdse legte sich zunächst nicht fest, zeigte aber beträchtliche Neigung zur „Vaterlandsverteidigung".

Nach längeren Verhandlungen gingen wir dennoch an die Ausarbeitung der gemeinsamen Deklaration beider Fraktionen. Auf einer Beratung unter Teilnahme einiger Mitglieder des Petersburger Komitees einerseits und einiger menschewistischer Parteifunktionäre anderseits wurden die Grundlinien der Deklaration festgelegt. Dann trafen weitere Deputierte sowohl aus unserer Fraktion als auch Menschewiki ein. Wir hielten noch einige Sitzungen ab, in denen der Entwurf der gemeinsamen Deklaration ausgearbeitet wurde. Über einzelne Punkte und Formulierungen wurde gestritten und debattiert, Abänderungen und Ergänzungen wurden vorgenommen. Der kombinierte Text der Deklaration beider Fraktionen wurde endgültig abgefaßt nach mehreren Diskussionen sowohl in den bolschewistischen als auch in den menschewistischen Parteikreisen.

Die Sitzung der Reichsduma fand am 26. Juli statt. Zuvor begab sich die Dumamehrheit — und diesmal mit ihr zusammen auch die Trudowiki — zu einem Empfang beim Zaren, um ihre Untertanengefühle zum Ausdruck zu bringen. Die Sitzung wurde von Rodsjanko eröffnet, der eine feierliche Rede hielt über die „Einigung des russischen Zaren mit seinem treuen Volk", über den „Schutz der Integrität und Einheit des Staates" sowie darüber, daß „alle in Rußland lebenden Völker sich zu einer einträchtigen Familie vereinen, wenn dem gemeinsamen Vaterland ein Unheil droht" usw. Das waren die üblichen Formeln des streitbaren Patriotismus, die alsdann — so oder so abgewandelt — von den Führern aller Fraktionen der Dumamehrheit wiederholt wurden.

Die Trudowiki erklärten in einer von Kerenski verlesenen Deklaration nach einigen pseudorevolutionären Phrasen, sie seien „unerschütterlich davon überzeugt, daß die große elementare Gewalt der russischen Demokratie zusammen mit allen anderen Kräften dem angreifenden Feind eine entschiedene Abfuhr erteilen und ihre heimatlichen Fluren und die Kultur verteidigen wird, die mit dem Schweiß und Blut von Generationen geschaffen worden sind". Der Deklaration Kerenskis klatschte die gesamte Duma (bis auf die Sozialdemokraten) einschließlich der äußersten Rechten Beifall.

Dann wurde die Deklaration der sozialdemokratischen Fraktion verlesen. Vor dem Abdruck im stenografischen Bericht wurde die Deklaration von Rodsjanko zusammengestrichen. Der volle Wortlaut der sozialdemokratischen Deklaration aber, wie sie von der Dumatribüne aus verlesen wurde, war folgender:

„Ein furchtbares, nie dagewesenes Unglück ist über die Völker der ganzen Welt hereingebrochen. Millionen von Arbeitern sind von der friedlichen Arbeit fortgerissen, ruiniert und in einen blutigen Strudel gestürzt worden. Millionen von Familien sind zum Hungern verurteilt. Der Krieg ist ausgebrochen ... Als die europäischen Regierungen zum Kriege rüsteten, erhob das europäische Proletariat, mit dem deutschen Proletariat an der Spitze, einmütigen Protest gegen den Krieg, der von den herrschenden Kreisen vorbereitet wurde.

Eine Reihe von Repressalien gegen die Arbeiterpresse und die Arbeiterorganisationen unmittelbar vor dem Kriege hinderte die Arbeiter Rußlands daran, offen mit dem gleichen Protest gegen den Krieg aufzutreten. Aber in den Zeiten der grandiosen Demonstrationen europäischer Proletarier gegen den Krieg schlugen die Herzen der russischen Proletarier mit ihren Herzen im gleichen Takt. Und wir, die Vertreter der Arbeiterklasse Rußlands, halten es für unsere Pflicht, zu erklären, daß der gegenwärtige Krieg, hervorgerufen durch die von allen kapitalistischen Ländern betriebene Politik der Eroberungen und der Gewalt, ein Krieg ist, für den die herrschenden Kreise aller jetzt Krieg führenden Länder die Verantwortung zu tragen haben, daß dieser Krieg dem Gefühl und der Gesinnung der bewußten Elemente des russischen Proletariats ebenso wie des Proletariats der ganzen Welt widerspricht.

Das Proletariat, dem der falsche Patriotismus, mit dem die herrschenden Klassen ihre Raubpolitik tarnen, fremd ist, das die Freiheit und die Interessen der Völker ständig verteidigt, wird seine Pflicht jederzeit erfüllen und die kulturellen Güter des Volkes gegen jedwede Anschläge verteidigen, von wo sie auch ausgehen: von außen oder von innen. Wenn aber die Rufe zur Einigung zwischen Volk und Staatsmacht ertönen, stellen wir fest, daß die Völker Rußlands ebenso wie alle Völker gegen ihren Willen, durch die Schuld ihrer herrschenden Kreise in den Krieg hineingerissen wurden, und halten es für notwendig, die ganze Heuchelei und die ganze Grundlosigkeit dieser Aufrufe zur Einigung zu unterstreichen. Es kann keine Einigung zwischen Volk und Staatsmacht geben, wenn diese nicht die Vollstreckerin des bewußten Willens des Volkes ist, wenn das letztere durch die Macht versklavt wird, wenn die Volksmasse, der die ganze Last des Krieges aufgebürdet wird, rechtlos ist, wenn man die Arbeiter- und Bauernpresse abwürgt, wenn die Arbeiterorganisationen zerschlagen sind, wenn die Gefängnisse mit Kämpfern für Freiheit und Glück des Volkes überfüllt sind und wenn wir soeben die Erschießung von Petersburger Arbeitern durch Militär und Polizei erlebt haben. Es kann keine Einigung mit der Macht auch für jene zahlreichen Nationalitäten Rußlands geben, die nationalen Verfolgungen ausgesetzt sind und in einer Atmosphäre der Gewaltherrschaft und der Unterdrückung leben.

Das bewußte Proletariat der kriegführenden Länder konnte den Ausbruch des Krieges und die Entfesselung der Barbarei, die er mit sich bringt, nicht verhindern, aber wir sind zutiefst davon überzeugt, daß die Menschheit in der internationalen Solidarität des Proletariats der ganzen Welt das Mittel zur raschesten Beendigung dieses Krieges finden wird. Und mögen die Bedingungen des Friedensvertrages nicht von den Diplomaten der raubgierigen Regierungen, sondern von den Völkern selbst diktiert werden, die ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen werden.

Gleichzeitig bringen wir die tiefe Überzeugung zum Ausdruck, daß dieser Krieg den Volksmassen Europas endgültig die Augen öffnen wird für die wirkliche Quelle der Gewalt und der Unterdrückung, unter denen sie leiden, und daß der gegenwärtige furchtbare Ausbruch der Barbarei zugleich der letzte sein wird."

Unsere Deklaration gab noch keine richtige, revolutionäre Einschätzung weder des Charakters des Krieges selbst noch der Position der Arbeiterklasse. Aber ungeachtet ihrer Verschwommenheit erklang die Deklaration, die die Kardinalfrage der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg nicht stellte, vor dem Hintergrund des allgemeinen Hurrapatriotismus dennoch als ein scharfer Protest gegen den Kriegswahn. Im Gegensatz zu allen anderen Deklarationen, die — jede auf ihre Weise — die Kriegserklärung begrüßten, traten die Sozialdemokraten mit der entschiedenen Verurteilung des Krieges hervor und zeigten die internationale Solidarität der Werktätigen als ein Mittel des Kampfes gegen den Krieg. Unsere Deklaration verneinte ferner kategorisch jede Möglichkeit einer „Einigung" zwischen Volk und Zarenmacht, von der die Schwarzhunderterduma heuchlerisch sprach.

Nach dem feierlich deklarativen Teil ging die Reichsduma an die Abstimmung über das Kriegsbudget. Unsere Fraktion nahm gemäß den Beschlüssen aller Kongresse der Internationale an der Abstimmung über die Kriegskredite nicht teil und verließ zum Zeichen des Protests die Sitzung.

Unsere Deklaration und unsere Weigerung, an der Abstimmung über das Budget teilzunehmen, lösten einen Sturm des Protestes und der Empörung unter der Dumamehrheit aus. Deputierte aller Fraktionen, die linken Kadetten und Progressisten nicht ausgenommen, fielen in den Wandelgängen wie Berserker über uns her.

„Was tut ihr? Ihr Arbeitervertreter, ihr zieht die Massen hinter euch her, reißt Rußland in den Abgrund, in die Katastrophe. Ihr richtet das Volk zugrunde!"

Die Rechten schimpften und drohten mit der Abrechnung. Sie waren bereit, uns gleich auf der Stelle in Stücke zu reißen. Wir verließen die Duma, begleitet von Schmährufen der Dumareaktionäre.

Unser Auftreten gegen den Krieg in der Duma, das den Arbeitermassen weitgehend bekanntwurde, bildete die Grundlage der gesamten Antikriegsarbeit der Partei. Nach und nach begannen wir, die illegale Arbeit wieder zu entfalten, die nunmehr in erster Linie darauf ausging, die Massen zum Kampf gegen den Krieg zu organisieren.

4. Die Bedingungen der Parteiarbeit zu Beginn des Krieges

Die Bedingungen der Parteiarbeit wurden in Anbetracht der Kriegserklärung um ein vielfaches schwerer als in den dem Krieg vorangegangenen Monaten. In der ersten Periode des Krieges war die revolutionäre Tätigkeit mit solchen Schwierigkeiten verbunden, wie sie unsere Partei nicht einmal in den schwersten Jahren der Reaktion zu überwinden hatte. Die Militärclique ging erbarmungslos gegen die Arbeiterorganisationen vor. Massenverhaftungen einerseits und die Mobilisierung für die Front anderseits rissen große Lücken in die Reihen der Genossen, die für die Partei tätig waren. Gleichzeitig nahm uns der Krieg, der die Grenzen schloß, in der ersten Zeit gänzlich die Möglichkeit, die Verbindung mit dem Zentralkomitee der Partei, das sich im Ausland befand, aufrechtzuerhalten.

Auch das Zentralkomitee war zu dieser Zeit Angriffen österreichischer Behörden ausgesetzt, die Lenin ins Gefängnis sperrten. Nach der Kriegserklärung vergingen zwei bis drei Wochen, bis das Auslandszentrum der Partei seine Tätigkeit wiederaufnahm. Unsere Verbindung mit ihm gelang es jedoch erst zwei Monate später unter größten Schwierigkeiten und nur zum Teil wiederherzustellen.

Man muß auch den Inhalt der Parteiarbeit zu jener Zeit beachten. Sie lief im wesentlichen auf Antikriegspropaganda hinaus, die unter dem Militärterror für jeden festgenommenen Parteifunktionär mit dem Risiko schwerer Repressalien einschließlich des Kriegsgerichts und der Todesstrafe verbunden war. Die Technik der Geheimhaltung mußte unter diesen Umständen um ein Vielfaches verstärkt werden, während die Parteiorganisationen wesentlich schwächer wurden, die Verbindungen abbrachen usw. Ferner wäre noch auf die Zerschlagung der „Prawda" und auf die völlige Liquidierung der Arbeiterpresse hinzuweisen, die bislang das Zentrum darstellte, um das sich die Kräfte der Partei scharten.

Die einzige, vorläufig noch völlig intakte organisierte Kraft der Partei war zu Beginn des Krieges die Dumafraktion, die auch schon vorher den wichtigsten leitenden Kern der Parteiarbeit in Rußland bildete. Jetzt aber lasteten auf uns allen um ein Vielfaches gewachsene Pflichten.

Gleich in den ersten Tagen nach der Kriegserklärung begann ich die Arbeit des Petersburger Parteikomitees in Gang zu bringen. Von den Bolschewiki, die an der leitenden Arbeit in Petersburg teilgenommen hatten, war zu dieser Zeit so gut wie keiner übriggeblieben. Die meisten waren verhaftet; die wenigen Parteimitglieder aus den Reihen unserer Schriftsteller und Journalisten, die noch frei waren, mußten sich in der Umgebung der Stadt verbergen. Die Hauptbasis war Finnland, wo A. M. Gorki, M. S. Olminski, K. S. Jeremejew und einige andere Genossen lebten. Unter den Bedingungen der Kriegszeit war es sehr schwer, in ständiger Verbindung mit ihnen zu bleiben. Wir mußten höchste Vorsicht walten lassen.

Anderseits mußte die Tätigkeit auch des Petersburger Komitees so weit wie möglich geheimgehalten werden; deshalb setzte sich die neugebildete Vollzugskommission des Petersburger Komitees aus noch weniger Genossen als bisher zusammen. Die Parteikräfte waren dezimiert, die ihnen bevorstehende Arbeit aber war gewaltig.

Die Hauptsorge des Petersburger Komitees war zu dieser Zeit die Aufnahme der Verbindungen zu den Rayons und die Vorbereitungen zur Herausgabe von Proklamationen. Es ging darum, eine Druckerei einzurichten, technische Hilfsmittel zu liefern, die notwendigen Geldmittel zu beschaffen usw. Wir hatten im voraus Adressen bereit, um die Schrift und sonstiges Druckzubehör verlagern zu können, gleich nachdem diese irgendwo benutzt worden waren. Wenn auch die Ochrana nach der Herausgabe einer Proklamation jedesmal neue Menschengruppen aus unseren Reihen riß, setzte doch die Druckerei, die von Ort zu Ort wanderte, ihre Arbeit fort. Es vergingen keine drei Tage, bis die Druckerei wieder für neue Aufgaben bereit war. So sehr sich auch die Ochrana mühte, sie vermochte unsere Arbeit nicht aufzudecken.

Den Entwurf der ersten während des Krieges herausgegebenen Proklamation brachte ich zum Redigieren nach Finnland. An der Grenze bei Beloostrow und an der gesamten Finnland-Eisenbahn wimmelte es von Gendarmen und Polizeispitzeln, die jeden Reisenden überwachten. Für den Fall einer überraschenden Leibesvisitation oder Verhaftung versteckte ich das Original der Proklamation im Stiefel, eine Kopie aber beförderte ich in einer Streichholzschachtel; diese konnte ich jeden

Augenblick in Brand stecken, wenn ein Polizeiüberfall drohen sollte. Ich traf mich an der verabredeten Stelle mit K. S. Jeremejew. Die ganze Nacht verbrachten wir beim Redigieren des Flugblattes. Am Morgen kehrte ich unter Beachtung der gleichen Vorsichtsmaßnahmen nach Petersburg zurück und übergab den korrigierten Entwurf zum Druck an eine Gruppe von Genossen, die bei der Organisierung und Einrichtung der Druckerei tätig waren. Sie waren es auch, die unsere ersten Flugblätter vertrieben. Dazu gingen sie an die belebtesten Orte, in die Einberufungslokale, auf die Bahnhöfe usw., legten dort die Proklamationen aus oder steckten sie sogar direkt in die Taschen der Reservisten.

5. Die Proklamation des Petersburger Komitees der Bolschewiki

Am 1. August gab das Petersburger Komitee die zweite Antikriegsproklamation nach Bekanntgabe der Mobilmachung heraus. Darin sprachen wir bereits davon, daß in der Armee Propaganda betrieben werden müsse, sprachen von der Vorbereitung zum bewaffneten Kampf, von der heranrückenden sozialen Revolution.

„Weltereignisse von außerordentlicher Bedeutung sind im Anzug", so lautete die Proklamation. „Der europäische Brand, der an allen Enden von der konkurrierenden Bourgeoisie entfacht wird, lodert empor. Millionen von Arbeitern und Bauern Rußlands, Deutschlands, Frankreichs, Österreichs, Englands und anderer Länder werden aus dem friedlichen Leben gerissen und mit der todbringenden Waffe in der Hand einander entgegengestellt, damit sie durch Ströme ihres Blutes den Herren der Lage ermöglichen, aus den Sklaven des Kapitals noch höheren Mehrwert herauszupressen.

Die bürgerliche Presse, die sich kaufen läßt und vor den Herrschern des Lebens im Staube kriecht, setzt alles daran, das Gift des brudermordenden Nationalismus in die Volksmassen zu tragen, damit sie benebelt werden und sich widerspruchslos zur Schlachtbank führen lassen. Die Arbeiterpresse ist erdrosselt, es fehlt ihr Wort, das die Arbeitermassen jetzt so sehr brauchen, es ist niemand da, der den Henkern des russischen Volkes, der der russischen Regierung ins Ge-

sicht schleudern könnte, daß es ihnen, den Unterdrückern und Mördern der Arbeiter und Bauern, nicht ansteht, im Namen des Volkes zu sprechen.

In einem solchen Augenblick kann die Sozialdemokratie nicht schweigen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands lebt, und nur sie allein kann jetzt den Arbeitermassen sagen: Genossen! Die Regierung und die Bourgeoisie haben Wind gesät — sie werden Sturm ernten!

Unzählige Leiden bringt der Krieg dem russischen Volk und vor allem der Arbeiterklasse und der Bauernschaft.

Mag aber der Krieg dem offiziellen Rußland und seinen Verbündeten Niederlage oder Sieg bringen — die Arbeiterklasse wird sich in jedem Falle noch tiefer von der Erkenntnis durchdringen lassen, daß die gegenwärtige Ordnung sich nur mit Blut, Gewalt und Betrug hält, daß es aus dieser Lage nur einen Ausweg gibt — *die Revolution.* Der europäische Krieg wird Hunderttausende, vielleicht auch Millionen Tote hinterlassen. Und er wird auch die politischen Systeme der Staaten und ihre wirtschaftlichen Grundlagen zerrütten und zerstören.

In diesem Augenblick aber muß das Proletariat bereit, muß es organisiert sein, um sich wohlgerüstet auf die Regierung der Gewalttäter zu stürzen und ihrer Herrschaft ein Ende zu setzen.

Diese Aufgabe ist eine gemeinsame Aufgabe für das Proletariat sowohl Rußlands als auch Deutschlands und Österreichs: die Überreste des Feudalismus und der Leibeigenschaft vernichten, alle monarchistischen Splitter hinwegfegen, das eigene Land vom politischen Joch befreien und die *Demokratische Republik* ausrufen!

Das ist unsere erste, unsere vordringliche Aufgabe!

Bewußte Arbeiter begreifen sie sehr wohl. Ihre Pflicht besteht jetzt darin, diese Propaganda in die breiten Massen, in die Armee, mitten in die einberufenen Reservisten usw. zu tragen. Ihre Pflicht besteht gegenwärtig darin, die Organisation der Partei mit allen Kräften zu festigen, die Reihen zahlenmäßig zu verstärken, die Parteikasse zu stützen, Waffen zu beschaffen, damit die proletarische Armee im Augenblick der endgültigen Abrechnung mit dem absolutistischen Regime bereit ist.

Vergeudet keine Kräfte in Partisanen- und Teilaktionen, sondern stärkt sie ruhig und überlegt. Das ist die Pflicht eines jeden bewußten

Sozialdemokraten. Zur Erfüllung dieser Pflicht rufen wir Euch, Genossen, auf!

Ereignisse von Weltformat sind im Anzug. Hinter den heranrückenden Erschütterungen und politischen Umwälzungen steht bereits das Gespenst der sozialen Revolution. Diesem Endziel strebt das Proletariat aller Länder zu. Aber dem russischen Proletariat stehen noch viele Hindernisse im Wege, und die russische Arbeiterklasse muß heroische Anstrengungen unternehmen, um die Selbstherrschaft restlos hinwegzufegen.

Die Regierung Nikolais des Blutigen ist die letzte absolutistische Regierung, und Nikolai der Blutige, dieser Nachkömmling der Romanows, ist der letzte russische Zar. Solange die gegenwärtige Regierung an der Macht ist und ungestraft die werktätigen Massen unterdrückt, solange das Regime der Unterdrückung und der Gewalt herrscht, solange die Macht nicht in die Hände des politisch freien Volkes übergeht — solange kann es keinen Frieden geben, solange wird immer die Gefahr drohen, daß das Blut des Volkes endlos vergossen wird. Die Revolution rückt heran. Setzen wir alle unsere Kräfte daran, ihr zum Siege zu verhelfen. Organisiert Euch, Genossen, arbeitet noch mehr und mit aller Energie bis zum Augenblick der Entscheidung!

Fort mit der absolutistischen Monarchie!

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die Revolution!

Es lebe die Demokratische Republik!

Es lebe die Konstituierende Versammlung!

Es lebe die Gleichberechtigung der Nationalitäten!

Amnestie für alle Märtyrer der Freiheit!

Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!"[1]

Die Herausgabe der Proklamation rief bei der Ochrana Bestürzung hervor. Die zaristische Polizei hatte geglaubt, sie habe die Parteiorganisationen bereits restlos zerschlagen und ihre Repressalien einerseits und die „patriotische" Stimmung anderseits hätten den revolutionären Parteien endgültig den Boden unter den Füßen fortgezogen. Indessen besagte die Herausgabe einer Proklamation, daß die Partei ihre Arbeit

---

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Bd. II, S. 115 bis 117, russ.

fortführte, während der Inhalt des Aufrufes darauf hinwies, daß die Bolschewiki den entschlossenen Kampf für die Ausnutzung des Krieges im Interesse einer Entwicklung der revolutionären Bewegung organisierten. Vom Standpunkt der Regierung aus war das „Hoch- und Landesverrat", gegen dessen Ausbreitung alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen waren. Die Ochrana begann die Jagd auf die Gruppe von Genossen, die an der Herausgabe der Proklamation beteiligt waren, und suchte vor allem die illegale Druckerei, in der die Proklamation gedruckt worden war. Nach sorgfältigen Haussuchungen wurden einige Genossen verhaftet, die aber noch Zeit hatten, das Druckereizubehör an einem anderen Ort zu verstecken.

Wie sich später aus den Akten, die im Archiv des Polizeidepartements erhalten blieben, herausstellte, hielt die Ochrana mich für denjenigen, von dem die Initiative zur Herausgabe der Proklamation in erster Linie ausging. Im Bericht des Polizeidepartements an den Sonderrat, der gemäß Artikel 34 der Verordnung zum Schutze des Staates gebildet worden war, schrieb der stellvertretende Vizedirektor des Departements am 19. September 1914:

„Die unruhigsten Elemente der Illegalität, die sich mit der erzwungenen Untätigkeit nicht abfinden konnten und unter dem Einfluß des Mitglieds der Reichsduma, des Sozialdemokraten Badajew standen, kamen auf die Idee, eine Reihe von Flugblättern und Aufrufen herauszugeben, die der jetzigen Lage entsprechen und darauf abzielen, die gesamtstaatliche Bedeutung des gegenwärtigen Krieges und die damit verbundenen Maßnahmen der Regierung in den Augen der Massen zu diskreditieren.

Nachdem sie von Badajew den Entwurf eines entsprechenden Aufrufes erhalten hatte, brachte es eine Gruppe von Personen aus den Reihen der Werkjugend, die sich — um ihrem Vorhaben Autorität zu verleihen — als das neugebildete ‚Petrograder Komitee' der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bezeichnete, fertig, mit der aus einer Druckerei entwendeten Schrift eine Fahne zu setzen und am 1. August dieses Jahres das erste Flugblatt der geplanten Reihe folgenden Inhalts zu drucken: ‚Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Genossen! Weltereignisse von außerordentlicher Wichtigkeit sind im Anzug . . .'

Gleichzeitig gingen von Agenten Informationen ein, daß unter den Parteifunktionären in Petrograd gleich nach Deutschlands Kriegserklärung an Rußland der Gedanke aufkam, mit verstärkter Agitation für einen allgemeinen Proteststreik gegen den Krieg zu beginnen und zur Verwirklichung dieses Gedankens unter Mitwirkung von Arbeitern, die mit Bildungsvereinen in Verbindung stehen, Versammlungen zur Behandlung verschiedener Fragen einzuberufen, die sich auf die Durchführung des erwähnten Streiks und insbesondere auf die Herausgabe und weite Verbreitung entsprechender Proklamationen unter den Arbeitermassen beziehen.

Eine der ersten solcher Versammlungen sollte am 20. Juli um 4 Uhr nachmittags in den Räumen des Bildungsvereins „Obrasowanije" stattfinden, und in der Tat wurde durch Beobachtung dieser Räumlichkeiten festgestellt, daß sich dort am erwähnten Tage zur festgesetzten Stunde Arbeiter zu versammeln begannen.

In Anbetracht dessen wurde in die erwähnten Räume eine Polizeiabteilung beordert, die eine zwölfköpfige Versammlung antraf und festnahm ..."[1]

Die geretteten technischen Hilfsmittel machten es uns möglich, zwei Wochen später im Namen des Petersburger Komitees der Partei eine neue Proklamation zu drucken. Ungeachtet der außerordentlich strengen Bedingungen der Kriegszeit wurden die Proklamationen in den Fabriken und Werken vertrieben, gelangten in die Hände der Reservisten und begannen zum Teil auch in die Armee einzudringen. Sie erfüllten ihre Aufgabe nach und nach, indem sie das revolutionäre Bewußtsein der Arbeitermassen formten und den chauvinistischen Nebel, der von der Presse der Regierung und der Bourgeoisie erzeugt wurde, zerstreuten. Wir entlarvten das wahre Antlitz des imperialistischen Krieges und riefen, von der einen Losung zur anderen übergehend, die Arbeiterklasse auf, sich für den bewaffneten revolutionären Kampf im Namen der internationalen Solidarität der Werktätigen zu rüsten.

---

[1] Sammelband „Das Petrograder Proletariat und die bolschewistische Organisation in den Jahren des imperialistischen Krieges", Leningrad 1939, S. 27, russ.

6. Die Arbeit zur Wiederherstellung der Parteiorganisationen

Nach und nach setzte auch die Wiedergeburt der Parteizellen ein, die sich nach der ersten Zerschlagung erholten. Die den Verhaftungen und der Mobilisierung entgangenen Parteifunktionäre sammelten neue Kader um sich und nahmen, streng konspirativ, die Arbeit wieder auf. Da andere legale Arbeitervereine fehlten, wandten die Parteiorganisationen ihre Aufmerksamkeit den Krankenkassen zu, um die sich die revolutionär gestimmten Arbeiter scharten. Neugebildet wurden auch die Rayonorganisationen, die ihre Vertreter in das Petersburger Komitee delegierten. In einigen Rayons wurde die Arbeit sehr rege. Das alles zeigte, daß die Partei, ungeachtet des heftigen Drucks der Reaktion, auch weiterhin starken Einfluß auf die Arbeitermassen ausübte. Wenn auch unter großen Schwierigkeiten und nicht so rasch, wie wir alle es wollten, belebte sich die bolschewistische Organisation in Petersburg, knüpfte Verbindungen mit den Zellen an und setzte ihre revolutionäre Arbeit fort, die jetzt vor allem auf den Kampf gegen den Krieg und auf die Vorbereitung zur bewaffneten Aktion der Arbeiterklasse gerichtet war.

Nach Petersburg begann auch die Arbeit der Parteiorganisationen in der Provinz sich allmählich zu beleben. Um diese Arbeit zu verstärken und Parteiverbindungen neu zu knüpfen, begab ich mich in der zweiten Augusthälfte auf eine Reise durch Rußland, wie sie schon früher aus Anlaß der Vorbereitung zum Parteitag vorgesehen worden war. Ich beabsichtigte, einige Städte an der Wolga zu besuchen, von Astrachan aus nach Baku zu reisen und mich von dort nach Tbilissi zu begeben. Zu meinen Aufgaben gehörte es, Parteizentren dort, wo es sie zu dieser Zeit nicht gab, zu schaffen und in erster Linie die Organisation in Baku, die nach dem Sommerstreik zerschlagen worden war, wiederherzustellen. Daneben sollte ich die Vorbereitungsarbeit für die auf den Herbst angesetzte allrussische Parteiberatung leisten.

Ich versuchte, Petersburg von den Polizeispitzeln unbemerkt zu verlassen. Nachdem ich zuvor durch die Stadt gekreist war, begab ich mich zu Fuß in den Wald bei der Station Obuchowo. Ich erreichte den Eisenbahndamm, sprang in das Bremserhäuschen eines Güterwagens und

fuhr so zur Station Ljuban. In Ljuban lebten zu dieser Zeit Konkordia Samoilowa und Jurjew, die Petersburg nach der Zerschlagung der Parteiorganisation verlassen hatten. Beizeiten benachrichtigt, trafen sie sich mit mir an einer verabredeten Stelle im Walde und übergaben mir eine bereits im voraus gekaufte Eisenbahnfahrkarte. Ich kam auf den Bahnsteig kurz vor der Abfahrt des Zuges, stieg rasch in den Wagen und erklomm sofort die oberste Pritsche. Auf diese Weise gelang es, die Agenten irrezuführen, die, nachdem sie meine Spur verloren hatten, durch die Stadt flitzten und sich den Kopf darüber zerbrachen, wo ich hingeraten sein könnte.

Ich besuchte einige Städte. Überall gelang es mir, Verbindungen mit den örtlichen Parteifunktionären aufzunehmen und unter ihrer Mitwirkung Arbeiterversammlungen durchzuführen. Ich verabredete Treffs für die Verbindung mit der Fraktion, die Adressen für den Briefwechsel und die Literatursendungen und beteiligte mich an der Lösung aller Fragen der örtlichen Parteiarbeit.

Die Organisation in Baku war nach dem jüngsten Streik zerschlagen und mußte fast neu geschaffen werden. In einigen Beratungen mit den Bolschewiki von Baku, darunter auch mit Schaumian, wurden konkrete Maßnahmen zur Belebung der Parteiarbeit ausgearbeitet. Ich beabsichtigte ferner, einige Arbeiterversammlungen in den Erdölrevieren zu veranstalten. Aber das gelang mir nicht. In unsere Beratungen schmuggelte sich ein Provokateur ein, die örtliche Ochrana meldete nach Petersburg telegrafisch meine Ankunft und erhielt von da die Anweisung, mich mit einem dichten Beobachtungsnetz zu umgeben. Die Polizeispitzel ließen mich keinen Schritt unbeobachtet tun. Unter solchen Umständen mußte auf die Durchführung größerer Arbeiterversammlungen verzichtet werden. Ich beschloß, von der Weiterreise abzusehen, weil ich eine ganze Schleppe von Spitzeln nachgezogen hätte. Also begab ich mich von Baku auf direktem Weg nach Petersburg.

In Petersburg erfuhr ich, daß nach meiner Abreise fast die ganze Polizei auf die Beine gebracht wurde, um mich ausfindig zu machen. Man erzählte mir in der Duma, wie sich Dshunkowski gefreut habe, als es endlich gelang, mich in Baku zu entdecken.

„Badajew war spurlos verschwunden“, sagte Dshunkowski zu irgend-

einem Dumamitglied. „Jetzt aber ist er aufgetaucht, und zwar in Baku“, fügte er hinzu und unterstrich die „gute“ Arbeit der Polizei.

Ich kehrte Anfang September nach Petersburg zurück. Kurz darauf trafen auch die anderen Mitglieder unserer Fraktion, die auf Reisen durch Rußland gewesen waren, ein. Die von ihnen aufgenommene Arbeit zur Vorbereitung der Einberufung des Parteitages und des Internationalen Sozialistenkongresses mußte infolge der Kriegserklärung eingestellt werden. Aber das, was den Hauptteil dieser Arbeit ausmachte — die Bildung und Festigung örtlicher Parteizellen —, setzten sie auch jetzt fort. Die Nachrichten aus den verschiedenen Orten wiesen darauf hin, daß die gegen den Krieg gerichtete Propaganda die Unterstützung der revolutionär gestimmten Arbeiter fand.

Kapitel XXII

Die Novemberberatung 1914

1. Der Baseler Kongreß über den Krieg

Wenn wir die Parteiarbeit entwickelten, die Antikriegspropaganda betrieben und den Kampf gegen den Krieg organisierten, handelten wir gemäß den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse. Die Beschlüsse der internationalen Kongresse besagten, daß jeglichen, von bürgerlichen Regierungen angezettelten Kriegen die Unterstützung zu verweigern ist, daß alle Sozialisten in den Parlamenten gegen die Kriegskredite stimmen müssen, und sie riefen das Proletariat auf, den Krieg im Falle seines Ausbruchs durch einen revolutionären Aufstand zu beenden.

Der letzte Kongreß vor dem Kriege, der Internationale Sozialistenkongreß in Basel, der 1912 während der Balkankrise getagt hatte, richtete an das Proletariat der ganzen Welt ein besonderes Manifest gegen den Krieg.

„Die Regierungen mögen nicht vergessen ...“, so hieß es in dem Manifest, „daß der Deutsch-Französische Krieg den revolutionären Aus-

bruch der Kommune im Gefolge hatte, daß der Russisch-Japanische Krieg die revolutionären Kräfte der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat ... Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen, zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge."

Unsere Dumafraktion ging in ihrer Arbeit von den Beschlüssen der internationalen Kongresse aus. An den Baseler Kongreß hatten die Mitglieder unserer Fraktion, die sich zu jener Zeit gerade erst gebildet hatte, ein Grußschreiben gerichtet, in dem sie schrieben: „Die herrschenden Klassen brauchen Krieg und Blutvergießen; die Arbeiter aller Länder fordern Frieden um jeden Preis. Und wir russischen Arbeiter strecken die Bruderhand den Arbeitern aller anderen Länder entgegen und schließen uns ihnen an in dem gemeinsamen Protest gegen die Schmach unserer Tage, gegen den Krieg."

Von den Beschlüssen des Baseler Kongresses ausgehend, führte unsere Fraktion auch von der Dumatribüne aus einen unermüdlichen Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Zarenregierung. Zwar wurden die militärischen Fragen selten in den Sitzungen der Duma behandelt und größtenteils in engstem Kreise, in einer besonderen Kommission, zu der die Sozialdemokraten nicht zugelassen waren, entschieden, aber in den Fällen, wo die Frage dennoch in die allgemeine Sitzung geriet, erhob unsere Fraktion scharfen Protest gegen jegliche Bewilligungen für Kriegszwecke.

2. Die Rede in der Duma gegen die Rüstungsbewilligungen

Als die Regierung 1913, im Rahmen der unmittelbaren Kriegsvorbereitungen, in der Duma die Frage der Bewilligungen für die Verwirklichung des sogenannten großen Flottenprogramms stellte, hielt ich im Auftrage der Fraktion folgende Rede:

„Meine Herren Mitglieder der Reichsduma! Im vergangenen Jahr hatte die III. Reichsduma der Regierung 502 Millionen Rubel für den Flottenbau zur Verfügung gestellt. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß

auf die Gelder des Volkes ein neuer Anschlag verübt wird, um das sogenannte große Flottenprogramm zu verwirklichen. Zur Verwirklichung dieses Programms sind einige Milliarden Rubel erforderlich. Über dieses große Flottenprogramm wurde bereits gesprochen, und die Regierung wird bei jeder Gelegenheit versuchen, eine solche Summe zu erhalten. Jetzt geht es um 230 Millionen Rubel; das alles sind Summen, deren Verausgabung wir nicht ruhig hinnehmen können, weil diese Gelder aus unserer bettelarmen Bevölkerung herausgepreßt werden.

Wir müssen vor allem fragen: Wozu ist das notwendig, wer braucht diese unproduktiven Ausgaben? Hunderte Millionen, ja sogar Milliarden Rubel, die vom Marineamt verschlungen wurden, hätten für Bedürfnisse ausgegeben werden können, deren es bei Arbeitern und Bauern so viele gibt. Jetzt aber werden diese Gelder für den Flottenbau und die Produktion von Geschützen verwandt. Für die Wehrfähigkeit des Landes werden alljährlich, wenn man das Kriegs- und das Marineministerium sowie den Zinsdienst für die Anleihen, die für Rüstungsbedürfnisse aufgelegt worden sind, zusammenfaßt, über eine Milliarde Rubel ausgegeben. Für die Volksbildung, für die Unterstützung der Hungernden, für die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung der Arbeiter usw. gibt es kein Geld. Aber für den Bau von Panzerkreuzern, für die Produktion von Geschützen finden sich Gelder. Für wen werden die Hunderte Millionen von Rubeln verausgabt? Die Arbeiter wollen keinen Krieg. Sie wollen ihre Brüder, die Arbeiter anderer Länder, nicht töten. Sie sind gegen jegliche verstärkte Rüstungen und Ausgaben für Armee und Flotte. Diese werden von denen gebraucht, die vom Haß zwischen den Staaten leben, die sich von internationalen Komplikationen, von den Ausgaben für Armee und Flotte ernähren.

Kürzlich haben die deutschen Sozialdemokraten die bekannte deutsche Firma Krupp entlarvt, die nicht nur für Deutschland, sondern sogar auch für Rußland Waffen lieferte. Wie sich herausstellte, bestachen Vertreter dieser Firma Armeegenerale und erhielten von ihnen die benötigten Geheiminformationen und Dokumente. Das ist nichts Erstaunliches in unserer Zeit, das alles ist für uns eine gewohnte Erscheinung geworden; aus den Entlarvungen der deutschen Sozialdemo-

kraten haben wir vieles über internationale Politik und Aufrüstung erfahren. Die Firma Krupp zahlte hohe Summen an französische ‚patriotische' Zeitungen, damit sie den Haß der Franzosen gegen die Deutschen schüren, die Aufrüstung Frankreichs fordern und Gerüchte über den Krieg verbreiten; das sollte die deutsche Regierung dazu bewegen, die Aufträge für die Armee und damit auch die Aufträge an Krupp zu vergrößern. Das ist schlau ausgeklügelt, nicht wahr? Der erfolgreiche Krieg verursacht ebenso wie der erfolglose verstärkte Ausgaben und verstärkten Verbrauch von Munition und Waffen und stellt also in jedem Falle eine gewaltige Einnahmequelle für die Kriegslieferanten und Fabrikanten dar.

Unsere Flotte wurde bei Tsushima vernichtet; jetzt geht es um die Schaffung einer neuen Flotte, an der sich die Geschäftsleute und Unternehmer die Hände wärmen wollen. Hier, von der Tribüne der Reichsduma aus, berichtete am 5. April der Deputierte Chwostow, daß es in Petersburg bis auf den heutigen Tag Kontore zur Vermittlung von Geschäften gibt, in denen einerseits Geschäftsleute und anderseits hochgestellte Persönlichkeiten verkehren. Solche Kontore wurden, seinen Worten nach, von den ausländischen Firmen Creuzot und Vickers eingerichtet, die bekanntlich Panzerkreuzer, Kreuzer und Geschütze bauen. Wie dem auch sei, ein Unternehmen, das Hunderte Millionen von Rubeln besitzt, hat viele Möglichkeiten, um nicht nur Generäle zu interessieren. Selbstverständlich sehen wir, daß in diesem Spiel, in dem es um Hunderte Millionen von Rubeln geht und das die Banken und Börsen so geschickt zu spielen verstehen, daß in der Rüstung die Interessen der Industriellen und der Börsianer im Vordergrund stehen, während die Verteidigung des Landes lediglich als Tarnung für die Profite dient.

Die bürgerlichen Zeitungen wissen sehr wohl, wie diese Geschäfte im Armee- und im Marineamt unter Dach und Fach gebracht werden. (*Stimmen von rechts:* Er liest, lesen Sie nicht!) Die Zeitung ‚Wetscherneje Wremja' teilte im vergangenen Jahr, als die Bewilligungen für die Flotte angenommen wurden, mit, die Banken hätten sich zusammengeschlossen, der Plan sei aufgesetzt und seine Grundlagen seien einfach: man müsse diese Aufträge in die Hände bekommen und des-

halb die bestehenden Werke an sich reißen, und wenn das nicht gelingen sollte, neue Aktiengesellschaften mit viel Kapital zur Gründung von Werken bilden und für diese nichtexistierenden Werke Aufträge erhalten.

Gewiß könnte die Regierung diesem Hasardspiel um die Gelder des Volkes ein Ende setzen. Sie könnte sagen, daß die Regierung keine Aufträge an nicht bestehende Werke vergeben werde. Das ist es, wozu die in die Millionen gehenden Ausgaben benötigt werden, unter denen das ganze russische Volk ächzt! Zehntausende von Arbeitern werden von den Fabrikanten bei Aussperrung erbarmungslos auf die Straße gesetzt und Hunderte Millionen werden den Industriellen und Finanzleuten zur Befriedigung ihres gierigen Appetits hingeworfen. Die Sozialdemokratie erhebt ihre Stimme zum Protest gegen diese Vergeudung der Kräfte und Mittel des Volkes und fordert, daß diesem Wahn ein Ende gesetzt werde.

Meine Herren! Da die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt ist, sehe ich mich veranlaßt, meine Rede abzukürzen und im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

‚Wir erörtern das Budget des Kriegs- und des Marineministeriums in diesem Jahr unter Ausnahmebedingungen: der Bruderkrieg und das Blutvergießen auf dem Balkan haben die internationalen Leidenschaften erregt und einen neuen Rüstungstaumel ausgelöst. Den Zwistigkeiten der herrschenden Klassen, die zum Kriege führen und der Bevölkerung die übermäßige Last der Rüstungsausgaben aufbürden, stellen die Arbeiter aller Länder ihre Solidarität und den Wunsch nach friedlichen, brüderlichen Beziehungen zwischen den Völkern entgegen. Gemeinsam mit dem gesamten internationalen Proletariat protestieren die russischen Arbeiter auf das entschiedenste gegen internationales Blutvergießen und gegen das ganze System des sogenannten bewaffneten Friedens. In vollem Einvernehmen mit den Sozialdemokraten anderer Länder erklären wir, daß wir nach allen uns zugänglichen Methoden gegen jegliche internationale Abenteuer und gegen die ständige Vergrößerung der Rüstungen kämpfen werden.

Das energische Eintreten des Proletariats für den Frieden auf dem Baseler Kongreß zwang die Regierung zur höchsten Vorsicht in einer

Zeit, da jeden Augenblick der gesamteuropäische Krieg entbrennen konnte. Wir hoffen, daß es dem internationalen Proletariat letzten Endes gelingen wird, dem von Tag zu Tag wachsenden Druck des Militarismus ein Ende zu setzen und zu erreichen, daß sein Wille auch in dieser Frage respektiert wird.

Ständige internationale Komplikationen und endlose Rüstungen der Völker, die durch den Kampf der herrschenden Klassen untereinander hervorgerufen werden, lasten in ihrer ganzen Schwere auf den werktätigen Klassen und vor allem auf dem Proletariat, vergrößern ihre Leiden und machen ihre Existenz noch unsicherer. Eine solche Lage stellt die Frage des Kampfes gegen die Hauptursachen, die Frage des Kampfes gegen den Kapitalismus, der den Krieg hervorbringt, des Kampfes für den Sozialismus, in dem es für keinerlei Kriege Platz geben wird.

Aber auch im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung wollen wir alles Mögliche tun, um die Bürde des Militarismus zu verringern und die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterklasse für ihre volle Befreiung zu erleichtern. Deshalb fordern wir, die ständige Armee durch die allgemeine Bewaffnung, durch die Miliz zu ersetzen.

Wir Sozialdemokraten protestieren gegen die Rüstungsausgaben aus vielen Erwägungen heraus: Wir können das Rüstungsbudget nicht sanktionieren, weil die Organisation unserer Volksvertretung derart ist, daß die entscheidende Stimme in der Reichsduma 130 000 Gutsbesitzern und nicht den Dutzenden von Millionen russischer Arbeiter und Bauern gehört. Und selbst diese Institution hat keine Stimme bei der Entscheidung über zwei Drittel des Rüstungsbudgets, die zu den sogenannten gepanzerten Krediten gehören, die die Duma nicht abändern darf und über die hier mehr des Scheins wegen gesprochen wird.

Wir können nicht für ein Budget stimmen, das in die Hände der bürgerlichen Regierung die Mittel und die Möglichkeit gibt, das System der kapitalistischen Ausbeutung zu unterstützen und zu festigen sowie Gelder im Interesse der herrschenden Bourgeoisie gegen die Interessen der Arbeiterklasse zu verausgaben. Wir können auch nicht eine Kopeke der reaktionären Regierung zur Verfügung stellen, die entgegen dem Willen des Volkes an der Macht steht und die Entwicklung unseres

Landes hemmt. Wir können nicht für das Rüstungsbudget stimmen, wenn sich die Armee für das Geld, das zu erlangen dem Volke so schwerfällt, gegen das Volk wendet und eine gehorsame Waffe in den Händen der herrschenden Bürokratie und des reaktionären Adels darstellt. Wir protestieren gegen das gesamte System der Organisation unserer Armee, gegen ihr gesamtes Kasernenregime, das es möglich macht, die Armee im Interesse der blutigen Politik unserer Regierung auszunutzen ...‘ (*Lärm rechts und Zurufe*: Das ist eine Unverschämtheit!)“

Es gelang mir nicht, die Erklärung unserer Fraktion zu Ende zu lesen, da Rodsjanko mir das Wort entzog.

Neben den Reden von der Dumatribüne aus hielt es unsere Fraktion ferner für notwendig, in der Frage des Krieges internationale Beziehungen zu den Sozialisten der westeuropäischen Länder anzuknüpfen, um damit die Gemeinsamkeit der Interessen der Proletarier der ganzen Welt zu unterstreichen.

Im April 1913, als die Gefahr des kriegerischen Zusammenstoßes zwischen Rußland und Österreich heraufzog, wechselte unsere Fraktion Briefe mit der sozialdemokratischen Fraktion des österreichischen Parlaments und mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Die Fraktion protestierte gegen das in Vorbereitung befindliche Kriegsverbrechen und betonte: „Die Völker Rußlands kennen keinen einzigen Grund, der einem solchen Verbrechen auch nur den Schein eines Sinns geben würde ... Wir fegen mit Verachtung die deutsch- und österreichfeindliche Agitation des russischen Liberalismus hinweg, der das wüste Aufhetzen des russischen Volkes gegen die Deutschen und gegen alles, was deutsch ist, als fortschrittlich hinzustellen versucht. Wir erklären voll Stolz, daß wir getreue Schüler des deutschen Sozialismus sind.“

In dem Antwortschreiben brachte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Österreichs seine Freude und Befriedigung über unsere Agitation gegen den Krieg zum Ausdruck: „In Eurem Auftreten gegen den panslawistischen Chauvinismus, in Eurem furchtlosen Kampf gegen diesen erblicken wir eine der festesten Garantien für die europäische Demokratie und den europäischen Frieden ... Gegen Eure Bedrücker empfinden wir unversöhnlichen Haß. Aber mit den Völkern Rußlands

verbinden uns untrennbare Bande des gemeinsamen Kampfes für Freiheit und Frieden."[1]

Das Schreiben des Vorstands der österreichischen Sozialdemokratie, im Grunde den gleichen internationalen Konflikt betreffend, der etwas später zum Vorwand für den Weltkrieg wurde, legte die Position der österreichischen Sozialdemokratie im kommenden Krieg ganz eindeutig dar. Das gleiche besagten auch die Beschlüsse und Deklarationen aller anderen westeuropäischen sozialistischen Parteien.

Die Führer der II. Internationale übten jedoch gleich am Tage nach der Kriegserklärung einen in der Geschichte beispiellosen Verrat, indem sie dem revolutionären Banner der Arbeiterklasse untreu wurden. Die Mehrheit der europäischen sozialistischen Parteien ging am Gängelband ihrer Regierungen und verwandelte sich in ein Werkzeug zur Unterstützung ihrer nationalen Bourgeoisie.

Die berüchtigte „Vaterlandsverteidigung" trat in ihrer ganzen Widerlichkeit auf den Schauplatz. Die der Revolution untreu gewordenen Führer begannen davon zu sprechen, daß man, wenn der Krieg einmal erklärt sei, das Vaterland verteidigen müsse. Zusammen mit der bürgerlichen Presse schürten sie die übelsten nationalistischen Gefühle und riefen zum erbarmungslosen Kampf gegen den „Feind" auf. Bestrebt, die Arbeitermassen zu täuschen, versuchten die deutschen Sozialdemokraten ihre Unterstützung des Krieges damit zu rechtfertigen, sie würden auf diese Weise gegen den russischen Zarismus kämpfen. Die Sozialpatrioten der Entente, die in keiner Weise zurückstehen wollten, behaupteten, sie würden den Krieg als ein Mittel zur Vernichtung des deutschen Militarismus und des preußischen Junkertums unterstützen. Im Ergebnis tarnten beide Seiten den imperialistischen Raub ihrer eigenen Bourgeoisie, die zwecks weiterer Bereicherung danach trachtete, mit den Händen der Arbeiter und Bauern ihre Konkurrenten zu vernichten.

Nur die Partei der Bolschewiki hielt dem erhabenen Banner des revolutionären Internationalismus die Treue und verblieb fest auf dem marxistischen Standpunkt des entschiedenen Kampfes gegen die zaristische Selbstherrschaft, gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, gegen

[1] „Prawda" vom 28. April 1913.

den imperialistischen Krieg. Die bolschewistische Partei vertrat gleich von den ersten Kriegstagen an die Auffassung, daß der Krieg nicht zur Verteidigung des Vaterlandes, sondern zur Eroberung fremder Territorien und zur Ausplünderung fremder Völker im Interesse der Gutsbesitzer und Kapitalisten begonnen worden ist, daß die Arbeiter gegen diesen Krieg entschieden Krieg führen müssen.

Die Arbeiterklasse unterstützte die Partei der Bolschewiki.

Allerdings hatte der bürgerlich-patriotische Taumel, der zu Anfang des Krieges die Intelligenz und die kulakischen Schichten der Bauernschaft erfaßte, auch einen gewissen Teil der Arbeiter gestreift. Aber dies waren vorwiegend Mitglieder der Banditenorganisation, des berüchtigten „Bundes des russischen Volkes“, und ein Teil sozialrevolutionär-menschewistisch gesinnter Arbeiter. Sie widerspiegelten natürlich keineswegs die Stimmungen der Arbeiterklasse, und konnten das auch gar nicht. Eben diese Elemente waren auch die Teilnehmer der chauvinistischen Kundgebungen der Bourgeoisie, die von der zaristischen Regierung in den ersten Kriegstagen organisiert wurden.

Ich will auf allgemein bekannte Tatsachen des Verrats der Führer der rechtssozialistischen Parteien nicht ausführlich eingehen. Die Stimmabgabe der Parlamentsfraktionen für die Kriegskredite einerseits und der Eintritt der Sozialisten in die bürgerlichen Regierungen anderseits — das waren die ersten Stufen des Verrats, die von den meisten sozialdemokratischen Parteien gleich am Tage nach der Kriegserklärung erklommen wurden.

3. Vanderveldes Brief und die Antwort der bolschewistischen Fraktion

Ohne sich damit zu begnügen, unternahmen die Sozialisten der II. Internationale einen Versuch, auch die russischen Sozialdemokraten auf diesen Weg zu zerren. Diese Mission übernahm der Vorsitzende der II. Internationale, der belgische Sozialist Emile Vandervelde, der gleich in den ersten Kriegstagen Minister in der belgischen Regierung wurde.

Einige Monate zuvor, im Frühjahr 1914, kam Vandervelde nach Rußland. Er informierte sich in einigen Beratungen mit Vertretern der

verschiedenen sozialdemokratischen Strömungen, darunter auch mit unserer bolschewistischen Fraktion, ausführlich über den Verlauf des unversöhnlichen Kampfes, den das russische Proletariat gegen die Zarenregierung führte. Während seines Aufenthalts in Rußland hatte Vandervelde die Möglichkeit, sich von dem grauenhaften Joch der russischen Selbstherrschaft und von der erbarmungslosen Unterdrükkung der Werktätigen Rußlands zu überzeugen. Nach all dem war es mehr als sonderbar, gerade aus dem Munde Vanderveldes den Vorschlag zu hören, daß man den Kampf gegen den Zarismus einstellen und den von ihm angezettelten Krieg unterstützen möge. In dem Schreiben Vanderveldes spiegelte sich voll und ganz der Opportunismus wider, in den die Führer der II. Internationale abgeglitten waren, der Opportunismus, der die Sozialdemokratie später nach und nach eine gehorsame Dienerin der internationalen Bourgeoisie werden ließ.

Mit seinem Vorschlag wandte sich Vandervelde an die beiden sozialdemokratischen Dumafraktionen. Im Gegensatz zu jeder anderen Auslandskorrespondenz wurde Vanderveldes Telegramm von der russischen Militärzensur ausnahmsweise durchgelassen. Es war ganz offenkundig, daß die Zarenregierung an einem Erfolg der Mission Vanderveldes interessiert war. Wie sich später herausstellte, hatte Vandervelde den Text seines Telegramms mit Kudaschew, dem Botschafter des Zaren in Belgien, vereinbart, der an dem Telegramm sogar einige Korrekturen vornahm. Der Wortlaut dieses Telegramms kann als ein anschauliches Beispiel für den Erzchauvinismus dienen, von dem die westeuropäischen Sozialpatrioten durchdrungen waren.

„Für die Sozialisten Westeuropas", so schrieb Vandervelde, „ist die Niederlage — ich sage nicht Deutschlands, das wir lieben und vor dem wir uns verneigen, sondern des preußischen Junkertums — eine Lebensfrage ... Doch in diesem grauenhaften Krieg, der über Europa infolge der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft hereingebrochen ist, müssen die freien Nationen mit der militärischen Unterstützung der russischen Regierung rechnen können.

Vom russischen revolutionären Proletariat wird es in bedeutendem Maße abhängen, ob diese Unterstützung mehr oder minder entschlossen sein wird. Ich kann Ihnen natürlich nicht sagen, was Sie zu tun haben

und was Ihre eigenen Interessen von Ihnen fordern. Sie müssen vor allem selbst entscheiden, wie Sie zu handeln haben. Aber ich bitte Sie — und unser armer Jaurès hätte, wenn er noch leben würde, Sie sicherlich ebenfalls mit mir zusammen darum gebeten — den gemeinsamen Standpunkt zur Lage der sozialistischen Demokratie in Europa zu beziehen ... Wir sind der Meinung, daß gegen eine solche Gefahr die Koalition aller lebendigen Kräfte Europas dringend notwendig ist, und wir wären glücklich, Ihre Meinung darüber zu erfahren, und noch glücklicher, zu erfahren, daß diese mit der unsrigen übereinstimmt."

Unter dem Telegramm prangte die Unterschrift: „Emile Vandervelde, Delegierter der Belgischen Arbeiterpartei im Internationalen Sozialistischen Büro und seit dem Tage der Kriegserklärung Minister". Vandervelde gestattete uns, von seinem Telegramm den Gebrauch zu machen, den wir für notwendig befinden würden, er schlug also mit anderen Worten vor, es als ein Argument für die Beendung des revolutionären Kampfes gegen die Regierung zu benutzen.

Es war ganz klar, daß unsere Antwort an Vandervelde nur ablehnend sein konnte. Vom Abschluß eines Burgfriedens mit der Zarenregierung konnte nicht die Rede sein. Die Arbeiterklasse konnte nie und nimmer den Zarismus unterstützen, der ihr unversöhnlicher Hauptfeind war. In den einander bekämpfenden Armeen hatten die Werktätigen keine Feinde. Der Feind stand diesseits der Schützengräben in Gestalt der eigenen Bourgeoisie, gegen die die Waffen gerichtet werden konnten und mußten. Nur so und nicht anders konnte die Partei des revolutionären Proletariats auf das verräterische Schreiben des königlichen Ministers Vandervelde antworten.

Man hätte annehmen können, daß auch die Menschewiki den gleichen Standpunkt vertreten würden. Jedenfalls besagte die Dumadeklaration vom 26. Juli, die von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen gemeinsam verlesen wurde, daß die Menschewiki die Unterstützung des Krieges verweigern und nicht die Absicht haben, einen Burgfrieden mit der Regierung zu schließen. Doch das Beispiel der westeuropäischen Opportunisten erschütterte zunächst und veränderte sodann den Standpunkt der Menschewiki, die rasch in den Sozialpatriotismus und die „Vaterlandsverteidigung" abglitten.

Vanderveldes Schreiben löste zunächst Diskussionen unter den Menschewiki aus. Neben den Anhängern des vollen Sieges der russischen Waffen, die der Meinung waren, die Stimmabgabe gegen die Kriegskredite sei ein Fehler gewesen, gab es unter den Menschewiki auch Strömungen gegen den Krieg. Man debattierte um die Formulierung der Antwort an Vandervelde.

In der endgültigen Fassung der Antwort an Vandervelde erklärten sich die Menschewiki bereit, den Krieg zu unterstützen. Sie schilderten den ganzen Druck des Polizeiregimes in Rußland, zählten die sich ständig verschärfenden Repressalien des Zarismus auf und schrieben: „Doch ungeachtet aller dieser Bedingungen erklären wir in Anbetracht der internationalen Bedeutung des gesamteuropäischen Konflikts sowie der aktiven Teilnahme der Sozialisten führender Länder an diesem — die uns hoffen läßt, daß er im Interesse des internationalen Sozialismus entschieden wird —, daß wir in unserer Tätigkeit in Rußland dem Krieg nicht entgegenwirken."

Die Selbstherrschaft der Romanows war so brutal und barbarisch, daß die Menschewiki natürlich nicht verkünden konnten, sie würden die Regierung unterstützen. Aber die Erklärung der Menschewiki war gleichbedeutend mit einer solchen Unterstützung. Das Versprechen, *dem Krieg nicht entgegenzuwirken,* bedeutete, daß die Menschewiki auf die letzten Spuren irgendeines revolutionären Kampfes gegen die Regierung verzichteten, bedeutete, daß sie die Arbeiterklasse vollends dem Terror des Zarismus auslieferten.

Die bolschewistische Fraktion verfaßte ebenfalls eine Antwort an Vandervelde. Diese Antwort war im Grunde eine Deklaration über unsere Einstellung zum Krieg und zu den Aufgaben der Arbeiterklasse während des Krieges. Für die Endredaktion der Antwort wurde in den letzten Septembertagen in Mustamäki in Finnland eine Beratung der Fraktionsmitglieder mit einigen Parteifunktionären einberufen. Nach längerer Diskussion wurde der von der Fraktion verfaßte Text endgültig bestätigt.

In unserer Antwort lehnten wir jegliche Gespräche über Unterstützung des Krieges sowie Einstellung des revolutionären Kampfes gegen die Regierung entschieden ab. Im Gegenteil, wir betrachteten die

allseitige Ausnutzung der Kriegskrise im Interesse einer Entwicklung der Revolution als eine Aufgabe der Partei. Der militärische Sieg des russischen Zarismus mußte, wie wir betonten, zu seiner weiteren Festigung führen und somit die Regierung Romanow zu einer der größten Schranken und Gefahren für die internationale Demokratie machen.

„Das russische Proletariat kann unter keinen Umständen Hand in Hand mit unserer Regierung gehen, kann mit ihr keinen, auch nicht einen provisorischen Waffenstillstand schließen, kann ihr keinerlei Unterstützung leisten“, schrieben wir in unserer Antwort. „Hier kann von irgendeiner Loyalität keine Rede sein. Wir halten es im Gegenteil für unsere vordringliche Aufgabe, gegen sie den unversöhnlichsten Kampf von der Plattform der alten Forderungen aus zu führen, die von der russischen Arbeiterklasse in den Revolutionstagen von 1905 so einmütig erhoben und unterstützt worden sind und die in der politischen Massenbewegung der russischen Arbeiterklasse in den letzten zwei Jahren erneut breite Anerkennung gefunden haben.

Unsere allerdringlichste Aufgabe während des Krieges, in den Millionen von Bauern und Proletariern hineingerissen worden sind, besteht allein darin, den Schrecken des Krieges entgegenzuwirken durch Erweiterung und energische Entwicklung der Klassenorganisationen des Proletariats und breiter demokratischer Schichten sowie durch Ausnutzung der Kriegskrise zur Vorbereitung des Volksbewußtseins, und somit die rascheste Erfüllung der Aufgaben von 1905 durch die Volksmassen zu erleichtern. Unsere nächste Losung ist die Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Und das tun wir gerade im Interesse der Demokratie, zu deren Unterstützung Sie die russische Sozialdemokratie in Ihrem Telegramm auffordern ... Nur auf diesem Wege werden wir einen wirklichen Dienst sowohl der russischen Arbeiterklasse als auch der Weltdemokratie und der Sozialistischen Internationale erweisen, deren Rolle nach unserer tiefen Überzeugung in der nächsten Zukunft, wenn die Bilanz dieses furchtbaren Krieges gezogen wird, unweigerlich wachsen muß, da dieser Krieg den übrigen Schichten der werktätigen Massen unbedingt die Augen öffnen und sie die Rettung vor den Schrecken des Militarismus und des Kapitalismus einzig in der Verwirklichung unseres gemeinsamen sozialistischen Ideals suchen lassen wird.“

Der volle Wortlaut dieser Antwort wurde mit der Unterschrift des Zentralkomitees in der Novembernummer des „Sozialdemokrat" abgedruckt.

Neben der Erörterung der Antwort an Vandervelde wurden auf der Beratung in Mustamäki einige aktuelle Fragen des Parteilebens entschieden. Es wurden mehrere praktische Beschlüsse gefaßt, darunter der Beschluß über die Herausgabe einer neuen Antikriegsproklamation (sie wurde Anfang Oktober gedruckt und herausgegeben). Außerdem wurde der provisorische Termin für die Einberufung einer allrussischen Beratung unter Teilnahme von Vertretern der Provinzorganisationen der Partei festgelegt. Auf dieser Beratung sollte die „Kriegsplattform" unserer Partei erneut erörtert werden.

4. Lenins Thesen über den Krieg

Das Hauptmaterial für die Erörterung sollten die von Lenin ausgearbeiteten Thesen über den Krieg sein, die zu dieser Zeit in Rußland eintrafen. Im August 1914 geschrieben, waren diese Thesen das erste Dokument des Zentralkomitees, das die Einstellung der bolschewistischen Partei zum Kriege formulierte.

„Vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen aller Völker Rußlands", schrieb Lenin, „wäre die Niederlage der Zarenmonarchie und ihrer Armeen das geringere Übel . . ."

Der letzte, der siebente Punkt der Thesen stellte folgende Losungen der Parteiarbeit auf: „. . . im Heere und auf den Kriegsschauplätzen allseitig betriebene Propaganda für die sozialistische Revolution und für das Gebot, nicht gegen die eigenen Brüder, die Lohnsklaven der anderen Länder, die Waffen zu richten, sondern gegen die reaktionären und bürgerlichen Regierungen und Parteien in allen Ländern. Unbedingte Notwendigkeit, für eine derartige Propaganda in allen Sprachen illegale Zellen und Gruppen in den Armeen aller Nationen zu organisieren. Schonungsloser Kampf gegen den Chauvinismus und ‚Patriotismus' der Spießbürger und Bourgeois ausnahmslos in allen Ländern. Gegen die Führer der gegenwärtigen Internationale, die den Sozialismus

verraten haben, ist unbedingt zu appellieren an das revolutionäre Klassenbewußtsein der Arbeitermassen, auf denen die ganze Last des Krieges liegt und die in der Mehrzahl der Fälle dem Chauvinismus und Opportunismus feind sind ...“[1]

Diese Thesen lagen dem Manifest des Zentralkomitees zugrunde, das in der ersten nach der Kriegserklärung erschienenen Nummer des „Sozialdemokrat“, des Zentralorgans unserer Partei, veröffentlicht wurde. Das Manifest, das den wahren Sinn des imperialistischen Krieges entlarvte und den Verrat der Führer der II. Internationale aufdeckte, gab eine Einschätzung der Antikriegsposition, die von der russischen Sozialdemokratie bezogen worden war:

„Unsere Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, hat aus Anlaß des Kriegs bereits ungeheure Opfer gebracht und wird sie noch weiter bringen. Unsere gesamte legale Arbeiterpresse ist vernichtet. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsverbände ist aufgelöst, eine Unmenge von Genossen ist verhaftet und verbannt. Und dennoch hielt es unsere parlamentarische Vertretung — die russische sozialdemokratische Arbeiterfraktion in der Reichsduma — für ihre unbedingte sozialistische Pflicht, nicht für die Kriegskredite zu stimmen und sogar, zu noch energischerer Bekundung ihres Protestes, den Sitzungssaal der Duma zu verlassen, hielt sie es für ihre Pflicht, die Politik der europäischen Regierungen als imperialistische Politik an den Pranger zu stellen. Und ungeachtet des verzehnfachten Drucks der zaristischen Regierung geben die sozialdemokratischen Arbeiter Rußlands bereits die ersten illegalen Aufrufe gegen den Krieg heraus, in Erfüllung der Pflicht, die sie der Demokratie und der Internationale schulden.“[2] Und weiter: „Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Losung, wie sie aus der Erfahrung der Kommune hervorgeht, wie sie in der Resolution des Baseler Kongresses (1912) niedergelegt ist und wie sie sich aus allen Bedingungen des imperialistischen Kriegs zwischen hochentwikkelten bürgerlichen Ländern ergeben muß.“[3]

---

[1] W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 3/4, russ.
[2] Ebenda, S. 14/15.
[3] Ebenda, S. 17/18.

Lenins Thesen und das Manifest des Zentralkomitees machten jeder Verschwommenheit und Ungenauigkeit in der Einschätzung des Krieges und der Einstellung der Arbeiterklasse zu diesem ein Ende. Mit aller Schärfe gegen den Verrat der sozialpatriotischen Führer der II. Internationale gerichtet, stellten sie ganz eindeutig die Frage des „Defätismus" und der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg.

Nachdem wir diese Dokumente auf Umwegen und unter größten Schwierigkeiten aus dem Ausland erhalten hatten, ergab sich für uns die Aufgabe, vor allem die Vertreter der örtlichen Parteiorganisationen mit ihnen vertraut zu machen und alsdann unter ihrer Mitwirkung die Losungen des Zentralkomitees mit praktischem Inhalt zu füllen, das heißt ein konkretes Aktionsprogramm auszuarbeiten. Das eben war das Hauptziel der Parteiberatung, die von der Fraktion im November 1914 einberufen wurde.

5. Die Vorbereitung und die Eröffnung der Beratung

Die Beratung sollte der von der Reaktion niedergedrückten revolutionären Bewegung die Wege zur Befreiung weisen. Die Arbeiterklasse hatte soeben die grausame Zerschlagung aller ihrer Organisationen erlebt. Diese Zerschlagung dauerte noch an, der Militärterror wütete mit ständig wachsender Kraft.

Die Wiederherstellung der Parteiorganisation erforderte unter solchen Umständen allergrößte Anstrengungen und gewaltige organisatorische Anspannung. Außerdem waren auch technische Mittel erforderlich. Zu den Aufgaben der Beratung gehörten alle diese Grundfragen der Parteiarbeit. Da waren Fragen der Festigung der Verbindungen zu den örtlichen Zellen, der Organisierung der Parteiarbeit in der Armee, der Einrichtung illegaler Druckereien, Fragen der Versicherungskampagne, der Herausgabe einer Zeitung, der Erweiterung der Verbindungen mit dem Ausland, schließlich Fragen finanzieller Natur usw. Kurzum, auf der Beratung sollten alle Aufgaben beraten werden, die auf der Tagesordnung der Parteiarbeit standen.

Mit außerordentlicher Vorsicht, unter striktester Einhaltung konspirativer Regeln bereiteten wir die Einberufung der Beratung vor. Die Mitglieder der Fraktion, die viel Zeit auf organisatorischen Reisen durch Rußland verbrachten, sollten die Wahlen der Delegierten in ihren Wahlgebieten organisieren. Außerdem sollten Delegierte aus allen großen Industriezentren eintreffen, mit denen die Fraktion zu dieser Zeit bereits den Kontakt wiederhergestellt hatte. Allen Delegierten waren geheime Treffs in Petersburg mitgeteilt worden, wobei die ankommenden Vertreter der örtlichen Organisationen sich vor der Beratung nicht mit den Deputierten treffen durften, um die Polizei keinen Verdacht schöpfen zu lassen.

Ursprünglich war vorgesehen, die Beratung in Finnland zu organisieren, später wurde jedoch beschlossen, Räume irgendwo in der Nähe von Petersburg, in einer der Sommerfrischen am Rande der Stadt ausfindig zu machen. Nach einigem Suchen fanden wir eine Wohnung in Oserki, an der Wyborger Chaussee im Haus Nr. 28a. Hier wohnte in einem abgelegenen Häuschen, umgeben von leerstehenden stabilen Sommerhäusern, Gawrilow, Büroangestellter eines Werkes, dessen Frau sich bereit erklärte, ihre Wohnung für unsere Beratung zur Verfügung zu stellen. Oserki war günstig gelegen, weil der Ort nicht nur mit der Eisenbahn zu erreichen war, sondern auch mit der Straßenbahn, deren Endstation nicht allzu weit von Gawrilows Häuschen entfernt war.

Als feststand, daß ein Teil der Delegierten bereits in Petersburg eingetroffen war, wurde der Tag der Beratung bestimmt. Vorsichtig, unsere Spuren verwischend und die Polizeispitzel irreführend, gelangten wir nach Oserki. Ich verließ das Haus in der Früh und fuhr aus der Stadt heraus, in einer Richtung, die der erforderlichen entgegengesetzt war. Nachdem ich die Spitzel verwirrt hatte, ging ich zur Newa, stieg rasch in ein Boot und setzte auf das andere Ufer über. Das war eine der üblichen Methoden, die Spitzel loszuwerden, da es nicht so einfach war, rasch ein zweites Boot zu finden. Am anderen Ufer ging ich in den Wald hinein und erreichte schließlich, wiederholt die Richtung wechselnd, den Beratungsort. Auf die gleiche Art und Weise hatten

auch alle anderen Teilnehmer der Beratung Gawrilows Wohnung erreicht.

In einem kleinen Zimmer versammelte sich die ganze Dumafraktion, die eingetroffenen Vertreter der örtlichen Parteiorganisationen — aus Iwanowo-Wosnessensk, Charkow, Riga — und einige andere Genossen.

Einem bedeutenden Teil der Delegierten gelang es nicht, nach Petersburg zu kommen: nicht allen war es möglich, die Wachsamkeit der Ochrana zu täuschen und das dichte Netz der Polizeispitzel zu passieren. Einer der Delegierten — Alexej Dshaparidse aus dem Kaukasus — geriet noch, bereits in Petersburg, auf dem Finnländischen Bahnhof, in die Hände der Polizei. Andere wurden von der Ochrana an der Abreise gehindert. Hier und da gab es in technischer Hinsicht Versager.

Die Beratung nahm ihre Arbeit am Abend des 2. November auf. Wir gingen sofort an die Lösung der vor uns stehenden praktischen Aufgaben, die alle Seiten der Parteiarbeit einschließlich einzelner technischer Momente umfaßten.

Die Delegierten erstatteten Bericht über die Lage in den einzelnen Orten. Sie informierten über den Zustand ihrer Organisationen und darüber, wie sich die Arbeit der Partei in ihren Rayons entwickelte, berichteten über die Stimmung der breiten Arbeitermassen, über ihre Einstellung zum Krieg usw. Überall hatten die Parteizellen ebenso wie die legalen Arbeiterorganisationen schwere Verluste erlitten. Der Führungsstab des Proletariats in Gestalt unserer Parteiorganisation war mehr als zur Hälfte vernichtet. Dennoch wurde eine gewisse Parteiarbeit geleistet, die Perspektiven ihrer Verstärkung und weiteren Entwicklung wurden an das Fortbestehen unserer Dumafraktion geknüpft, die das Zentrum und das Bindeglied der gesamten Organisation war.

Zu den Berichten der Delegierten wurden bestimmte Beschlüsse gefaßt, die von W. N. Jakowlew[1], der die Aufgaben eines Sekretärs übernommen hatte, protokolliert wurden.

---

[1] War zu Beginn der Revolution Vorsitzender des Vollzugskomitees im Gouvernement Jenissej; wurde während des Bürgerkrieges von Koltschak erschossen.

6. Die Proklamation an die Studentenschaft

Auf der Tagesordnung der Beratung stand die Herausgabe einer Proklamation an die Studentenschaft. Zu dieser Zeit hatte sich in Petersburg ein vereinigtes Komitee der bolschewistischen Gruppen des Bergbauinstituts, des Polytechnischen, des Technologischen und des Landwirtschaftlichen Instituts sowie des Medizinischen Instituts für Frauen gebildet. Das Komitee begann eine recht starke Aktivität zu zeigen. Um die Arbeit des Komitees zu verstärken, wurde beschlossen, eine Proklamation an die Studentenschaft herauszugeben.

Die in Petersburg herausgegebenen Proklamationen wurden gewöhnlich vom Büro des Petersburger Komitees bestätigt. Wenn das aus technischen Gründen nicht möglich war, stimmte ich den Wortlaut der Proklamationen mit dieser oder jener Gruppe von Parteifunktionären ab und gab ihn dann in Druck. Aber da jede Proklamation gegen den Krieg große prinzipielle Bedeutung hatte, beschloß ich diesmal, die Beratung in Anspruch zu nehmen, die den Wortlaut der Proklamation an die Studentenschaft prüfte und bestätigte.

Als Abschluß einer bestimmten Periode der Parteiarbeit zeigte die Proklamation an die Studentenschaft anschaulich, wie sich die Einstellung unserer Organisation zum Krieg nach und nach geformt hatte. Von den ersten Flugblättern, in denen nur einzelne kurze Losungen gegen den Krieg ausgegeben wurden, waren wir bereits zu einer relativ gründlichen Analyse des Krieges und zu bestimmten Schlußfolgerungen aus dieser Analyse übergegangen.

„Endlich ist der langgehegte Wunsch der Kapitalisten und der Regierungen aller Länder und insbesondere Englands, Österreichs, Deutschlands und Rußlands in Erfüllung gegangen“, schrieben wir in der Proklamation an die Studentenschaft, „endlich ist der Krieg ausgebrochen, von dem sie jahrzehntelang geträumt und auf den sie sich jahrzehntelang vorbereitet haben.

Nun schon seit drei Monaten fließt in Strömen das Blut unserer Brüder und Genossen für die uns widerlichen Interessen des Kapitals. Uns können die Pseudopatrioten und die in der gleichen Tonart mitheulenden ‚liberalen‘ Schreiberlinge nicht täuschen. Sie wollen uns etwas vorgaukeln.

Vergeblich. Wir wissen, daß die Kapitalisten Englands und Deutschlands sich schon lange gegenseitig anfletschen, wir wissen, daß es bereits im Balkankrieg 1912 Augenblicke gab, da die räuberische Politik aller Regierungen ans Tageslicht kommen mußte.

Die Wolken verzogen sich; das Gewitter blieb aus, aber wir wußten, daß es, wenn nicht heute, dann morgen losbrechen mußte.

Bereits damals, Genossen, haben die Sozialistenkongresse aller Länder in Stuttgart, in Kopenhagen und vor allem in Basel beschlossen, mit aller Kraft gegen den Krieg zu kämpfen, in dem Falle aber, daß ein Krieg ausbrechen sollte, ihn im eigenen Interesse auszunutzen, damit er zum letzten Krieg, zum letzten Aufflackern der Gewalttaten des Kapitals gegen die werktätigen Massen werde.

Wer wagt es zu bestreiten, daß die ganze Last des Krieges der werktätigen Klasse aufgebürdet wird. Hunderttausende und Millionen von Lohnsklaven des Kapitals und von Bauern, die durch Feudalherren unterdrückt werden, gehen zur Schlachtbank für die dynastischen Interessen einiger gekrönter Räuber, für die Profite der Bourgeoisie, die fremde Länder plündern möchte. Wir sollen unser Blut vergießen zum Vorteil unserer Ausbeuter und ‚Herren'; wir müssen die Schützengräben beziehen in dem Bewußtsein, daß jeder vergossene Tropfen unseres Blutes immer mehr Ketten für uns selbst schmiedet, da man uns zwingt, gegen unsere Genossen in der ‚feindlichen' Armee, für die Interessen unserer wahren Feinde zu kämpfen. Wenn wir mit unserem Blut und unseren Leibern die Deutschen bedrängen, die, unerfindlich weshalb, für unsere Feinde erklärt worden sind, düngen wir damit den Boden, auf dem der russische Zarismus, die russische Willkür und der russische Militarismus durch unsere Leichen üppig gedeihen werden.

Genossen! Man zwingt uns, gegen Deutschland zu kämpfen, das 1905 seine Truppen an der Grenze Rußlands zur Verteidigung des russischen Zarismus aufmarschieren ließ; man zwingt uns, gegen Österreich zu kämpfen, um dessentwillen Rußland den Aufstand Kossuths in Ungarn erstickte. Sagt uns diese ‚nette' Freundschaftlichkeit der Beziehungen zwischen Rußland, Österreich und Deutschland etwa nicht, wer unsere Feinde sind und gegen wen wir kämpfen müssen?

Unsere Feinde sind die Regierungen dieser Länder. Warum sollen wir also über ganz Deutschland, über ganz Österreich zetern? Wenn einem räuberischen Zarismus von den Versklavten Gefahr droht, ruft er die Regierungen anderer Länder zu Hilfe.

Genossen! Wir müssen gegen alle Regierungen kämpfen, dieser Kampf ist eben unser Kampf gegen den Militarismus, gegen den legalisierten Raub. Die Vernichtung der bestehenden Räuberdynastien der Romanow, Habsburger und Hohenzollern ist die Vernichtung des Militarismus. Die Hurrapatrioten sprechen zu uns von der Vernichtung des deutschen Junkertums und basta, aber sie verschweigen den russischen Militarismus, da sie genau wissen, daß mit der Vernichtung des deutschen Junkertums das russische Bajonett seinen Höhepunkt erreichen wird und gleichzeitig damit auch die russische Unterdrückung.

Genossen! Die ‚großen' Ideen des Panslawismus und der Befreiung der Völker aus der Gewalt Deutschlands und Österreichs sowie deren Unterwerfung unter die Macht der russischen Nagaika sind offenkundig gemein und niederträchtig. Vergleicht die Lage der Bevölkerung Russisch-Polens mit der Lage Deutsch-Polens, die Lage der russischen Ukraine und des österreichischen Galiziens.

Die internationale Politik des russischen Zarismus ist eine nicht abreißende Kette unerhörter Verbrechen und Gewalttaten, der schmutzigsten und gemeinsten Intrigen gegen die Freiheit der Völker, gegen die Demokratie, gegen die Arbeiterklasse.

Die russische Regierung in Gestalt ihrer früheren Repräsentanten Plehwe, Trepow, Dumbadse und jetzt Kokowzew, Kasso, eine Regierung, die Finnland und Polen versklavt hat, die mit ihrem Zaren an der Spitze die ‚Fremdstämmigen', die Juden usw. drangsaliert sowie Verfolgungen und Pogrome gegen sie einleitet, die wehrlose Bürger niederschießt — diese Regierung erklärt sich plötzlich zum Freund der Slawen und ruft uns im Chor unter Leitung des Zaren zu: ‚Schlagt den Deutschen!'

Nein, das russische Volk und insbesondere wir Studenten haben seit 1905 einiges dazugelernt. Wir lassen uns durch den süßen Gesang über die Reformen nicht täuschen, auch wenn er von liebedienernden, charakterlosen liberalen Zeitungsschreiberlingen begleitet wird. Als wir an

Fabeln glaubten, erhielten wir am 17. Oktober diese heuchlerische Verfassung, dieses Zarenmanifest — ‚Freiheit für die Toten, für die Lebenden Arrest'. Ja, wir hatten einst die Autonomie der Universität, und was haben wir jetzt?

Genossen! Eine freie Schule kann es nur in einem freien Lande geben, in einem Lande, wo nicht die Willkür herrscht, wo keine treubrüchigen und gemeinen Lügner an der Spitze der Regierung stehen.

Genossen! In Anbetracht des üblichen heuchlerischen Verhaltens der Regierung protestieren wir und betonen noch einmal, daß unsere Regierung auch jetzt in ihren Verfolgungen der Arbeiter in Saratow, Charkow, Rostow am Don usw. nach wie vor sich selber treu geblieben ist; wir protestieren gegen Worte, die zum Glauben an die Regierung aufrufen; wir protestieren gegen Entschließungen, in denen es heißt, daß man sich an die Regierung mit der Bitte wenden müsse, alle politischen Häftlinge zu amnestieren.

Genossen! Diese Entschließungen sind nichts anderes als Judas-Silberlinge; wir verschachern dafür unsere Genossen, die gegen die Regierung gekämpft haben. Auf ihrem Banner stand geschrieben: ‚Fort mit dem russischen Zarismus, fort mit dem Krieg und dem Militarismus, es lebe die Demokratische Republik!' Um welchen Preis wollt Ihr deren Freiheit erkaufen? Ihr wollt deren Ideale verkaufen, Ihr geht in die Reihen der ‚christusliebenden Kriegerschaft'.

Glaubt es, Genossen, die aus den Kerkern Freigelassenen werden in die Gefängnisse zurückkehren; sie werden ihre Götter, ihre Ideale, ihren Glauben, für den sie gekämpft und gelitten haben, nicht verkaufen wollen; sie fordern vom Zaren keine Gnade.

Jetzt, da wir als Soldaten geholt werden, bitten wir nicht um Amnestie für unsere eingekerkerten Brüder. Wir werden sie selber befreien, und wir rufen niemanden als Gegenleistung für ihre Freilassung in die Reihen der Soldaten.

Genossen! Wir rufen Euch nicht in die Reihen der Armee, um ‚für Glauben, Zar und Vaterland' gegen unsere deutschen Genossen ins Feld zu ziehen. Nicht dorthin rufen wir Euch.

Erinnert Euch, Genossen, wie Ihr in den früheren Jahren versprochen habt, ‚in die Reihen der leidenden Brüder zu gehen' oder ‚zum hun-

gernden Volk', wir rufen Euch jetzt in diese Reihen; wir rufen zur Arbeit, zur Arbeit für das Vermächtnis unserer einstigen revolutionären Studentenschaft.

Genossen, die hier bleiben, die von der Zarenfaust nicht in die Stellungen, in die Schützengräben gezerrt werden, geht zu den ‚leidenden Brüdern', organisiert Euch und organisiert die Massen und bereitet sie auf die Revolution vor. Die Zeit drängt. Der Tag ist nahe. Denkt daran, was nach dem Russisch-Japanischen Krieg geschah.

Und während Ihr hier arbeiten werdet, werden sich diejenigen Genossen, die an die Front gegangen sind, ebenfalls auf den Kampf gegen die wahren Feinde vorbereiten.

Genossen! Wir wiederholen, daß wir nur deshalb in den Kampf ziehen, zu den Soldaten gehen, weil die Macht der Bajonette gegen uns gerichtet ist, und wir erklären den Zaren und ihren Regierungen, daß wir die Waffen gegen unseren Willen nehmen. Mögen sie wissen, daß wir die Waffen auch gegen sie gebrauchen werden.

Genossen! Gebt die Waffen nicht zurück, bewahrt sie auf.

Und ihr, die ihr an die Front geht, wartet, bis wir Euch ein Signal geben, und denkt daran, daß Euer Platz nicht gegen uns, sondern mit uns ist.

Fort mit dem Glauben an die Zarenreformen. Wir werden unsere Reformen selber schaffen.

Fort mit dem Krieg! Es lebe der Sozialismus!

Es lebe die Demokratische Republik!

Es lebe die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!

Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

Es lebe die neue russische Revolution."[1]

Vom zweiten Tage an ging die Beratung zur Erörterung der Hauptfrage, der Kriegsplattform unserer Partei, über. Die Thesen Lenins, das Hauptdokument, das die Einstellung des Zentralkomitees zum Krieg bestimmte, entsprachen voll und ganz der Position, die wir in Rußland gleich in den ersten Kriegstagen bezogen hatten. Sie bestätigten endgültig die Richtigkeit unserer Linie. Die exakteren und festeren Formulierungen Lenins vollendeten die Ausarbeitung der Antikriegsplattform

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Bd. II, S. 121 bis 124, russ.

der bolschewistischen Partei. Jetzt stand vor uns die Aufgabe, sie in allen Teilen Rußlands weit zu verbreiten und sie zu verwirklichen.

Die Erörterung der Thesen ging konsequent, Punkt für Punkt, Satz für Satz, unter Beteiligung aller Delegierten vor sich. Der Inhalt und das Wesen der Thesen fanden keinen Widerspruch. Es wurden lediglich einzelne redaktionelle Korrekturen vorgeschlagen. Nebenbei wurden praktische Vorschläge erörtert, wie man die Propaganda gegen den Krieg entfalten könne. Diese Arbeit beendete die Beratung jedoch nicht. Die eindringende Polizei unterbrach die Arbeit der Beratung und nahm alle ihre Teilnehmer fest.

Kapitel XXIII

Die Verhaftung der bolschewistischen Fraktion

1. Wie bereitete sich die Ochrana auf die Verhaftung der Fraktion vor?

Die nunmehr geöffneten Archive des Polizeidepartements zeigen, wie sich die Ochrana auf unsere Beratung vorbereitet hatte. Die Zarenregierung, die schon lange nach irgendeinem Vorwand suchte, um die bolschewistische Fraktion zu „liquidieren", beschloß, die Beratung auszunutzen und uns sozusagen auf frischer Tat zu ertappen.

Die Informationen über die Vorbereitungen zu einer Beratung erhielt die Ochrana von ihrem Agenten „Pelageja" (Deckname des Provokateurs Romanow, der sich in die Moskauer Parteiorganisation eingeschlichen hatte). Romanow sollte an der Beratung als Delegierter Moskaus teilnehmen. Da die Ochrana im voraus beschlossen hatte, die Beratungsteilnehmer zu verhaften, verbot sie ihm die Teilnahme an der Beratung, da sie die Entlarvung ihres Agenten befürchtete. Das Polizeidepartement teilte nach Moskau mit, daß „die Teilnahme von Agenten am Kongreß unerwünscht ist, man muß sie näher an die Teilnehmer des Kongresses heranbringen, damit der Ort und der Termin des Kongresses rechtzeitig mitgeteilt werden können".

Gleichzeitig wurde die Moskauer Ochrana aufgefordert, alles daranzusetzen, um durch ihre Mitarbeiter den Ort und den Termin der Beratung zu erkunden und „sie sofort telegrafisch dem Departement und dem Chef der finnländischen Gendarmerieverwaltung mitzuteilen, damit dem letzteren die Möglichkeit gesichert wird, die Konferenz rechtzeitig und erfolgreich zu liquidieren".

In der Annahme, daß die Beratung in Finnland, in Mustamäki, durchgeführt werde, beschloß das Polizeidepartement, die Festnahme ihrer Teilnehmer der finnländischen Gendarmerieverwaltung zu übertragen. Der Direktor des Polizeidepartements schrieb an Oberst Jerjomin, den Chef der Verwaltung. „Es ist sehr erwünscht, daß auf der erwähnten Konferenz Mitglieder der Reichsduma aus der sozialdemokratischen Fraktion festgestellt werden und der Briefwechsel über die Liquidierung dieser Konferenz gemäß den Vorschriften für Gegenden im Ausnahmezustand übersandt wird."[1]

Durch ein chiffriertes Rundtelegramm an die Ochranaabteilungen in 33 Städten Rußlands forderte das Polizeidepartement: „Ergreift dringende Maßnahmen zur Ermittlung von Delegierten, nehmt sie unter unablässige Beobachtung und telegrafiert die Abreise nach Helsingfors an Oberst Jerjomin sowie an das Departement."[2]

Die Petersburger Bahnhöfe waren von Polizeispitzeln überschwemmt. Nach Finnland wurde eigens eine Gruppe von Ochranaleuten zur Verstärkung der „Kräfte" des Obersten Jerjomin abkommandiert. An der Grenze bei Beloostrow wurden Spione, die die Mitglieder unserer Fraktion vom Ansehen gut kannten, als Posten aufgestellt. Selbstverständlich wurde auch das ohnehin dichte Netz von Spitzeln, die uns in Petersburg nicht von den Fersen wichen, noch dichter und noch frecher.

Wurde die Polizei über die Beratung an sich und über den Termin ihrer Einberufung durch den Moskauer Provokateur Romanow informiert, so erfuhr sie den Ort der Beratung zweifellos durch den Petersburger Provokateur Schurkanow. Schurkanow wurden die Raumdispositionen für die Beratung bekannt, und er beeilte sich, sie seinem Poli-

---

[1] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 5, Buchst. F, Bl. 1 und 5, russ.

[2] Ebenda, Bl. 5.

zeichef zu melden. Auf diese Weise hatte die Polizei alle erforderlichen Informationen in Händen.

Die Dokumente der Ochrana zeigen, daß die Verhaftung unserer Fraktion alles andere als ein zufälliges Hochgehen war, das bei einem entwickelten System der Fahndung und der Spionage stets möglich ist. Die Liquidierung der bolschewistischen Dumafraktion war endgültig von der Regierung entschieden worden, die lange auf einen hierfür günstigen Moment gewartet hatte. Es blieb nur übrig, den strategischen Plan des Überfalls so gut wie möglich auszuarbeiten. Dieser Plan wurde ausgearbeitet und mit Hilfe von Provokateuren ausgeführt.

Wie sorgfältig die Ochrana Materialien gegen die Deputierten gesammelt hat, zeigt folgende Zusammenstellung des Polizeidepartements, die nach der Revolution im Archiv gefunden worden ist:

„*Badajew,* Alexej Jegorow, Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma von den Arbeitern des Petrograder Gouvernements.

Bei der in Petrograd am 18. April 1913 vorgenommenen Liquidierung des Petrograder Komitees der Leninschen Richtung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands wurde die Redaktion der Arbeiterzeitung ‚Prawda', die das Zentrum für parteiliche Verbindungen der Komiteemitglieder zu den Vertretern einzelner Petrograder sozialdemokratischer Organisationen darstellte, durchsucht mit dem Ziel, Dokumente, die sich auf die Tätigkeit des erwähnten Komitees beziehen, zu finden. Unter den Gegenständen, die bei der Durchsuchung gefunden wurden, befanden sich: 1) ein zum Druck vorbereiteter Artikel des Mitglieds der Reichsduma Badajew (‚An alle Genossen der sozialdemokratischen Richtung'); 2) zwei Quittungen Badajews darüber, daß er Gelder zur Weiterleitung an Tuljakow, den Kassenverwalter der sozialdemokratischen Fraktion, erhalten habe; 3) in einem an Badajew adressierten Paket vier Korrekturabzüge, eingesandt von der Druckerei der ‚Genossenschaft für künstlerischen Druck'; 4) zwei Formulare der Redaktion der ‚Prawda' mit der Unterschrift ‚Herausgeber A. Badajew'.

In der ‚Prawda' Nr. 95 vom 26. April 1913 wurde mit der Unterschrift A. Badajews der Artikel ‚An die Genossen Arbeiter des Petrograder Gouvernements' veröffentlicht, in dem der Verfasser die von

der Administration angebotene Mitwirkung in der Gouvernementsbehörde für Angelegenheiten der Arbeiterversicherung ablehnt und seine Ablehnung so erklärt, daß er nicht die Rolle ‚stummer Spielfiguren' in einer Regierungsdienststelle spielen möchte, angesichts ständiger Einschränkungen, denen die Arbeiterklasse von den Behörden bei der freien Erörterung der Versicherungsmaßnahmen und bei der freien Wahl ihrer Vertreter in die Versicherungsinstitutionen ausgesetzt werde.

Am 9. September 1913 versuchte Badajew während der Beisetzung zweier Arbeiter, die im Minenwerk verunglückt waren, auf dem Petrograder Städtischen Mitrofan-Friedhof eine Rede an die versammelten Kameraden der Verstorbenen zu halten und forderte bei der Entfernung der Arbeiter durch die Polizei die ersteren auf, den Anordnungen der Polizei keine Folge zu leisten, wofür ihm, Badajew, im administrativen Verfahren eine Geldstrafe auferlegt wurde; diese rief in den ersten Dezembertagen eine Reihe von Streiks Petrograder Arbeiter hervor, die auf diese Weise gegen die erwähnte Strafmaßnahme protestierten.

Am Jahrestag der Ereignisse vom 9. Januar 1905 beteiligte sich Badajew am 9. Januar 1914 am Massengrab der an diesem Tage ums Leben gekommenen Personen an der Niederlegung eines Kranzes mit der Aufschrift: ‚Von der russischen sozialdemokratischen Fraktion der IV. Reichsduma'.

Aus der Verordnung des Chefs der Estländischen Gouvernements-Gendarmerieverwaltung vom 11. April 1914 in Sachen der Liquidierung der vereinigten Gruppe der Sozialdemokraten in Reval ist zu ersehen, daß Badajew dem im Rahmen der Abwehr zum Briefwechsel herangezogenen Wassiljew revolutionäre Aufrufe über den ‚9. Januar' zugesandt hat.

Nach Informationen des Chefs der Abteilung zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Petrograd zeigte Badajew bei der Streikbewegung in der Hauptstadt im Juli 1914 beachtliche agitatorische Tätigkeit, die im Zusammenhang stand mit der verstärkten Tätigkeit von Vertretern der revolutionären Illegalität, die im Hinblick auf den im Herbst dieses Jahres bevorstehenden internationalen Sozialistenkongreß im Auslande bestrebt waren, die Stimmung zu

heben und die organisatorische Arbeit in den fortgeschrittenen Arbeiterkreisen in Gang zu bringen.

Unter dem Vorwand wissenschaftlicher Ausflüge organisierten Badajew und die im Zusammenhang mit ihm beobachteten Personen Arbeiterversammlungen außerhalb der Stadt; hier beleuchteten sie systematisch die Ziele und die Aufgaben des bevorstehenden Sozialistenkongresses, warfen aber zugleich die Frage des Streiks in Baku auf, agitierten für wünschenswerte Solidarität zwischen den einzelnen Arbeitergruppen und betonten, daß es äußerst notwendig sei, die Streikenden durch entsprechende Maßnahmen sowohl moralischer als auch materieller Natur zu unterstützen.

Im Zusammenhang mit den Aktionen der Arbeiter der Putilow-Werke am 3. Juli 1914 liegen Hinweise vor, wonach Badajew, der Informationen über die Aktionen der Arbeiter der erwähnten Werke erhielt, sich an den Ort der Unruhen begab.

Als der Deputierte Badajew zu spät am Ort der Unruhen eintraf und bei dem Versuch, in den Räumen des Polizeireviers zu kommandieren und Anordnungen zu treffen, einen Mißerfolg erlitt, begab er sich in die Räume der Nachtredaktion seines Fraktionsorgans und entwarf hier, obwohl er mit Bestimmtheit wußte, daß es unter den Putilow-Demonstranten keine Opfer gegeben hatte, mit Vorbedacht ein falsches Schreckensbild der von ihm angeblich gesehenen Umstände des Polizeiüberfalls auf ‚friedliche' und ‚waffenlose' Arbeiter, wobei er unterstrich, daß er persönlich Tote, Dutzende von Verwundeten und über hundert Verhaftete gesehen habe, die von der Polizei verhöhnt worden seien; diese falschen Informationen wurden sodann in der Zeitung ‚Den' gedruckt, machten auf die Arbeiter einen starken Eindruck und dienten als Anstoß zu weiteren Unruhen.

Der erwähnte Deputierte, der das wirkliche Bild der Ereignisse in diesem Falle offenkundig entstellte, genierte sich nicht, seinen Zuhörern zu versichern, daß die von ihm beobachteten Umstände der Befriedung von Putilow-Arbeitern sich in nichts von den Bildern der Lena-Ereignisse unterschieden, und unterstrich mit Absicht, daß die Aktionen der Regierungsbehörden seitens der übrigen Werktätigen der Stadt Petrograd nicht unbeantwortet bleiben dürften.

Außerdem äußerte Badajew den Wunsch, die Organisierung einer Straßendemonstration am 7. Juli dieses Jahres in Petrograd zu versuchen, um nunmehr nicht gegen die Bakuer Ereignisse, sondern gegen die Folgen der am 4. Juli von den revolutionären Kreisen selbst geschaffenen Unruhen zu protestieren.

Nach Informationen des Chefs der Abteilung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Petrograd wurde in Sachen des Zusammenstoßes der Arbeiter mit einer Polizeiabteilung, der sich am 4. Juli auf dem Sabalkanski Prospekt ereignete und in dessen Verlauf fünf Arbeiter und einige Polizisten verletzt wurden, eine Voruntersuchung eingeleitet, wobei nach Meinung des Chefs der Abteilung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Petrograd der faktisch Schuldige an diesem Zusammenstoß der Deputierte Badajew ist, über dessen verbrecherische Tätigkeit Oberst Popow alle Informationen dem Staatsanwalt der Petrograder Gerichtskammer zugeleitet hat.

Während der Durchsuchung, die am 7. Juli dieses Jahres in Petrograd in den Redaktionen der sozialistischen Zeitungen ‚Trudowaja Prawda' und ‚Nascha Rabotschaja Gaseta' mit dem Ziel vorgenommen wurde, die dort vermutete Parteiversammlung zu liquidieren, erschien dort der Deputierte der Reichsduma Badajew und erhob Protest; wir baten ihn, sich zu entfernen, und setzten über seinen Besuch ein Protokoll auf."[1]

2. Der Überfall der Polizei

Am dritten Tage der Beratung, am 4. November, ertönte gegen fünf Uhr nachmittags an der Außentür des Gawrilowschen Häuschens ein ohrenbetäubendes Poltern. Die Tür wurde aus den Angeln gerissen und in das Zimmer, in dem wir uns befanden, stürmte ein Abteilung Polizei und Gendarmerie herein. Der an der Spitze der Abteilung eindringende Polizeioffizier mit dem Revolver in der Hand schrie:

„Hände hoch!"

---

[1] Zentralarchiv der Revolution, Fonds des Polizeidepartements, Sonderabteilung, Nr. 5, Buchst. F, 1914, Bl. 103—b (1—3), russ.

Als Antwort auf unseren Protest erklärte der Offizier, daß er eine Haussuchung vornehmen müsse, und legte eine Order vor, wonach die Wohnung gemäß Artikel 23 des Ausnahmezustandes zu durchsuchen war und alle darin befindlichen Personen zu verhaften waren.

Zunächst wurden die Teilnehmer der Beratung, die keine Deputierten waren, zusammen mit der Wohnungsinhaberin Gawrilowa zwecks Leibesvisitation abgesondert. Als die Polizei sodann mit der Visitation der Fraktionsmitglieder beginnen wollte, protestierten wir laut und energisch.

„Wir lassen uns weder durchsuchen noch verhaften!", erklärten wir dem Führer der Abteilung. „Als Mitglieder der Duma genießen wir die Deputiertenimmunität laut Artikel 15 und 16 der Verordnung über die Reichsduma. Ohne die entsprechende Genehmigung der Duma hat niemand das Recht, uns zu durchsuchen oder festzunehmen. Die Polizei begeht einen Gesetzesbruch, den sie sich nicht ohne weiteres leisten darf."

Wir protestierten so entschieden und energisch, daß der Gendarmerierittmeister trotz der Order, die er in der Hand hielt, schwankend wurde. Er ließ uns unter Bewachung von Gendarmen zurück und verließ das Haus, um bei Vorgesetzten telefonisch zusätzliche Instruktionen einzuholen.

In der Zeit, da wir Protest erhoben und uns mit der Polizei stritten, gelang es uns, einen bedeutenden Teil der in unserem Besitz befindlichen Dokumente zu vernichten. In erster Linie wurden das Protokoll der Beratung und alle sich auf die Einberufung der Beratung beziehenden Materialien vernichtet. In die Hände der Polizei fiel kein einziges Dokument, aus dem man hätte feststellen können, was eigentlich Sinn und Zweck der Beratung in der Wohnung der Gawrilows war. Außerdem wurde eine Reihe anderer Dokumente, vor allem Angaben über Treffs und kompromittierende Adressen vernichtet. Einige davon wurden in die Luke des Aborts geworfen. Dennoch blieb in unseren Händen eine Reihe von Materialien, die es in dieser kurzen Frist nicht mehr zu vernichten gelang.

Der Polizeioffizier erhielt die Anweisung, keine Umstände mit uns zu machen und unsere Proteste zu ignorieren. Mit ihm zusammen erschien irgendein anderer höherer Polizeioffizier, auf dessen Befehl sich

die Polizisten sofort auf uns stürzten. Über jeden Deputierten fielen einige Ochranaleute her, packten ihn an den Armen, und trotz unseres verzweifelten Widerstandes begann die Polizei mit der Zwangsvisitation.

Als erster wurde Samoilow, sodann Schagow, ich und die anderen durchsucht. Die Leibesvisitation wurde äußerst sorgfältig durchgeführt, man nahm alles fort, was sich in den Taschen befand, einschließlich der Uhren. Jeder von uns hatte einzelne Broschüren bei sich, Entschließungsentwürfe, Thesen, Notizbücher mit Eintragungen, Konspekte usw. Das alles wurde von der Polizei als Beweis für unsere revolutionäre Tätigkeit beschlagnahmt.

Mir nahm die Polizei Kopien unserer Antwort an Vandervelde sowie der Thesen über den Krieg, illegale Broschüren, die Zeitschrift „Sozialdemokrat" ab, außerdem das Manuskript der Proklamation an die Studentenschaft und einen auf fremden Namen ausgestellten Paß, wie wir ihn für illegale Arbeit benutzten. Samoilow wurde außer einer Zeitschrift und mehreren Broschüren ein Notizbuch mit Eintragungen fortgenommen, die das Konspekt seines Referats darstellten. Schagow hatte keinerlei Dokumente bei sich.

Das am meisten kompromittierende Material war Muranows Notizbuch, das die Polizei erst am nächsten Tage aus dem Abort, in den Muranow es geworfen hatte, herauszog. Muranow notierte recht ausführlich alle seine Besuche während der Rundreise durch den Ural, trug in das Notizbuch Informationen über die örtlichen Parteiorganisationen, die Decknamen der Parteifunktionäre, die Ergebnisse der Versammlungen, die aufgenommenen Beziehungen, einige Adressen usw. ein. Die Eintragungen in Muranows Notizbuch ließen keinen Zweifel über den Charakter der von ihm geleisteten illegalen Arbeit.

Während man uns visitierte, wurden die Teilnehmer der Beratung, die keine Deputierten waren, unter Bewachung ins Gefängnis abgeführt. Da der Polizeioffizier keine genauen Anweisungen hatte, wie er mit den Dumamitgliedern verfahren sollte, ging er erneut fort, um telefonisch Verhandlungen mit den höchsten Vorgesetzten zu führen. Nach seiner Rückkehr erklärte er, daß wir frei seien. Unsere Sachen wurden uns, bis auf die Dokumente, zurückgegeben. Von den Dokumenten erhielten wir lediglich die Deputiertenausweise zurück.

Seit dem Erscheinen der Polizei waren fast 12 Stunden vergangen. Wir verließen das Gawrilowsche Häuschen gegen Morgen. Im ganzen anliegenden Bezirk, ansonsten öde und menschenleer, wimmelte es von Polizisten. Offenbar waren alle Gattungen der Polizei zur Festnahme der Beratung aufgeboten worden. Bis zur nächsten Straßenbahnhaltestelle gingen wir in Begleitung unzähliger Polizeispitzel. Ohne sich zu verstecken, völlig ungeniert, umgaben sie uns wie eine dichte Wand. Eine Gruppe von Spitzeln bestieg nach uns den Straßenbahnwagen, ohne uns auch nur einen Augenblick lang aus den Augen zu lassen.

Die bloße Tatsache der Leibesvisitation und das unverschämte Verhalten der Polizei zeigten klar, daß die Regierung, die den Feldzug gegen die Arbeiterdeputierten begonnen hatte, nicht länger gewillt war, irgendeine Illusion über die Deputiertenimmunität aufrechtzuerhalten. Jeden Augenblick waren neue Überfälle der Polizei zu erwarten. Deshalb trafen wir Maßnahmen, um die nächtlichen Ereignisse den Arbeiterbezirken mitzuteilen, und gingen unverzüglich daran, unsere Wohnungen zu „säubern" und „in Ordnung zu bringen". In den angeheizten Ofen flogen alle Papiere und Dokumente, die einerseits unsere Fraktion kompromittieren und anderseits die ganze Organisation hochgehen lassen konnten.

In unseren Wohnungen, die bislang als der sicherste Ort galten, waren alle Dokumente und Materialien der Partei aufbewahrt worden. Hier waren die Angaben über Treffs, die Deckadressen für den Versand von Literatur, Listen, Namen, Briefwechsel, Berichte usw. Es gab wohl kaum eine Stadt, mit der wir keine Verbindungen in der illegalen Arbeit hatten. Überall waren unsere Leute, die mit der Fraktion verbunden waren. Wären die bei uns aufbewahrten Dokumente in die Hände der Polizei gefallen, hätten Hunderte und Tausende von Parteimitgliedern ins Gefängnis und in die Verbannung gehen müssen und die ganze Organisation der Partei wäre endgültig zerschlagen worden. Alle diese Materialien, hastig zusammengerafft, wurden ins Feuer geworfen. Die Polizei sollte nur ein Häufchen Asche statt der von ihr erwarteten umfangreichen Archive vorfinden. Neben den einzelnen Dokumenten und Materialien wurden bei mir auch die Hefte über Einnahmen und Ausgaben aufbewahrt, in die alle bei der Fraktion eingehenden Geldsamm-

lungen eingetragen wurden, sowie Bücher mit alphabetischen Verzeichnissen. Aus ihnen riß ich Seiten aus und vernichtete die am meisten kompromittierenden Eintragungen.

Am Morgen des 5. November fand in meiner Wohnung eine Sitzung der Fraktion statt. Nachdem wir die entstandene Lage beraten hatten, beschlossen wir, erstens die breiten Massen der Arbeiterschaft so weitgehend wie nur möglich von allem in Kenntnis zu setzen und zweitens an das Präsidium der Duma die Forderung zu richten, daß es Maßnahmen gegen die gesetzwidrige Verletzung der Deputiertenimmunität durch die Polizei ergreife. Obwohl unsere Fraktion natürlich nicht auf irgendeinen wirksamen Schutz von seiten der Schwarzhunderterduma rechnen konnte, beschlossen wir dennoch, auch in den Dumakreisen soviel Lärm wie nur möglich zu schlagen, um die Aufmerksamkeit breiter öffentlicher Kreise auf unseren Fall zu lenken.

Dabei mußte Rodsjanko immerhin irgendwelche realen Schritte einleiten. Die polizeiliche Durchsuchung und Festnahme von Deputierten war nämlich eine Verletzung der legitimen Rechte der Reichsduma, und ihr Vorsitzender mußte zur Aufrechterhaltung der eigenen Würde wohl oder übel in irgendeiner Form protestieren. Man muß im allgemeinen feststellen, daß die Dumamehrheit, die mit den Linken innerhalb der Duma in ungeniertester Weise verfuhr, sehr eifersüchtig darüber wachte, daß ihre Rechte nicht von außen her geschmälert würden. Gewiß geschah das alles nur insoweit, als man sich nicht mit der Regierung überwarf, und bei der geringsten Warnung von seiten der Regierung stellte die Schwarzhunderterduma ihre Proteste sofort ein.

Nachdem wir Rodsjanko über unsere gesetzwidrige Festnahme und die Zwangsvisitation benachrichtigt hatten, forderten wir, daß er Maßnahmen ergreife, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Wir reichten bei Rodsjanko eine von allen Mitgliedern der Fraktion unterzeichnete Erklärung ein, in der wir das Präsidium der Duma offiziell in Kenntnis setzten von der Gewalttat, die an uns von der Polizei in der Privatwohnung „unseres Bekannten Gawrilow“ verübt worden war. „Da wir in dem Dargelegten“, so schrieben wir in der Erklärung, „eine Verletzung der im Artikel 115 der Verordnung über die Reichsduma niedergelegten Rechte der Reichsduma erblicken, bringen wir das

Ihnen, Herr Vorsitzender, zur Kenntnis, damit diese Verletzung nicht ohne gebührenden Protest seitens des Präsidiums der Duma bleibe." Rodsjanko nahm die Erklärung entgegen und versprach, alle in seinen Kräften stehenden Maßnahmen zu ergreifen.

Wir machten uns die Anwesenheit von Deputierten verschiedener Fraktionen in den Wandelgängen zunutze und versuchten, sie so weitgehend wie nur möglich von den Vorgängen in Kenntnis zu setzen, und kamen insbesondere mit dem Menschewik Tschcheïdse überein, daß er eventuell Schritte unternehme, um einen Protest der Duma herbeizuführen. Wir wandten uns an Tschcheïdse für den Fall, daß die Polizei ihr Werk zu Ende führen, uns verhaften und damit der bolschewistischen Fraktion die Möglichkeit nehmen würde, selbst Protest zu erheben.

Als wir die Duma verließen, wurde die Menge der Polizeispitzel, die uns begleiteten, noch dichter und noch frecher als in der Frühe. An jeder Straßenecke tauchten neue Gestalten von Ochranaleuten auf, die uns nunmehr völlig ungeniert dicht umschlossen. Noch nie in der ganzen Zeit der scharfen Beobachtung der Arbeiterdeputierten durch die Ochrana hatte die Frechheit der Polizeiagenten derartige Ausmaße erreicht. Wie Raubtiere, die bereits Blut geleckt hatten, umkreisten sie uns in der Erwartung, daß ihnen endlich gestattet werde, die Opfer in Stücke zu reißen. Die Ochrana, die zwei Jahre lang die bolschewistische Fraktion verfolgt, die mit Ungeduld auf den Augenblick gewartet hatte, da sich ihr die Gelegenheit bieten werde, mit uns abzurechnen, feierte jetzt den Sieg. Und diese Siegesstimmung spiegelte sich im Gesicht eines jeden Polizeispitzels, eines jeden Ochranamannes wider. Der Ring der Polizeiverfolgung wurde immer enger und enger, der Kreis schloß sich.

Unter den Bedingungen einer solchen noch nie dagewesenen Beobachtung durch die Ochrana, die sicherlich Angst hatte, daß wir ihr in letzter Minute entwischen könnten, konnte man natürlich nichts unternehmen, um mit den Arbeiterorganisationen Verbindung aufzunehmen, ihnen die Einzelheiten des Überfalls auf die Fraktion mitzuteilen und sie zur Organisierung einer Protestbewegung aufzurufen. Das einzige, was wir tun konnten, war, die Dokumente noch einmal zu sichten, auszusuchen und zu vernichten, damit sie der Polizei nicht in die Hände fielen.

3. Die Verhaftung der Deputierten und Maklakows Bericht an den Zaren

Ich lag im Bett und war nach einigen Tagen voller Unruhe und Aufregungen gerade eingeschlafen. Kurz vor Mitternacht wurde geläutet und in der Tür erschienen Polizisten. Mit einer Order in der Hand trat der Polizeioffizier an mein Bett:

„Herr Badajew, ich habe Befehl, Sie in das Untersuchungsgefängnis einzuliefern."

Der Augenblick, auf den ich gewartet hatte, war gekommen. Ich kleidete mich rasch an, packte die notwendigen Sachen zusammen, verabschiedete mich von den Angehörigen. Das ganze Haus war voll von Polizisten. Auf der Treppe und vor dem Toreingang standen Polizeiabteilungen.

Durch dunkle Straßen brachte mich die Polizei in die Schpalernaja Straße, in das Untersuchungsgefängnis. Nach einer sorgfältigen Leibesvisitation wurde ich in eine Einzelzelle gesperrt. Hier erfuhr ich auch, daß alle übrigen Mitglieder unserer Fraktion eingeliefert waren. Unsere ganze Fünfergruppe war an diesem Abend des 5. November verhaftet worden.

Die Zarenregierung feierte den Sieg. Endlich war es ihr gelungen, ihre Abrechnung mit den Arbeiterdeputierten zu vollenden. Das Kräfteverhältnis, das einzige, was letztlich sowohl den allgemeinen Druck auf die Arbeiterklasse als auch die Teilfrage der „Deputiertenimmunität" der bolschewistischen Deputierten bestimmte, schien jetzt für die Regierung durchaus günstig zu sein.

Innenminister Maklakow, eine der finstersten, düstersten Gestalten der russischen Selbstherrschaft, beeilte sich gleich am Tage nach der Durchsuchung in Oserki Nikolai II. über die „Heldentaten" der Polizei zu berichten. Der „alleruntertänigste" Bericht, datiert vom 5. November, war bereits vor unserer Verhaftung aufgesetzt worden und verfolgte offenbar das Ziel, die Genehmigung für die Verhaftung der Fraktion zu erlangen. In seinem Bericht an den Zaren schrieb Maklakow: „Die im Reich bestehende Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, die zum Sturz der Staatsordnung und zur Ersetzung derselben durch das republikanische Regime strebt, begann seit der Eröffnung der Kampf-

handlungen mit der Propagierung der Ideen von der Notwendigkeit raschester Beendigung des Krieges, wobei sie als Argument dafür auf die Gefahr hinweist, daß die Selbstherrschaft im Falle des Sieges gefestigt und die Verwirklichung der von der SDAPR verfolgten Aufgaben in die Ferne gerückt werde.

Unmittelbar und aktiv an der Propagierung dieser Ideen beteiligt sind die Mitglieder der Reichsduma der vierten Legislaturperiode von der sozialdemokratischen Fraktion, von der aus alle Direktiven und die Anleitung der verbrecherischen Tätigkeit der Partei ausgehen.

Ihre zersetzende Tätigkeit, die in der Schaffung einer übermäßigen Streikbewegung der Arbeiter im vergangenen Sommer und in den von diesen angezettelten Straßenunruhen klar zutage trat, betreiben die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion so getarnt, daß ihre Heranziehung zur strafrechtlichen Verantwortung aus Mangel an ausreichenden Indizien unmöglich erschien.

Dessenungeachtet erhielten die Ermittlungsorgane des Reiches, die unermüdlich die Tätigkeit der revolutionären Gruppen der Partei beobachteten, in der letzten Zeit Informationen darüber, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion eine Konferenz unter Beteiligung hervorragender Sozialdemokraten einzuberufen beabsichtigten, um taktische Methoden zur Propagierung von Ideen auszuarbeiten, wonach der Krieg so rasch wie möglich zu beenden und danach das monarchistische Regime in Rußland zu stürzen sei.

Am 4. November dieses Jahres überraschten Polizeibeamte in einer Privatwohnung, 12 Werst von der Hauptstadt entfernt, im Petrograder Kreis, die Sitzung der erwähnten Konferenz, an der die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma der vierten Legislaturperiode sowie sechs Vertreter der Partei, die aus verschiedenen Orten des Reiches eingetroffen waren, teilnahmen. Durch Polizeibeamte über den Zweck der Versammlung befragt, erklärten die Versammlungsteilnehmer diese als eine Feier anläßlich des achten Hochzeitstages der Wohnungsinhaberin. Diese Erklärung wurde durch den etwas später erschienenen Ehegatten der Wohnungsinhaberin widerlegt.

Bei der an den Versammelten vorgenommenen Leibesvisitation wurden einzelne Nummern der im Auslande erscheinenden revolutionären

Zeitung ‚Sozialdemokrat' gefunden, eine Liste der anläßlich der Zusammenkunft zu erörternden Fragen im Zusammenhang mit dem Krieg, 32 Broschüren revolutionären und tendenziösen Inhalts, Parteinotizen und Briefwechsel, außerdem bei dem Mitglied der Reichsduma Badajew das Manuskript eines verbrecherischen Aufrufes an die Studenten mit der Aufforderung zur Teilnahme an der revolutionären Bewegung und ein auf fremden Namen ausgestellter Paß.

Alle Untersuchungsakten sind der Justizbehörde übergeben worden, die eine Voruntersuchung unter Heranziehung aller Mitglieder der verbrecherischen Versammlung, darunter auch der Mitglieder der Reichsduma, zur Verantwortung eingeleitet hat.

Ich halte es für meine untertänigste Pflicht, Eurer kaiserlichen Majestät über das Dargelegte zu berichten."[1]

Man muß Maklakow Gerechtigkeit angedeihen lassen: Unter Ausnutzung des gut eingespielten Ermittlungsapparates der Ochrana hat er die Tätigkeit der bolschewistischen Fraktion ziemlich richtig beschrieben. Nachdem er gereizt festgestellt hatte, die Fraktion habe der Polizei dank guter Geheimhaltung bislang kein Indizienmaterial in die Hände gegeben, teilte er erfreut mit, daß die bolschewistischen Deputierten endlich „auf frischer Tat" ertappt seien und daß jetzt nichts mehr im Wege stehe, die schon lange geplante Abrechnung zu vollziehen.

4. Die Regierung bereitet den Prozeß vor

Mit dem Segen Nikolais II. begann die Regierung, sich in raschem Tempo auf die Durchführung eines neuen Prozesses vorzubereiten, der mindestens mit einer Zuchthausstrafe enden sollte. Dementsprechend begann die „Vorbereitung" und „Bearbeitung" der öffentlichen Meinung. Der Boden für diese Regierungsagitation war durch den hemmungslosen chauvinistischen Taumel vorbereitet worden, der sich in den ersten Kriegsmonaten ständig verstärkte. Die erste Regierungsmitteilung, die im „Prawitelstwenny Westnik" (Mitteilungsblatt der

[1] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 5, Bl. 60—61, russ.

Regierung) veröffentlicht wurde, war so abgefaßt, daß der Eindruck entstehen mußte, es sei eine große Verschwörung gegen die „militärische Stärke Rußlands" aufgedeckt worden.

„Seit Kriegsbeginn", so teilte das „Mitteilungsblatt der Regierung" vom 8. November 1914 mit, „hilft das russische Volk, das sich im Bewußtsein der Notwendigkeit, die Würde und die Integrität der Heimat zu verteidigen, zusammengeschlossen hat, der Staatsmacht einträchtig, mit patriotischer Begeisterung bei der Verwirklichung der kriegsbedingten Aufgaben. Eine ganz besondere Stellung bezogen in dieser Hinsicht einige Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine, die sich zum Ziel ihrer Tätigkeit gesetzt haben, die militärische Macht Rußlands durch die Agitation gegen den Krieg, vermittels illegaler Aufrufe und durch mündliche Propaganda zu erschüttern. Im Oktober erhielt die Regierung Informationen über die geplante Einberufung einer Geheimkonferenz von Vertretern sozialdemokratischer Organisationen zur Erörterung von Maßnahmen, die darauf gerichtet sein sollten, das russische Staatswesen zu zerstören und die sozialistischen aufrührerischen Aufgaben so rasch wie möglich zu verwirklichen."

Dann folgte die Meldung über die Hausdurchsuchung in Oserki. „Da die staatsfeindliche Bedeutung außer Zweifel stand, wurden die Teilnehmer der Versammlung, die am Tatort überrascht worden waren, nach einer Leibesvisitation festgenommen, die Mitglieder der Reichsduma aber freigelassen."

Das „Mitteilungsblatt der Regierung" teilte, obwohl unsere ganze Fünfergruppe zu dieser Zeit bereits in den Einzelzellen des Voruntersuchungsgefängnisses saß, vorsichtigerweise nur den Beschluß des Untersuchungsrichters mit, alle Teilnehmer der Beratung „unter Bewachung" zu nehmen. Diese Mitteilung war gleichsam ein Versuchsballon; man wollte sehen, welchen Eindruck zunächst nur der „Beschluß" über die Verhaftung machen werde.

Der Ton war angegeben. Die reaktionäre Presse, die ihren Auftrag erhalten hatte, fiel mit wütendem Geheul über unsere Fraktion her. „Mit Feinden darf man keine Umstände machen: der Galgen ist das einzige Mittel, um Ruhe im Lande zu schaffen", so schrieben außer sich vor Wut die Dubrowin-Schreiberlinge im „Russkoje Snamja" vom

12. November. Die übrigen reaktionären Reptilien standen in ihrer Blutgier den Dubrowinleuten nicht nach. Die liberal-bürgerliche Presse schwieg bestenfalls vorsichtig. Arbeiterzeitungen gab es zu dieser Zeit nicht mehr.

Nach einer solchen Vorbereitung hielt es die Regierung eine Woche später (am 15. November) bereits für möglich, die Verhaftung der Fraktion mitzuteilen. Die zweite Mitteilung der Regierung lautete: „Bei der Voruntersuchung in Sachen der Personen, die in der Nähe von Petrograd aus verschiedenen Orten zur Beratung mit einigen Mitgliedern der Reichsduma zusammengekommen waren, wurde festgestellt, daß die Beratung der Erörterung des Entwurfs einer Entschließung galt, in der ‚die Niederlage der Zarenmonarchie und ihrer Armee als das geringste Übel' erachtet und die Losung ausgegeben wurde, ‚die Propaganda für die sozialistische Revolution allseitig auf die Armee und auf die Kriegsschauplätze auszudehnen' und ‚für eine solche Propaganda illegale Zellen in der Armee zu organisieren'. Alle festgenommenen Personen werden laut Verfügung des Untersuchungsrichters in Haft genommen."

5. Wie reagierte die Duma?

Wie reagierte auf das alles die Reichsduma? Als Rodsjanko unsere Erklärung erhielt, versprach er, „alle in seinen Kräften stehenden Maßnahmen" zu ergreifen. Eine Reihe von Deputierten anderer Fraktionen stellte ebenfalls fest, daß irgendein Protest notwendig sei. Natürlich war ihre Proteststimme durch und durch verlogen. Im Grunde war die Dumamehrheit mit der Zarenregierung völlig solidarisch. Bei ihren Protestabsichten ließen sie sich ausschließlich von der Furcht vor der Arbeiterklasse leiten, die auf die Provokation der Regierung mit einem neuen revolutionären Ausbruch antworten könnte.

Da die Dumasession zu dieser Zeit unterbrochen war, konnte die übliche Form des Protestes, die Form der Interpellation an die Regierung nicht angewandt werden. Nun wurde die Frage auf Initiative des Menschewiks Tschcheïdse, dem sich Kerenski von den Trudowiki sowie Jefremow von den Progressisten und Miljukow von den Kadetten anschlossen, in der nächsten Sitzung des Dumakomitees zur Unterstützung

von Kranken und Verwundeten gestellt, das täglich im Kabinett des Vorsitzenden zusammenkam. Das geschah am 6. November in der Frühe. als in der Duma die Verhaftung der Fraktion noch nicht bekannt war, weshalb im Komitee nur die Frage der Durchsuchung und unserer Festnahme in Oserki erörtert wurde.

In den Reden der Deputierten in der Komiteesitzung kam die eindeutige und unverhohlene Furcht vor einer revolutionären Aktion im Lande zum Ausdruck. In dieser Hinsicht war die Stellungnahme der Oktobristen kennzeichnend. Die Führer der Oktobristen — Godnew, Opotschinin und Ljuz — sprachen davon, daß man gegen die Handlungen der Polizei protestieren müsse, und erklärten offen, der Angriff auf die Arbeiterfraktion könne Unruhen in den Arbeitermassen hervorrufen und damit Verwirrung in das Hinterland der Armee tragen. Von diesen rein „patriotischen" Gründen ausgehend, verurteilten sie den provokatorischen Ausfall der Regierung.

Im Ergebnis dieser Sitzung richtete Rodsjanko an den Vorsitzenden des Ministerrates Goremykin ein „Protest"schreiben. Der Inhalt dieses Schreibens ist recht kennzeichnend für die Verlogenheit, von der die Stellungnahme der Dumamehrheit durchdrungen war. Rodsjanko schickte seinen Brief erst am 30. November, das heißt fast einen Monat nach unserer Einlieferung ins Gefängnis, ab. Dabei erwähnte er mit keinem Wort die Verhaftung und begnügte sich damit, die von ihm entgegengenommene Erklärung der Fraktion mit der Mitteilung über die Durchsuchung und die Festnahme in Oserki weiterzuleiten. Im Begleitbrief an Goremykin nimmt Rodsjanko zunächst Bezug auf die Verletzung des Artikels 15 der Verordnung über die Reichsduma und fügt sodann hinzu, daß „ein solches Vorgehen der Administration auch deshalb nicht geduldet werden kann, weil es, indem es das Gesetz verletzt und die Straflosigkeit der unzulässigen Willkür der administrativen Gewalt demonstriert, in unserer schweren Zeit Verwirrung in den Köpfen der friedlichen Bevölkerung stiftet und sie beunruhigt, die ohnehin durch die schweren Bedingungen des allgemeinen Krieges erregt ist."

Welche Schlüsse zog Rodsjanko? Forderte er die Einstellung der Verfolgung unserer Fraktion? Nichts von alledem. Er schloß seinen Brief mit den Worten: „Ich gestatte mir zu hoffen, daß Eure Exzellenz

so gütig sein wird, entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit die Mitglieder der Reichsduma künftig vor gesetzwidrigen Handlungen der Polizeibeamten geschützt sind." Der ganze Protest des Dumavorsitzenden lief also lediglich auf eine formale Erklärung und auf die Bitte hinaus, derartige Handlungen „künftig" nicht zu wiederholen. Von irgendeinem Schutz für die Arbeiterfraktion war nicht einmal die Rede.

Goremykin übergab Rodsjankos Brief dem Innenminister Maklakow zur Stellungnahme. Der Brief, der in den Akten des Polizeidepartements erhaltenblieb, trägt einen Entscheid Maklakows, der als beste Charakteristik dieses Oberschutzmannes des Zaren dienen kann. Selbst der mehr als bescheidene Brief Rodsjankos versetzte Maklakow in Raserei, der darin fast so etwas wie eine richtiggehende revolutionäre Aktion erblickte. Unter dem Vermerk „zu den Akten" schreibt Maklakow:

„Ich kann das Vorgehen der Polizei, die festgestellt hat, daß fünf Mitglieder der Reichsduma Verbrecher sind, nicht als ‚Willkür' bezeichnen. Dem Dumavorsitzenden mag das vielleicht unangenehm sein, aber dem ist so. Ein solches ‚Vorgehen' kann geduldet werden, nicht geduldet werden kann jedoch, daß schwere Verbrechen gegen den Staat unter der Flagge der ‚Deputiertenimmunität' ungestraft verübt werden. Die Immunität der Staatsordnung in Rußland ist wichtiger als jegliche Deputiertenprivilegien. Wenn die Mitglieder der Duma das Gesetz verletzen, werden sie unweigerlich stets und überall auf die Polizeischranke stoßen. Verwirrung in den Köpfen stiften nicht die Verwaltungsbehörden, die gegen die revolutionäre Strömung kämpfen, sondern solche Menschen, denen sogar aus Anlaß solcher empörenden Handlungen nichts Gescheiteres einfällt, als über die Willkür der Administration zu zetern. Es ist an der Zeit, diese Angewohnheit aufzugeben. Das Heuchlerische der Empörung ist hier zu zynisch und unangebracht. Den Polizeibeamten, die die Mitglieder der Duma ermittelt und festgenommen haben, danke ich noch und noch."[1]

Der Einspruch der Dumamehrheit gegen die Verhaftung der Arbeiterdeputierten beschränkte sich auf das inhaltlose und ergebnislose Schreiben an Goremykin. Der Versuch der Menschewiki und der Trudowiki,

[1] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 5, Buchst. F., Bl. 360/61, russ.

eine Sonderberatung der Dumamitglieder einzuberufen, stieß auf Widerspruch Rodsjankos. Er erklärte, daß zwischen den Sessionen irgendwelche Beratungen von Deputierten laut Gesetz nicht zugelassen werden dürften, um so mehr als es dafür — seiner Meinung nach — „keine dringende Veranlassung" gäbe.

Als die Reichsduma im Januar 1915 nach einer langen Unterbrechung wieder einberufen wurde, ließ die Dumamehrheit nicht einmal das Einbringen einer Interpellation an die Regierung über die Verhaftung unserer Fraktion zu. Die Kadetten weigerten sich, ihre Unterschriften für die Interpellation zu geben, und es gelang also nicht, die erforderliche Anzahl Unterschriften zusammenzubringen.

Die Schwarzhunderterduma bezog, wie zu erwarten war, den Standpunkt voller Solidarität mit der Regierung Romanow. Die Verhaftung unserer Fraktion, die die Zerschlagung der revolutionären Organisationen im Sommer abschloß, entsprach voll und ganz den Interessen der zaristischen Beamten und Gutsbesitzer, die in der Reichsduma saßen. Die Minister verteilten Auszeichnungen an die „ruhmreichen Sieger an der inneren Front", an die Schutzleute und Ochranabeamten, die Blüte des russischen Liberalismus aber kroch zu Füßen der Zarenregierung.

6. Die Aktionen der Arbeiter

Was geschah in dieser Zeit in den Fabriken, Werken und Bergwerken? Die Nachricht von der Verhaftung der bolschewistischen Deputierten mußte natürlich die Arbeitermassen in Aufregung versetzen. Hatten doch selbst die Oktobristen, diese jämmerlichen Stützen der Regierungsgewalt, begriffen, welchen Eindruck die Zerschlagung unserer Fraktion auf die russischen Proletarier machen mußte. Und sie hatten sich nicht geirrt. Die Forderung nach Befreiung der bolschewistischen Deputierten stand bis Februar 1917 neben den Grundlosungen des revolutionären Kampfes.

Im Augenblick unserer Verhaftung aber war die Arbeiterklasse noch nicht stark genug, um irgendeine breite revolutionäre Aktion zu unternehmen. Der in seiner Stärke und Grausamkeit beispiellose Militär-

terror hielt das Land im Würgegriff. Jede revolutionäre Aktion war mit dem Risiko des Standgerichts und der Erschießung verbunden, bestenfalls aber mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe und Verbannung. Mit der Verhaftung der Fraktion wurde das Hauptzentrum der Partei in Rußland zerstört. Alle Fäden der Parteiarbeit liefen bei der Duma-Fünfergruppe zusammen, und diese Fäden waren abgerissen. Nur mit größter Mühe konnte sich die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse aus der Umklammerung der Militärreaktion befreien.

Die Ochrana, die unsere Verhaftung lange und beharrlich vorbereitet hatte, traf selbstverständlich auch vorbeugende Maßnahmen gegen eine eventuelle Aktion der Arbeiter zum Schutz der bolschewistischen Fraktion. Zugleich mit der Zerschlagung unserer Fraktion und unmittelbar danach ließ die Polizei eine Verhaftungslawine über alle Arbeiterbezirke der Stadt hinweggehen. Polizeispitzel und Ochranaleute flitzten durch die Stadt; jede Arbeiterwohnung erregte ihren Verdacht. Opfer einer solchen verschärften Beobachtung wurden einige Parteifunktionäre, die in die Hände der Polizei gerieten.

Ungeachtet dieses tollwütigen Ansturms der Ochrana gelang es dem Petrograder Komitee, eine Proklamation aus Anlaß der Verhaftung der Fraktion herauszugeben. Die hektographierte Proklamation wurde am 11. November herausgegeben und rief die Arbeiter zu Proteststreiks und -kundgebungen auf.

„In der Nacht zum 6. November“, hieß es in der Proklamation, „hat die niederträchtige Zarenregierung, die sich mit dem Blut der Kämpfer für die bessere Zukunft der Demokratie befleckt hat, hat die Henkerregierung, die im Zuchthaus die Vertreter des Proletariats der II. Duma und Tausende seiner besten Söhne zu Tode gequält hat, die Regierung, die jahrhundertelang das Blut des Volkes saugt, die Deputierten der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion in die feuchte Kasematte geworfen.

So frech und zynisch verfuhr die absolutistische Regierung mit der Dumavertretung der 30 Millionen zählenden Arbeiterklasse Rußlands!

Nun erkennt man klar, wie verlogen und heuchlerisch die Phrasen über die Einigung mit dem Volk sind. Das Ende des Betrugs und der Zersetzung der Volksmassen rückt heran . . .

Die Zarenregierung tat den letzten Schritt: Weiter geht's nimmer! Das Feigenblatt der russischen ‚Konstitution' wurde abermals, und diesmal endgültig, heruntergerissen. Vor der Arbeiterklasse und der gesamten Demokratie erhebt sich in ihrer ganzen Größe die Frage der wahren Volksvertretung, der Konstituierenden Versammlung ...

Nur der Krieg und der Ausnahmezustand, die das Proletariat und die Demokratie eisern umklammern, haben der Regierung die niederträchtige Abrechnung mit den Erwählten der Arbeiter, die selbstlos auf der Wacht für die heiligsten Arbeiterinteressen stehen, ermöglicht. Im Donner der Geschütze und Gewehre versucht die Regierung die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse abzuwürgen; sie hofft in den Strömen des Blutes der zwangsweise ins Gemetzel getriebenen Millionen Arbeiter und Bauern deren Freiheitsdrang zu ertränken.

Die Zarenregierung, die ihre räuberischen Pläne mit heuchlerischen Phrasen von der Befreiung der Slawen tarnt, würgt während des Krieges mit noch größerer Wut die Arbeiterklasse: sie hat alle Arbeiterorganisationen zerschlagen, die Arbeiterpresse vernichtet, sie inhaftiert täglich die besten Kämpfer des Proletariats und verbannt diese nach dem fernen, kalten Sibirien.

Aber dem Todfeind der Arbeiterklasse war das noch zu wenig! Er meinte, der günstige Augenblick sei gekommen für die Abrechnung mit den Erwählten der Arbeiter, die heldenhaft gegen die Regierungspolitik, gegen die Politik der Unterdrückung und der Gewalt kämpften.

Und die Eisenfesseln klirrten hinter dem Gefängnisgitter ... Die zaristischen Banditen sagten den Vertretern des Proletariats: ‚Euer Platz ist im Gefängnis.'

Ins Gefängnis geworfen wurde die ganze Arbeiterklasse: die Bande der Räuber und Ausbeuter, die Bande der Pogromhelden und Provokateure hat es gewagt, ganze 30 Millionen Arbeiter Rußlands als Verbrecher abzuurteilen.

Eine Herausforderung auf Leben und Tod wurde an die Arbeiterklasse gerichtet! Doch auch die Eisenklammern des Ausnahmezustandes werden das Proletariat nicht von einem zornigen Protestruf abhalten.

Laut wird sich der Ruf ‚Fort mit den Henkern und Gewalttätern!' der

Brust des viele Millionen zählenden Proletariats entringen, das sich wie ein Mann zur Verteidigung seiner Deputierten erhoben hat.

Genossen!

Das Petersburger Komitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ruft die Arbeiter zum eintägigen Streik und zu Protestkundgebungen gegen die gemeine und ungesetzliche Tat der zaristisch-gutsbesitzerlichen Bande auf. Fort mit der Zarenregierung!

Es lebe die Demokratische Republik!

Es lebe die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands!

Es lebe der Sozialismus!"[1]

Gleichzeitig wurden in Petrograd auch Proklamationen der Studentenorganisationen verbreitet.

„Der russische Absolutismus setzt — sich selbst treu — sein volksfeindliches Werk fort", schrieb die sozialdemokratische Fraktion der Studenten des Polytechnikums. „Die letzte Tat, die in ihrer Bedeutung der Liquidierung der sozialdemokratischen Fraktion der II. Duma gleichkommt, ist nichts anderes als ein Staatsstreich ... Die Farce der Volksvertretung ist beendet. Das Tüpfelchen aufs I ist gesetzt ... Jetzt stehen vor der Demokratie bedrohliche Tatsachen in all ihrer unbeschönigten, zynischen Blöße ..."[2]

Das Petrograder Komitee berücksichtigte bei der Herausgabe seiner Proklamation, daß es unmöglich war, irgendeine breite Aktion der Arbeiter zu organisieren. Sein Flugblatt hatte eine andere Bestimmung. Es sollte die Arbeiter über das neue Verbrechen der Zarenregierung informieren und den Sinn der Ereignisse in Erwiderung auf die „patriotische" Agitation der Regierungspresse und der bürgerlichen Presse erklären. Indem unsere Parteiorganisation darauf hinwies, daß mit der Verhaftung der Fraktion „die ganze Arbeiterklasse ins Gefängnis geworfen wurde", bereitete sie die Arbeitermassen auf entschlossene Kämpfe gegen die Regierung vor, die an das russische Proletariat eine „Herausforderung auf Leben und Tod gerichtet" hatte.

---

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Bd. II, S. 124 bis 125, russ.

[2] Archiv des Polizeidepartements, Sonderabteilung, 1914, Akte Nr. 5, Bl. 228, russ.

Aber auch der unmittelbare Aufruf der Partei zum Handeln blieb nicht ohne Antwort. In einer Reihe von Fabriken und Werken führten die Arbeiter den eintägigen Proteststreik durch, in anderen Betrieben wurden Streikversuche unternommen, die nur durch das Eingreifen der voll mobilisierten Kräfte der Polizei abgewendet wurden. So rückte im Werk „Nowy Lössner“, als die Arbeiter in der Frühe zur Erörterung des Streiks zusammenkamen, eine im voraus bereitgestellte starke Polizeiabteilung in die Werkstätten ein. Die Polizisten fielen über die Arbeiter her und nahmen, ohne den Anfang des Streiks abzuwarten, einige „Schauverhaftungen“ vor. So verhinderte die Ochrana durch sofort eingesetzte starke Mittel den Streik der „Nowy-Lössner“-Arbeiter. Das gleiche geschah auch in anderen Fabriken und Werken.

Dort aber, wo die Arbeiter dennoch streikten, war das Vorgehen der Polizei noch brutaler. Sie griff sich wahllos Streikende, die ihr die gefährlichsten zu sein schienen, und wies sie unverzüglich aus Petersburg aus. Auch noch eine andere Maßnahme kam zur Anwendung. Die Arbeiter — Reservisten und Landsturmleute —, die zurückgestellt waren, wurden freigestellt und nach Vereinbarung mit dem Kriegsamt sofort in die vordersten Stellungen geschickt. So wurden beispielsweise im Werk Parviainen, wo etwa anderthalbtausend Menschen streikten, zehn Arbeiter verhaftet und für die Dauer der Kriegszeit ausgewiesen, während über 20 Reservisten in die Schützengräben geschickt wurden.

Unter diesen Umständen konnte die Streikbewegung natürlich keine einigermaßen breiten Ausmaße annehmen. Aber auch diese Streiks zeigten, daß die Arbeiterklasse sich trotz allem nicht endgültig abwürgen ließ. Früher oder später mußte sich die revolutionäre Bewegung erneut zu ihrer vollen Größe erheben.

7. Lenin über die Verhaftung der Deputierten

Für die Arbeit unserer Partei eröffnete sich ein neues weites Feld. Aber vor dieser Arbeit türmten sich auch neue riesige Schwierigkeiten auf. Die Reaktion hatte bereits zuvor die aktivsten Führer der Arbeiterklasse aus den Reihen der Partei gerissen. Die Verhaftung der Duma-

fraktion vollendete diesen Schlag. Das Russische Büro des Zentralkomitees war vernichtet.

Für das Zentralkomitee, das isoliert und von Rußland losgerissen war, ergab sich die ungemein schwierige Aufgabe, die Parteiorganisation von neuem wiederherzustellen.

„Schlimm, wenn das wahr ist!" schrieb der stark beunruhigte Lenin nach Stockholm und bat in Erfahrung zu bringen, inwieweit die ersten Meldungen über die Verhaftung unserer Fraktion der Wahrheit entsprachen.

Drei Tage später, als sich diese Meldungen bestätigt hatten, schrieb Lenin: „Eine furchtbare Sache. Die Regierung hat offenbar beschlossen, sich an der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion zu rächen und wird vor nichts haltmachen. Man muß das Schlimmste erwarten: Fälschung von Dokumenten, Unterstellungen, Unterschieben von ‚Indizien', Meineide, Prozeß hinter verschlossenen Türen usw. usf."[1] Weiterhin wies Lenin auf die gewaltigen Schwierigkeiten hin, die sich für die Partei im Zusammenhang mit der Verhaftung unserer Fraktion ergaben:

„Auf jeden Fall ist die Arbeit unserer Partei jetzt hundertfach schwieriger geworden. Und dennoch werden wir sie leisten! Die ‚Prawda' hat Tausende bewußter Arbeiter erzogen, aus deren Reihen trotz aller Schwierigkeiten wieder das Kollektiv der Führer hervortreten wird, das russische Zentralkomitee der Partei."[2]

Die Worte Lenins waren, wie stets, erfüllt von dem gewaltigen Glauben an die Kraft der Arbeiterklasse, an den Sieg der Revolution. Lenin stellte sich klar vor, um wieviel schwieriger die Arbeit unserer Partei werden mußte, aber diese Schwierigkeiten konnten auch nicht eine Minute lang die außerordentliche Kraft und Energie erschüttern, die Lenin nicht einmal in den schwersten und schwierigsten Augenblicken des revolutionären Kampfes verließen.

---

[1] W. I. Lenin, Werke, Bd. 35, S. 133, russ.

[2] Ebenda.

Kapitel XXIV

Untersuchung und Gericht

1. Im Gefängnis

In den Einzelzellen, unter den Bedingungen des harten Gefängnisregimes, waren wir von der Außenwelt völlig isoliert. Nur selten erreichten uns Gerüchte oder offizielle Meldungen über die „Siege" der russischen Truppen, über den kriegerischen Patriotismus, der das Land erfaßt hatte.

In den Petrograder Betrieben erschien ein neuer „Agitator". Auf der Suche nach „Einigung mit dem Volk" fuhr Nikolai II. persönlich durch die Betriebe. Von einer glänzenden Suite begleitet, die ihrerseits von Schwärmen uniformierter und geheimer Polizei umgeben war, kam Nikolai in die Putilow-Werke und besuchte sodann auch eine Reihe anderer Fabriken und Werke. Bei seinen Besuchen wurden alle Regeln „patriotischer" Manifestationen gewahrt. Hurrarufen, Absingen der Zarenhymne, Überreichung von Ikonen, Bittgottesdienste — all das wurde im voraus vorbereitet und wie am Schnürchen abgewickelt.

Was aber in den Betrieben tatsächlich vorging, wie die wahre Stimmung der Arbeiter war, wie sich die revolutionäre Propaganda unter ihnen entwickelte, — das alles wußten wir nicht und konnten es auch nicht erfahren.

Erstmalig zur Vernehmung geholt wurden wir zwei bis drei Tage nach der Verhaftung. Da wir alle gleichzeitig geholt wurden, konnten wir einige Worte über unseren Fall wechseln. Aber gleich danach wurden wir isoliert und bereits einzeln vernommen.

Schon in Oserki kamen wir während der Durchsuchung überein, uns so zu verhalten, daß die Polizei keinerlei Handhabe bekommen sollte, uns der Einberufung einer Parteiberatung anzuklagen. Es war gelungen, die Protokolle, die Tagesordnung der Beratung und andere wichtige Dokumente zu vernichten. Nebenbei waren wir uns, soweit das die Umstände der Haussuchung ermöglichten, einig geworden, unsere Anwesenheit bei Frau Gawrilowa als einen gewöhnlichen Besuch bei Bekannten zu erklären, zu denen wir als Gäste gekommen waren.

So, wie das vorgesehen war, verhielten wir uns auch bei den Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter. Auf die erhobene Anklage antworteten wir alle verneinend. In unseren Erklärungen führten wir aus, wir hätten Frau Gawrilowa auf ihre Einladung hin besucht und uns bei dieser Gelegenheit über eine Reihe aktueller Fragen der Arbeiterorganisationen unterhalten: über die Versicherungskassen, über die Herausgabe einer Zeitung usw. Es sei nur zu natürlich, daß wir die Einladung von Frau Gawrilowa benutzt hätten, um uns zugleich mit Vertretern der Arbeiter zu treffen, da sich ein jeder Besucher unserer Fraktion sofort bei der Polizei verdächtig machte. Daß bei uns einige Exemplare Parteiliteratur gefunden worden waren, erklärten wir mit der Pflicht eines jeden Deputierten, über die herrschenden Stimmungen auf dem laufenden zu sein; zu diesem Zweck nähmen die Mitglieder unserer Fraktion stets in verschiedene Materialien Einsicht. Auf die Frage nach der Einstellung zum Krieg verwiesen wir den Untersuchungsrichter auf die Deklaration, die von den beiden sozialdemokratischen Dumafraktionen in der Dumasitzung vom 26. Juli verlesen worden war. Jeder von uns machte seine Aussagen in diesem Sinne.

Schagow sagte aus, er habe Frau Gawrilowa in den Räumen unserer Fraktion kennengelernt, die sie in irgendeiner Angelegenheit aufgesucht hatte. Als sie Schagow auf der Straße begegnete, habe Frau Gawrilowa ihn und durch ihn auch die übrigen Arbeiterdeputierten zu sich in die Wohnung eingeladen. Irgendeine Beratung habe in ihrer Wohnung nicht stattgefunden, irgendwelche Entschließungen seien dort nicht ausgearbeitet worden und alle Gespräche hätten sich lediglich um die Krankenkassen und um den Wunsch gedreht, die Herausgabe der Arbeiterzeitungen wieder aufzunehmen.

Ich erklärte, daß ich Frau Gawrilowa auf ihre Einladung hin besucht habe. Welcher Art diese Einladung war, gehöre nicht zur Sache. Der Besuch bei Frau Gawrilowa habe sich als ein einfaches Gespräch der versammelten Bekannten über aktuelle Themen gestaltet. Irgendeine Beratung habe es nicht gegeben.

In der Annahme, auf diese Weise einen Leitfaden zu erhalten, fragte mich der Untersuchungsrichter beharrlich über meine Beziehungen zu den Petersburger Delegierten in der Beratung aus. Die Verbindung zu

dem einen Delegierten erklärte ich damit, daß er mich als Arbeitsloser aufgesucht und gebeten habe, ihm Arbeit zu verschaffen. In der gleichen Angelegenheit sei er in die Wohnung von Frau Gawrilowa gekommen. Den anderen Delegierten hätte ich eingeladen, um mit ihm über die Herausgabe einer Zeitschrift über die Arbeiterversicherung zu sprechen. Am schwersten zu erklären war die Tatsache, daß ich einen auf fremden Namen ausgestellten Paß in den Händen hatte. Ich verwies darauf, daß die Arbeiter mir sehr oft ihre Pässe brächten mit der Bitte, ihnen einen Passierschein für die Sitzungen der Reichsduma zu beschaffen. Es käme vor, daß diese Dokumente später lange bei mir blieben, bis sie von ihren Besitzern wieder abgeholt würden. Gerade das treffe auch auf den bei mir gefundenen Paß zu. Diese Aussagen befriedigten offenbar den Untersuchungsrichter nicht, der bemüht war, aus mir irgendwelche „wichtigen Materialien" herauszuholen. Er konnte aber von mir nichts Wesentliches erfahren.

Petrowski sagte aus, er habe Frau Gawrilowa besucht, könne sich aber des Anlasses nicht entsinnen. Er weigerte sich, die Person zu nennen, von der er die Einladung erhalten hatte. Die bei Frau Gawrilowa Versammelten habe er, bis auf die Deputierten, nicht gekannt. Alle Dokumente, die ihm bei der Leibesvisitation abgenommen worden seien, habe er durch Post oder durch Boten von unbekannten Personen erhalten. Die Korrekturen an den Thesen über den Krieg stammten von seiner Hand, seien aber von einer Person vorgeschlagen, die er nicht nennen wolle. Diese Korrekturen habe er bei seiner Dumatätigkeit benutzen wollen.

Samoilow sagte aus, daß sich die bei Frau Gawrilowa Versammelten zufällig getroffen hätten. Einige seien gekommen, um die Deputierten zu sehen und zu sprechen. Die bei Samoilow gefundene Liste verschiedener Fragen habe ihm als Gedächtnisstütze gedient, um die Deputierten über einiges auszufragen, was sich während seines langen Kuraufenthaltes im Auslande, von wo er soeben zurückgekehrt war, ereignet hatte.

Die übrigen mit uns verhafteten Genossen und die Wohnungsinhaberin Gawrilowa machten etwa die gleichen Aussagen. Die Delegierten aus den verschiedenen Orten bestritten, daß sie zu einem festgesetzten

Termin nach Petrograd gekommen waren. Sie erklärten ihre Reise nach Petrograd jeder auf seine Weise und betonten, daß sie zufällig zu Frau Gawrilowa gekommen seien, da sie die Deputierten treffen und kennenlernen wollten.

In eine schwierigere Lage war Muranow geraten. In das ihm abgenommene Notizbuch hatte Muranow eigenhändig eine Reihe von Notizen über die illegale Arbeit der Partei eingetragen. Muranow konnte das, was er selber geschrieben hatte, natürlich nicht abstreiten. Als einziger Ausweg blieb ihm völliges Schweigen, und Muranow verweigerte jegliche Aussage.

Wir wurden jeder einzeln vernommen. Nach der ersten Vernehmung wurden wir auch einzeln zum Untersuchungsrichter geholt. Ebensowenig konnten wir im Gefängnis miteinander verkehren, und deshalb erfuhr jeder von uns das, was die anderen ausgesagt hatten, erst nach Abschluß der Untersuchung, als uns das Anklagematerial vorgelegt wurde.

Die Untersuchung schritt rasch voran. Die Regierung hatte es eilig, den Prozeß abzuschließen, solange die Umstände für sie günstig waren. Unsere Verhaftung und der Prozeß gegen uns waren im voraus geplant, deshalb brauchten die Gerichtsbeamten keine gründliche Untersuchung. Die Aufgabe der Untersuchungsrichter und der Staatsanwälte bestand lediglich darin, die vorliegenden Dokumente irgendwie zu kombinieren und eine Anklage zusammenzubrauen, die das im voraus festgelegte Urteil zu fällen gestattete.

Ende Dezember, eineinhalb Monate nach der Verhaftung, war die Voruntersuchung bereits abgeschlossen. Wir wurden erneut zum Untersuchungsrichter geholt, diesmal, um in das Untersuchungsmaterial Einblick zu nehmen. Nach einer langen Unterbrechung kamen wir wieder zusammen und hatten die Möglichkeit, uns über das Verhalten vor Gericht zu verständigen.

Im Untersuchungsmaterial wurden alle bei uns gefundenen Dokumente aufgeführt, dann unsere Aussagen, die Berichte der Polizei, verschiedene in Petrograd während des Krieges herausgegebene Proklamationen und eine Reihe anderer Materialien, die unsere Fraktion der revolutionären Arbeit überführen sollten. Es kamen drei recht starke Bände zusammen, deren Lektüre ganze drei Tage in Anspruch nahm.

2. Kriegsgericht oder Zivilgericht?

Die Ergebnisse der Untersuchung, der ganze Verlauf der Vernehmungen, die Gespräche mit dem Untersuchungsrichter ließen in uns die Überzeugung reifen, daß die Fraktion vor ein Kriegsgericht gestellt werde. Die gleiche Überzeugung hatten auch unsere Freunde in der Freiheit. Um unser Schicksal besorgt, setzten sie sich gemeinsam mit Juristen dafür ein, daß unser Fall nicht an ein Kriegsgericht, sondern an ein Zivilgericht überwiesen werde. Ihr ganzes Mühen blieb jedoch vergeblich.

Oserki, wo die Teilnehmer der Konferenz verhaftet worden waren, lag in einem Gebiet, über das der Ausnahmezustand verhängt worden war. Auf Grund eines der Punkte des Ausnahmezustandes war auch die Haussuchung bei Gawrilows vorgenommen worden. Auf diese Weise war formell die Handhabe gegeben, uns vor ein Kriegsgericht zu stellen. Anderseits entsprach das voll und ganz den Interessen der Regierung, die bestrebt war, unter der Flagge des „Verrats" und „Kriegsverrats" mit der bolschewistischen Fraktion ein für allemal abzurechnen. Deshalb kam uns der Beschluß, den Fall an ein Zivilgericht zu überweisen, völlig überraschend. Wir erfuhren das erst, nachdem der Termin für den Prozeß festgesetzt worden war.

Nach den geltenden Gesetzen hatten die Angeklagten das Recht zu fordern, daß ihnen vor dem Prozeß das gesamte Anklagematerial vorgelegt werde. Wir machten von diesem Recht Gebrauch, um noch einmal zusammenzukommen und eine gemeinsame Linie des Verhaltens in den Gerichtssitzungen auszuarbeiten. Als wir darangingen, die Materialien das zweite Mal zu lesen, fanden wir auf der ersten Seite des ersten Bandes den Zarenukas, in dem Nikolai II. „befahl", unsere Sache vom Kriegsgericht an das Zivilgericht zu überweisen. Der Fall wurde der Sonderbehörde der Petrograder Gerichtskammer, in der Ständevertreter mitwirkten, zugeleitet.

Wie erklärt sich diese überraschende Wendung im Plan der Regierung? Archivmaterialien, insbesondere solche aus dem Archiv des großen Hauptquartiers, enthüllen das, was in jenen Tagen unter den Würdenträgern des Zaren vor sich ging. Natürlich bezweifelte keiner,

von Nikolai II. angefangen bis zum letzten Ochranamann, daß die Zerschlagung unserer Fraktion, der Zentrale des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, mit einem harten Urteil gegen die Deputierten gekrönt werden müsse. Die Regierung feierte den Sieg, und sie wollte ihren Sieg in der Weise ausnutzen, daß gegen die revolutionäre Bewegung hart zugeschlagen und mit allen Feinden gehörig abgerechnet werde. Es ging nur um die Form dieser Abrechnung und auch darum, wie man diese für sich am schmerzlosesten vollziehen könne.

Die Zarenregierung begriff sehr wohl, daß die bolschewistischen Deputierten, auch hinter Gefängnisgittern, nicht als völlig isoliert von den Arbeitermassen gelten konnten. Aus der gesamten Tätigkeit der bolschewistischen Fraktion ging hervor, daß wir mit der Arbeiterbewegung fest verbunden waren, daß jede unserer Aktionen sowohl in der Duma als auch außerhalb derselben unverzüglich die breite Unterstützung der Arbeiterklasse im ganzen Lande fand. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeitermassen auch die Abrechnung mit unserer Fraktion nicht schweigend hinnehmen würden. Kurzum, die Frage lief darauf hinaus, daß die Verhaftung und die Aburteilung der Deputierten aus einer Maßnahme zur entschlossenen Zerschlagung der revolutionären Bewegung ins Gegenteil umzuschlagen, das heißt eine verstärkte Gegenbewegung auszulösen drohten. Diese Frage war es eben, die in den Regierungskreisen vom Augenblick unserer Verhaftung an sorgfältig überlegt wurde.

Herr im Lande war zu dieser Zeit faktisch das Große Hauptquartier. Ihm stand eine enorme Verfügungsgewalt nicht nur in militärischen Fragen, sondern auch in der zivilen Verwaltung zu. Fast über das ganze Land, darunter auch über Petrograd, war der Ausnahmezustand verhängt worden. Gemäß Artikel 17 der Vorschriften über Gebiete im Ausnahmezustand waren Personen, die des „Aufruhrs gegen die oberste Gewalt und des Staatsverrats“ angeklagt wurden, vor ein Kriegsgericht zu stellen und nach den Gesetzen der Kriegszeit, das heißt mit dem Tode zu bestrafen. Außerdem konnten die örtlichen Behörden gemäß Artikel 19 der gleichen Vorschriften auch alle anderen Fälle nach eigenem Ermessen dem Kriegsgericht übergeben. Somit spielten die Militärbehörden in der Gerichtsbarkeit die entscheidende Rolle, wobei der

Urteilsspruch des Kriegsgerichts fast nur auf Tod durch Erschießung oder durch den Strang lautete.

Gleich nach unserer Verhaftung meldete das Polizeidepartement diesen „Sieg" der Ochrana durch ein chiffriertes Telegramm dem Obersten Befehlshaber, dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch. Die erste Anordnung des Hauptquartiers besagte, daß „die energischsten Maßnahmen gegen die Propaganda zu ergreifen sind, wobei die militärischen Organisationen und die Freiwilligen aus den Reihen der Studenten beobachtet werden müssen". Nikolai Nikolajewitsch und seine Generale befürchteten, daß die Kunde von der Verhaftung der Fraktion in der Armee revolutionäre Aktionen auslösen und den patriotischen Geist beeinträchtigen könnte, der den Soldaten so eifrig beigebracht wurde.

Von der gleichen Furcht vor der eventuellen Verstärkung revolutionärer Stimmungen, die erstens die Kampffähigkeit der Zarenarmee beeinträchtigen und zweitens eine gefährliche Lage im Hinterland schaffen konnten, war auch der Standpunkt diktiert, den das Große Hauptquartier in Sachen der bolschewistischen Dumafraktion bezog. Gerade von dieser Furcht vor revolutionären Aktionen der Arbeiter, die für die Zarenmacht in Anbetracht einer Serie von Mißerfolgen an der Front besonders gefährlich waren, ausgehend, beschloß Nikolai Nikolajewitsch, die Sache unserer Fraktion dem Kriegsgericht fortzunehmen und dem Zivilgericht zur Verhandlung zu übergeben.

In einem persönlichen Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrats, Goremykin, deckte Nikolai Nikolajewitsch die Motive seiner Anordnung ganz eindeutig auf:

„Meiner tiefen Überzeugung nach hätte die Übergabe der Sache an ein Kriegsgericht unweigerlich ... eine Gärung unter den Fabrik- und sonstigen oppositionellen Elementen hervorgerufen. Indessen erschien mir die Ruhe unter den Arbeitern, die verschiedenartige Bedürfnisse der Armee befriedigen, aus Sorge um die letztere als sehr wichtig. So sonderbar das auch klingen mag, aber in der Friedenszeit hätte ich alle in dieser Sache Verhafteten unbedingt vor ein Kriegsgericht gestellt, jetzt aber in der Kriegszeit — und insbesondere unter den gegenwärtigen Bedingungen — halte ich eine solche Maßnahme für unange-

bracht. Ich nehme an, daß ein Teil der öffentlichen Meinung die von mir angeführten Argumente als ein Zeichen der Schwäche ansehen kann. Doch bisher hat mir das keiner vorgeworfen, und das sollte man ausnutzen, um eben einen Beschluß zu fassen, wie ihn die Umstände erfordern."[1]

Die Anordnung des Obersten Befehlshabers stieß jedoch ungeachtet der fast diktatorischen Vollmachten Nikolai Nikolajewitschs und seiner Strenge auf heftigen Widerstand in den Regierungskreisen. Die hohen wie die unteren Ministerialbeamten, die sich im Kampf gegen die von der bolschewistischen Partei geleitete revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse viel Mühe gegeben hatten, forderten den Galgen für die Arbeiterdeputierten. Zwei Monate lang dauerte der umfangreiche Briefwechsel in Sachen unserer Fraktion zwischen dem Hauptquartier und Petrograd. Aus diesem Schriftwechsel geht hervor, wie beharrlich sich die Minister und sonstige Würdenträger der Zarenregierung bemühten, die Militärbehörden zur Auslieferung der Fraktion an das Kriegsgericht zu veranlassen.

Justizminister Schtscheglowitow forderte in einem Telegramm an den Stabschef General Januschkewitsch, daß die Sache aus juristischen Erwägungen vor dem Kriegsgericht verhandelt werde. „Es ist vorauszusehen", so schrieb Schtscheglowitow, „daß das Zivilgericht die Sache nicht annehmen wird, da für sie nach dem Gesetz das Kriegsgericht zuständig ist." Der erfahrene Zarenhenker, der nach eigenem Ermessen — mit Gerichtsurteil oder ohne jedes Gericht — mit Hunderten und Tausenden revolutionärer Arbeiter abrechnete, war plötzlich von Liebe zum Gesetz entflammt.

Die Vorliebe für die „Gesetzlichkeit", die bei Schtscheglowitow so überraschend zutage trat, war derart heuchlerisch, daß sie sogar seinen Kollegen aus dem Ministerrat auffiel. Dshunkowski, der Gendarmeriechef und Stellvertreter des Innenministers, der es vorzog, die starke Macht des Obersten Befehlshabers zu unterstützen, schrieb über das Telegramm Schtscheglowitows an das Hauptquartier, daß die Annahme oder Ablehnung einer beliebigen Sache durch das Zivilgericht „einzig und allein von den Weisungen abhängt, die er (Schtscheglowitow) dem

[1] Militärhistorisches Archiv, Akte Nr. 220—870, Bl. 39, russ.

Gericht gibt, da der Justizminister nicht zu den Menschen gehört, die in solchen Fällen irgendwelche Umstände machen".

Setzte Schtscheglowitow das Hauptquartier auf der Linie des „Gesetzes" unter Druck, so gingen andere direkt auf ihr Ziel los. Der Stadthauptmann von Petrograd, Prinz von Oldenburg, drohte, falls die bolschewistischen Deputierten nicht zum Tode durch den Strang verurteilt würden, mit der Möglichkeit eines Anwachsens der revolutionären Bewegung in Petrograd, mit der die Ochrana nicht fertig werden könne. Unter Berufung auf die Ochrana und das Polizeidepartement telegrafierte Prinz von Oldenburg an das Hauptquartier: „Falls gegen die Schuldigen nicht die entschlossensten Maßnahmen der Aburteilung durch das Kriegsgericht getroffen werden, werden keine günstigen Ergebnisse zu erzielen sein."

Tag für Tag wurde das Hauptquartier von Petrograd aus mit Briefen und Telegrammen bombardiert, in denen dem Obersten Befehlshaber Argumente vorgebracht und Forderungen gestellt wurden, die Aburteilung unserer Fraktion nach den Gesetzen der Kriegszeit zu genehmigen. In den Briefwechsel wurden fast alle Minister der Zarenregierung einbezogen, einschließlich des Vorsitzenden des Ministerrates. Da die Regierung ihren Standpunkt nicht aufgeben wollte, unterbreitete sie diese Frage Nikolai II. persönlich zur Entscheidung, und erst der „allerhöchste" Befehl vom 28. Dezember machte den Umtrieben der Minister ein Ende. Nikolai schreckte vor dem Gespenst der revolutionären Empörung über die blutige Abrechnung mit den Deputierten zurück.

Zu dieser Zeit machte sich im Lande bereits das Anwachsen der revolutionären Stimmungen bemerkbar. Eine Reihe militärischer Mißerfolge und Niederlagen an der Front ließen zusammen mit den sich ständig verstärkenden Gerüchten über die katastrophale Lage der Armee den chauvinistischen Rausch nach und nach verfliegen. Anderseits begann sich die Arbeiterbewegung zwar noch sehr schwach, aber unverkennbar zu beleben. Ökonomische Streiks wurden immer häufiger, hier und da kam es bereits zu politischen Streiks. Zweifellos waren es nur diese Umstände, die Nikolai II. seinen „gnädigen" Ukas diktierten und ihn von dem ursprünglichen Entschluß abbrachten, die Arbeiterdeputierten erschießen zu lassen.

Das Petrograder Komitee erläuterte in einer seiner Proklamationen, die vor dem Prozeß herausgegeben wurden, den Arbeitern den Sinn dieses Rückzuges.

„Dieser Tage kommen die Arbeiterdeputierten vor Gericht", teilte die Proklamation mit. „Die Regierung wollte sie des ‚Hochverrats' anklagen und druckte diese Verleumdung in den Zeitungen ab. Dieser Versuch ist gescheitert. Sie wollte die Arbeiterdeputierten vor das Kriegsgericht stellen, doch die obersten Anführer des gegenwärtigen Gemetzels nannten die Minister Dummköpfe und kamen zu der Überzeugung: Mit den Vertretern der Arbeiter, von denen es in der Armee so viele gibt, nach den Gesetzen der Kriegszeit abrechnen hieße mit eigenen Händen Empörung säen."[1]

Bis zum Prozeßbeginn war der durch die Regierungsagitation ursprünglich geschaffene Eindruck des Staatsverrats, der Verschwörung usw. weitgehend verflogen. Nach und nach zeichneten sich aus einer Reihe von Pressemeldungen bereits die künftigen Umrisse des Prozesses ab, der das Gericht über die politische Tätigkeit der Arbeiterdeputierten, das Gericht über die Vertretung der Arbeiterklasse in der Reichsduma darstellen sollte.

Um die erkaltende Stimmung wieder in Hochglut zu bringen, ließ die Regierung ihre bewährten Hunde — die Schwarzhunderterzeitungen — von der Kette, die mit ihrem lauten Gekläff die Empörung der Öffentlichkeit markieren sollten. In verschiedenen Tonarten forderten sie wütend die härtesten Strafen für die „Verbrecher".

Bei diesem Geheul, das für die gesamte Ochrana- und Schwarzhunderterpresse völlig einheitlich war, tat sich besonders die Zeitung „Swet", eine der reaktionärsten und obskursten in Rußland, hervor.

„Swet" warf der Fraktion vor, nicht in die Fußtapfen der westeuropäischen Sozialisten getreten zu sein. Es ging natürlich nicht ohne das „deutsche Gold" ab, das später zu einem der meist verbreiteten Anwürfe gegen die Bolschewiki wurde. Nachdem „Swet" eine ausreichende Menge Schmähungen gegen die Arbeiterdeputierten losgelassen hatte,

---

[1] „Flugblätter der Petersburger Bolschewiki 1902—1917", Teil II, S. 135, russ.

schrieb die Zeitung am 11. Februar 1915: „Diese unwürdigen Träger eines hohen Titels spielten — wohl kaum unbeeinflußt von deutschen Agenten, die mit Gold nicht geizen — so eindeutig Deutschland in die Hand, daß von einer wirklichen Irrung, entsprechend der verhängnisvollen Lehre des Sozialismus, nicht die Rede sein kann. Es gibt Sozialisten auch in anderen Ländern, aber überall — sowohl in England als auch in Frankreich und in Belgien — haben sie alle, sobald der Krieg ausgebrochen war, einmütig auf innere Zwistigkeiten verzichtet und sind einträchtig in den Kampf gegen den grimmigen Feind — den deutschen Militarismus — gezogen. Selbst die deutschen Sozialisten haben während des Krieges auf ihre Utopien verzichtet und halten sich nicht schlechter als ihre bürgerlichen Kameraden. Nur die Herren Sozialisten aus der Duma hielten es für möglich, den russischen Arbeitern Theorien des Nichtwiderstehens gegen das Böse, Frieden um jeden Preis anzuraten und das Gespenst der inneren Unruhen in der Kriegszeit heraufzubeschwören."

Die Zeitung forderte „die härteste, die erbarmungsloseste Strafe für die Anführer der aufgedeckten Verschwörung, die es gewagt haben, sich bei ihrem verräterischen Tun mit parlamentarischer Immunität zu tarnen". Im gleichen Sinne und mit gleicher unverhohlener Bosheit schrieben vor dem Prozeß auch alle übrigen Schwarzhunderterzeitungen und forderten das härteste Urteil.

Hatten die Regierung und die Schwarzhunderter gegen ihren Willen, aus Furcht vor der revolutionären Explosion die für sie völlig klare Tätigkeit der bolschewistischen Fraktion zwei Jahre lang geduldet, so wollten sie es jetzt nicht länger tun. Sie beabsichtigten, der revolutionären Organisation mit einem Schlag das Rückgrat zu brechen und das Anwachsen der Arbeiterbewegung unter allen Umständen aufzuhalten.

Die Aufgabe unserer Partei war es, diesen Schlag mit dem Aufruf zur Organisierung und Vorbereitung der Arbeiterklasse für den neuen Kampf zu parieren. Die Partei forderte die Arbeiter auf, der Regierung zu zeigen, daß keine Kriegsgerichtsurteile, daß keine Zuchthausstrafen die Arbeiterbewegung brechen oder abdrosseln können, daß die Arbeiter ihren Feinden früher oder später wieder auf den Barrikaden entgegentreten werden.

3. Protestproklamationen gegen die Aburteilung der bolschewistischen Deputierten

Unsere Parteiorganisationen bereiteten sich verstärkt auf den Prozeß vor. Ungeachtet des starken Druckes der Polizei und trotz der riesigen Lücken in den Reihen der Parteimitglieder gab das Petersburger Komitee vor der Gerichtsverhandlung einige Flugblätter heraus, in denen die Petersburger Arbeiter aufgerufen wurden, sich für ihre Deputierten einzusetzen.

„Denkt an die letzten zwei Jahre“, schrieb das Petersburger Komitee in einem dieser Flugblätter. „Wer vertrat in der Duma stets die Arbeiterinteressen? Wer beunruhigte die Minister am meisten durch Interpellationen über die Gesetzesverstöße der Behörden? Wer untersuchte die Explosionen in den Pulverwerken und Kohlengruben? Wer fiel der Polizei bei Arbeiterbegräbnissen und Demonstrationen in den Arm? Wer sammelte Spenden für die geschädigten Kameraden? Wer gab die Zeitungen ‚Prawda‘ und ‚Proletarskaja Prawda‘ heraus? Wer protestierte dagegen, daß Millionen Menschen im Kriege getötet und verwundet werden?

Immer wieder sie. Immer wieder die Arbeiterdeputierten. Dafür werden sie in die Verbannung gehen ... Die Verteidigung der Arbeiterdeputierten ist die Sache der Arbeiter selbst ... Die Liberalen freuen sich zusammen mit der Regierung über diese Abrechnung, die Trudowiki und die Fraktion Tschcheïdses scheinen das Gehör und die Sprache mit einem Schlag verloren zu haben ... Wer kann denn jetzt die Arbeiterdeputierten verteidigen? Nur der, der sie gewählt, der sie unterstützt hat. Nur das Proletariat kann sie verteidigen, nur das Proletariat kann zeigen, daß die Aburteilung der Deputierten eine ernste Angelegenheit ist und daß sie nicht so still und glatt verlaufen kann, wie das die Ochrana, die Minister und die Liberalen gerne möchten.“

Bereits vor dieser Proklamation wurde in den Flugblättern, die vor dem Jahrestag des 9. Januar herausgegeben wurden, die Losung des Protestes gegen die Aburteilung der Fraktion aufgestellt: „Die Arbeiterklasse muß gegen diese niederträchtige Verhöhnung ihrer Vertreter protestieren. Man muß alles daransetzen, damit das Proletariat an diesem Tag geschlossen auftritt ...“

Trotz der verstärkten Tätigkeit der Polizei, die sich auf den Tag des Prozesses mit neuen Verhaftungen und Ausweisungen vorbereitete, vervielfachten die Mitglieder der Parteiorganisation ihre Agitation in den Fabriken und Werken. Kurz vor Prozeßbeginn gab das Petersburger Komitee eine neue Proklamation mit dem Aufruf zu Streiks und Demonstrationen heraus.

„In Gestalt der Deputierten werden wir abgeurteilt werden, denn wir haben sie entsandt und uns wiederholt mit der Tätigkeit der Fraktion völlig solidarisch erklärt", schrieb das Petersburger Komitee im Namen der Petrograder Arbeiter. Die Proklamation erläuterte den Sinn des Kampfes der bolschewistischen Fraktion gegen den Krieg und betonte, daß die Regierung schon seit langem mit den Arbeitern abrechnen wollte, es aber aus Furcht vor der revolutionären Antwort der Arbeiter nicht gewagt hätte. „Unter Geschützdonner und Säbelgerassel gedenkt sie noch eine weitere Dumafraktion der Arbeiterklasse lebendig zu begraben. Genossen Arbeiter! Laßt uns beweisen, daß unsere Feinde sich verrechnet haben, laßt uns beweisen, daß wir in der schweren Stunde, da das Gespenst des Todes über den Köpfen unserer Deputierten schwebt, mit ihnen sind. Mögen vor Gericht nicht die fünf Deputierten, sondern möge die ganze Arbeiterklasse erscheinen, die laut ihre Solidarität mit den Angeklagten und ihre Bereitschaft erklärt, für ihre Vertreter und für die Ideale, die auf unser Rotes Banner geschrieben sind, zu kämpfen. Genossen Arbeiter! Streikt am 10. Februar, veranstaltet Kundgebungen, Demonstrationen, protestiert gegen die freche Verhöhnung der Arbeiterklasse durch die Zarenregierung . . ."

Das Flugblatt des Vereinigten Studentenkomitees, das zum gleichen Tag herausgegeben wurde, rief die revolutionäre Studentenschaft auf, „das Proletariat in seinem Protest durch Versammlungen, Streiks und Demonstrationen zu unterstützen".

Die in den Fabriken und Werken verbreiteten Proklamationen des Petersburger Komitees verfehlten nicht ihre Wirkung. Sie schürten die revolutionären Stimmungen der Arbeiter und beunruhigten gleichzeitig die Ochrana, die die Möglichkeit eines explosiven Aufflammens der Arbeiterbewegung befürchtete.

Die unter dem Ausnahmezustand mit erweiterten Befugnissen ausge-

stattete Polizei traf alle ihr zur Verfügung stehenden Vorbeugungsmaßnahmen. Die Fabriken und Werke waren am Tage der Gerichtsverhandlung von zahlreichen Polizeiabteilungen eingekreist. Polizeistreifen überwachten die Straßen, vor allem in der Nähe des Gerichtsgebäudes.

Durch „Vorbeugungsmaßnahmen" der Kriegszeit eingeengt, konnte die Streikbewegung keine großen Ausmaße annehmen. Und dennoch legten die Arbeiter in einer Reihe von Werken am Tage der Gerichtsverhandlung die Arbeit nieder und demonstrierten damit, daß sie sich mit den bolschewistischen Deputierten auf der Anklagebank solidarisch fühlten. Die Arbeiter unternahmen mehrere Versuche, zum Gerichtsgebäude vorzustoßen. Es fanden ferner einige Studentenversammlungen und -kundgebungen statt, die scharfe Protestentschließungen annahmen.

In einer solchen Situation der wütenden Hetze seitens der Polizei- und Ochranapresse einerseits sowie der dumpfen, in der Tiefe grollenden, aber noch nicht nach außen durchgebrochenen Empörung der Arbeiterklasse anderseits begann der Prozeß gegen die bolschewistische Fraktion der Reichsduma.

Die liberale Bourgeoisie hüllte sich in Schweigen, hinter dem man deutlich die Freude über die Abrechnung mit den Arbeiterdeputierten spürte. Die Kadettenfraktion verbot sogar den ihr als Mitglieder angehörenden Rechtsanwälten, im Prozeß als Verteidiger aufzutreten, und motivierte diese Entscheidung damit, daß sie mit unseren Ansichten über den Krieg nicht einverstanden sei. Die Kadetten unterschrieben im voraus das Zuchthausurteil, das uns die Zarenregierung vorbereitet hatte.

4. Die Gerichtsverhandlung

Die Gerichtsverhandlung begann am 10. Februar früh. Durch innere Gänge, die das Gebäude des Voruntersuchungsgefängnisses mit dem Kreisgericht verbanden, wurden wir in das Gerichtsgebäude geführt. Die uns geleitenden Polizisten wiesen uns Plätze auf der Anklagebank an. Vor uns saßen die Verteidiger.

Der größte Saal des Gerichts, in dem die Verhandlung stattfand, war überfüllt. Hier und da sah man die Gesichter unserer Angehörigen und

Bekannten. Zu der Verhandlung waren ferner viele Deputierte erschienen, darunter die Kadetten Roditschew und Miljukow, der Progressist Jefremow und einige Mitglieder aus den Fraktionen der Trudowiki und der Menschewiki.

Auf reservierten Plätzen saßen einige Würdenträger des Zaren. Hinter den Richtern saß Graf Witte — der Schöpfer der Reichsduma und der Urheber des vielumstrittenen Gesetzes über die „Deputiertenimmunität".

Die Plätze für die Presse waren von Vertretern der Zeitungen aller Richtungen dicht besetzt. Die Regierung hatte natürlich dafür gesorgt, daß die Reden und Aussagen, die auch nur teilweise als revolutionäre Agitation gelten könnten, keine weite Verbreitung fanden. Die Militärzensur strich aus den Zeitungen ungeniert ganze Abschnitte der Prozeßberichte heraus.

Für die Gerichtsverhandlung waren die prominentesten Gerichtsbeamten eingesetzt. Den Vorsitz führte Senator Krascheninnikow, der Staatsanwalt war Nenarokomow; beide hatten große Erfahrungen gerade in der Führung politischer Prozesse. Unter den Vertretern der Stände sah man den Adelsmarschall des Gouvernements, den bekannten Schwarzhunderter Somow. Kurzum, das Gericht war so zusammengesetzt, daß alle Anweisungen der Zarenminister exakt und strikt durchgeführt wurden.

Die Anklageschrift begann mit der Aufzählung der in Petrograd erschienenen Proklamationen, deren Herausgabe der Fraktion zugeschrieben wurde.

„Zur Verstärkung der revolutionären Arbeit", so teilte die Anklageschrift mit, „reifte unter den der sozialdemokratischen Fraktion angehörenden Mitgliedern der Reichsduma der Entschluß heran, in Petrograd einen Parteitag, der in den sozialdemokratischen Kreisen auch ‚Konferenz' genannt wird, zur Erörterung weiterer Maßnahmen des revolutionären Kampfes in der Kriegszeit einzuberufen. Zum Parteitag wurden Vertreter der Parteiorganisation aus verschiedenen Teilen des Reiches eingeladen."

Die Anklageschrift erwähnte sodann, daß die versammelten Delegierten der Beratung in der Wohnung der Gawrilowa überrascht wur-

den und führte in längeren Auszügen alle bei der Leibesvisitation und bei späteren Haussuchungen gefundenen Dokumente an.

Auf Grund des Untersuchungsmaterials wurde gegen uns die Anklage erhoben, „eine verbrecherische Gemeinschaft gebildet zu haben, die sich, nachdem sie ihre Tätigkeit der Führung und der Kontrolle durch das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands unterstellt hatte, das Ziel setzte, das in Rußland durch die staatlichen Grundgesetze eingeführte Regime mittels eines bewaffneten Volksaufstandes gewaltsam zu stürzen und es durch ein anderes, auf den Prinzipien der demokratischen Republik beruhendes zu ersetzen". Zu diesem Zweck nahmen die Mitglieder der Fraktion, wie es in der Anklageschrift hieß, Verbindung mit „geheimen Organisationen" auf, förderten die Bildung solcher Organisationen, wohnten ihren Versammlungen bei, beteiligten sich an der Abfassung von Entschließungen dieser Organisationen, leiteten ihre Arbeit und arbeiteten den Plan ihrer weiteren Tätigkeit aus, standen mit dem Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in ständiger Verbindung, organisierten Geldsammlungen für die Partei, „verkehrten miteinander und mit Mitgliedern verschiedener geheimer Organisationen vermittels Chiffren", veranstalteten „geheime Arbeiter-Massenversammlungen, in denen sie die Zuhörer zur Bildung geheimer Organisationen und zum bewaffneten Aufstand aufriefen", verfaßten und verbreiteten revolutionäre Proklamationen gegen den Krieg, beriefen Beratungen jeder Art ein usw.

Der Schlußteil der Anklageschrift war der Einberufung einer Beratung gewidmet, auf der „Entschließungen erörtert wurden, die das Programm der nächsten Aktionen der Mitglieder der Gemeinschaft im Verlauf der Kampfhandlungen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn enthielten".

Die Anklageformel erfaßte recht ausführlich alle Seiten der Parteiarbeit. Wir alle, mit Ausnahme von Frau Gawrilowa, wurden auf Grund des Artikels 102, Absatz I des Strafgesetzbuches, der eine Strafe bis zu acht Jahren Zuchthaus vorsah, vor Gericht gestellt. Frau Gawrilowa wurde auf Grund des Artikels 163 der Beihilfe sowie der Unterlassung einer Meldung an die Behörden angeklagt.

Nach der Verlesung der Anklageschrift fragte uns der Vorsitzende des Gerichts, ob wir uns schuldig bekennen. Entsprechend der ursprünglichen Vereinbarung antworteten wir, ebenso wie in der Voruntersuchung, verneinend.

Bei der Durchsicht des Anklagematerials in den Räumen des Untersuchungsrichters, zu dem wir im Verlauf der Voruntersuchung einige Male geholt wurden, hatten wir den Plan für unser Verhalten vor Gericht in allgemeinen Zügen festgelegt. Es waren Erklärungen vorgesehen, die die Fraktionsmitglieder abgeben sollten.

In unseren Erklärungen und Antworten vor Gericht unterstrichen wir, die gesamte Tätigkeit der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion in der Duma habe in unmittelbarem Einklang mit den Stimmungen der Arbeiter gestanden, die uns als Vertreter der Sozialdemokratie gewählt hatten. Ebenso eng hätten wir uns auch der Zeitung „Prawda" angeschlossen, die eine Arbeiterzeitung sei.

In der Wohnung von Frau Gawrilowa habe tatsächlich eine Beratung stattgefunden, die einberufen worden sei, um die Stimmungen der Arbeitermasse zu erfahren, da die Arbeiterzeitungen verboten waren und die Fraktion für ihre Tätigkeit die Meinung der Arbeiter über die Grundfragen des politischen Lebens des Landes kennen mußte. Wir sollten Interpellationen in der Reichsduma einbringen, Gesetzentwürfe ausarbeiten, und dazu sei es erforderlich, in jedem einzelnen Falle die Meinungen und Stimmungen der Wähler zu kennen. Wir hätten die Behörden wiederholt um die Genehmigung zur Durchführung von Aussprachen mit den Wählern gebeten und immer wieder eine kategorische Ablehnung erhalten. Es sei notwendig gewesen, andere Methoden für den Verkehr mit den Arbeitern zu finden. Die Fraktion habe in der Arbeiterzeitung mitgewirkt und für sie alles, was sie nur konnte, getan. Die Beratung in Oserki sei eben vor allem der Schaffung einer neuen Zeitung gewidmet gewesen. Wir hätten es für notwendig erachtet, die Meinungen der Arbeitervertreter aus verschiedenen Städten zu hören und uns mit ihnen darüber zu unterhalten.

In der Frage des Krieges bestätigten wir alle, auf dem Standpunkt

zu stehen, wie er in der vor der Duma verlesenen Deklaration der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion entwickelt worden war. Auf der Beratung hätte auch eine (aus sieben Punkten bestehende) Entschließung über die Einstellung zum Krieg erörtert werden sollen; es sei jedoch nicht dazu gekommen, da zuvor die Polizei eindrang.

Abschließend sagten wir, wir stünden wegen unserer unbeirrbaren Verteidigung der Rechte des Volkes vor Gericht. Wir würden jung zugrunde gerichtet, weil wir das Vertrauen der Arbeiterklasse erworben und die Interessen der Arbeiter nach Maßgabe unserer Kräfte und Kenntnisse verteidigt hätten.

Die Vernehmung aller anderen Angeklagten wechselte mit der Vernehmung der geladenen Zeugen ab. Als Zeugen hatte das Gericht vornehmlich Polizisten und Ochranaleute geladen, die die Umstände der Verhaftung, des Auffindens der Proklamationen und sonstige Tatsachen bestätigten, die das Gericht brauchte, um den Schuldspruch zu fällen.

Zum gleichen Zweck wurden einige während der Leibesvisitation gefundene Dokumente verlesen. Von diesen fand das Muranow fortgenommene Notizbuch die besondere Beachtung des Gerichts.

Die eigenhändigen Eintragungen Muranows über seine Reise nach dem Ural wiesen klar auf seine Teilnahme an illegaler revolutionärer Tätigkeit hin, und deshalb gab er in Beantwortung der Fragen des Gerichtsvorsitzenden zu, daß er sich mit illegaler Parteiarbeit befaßt habe. Muranow erklärte, er habe während seiner Reise an Sitzungen örtlicher Parteikomitees teilgenommen, Massenversammlungen der Arbeiter veranstaltet usw.

„Ich forderte sie auf, sich zu organisieren", sagte Muranow. „Es gibt Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Bildungsorganisationen. Ich machte kein Hehl daraus, daß die Sozialdemokraten alle Kräfte anspannen müssen, um in diesen Organisationen Einfluß zu gewinnen. Ich hielt es für meine Pflicht, solche Organisationen zu schaffen."

Somit war Muranow der einzige der Angeklagten vor Gericht, der, wenn auch in groben Zügen, ohne Namen, Adressen oder Daten zu nennen, über die illegale Parteiarbeit sprach. Alle anderen machten weder in der Voruntersuchung noch vor Gericht irgendwelche Aussagen über die illegale Arbeit.

6. Lenin über den Prozeß

Als Lenin später das Verhalten der Fraktion vor Gericht einschätzte, betonte er in einem Artikel, der den Ergebnissen unseres Prozesses gewidmet war, die Angeklagten hätten die offenen Türen des Gerichts in stärkerem Maße ausnutzen sollen, „um die sozialdemokratische Auffassung zu ihrem feindlichen Gegensatz nicht nur zum Zarismus, sondern auch zum Sozialchauvinismus aller und jeglicher Schattierung geradeswegs darzustellen“[1].

Lenin erkannte an, daß wir richtig gehandelt hatten, als wir über die illegale Organisation zu sprechen ablehnten und damit dem Zarengericht die Aufdeckung der Verbindungen und der illegalen Arbeit der Partei erschwerten.

„Die Angeklagten verfolgten das Ziel, den Staatsanwalt nicht aufdecken zu lassen, wer Mitglied des Zentralkomitees in Rußland und Vertreter der Partei in gewissen Verbindungen mit den Arbeiterorganisationen war. Dieses Ziel ist erreicht worden“, stellte Lenin fest. „Um das auch fernerhin durchzusetzen, muß man vor Gericht die seit langem offiziell von der Partei empfohlene Methode der Aussageverweigerung anwenden.“[2]

Gleichzeitig verurteilte Lenin mit aller Schärfe das verräterische Verhalten von Kamenew (Rosenfeld) in diesem Prozeß. Bestrebt, seine Beziehungen zu den illegalen Organisationen zu verbergen, bezog Kamenew die Position des direkten Renegatentums, der Lossagung von der Partei, was die revolutionären Parteikreise schon damals als Opportunismus und Prinzipienlosigkeit sehr heftig und unangenehm überraschte. Sowohl in der Voruntersuchung als auch vor Gericht sagte sich Kamenew offen von den Grundpositionen der Partei und insbesondere von den Thesen des Zentralkomitees über den Krieg los.

Um sich seine „Landesverteidigeransichten“ bestätigen zu lassen, zog Kamenew als Zeugen sogar den Menschewik N. I. Jordanski, einen der damaligen Vertreter der „Landesverteidiger“, heran, die von der Partei als Verräter an der Sache der Arbeiter und an den Ideen der

[1] W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 150, russ.
[2] Ebenda, S. 149.

Internationale erbittert bekämpft wurden. Jordanski sollte die „Landesverteidiger"ansichten Kamenews bezeugen.

„Seine Solidarität mit dem sozialpatriotischen Herrn Jordanski darlegen — wie dies Genosse Rosenfeld zu tun versucht hat — oder seine Nichtübereinstimmung mit dem Zentralkomitee nachweisen zu wollen", schrieb aus diesem Anlaß Lenin, „das ist eine falsche, vom Standpunkt eines revolutionären Sozialdemokraten unzulässige Methode."[1]

Ein solches Verhalten in einem der verantwortungsvollsten Augenblicke der Geschichte ist recht kennzeichnend für das politische Antlitz Kamenews. Dieses Verhalten Kamenews kündigte gleichsam an, er werde der Sache der Partei und der Arbeiterklasse untreu werden, es kündigte seinen Verrat und die Methoden des Renegatentums, der Doppelzüngigkeit und des offenen Banditismus an.

Vor Gericht entrollte sich ein Bild der Tätigkeit der Dumadeputierten, das unserer Partei Ehre machte. Die bolschewistischen Deputierten benahmen sich vor dem zaristischen Gericht mutig und verwandelten es in eine Tribüne zur Entlarvung der Eroberungspolitik des Zarismus.

7. Die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidigung

Gegen Ende des zweiten Tages war die eilig durchgeführte Gerichtsuntersuchung zu Ende. Das Gericht ging zur nächsten Formalität über: zu den Plädoyers. Als könnte durch diese Plädoyers das im voraus gefällte Urteil auch nur um ein Jota geändert werden!

Der Staatsanwalt begann seine Rede mit einem Lob auf die Führer der sozialistischen Parteien Westeuropas, die mit dem Kriegsausbruch der Sache der Internationale untreu geworden waren. Nur die russische Sozialdemokratie, erklärte er, sei „der gesunden Stimme des Lebens" nicht gefolgt. Als die sozialdemokratische Arbeiterfraktion der Duma, so sagte der Staatsanwalt, sich weigerte, für die Kriegskredite zu stimmen, verkündete sie „den offenen Bruch mit der Regierung in einem Augenblick, da diese die Einigung aller Elemente der Bevölkerung am dringendsten brauchte".

[1] Ebenda.

Der Staatsanwalt versuchte zu beweisen, daß sich unsere Fraktion in ihrer Tätigkeit ganz und gar dem Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands gefügt hatte. Nach Direktiven des Zentralkomitees habe die Fraktion die revolutionäre Propaganda gegen den Krieg zu entfalten begonnen. Der Staatsanwalt betonte nachdrücklich, in Oserki habe eine wichtige Parteiberatung stattgefunden, die die weitere Taktik der Partei im Kampf gegen den Krieg bestimmen sollte.

„Dieser Fall ist von höchster Wichtigkeit", sagte abschließend der Staatsanwalt, „sowohl was die Personen als auch was die berührten Fragen betrifft. Wir haben es mit einer sehr einträchtigen Gemeinschaft, mit der russischen sozialdemokratischen Arbeiterfraktion, zu tun . . . In einem Augenblick, da der Staat alle seine Kräfte zum Kampf gegen den äußeren Feind anspannte, wollten die Angeklagten auf die Paragraphen ihres Parteiprogramms nicht verzichten. Diese Menschen wollten unsrer tapferen Armee einen Dolchstoß in den Rücken versetzen, wollten Zersetzung und Desorganisation in ihre Reihen tragen. Aber sie sind auf die Anklagebank geraten." Nach dem Staatsanwalt sprachen die Verteidiger. Die Verteidigung stellte sich das Ziel, vor allem den gesellschaftlichen Charakter des Prozesses zu enthüllen und zu zeigen, daß das Zarengericht über die Vertreter der Arbeiter ein Willkürakt der Regierung war, daß Prozesse dieser Art nur in einem Lande möglich sind, wo die politische Freiheit mit dem Polizeistiefel zertreten wird.

„Der Prozeß hat eine gewaltige historische Bedeutung", sagte Demjanow. „Vergessen Sie nicht, daß die Angeklagten, diese fünf Mitglieder der Reichsduma, Erwählte der Bauern und Arbeiter sind, die ihre Vertreter hochschätzen müssen. Sie glauben ihnen nicht nur, sie lieben vielmehr die Deputierten, weil diese Fleisch von ihrem Fleische und Blut von ihrem Blute sind. Gibt es denn viele Dumamitglieder, die sagen können, daß sie wirkliche Vertreter des Volkes sind? . . . Die Angeklagten brauchen das Urteil nicht zu fürchten, sie werden nicht lange in der Verbannung bleiben und werden aus dieser mit stolz erhobenem Haupt zu ihren Wählern zurückkommen. Die Truppen, das aus dem Kriege zurückgekehrte Volk, werden drohend und streng fragen: Wo sind unsere Erwählten, wo sind die verurteilten Deputierten, wo sind unsere teuersten Freunde?"

„Ihr Urteilsspruch wird nicht Geheimnis dieses Saales bleiben, er wird Angelegenheit nicht allein ganz Petrograds werden, morgen wird er wie eine feurige Rakete über dem russischen Land emporsteigen", führte Perewersew, ein anderer Verteidiger, aus. „Man kann die Deputiertenimmunität brechen, aber man kann die ganze Ungerechtigkeit und die ganze tiefe Bedeutung dieses Aktes nicht aus dem Volksbewußtsein streichen. Die Deputierten sollen dafür büßen, daß sie ihren Verpflichtungen treu gewesen sind. Das werden alle wissen. Jetzt werden sich hinter ihnen die dunklen Tore der Welt der Ausgestoßenen vielleicht für immer schließen, doch mögen sie wissen — und das ist nicht allein unser Gefühl —, daß sie von Trauer und Achtung begleitet werden ..."

Sokolow unterstrich, daß die Mitglieder unserer Fraktion wirkliche Vertreter der Arbeiterklasse sind.

„Auf der Anklagebank", so sagte er, „sitzen fünf Deputierte. Sie sind alle ausschließlich mit den Stimmen der Arbeiterwähler in die Reichsduma entsandt und haben das Recht, als Vertreter der russischen Arbeiterklasse zu gelten. Nicht allein kraft dieser Wahl, sondern vor allem deshalb, weil sie alle Sozialdemokraten sind, und die Arbeiterklasse hat doch in alle vier Reichsdumas Sozialdemokraten als ihre Vertreter entsandt. Die Sozialdemokratie Rußlands genießt keine Pressefreiheit, nicht einmal in dem Umfang, der für andere Richtungen möglich ist, und dennoch wählen die russischen Arbeiter immer und unwandelbar die Sozialdemokraten zu ihren Vertretern."

Der Verteidiger Kutschin kennzeichnete die damalige gesellschaftliche Lage in Rußland, „wo Volksvertreter keine Möglichkeit haben, mit ihren Wählern offen zusammenzukommen und, um sich mit ihnen zu treffen, wie Diebe, wie Sklaven in die Abgeschiedenheit der Wyborger Chaussee, in ein verödetes Sommerhaus schleichen und sich dort hinter dichtverhangenen Fenstern verstecken" und wo es „Agenten der Ochrana gibt, die es wagen, den verhafteten Volksvertretern hinterdrein zu johlen". Eben diese gesellschaftliche Lage, so erklärte der Verteidiger, habe die Angeklagten auf die Anklagebank gebracht.

In etwa den gleichen Ausdrücken unterstrichen auch die übrigen Verteidiger die große gesellschaftliche Bedeutung des Prozesses. Zu-

weilen sprachen sie nur in Andeutungen, aber auch diese Andeutungen machten einen solchen Eindruck, daß der Gerichtsvorsitzende sie unterbrach und aufforderte, „zur Sache“ zu sprechen.

Die andere Aufgabe der Verteidigung bestand darin, alles zu tun, um auf diese oder jene Weise eine Milderung des Strafmaßes zu erreichen. Zu diesem Zweck deuteten und analysierten die Verteidiger, im Gegensatz zum Staatsanwalt, das Anklagematerial in dem für die Angeklagten günstigsten Sinne. Sie trachteten vor allem danach, die vom Staatsanwalt faktisch erhobene Anklage des „Hochverrats“ abzuweisen. Unter Verwendung der vor Gericht verlesenen Dokumente und unserer Aussagen wiesen sie nach, daß von „Verrat“ nicht die Spur zu finden sei, daß die Tätigkeit der Fraktion den üblichen Charakter der politischen Arbeit von Deputierten trage, die allerdings infolge der Polizeirepressalien unter besonderen Bedingungen vor sich gehe.

Was die Beratung in Oserki betraf, so erklärte die Verteidigung, daß sie bei der geringen Teilnehmerzahl kein wichtiger Parteitag sein konnte, sondern lediglich eine einfache Beratung der Deputierten mit einigen Arbeitern. Schließlich kamen in den Reden der Verteidiger auch spezielle juristische Beweise vor, mit denen sie auf einige Formulierungen der Anklage erwiderten.

Mit den Plädoyers der Verteidigung wurde die Auseinandersetzung zwischen den Parteien abgeschlossen. Es brach der letzte Moment der Gerichtsverhandlung an: der Urteilsspruch. Das war bereits am vierten Verhandlungstag. Der Sitzungssaal war noch mehr überfüllt als zu Beginn der Verhandlung. Alles wartete mit gespannter Aufmerksamkeit auf das Finale.

8. Der Urteilsspruch

Fast der ganze Tag verging mit der Erledigung von Formalitäten verschiedener Art: Abfassung von Fragen an das Gericht, Abänderungen und Ergänzungen dazu durch die Verteidigung, Einwände des Staatsanwalts usw. Erst gegen acht Uhr abends zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Die Menge im Saal war vor Erregung, die sich aller bemächtigt hatte, wie elektrisiert. Alle waren sich im klaren über die gewaltige historische Bedeutung sowohl des Prozesses selbst als auch des Urteils. Die Angehörigen und Freunde waren in Sorge um ihre Nächsten.

In den Gerichtssaal wurde eine starke Abteilung Polizei geführt, die alle Gänge besetzte und das Publikum durch eine Kette absperrte. Trotz aller zuvor getroffenen Schutzmaßnahmen befürchtete die Regierung eine eventuelle Demonstration.

Drei Stunden vergingen in quälender Erwartung. Die Verteidiger, die vor unseren Bänken saßen, rieten uns, „in jedem Falle" soviel Fassung wie nur möglich zu wahren. „Das Urteil", so sagten sie, „kann das allerhärteste sein. Es geht hier nicht um Gerichtsbeweise, sondern um die Anweisung, die das Gericht von der Regierung erhalten hat. Man muß auf alles gefaßt sein."

Schließlich traten die Richter aus dem Beratungszimmer. Bei gespanntem Schweigen des ganzen Saales verkündete Krascheninnikow das Urteil. Das Gericht sprach die Arbeiterdeputierten sowie die anderen Angeklagten schuldig und verurteilte uns gemäß Artikel 102, Absatz I zu Aberkennung der Rechte und zu Verbannung. Die anderen Angeklagten wurden gemäß Artikel 136, Absatz II der Unterlassung einer Meldung für schuldig befunden und zu Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer verurteilt. Einer wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Die Gerichtsverhandlung endete kurz vor Mitternacht. Durch dunkle, unterirdische Korridore, die das Gerichtsgebäude mit dem Untersuchungsgefängnis verbanden, wurden wir unter Bewachung ins Gefängnis zurückgebracht.

In einer außergewöhnlichen Stimmung, wie nach einem harten Kampf, schieden wir voneinander. Wir wußten, daß wir in der nächsten Zukunft wohl kaum wieder zusammenkommen würden. Den Bedingungen und Gepflogenheiten des Zarengerichts nach war zu erwarten, daß wir auf verschiedenen Wegen, nach verschiedenen Orten und zu verschiedener Zeit deportiert würden. Auf der eisernen Gefängnistreppe, wo sich unsere Wege trennten, nahmen wir voneinander Abschied. Wir umarmten uns, küßten uns, wir wünschten jedem einzelnen und allen zusammen ungebrochenen Mut und Geduld.

Am Tage nach dem Urteil wurde für uns das Zuchthausregime eingeführt. Uns wurden alle Rechte des Häftlingsstatuts entzogen. Natürlich hatte keiner von uns „Vermögen". Bei uns konnten nur die Dinge konfisziert werden, die wir im Gefängnis bei uns hatten (und das wurde auch getan). Doch nicht darin bestand das Wesen der Aberkennung der Rechte. Nach den Zarengesetzen stand ein Häftling, dem „alle Rechte aberkannt" waren, „außerhalb des Gesetzes". Das war ein Mensch, der keinerlei Anspruch auf Schutz hatte. Im Zuchthausstatus verwandelte sich der Mensch in ein Ding, über das jeder, auch der kleinste Polizist, nach Gutdünken verfügen konnte.

Wir wurden zum Einkleiden in das Zeughaus des Gefängnisses geholt, wo man uns nach allen Regeln als Häftlinge einkleidete. Gefängnisaufseher zogen uns Hemd und Hosen über und setzten uns eine Kappe auf. Ein übergeworfener Kittel ersetzte alle Arten der Oberkleidung. Das war die ganze Häftlingskleidung für alle Fälle des Lebens und für alle Jahreszeiten!

Die Häftlingskleidung war in einem ekelerregenden Zustand. Neben alten Schmutzflecken sah man Spuren von Eiter, Schleim und geronnenem Blut. Diese Kleidung hatte mehr als eine Generation von Gefängnisinsassen ins Grab geleitet. Jedes Stück der Häftlingskleidung sprach beredter, als es die menschliche Sprache vermochte, von vergangenen und künftigen Qualen und Leiden.

Als wir die Häftlingskleidung anlegten, wurden wir uns mit aller Schärfe unserer Lage als Zuchthäusler bewußt. Wieviel Gedanken gingen jedem von uns in diesen Minuten durch den Kopf! Wir alle hatten gewußt, daß dieser Augenblick früher oder später kommen mußte. Die Arbeiterklasse hatte uns in einen ungleichen Kampf geschickt. Über kurz oder lang mußte die Regierung uns als Einzelpersonen niederringen. Mit jedem Schritt näherten wir uns dem unvermeidlichen Finale. Jetzt war es da.

Und daneben gab es auch andere Gedanken: die Gedanken an die Zukunft der Arbeiterbewegung, an neue Prüfungen, die die Arbeiterklasse zu bestehen hat. Auf welchen Wegen wird ihr Kampf verlaufen? Wie wird sich die Arbeit unserer Parteiorganisation gestalten? Neue Fäden waren zu knüpfen, neue Bindeglieder zu schaffen. Wie sollte

man das tun, wie sollten die neuen Schwierigkeiten überwunden werden?

Mit dem Anlegen der Häftlingskleidung trat auch das Zuchthausregime in Kraft: grobe Behandlung, Anschreien, die „Du"-Anrede der Aufseher usw. Das alles hatten wir auch schon zuvor zur Genüge erfahren, nun aber ließen die Gefängniswärter alle Hemmungen fallen, jetzt handelten sie auf „gesetzlicher" Grundlage: einer, dem alle Rechte aberkannt waren, stand außerhalb des Gesetzes und konnte von niemandem irgendeinen Schutz erwarten.

Bereits während der Untersuchungshaft wurde ich vor die Gerichte geschleppt, in Sachen, die sich während meiner Deputiertentätigkeit angesammelt hatten. Nach jeder mehr oder minder großen Episode revolutionären Kampfes der Petersburger Arbeiter hatten die Ochrana und die Gerichtsbehörden irgendein Verfahren gegen mich eingeleitet in der Hoffnung, mich früher oder später ins Gefängnis sperren zu können. Ich wurde wiederholt gerichtlich belangt: wegen meiner Artikel in der „Prawda", in Sachen der Arbeiter der Putilow-Werke, wegen der Rede bei der Beerdigung von Arbeitern aus dem Parviainen-Werk, wegen Ansprachen an die Arbeiter der Waggonwerkstätten usw. Gegen mich wurde Anklage erhoben gemäß Artikel 129, 1031, 1034 usw., von denen jeder mit Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer drohte. Alle diese zu verschiedener Zeit eingeleiteten Verfahren waren jetzt für die Gerichtsverhandlung vorbereitet. Nach bestehenden Gesetzen aber wurde die geringere Strafe durch die größere aufgehoben. Also wurde ein Verfahren nach dem anderen eingestellt. Die Untersuchungsbeamten aber, die mich aus dem Gefängnis vorführen ließen, wollten sich nicht den Spaß entgehen lassen, einen Deputierten als Häftling vor sich zu sehen. Ihre „Arbeit" war nicht vergeblich gewesen.

9. Die Turuchansker Verbannung

Der mehrmonatigen Gefängnishaft in Petrograd folgte die ferne sibirische Etappe. Im Häftlingswagen, in Laderäumen der Dampfer, in Booten und zu Fuß wurden wir einige tausend Werst weit in ein Gebiet

Sibiriens getrieben, das — was Klima und Lebensbedingungen betrifft — das rauheste und unwirtlichste ist: in die Turuchansker Region.

Für die Verbannten war Turuchansk eine Falle, eine Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gab. Es war sicherlich kein Zufall, daß das Russische Büro unseres bolschewistischen Zentralkomitees fast vollzählig hierher geraten war. In Turuchansk lebten damals in der Verbannung J. M. Swerdlow, Suren Spandarjan, J. W. Stalin und andere leitende Funktionäre unserer Partei.

Die Zarenregierung verwirklichte endlich ihren langgehegten Wunsch, mit der bolschewistischen Dumafraktion ein für alle Mal abzurechnen. Sie war der Meinung, daß die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse vollendet sei.

Aber der Zarismus hatte sich verrechnet. Auch in Häftlingskitteln im fernen Sibirien führten die Bolschewiki den revolutionären Kampf weiter.

An der Front tobte der imperialistische Krieg. Die Führer der II. Internationale hatten gemeinen Verrat geübt und schickten zusammen mit der Bourgeoisie Millionen von Arbeitern und Bauern in den Tod. Die Partei- und die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse waren zerschlagen, die Dumafraktion war vernichtet. Im Einvernehmen mit den Verrätern von der II. Internationale unterstützten die russischen Menschewiki offen ihre einheimische Bourgeoisie.

Es ergaben sich viele neue Fragen der Parteiarbeit unter den neuen Bedingungen: Wiederherstellung der Parteiorganisationen, Antikriegspropaganda vor allem in der Armee, an der Front, Organisierung neuer Aktionen, Verstärkung der Parteiarbeit im Dorf, Wiederherstellung unterbrochener Verbindungen sowohl mit dem Ausland als auch innerhalb des Landes usw. Alle diese Fragen wurden in einer Beratung ausführlich erörtert.

Die Regierung Nikolais des Blutigen war nicht nur außerstande, die revolutionäre Bewegung im Lande abzuwürgen, ja, sie vermochte nicht einmal ihre Gefangenen in der fernen Verbannung zur Einstellung des revolutionären Kampfes zu zwingen.

Als Antwort auf diesen Kampf bereitete die Zarenregierung eine neue Abrechnung mit den Arbeiterdeputierten vor. Gegen mich wurde

„wegen Organisierung defätistischer Gruppen“ unter den Verbannten und der ortsansässigen Bevölkerung ein neues Gerichtsverfahren eingeleitet, das mit weiteren Strafen drohte. Aber die Regierung kam nicht mehr dazu, ihre zweite Abrechnung zu Ende zu führen: das verhinderte die Februarrevolution 1917.

Mit Freude beobachteten wir in der fernen sibirischen Verbannung die neuen Wellen der Revolution, die immer höher, immer bedrohlicher schlugen. Die Arbeiterklasse war wieder in die Arena des revolutionären Kampfes getreten. Immer lauter und gebieterischer ertönten ihre Forderungen.

Bei ihren Aktionen vergaßen die Arbeiter auch die bolschewistische Fraktion nicht. Am Jahrestag unseres Prozesses ging durch ganz Rußland eine Welle von Proteststreiks gegen die Abrechnung des Zaren mit der bolschewistischen Fraktion. Jede Demonstration, jede Kundgebung, jede Versammlung stellte neben den revolutionären Grundlosungen die kategorische Forderung, die Arbeiterdeputierten aus der Verbannung zurückzuholen. Und diese Forderung, dieser Protest, war eine der Losungen, mit denen die Petersburger Arbeiter in den historischen Tagen des Februar 1917 auf die Straße traten.

10. Die Befreiung

Die Februarrevolution zertrümmerte die Gefängnismauern, öffnete weit die Tore des Zuchthauses und der Verbannung, wo die Zarenregierung die besten Vertreter der Arbeiterklasse schmachten ließ. Über die sibirischen Landstraßen kehrten Hunderte und Tausende befreiter Revolutionäre nach Rußland zurück.

Wir Mitglieder der Dumafraktion der Bolschewiki wurden überall — in den großen und kleinen Dörfern und auf den Eisenbahnstationen — von der Bevölkerung, die mit roten Fahnen und revolutionären Liedern erschien, freudig begrüßt. Auf dem ganzen Wege folgte eine revolutionäre Kundgebung der anderen.

In Petrograd trafen wir in den letzten Märztagen ein und waren wieder inmitten der revolutionären Petersburger Arbeiter.

Nachdem sie soeben die Feste der zaristischen Selbstherrschaft gestürmt hatten, nahmen sie unter der Führung der kampfgestählten bolschewistischen Partei, unter Führung Lenins, bereits den neuen Kampf für die Vernichtung der kapitalistischen Ordnung auf.

Die Vorkriegsjahre, die Jahre der außerordentlichen Belebung und des Wachstums der Arbeiterbewegung, haben in der Vorbereitung der großen Oktoberkämpfe eine gewaltige Bedeutung gehabt. Die Revolution von 1905, die Jahre des Aufschwungs vor dem Kriege, die Februarrevolution und schließlich die Oktoberrevolution — das sind vier Etappen des revolutionären Kampfes der russischen Arbeiter, vier große Stufen, die die Arbeiterklasse zum endgültigen Sieg der proletarischen Revolution emporstieg.

INHALT